REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 352 · 10.3.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5 mit quellengeprüften Ergänzungen aus akArchiv.3, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Rechtswende ohne linke Alternative (Kommunalwahl in Hessen)
2. "Gesinnungswahl" und Abstieg der Volksparteien (Kommunalwahl in Hessen)
3. Radikale Ohnmacht. Der "radikale Humanismus" des Notärzte-Komitees "Cap Anamur"
4. Germany proudly presents: Exportschlager Ausländerhaß
5. Jagdeinheit Seiters: Die legalisierte Privatjagd auf "Illegale" - Ulla Jelpke
6. Tag X kommt! Aufruf zur Blockade in Bonn
7. Von Vetternwirtschaft und Neofaschisten. Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) - U. Jelpke, A. Maurer, H. Schröder
8. FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek
9. Schlußwort von Klaus Croissant
10. "Dieser Staat schützt auch die Linke." 21 Monate Bewährungsstrafe für Croissant
11. Der Paragraph 99 - ein Gummiparagraph. - Interview mit dem Croissant-Verteidiger Matthias Zieger
12. Was bleibt von der DDR?
13. Was war der Unterschied zwischen SED und MfS?
14. Das Urteil der Geschichte. Ein Buch von Roy Medwedew über "Stalin und Stalinismus" - Andreas Skrypietz
15. Grüne Gewaltphantasien. Hamburger Pickelhauben-Fraktion zurückgepfiffen
16. Schlapphüte im Wechselschritt. Neue Verfassungsschutz-Gesetze
17. Ralf und Knud freigesprochen! (Presseerklärung des "Bündnis gegen Staatsgewalt")
18. Wiesbadener Antifaschist in Haft
19. Chronologie rassisistischer Anschläge (2.2.27.2.93)
20. Gegen den doppelten Mißbrauch der Frauen. Zu den Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien
21. Die Lage der Kurden im Kaukasus
22. Die Hizbullah - Wessen Schwert ist das " Schwert des Islam"?
23. "Bringt die Journalisten zum Schweigen." Oppositionelle Presse in der Türkei
24. Somalia - ein Volk stirbt (Buchbesprechung)
25. Arbeitslos? - Auswandern - Andreas Skrypietz
26. "Guatemala soll ein Profil wie ein Guipil bekommen" - Gespräch mit Rolando Morán (URNG-EGP)
27. Guatemala: Aufbruch ins Ungewisse
28. Ökologischer Marshall-Plan und Weltzivilisation. Al Gore`s ökoimperialistische Visionen
29. Zur Aktualität von Malcolm X - Günther Jacob
30. Kuba: Die Insel des Sozialismus kämpft ums wirtschaftliche Überleben
31. "Bewegungen aus dem Urgrund". Peter Scholl- Latours Buch "Aufruhr in der Kasbah. Krisenherd Algerien" - Sabine Kebir
32. "Das haben wir Euch übel genommen!" Beitrag zur Diskussion um den Artikel "Bündnispartnerin DDR" (ak 350)
33. Sozialismus als Attrappe. Texte der Rätekommunisten über den Bolschewismus - Martin Rheinlaender
34. Berlinale 93 - Olaf Berg
35. Sieg über die Barbarei. 50 Jahre Stalingrad. (Teil 2)
36. Menschlichkeit und sekundäre Untugenden. Jonathan Steinbergs Buch über den italienischen Widerstand gegen den Holocaust
37. "Eine kurze Geschichte der Zeit" (Filmbesprechung)
38. Quelldatei 17.htm
39. Quelldatei 22.htm
40. § 99 in den 70er Jahren - ein Rückblick
41. Quelldatei 32.htm

42. SPENDEN-ERGEBNIS
43. Quelldatei albert.htm
44. Quelldatei alg.htm
45. Quelldatei bowtxt3.htm
46. "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"
47. Klaus ist raus
48. Quelldatei schweine.htm
49. Demonstration
50. Massenvergewaltigungen
51. Quelldatei themen.htm
52. Rechtsentwicklung ohne linke Alternative
53. Quelldatei malx.htm

1. Rechtswende ohne linke Alternative (Kommunalwahl in Hessen)

Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/wahl2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:wahl2

Fortsetzung von Seite 1

den, daß nach der nächsten Bundestagswahl wieder die SPD in irgendeiner Form von Koalition in Bonn regieren wird. Zumindest hätte sie, anders als bei Bildung der sozialliberalen Koalition 1969, keinen Vertrauensbonus und würde keine großen Reformerwartungen mobilisieren.

Viele der Erscheinungsformen von "Parteienverdrossenheit" könnten von Linken und radikalen Linken bei vordergründiger Betrachtung als positive Signale interpretiert werden. Daß Wahlen eigentlich wenig verändern und daß das Ankreuzen von Stimmzetteln kein demokratischer Akt, sondern eine Farce ist, gehört zu den traditionellen Botschaften linksradikaler Politik. Gar nicht so selten wurde in diesem Zusammenhang ja auch zum "Wahlboykott" aufgerufen, oder es wurden Parolen wie "Keine Stimme den etablierten Parteien" in den Vordergrund gestellt, ohne selbst eine wählbare Alternative präsentieren zu können.

Daß die Unterschiede zwischen den etablierten Hauptparteien in Wirklichkeit weniger groß seien als die Gemeinsamkeiten, daß viele wortradikal ausgetragene Kontroversen eigentlich nur ein "Spiel mit verteilten Rollen" seien, haben wir oft gesagt und geschrieben. Auch daß die Politiker aller Hauptparteien in erster Linie darauf bedacht seien, sich in die eigenen Taschen zu wirtschaften und sich eine lebenslängliche gute Versorgung zu sichern, würde bei radikalen Linken vermutlich weithin für eine zutreffende Aussage gehalten werden.

Und doch sind die tatsächlichen wahlpolitischen und stimmungsmäßigen Ergebnisse der "Parteienverdrossenheit" aus linker Sicht äußerst unangenehm. Alle kommunalen und regionalen Wahlen seit der Bundestagswahl haben zur Vertretung der Rechtsextremen in den Parlamenten geführt. Es ist wahrscheinlich, daß das auch bei der nächsten Bundestagstagswahl der Fall sein würde.

Weitere Umstände kommen hinzu: Das Wählerpotential der Rechtsextremen speist sich zu einem erheblichen Anteil aus der "Partei der Nichtwähler" sowie auch aus ehemaligen Wählern der SPD. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Nichtwähler in der Tendenz für faschistoide Demagogien ansprechbar ist und hier noch Reserven für Republikaner und andere Rechtsparteien liegen.

In welchem Ausmaß heute gerade auch sozial und kulturell benachteiligte Bevölkerungsschichten ein rechtsextremes Potential bilden, wird an Ergebnissen aus zwei Frankfurter Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus deutlich. In beiden lag die Wahlbeteiligung noch weit unter dem Landesdurchschnitt, zwischen 55 und 58 Prozent (Durchschnitt: 71,3 Prozent). Rechtsextreme Parteien zusammengerechnet kamen in beiden Fällen auf etwa ein Drittel der Wählerstimmen, also ungefähr dreimal soviel wie im Frankfurter Gesamtdurchschnitt.

Insgesamt ist zu konstatieren, daß Ansichten und Stimmungen, die von radikalen Linken "im Prinzip" nicht für falsch gehalten werden, die vielfach sogar unseren eigenen politischen Aussagen nahekommen, heute dem Rechtsextremismus und darüber hinaus der allgemeinen Rechtsbewegung deutscher Politik Auftrieb geben, während andererseits absolut kein Vorankommen für eine radikal linke Politik zu verzeichnen ist. Das wird auch von den niederschmetternden Ergebnissen der wenigen radikal links profilierten Kandidaturen in Hessen bestätigt. Darüber hinaus ist festzustellen, daß soziale Schichten, die "eigentlich" zur traditionellen Klientel von linkssozialdemokratischer und sozialistischer Politik gehören müßten, sich absolut nicht nach links hin radikalisieren, aber zu einem wachsenden Anteil rechtsextremen Parolen und Erklärungsmustern folgen. Auch die Grünen als gemäßigt linksoppositionelle Partei kriegen in diesen sozialen und Wählerschichten kein Bein an den Boden.

Das alles kennzeichnet das derzeitige völlige Fiasko sozialrevolutionärer und sozialistischer Politikansätze im größer gewordenen Deutschland. Als Kraft, die die realen Verhältnisse analysiert, politische Strategien entwirft, sich im weitesten Sinn der praktischen "sozialen Fragen" annimmt und zugleich einen

Gesamt-Gegenentwurf gegen die herrschenden Verhältnisse propagiert, ist eine Linke in der BRD nicht mehr existent.

Die ehemalige SPD-Linke, in den sechziger und siebziger Jahren zeitweise vor allem durch die Jusos repräsentiert, hat als eigenständige Kraft aufgehört zu bestehen. Die SPD insgesamt verzichtet auf Polarisierung der Verhältnisse mit einem reformerischen Alternativprogramm und konzentriert sich statt dessen auf den Konkurrenzkampf um das Wechselwählerpotential der "rechten Mitte". Die Grünen haben von Anfang an die "sozialen Fragen" als Domäne der SPD begriffen und sie außer Betracht gelassen -- mit dem Ergebnis, daß die Diskreditierung und Konzeptionslosigkeit der SPD gerade auch auf diesem Gebiet die Basis für sogenannte "grün-rote" Politik insgesamt schwächt.

Die PDS als nach wie vor primäre "ostdeutsche Interessenvertretung" vermag nicht glaubhaft zu machen, daß sie auch zu den sozialen Problemen der alten Bundesländer Sinnvolles zu sagen hätte und leistet tatsächlich auf diesem Gebiet nicht viel. Die PDS wird aber auch vom Potential, das "eigentlich" für eine linksreformerische Alternative vorhanden wäre, nicht als Option akzeptiert. In dieser Hinsicht bedeutet das Bestehen auf dem Charakter der "Ostpartei" auch das Verharren in einem Teufelskreis.

Die radikale Linke, und das schließt bei selbstkritischer Sicht auch uns ein, hat es überhaupt aufgegeben, Sozialpolitik und Jugendpolitik noch als wesentliche, wenn nicht sogar zentrale Bestandteile jeder auf Gesellschaftsveränderung gerichteten Tätigkeit zu begreifen und zu pflegen. Der Anspruch an die eigene politische Arbeit, überhaupt noch praktisch etwas bewirken zu wollen, ist weitgehend abhanden gekommen und tiefer Resignation gewichen. Faktisch, wenn auch oft unausgesprochen, herrscht die durchaus nachvollziehbare, aber perspektivlose Ansicht vor, in diesem Land könne man von links her ohnedies nichts bewegen.

Es sieht nicht danach aus, als gäbe es aus dieser Situation kurz- und mittelfristig einen Ausweg oder wenigstens eine Richtungsänderung des politischen Denkens und Handelns. Dennoch wird die Linke sich dieser Fragen annehmen müssen, wenn sie nicht folgenlos zusehen will, wie die Zustände in diesem Land sich immer weiter nach rechts entwickeln.

2. "Gesinnungswahl" und Abstieg der Volksparteien (Kommunalwahl in Hessen)

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:44

4,3 Millionen Wahlberechtigte durften am 7. März in Hessen über die Sitzverteilung in 21 Landkreisen, fünf kreisfreien Städten und 421 Städten und Gemeinden abstimmen. Nicht stimmberechtigt waren alle Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Der Wahlkampf wurde von den bürgerlichen Parteien eher lasch geführt; oder wie ein FR-Reporter formulierte: es fand "ein Wahlkampf wie im Nebel" statt. Wahlkampfthemen waren: Wohnungsbau, Zuwanderung/Ausländerfeindlichkeit, Kinderbetreuung/Frauenpolitik, Straßenbau/Verkehrsberuhigung und öffentlicher Personennahverkehr. Die SPD nahm sich hauptsächlich der "Gerechtigkeitslücke" als Wahlkampfthema an, stimmte ihre WählerInnen aber auf Einschnitte ein, die sie im Gegensatz zur CDU sozial verträglicher gestalten wollte. Schwierigkeiten bekam die SPD im Wahlkampf mit den Bauern, die im Gegensatz zu anderen Bundesländern keinen Ausgleich für die erhöhten Mehrwertsteuersätze erhalten. Den Grünen, denen 1989 der Einzug in alle Kreistagen und Parlamente der kreisfreien Städte gelungen war, wurde fast überall eine konstruktive Mitarbeit bescheinigt. Ihre Etablierung als Öko-FDP war und ist unübersehbar. Im Gegensatz zu den anderen Parteien füllte das Zugpferd der Grünen, Joschka Fischer, im Wahlkampf die Säle. Die CDU orientierte sehr stark auf Sicherheitsthemen. Der Anti-Ausländer-Wahlkampf, den sie vor vier Jahren betrieben hatte, blieb diesmal fast gänzlich aus. Die Drecksarbeit wurde ja in Bonn und anderswo schon erledigt. Statt dessen führten die Republikaner in Frankfurt einen Wahlkampf unter dem Motto: "25% Ausländer in Frankfurt sind genug." Die Reps schafften es diesmal, in 18 Landkreisen Kandidaten aufzustellen, die NPD in fünf.

Die erfolgreiche Kandidatenaufstellung deutet darauf hin, daß keine Skrupel mehr bestehen, sich offen für diese Parteien einzusetzen. Was wenig wundert, hatte sich die Frankfurter Spitzenkandidatin der CDU, Petra Roth, beharrlich geweigert, sich von einer eventuellen Zusammenarbeit mit den Republikanern zu distanzieren. Und während der Petersberger Kreis der CDU noch darüber nachdachte, ob er mit den Reps Kontakt aufnehmen solle, existierte die vertrauliche Zusammenarbeit im Rheingau-Taunus-Kreis schon lange. Im Main-Kinzig-Kreis ließ sich die SPD Beschlüsse von der NPD absegnen. Die Meinungsforscher gingen im Vorfeld der Wahl davon aus, daß kein sachbezogenes Thema die Wahl entscheiden würde, sondern die allgemeine politische Stimmung.

Die Ergebnisse im einzelnen

Mit diesem Ergebnis - 8,4% Stimmenverluste der SPD auf Landesebene - hatte niemand gerechnet. Eher war davon ausgegangen worden, daß die CDU erhebliche Verluste würde hinnehmen müssen. Mit einem landesweiten Minus von 2,3% kam sie relativ glimpflich davon. Beide Parteien verbleiben mit 36,4% (SPD) bzw. 32,0% (CDU) auf einem doch recht niedrigen Niveau.

Ein absolutes Desaster erlebte die SPD in Kassel. Von 50,5% 1989 (1985 51,7%) ging ihr Stimmenanteil auf 29,8% (minus20,7%!!) zurück. Hier legte die CDU um 7% auf 36,9% zu, die Grünen erreichten ein Plus von 1,7% und nunmehr 14%. Die Reps kamen auf unterdurchschnittliche 5,4%. Allerdings erreichte eine Wählergemeinschaft, die mit Reps durchsetzt war, nochmals 4,5%. Bedenkt man, daß - abgesehen von einer kurzen Episode mit den Grünen Anfang der achtziger Jahre - die SPD immer allein die Stadtregierung stellte, so dürfte dieses Ergebnis einem Sturz ins Bodenlose gleichkommen. Eher ginge ein Kamel durchs Nadelöhr als die SPD in die Opposition, hieß es Ende Januar noch vollmundig im Wahlkampf. Es deutet einiges darauf hin, daß dieses Naturereignis demnächst in Kassel zu beobachten sein wird. Auch in Hanau, wo die SPD bisher die absolute Mehrheit hatte, mußte sie Verluste von 16,1% hinnehmen, die CDU verlor 6,8% und wurde zur Viertelpartei (25%). Die Reps erreichten hier mit 14,9% ein überdurchschnittliches Ergebnis, die Grünen kamen auf 9,8% (+1%).

Ihr absolutes Spitzenergebnis erreichten die Grünen in Darmstadt mit 25,4% (+6,4%). Die SPD kam auf 34,2% (-8,7%), die CDU auf 30,3% (+3,5%), die FDP auf 7,8% (+1,8%). Die Reps waren hier nicht angetreten. Das Wahlergebnis der Grünen ist auch deshalb besonders bemerkenswert, da von dem grünen OB-Kandidaten schon seit Wochen deutliche Signale Richtung Schwarz-Grün gegeben wurden. In Wiesbaden, wo die SPD

bisher mit absoluter Mehrheit regierte und davon ausgegangen wurde, daß sie ihren "Erfolgskurs" beibehalten würde, stürzte sie von 49,5% auf 33,7% (-15,8%). Die CDU verlor 4,5% und erreichte 28,9%. Die Grünen legten um 3,1% auf 11,9% zu, während die FDP bei 7% stagnierte. Die Reps kamen auf 13,1%.

In Offenbach - der Stadt in der fast jeder zehnte in irgendeiner Form Sozialhilfe erhält und die Ausgaben dafür mit 110 Mill. DM um 10 Mill. DM die Gewerbesteuereinnahmen übersteigen - haben die beiden großen Parteien, die auch die Stadtregierung bildeten heftig verloren. Die SPD fiel von 40,1% auf 29,2%, die CDU von 35,6% auf 26,6%. Hier erzielten die Republikaner mit 15,1% ihr Spitzenergebnis. Die Grünen kamen auf 11,6% (+1,5%), die FDP auf 7,8% (+2,2%).

Wahlergebnis Frankfurt

Das rosa-grüne Bündnis konnte sich auf Grund des abermaligen Scheiterns der FDP an der 5%-Hürde behaupten. Die SPD verlor über 48.000 Stimmen und kam auf 32,0% (-8,1%), dem absolut schlechtesten Wahlergebnis seit 1948. Die Grünen legten nochmals 3,8% zu und landeten bei 14%. Die CDU kam auf 33,4% (-3,2%). Da Frankfurt als Stimmungsbarometer für die Republik angesehen werden muß, ist das Wahlergebnis der Rechtsextremen besonders erschreckend. Reps (9,3%), DVU (2,7%), NPD (0,9%) und FWF (0,5%) kamen zusammen auf 13,4%. Gegenüber dem Wahlergebnis der NPD, die 1989 als einzige faschistische Partei angetreten war und 6,6% bzw. 20.575 Stimmen erhalten hatte, bedeutet dies auch in absoluten Zahlen eine Steigerung um mehr als 16.000 Stimmen. Der hohe prozentuale Anteil der Rechtsextremen läßt sich also nicht auf die niedrigere Wahlbeteilung zurückführen.

Linke Kandidaturen

Die Ökolinx (Ökologische Linke Liste), in Frankfurt angetreten als "Stadtopposition gegen Armut, Naturvernichtung und Rassismus" erhielt nur schwache 1,2% bzw. 3249 Stimmen. Der schwerpunktmäßig antigrün geführte Wahlkampf wurde offensichtlich nicht honoriert. Bedenkt man zusätzlich, daß die PDS, deren Mitglied Jakob Moneta auf Platz 2 hinter Jutta Ditfurth kandidierte, bei der letzten Bundestagswahl 0,9% erhalten hatte, dann erscheint das Ergebnis noch schwächer. Die Gruppe Linkswende kam in Frankfurt auf glorreiche 267 Stimmen.

Eine andere linke Bündniskandidatur gab es in Marburg. Die Marburger Linke wollte das Erbe der DKP antreten, die bisher noch vier Stadtverordnete gestellt hatte und zugunsten des Bündnisses auf eine Einzelkandidatur verzichtete. Auf der Liste waren Menschen aus der "Bunten Liste", "Projekt ökologische Linke", DKP und Einzelpersonen vertreten. Schwerpunkte waren: Verhinderung des Spekulations-Hotels "Biegeneck", Kampf um eine autofreie Innenstadt (zu diesem Zweck wurde von Winfried Wolf eine Studie "Die autofreie Stadt" erstellt), Widerstand gegen die Privatisierung der Stadtwerke, Antirassismus. Die Marburger Linke erreichte nur 3,5% und muß sich genauso auf die außerparlamentarische Arbeit konzentrieren wie die Grünen-Abspaltung Grün-Alternative-Linke, die 4,9% erhielt.

Die übrigen linken Kandidaturen können erst in der nächsten Ausgabe des ak gewürdigt werden.

Fazit

Auch wenn Klaus-Peter Klingelschmitt in der TAZ kommentiert, daß es sich um eine Protestwahl gehandelt habe, ist eher davon auszugehen, daß es eine "Gesinnungswahl" (Ignatz Bubis) war. "90% gegen 10% gegen die Stimmung gegen Migranten", interpretierte der Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, am Wahlabend das Ergebnis. Diese Interpretation bringt nur zustande, wer der Ansicht ist, daß SPD, Grüne und CDU gemeinsam mit dem Problem Rechtsextremismus fertigwerden. Von diesen Parteien ist ein entschlossenes Entgegenstemmen gegen die Rechtsextremen aber nicht zu erwarten. Eher ist zu befürchten, daß die Versicherungen der bürgerlichen Parteien, keine Absprachen mit den Rechtsextremen treffen zu wollen, mit der Zeit Makulatur werden. Gewisse Aufweichungstendenzen gab es schon in der letzten Wahlperiode. In Zeiten, in denen die Republikaner in etlichen Parlamenten das "Zünglein an der Waage" darstellen, werden die Neigungen zur Zusammenarbeit eher zunehmen. Die Linke wird sich im Hinblick auf das Wahljahr 1994 sehr viel stärker einmischen müssen als bisher.

gg

3. Radikale Ohnmacht. Der "radikale Humanismus" des Notärzte-Komitees "Cap Anamur"

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:23

"Die produktive Kraft des Scheiterns" - dies ist nicht der Titel eines Rebirthing-Kurses in der Toskana, dies ist die Überschrift eines Artikels von Rupert Neudeck in der taz vom 4.1.1993 über "Ein Jahr humanitäre Arbeit im Rückblick".

Rupert Neudeck, Feature-Redakteur beim Deutschlandfunk, Gründer des Komitees "Cap Anamur", machte sich als Vorkämpfer eines "radikalen Humanismus" einen Namen. Im Spendensammeln sehr erfolgreich, von der Bundesregierung reich beschert und in den Medien bewundert, erlangte sein Komitee den Ruf einer humanitären Eingreiftruppe, die auf allen Kriegsschauplätzen dieser Welt, von Afghanistan bis Mölln, von Nicaragua bis Kroatien, präsent ist. Im zunehmend schwieriger werdenden Geflecht nationaler Konflikte und internationaler Interessen streichen auch viele Linke die Flügel und zollen dem Humanismus eines Rupert Neudeck Respekt. Ein bürgerlicher Humanismus, dessen politische und ideologische Enthaltsamkeit von Neudeck immer wieder hervorgehoben wird.

Über das Scheitern dieses Humanismus wird freilich ein Tuch des Schweigens gebreitet, das im folgenden Artikel ein wenig gelüftet werden soll. An Bedeutung gewinnt die Auseinandersetzung mit "Cap Anamur", weil Neudeck in letzter Zeit immer massiver eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen fordert. Im "Stern"-Magazin "Rückblick 92" erklärt er: "Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht nutzen wollen?", um in der Weihnachtsausgabe der "Berliner Zeitung" den weltweiten Einsatz deutscher Soldaten zu befürworten. Zeigt sich hieran nur der verkappte militärische Charakter eines Rupert Neudeck, oder liegt es im bürgerlichen Humanismus selbst begründet, wenn er letztendlich immer wieder imperialistischen Interessen auf den Leim geht?

Wir hatten Gelegenheit, uns mit einem Mitarbeiter von "Cap Anamur" zu unterhalten, der in Angola und im Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien für das Komitee gearbeitet hat.

"Die produktive Kraft des Scheiterns" - dies ist nicht der Titel eines Rebirthing-Kurses in der Toskana, dies ist die Überschrift eines Artikels von Rupert Neudeck in der taz vom 4.1.1993 über "Ein Jahr humanitäre Arbeit im Rückblick".

Rupert Neudeck, Feature-Redakteur beim Deutschlandfunk, Gründer des Komitees "Cap Anamur", machte sich als Vorkämpfer eines "radikalen Humanismus" einen Namen. Im Spendensammeln sehr erfolgreich, von der Bundesregierung reich beschert und in den Medien bewundert, erlangte sein Komitee den Ruf einer humanitären Eingreiftruppe, die auf allen Kriegsschauplätzen dieser Welt, von Afghanistan bis Mölln, von Nicaragua bis Kroatien, präsent ist. Im zunehmend schwieriger werdenden Geflecht nationaler Konflikte und internationaler Interessen streichen auch viele Linke die Flügel und zollen dem Humanismus eines Rupert Neudeck Respekt. Ein bürgerlicher Humanismus, dessen politische und ideologische Enthaltsamkeit von Neudeck immer wieder hervorgehoben wird.

Über das Scheitern dieses Humanismus wird freilich ein Tuch des Schweigens gebreitet, das im folgenden Artikel ein wenig gelüftet werden soll. An Bedeutung gewinnt die Auseinandersetzung mit "Cap Anamur", weil Neudeck in letzter Zeit immer massiver eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen fordert. Im "Stern"-Magazin "Rückblick 92" erklärt er: "Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht nutzen wollen?", um in der Weihnachtsausgabe der "Berliner Zeitung" den weltweiten Einsatz deutscher Soldaten zu befürworten. Zeigt sich hieran nur der verkappte militärische Charakter eines Rupert Neudeck, oder liegt es im bürgerlichen Humanismus selbst begründet, wenn er letztendlich immer wieder imperialistischen Interessen auf den Leim geht?

Wir hatten Gelegenheit, uns mit einem Mitarbeiter von "Cap Anamur" zu unterhalten, der in Angola und im Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien für das Komitee gearbeitet hat.

Die Entstehungsgeschichte "Cap Anamurs" mit Sitz in der Kupferstraße 7 in Troisdorf bei Köln reicht zurück in das Jahr 1979. Im Februar jenes Jahres begannen sie, vietnamesische "Boatpeople" vor der Küste aufzusammeln und blicken stolz auf die Zahl von 9.507 geretteten Flüchtlingen zurück. Drei Jahre lang betrieb

das Komitee diese Aktion. Die Werbetrommel für diese Aktion rührte Franz Alt in seiner "Report"-Sendung vom 24.7.79 über das Schicksal der Bootsflüchtlinge. Bereits nach drei Tagen waren 1,2 Mio. DM auf dem Spendenkonto von "Cap Anamur" eingegangen, für Neudeck das Signal: "loszumarschieren, das Schiff zu chartern und unter deutscher Flagge auch ohne Seerechtsreferenten Menschenleben zu retten", nicht zuletzt dank der Unterstützung von Männern wie F.J. Strauß und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht.

Der die realen Fluchtursachen verschleiernde und antikommunistische Charakter dieser Aktion ließ den linken Theologen Helmut Gollwitzer schon damals von diesem Vorhaben Abstand nehmen, was er in einem Brief an Rupert Neudeck, den wir anbei noch einmal abdrucken, begründete.

"Das ausgesprochen politische Engagement der unpolitisch Humanitären" (Neudeck) suchte sich 1985 im nicaraguanischen Ort Waslala ein neues Aktionsfeld. "Cap Anamur" versuchte sich dort mit einem medizinischen Projekt zu engagieren. Um eine "große Koalition der Hilfe gegen die Bonner Boykottpolitik" zu schustern, hatte sich Neudeck ausgerechnet mit dem damaligen Vorsitzenden der "Jungen Union", Christoph Böhr, zusammengetan. Daß die "JU" gleichzeitig mit den übelsten Contra-Vertretern Veranstaltungsreihen über angebliche Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten durchführte, störte Neudeck wenig. Bei den InternationalistInnen in Managua stieß dieses Projekt auf Ablehnung, so daß es Neudeck nach sieben Monaten vorzog, dieses Projekt abzubrechen, anstatt sich von der "Jungen Union" zu trennen.

Mit "kastrierten Panzern"

in Angola

Anlaß für eines der jüngeren Projekte von "Cap Anamur" war der Unfall einer Mitarbeiterin in Somalia 1991, die durch eine Mine beide Füße verlor. Die Gruppe von humanitären AktionistInnen verstieg sich nun zu der Idee, mit ihrem All-Round-Talent auch die militärischen Folgen des dortigen Krieges in Form von verminten Landstrichen anzugehen. Da die Situation in Somalia aber als zu gefährlich eingeschätzt wurde, wechselte man gewand nach Angola über. Am 30. Mai 1992 landeten vier "kastrierte" (O-Ton Neudeck) Minenräumpanzer, ein Brückenlegepanzer und 700t Equipment, die sämtlich Leihgabe des Bundesverteidigungsministeriums waren, sowie zwölf Mitarbeiter in Angola, um ein bisher einzigartiges Projekt einer sog. "Nicht-Regierungs-Organisation" (NGO) durchzuführen. Die angolanische Regierung erwartete ein Spezialisten-Team für schwierige Räumaktionen. Der Chef des Teams, Reimar Wigger (Studienrat und Psychologe aus Dortmund, der seinen Porsche verkaufte, um "auszuziehen und Gutes zu tun"), stellte klar, daß ein Gelände benötigt werde, wo die Panzer zum Einsatz kommen können.

So wurde dann der Ort Changongo im Süden des Landes ausgewählt. Für die Regierung war der Ort zwar uninteressant, denn im eklatanten Unterschied zu anderen Landesteilen, die von der südafrikanischen Armee und den UNITA-Verbänden vermint worden waren, war es hier in den letzten Jahren kaum zu minenbedingten Unfällen gekommen. Die hiesigen Minen waren nämlich von der angolanischen Armee gelegt und deutlich markiert worden. Laut Wigger hatte das folgenden Vorteil: "Hier lagen die Minen in Reih und Glied. Hier konnte man gut mit Panzern rüberfahren." Von den vier Panzern brannte bereits einer samt Tieflader auf dem Transport ab, da die Bremsen nicht gewartet worden waren, zwei sprangen vorsichtshalber gar nicht erst an, und dem letzten zerriß es beim Überfahren der sechsten Mine die Kette. Das Personal, bestehend aus arbeitslosen ehemaligen Angehörigen der NVA, war weder unfallversichert, noch sprach es portugiesisch. Es war unzureichend auf die Arbeit vorbereitet worden und legte nicht zuletzt aufgrund der Gefährdung ihres eigenen Lebens zeitweise die Arbeit nieder. Nach einfacher Abmahnung wurden die Leute dann kurzerhand aus Troisdorf gekündigt. Die Entlassenen prozessieren noch heute gegen "Cap Anamur". Der neue Koordinator des Projektes forderte vom Komitee dann zwei Landmaschinenmechaniker an, da er meinte, diese sinnvoll einsetzen zu können. Rupert Neudeck entschied sich jedoch für einen Messebauer und einen Dachdecker mit dem Auftrag, Panzer zu fahren.

Hierzulande wird heute stolz auf die Zahl von 15.000 geräumten Minen hingewiesen. Daß diese Zahl jedoch nur der guten Kennzeichnung der Minen sowie dem Einsatz einer angolanischen Minenräum-Kompanie zu verdanken ist, wird verschwiegen. Auch sagt die bloße Zahl geräumter Minen nichts über deren Wert für die dort lebenden Menschen aus. Als ein zwölfjähriger Junge mehrere Finger einer Hand verlor, weil das Minenräum-Team die Zünder der Minen wahllos liegen ließ, richtete der neue Projektleiter scharfe Kritik am

bisherigen Verfahren nach Troisdorf. Die Antwort kam prompt per Fax: "Dieser schreckliche Unfall ... zeigt uns erneut ... wie stur und unbedingt wir in der Verwirklichung ... des Projektes sein müssen." Seit jedoch die UNITA im Oktober 92 nach ihrer Wahlniederlage wieder zu den Waffen griff, wurde die gesamte Besatzung samt Equipment nach Namibia evakuiert. Eine Rückkehr nach Angola ist unwahrscheinlich. In einem Gespräch in Troisdorf forderte Rupert Neudeck als Schlußfolgerung ihres Rückzuges aus Angola, hier müsse ein militärisches Eingreifen wie in Somalia stattfinden.

Dubiose Hilfe

für vergewaltigte Frauen

Nicht weniger ernüchternd sieht die Arbeit von "Cap Anamur" im ehemaligen Jugoslawien aus. Schon im Juli 92 sollten Flüchtlinge von Split aus mit einem in Dänemark gecharterten Frachter nach Deutschland transportiert werden. In entgegengesetzter Richtung sollten dann Lebensmittel verschifft werden. Die dänische Berufsgenossenschaft stoppte bereits den ersten Flüchtlingstransport vor Lissabon, weil das Schiff nicht für den Transport von Menschen vorgesehen war. Der schon einschlägig erfahrene Reimar Wigger ist mittlerweile zum Projektleiter im ehemaligen Jugoslawien avanciert.

Für Flüchtlinge aus Bosnien wurden alte Reichsbahn-Waggons zu Notunterkünften ausgebaut. Seit Mitte Dezember 92 stehen in der kroatischen Gemeinde Vinkovci 400 Schlafplätze zur Verfügung. Doch vier Wochen nach der Übergabe waren gerade mal 70 Betten belegt. Das Tudjman-Regime nimmt eben lieber faschistische Söldner denn bosnische Flüchtlinge auf. Ein Mißerfolg, den das Komitee aus Rücksicht auf laufende Spendenkampagnen bisher nicht öffentlich machte. Ein weiterer Standort für Waggon-Unterkünfte ist nördlich von Mostar auf bosnischem Gebiet, das von Kroaten kontrolliert wird, im Bau. Da der Schienenweg dorthin nicht passierbar ist, werden die Wagen verschifft. Die Kosten für einen einzelnen Schlafplatz belaufen sich auf rund 2.000 DM. Vollkommen unnötig, wo in der Region zahlreiche Hotels und Ferienunterkünfte leerstehen.

Ungeachtet ihrer bisherigen Erfahrung versucht "Cap Anamur" sich nun auch um das Schicksal vergewaltigter Frauen in Bosnien zu bemühen. Nachdem diese Vergewaltigungen bekannt wurden, stellte das Auswärtige Amt 30 Mio. DM für Projekte zur Betreuung der betroffenen Frauen zur Verfügung. Ohne entsprechend geschultes Personal und in Abgrenzung zu örtlichen Frauenprojekten mietete Reimar Wigger mehrere Häuser in Zagreb an. Im erzkatholischen Kroatien werden die Kriegsverbrechen der systematischen Vergewaltigungen - insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung kroatischer Armeeangehöriger daran - totgeschwiegen. Von seiten "Cap Anamurs" hätte es deshalb ganz besonderer Kenntnisse und Kontakte bedurft. Doch das scherte das Komitee wenig. Ging es "Cap Anamur" doch vor allem darum, in Konkurrenz zu anderen Organisationen wie "Caritas" und "Deutsches Rotes Kreuz", die alle im "Deutschen humanitären Büro" in Zagreb vertreten sind, die Nase vorn zu haben.

Mit welcher Dreistigkeit vom Komitee hochgestapelt wurde, zeigt sich an der fehlgeschlagenen Scheckübergabe durch die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth an ein Projekt für vergewaltigte Frauen. Im Januar diesen Jahres reiste sie zu einem in der Nähe von Zagreb gelegenem ehemaligen Kurheim, das von "Cap Anamur" angeblich für vergewaltigte Frauen genutzt werden soll. Doch statt der Frauen traten Rita Süssmuth vierzig schwer bewaffnete und betrunkene kroatische Soldaten entgegen, die von solch einem Projekt schon gar nichts wissen wollten. Da weder die Stadtverwaltung Zagrebs noch die kroatische Regierung ein Interesse an diesen Projekten hat, ist es bis heute nicht zu einer sinnvollen Nutzung der übrigen Häuser gekommen (siehe dazu auch den Artikel über die Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien in diesem ak). Derweil wird von "Cap Anamur" in der BRD noch die Werbetrommel gerührt, und kritische Stimmen bundesdeutscher Frauenorganisationen sind für Wigger "unqualifizierte Vorschläge"; von den aktiven Frauen vor Ort ganz zu schweigen, denn diese sind in den Augen Wiggers "unzuverlässig ... und wollen nur Telefone und Autos" (ak 350) - Vorwürfe, die nur auf Wigger selbst zutreffen, der die ersten Monate in Zagreb in einem First-Class-Hotel verbrachte und einem Mitarbeiter von "Cap Anamur" auch schon mal den PKW für sechs Wochen "konfiszierte".

"Wohnraum schaffen

ohne Waffen"

Nach den Morden in Mölln war Neudeck prompt zur Stelle. 3 Mio. DM wollte sein Komitee zum Wiederaufbau des Hauses und für die Errichtung einer Begegnungsstätte zur Verfügung stellen. Da die Stadtverwaltung jedoch reserviert reagierte, wurde umgeschwenkt. Storkow im Brandenburgischen soll nach Wunsch von Rupert Neudeck das Projekt "Friedensdorf" beherbergen. Storkow war insbesondere im Jahr 1991 Ort faschistischer Angriffe auf die 350 vietnamesischen VertragsarbeiterInnen sowie die 150 AsylbewerberInnen. Das örtliche Jugendzentrum wurde dabei ebenfalls vollkommen zerstört. Hier sollen, so breitete Rupert Neudeck vor Stadthonoratioren von Storkow aus, "... arbeitslose Jugendliche für ein Taschengeld mindestens zehn Mehrfamilienhäuser bauen, in die Menschen einziehen, die irgendwie durchhängen oder in Not sind: "Deutsche und Ausländer unter einem Dach. Wohnraum schaffen ohne Waffen" (FR, 23.1.93). Und auch der örtliche Bataillonskommandeur, ein Bayer im märkischen Exil, versichert: "... ich komme immer mit zehn Mann." Um für den Aufbau genügend Jugendliche zu finden, hat "Cap Anamur" bereits zugesagt, eine bundesdeutsche Kampagne anzuschieben.

Die große Zeit

des Elends-Jet-Sets

Diese Übersicht über verschiedene Projekte von "Cap Anamur" ist nicht vollständig. Das Komitee betreibt weitere in Kolumbien, Kurdistan, Eritrea und eine Apotheke in Sibirien. Zumeist unspektakuläre Krankenhausprojekte im kleinen Rahmen. Doch wie werden diese Projekte ausgewählt, und wer trifft die Entscheidungen? Unser Gesprächspartner bei "Cap Anamur" beantwortete die Frage knapp: "Entscheidungen fallen vor dem Fernseher." Rupert Neudeck, Christel Neudeck und Immanuel Jakobs (katholischer Theologe und ehemaliger Abt in Jerusalem) bilden das Führungstrio in Troisdorf. Wenn Krieg und Vertreibung, Hunger und Gewalt die Schlagzeilen füllen, dann sind es diese drei Personen, die entscheiden, wo eingegriffen wird. Ein namhafter Förderkreis, angeführt vom verstorbenen Heinrich Böll und dem lebenden Helmut Schmidt, Heiner Geißler, Hildegard Hamm-Brücher, Pfarrer Albertz, Manfred Rommel, Peter Scholl-Latour, Alfred Biolek, Tisa Gräfin Schulenburg, Freimut Duve und Dieter Kürten, liefert in seiner illustren Mischung den telegenen Braintrust für jede Unternehmung. Die Auswahl der MitarbeiterInnen richtet sich nicht nach ihrer fachlichen Qualifikation, sondern ihrer Einsatzbereitschaft, für den Einheitslohn von brutto 1.600 DM (abzüglich Essensgeld) gegebenenfalls ohne Krankenversicherung in jedes noch so chaotisch geplante Projekt einzusteigen. Die Arbeitsverträge sind Halbjahresverträge mit expliziten Zusatzvereinbarungen, was z.B. Besucherregelungen und anderes mehr anbelangt. Kritik der MitarbeiterInnen wird oftmals mit dem Hinweis abgewürgt, "das westliche Sicherheits- und Vorsorgedenken müsse man ablegen".

Unser Gesprächspartner erklärte, daß viele Projekte kurzerhand dazu übergangen sind, nur noch die Berichte zu schreiben, die in Troisdorf für Zufriedenheit sorgen. Doch die personelle Unzulänglichkeit, die fehlerhafte Planung, die undemokratische und ineffektive hierarchische Struktur und ebenso das vollkommen medienorientierte Aufspringen auf Kriegsschicksale sind nur die eine Seite des Komitees. Es ist jener "radikale Humanismus", der wortgewaltig tönt, in Praxis sich aber als zumeist undurchdachter Elends-Jet-Set entpuppt, Projekt-Ruinen hinterläßt und es nicht einmal für nötig erachtet, im nachhinein eine Projektauswertung zu betreiben. Es ist ein zutiefst bürgerlicher Humanismus, der an das "Gute im Menschen appelliert". Es ist der Humanismus derer, die wirklich "Griechisch und Latein können", wie es der humanistische Philosoph Werner Jäger einforderte, und so sind dann auch die ersten Seiten von Neudecks Buch "Radikale Humanität" (bitte nicht verwechseln mit dem Fotoband "Humanitäre Radikalität" vom selben Autor) angereichert mit beispielgebenden Geschichten aus Antike und christlichem Abendland.

Die von Neudeck immer wieder betonte politische Enthaltsamkeit ist nicht mehr als ein Bauernfängertrick. Die Arbeit von "Cap Anamur" war immer sehr politisch: Zum einen diente sie den westlichen Medien dazu, den unmenschlichen Charakter "kommunistischer Staaten" zu belegen. Wenn dann auch die bedingungslose Hilfe für die Geschundenen in die Hose geht, die Überlegenheit der abendländischen Werte ist auf jeden Fall gewahrt. Übrig bleibt so zum anderen ein herablassendes chauvinistisches Getue, das nicht nach Ursachen und Tätern fragt. Bewußt oder unbewußt macht "Cap Anamur" sich dabei zum Gehilfen einer imperialistischen Medien- und Außenpolitik.

U./Berlin

Dokumentation

Helmut Gollwitzer gegen "öffentliche Heuchler"

Auszüge aus einem Brief an Rupert Neudeck unter Bezugnahme auf ein Interview in "Report" vom 24.7.79.

Schon auf die erste Frage von Herrn Alt, weshalb die Linken, die damals gegen die amerikanische Vietnam-Intervention demonstriert haben, jetzt schweigen, hätte ich sofort sagen sollen "umgekehrt muß gefragt werden, warum diejenigen, die heute die Flüchtlingstragödie zu einem öffentlichen Hauptthema machen, damals geschwiegen haben". Jetzt ertrinken, wie Herr Alt sagt (die Zahl läßt sich ja nicht überprüfen), "in der Stunde hundert Kinder", von ihren Eltern in verrotteten Booten mit aufs Meer genommen. Damals wurden Tausende von vietnamesischen Kindern mit amerikanischem Napalm übergossen, damals wurde in den Free-Kill-Zonen Jagd aus Flugzeugen, Hubschraubern auf alles, was sich regt, gemacht. Hunderttausende von verkrüppelten, fürs Leben beschädigten, ihren Eltern beraubten Kindern leben heute in den vietnamesischen Waisenhäusern. Von genau denjenigen Politikern und Sprechern in den Massenmedien, die heute ihr Entsetzen über die Flüchtlingstragödie bekunden, war damals kein Entsetzen und kein Protest zu hören. Wie soll ich Ihnen heute ihre politisch offenbar so teilbare Humanität glauben? (...)

Die Gründe für diese Einseitigkeit dürften eindeutig sein. Nach der Beschämung der westlichen Vormacht durch den Sieg der Vietnamesen und nach der alle Vorhersagen vom Köpfe-Rollen Lügen strafenden humanitären Verhaltensweisen der Sieger gegen die Thieu-Anhänger ist nun endlich Gelegenheit, wieder einmal die Brutalität eines kommunistischen Regimes ins rechte Licht zu setzen; zudem erhält man durch die Aufnahme der Vietnam-Flüchtlinge "gute Flüchtlinge", weil sicher antikommunistische, im Unterschied zu den Flüchtlingen aus Lateinamerika ... Das Mißverhältnis zwischen der Aufnahmebereitschaft für die Vietnam-Flüchtlinge und dem durchsichtigen formalistischen Schwierigkeiten, die man seit dem chilenischen Putsch von 1973 bei Flüchtlingen aus Lateinamerika macht, muß jedem, der am letzteren Problem seit Jahren intensiv beteiligt ist, die Schamröte über unser Staatswesen ins Gesicht treiben. Deshalb spricht man von "Vertriebenen", als würden die Hoas aus Vietnam so ausgetrieben, wie es den Ostdeutschen geschehen ist, und von Flüchtlingen, als flöhen sie vor Gefängnis, Folter und Massenmord, wie die aus Lateinamerika. (...)

Der bei der ganzen Kampagne um die Vietnam-Flüchtlinge verschwiegene Hauptgrund für die Fluchtbewegung ist die große Not des vietnamesischen Volkes. Ein wie kein anderes Land durch die amerikanische Kriegsführung verwüstetes Land.

(Quelle: Arbeiterkampf Nr. 161, 3.9.1979)

4. Germany proudly presents: Exportschlager Ausländerhaß

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:37

Sechs Jahre nach der NS-"Machtergreifung", knapp ein Vierteljahr nach dem Pogrom vom 9./10. November 1938, zog das deutsche Außenministerium eine Bilanz der "Judenpolitik" und ihrer internationalen Auswirkungen. Titel der auf den 25. Januar 1939 datierten Ausarbeitung: "Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938". Als "Runderlaß" wurde der Text an alle diplomatischen Vertretungen des Deutschen Reichs im Ausland geschickt.

Die Autoren konstatierten voller Zufriedenheit, daß die vom NS-Staat betriebene massenhafte Vertreibung von Juden aus Deutschland in vielen Ländern - die nun mit größeren Zahlen von Flüchtlingen konfrontiert waren - zu einer Zunahme des allgemeinen Antisemitismus, zur Abschottung der Grenzen und anderen antijüdischen Maßnahmen geführt habe.

"Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100.000 Juden (gemeint sind die Flüchtlinge aus Deutschland in den Jahren 1933/34) hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermessen, daß sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten wird, wenn große Massen der Juden aus Deutschland, aus Polen, Ungarn und Rumänien durch den zunehmenden Druck ihrer Gastvölker in Bewegung gesetzt werden. Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.

Es ist bereits heute für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken. Allerdings besteht keine Veranlassung, mit anderen Staaten wie Polen, Ungarn und Rumänien, die selbst die Abwanderung ihrer jüdischen Bevölkerung anstreben, an der Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Erfahrungsgemäß konkurrieren bei dieser Prozedur die gleichgerichteten Interessen und hemmen die Verwirklichung des vordringlichen deutschen Anspruchs auf Aufnahme der deutschen Juden in andere Zielländer."

Die Autoren des Papiers führten zahlreiche Beispiele für antisemitische Aktivitäten und Pressestimmen in Ländern an, die jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen hatten. Diese Entwicklungen, so heißt es abschließend, "bestätigen die Richtigkeit der Erwartung, daß die Kritik an den mangels Tatbestandes in vielen Ländern nicht verständlichen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum eine Übergangserscheinung darstellt und sich in dem Augenblick gegen das Judentum selbst wenden wird, wo der Augenschein die Bevölkerung lehrt, was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet. Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens soll eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht von falschem Mitleid mit der ‚vertriebenen religiösen Minderheit`, sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet."

1993 heißt der deutsche Exportschlager nicht mehr "Lösung der Judenfrage", sondern "Lösung des Asylantenproblems". Die Methoden haben sich, das sei zugestanden, gegenüber denen des Dritten Reichs enorm humanisiert und verfeinert. Es soll und darf hier auch nicht um falsche Analogien gehen. Der wesentliche Vergleichspunkt ist allerdings, wie deutsche Politik ein "Problem" - das eigentlich erst aus rassistischer Sichtweise seine besonders bedrohliche Dimension gewinnt - zum internationalen Exportartikel macht und damit kalt berechnend das politische Klima in anderen Ländern äußerst negativ beeinflußt. Die kurz vor dem Abschluß stehende deutsche "Asylrechtsreform", richtiger gesagt Asylrechtsbeseitigung, dient so betrachtet nicht nur dazu, Lasten der BRD auf weit ärmere Länder abzuwälzen, worauf von diesen und von einigen sozialliberalen und linken Kräften der BRD immer wieder hingewiesen wird. Das deutsche Vorgehen muß zugleich im Zusammenhang einer größeren Strategie gesehen werden, die Destabilisierung und Rechtsentwicklung in den östlichen Nachbarländern nicht nur in Kauf nimmt, sondern gezielt anstrebt, unter anderem zu dem Zweck, eine Front gegen die Wanderungsbewegungen aufzubauen.

Die Bundestagsfraktionen von CDU/ CSU, SPD und FDP haben sich - nach einer grundsätzlichen Einigung schon Anfang Dezember letzten Jahres - Mitte Januar darauf verständigt, das im Artikel 16 des Grundgesetzes garantierte Asylrecht für politisch Verfolgte durch folgenden Zusatz einzuschränken, richtiger gesagt praktisch außer Kraft zu setzen: "Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der EG oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der EG, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen (d.h. die sogenannten "sicheren Drittstaaten") werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden."

Das bedeutet in die Praxis übersetzt: Wer auf dem Weg in die BRD irgendeinen "sicheren Drittstaat" passiert hat, sei es auf dem Landweg oder beispielsweise nur als Zwischenlandung bei einer Flugreise, kann sofort abgeschoben werden, ohne vorher noch einen Asylantrag stellen zu dürfen. Was "sichere Drittländer" sind, können die beiden Häuser des deutschen Parlaments mit einfacher Mehrheit jederzeit neu festlegen - die Stimmen der SPD-Abgeordneten würden dafür dann nicht mehr gebraucht. Da sich die etablierten Parteien jetzt schon einig sind, daß außer den EG-Ländern auch Polen, die Tschechische Republik, Österreich und die Schweiz, also rundum sämtliche Nachbarländer, zu den "sicheren Drittstaaten" zu rechnen seien, kann überhaupt niemand mehr, der auf dem Landweg in die BRD gelangt, hier noch ein Asylrecht geltend machen. Auch wer es schafft, trotz immer perfekterer Grenzsicherung illegal in die BRD einzureisen und seinen Fluchtweg zu verschleiern, muß künftig damit rechnen, daß sein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" zurückgewiesen wird.

Hinzu kommt, daß nach Absatz 3 des neuformulierten Artikels 16a des Grundgesetzes Bundestag und Bundesrat mit einfacher Mehrheit eine Liste von "verfolgungsfreien Ländern" festlegen. Das setzt nach dem Gesetzestext voraus, daß "gewährleistet" sein muß, "daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet". Flüchtlinge aus einem solchen Land gelten im allgemeinen nicht als politisch verfolgt und können im verkürzten Verfahren abgeschoben werden. Wie der neue Text in der Praxis interpretiert wird, ist daraus zu erkennen, daß Rumänien trotz rassistischer Diskriminierung seiner Roma-Bevölkerung als einwandfrei "verfolgungsfrei" gilt und daß auch Länder wie Indien und Pakistan dazu gerechnet werden; die CDU/CSU hätte am liebsten auch gleich noch die Türkei in die Liste aufgenommen.

Es ergibt sich aus der Neuformulierung des Artikels 16a eine doppelte Abschiebe-Möglichkeit, wobei es an eindeutigen Festlegungen fehlt, wie jeweils verfahren werden soll. Diese bewußt offengehaltene Unklarheit enthält brisanten Stoff für künftige Konflikte auf dem Rücken der Flüchtlinge.

Nehmen wir beispielsweise eine Familie aus Bulgarien, die über Rumänien, Ungarn, Slowakische Republik und Polen den Weg nach Deutschland geschafft hat. Wird die BRD sie nach Bulgarien zurückschicken, weil dies ein "verfolgungsfreies Land" ist? Oder werden die deutschen Behörden sie ins letzte Transitland, also nach Polen, abschieben, mit der Begründung, daß dieses ein "sicherer Drittstaat" und folglich für das weitere Verfahren zuständig sei?

Ein anderes Beispiel: Es könnte sich um rumänische Flüchtlinge handeln, die im übrigen den gleichen Reiseweg wie eben genannt zurückgelegt haben. Die BRD hat mit Rumänien im Herbst 1992 ein "Rücknahmeabkommen" geschlossen, welches der BRD gestattet, alle Flüchtlinge mit rumänischer Staatsangehörigkeit zurückzuschicken, sobald deren Asylantrag abgelehnt worden ist. Aufgrund dieser Vereinbarung wurden bis Ende Januar rund 3000 Flüchtlinge nach Bukarest geflogen. Die deutsche Bundesregierung könnte jedoch auf den Gedanken kommen, daß künftig rumänische Flüchtlinge nach Polen abgeschoben werden - sofern sie über die polnische Grenze gekommen sind -, da dieses als "sicherer Drittstaat" verantwortlich sei. Der Vorteil für Bonn wäre, daß für rumänische Asylsuchende keinerlei Asylverfahren mehr in der BRD stattfinden müßte. Das leistet nämlich auch die Klausel mit den "verfolgungsfreien Ländern" noch nicht perfekt, da sie einem Asylsuchenden immerhin noch bescheidene Möglichkeiten bietet, eine individuelle Verfolgungssituation zu behaupten.

Drittes Beispiel, diesmal nicht fiktiv, sondern der "Süddeutschen Zeitung" vom 5. März entnommen: Eine Gruppe von 32 indischen Flüchtlingen wird von der sächsischen Polizei im Laderaum eines abgestellten

Lastwagens entdeckt. Sie hatten sich zu Fuß und per Anhalter über Rußland, die Slowakei und die Tschechische Republik bis an die deutsche Grenze durchgeschlagen. Was würde man mit ihnen machen, wenn die "Neuregelung des Asylrechts" erst einmal in Kraft ist? Man könnte sie direkt per Flugzeug aus der BRD nach Indien zurückschicken, da dieses ein "verfolgungsfreies Land" ist. Man könnte sie aber auch über die tschechische Grenze abschieben, da dort "sicheres Drittland" ist. Prag könnte sich dann allerdings auf den Standpunkt stellen, daß eigentlich doch die Slowakei zuständig sei, diese würde die Flüchtlinge in die Ukraine abschieben, durch die sie vermutlich eingereist seien. Jene dürfte sie schließlich an Rußland weiterreichen, da dieses als "sicheres Drittland" anzusehen sei. Rußland hätte dann die freie Auswahl, die Gruppe nach Afghanistan (als mutmaßliches Transitland) auszuweisen oder sie in das Herkunftsland Indien zu schicken.

Der ganze Vorgang läßt sich noch extrem komplizieren und verschärfen, sofern die Fluchtwege sich nicht lückenlos und zweifelsfrei nachweisen lassen, was häufig der Fall sein wird. Wieviel Streitstoff allein in dieser Möglichkeit liegt, wird daran sichtbar, daß die Bundesregierung behauptet, über Polen seien 1992 rund 100.000 Asylsuchende in die BRD gekommen, während Warschau diese Zahl nur auf etwa 30.000 schätzt. Die übrigen 70.000 könnten künftig Kampfobjekt zwischen den Behörden beider Staaten werden.

Daß der Phantasie beim Weiterwälzen der Flüchtlingsbewegungen künftig keine Grenzen gesetzt sind, zeigt das Beispiel Estlands: Mit Hilfe Schwedens und Finnlands will es künftig kurdische und irakische Asylsuchende (mutmaßlich aber auch andere), die ihren Weg über Rußland genommen haben, wieder dorthin zurückschicken. Begründung: Rußland hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, sei also ein "sicherer Drittstaat". ("Neue Zürcher Zeitung", 23.2.)

Die Interessiertheit und Hilfestellung der skandinavischen Staaten ergibt sich natürlich daraus, daß Estland seinerseits nur Transitland ist. Am 22. Februar hatte der "Spiegel" noch berichtet, Schweden habe Schwierigkeiten, Flüchtlinge, die per Schiff aus den baltischen Republiken über die Ostsee kommen, einfach zurückzuschicken, da die drei Staaten vorsichtigerweise die Genfer Flüchtlingskonvention gar nicht erst unterzeichnet haben. Mit der Idee, den Schwarzen Peter nun an das nicht weniger krisengeschüttelte Rußland weiterzureichen, hat man eine auf den ersten Blick verblüffende, aber interessante Lösungsmöglichkeit gefunden. Selbstverständlich ist international bekannt, daß Rußland jetzt schon mehr als eine Million Binnenflüchtlinge zu versorgen hat und daß es schon zur Bewältigung dieses Problems nicht den nötigen juristischen und administrativen Apparat hat, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten gar nicht zu sprechen.

Zwar wird bisher so getan, als wolle und müsse sich die BRD primär mit ihren direkten Nachbarstaaten über Abschiebeabkommen einigen, und die Empörung dort über die deutsche Unverschämtheit, zunehmend gepaart allerdings mit Bekundungen des Verständnisses für das deutsche "Asylproblem", ist entsprechend groß. Man wird jedoch begründete Zweifel anmelden müssen, ob beispielsweise Polen und die Tschechische Republik überhaupt die richtigen Adressaten für die Bonner Pläne sind. Denn keines der deutschen Nachbarländer grenzt seinerseits direkt an einen der Staaten, die derzeit Hauptherkunftsgebiete von Asylsuchenden sind. Polen beispielsweise könnte mit Recht argumentieren, daß die Flüchtlinge, die es aus der BRD übernehmen soll, vorher schon in mindestens einem anderen "sicheren Drittland" gewesen sein müssen, bevor sie nach Polen gelangten, und daß Deutschland sie gefälligst gleich selbst dorthin zurückschicken solle. Das könnte in vielen Fällen Ungarn sein, vielleicht auch Bjelorus oder die Ukraine, vielleicht Rußland.

So zu argumentieren, entspräche dem Schengen-Abkommen, wonach eben nicht das letzte Transitland, sondern der erste "sichere Drittstaat", den ein Flüchtling erreicht, für das Asylverfahren und/oder für die Abschiebung in das Herkunftsland zuständig ist. Sollten die deutschen Behörden dennoch darauf bestehen, Flüchtlinge über die polnische Grenze abzuschieben, so könnte Polen sie jedenfalls mit gleichem Recht an Ungarn weiterreichen, dieses eventuell sie nach Rumänien schicken usw., den gesamten Fluchtweg wieder rückwärts.

Auf jeden Fall ist mit der deutschen "Asylrechtsreform" also garantiert, daß in allernächster Zeit Flüchtlingsgruppen zum Streitobjekt zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten werden, die man sich wie lästigen Abfall gegenseitig zuzuschieben versucht. Daß Flüchtlinge Schwierigkeiten bedeuten, jedenfalls für die Länder des einstigen Ostblocks, die allesamt in einem wirtschaftlichen Desaster und politischer Instabilität stecken, ist unbestreitbar. Der von Deutschland angezettelte brutale Konkurrenzkampf unter der Devise "Wie werde ich meine Asylanten schnell wieder los" und "Den letzten beißen die Hunde" bläht die tatsächlichen Problematiken jedoch zu irrationalem Umfang auf, verstärkt von dieser Seite her die

propagandistische Funktionalisierung der Flüchtlinge als Sündenböcke und Haßobjekte. Es scheint die Hoffnung der Bundesregierung und der SPD-Spitze zu sein, daß bei einer solchen Entwicklung demnächst kaum noch jemand über deutsche Ausländerfeindlichkeit sprechen wird, sondern sich die Aggressionen in erster Linie gegen die hin- und hergereichten, in die Illegalität und Kriminalität getriebenen Flüchtlinge richten werden. In der ehemaligen DDR wurde bereits erprobt und untersucht, wie Menschen reagieren, denen wirtschaftliche, politische und geistige Probleme ohnehin schon schwer zu schaffen machen - und die man dann mit Asylsuchenden konfrontiert. Selbst geringe Zahlen von Flüchtlingen haben dort ausgereicht, um hysterische Verhaltensweisen hervorzurufen. Die dort gemachten Erfahrungen scheinen den Versuch zu ermutigen, das Versuchsmodell nun auf ganz Osteuropa auszuweiten.

Daß Polen und die Tschechische Republik, von denen heute an erster Stelle als künftige Abschiebeländer die Rede ist, keine "sicheren Drittstaaten" im Sinne einer humanen Flüchtlings- und Asylpolitik sind, ist allgemein bekannt. Beiden Ländern fehlen dafür sämtliche juristischen, administrativen und finanziellen Voraussetzungen. Beide haben weder ein praktikables Asylrecht und Aufnahmeverfahren, noch haben sie das dafür notwendige Personal und Know-how, noch haben sie Möglichkeiten für eine massenhafte Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden. Beide haben bisher nur jeweils einige Hundert Flüchtlinge aufgenommen. Ausgerechnet diesen zwei Staaten, die sich zudem in jeder Hinsicht in einer schweren Krise befinden, wider Willen die Rolle von Aufnahmeländern aufzuzwingen, ist ein außenpolitisches Verbrechen erster Größenordnung.

Schon jetzt vergrößert und radikalisiert sich in beiden Staaten das faschistische, gewalttätige Potential, nimmt die Zahl rassistischer Übergriffe zu, gewinnen - vor allem in Polen - ausländerfeindliche Massenstimmungen an Boden. Beide Staaten entliberalisieren, von Bonn entsprechend hart bedrängt, ihre Einreisebestimmungen, verstärken ihre Grenzsicherungen. In beiden Ländern wird man voraussichtlich, ebenfalls maßgeblich auf deutschen Druck hin, die Kontrolle über die im Land weilenden Ausländer verschärfen.

Voraussehbar ist aber auch schon, daß weder Polen noch die Tschechische Republik zigtausende aus der BRD abgeschobene Flüchtlinge dauerhaft aufnehmen wollen. Sie werden im Gegenteil bestrebt sein, die meisten von ihnen so schnell wie möglich wieder loszuwerden, indem sie sie ans nächste Glied der Transitkette weiterreichen - die Slowakische Republik, Ungarn, Bjelorus, die Ukraine, Litauen usw. Die Staaten, die auf diese Weise in den von Deutschland angezettelten Konkurrenzkampf um die "Lösung des Asylantenproblems" hineingezogen und hineingezwungen werden, bilden insgesamt nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks eine Zone der Verelendung und der Instabilität. In nahezu allen haben nationalistische Strömungen gefährliche Ausmaße angenommen, sind scharfe Rechtsentwicklungen - auch auf Regierungsebene - nicht auszuschließen. Die meisten von ihnen sind überdies real oder tendenziell selbst Herkunftsländer von Armuts- und Arbeitsmigranten. Wer an diesem Pulverfaß mit der Brandfackel des Ausländerhasses made in Germany manipuliert, weiß höchstwahrscheinlich, was er tut und was er vorhat.

Kt.

5. Jagdeinheit Seiters: Die legalisierte Privatjagd auf "Illegale"

Von Ulla Jelpke

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:38

Gerüchte und Geschichten gibt es viele: An den Ostgrenzen haben sich in den letzten Monaten "Bürgerwehren" gebildet, die ihre Privatjagd auf "illegale Einwanderer", Flüchtlinge oder einfach Grenzgänger veranstalten. Organisationsgrad und Ausrüstungsstand (Funkgeräte bei Streifen z.B.) sollen relativ gut sein. Handfeste Informationen über derlei Umtriebe sind kaum zu erhalten. Handfest, d.h. belegt und zielstrebig angegangen wird aber die Organisierung jagdwilliger BürgerInnen durch das Bundesinnenministerium und den Bundesgrenzschutz.

In Berlin wird derzeit aufgedeckt, wie ein Relikt aus den Zeiten vor dem Mauerbau - die Freiwillige Polizeireserve - den Wandel der Zeiten überstanden hat und nach und nach den Rahmen abgab für neofaschistische Ausbildung und Waffenbeschaffung und kriminelle Umtriebe. Offenkundig wird, wie sich über die Jahre in diesem Verein Kriminalität mit Law-and-order-Bewußtsein hervorragend vertragen und von örtlichen Honoratioren gepflegt werden.

Diese Truppe gab neben anderen das Vorbild ab für Überlegungen im Hause Seiters, die Personalprobleme des BGS beim Abdichten der Ostgrenzen zu lösen. So wurde Ende letzten Jahres geprüft, wie eine personelle Aufstockung des BGS bewerkstelligt werden könnte. Naheliegende, zuerst von den REP, dann auch von Unionspolitikern wie Lummer immer wieder in die Debatte geworfene Vorschläge, doch einfach die Bundeswehr an der Grenze einzusetzen, wurden wohlwollend erörtert. Das Ergebnis ist ein sechsseitiges Papier, dessen Inhalt jetzt nach und nach in die Öffentlichkeit gelangt.

Nicht nur ehemalige Soldaten sollen kurz- oder langfristig Grenzdienst leisten können; unter ausdrücklicher Berufung auf verschiedene Modelle der Hilfspolizeien der Länder sollen auch "andere Bedienstete" nach Crash-Kursen Grenzdienst tun. Genannt werden die Berliner "Freiwillige Polizeireserve", die "Angestellten im Innen- und Außendienst" Hamburg und die "Wachpolizei" in Berlin.

Die Werbeaktionen des BGS in den Ortschaften entlang der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze, die innerhalb weniger Tage angeblich 4000 Bewerbungen ergeben haben (SZ 16.2.), sind ein erstes Resultat der Bemühungen. Die taz (13.2.) wußte zu berichten, daß damit "alte Forderungen von Bürgern erfüllt werden, die sich hier auskennen".

Was nach den Mediendarstellungen wie ein Schnellschuß von Seiters aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ziemlich gut durchgeplantes Unternehmen, das zudem durch gezielte Medienarbeit öffentlich abgesichert worden ist.

Parallel zu den Notwendigkeiten, die Grenzen dicht zu machen gegen den Ansturm der "Illegalen", gegen Schlepper und "organisierte Kriminelle", wurde der Personalnotstand des BGS beschworen. Öffentlich angestellte Überlegungen, die Bundeswehr an den Ostgrenzen einzusetzen, begleiteten diese "Informationen". Nachfragen führten schließlich zu der Erklärung, daß im Innenministerium in Absprache mit dem Verteidigungsministerium "juristisch geprüft" werde, ob ein Bundeswehreinsatz in Frage käme.

Am 21.11.92 wurde durch verschiedene Agenturmeldungen präzisiert, daß hinter der angeblich nur juristischen Prüfung schon mehr steckte. Angesichts der damals offiziell genannten 20.000 aufgegriffenen "Illegalen" und einer Dunkelziffer von über 100.000 illegalen Grenzübertritten an der deutsch-polnischen Grenze, sollte eine "zweite Auffanglinie" entwickelt werden. "Damit sollten vor allem die Beamten an den vorderen Grenzabschnitten bei ihrer Kontroll-Tätigkeit entlastet werden (...) Die als Auffang-Einheiten bezeichneten Sondertrupps sollten - so die Planung - vor allem die Vernehmung von aufgegriffenen illegalen Einwanderern übernehmen". (dpa, 21.11.92) Weil während der Vernehmungen der Aufgegriffenen die Grenzen nur noch dünn bewacht seien, sollten sie mit "Personal aus anderen Bereichen" (Seiters) unterstützt werden.

Das Hauptproblem der Personalbeschaffer war offensichtlich die notwendige Grundgesetzänderung (Art.87 GG), die für einen regelrechten Bundeswehreinsatz notwendig geworden wäre. Deshalb wurde an allerlei Hilfskonstruktionen gebastelt: Die Soldaten könnten "beurlaubt" werden, um diesen Urlaub dann unter der Regie des BGS zu verbringen. Es könnten auch vorzeitig - oder in diesem Falle rechtzeitig - entlassene Bundeswehrler zum BGS überwechseln.

Ein Papier aus dem Innenministerium von Anfang Januar brachte etwas mehr Licht in die Sache. Die beabsichtigte Gesetzgebung im Asylbereich wird die Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung der illegalen Zuwanderung zusätzlich erhöhen, heißt es da zur Einleitung. Die Überlegungen gingen dahin, ob "bestimmte Funktionen im BGS (...) anderen Bediensteten übertragen werden könnten", und in diesem Zusammenhang ist eben auch an die Bundeswehr gedacht worden.

"Mögliche Aufgaben für diese Kräfte sind sowohl Unterstützungsfunktionen bei den operativen Einsatzmaßnahmen an der Grenzlinie (...) als auch technische und administrative Dienstleistungen vor allem bei der sogenannten Folgebearbeitung nach vollzogenen Aufgriffen (...) Neben aktenmäßigen Arbeitsvorgängen kommen in Betracht die Durchführung von Datenabfragen, die Bedienung von Kommunikationsmitteln, die Mithilfe bei erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Sicherungsmaßnahmen an den Kontrollstellen oder bei Personenverbringungen einschließlich Abschiebemaßnahmen die Bedienung von technischem Einsatzgerät und vergleichbare Tätigkeiten."

Durchgespielt werden dann verschiedene arbeits- und dienstrechtliche Probleme polizeilicher Unterstützungskräfte im BGS. Von Ausbildungsproblemen bis zu zeitlichen Befristungen werden die Wege durchdiskutiert. Einen gewissen Vorrang genießen dabei Soldaten, weil sie schnell und tatsächlich für diese Aufgaben zu gewinnen wären und weil es sich bei Soldaten um Personal des öffentlichen Dienstes mit entsprechender Grundqualifikation handelt. Als Vorbild für andere Wege wurden die freiwilligen Polizeidienste der Länder (s.o.) herangezogen.

An der "Stellenbörse" der Bundeswehr laufen derzeit Werbeaktionen unter ausgeschiedenen oder zur Entlassung anstehenden Soldaten der Bundeswehr und der ehemaligen NVA. Der CDU-Abgeordnete Marchewski wirbt in der "Bild-Zeitung" dafür, ausscheidende Soldaten beim BGS bzw. überhaupt bei der Polizei unterzubringen. (16.2.)

Den größten Schlag landete der BGS selbst: Anfang Februar wurde eine Werbeaktion an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik gestartet. "BGS - Polizei des Bundes sucht zur sofortigen Einstellung (...) für Tätigkeiten im Bereich grenzpolizeilicher Aufgaben (Innen- und Außendienst) an der Grenze zu Polen (...)", heißt es auf Werbeplakaten und Zeitungsanzeigen.

Innerhalb weniger Tage sollen sich die schon erwähnten 4.000 BewerberInnen gemeldet haben, darunter auch Leute aus "Bürgerwehren". Gut die Hälfte von 700 BewerberInnen beim Grenzschutzamt Frankfurt/Oder waren Frauen. Gesprochen wird von 1.600 fehlenden Beamten. Angestellt werden sollen die Neuen zunächst für drei Jahre als Hilfspolizisten. Nach einem vierwöchigen Crash-Kurs sollen sie einsatzreif sein. Unklar ist noch, nach einer Meldung der "Berliner Zeitung" vom 22.2., ob sie Waffen tragen sollen oder nicht. Im Grenzschutzbereich Frankfurt/Oder sind "Einstellungsberater" eingesetzt, die die 18-40jährigen BewerberInnen für die "mobile Hilfspolizei" beraten sollen. Ab 15. März sollen die ersten eingestellt werden.

Schon jetzt eingerichtet für den Einsatz dieser Kräfte sind Grenzschutzstellen in der "zweiten Linie", damit sie dort alle "grenzpolizeilichen Folgemaßnahmen" einschließlich der Abschiebung wahrnehmen können.

Es wird ernst mit der Schließung der Grenze. Die schon im Oktober angekündigten technischen Maßnahmen - Radar-, Infrarot-Überwachung, Sperrgerät und Schnellboote auf der Oder - werden erprobt oder sind schon im Einsatz. Bei den Radargeräten soll es sich um das auch bei der Bundeswehr eingesetzte "Gefechtsfeldüberwachungsradar" handeln, das selbst kleinste Metallteilchen erfaßt und anhand der Bewegungen auch Personen präzise ausmachen kann. ("Behörden-Spiegel" 2/93) Hinzu kommt die Verstärkung des BGS durch das roulierende System mit 1000 Beamten. Der Höhepunkt dürfte aber das Freiwilligen-Korps, die Jagdeinheit Seiters sein.

Meldungen aus dem letzten Jahr wie "Jäger erschossen illegalen Einwanderer"(Welt, 7.7.92) und "Helfer der Grenzschützer sind derzeit rechtsradikale Jugendliche, die im Grenzgebiet regelrecht auf Menschenjagd

gehen" (Berliner Zeitung, 20.7.92) weisen auf das Potential hin, das hier angezapft und organisiert werden soll. Natürlich spielt auch die hohe Arbeitslosigkeit in der Gegend eine Rolle - die richtige Mischung für den Rio Grande an den Ostgrenzen.

6. Tag X kommt! Aufruf zur Blockade in Bonn

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:34

"Bambule in Bonn" - unter diesem Titel beschreibt "Focus" (das neue Magazin, das sich in Konkurrenz zum Spiegel auf dem Markt plazieren möchte) die Vorbereitungen für den Tag X, die geplante Blockade des Bundestages am Tag der dritten Lesung des neuen Asylabschaffungsgesetzes. (Wir berichteten im letzten ak.) "Autonome wollen den Bundestag an der Verabschiedung des Asyl-Kompromisses hindern", titelt "Focus" weiter. Wären sie doch nur so mächtig, könnte unsereins denken. Also hören wir uns das neue Magazin noch ein wenig weiter an:

"Ein Morgen im Bonner Frühsommer des Jahres 1993. Abgeordnete, denen unter Polizeischutz der Weg in den Bundestag gebahnt werden muß. Schlagstockeinsatz in Sichtweite des Parlaments, um eine Blockade durch rabiate Linksextremisten zu verhindern. Die Krawallmacher der autonomen Szene planen für den Tag der Schlußabstimmung über die Asylrechtsänderung Bambule in der Bannmeile. Einstweilen werden regionale Parteienbüros attackiert, so jüngst in Göttingen, Karlsruhe und Aachen. Vorstufen der Eskalation zur Hauptaktion. Das Parlament und die Sicherheitsbehörden sind gewarnt. In der geheimen Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestages berichtete Verfassungsschutz-Präsident Eckart Werthebach über ein zentrales Vorbereitungstreffen der Drahtzieher in Wuppertal. (...) Der Verfassungsschutz erkennt (...) ‚ein neues Solidarisierungsthema zur Festigung des antifaschistisch verbrämten Linksextremismus'."

An dieser Darstellung ist - teils zum Glück und andererseits auch leider - so ziemlich alles daneben, nicht einmal der Termin stimmt. Inzwischen weiß man, daß die dritte Lesung nicht mehr im März, sondern ziemlich sicher am 22./23. oder 29./30. April stattfinden wird. Inkrafttreten soll das neue Gesetz Anfang Juni. "Bambule" plant wenn, dann einzig und allein die Polizei oder die PKK (wie gehört, die parlamentarische Kontroll-Kommission). Doch auch hier kann man eher sicher sein, daß üblicherweise mehr Drohungen ausgestoßen werden, um den Kreis der Teilnehmer möglichst eng auf die linke Szene begrenzen zu können. Geplant ist bisher eine ziemlich bunte Mischung von Aktionen an und in der Bannmeile in Bonn, so daß die Polizei es schwer haben dürfte, den bösen "Krawallmacher" herauszufinden, zumal alle mit friedlichen Mitteln blockieren wollen.

Am Vortag X will das "Städteplenum" noch ein Vorbereitungstreffen in Bonn organisieren, am Tag X selbst versammelt sich frau, man zwischen 6 und 7 Uhr an der Heussallee, um bei Beginn der Bundestagsdebatte mit der Blockade anzufangen.

Die TeilnehmerInnen der "friedlichen Belagerung des Bundestages", zu der das Komitee für Grundrechte aufgerufen hat, versammeln sich um 7 Uhr vor dem Erich-Ollenhauer-Haus der SPD und wollen von dort aus zum Bundestag ziehen. Zwischen beiden Veranstaltern gibt es noch Diskussionen, ob man vielleicht besser eine einzige, gemeinsame Blockade veranstalten will.

Ab 8 Uhr findet des weiteren an der Bundeskunsthalle gegenüber dem Regierungsviertel eine (angemeldete) Dauermahnwache mit Informationen und Theateraktionen etc. statt.

Ab 9 Uhr soll vor dem Bundestag auch ein Gottesdienst aller Konfessionen unter der Losung "Der Fremde soll dir wie ein Einheimischer sein" stattfinden. (An diesem Tag ist es vielleicht genauso effektiv, anstelle der Parlamentarier Gott anzurufen.)

Nachmittags gegen 14 Uhr wollen sich alle Aktionsgruppen zu einer Kundgebung und je nach Lage eventuell auch zu einer Demonstration versammeln.

Ob das ganze ein Thema ist, bei dem sich die Linke untereinander neu und vor allem mit den Flüchtlingen solidarisiert, mag der Verfassungsschutz befürchten, wir können es nur hoffen bzw. müssen dazu noch einiges tun. So schreibt der Trägerkreis "Aktion Asylrecht" in seinem neu erschienenen Aktionsinfo, daß nicht nur etliche Parlamentarier, sondern auch die meisten Menschen "noch gar nicht begriffen (hätten), welche Tragweite der neu geplante Art. 16a GG hat, nämlich die praktische Abschaffung des Asylrechts... Wir machen uns keine Illusionen, den Gesetzentwurf stoppen zu können. Aber das politische Klima und die Entwicklung unserer Gesellschaft wird nicht nur von oben, sondern auch von unten bestimmt."

In diesem Sinn wird vorgeschlagen, am Wochenende vor der Bundestagsabstimmung, am Wochenende 24./25. April 1993, überall in der BRD "Aktionstage" durchzuführen. Bei uns hier in Hamburg ist jedenfalls noch nichts geplant - und sonst?

Hier noch einmal die Kontaktadressen:

Infoladen Wuppertal

Brunnenstraße 41, 5600 Wuppertal 1

Tel und Fax: 0202-311790

Es gibt dort zentrale Aufrufe und ein schönes Plakat ("Die Brandstifter sitzen in Bonn") zu bestellen.

Trägerkreis Aktion Asylrecht

c/o Büro Friedenskooperative

Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

Tel: 0228-692904 (06 Fax)

Beim Trägerkreis kann ein Aktionsinfo bestellt werden, wo die verschiedenen Planungen für den Tag X vorgestellt werden.

Komitee für Grundrechte

c/o Klaus Vack, An der Gasse 1

6121 Sensbachtal, Tel: 06068/2608

7. Von Vetternwirtschaft und Neofaschisten. Der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)

Autor: U. Jelpke, A. Maurer, H. Schröder · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Revanchismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:04

Nach seinem Verbot durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg und seiner Wiedergründung in den 50er Jahren dümpelte der VDA so vor sich hin. Neofaschistisch durchsetzt warb er im relativ kleinen Kreis für die Notwendigkeit deutscher "Schutz- und Kulturarbeit" im Ausland, für "Volkstumsarbeit" und unermüdlichen Einsatz für die "Grenzlandsdeutschen". Im kleinen Kreise wurde großdeutsche und rassistische Propaganda betrieben, die Kontakte in das neofaschistische Lager nicht nur gepflegt, sondern auch organisatorisch festgezurrt.

Spätestens Ende der 80er Jahre schaffte der VDA den politischen Durchbruch. Prominente Politiker wurden nicht nur Mitglied im VDA, sondern übernahmen auch Amt und Würden im VDA: Unter ihnen u.a. der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), Horst Waffenschmidt. Und seitdem flossen nicht nur Gelder in zig Millionen Höhe. Der VDA wurde überdies zu einer der einflußreichen Mittlerorganisation der Bundesregierung für Osteuropaangelegenheiten.

Die Waffenschmidt-Connection

Als sich der durch seine NS-Vergangenheit belastete VDA 1955 neu gründete, da wurde dies von der Bundesregierung noch mit Skepsis beobachtet. Die Neugründung galt im Auswärtigen Amt 1957 "als unerwünscht".

Kein Wunder: Der VDA war nicht nur 1933 eine der "wenigen Organisationen, die von den Nazis weder verboten noch gleichgeschaltet, sondern aufgewertet wurden. Er war für die Regierung Hitler wichtig, weil die NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine funktionierende Auslandsorganisation verfügte" (Kurt Hirsch, Rechts von der Union, München 1989, S. 311). Der VDA hatte sich für die Nazis bewährt, und die politisch-inhaltliche Gemeinsamkeit brachte der Hitler-Stellvertreter, Rudolf Hess, 1939 auf den Punkt als er äußerte: "Für die Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen ist ausschließlich der VDA zuständig" (tat, 9.10.1981, "Das Deutschtum kann wieder fröhlich Urständ feiern").

Nach 1945 wurde der VDA von Alt-Nazis und einstigen NS-Größen, nach vorhergehender vorsichtiger politischer Sondierung, wieder aufgebaut. Kurt Hirsch gibt an, daß 1958 eine ganze Reihe von Personen den VDA verlassen hatten, weil der "Verein durch ehemalige NS-Belastete unterwandert" sei (Hirsch, a.a.O., S. 311). Dies ist kein Wunder. Der VDA wurde wiederaufgebaut u.a. durch

- Hans Neuwirth (ehemaliges NSDAP-Reichstagsmitglied, nach 1945 Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des damals noch offiziell als rechtsextrem eingestuften Witiko-Bundes)

- Theodor Oberländer (NSDAP-Mitglied, von 1934 bis 1937 Reichsführer des "Bundes Deutscher Osten", nach 1945 führender Repräsentant des "Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten", der CDU und der neofaschistischen "Gesellschaft für Publizistik")

- Hans Wissebach usw.

Heute ist dies für die Bundesregierung nicht mehr anrüchig, heute gibt die Bundesregierung dieser Organisation ihre offizielle Weihe. Sie setzt den VDA als Mittlerorganisation ein. Aber nicht nur das: Seit 1989 ist der Parlamentarische Staatssekretär und Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Horst Waffenschmidt, in den Verwaltungsrat des VDA für vier Jahre gewählt worden (Globus 5/1989). Neben ihm sitzen dort ebenfalls noch andere, nicht unwesentliche Mitglieder der Bundesregierung oder des Bundestages. So

- Dr. Ludwig Biewer, Legationsrat 1.Klasse, Referent des Politischen Archivs und des Historischen Referats des Auswärtigen Amts

- Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des Unterausschusses "Auswärtige Kulturpolitik"

- Hans Klein, Bundestagsabgeordneter, 1989 noch Bundesminister, Chef des Presse- und Informationsamtes, heute Bundestags-Vizepräsident.

Seit dieser Zeit fließen die Gelder zum VDA in beträchtlichem Ausmaß. Besonderen Anteil hat daran der Aussiedlerbeauftragte. Allein aus dem BMI erhielt der VDA seit 1990 ganze 112,4 Millionen Mark für Projekte in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Dabei ging es freilich nicht immer mit rechten Dingen zu. Der Bundesrechnungshof rügte sowohl das Geschäftsgebaren des VDA als auch das Verhalten des BMI.

Da bewilligte das BMI dem VDA wegen der angeblichen "besonderen politischen und wirtschaftlichen Dringlichkeit" - so ein Vermerk des BMI vom 19.12.90 - 34,6 Millionen Mark. Das Geld sollte "ohne das normalerweise schriftliche Antragsverfahren bewilligt werden". Bereits nach neun Tagen wurden die Gelder durch das BMI "im voraus und telegrafisch" (Spiegel 35/92) angewiesen.

Offenbar war der VDA aber durch die geplanten Projekte völlig überfordert. Die so "dringlich" benötigten Gelder wanderten erst einmal auf ein Festgeldkonto und brachten dem VDA "allein 1991 rund 432.000 Mark Zinsen auf Staatskosten" (ebenda).

Der "Spiegel" schreibt: "Wie geschmiert liefen die Geschäfte mit BMI-Geldern vor allem, wenn alte Bekannte und VDA-nahe Firmen eingeschaltet wurden. ‚Freihändig', so kritisiert der Rechnungshof, habe der VDA die Abwicklung des 34,6-Millionen-Projekts an eine Firma mit Sitz in Salzgitter und Moskau vergeben. Anfragen deutscher Firmen, die mitmachen wollten, wurden von der Botschaft in Moskau wahrheitsgemäß beschieden: Der VDA habe das Projekt ‚exklusiv' vergeben" (ebenda).

Nach dieser Art verfuhr der VDA auch in einem anderen Fall: Ende 1991 beantragte der VDA beim BMI zwei Millionen Mark für 100.000 Wörterbücher. Die Gelder aus dem BMI kamen umgehend. Vergeben wurde der Auftrag für die Wörterbücher an das VDA-nahe Unternehmen "Interform" in Moskau, "obwohl laut Rechnungshof ein Einkauf bei Langenscheidt in Deutschland 638.400 Mark, der Druck bei einem Moskauer Verlag gar 1,2 Millionen Mark billiger geworden wäre" (ebenda).

Der Bericht des Bundesrechnungshofes sorgte im Sommer 1992 für einige Unruhe und hektisches Treiben im BMI. Denn laut "Verzeichnis der Beratungsberichte des Bundesrechnungshofes an den Haushaltsausschuß oder des Berichterstattes im Zeitraum 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992" ging der Bericht über die Prüfung der Zuwendungen an den VDA mit Datum vom 16.6.92 an den Ausschuß des Bundestages.

In der einen Tag später stattfindenden Sitzung des Ausschusses wollte die Bundesregierung die Spuren verwischen, mit Drohungen sollte der Rechnungshof eingeschüchtert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im BMI, Kroppenstedt, führte u.a. aus, daß das BMI am Nachmittag des 15.6.92 erstmals von dem beabsichtigten Schreiben des Rechnungshofes erfahren habe. Diesem Verfahren habe das BMI sofort widersprochen. Daß trotzdem den Berichterstattern des Ausschusses der Bericht zugegangen sei, fände er, Kroppenstedt, "äußerst ungut", da er durch vage Behauptungen einen falschen Eindruck erwecke. Ähnlich äußerte sich der Abgeordnete Dr. Klaus Rose (CSU): Er warnte vor einer schnellen Vorverurteilung des VDA. Das BMI hatte unmittelbar zuvor in der Sitzung der Berichterstatter mitgeteilt, daß mit dem VDA "alles in Ordnung" sei.

Der bei der Haushaltsausschußsitzung anwesende Präsident des Rechnungshofes, Zavelberg, wies trotzdem darauf hin, daß eine kleine Organisation wie der VDA, der bisher nur 1 Millionen DM zur Verfügung hatte, nunmehr über mehrere Millionen Mark verfügt, zwangsläufig in Schwierigkeiten geraten müsse.

Obwohl später auch das BMI in Sitzungen des Haushaltsausschusses "gemachte Fehler" einräumen mußte, wurde in den Sitzungen des Haushaltsausschusses auf Betreiben der Mitglieder der Regierungsparteien die Kritik des Rechnungshofes am BMI und VDA als Anlaß genommen, dem Rechnungshof deshalb selber mit einer Prüfung zu drohen.

VDA - neofaschistisch durchsetzt

Der VDA hat nicht nur durch seine Vergangenheit, sondern vor allem durch seine inhaltliche Aufgabenstellung Mitglieder neofaschistischer Organisationen angezogen. Grenzlandsdeutschtum, deutsche Schutz- und Volktumsarbeit sind eben Eckpfeiler auch neofaschistischer Programmatik.

Der VDA zeigt großdeutsche Flagge, in dem er nicht nur ein Netzwerk von deutschen Vereinen und Schulen über die ganze Welt zieht, sondern u.a. auch österreichische und südtiroler Organisationen in Führungsgremien einbezieht.

Auf dem VDA-Kongreß 1989 urteilte Barthold Witte, Leiter der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, über die Deutschen im Ausland: "Ein Tabu, das nicht mehr existiert". Eines der Ziele der Politik deutschen Auslandstums müsse es sein, den ausgewanderten Deutschen dabei zu helfen, "die sprachliche und kulturelle Identität zu erhalten", denn, "die Bewahrung der eigenen Identität ist wichtig, ja lebenswichtig...". Ein anderes Ziel müsse "die Wiederherstellung geschlossener Siedlungsgebiete" sein. Denn: "Solche Gebiete sind schon deshalb wichtig, weil nur dort diejenigen Institutionen das nötige Umfeld haben, die eine nationale Minderheit zum dauerhaften Überleben braucht" (Globus 5/1989).

Ähnlich völkisch, in der Sprache etwas unbeholfener und dadurch etwas deutlicher, äußerte sich der Moskauer freischaffende Schriftsteller und Übersetzer, Waldemar Weber: "Die Völker bestehen jahrhundertelang, denn das wichtigste, weshalb sie sich als Volksgemeinschaft empfinden, ist die Verhaltensweise, die Lebensführung. (...) Dort, wo wenigstens ein paar Familien miteinander verkehren konnten, bewahrten sie ihre deutsche Identität. (...) Eine Republik würde den Deutschen helfen, ihre nationale Identität zu bewahren, sie würde das nationale Selbstbewußtsein stärken und die Auswanderung bremsen" (Globus 4/1989).

Das "theoretische" Rüstzeug des VDA bringt uns das Vorstandsmitglied Rolf Sauerzapf (Mitglied auch der rechtsextremen Evangelischen Notgemeinschaft Deutschlands und u.a. Referent beim Hilfskomitee Südliches Afrika) näher. In seinem Beitrag "110 Jahre deutsche Schutz- und Kulturarbeit im Ausland" beschäftigt er sich hauptsächlich mit der - wohl heute immer noch für den VDA aktuellen - Entstehungsgeschichte des VDA. Danach gilt: "Zur Wirklichkeit deutschen Volkstums aber gehörten die verschiedenen Stämme, Mundarten, Brauchtum, Sitte und Traditionen" (Globus 5/1991). Sauerzapf ist daher auch entschiedenster Gegner der Einengung des Begriffs deutscher Staatsbürger. In seinem historischen Rückblick stellt er fest: "Dieses gesamtdeutsche Volks- und Kulturbewußtsein erfuhr durch die Schaffung des Bismarckreiches eine verhängnisvolle Einengung. Von vielen ‚Reichsdeutschen', die im Sog eines nationalen Liberalismus, der tragenden ‚Ideologie' des Bismarckreiches standen, wurde als Deutscher nur der betrachtet, der Bürger des deutschen Reiches war. Die neuen deutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot brachten zunächst eine Einengung und Abgrenzung von den anderen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen (ebenda)." Sauerzapfs Credo ist, "daß das volks- und kulturpolitische Anliegen der Schul- und Schutzvereine beziehungsweise des VDA nichts mit staatsbezogen-nationalistischen Bestrebungen zu tun hat" (ebenda).

Waffenschmidts Mitstreiter Sauerzapf empfiehlt dem Leser und der Leserin der VDA-Zeitung "Globus" deshalb auch das mehrbändige "Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" (Breslau 1933ff) aus der NS-Zeit, in dem nicht nur akribisch jedes "deutsches Siedlungsgebiet" auf der gesamten Welt aufgeführt worden ist, sondern in dem auch ein widerlicher Antisemitismus propagiert und ein Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat abgegeben wird. Hier wird der völkische Größenwahn des Deutschtums und des Auslandsdeutschtums auf den Punkt gebracht.

Sauerzapfs Tiraden der Überwindung der "Staatsbezogenheit" ähneln stark den national-revolutionären Ausführungen moderner Neofaschisten, sie zeigen aber auch sofort das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit dieser Politik der "deutschen Schutzarbeit". Die Deutschen im Ausland werden hier ganz klar als Brückenköpfe einer expansiven und rassistischen Politik begriffen und eingesetzt.

Der zum Teil aggressiv vorgetragene Chauvinismus kam natürlich auch beim langjährigen Vorsitzenden des VDA, Rudolf Aschenauer, zum Vorschein. Er stützt sich in seinem im neofaschistischen Türmer-Verlag erschienenen Buch "Die Auslandsdeutschen. 100 Jahre Volkstumsarbeit. Leistung und Schicksal" auf den Österreicher Pernerstorfer, der schrieb: "Wir Deutsche gehören doch zusammen, und es muß jeder von Gottes und von Rechts wegen dem Stammesgenossen helfen, der in Not kommt, sein Heiligstes, sein deutsches Volksbewußtsein zu verlieren" (Aschenauer, Die Auslandsdeutschen, Berg 1981, S. 282).

Keine Frage, daß Aschenauer, wenn er die Probleme von 100 Jahren "deutscher Volkstumsarbeit" Revue passieren läßt, natürlich auch die Politik des faschistischen Deutschlands entlastet. "Wenn zwei Völker wie das deutsche und das polnische seit Jahrhunderten in engster Raumgemeinschaft leben, so geht das nicht ohne Spannungen und Zusammenstöße. (...) Das polnische Geschichtsbild mit seinen außenpolitischen

Zielsetzungen ist mitentscheidend für die Ablehnung der Vorschläge Hitlers zur Lösung der Danzig- und Korridorfrage ..." (ebenda, S. 29). Ein Verein, in dem so einer lange Zeit Vorsitzender bleiben konnte, geht davon aus, daß die Polen nur ein Geschichtsbild haben dürfen, nämlich das der umfassenden Überlegenheit, sonst ...!

Wie schon oben angedeutet, betreibt der VDA eine enge Zusammenarbeit mit österreichischen und südtiroler Gruppen. Eine enge Verbindung bestand bzw. besteht zur "Gesellschaft der Freunde Südtirols", der "Stillen Hilfe für Südtirol", "Südtiroler Kulturinstitut, "Deutsch Europäisches Hilfswerk", "Deutscher Schulverein" (Wien), "Deutscher Kulturbund" (Wien), "Österreichische Landsmannschaft" (Wien).

Besonders interessant ist, daß derzeit Vertreter der Bundesregierung im Verwaltungsrat neben ausgewiesenen Rechtsextremisten sitzen. So ist im derzeitigen Verwaltungsrat der Vorsitzende der neofaschistischen Österreichischen Landsmannschaft, Helmut Kowarik, vertreten. Die Österreichische Landsmannschaft wird vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands als "wichtige und einflußreiche ideologisch-kulturelle Dachorganisation des deutschnationalen und rechtsextremen Lagers" charakterisiert (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1981, S. 211).

1978 definierte Kowarik sein Verständnis von Volkstumsarbeit: "Unter Volkstumsarbeit verstehen wir die Erhaltung und Stärkung der geistigen Kräfte, die unsere Kultur getragen haben und deren Vernichtung zu unserer politischen und militärischen Ohnmacht sich notwendigerweise die kulturelle gesellen würde, wie der Altmeister der Schutzarbeit, Prof. Dr. Straka, gesagt hat" (zitiert nach, ebenda, S. 211).

Kowarik ist aber auch für den "Eckartboten", die Zeitung der Österreichischen Landsmannschaft, verantwortlich. Eine Zeitung, die "Volkstumsarbeit" heute noch antisemitisch versteht. So hieß es im "Eckartboten" über den Schriftsteller Härtle: Er unternimmt es, "das jahrtausendalte Phänomen der jüdischen Einzigartigkeit und der weltweiten Judengegnerschaft auf seine Grundtatsachen zurückzuführen. (...) Er weist nach, was den Juden die instinktive Feindschaft aller Völker eingetragen hat: Der Auserwähltheitsglaube ihrer Religion (Jahweismus), ihre durch das Rabbinertum bewußt hochgezüchtete und bewahrte blutsmäßige und geistige Inzucht, kurzum ihre völlige Andersartigkeit, die sie in jeder Umwelt als Fremdkörper erscheinen ließ". Und an anderer Stelle des Artikels wird der Antisemitismus als "natürliche Abwehrreaktion aller Wirtsvölker" bezeichnet (ebenda, . 88/89).

In der Ausgabe des "Eckartboten" wird die Vergasung von sechs Millionen Juden in deutschen KZs als "bösartige Propaganda" bezeichnet, die "der geschichtlichen Wahrheitsforschung in keiner Weise standhält" (ebenda, S. 120).

Bundesregierung nix gewußt nicht

Nun ist die Durchsetzung des VDA mit rechtsextremen Personen und Inhalten geradezu mit den Händen zu greifen; vorausgesetzt man will dies. Die Bundesregierung jedoch ist bestrebt, diesen Sachverhalt zu leugnen. Als die PDS/Linke Liste in einer Kleinen Anfrage auf den Umstand hinwies und darüber Auskunft haben wollte, daß in den 70er Jahren ein Aufruf zu Mitgliedschaft im VDA und zur Unterstützung eines Schüleraustausches mit Chile in der neofaschistischen Zeitung "Nation Europa" erschienen war, da antwortete die Bundesregierung, daß dies laut Mitteilung des VDA "ohne Beauftragung und Wissen des VDA" geschehen sei (Bundestags-Drucksache 12/2455). Und überhaupt: Über den Einfluß von rechtsextremen Organisationen und Personen auf den VDA habe man "keine Erkenntnisse".

In einer Nachfrage darauf hingewiesen, daß diese Auskunft des VDA aber unglaubwürdig sei, da doch just in dem Zeitraum, als die Anzeigen des VDA in "Nation Europa" erschienen waren, dort der damalige VDA-Vorsitzende Aschenauer und der VDA-Verwaltungsrat Peter Achtmann publiziert hatten, behauptete der VDA steif und fest weiter, daß die Anzeigenaufgabe "ohne sein Wissen erfolgte". Und obwohl alle Kenner der Szene schmunzelten, behauptete die Bundesregierung, sie habe "keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Auskunft zu zweifeln" (drs. 12/3191). Und allen ist klar: Der VDA hätte Anlaß zu lügen, weil es um zig Millionen geht, und die Bundesregierung selber hätte Anlaß, sich belügen zu lassen, weil klar ist, daß sie sich ihre Mittlerorganisation nicht sorgfältig oder ganz bewußt so ausgesucht hat.

Für letzteres spricht immerhin die Tatsache, daß der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilfried Böhm, langjähriger VDA-Vorsitzender in Hessen, beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages 1978 ein Gutachten über "Auslandsdeutsche in aller Welt" in Auftrag gab. Dieses Gutachten stützte sich u.a. auf Artikel aus "Nation Europa" und die "Eckart-Schriften". Böhm fand das Gutachten immerhin so gut, daß er es als Buch veröffentlichte.

Man kann darüber spekulieren, ob die Politik dieser Organisation in den Umbrüchen im Osten eine reale Bedeutung haben wird. Mit der Unterstützung dieser Organisation demonstriert die Bundesregierung allerdings eine knallharte Volkstumsarbeit auf völkischer Basis und macht Ansprüche auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geltend. Auch nicht ansatzweise würde sie sich ähnliches von der türkischen oder arabischen Regierungen gefallen lassen.

Ulla Jelpke, Albrecht Maurer,

Helmut Schröder

8. FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek

Notizen aus der Provinz

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:18

Als am 2.12.92 eine Gruppe von ca. 30 bis 40 türkischen, griechischen und deutschen AntifaschistInnen versuchte, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek-Krupunder (bei Hamburg) anzugreifen, wurde die Existenz der Bundesgeschäftsstelle zum ersten Mal auch in der überregionalen Presse erwähnt.

Noch am Abend nach dem Angriff und in den Tagen danach wurden fünf türkische und ein griechischer Jugendlicher vom Staatsschutz in Hamburg festgenommen. Ihnen wird u.a. Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen - bei dem Angriff war Jörg Groll, ein FAP-Mitglied aus dem nahegelegenen Schenefeld, durch einen Messerstich schwer verletzt worden - es wurden aber keine Haftbefehle erlassen.

Die Bundesgeschäftsstelle der FAP befindet sich bereits seit August/September 1991 in der Seestr. 165 in Halstenbek-Krupunder (Schleswig-Holstein). Hier wohnt auch Glenn Goertz, der FAP-Bundesgeschäftsführer, dessen Mutter die Wohnung besitzt. Der Kreis Pinneberg, zu dem die Gemeinde Halstenbek mit ca. 15.000 EinwohnerInnen gehört, ist seit Beginn der 80er Jahre politisches Aktionsfeld militanter Alt- und Neonazis, nachdem diese sich Ende der 70er Jahre aus dem Hamburger Innenstadtbereich zurückziehen mußten.

Ein kurzer Rückblick: Schon Mitte der 70er Jahre verbreitete die von Michael Kühnen und Christian Worch geführte faschistische "Hansa-Bande" in Hamburg und später im Hamburger Umland faschistischen und antisemitischen Terror. Die "Hansa-Bande" verwüstete jüdische Friedhöfe, schmierte Nazi-Parolen und griff MigrantInnen und Linke an. Daß es sich bei dieser "Bande" keineswegs um eine apolitische Jugendgang handelte, wurde spätestens 1977 deutlich, als Kühnen die ANS/NA gründete. Ein Hauptziel der ANS/NA war es, die Aufhebung des NSDAP-Verbots durchzusetzen. So fand dann z.B. im Januar 1978 in einer Gaststätte im Halstenbeker Nachbarort Lurup ein bundesweites NSDAP-AO-Treffen mit sämtlichen Führungskadern aus der bundesdeutschen Alt- und Neo-Naziszene statt. Der Naziterror in Hamburg wurde zwei Jahre später tödlich: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim wurden 1980 zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet.

Im Sommer 1983 verschoben sich die Aktivitäten der ANS/NA aufgrund des massiven antifaschistischen Widerstands aus dem Hamburger Innenstadtbereich in die Vororte Rahlstedt und Bergedorf sowie nach Pinneberg. Schon einen Monat vor der Gründung der "ANS/NA-Kameradschaft Pinneberg" im Oktober 1983 hatten AnwohnerInnen beobachtet, wie eine Gruppe von ca. 15 Leuten auf einem Schulgelände Wehrsportübungen durchführte. Und zwei Tage vor der Gründung der "Pinneberger Kameradschaft" fand sich im "Hamburger Abendblatt" folgende Anzeige: "Nationalbewußte Deutsche zur Gründung eines Geländesportvereins gesucht, Chiffre 64944". Kreiskameradschaftsführer wurde der damals 18jährige Matthias Pagel. Bis zum Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 wohnte auch Kühnen in Pinneberg - bei der stadtbekannten Altfaschistin Editha Arnold.

Nach dem Verbot der ANS/NA gliederten sich die ANS/NA-Mitglieder und Ortsgruppen schon ab Dezember 1983 auf Absprache zwischen Kühnen und dem FAP-Vorsitzenden Pape in die FAP ein. In Halstenbek gründete sich im Dezember 1983 eine FAP-Ortsgruppe. Und auch in Pinneberg blieb die alte ANS/NA-Gruppe unter anderen Namen wie "Antikommunistische Vereinigung Pinneberg" und "Lesezirkel der Neuen Front" weiter aktiv, z.B. bei einem versuchten Angriff auf eine Veranstaltung der VVN-Pinneberg im Mai 1984, an dem auch Matthias Pagel beteiligt war. Pinneberg und die kleineren Gemeinden wie Halstenbek im Kreis Pinneberg boten der FAP schon damals ideale Bedingungen zur Propagandaarbeit und Rekrutierung: Zum einen existiert hier seit Anfang der 50er Jahre ein etabliertes Netz von rechtslastigen Vertriebenenverbänden, zum anderen wurde durch die Praxis der Quasi-Kasernierung ausländischer Baumschularbeiter in Baracken auf Baumschulgeländen im Kreis Pinneberg seit Anfang der 70er Jahre Rassismus und die soziale Isolation von ArbeitsmigrantInnen institutionalisiert.

Mitte der 80er Jahre fiel die FAP in Pinneberg und Halstenbek dann allerdings hauptsächlich durch das Kleben von FAP-Aufklebern und dem Zerstören der Stelltafeln der Grünen auf. Im FAP-Rundbrief Nr. 2 für den "Gau Hamburg-Schleswig-Holstein" vom Oktober heißt es dazu z.B.: "Selbstverständlich standen auch die Pinneberger Aktivitäten im Schatten des Märtyrertods von Rudolf Hess. Sowohl an der Aktion vor den

Konsulaten der Besatzer als auch an dem Marsch durch Witten (Dortmund) nahmen die Pinneberger Aktivisten teil (...) Zum ersten Augustwochenende organisierte die Kameradschaft ein Sympathisantentreffen, an dem etwa 30 geladene Gäste und Freunde der Partei teilnahmen. Es konnte Kontakt zu einigen Interessenten geknüpft werden."

Zu diesem Zeitpunkt traten sowohl der jetzige FAP-Bundesgeschäftsführer Glenn Goertz als auch sein jüngerer Bruder André des öfteren mit bekannten FAP-Aktivisten in der Öffentlichkeit auf. Die folgenden zwei Jahre nutzte die FAP zur Aufbauarbeit und Rekrutierung aus der Neonaziszene im Umkreis von Pinneberg und Halstenbek - u.a. in Lurup, Schenefeld, Rellingen und Egenbüttel. Dabei versuchten jüngere Neonazis auch im Jugendzentrum Halstenbek-Rellingen Fuß zu fassen. So schreibt das Pinneberger Tageblatt am 5.4.1989 nach einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Neonazis bei einer Discoveranstaltung im Jugendzentrum: "Probleme mit Ausländerfeindlichkeit sind in Halstenbek bedauerlicherweise kein Novum. Bereits vor einiger Zeit habe es im Jugendzentrum Komplikationen mit jungen Leuten gegeben, die der Neonazi-Szene zugeordnet werden und versuchten, Einfluß auf andere Besucher zu nehmen. (...) Es gab dabei auch Hakenkreuz-Schmierereien (...) Halstenbek habe eine bekannte rechtsradikale Szene und einen dementsprechenden Ruf."

Ca. seit 1986/87 übernahmen die Brüder Glenn und André Goertz, die dem Busse-Flügel der FAP zuzurechnen sind, zunehmend Führungspositionen innerhalb der neofaschistischen Szene in Halstenbek und Umgebung. Außerdem knüpften sie vermehrt Kontakte zu regionalen faschistischen Strukturen, z.B. zum KKK in Henstedt-Ulzburg und Elmshorn und der im Raum Norderstedt aktiven "Aktion Nationale Kameradschaft" (ANK).

Ende 1990 stieg Glenn Goertz zum Landesvorsitzenden der FAP in Schleswig-Holstein auf. Sein Bruder André verließ Halstenbek Mitte des Jahres 1991, um in Hamburg Jura zu studieren. Er ist seitdem auch FAP-Gauleiter in Hamburg sowie Schriftleiter des Hamburger FAP-Blatts "Standarte".

Nach dem Umzug von Glenn Goertz aus dem Haus seiner Mutter in deren Zweitwohnung in die Seestr. 165 in Halstenbek-Krupunder im Sommer 1991 verlagerte die FAP ihre wöchentlichen Kameradschaftsabende, an denen 30-40 FAP-Mitglieder teilnehmen, in die Kneipe "Kiek In" in Krupunder. Ungefähr im gleichen Zeitraum verstärkte sich der Terror von rechten Skinheads, die eng mit der FAP zusammenarbeiten, auf den Straßen in Halstenbek und Krupunder: Flüchtlinge wurden bedroht, mehrmals wurden junge AntifaschistInnen in Krupunder zusammengeschlagen, und überall tauchten Aufkleber mit dem Motto "Halstenbek - Hochburg der FAP" auf. Auch überregional waren die FAPler aus Halstenbek des öfteren aktiv - so brüstete sich Glenn Goertz in einem Interview vom Februar 1992 mit der Pinneberger Schülerzeitung "KMfN" u.a. mit seiner Teilnahme an einem (von AntifaschistInnen erfolgreich zerschlagenen) FAP-Aufmarsch am 8.2.1992 in Bonn und seiner Beteiligung an einer Racheaktion gegen einen schwulen FAPler.

Ab Sommer 1992 fanden die Halstenbeker FAP-Kameradschaftsabende dann direkt in der Bundesgeschäftsstelle in der Seestr. 165 statt, da der Wirt des "Kiek In" der FAP aufgrund einer zunehmenden Öffentlichkeit die Räume entzog. Einhergehend mit dieser Verlagerung nahm der faschistische Terror am S-Bahnhof Krupunder zu; Flüchtlinge, MigrantInnen und SchülerInnen trauten sich nicht mehr, dort auszusteigen. Aus Angst vor einer vermuteten Zusammenarbeit zwischen einigen örtlichen Polizisten und Glenn Goertz stellten mehrere Personen, die von FAPlern und Skinheads angegriffen wurden, jedoch keine Anzeigen bei der Polizei. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde die Präsenz der FAP in Halstenbek erst bekannt, nachdem vor dem Schützenfest im September 1992 überall im Ort Plakate mit folgendem Text auftauchten: "Achtung! Die Gemeindeverwaltung weist darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister." Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Itzehoe wegen "Volksverhetzung und Urkundenfälschung" verlaufen - wie nicht anders zu erwarten - im Sande.

Nachdem die Polizei bei einer Razzia auf dem S-Bahnhof Krupunder Ende September rund 40 FAPler und Skins durchsuchte und einige Waffen beschlagnahmte, meldete Glenn Goertz für den 7.10.1992 eine Mahnwache unter dem Motto "Mehr Toleranz für Andersdenkende" an. AntifaschistInnen aus Pinneberg und anderen Städten in Schleswig-Holstein mobilisierten daraufhin für den gleichen Tag zu einer antifaschistischen Demonstration in Krupunder, an der trotz der sehr kurzfristigen Mobilisierung ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Die "Mahnwache" der FAP fiel aus.

In den folgenden Wintermonaten verstärkte Glenn Goertz seine Bemühungen, die FAP als legitime Rechtspartei in Halstenbek zu etablieren. Sein Konzept schien erst einmal erfolgreich zu sein. Als er Anfang Dezember 1992 mit 25 FAPlern bei einer Bürgerfragestunde des Gemeinderats auftauchte, wurde er daraufhin noch vor Weihnachten zusammen mit seinem Bruder André vom parteilosen Bürgermeister Bruno Egge zu einem Gespräch mit dem Bürgervorsteher (CDU) und dem Bürgermeister im Rathaus empfangen. Der Presse gegenüber zeigte sich Bürgermeister Egge nach dem Gespräch zufrieden. Sein Ziel sei es in erster Linie, daß in Krupunder die Ruhe wiederhergestellt werde, so der Bürgermeister, und darüber habe er mit Glenn Goertz geredet. Ansonsten lamentierte der Bürgermeister, daß es für seine Gemeinde ein schweres Problem sei, "die Asylanten unterzubringen". Auf die Frage, warum die 110 Flüchtlinge in Halstenbek in Containern untergebracht sind, meinte Egge: Man wolle diese schließlich nicht integrieren, es würden ohnehin 90% aller Asylbewerber abgeschoben. Und überhaupt sei man mit dem Problem "Rechtsextremismus" erst seit dem Sommer 1992 konfrontiert. Auch ansonsten scheinen der Bürgermeister und die örtliche Polizeiführung das Problem eher im wachsenden antifaschistischen Widerstand zu orten. Bei den seit Mitte Dezember 1992 vom "Hamburger gewaltfreien Aktionsbündnis" organisierten wöchentlichen Mahnwachen am S-Bahnhof Krupunder schritt die Polizei z.B. ein, als sich KundgebungsteilnehmerInnen zum Schutz vor fotografierenden FAPlern vermummten.

In derselben Logik standen auch die Äußerungen des Halstenbeker Polizeichefs Petersen vor der regionalen antifaschistischen Demonstration am 6. Februar 1993 in der Lokalpresse. Glenn Goertz selbst versuchte bis zum letzten Moment die von der Pinneberger ANTIFA organisierte Demonstration zu verhindern - u.a. durch einen weiteren Auftritt von 15 FAPlern bei einer Gemeinderatssitzung Ende Januar 1993. Offensichtlich sieht Goertz sein politisches Ziel, die FAP in Halstenbek zu etablieren und den reibungslosen Ablauf der Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle (u.a. die Koordinierung von FAP-Parteitagen wie im April 1992 in Berlin und den bundesweiten Versand von Propagandamaterialien) durch die von den Antifas hergestellte Öffentlichkeit gefährdet.

Zu der Antifa-Demonstration am 6. Februar 1993 kamen dann ca. 1.500 Menschen aus ganz Norddeutschland nach Halstenbek. Obwohl das von der ANTIFA-Pinneberg erhoffte "breite gesellschaftliche Spektrum" sich zurückhielt, wurde die Demo auch in der Lokalpresse überwiegend positiv kommentiert. 40 FAPler, die sich in der Bundesgeschäftsstelle verschanzt hatten und vorher die anderen BewohnerInnen des Mehrfamilienhauses bedrohten, wurden vom zahlreich vertretenen SEK für einige Stunden "in Gewahrsam" genommen.

Insgesamt scheinen die unterschiedlichen antifaschistischen Aktionen in Halstenbek inzwischen auch bei der Bevölkerung zu einem Stimmungsumschwung zu führen. Während sich AnwohnerInnen in Halstenbek-Krupunder im Sommer noch positiv über "die adretten, höflichen jungen Leute bei Herrn Goertz" äußerten, überwiegen seit Jahresanfang die Stimmen derjenigen, die eine Auflösung der FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek fordern.

Dieser Artikel entstand mit Unterstützung der ANTIFA Pinneberg.

Demnächst erscheint eine ausführliche Dokumentation zu den Ereignissen in Halstenbek-Krupunder.

Prozeß

gegen FAPler

Vor dem Amtsgericht in Oldenburg geht der Prozeß gegen acht FAP-AktivistInnen in die dritte Runde. Der Auslöser dieses Prozesses ist der Versuch von etwa 40 FAPlerInnen 1988 in Heiligenhafen eine Wahlveranstaltung zur Europawahl durchzuführen. Antifaschisten, die das verhindern wollten, wurden von den FAPlerInnen zusammengeschlagen. Die Polizei nahm nach dem Vorfall mehrere FAPlerInnen fest.

Am 6. Februar 1990, fast zwei Jahre später, begann der Prozeß gegen folgende FAPlerInnen: Stefan Bliesmer (FAP-Schatzmeister Niedersachsen, Funktionär in der Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene, Wiking-Jugend-Funktionär), Detlef Brüel (ehemaliger ANS/NA-Aktivist, FAP-Bundesschatzmeister, Wiking-Jugend-Aktivist), Stefanie Ahrens, Michael Homeister (bekannt aus dem FAP-Schulungszentrum Mackenrode), Detlef Lichte (soll sich mittlerweile aus der Nazi-Scene gelöst haben), Hanno Wichmann, Guido Wirsching und Andreas Haye.

Wie es nicht anders zu erwarten war, trat der Neo-Nazi Jürgen Rieger als Anwalt für einen der Angeklagten auf. Er versuchte die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und stellte Strafantrag gegen zwei angeblich wiedererkannte Antifas. - Das Verfahren gegen diese wurde nach zwei Prozeßtagen mit Freispruch beendet. - Der Prozeß gegen die FAPlerInnen wurde vertagt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß das zu erwartende Strafmaß wesentlich höher als angenommen sei.

Am 11. September 1990 begann die Fortsetzung. Neo-Nazi-Anwalt Rieger war wieder mit dabei. Während der drei stattfindenden Prozeßtage wurde das Verfahren gegen Stefanie Krüger wegen Geringfügigkeit eingestellt, das Verfahren gegen Detlef Lichte vorläufig eingestellt. Entscheidend für diesen Teil des Verfahrens aber war der Befangenheitsantrag, den Rieger gegen einen der Richter stellte. Da dem stattgegeben wurde, mußte der Prozeß völlig neu angesetzt werden.

Am 23. Februar 1993 wurde nun nach 29 Monaten Unterbrechung der Prozeß gegen sechs der acht FAPlerInnen fortgesetzt. Angesetzt sind fünf Verhandlungstage und ein Ersatztag.

4. Prozeßtag: 16.3.1993, 9 Uhr; 5. Prozeßtag (Urteilsverkündung): 23.3.1993, 9 Uhr; Ersatztag: 30.3.1993, 9 Uhr. Weitere Infos zum Prozeß über: Infoladen Assata, Auf der Wallhalbinsel 27 (Alternative), 2400 Lübeck 1, Tel.: 0451/705434.

ga.

nach Informationen der Prozeßgruppe

9. Schlußwort von Klaus Croissant

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:24

Ich möchte das letzte Wort nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft widmen. Über Vergangenes einschließlich dessen, was in diesem Verfahren als Tatzeit bezeichnet wird, habe ich in meiner Prozeßerklärung zu Beginn der Hauptverhandlung genug geredet.

1.Nach meiner Freilassung werde ich als erstes meine Anwaltstätigkeit in meiner Kanzlei wiederaufnehmen, in der mich die Bundesanwaltschaft am 14. September 1992 mit Hilfe eines willfährigen Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes verhaften ließ.

Das wird nicht ganz leicht sein. Ich schulde dem Justiz-Fiskus des Landes Baden-Württemberg noch Gerichtskosten in Höhe von DM 253.460,25, die in meinem nunmehr 15 Jahre zurückliegenden und 73 Tage währenden Stammheimer Prozeß aufgelaufen sind. Das Stuttgarter Justizministerium hat mir bereits einen Vorgeschmack der Entschlossenheit vermittelt, mit der diese Kostenforderung nunmehr beigetrieben werden soll. Es hat vor kurzem mein Gefangenenkonto bei der JVA Moabit gepfändet, auf dem sich ein Guthaben von ca. DM 100,- für den laufenden Einkauf von Gegenständen täglichen Bedarfs wie Obst, Kaffee, Tee, Schreibwarten und Hygiene-Artikeln befand. Dieses Vorgehen zeigt, auf welchem Niveau inzwischen die Auseinandersetzung um eine real existierende alte Rechnung geführt wird.

Ich werde mich gleichwohl bemühen, mit dem schwäbischen Justizfiskus zu einer Lösung zu gelangen, die den Besonderheiten seiner Gerichtskostenforderung Rechnung trägt. Dazu gehört für mich, daß es nicht nur eine ungerechte Verfolgung gibt - darüber möchte ich mich nicht mehr streiten -, sondern auch ein Übermaß an Verfolgung. Davon allerdings könnte ich inzwischen ein Lied singen.

2.Neben meiner beruflichen Tätigkeit werde ich es mir nicht nehmen lassen, auch weiterhin politisch tätig zu sein.

Nach der mir vorgeworfenen Tat möchte ich allerdings über die Art meiner politischen Tätigkeit keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Ich habe den Akten entnommen, daß einer meiner Gesprächspartner in der DDR befragt wurde, ob ich vom MfS dem KGB übergeben worden sei. Diese Frage ist dem Protokoll des Bundeskriminalamts unter Band II, Bl. 134, zu entnehmen. Mein Gesprächspartner hat diese Frage zutreffend verneint. Ich darf gleichwohl vorsorglich versichern, daß ich weder die Absicht habe noch die Neigung verspüre, in Zukunft in Kontakt zum Geheimdienst eines Staates der ehemaligen Sowjetunion oder irgend eines anderen Staates zu treten. Mein Bedarf an Geheimdiensten ist für den Rest meines Lebens gedeckt.

Abgesehen davon ist der großangelegte Versuch der führenden westlichen Industriestaaten einschließlich ihrer Geheimdienste und Denkfabriken, die Idee von einer sozial gerechten Welt aus den Herzen und Hirnen der Menschen zu verbannen, angesichts der rapide wachsenden Probleme des kapitalistischen Weltsystems zum Scheitern verurteilt. Aus dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatensystems folgt, daß es die Aufgabe der gesamten Linken sein muß, Sozialismus als menschenwürdiges Gesellschaftssystem von Grund auf neu zu denken und zu entwickeln. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit allen Ursachen, die zum Scheitern des Realsozialismus geführt haben.

Ich bekenne mich nach wie vor zu dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Schon vor meiner Inhaftierung und verstärkt während meiner Moabiter Haftzeit habe ich mich mit dem Gedanken beschäftigt, wie der völligen Niederwalzung von allem, was mit der DDR und ihrer Geschichte verbunden war, entgegengewirkt werden kann. Ich meine, daß es an der Zeit ist, der seit dem Untergang der DDR auf Hochtouren laufenden Kampagne entgegenzutreten, die unterlassene Auseinandersetzung mit dem NS-Staat nun an der DDR zum Nachteil aller Menschen nachzuholen, die nach der Befreiung vom Faschismus den schließlich gescheiterten Versuch unternommen haben, ein anderes - sozialistisches - Deutschland aufzubauen.

Die Zeit erscheint reif, durch ein Schwarzbuch zu dokumentieren, daß und weshalb die Politik der gezielten Vernichtung aller Spuren der Geschichte der DDR vor keinem gesellschaftlichen Bereich haltmacht. Tausende

und Zehntausende von BürgerInnen des in der BRD aufgegangenen Staates DDR sollen im Rahmen dieser Spurenvernichtung durch Strafverfahren, Kündigungen von Arbeits- und Mietverhältnissen, neue Berufsverbote und selbst durch Kürzung von Sozialrenten gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Ziel des Schwarzbuches muß es deshalb sein, Tatsachen, Gründe und Ziele des Scherbengerichtes offenzulegen, das die BRD über die DDR, das siegreiche über das besiegte Gesellschaftssystem veranstaltet. Das Schwarzbuch soll die überfällige breitangelegte Diskussion über die beschleunigte Beendigung dieser Art von Vergangenheitsbewältigung anfachen. Diese Diskussion soll in die nach Sachlage gebotenen Gesetzesinitiativen einmünden.

Dafür möchte ich mich konkret einsetzen.

3.Schließlich möchte ich eine Tätigkeit fortsetzen, die ich in den letzten Monaten vor meiner Inhaftierung ausgeübt habe. Ich meine damit den öffentlichen Einsatz für die Freilassung derjenigen, die ich als Gefangene aus der RAF einst verteidigt habe. Viele von ihnen befinden sich seit über 15 Jahren in Haft, Irmgard Möller seit 21 Jahren. Die Freilassungsinitiative darf nicht an den Hardlinern im Staatsapparat und in den Gerichten scheitern. Erst kürzlich hat der Generalbundesanwalt die Gefahr neuer Anschläge der RAF an die Wand gemalt, während der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen versuchte, den Richtern der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Hamburg vorsorglich die Verantwortung für die befürchteten neuen Toten in die Schuhe zu schieben.

Ich meine deshalb, daß die öffentliche Diskussion um die Freilassung der Gefangenen verstärkt mit dem Ziel fortgeführt werden muß, die Initiative Schritt für Schritt zum Erfolg zu führen.

4.Last but not least: Ich habe auch noch Familienangehörige, die mir nahestehen und die seit sechs Monaten unter meiner Inhaftierung leiden. Sie und viele Freundinnen und Freunde freuen sich, mich wieder in Freiheit zu sehen.

3.3.1993

10. "Dieser Staat schützt auch die Linke." 21 Monate Bewährungsstrafe für Croissant

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:30

"Herr Croissant war kein Kurier bzw. Instrukteur des MfS im nachrichtendienstlichen Sinne. Er hat keine Geheimnisse verraten und der Bundesrepublik keinen meßbaren Schaden zugefügt. Das setzt der Paragraph 99 auch nicht voraus. Herr Croissant hat sich aber funktionell in das MfS eingegliedert und ist so zum feindlichen Geheimdienst übergelaufen. Die Argumentation Croissants, die Linke, die von der Bundesanwaltschaft verfolgt werde, sei kein Schutzgut des Staates, ist nur auf den ersten Blick bestechend. Auch diese Linke ist eine vor Ausforschung feindlicher Nachrichtendienste zu schützende Gruppe."

Mit diesen Worten wurde Croissant vom ersten Strafsenat des Berliner Kammergerichts zu einer Haftstrafe von 21 Monaten auf vier Jahre Bewährung sowie einer Geldbuße von 10.000 DM an den Weißen Ring verurteilt. Das Gericht folgte der Bundesanwaltschaft insoweit, als daß es die politischen Ansichten Croissants strafverschärfend wertete. Seine auf die Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung der BRD gerichtete Einstellung sei der rote Faden, die seine Verurteilung als Anwalt der RAF-Gefangenen und seine MfS-Tätigkeit verbinde. Dennoch: Von den zu Beginn des Prozesses aufgeblähten Anklagevorwürfen ist in dem Urteil des Kammergerichts nicht mehr viel übrig geblieben.

Die von der Bundesanwaltschaft (BAW) vertretene Anklage hatte Croissant im wesentlichen drei Punkte vorgeworfen:

- "geheimdienstliche Agententätigkeit" (Paragraph 99 StGB). Croissant hätte sich am 20.01.1981 "bereit erklärt, ... dem MfS interne Informationen und Einschätzungen aus dem Umfeld der `Rote Armee Fraktion' (RAF), (der) Alternativen Liste (AL) und (den) sogenannten Autonomen in West-Berlin sowie (den) GRÜNEN im Raum Frankfurt/Main" zu beschaffen.

- Die Rolle eines "Kuriers und Instrukteurs", die er für seine am 29.12.1987 verstorbene Lebensgefährtin, Brigitte Heinrich, übernommen haben soll. Dieser Vorwurf bezog sich auf die Abgeordnetentätigkeit Brigitte Heinrichs im Europäischen Parlament, in das sie 1984 über einen Listenplatz der hessischen Grünen gewählt worden war.

- Schließlich wurde Croissant vorgehalten, für seine Mitarbeit Geld erhalten zu haben. Zwar hatte die BAW ihre anfängliche Behauptung fallengelassen, Croissant hätte zum MfS in einem Lohnverhältnis gestanden. Aufrechterhalten wurde aber, Croissant hätte Zuwendungen in Höhe von 71.000 DM als Anerkennung sowie 45.000 DDR-Mark in Form von Sachgeschenken, Verköstigung u.ä. erhalten. (1)

Die BAW stützte ihre Anklage vornehmlich auf zwei Quellen: Zum einen die Vorgangsakte "Beate Schäfer", die nach dem Anschluß der DDR im Archiv der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS aufgefunden worden war. Der Klarname Beate Schäfers war Brigitte Heinrich. Zum anderen hatten die im Laufe des Ermittlungsverfahrens vernommenen Zeugen aus dem MfS Anfang 1991 zum großen Teil ausführliche Aussagen beim Bundeskriminalamt (BKA) getätigt.

"Bewußte Entscheidung für den anderen deutschen Staat"

Am ersten Verhandlungstag verlas Croissant eine fast vierstündige Prozeßerklärung. In dieser Einlassung zur Sache ging er auf die einzelnen Anklagepunkte ein. Croissant leitete seine politischen Überzeugungen und sein darauf aufbauendes politisches Verhalten ausführlichst aus seiner Biographie her, insbesondere aus seiner Konfrontation mit dem Faschismus und der Nachkriegszeit: "Meine Kontakte zum MfS der DDR waren eine bewußte Entscheidung für den anderen deutschen Staat und dessen Fortbestand. Schon in den 50er Jahren sah ich die DDR als den besseren deutschen Staat an und setzte mich bis zu ihrem Untergang für sie ein". (2)

Eindringlich und innerlich sichtlich bewegt stellte Croissant vor dem Berliner Kammergericht die Kontinuität des Faschismus anhand der mit alten Nazi-Richtern und Staatsanwälten durchsetzten politischen Justiz der BRD dar. Mit dieser bundesrepublikanischen Tradition wurde Croissant am heftigsten im Zuge der Kriminalisierung

und den menschenunwürdigen Haftbedingungen der RAF-Gefangenen konfrontiert. Für diese Gefangenen hatte sich Croissant als einer ihrer Anwälte mit vollem Engagement eingesetzt. Das wurde ihm von Staatsseite mit einer Verurteilung und mehrjährigen Inhaftierung (nun ebenfalls in Isolationshaft) und vier Jahren Berufsverbot heimgezahlt. Die Passage, die seine Isolationshaftzeit betraf, konnte Croissant nicht selber verlesen. Die Erinnerung daran übermannte ihn. So mußte dies für ihn einer seiner beiden Verteidiger vortragen.

In den Zeitraum nach seiner Haftentlassung fiel auch die Wiederaufnahme von Kontakten mit Freunden in der DDR. Croissant wurde von dem Ostberliner Rechtsanwalt Professor Kaul - einem auch in der BRD bekannten Verteidiger in Staatsschutzprozessen der 50er Jahre - eingeladen. Bei seinem zweiten Besuch in der Hauptstadt der DDR wurde Croissant von Prof. Kaul einem Genossen aus dem ZK der SED vorgestellt. Hierbei handelte es sich - was Croissant nicht wußte - um den hochrangigen MfS-Mitarbeiter Franz. Das nächste Mal wurde er mit einem weiteren "Vertreter der DDR" und MfS-Angehörigen, Jäckel, bekannt gemacht.

Von Franz und Jäckel wurde Croissant gebeten, "der DDR beratend zur Seite zu stehen, um die Linke in der BRD besser einschätzen zu können". Als Croissant "spontan mit ja" geantwortet hatte, glaubte er immer noch, lediglich mit ZK-Genossen der DDR zu plaudern. Die Vermutung, bei seinen Gesprächspartnern könnte es sich um MfS-Mitarbeiter handeln, stieg allerdings im Laufe weiterer Treffen in ihm auf und verdichtete sich rasch zur Gewißheit. Eine Bereitschaftserklärung, geschweige denn eine Verpflichtungserklärung habe er, Croissant, jedoch niemals unterschrieben.

Als "abgestandene Geheimdienstklamotte vom Macker und höriger Frau" bezeichnete Croissant den zweiten Punkt der Anklage. Er habe Brigitte Heinrich bereits frühzeitig von seinen Gesprächen mit den "ZK-Genossen" erzählt. Und auch als ihm klargeworden sei, daß er tatsächlich mit dem MfS konferiert habe, hielt es Brigitte Heinrich für richtig, diese Kontakte fortzusetzen. Sie hätte damals schon mal mitkommen wollen, mußte statt dessen jedoch ihre Haftstrafe (wegen "illegaler Sprengstoffeinfuhr in die BRD") antreten.

"Nach dem Einzug von Brigitte Heinrich ins Europäische Parlament im Juni `84 änderte sich der bisherige Akzent unserer Beziehungen zum MfS der DDR." Dieser Punkt in der Einlassung ist in zweierlei Hinsicht interessant: Zum einen übernahm nun die Abteilung IIa der HVA die Kontakte zu Brigitte Heinrich. Sie war zuständig für die Auswertung der Arbeit der Grünen. Brigitte Heinrich war somit seit 1984 nur noch in Sachen Grüne für das MfS aktiv. Zum anderen räumte Croissant in seiner Erklärung ein, als Fraktionsassistent der "Regenbogenfraktion" des EP allgemein zugängliche Materialien (Beschlüsse, Anfragen etc.) nach Ostberlin gebracht zu haben. Auf Weisung oder gar Befehl des MfS habe er nie gehandelt. Und Brigitte Heinrich - mit ihrer 20jährigen linken Geschichte - habe sich vom MfS weder direkt noch via Croissant disziplinieren und manipulieren lassen. Daß die BAW diesem Punkt in ihrer Anklageschrift überhaupt derartiges Gewicht beimaß, hatte eher politisch-taktische als strafverschärfende Gründe. Die Anklage war nämlich zunächst von der BAW an die Staatsanwaltschaft des Berliner Kammergerichts abgegeben worden. Um dieses Verfahren wegen einer angeblich gerichtsverfassungsrechtlich "besonderen Bedeutung" wieder an sich ziehen zu können, mußten "erst im Laufe des Ermittlungsverfahrens bestätigte Erkenntnisse" herhalten, denen zufolge Croissant sich als "Instrukteur einer Abgeordneten des Europäischen Parlaments" betätigt habe. (Generalbundesanwalt v. Stahl, Tagesspiegel 24.10.92).

"Mit Verrat

habe ich nichts zu tun"

Sichtlich getroffen wandte Croissant sich in seiner Erklärung an die, "die innerhalb des linken Spektrums über mich herfallen oder sich beharrlich aufs Schweigen verlegt haben". (Tatsächlich ließen sich zunächst keine Personen des linksradikalen Klientels vor Gericht blicken, für die Croissant in den 70er Jahren Kopf und Kragen riskiert hatte.) Er habe keine Personenprofile angefertigt. Zwar habe er Einschätzungen über grüne PolitikerInnen geschrieben. Hierbei habe er sich aber ausschließlich auf allgemein zugängliche Quellen gestützt. Während der Zeit, als er als Justitiar bei der taz gearbeitet habe, sei es ihm gar nicht möglich gewesen, Redaktionsinterna an das MfS weiterzugeben, "dazu hatte ich keinen Zugang". Der Verratsvorwurf sei schon deswegen unhaltbar, weil ihm die "subjektive Komponente" abginge, "ohne die Verrat nicht denkbar ist". Ihm sei es alleine um einen "Meinungs- und Erfahrungsaustausch gegangen, der dem Zweck diente,

sozialistische Positionen überall dort zu stärken, wo dies möglich war". So habe er seinen MfS-Kontakten Zeitschriften wie "rote zora", "zusammen kämpfen", "radikal" und "Arbeiterkampf" mitgebracht.

Unterm Strich leitete Croissant in seiner Prozeßerklärung zwar sehr überzeugend seine persönliche Entscheidung her. Politisch blieb sie jedoch seltsam blaß. Der anstehende Prozeß wurde von Croissant als "Revanche der BAW für die scharfen Angriffe" gewertet, "die ich gegen die Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Stammheimer Verfahren geführt habe". Diese "Demütigung" habe die BAW "bis heute nicht verwunden". In den Augen Croissants ergab das krampfhafte An-sich-ziehen durch die BAW und seine völlig aus dem Rahmen fallende Inhaftierung eine durchgängige Linie, die den Prozeß vornehmlich auf die Ebene eines persönlichen Rachefeldzuges der BAW versus Croissant stellte. Da blieb für anders gelagerte politische Argumente kein Platz.

In seiner Einlassung zum Verratsvorwurf mußte mensch schon sehr genau hinhören, um folgende - weiterhin nicht widerlegte - Aussagen herauszufiltern: Croissant war kein Einflußagent, arbeitete nicht konspirativ bzw. mit nachrichtendienstlichen Mitteln, war nicht auf das Ausspionieren einzelner Personen angesetzt, gab keine Informationen bzw. ausgearbeitete Einschätzungen über radikal linke Personen an das MfS weiter. Dennoch bleibt der Eindruck zurück, daß sich Croissant in seiner Prozeßerklärung nur unzureichend mit der differenzierten Problematik des Verrats auseinandergesetzt hat. Das einzige, was Croissant sich vorwirft, ist, daß die von ihm ans MfS übergebenen Papiere und die Unterlagen aus Brigitte Heinrichs Archiv sich nun in Händen der bundesdeutschen Repressionsorgane befänden. Das ist nun aber ausgerechnet der Kritikpunkt mit der geringsten inhaltlichen Substanz.

"Abschöpfkontakt"

Croissant kam also Anfang der 80er Jahre in Kontakt mit dem MfS und dort speziell mit der Abteilung XXII. Bei dieser Abteilung handelt es sich um jene Combo, welche die Einbürgerung der ehemaligen RAF-Mitglieder in der DDR besorgte. Croissant war hier als sogenannter "IMB" geführt (das waren informelle Mitarbeiter, die im Ausland tätig waren und somit "Feindberührung" hatten). Bis zu seinem Ausscheiden Anfang 1989 war Jäckel, der stellvertretende Leiter der Abteilung XXII, sein Kontaktmann. Dieser stand dem Arbeitsbereich "Linksextremismus/Anarchismus/Linksterrorismus" vor.

Der Kontakt wurde von Seiten des MfS zielstrebig gesucht. Sowohl Croissant als auch Brigitte Heinrich waren zunächst als Kenner der militanten linken Szene für das MfS von Interesse. Deswegen landeten sie zunächst bei der XXII, wo auch - ohne Wissen von Croissant - eine Vorgangsakte unter dem Decknamen "Taler" angelegt wurde. (3)

Croissant galt der besagten Abteilung als "kenntnisreicher Einkäufer linksradikalen Schrifttums" und als ein ebenso guter "Hinweisgeber für deren Auswertung". Im Geheimdienst-Jargon wurde Croissant deshalb als "Abschöpfkontakt" tituliert - der niedrigsten Klassifikation von MfS-Kontakten. Croissants Aufgabe bestand in den ersten Monaten des Kontakts darin, dem MfS die "kaleidoskopartigen" ideologischen Zusammenhänge innerhalb der BRD-Linken zu erläutern. Daß für das MfS die Notwendigkeit derartiger Vorträge bestand, war angesichts des mangelhaften beruflichen Vorwissens so manchen Mitarbeiters der Abteilung XXII bzw. des intellektuellen Eindrucks, den die MfS-Zeugen im Kammergericht hinterließen, mehr als nachvollziehbar.

"Als Geheimdienstagent ungeeignet"

Die Ansicht, daß Croissant "für eine Anwerbung als Geheimdienstkontakt objektiv und subjektiv ungeeignet" gewesen sei, vertrat der Zeuge und ehemalige "freundschaftliche Kontakt" bei der Abteilung XXII, Jäckel ("zu emotional, zu impulsiv und behaftet mit Rudimenten aus seiner pseudorevolutionären Vergangenheit"). Schlicht als "Quatsch" wies Jäckel den Vorhalt zurück, Croissant sei als "Kurier und Instrukteur" für Brigitte Heinrich tätig gewesen. Tatsächlich findet sich der entsprechende Passus in MfS-Unterlagen. Dies seien aber Begriffe, wie sie ausschließlich von der HVA - also nicht von der den Vorgang "Taler" führenden Abteilung XXII - benutzt worden seien. Die Art und Weise, wie in dem diesbezüglichen MfS-Papier z.B. mehrfach die ideologische und auf die geheimdienstliche Praxis bezogene "Erziehung" "Beate Schäfers" (= Brigitte Heinrich) durch "Taler" (= Croissant) gefordert wurde, mache, so Jäckel, mehr die "aufgeblasene Sprache" und "wichtigtuerischen Phrasen" solcher Strategie-Papiere offenkundig, als daß sie in diesem Fall viel mit dem realen Sachverhalt zu tun gehabt hätten.

Jäckel dementierte zudem, daß Croissant gewußt habe, daß über ihn ein Vorgang geführt wurde und daß ihm der Deckname "Taler" verliehen worden sei. Diesem Dementi kam deswegen Bedeutung zu, weil zuvor der ehemalige Mitarbeiter der Abteilung IIa der HVA, Gebhardt, Gegenteiliges ausgesagt hatte. Dieser hatte angegeben, daß Croissant Abrechnungs-Belege mit "Taler" unterschrieben habe. Eine Behauptung, deren Unwahrheit Croissant das einzige Mal im Laufe des Prozesses die Fassung verlieren ließ. Gebhardt belastete Croissant mit seinen Aussagen über angebliche "Grenzschleusungen" und ähnlichem munter weiter. Auf Nachfragen der Verteidigung verhedderte sich Gebhardt jedoch bis zur vollkommenen Unglaubwürdigkeit in Widersprüche.

Schließlich sagte noch der ehemalige Vorgesetzte Gebhardts, Ritter, aus. Sein Referat 6 der Abteilung IIa der HVA beschäftigte sich mit "linksextremistischen Organisationen und Parteien" und ab 1983/84 - also mit deren Einzug in den Bundestag - auch mit den Grünen. Dieses Referat führte auch "Beate Schäfer". "Vom Standpunkt der Aufklärung her waren die Grünen ein denkbar ungeeignetes Objekt. Sie waren zu basisdemokratisch gegliedert. Da fiel nur sehr wenig internes Material an." Die Aufgabe "Beate Schäfers" sei es gewesen, am Kiosk käufliches und solches Material wie den "Grünen Basis Dienst" zu besorgen. Brigitte Heinrich sei auch zu Grünen-MandatsträgerInnen befragt worden, "immerhin gab es dort ja Feinde der DDR". So begründete Ritter diese Nachforschungen. Dies diente den MfS-Mitarbeitern dazu, die Glaubhaftigkeit von Pressedarstellungen zu diesen Personen zu überprüfen. Zusätzlich sei es um die Einschätzung der parteiinternen Kräfteverhältnisse gegangen (welchen Rückhalt z.B. bestimmte Beschlüsse einer Bundesdelegiertenkonferenz bei der Parteibasis bzw. den Promis gehabt hätten). Von der HVA aus, so Ritter weiter, habe es weder Befragungen zur taz noch über Kontakte Grüner PolitikerInnen zum "Untergrund der DDR" gegeben (so wurde damals die Opposition in der DDR bezeichnet). Croissant habe in dem Kontakt Brigitte Heinrichs zur HVA nicht die Rolle eines "Kuriers" gespielt, jedenfalls "nicht im nachrichtendienstlichem Sinn, da er kein konspiratives Material überbracht hat".

Das Schlußplädoyer der BAW, daß mit nur geringem Engagement vorgetragen wurde, war in weiten Teilen wörtlich aus der Anklageschrift abgeschrieben. Garniert waren diese Passagen mit einigen wenigen, offenkundig willkürlich zusammengesuchten Aperçus der Beweisaufnahme. Der Strafantrag der Anklage lautete auf zweieinhalb Jahre Knast ohne Bewährung, sowie dem Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts für die Dauer von vier Jahren.

Der Verteidigung war es auf Grund der für die Bundesanwälte enttäuschenden Beweisaufnahme ein Leichtes, auf Freispruch zu plädieren. (4) Der Strafantrag der BAW zeige jedoch, wie kritiklos man dort Form und Inhalt von MfS-Unterlagen auf den Leim gegangen sei.

Ein interessantes Detail verriet einer der beiden Anwälte Croissants an dieser Stelle. Kurz vor dem letzten Haftprüfungstermin habe die BAW Croissant folgenden Deal angeboten: Sollte Croissant sich bereitfinden, in einem anderen bei der BAW anhängigen Verfahren auszusagen, "könne ihm das nur nützen".

Croissant hatte für den Fall seiner Verurteilung Revision angekündigt, die notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen soll, um dort dort die Verfassungswidrigkeit seiner Kriminalisierung zu prüfen. Auf jeden Fall wird Croissant, sollte der Schuldspruch rechtskräftig werden, ein Ehrengerichtsverfahren angehängt werden.

M./Berlin

Anmerkungen:

(1) Auf diesen im Prozeß akribisch untersuchten Punkt wird nicht näher eingegangen, da er die Linke nicht in dem Maße interessieren dürfte. Nur soviel: Die Behauptung Croissants, er habe vom MfS Geld nur zur Auslagenerstattung (für mitgebrachte Videorecorder, Fernseher, Couchgarnitur u.ä.) sowie für Kost und Logis erhalten, konnte im Verfahren von der BAW nicht erschüttert werden.

(2) Daß er stets mit "offenem Visier" gekämpft habe - also aus seiner die DDR unterstützenden Position nie einen Hehl gemacht, sondern, im Gegenteil, dies immer und immer wieder offen vertreten zu haben, darauf legte Croissant in seiner Erklärung besonders nachdrücklich Wert.

(3) Dieser "innerbetriebliche Arbeitsname", den Croissant erst Anfang 1992 erfahren hat, nahm Bezug auf die Operation "Stern" genannte Eingliederung der ehemaligen RAF-Mitglieder. ("Stern"-"Taler"). Auch hier ist von

Interesse, daß Croissant während seiner MfS-Kontakte keine Kenntnisse von der Operation "Stern" hatte, gleichwohl er von Jäckel zu den ausgestiegenen RAF-Mitgliedern befragt wurde.

Die Vorgangsakte "Taler" soll ca. neun Bände umfaßt haben. Zwei Drittel hiervon waren archivierte Zeitungsausschnitte und ähnliches. Der MfS-Zeuge Förster: "Wir mußten das Sammeln von Zeitungsmaterial stoppen. Das nahm ein Umfang an, daß wir keine Zeit für dessen Bearbeitung hatten."

(4) Die Verteidigung hatte zwei Anträge auf Aussetzung des Verfahrens und Anrufung des Bundesverfassungsgerichts gestellt (wegen Verfassungswidrigkeit von Paragraph 99 bzw. Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes bei der strafrechtlichen Verfolgung von ehemaligen MfS- und BND-Agenten. Beide abgelehnten Anträge sind zusammen mit der Erklärung Croissants in der Prozeßbroschüre dokumentiert.

Prozeßerklärung von Klaus Croissant

Hrsg.: Solidaritätskomitee "Freiheit für Klaus Croissant"

zu beziehen über:

B. Biniek, Goltzstraße 32,

1000 Berlin 30

Die Broschüre im DIN A5-Format kostet 6 DM und umfaßt 90 Seiten.

B. Biniek Sonderkonto: Postgiro Berlin (BLZ 10010010) 518536-103

11. Der Paragraph 99 - ein Gummiparagraph. - Interview mit dem Croissant-Verteidiger Matthias Zieger

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:27

Wo liegt für Sie, über die unmittelbare Verteidigung Ihres Mandanten hinaus, die Bedeutung dieses Prozesses?

Matthias Zieger: Die Bedeutung hat zunächst die Bundesanwaltschaft hergestellt. Sie hatte das Verfahren gegen Dr. Klaus Croissant an die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin abgegeben, es aber im August 1992 wieder an sich gezogen, wegen der angeblich überragenden Bedeutung. Eine solche Bedeutung hat dieses Verfahren bei objektiver Betrachtung natürlich nicht. Aber offenbar will die Bundesanwaltschaft dieses Verfahren zu einem Präzedenzfall führen. Möglicherweise auch deshalb, weil sie mit Klaus Croissant einen prominenten westdeutschen Linken hat, den sie meint, anklagen zu können.

Eine zentrale Rolle in der Anklageschrift spielt der § 99. Was besagt dieser, und wo setzt Ihre Kritik ein?

Der § 99 StGB wird als sogenannter zentraler Agententatbestand bezeichnet. Ich kritisiere an ihm, daß er die Grenzen der Strafbarkeit weit über ein rationales Strafbedürfnis hinaus überdehnt. Man kann mit diesem Paragraphen jeglichen Kontakt zu einem fremden Staat, auch unverfänglicher Art und bei neutraler Betrachtung für die Bundesrepublik überhaupt nicht schädliche Kontakte, kriminalisieren. Man kann, aber man muß es nicht. Das bedeutet, daß dieser Paragraph, je nach politischer Opportunität, mehr oder weniger eingesetzt wird. Der Paragraph ist ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges, wo man jeglichen Kontakt zur Gegenseite unterbinden wollte. In den fünfziger Jahren gab es weit über 200.000 derartige Verfahren, auch in den 70ern und zu Beginn der 80er. Danach ging die Bedeutung des § 99 zurück, um jetzt wieder aufgewertet zu werden. Allein diese Schwankungen seiner Anwendungen zeigen, daß es ein typischer Straftatbestand des politischen Strafrechts ist.

Es gab zwischen der DDR und der BRD tausende Kontakte. Besteht nun nicht die Gefahr, daß dieser § 99 auch nur auf all jene angewandt wird, die seitens der Alt-BRD daran beteiligt waren?

Diese Auffassung teile ich. Sicher konnte man davon ausgehen, daß alle oder zumindest ein Großteil der Informationen, die bei solchen politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Kontakten mit Gesprächspartnern aus der DDR gegeben wurden, alsbald auch beim MfS ankamen. Man hätte also all diese Kontakte kriminalisieren können. Nur paßte das teilweise nicht ins damalige Bild. Gerade die SPD-Regierung hatte ja versucht, diese Entspannungspolitik zu befördern. Aber allein die Tatsache, daß es einen Paragraphen gibt, der theoretisch diese Kontakte unter Strafe stellen kann, je nach Auslegung und politischer Intention, macht eben diesen Paragraphen so gefährlich.

Das heißt, mit dem 99er kann auch Druck auf kritische Gewerkschaften oder engagierte Betriebsräte ausgeübt werden, nur weil sie vor der Vereinigung Kontakt zu Partnern in der DDR hatten?

Für eine Übergangszeit wäre dies durchaus möglich. Übergangszeit deshalb, weil ja auch solche Kontakte irgendwann verjähren und nicht mehr kriminalisiert werden können. Der § 99 setzt ja eigentlich voraus, daß es eine feindliche Macht, einen gegnerischen Staat gibt. Bundesanwaltschaft und Kammergericht haben daher im Verfahren gegen Dr. Croissant damit argumentiert, daß es auch nach Wegfall der Ost-West-Auseinandersetzung noch Spionagetatbestände geben könnte, da es immer noch Staaten und Regierungen gäbe, die als Gegner anzusehen seien.

Sie haben vor dem Berliner Kammergericht angekündigt, notfalls das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Mit welchem Ziel?

Dies hätte zwei Ziele. Erstens würde es darum gehen, erneut das Bundesverfassungsgericht damit zu befassen, daß hier ein Straftatbestand, der kautschukartig angewandt werden kann und wird, nicht in einen Rechtsstaat paßt und nicht mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen ist. 1981, in der hohen Zeit des Kalten Krieges, hat das Bundesverfassungsgericht schon einmal darüber entschieden und gesagt, der

Paragraph 99 sei verfassungsgemäß. Ich denke, die politischen Verhältnisse haben sich geändert, und man sollte dem Bundesverfassungsgericht Gelegenheit geben, die frühere Rechtsprechung zu korrigieren. Zum zweiten liegt hier eine evidente Ungleichbehandlung vor. Die Bundesrepublik hat ja im Verhältnis zur DDR das Gleiche getan, was diese im Verhältnis zur BRD tat. Beide haben kräftig Informationen im jeweils anderen Staat gesammelt und haben dabei selbstverständlich auch immer Kontakte zu Bürgern des jeweils anderen Staates gesucht und ausgenutzt. Während aber die Mithilfe, die etwa DDR-Bürger Geheimdiensten der Bundesrepublik gegeben haben, jetzt straflos geworden ist, wird der andere Teil unter weiter Auslegung des § 99 mit aller Schärfe strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen. Das, finde ich, verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn der eine Teil unserer Staatsbürger amnestiert ist und andere, wegen derselben Verhaltensweisen, nur unter einem anderen Vorzeichen, weiterhin bestraft werden.

Es gab im unmittelbaren Vorfeld der staatlichen Vereinigung eine Gesetzesinitiative der Bonner Regierungskoalition, die auf eine beidseitige Amnestie hinausgelaufen wäre. Der bereits ausgearbeitete Antrag wurde jedoch plötzlich zurückgezogen. Wie erklären Sie sich diesen Gesinnungswandel?

Ersteinmal muß ich kritisch anmerken, daß es die DDR bei den Einigungsverhandlungen offensichtlich versäumt hat, ihre Staatsbürger, aber auch diejenigen, die in der Bundesrepublik für sie eingetreten sind, dadurch zu schützen, daß man im Einigungsvertrag diese Amnestie vorgesehen hätte. Daß die westliche Seite, sogar die Regierungskoalition, einen solchen Gesetzesentwurf eingebracht hat, zeigt, daß man über solche Regelungen ernsthaft nachgedacht hat. Daß dies gescheitert ist, beweist mir, daß die DDR-Position im Einigungsprozeß und erst recht in der Zeit danach immer schwächer wurde, so daß sich jene durchgesetzt haben, die einem relativ gnadenlosen Umgang mit der DDR das Wort redeten.

Würden Sie im Falle eines Schuldspruches gegen Ihren Mandanten vor's Verfassungsgericht ziehen?

Ich müßte zunächst vor den Bundesgerichtshof gehen. Wenn dieser den unterstellten Schuldspruch bestätigt, wofür einiges spricht, denn er hat ja auch den Haftbefehl gegen Klaus Croissant bestätigt, könnte ich gegen diese Entscheidung des Bundesgerichtshofs das Bundesverfassungsgericht anrufen. Ich denke, daß mein Mandant mich damit beauftragt, um zu versuchen, die nach unserer Meinung rechtsstaatswidrige Verurteilung abzuwenden.

Der Marsch durch die Instanzen bis hin zur Klage vorm Verfassungsgericht ist teuer. Woher soll das Geld dafür kommen?

Wir hoffen auf die Solidarität derjenigen, die an der gesamten Problematik Interesse haben. Ich denke, die Kostenfrage soll uns nicht davon abhalten, den Rechtsmittelweg bis vor's Bundesverfassungsgericht zu gehen.

An Solidaritätsbekundungen für Klaus Croissant scheint es nicht zu mangeln. Glauben Sie, daß dies in irgendeiner Weise Einfluß auf den Ausgang des laufenden Verfahrens haben kann?

Da die Linke in dieser Frage selbst so gespalten ist, fürchte ich, daß die Solidaritätsbekundungen von nur einem Teil der Linken das Gericht nicht sehr beeindrucken werden. Sie sind dennoch wichtig, um die Erfahrungen mit dem § 99 anhand dieses Prozesses bekannt zu machen, zu transportieren und für eine laufende Diskussion zu sorgen. Ich glaube, daß dies für die eher verfassungspolitischen Erwägungen des Bundesverfassungsgerichtes von Bedeutung sein kann.

Das Gespräch führte Rainer Brandt

Nachdruck aus: Berliner Linke, 25.2.93

12. Was bleibt von der DDR?

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:39

Schweres Geschütz fahren Claudia Gohde und he. in ak 351 in ihren Antworten auf meinen Artikel "Bündnispartnerin DDR" (ak 350) auf. Danach hätte ich, so Claudia, eine "nachträgliche unkritische Begeisterung für die untergegangene DDR und ihre geheimdienstlichen Tätigkeiten" an den Tag gelegt, "Demokratie und Meinungsfreiheit gering geschätzt" und ein diesbezügliches Bemühen per se als auf die Beseitigung der DDR gerichtet und daher als verwerflich bewertet. he. geht noch einen Schritt weiter: Danach würde in der Konsequenz meiner Ausführungen der unselige Begriff des "objektiven Klassenfeindes" wieder aufleben und darum hätte ich im Grunde auch den "Einsatz des MfS gegen westdeutsche linke Organisationen und Personen ... gerechtfertigt, weil sie `Feinde der DDR' waren". Und aus meinem Gebrauch des Wortes "objektiv" (nämlich im Zusammenhang meiner Einschätzung, daß die "objektive Folge" einer Politik des "dritten Weges" die Beseitigung der DDR war) schlußfolgert he., ich hätte den Einsatz des MfS gegen die Opposition in der DDR für gerechtfertigt angesehen.

Nun habe ich freilich all das, was mir da untergeschoben wird, nicht geschrieben. Entsprechende wörtliche Zitate wird man darum in dem kritisierten Artikel auch ganz vergeblich suchen. Trotzdem sind sich genannte Autorin und Autor merkwürdigerweise völlig sicher, den eben kurz referierten starken Tobak aus meinen Ausführungen ablesen zu können. Dies könnte seinen Grund darin haben, daß dies alles die (mir unbewußte oder vielleicht sogar bewußte) Konsequenz aus meinen Überlegungen ist; möglich wäre auch, daß ich mich mißverständlich geäußert habe; oder aber - zu meinen Gunsten will ich dies einmal annehmen - der Ansatz, von dem her ich meine Überlegungen entwickele, ist von Claudia und he. gar nicht gesehen worden. Dann hätten wir es womöglich mit völlig verschiedenen politischen Herangehensweisen und Einschätzungen zu tun.

Um zunächst auf das größte Mißverständnis einzugehen: Mein Artikel handelte nicht von den inneren Verhältnissen der DDR oder von den (m.E. eher fehlenden) Qualitäten des realen Sozialismus. Und er handelte schon gar nicht davon, wie die DDR mit ihren innergesellschaftlichen Widersprüchen und ihrer politischen, zumal linken Opposition (besser) hätte umgehen sollen. Das war nicht mein Thema, aber um grobe Unterstellungen auszuräumen, sei hier gesagt, daß sich m.E. politische Widersprüche nicht mit staatlicher Repression aus der Welt schaffen lassen, ganz abgesehen davon, daß die Integrität der Person und das Recht auf freie Meinungsäußerung historische Errungenschaften sind, die nicht in Frage gestellt werden sollten.

Statt dessen war Thema meines Artikels die westdeutsche Linke, genauer: ihr früheres und jetziges Verhältnis zur DDR, festgemacht am Fall Croissant, denn Klaus Croissant, so schätze ich es ein, war einer der wenigen, der ein Gespür für die besondere Verantwortlichkeit der deutschen Linken gegenüber dem Faktum der deutschen Zweistaatlichkeit und damit gegenüber der Existenz der DDR entwickelt hat. Diese Zweistaatlichkeit als Konsequenz der Verbrechen und der Niederlage des deutschen Imperialismus zu begreifen, um daraus Schlußfolgerungen für die Einstellung der (west)deutschen Linken gegenüber dem Staat DDR zu ziehen, war die Ebene, von der ich meine Überlegungen verstanden wissen wollte: "Die DDR war der Versuch, dem deutschen Imperialismus bereits auf dessen eigenem Gebiet Grenzen zu setzen - ein letztlich untauglicher und mit Fehlern behafteter Versuch zwar, aber als solcher Versuch mit unseren Zielen übereinstimmend. Insofern ist eine sich darauf beziehende Einstellung zur DDR und zu dem, was von ihren antifaschistischen Traditionen noch übrig geblieben ist..." - und Croissant hat sich genau darauf bezogen, wie seinen auch im ak wiedergegebenen Äußerungen klar zu entnehmen ist - "...ein Gradmesser für die Ernsthaftigkeit, mit der der deutsche Imperialismus und seine mörderische Tradition analysiert und abgelehnt wird."

Für mich waren und sind die historisch begründete antifaschistische Qualität der DDR ebenso wie der besondere Charakter des BRD-Imperialismus ("besonders" hier in dem Sinne gemeint, daß faschistische Kontinuitäten fortbestehen und daß die BRD nie aufgegeben hatte, die DDR einst zu befreien) die leitenden Kriterien für einen Umgang mit der DDR und die Beurteilung ihres politischen Stellenwerts. Demgegenüber konnte die innere Verfaßtheit der DDR und die Beurteilung der "DDR-Gesellschaft nach westlinkem Gusto (als) im wesentlichen spießig" (Claudia) für das Herangehen an die DDR nicht das ausschlaggebende Kriterium sein.

he. nun nimmt diesen Ansatz eines Herangehens an die DDR erst gar nicht zur Kenntnis. Claudia registriert ihn zwar, doch eher beiläufig, um dann im weiteren Fortgang ganz andere Schlüsse als ich zu ziehen. Danach war der DDR "nur als Negativ im Verhältnis zum Imperialismus und als Institution des Antifaschismus ... etwas Positives abzugewinnen ... Und sie war die unbedingte Abkehr vom Faschismus. In dieser Auseinandersetzung war die DDR selbstverständlich vorbehaltlos zu verteidigen." Aber: Wird sie heute und im nachhinein als Teil des ersten sozialistischen Experiments verstanden, "wäre doch `Einmischung in die inneren Angelegenheiten' in Form von Kritik, Vorschlägen und Auswertung unbedingt nötig gewesen".

Das hört sich sympathisch an, doch scheint mir hier eine zu große Unbefangenheit an den Tag gelegt zu werden. Politische Kontakte von Linken in die DDR, da besteht zwischen uns Einigkeit, standen unter dem Vorbehalt, daß die staatliche Eigenständigkeit der DDR nicht in Frage zu stellen war. Doch eine gute Absicht (hier: Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR zum Zwecke ihrer Verbesserung) suspendiert noch lange nicht von der Pflicht, sich über die äußeren Bedingungen des eigenen Handelns, über die Kräfteverhältnisse und über die Interessen des Klassenfeindes Rechenschaft abzulegen, um schließlich zu einer realistischen Einschätzung der eigenen politischen Möglichkeiten zu gelangen.

In dieser Hinsicht war die Sensibilität der westdeutschen Linken bis zum bitteren Ende der DDR sicher nur wenig ausgeprägt. Und auch die freundliche Variante, die von he. noch einmal in Erinnerung gerufen wird und die die Gefährlichkeit des BRD-Imperialismus genauso in ihr Verständnis einbezog wie die unbedingte Notwendigkeit einer vollständigen Anerkennung der DDR, wurde den realen Kräfteverhältnissen im "innerdeutschen" Verhältnis kaum gerecht. "Niemand soll so tun, als wäre die DDR das geblieben, was sie war, wenn man die Maßstäbe der Kritik des frühen KB an sie gelegt hätte", schreibt he. Was soll uns das sagen? Ich gehe davon aus, daß der praktische Nutzen solcher Maßstäbe angesichts der "innerdeutschen" Kräfteverhältnisse sowie der Virulenz imperialistischer und faschistischer Interessen in Deutschland nicht besonders hoch war.

Unter diesem Blickwinkel möchte ich auch meine Ablehnung des "dritten Wegs" verstanden wissen. Vielen Linken in Ost und West galt er lange Zeit als Alternative zu Realsozialismus und Kapitalismus. Sie meinten, sich mit dieser Vision ihre sozialistische Gesinnung unbelastet von den realen Machtkonstellationen rein halten zu können (um sich am Ende, dies kann sachlich konstatiert werden, doch auf die Seite von "Freiheit und Demokratie" zu schlagen). Sicher, wer hätte sich nicht einen attraktiven und schöpferischen Sozialismus gewünscht? Konkret jedoch war die Lage der DDR viel zu labil, war der Imperialismus viel zu überlegen, als daß man munter drauflos phantasieren und womöglich sogar konspirieren konnte. Und auch der Vorschlag, das Verhältnis von westdeutschen und ostdeutschen Linken beispielsweise unter dem Begriff des "Internationalismus" zu fassen, wäre m.E. der besonderen Situation der deutschen Linken nicht hinreichend gerecht geworden.

Die eigenen Kräfte und Handlungsmöglichkeiten im innerdeutschen Verhältnis nicht richtig eingeschätzt zu haben, sie häufig sogar überschätzt zu haben - das halte ich vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte allerdings für einen sehr großen, eigentlich nicht zu rechtfertigenden Fehler. Von dieser Warte zielte meine Kritik auf diejenigen, die sich für demokratischere oder gar sozialistischere Verhältnisse in der DDR eingesetzt haben. Nicht per se wegen der von ihnen vertretenen Inhalte, sondern weil nicht bekannt ist, daß sie über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland verantwortungsbewußt reflektiert hätten.

Deshalb tauchte meines Erachtens auch in zugespitzter Weise das Problem auf, daß die DDR Bestrebungen und Planspiele, die mit ihrer Existenz jonglierten, indem sie in unbefangener oder moralischer Weise auf Beseitigung der SED-Herrschaft zielten, soweit sie von außen, genauer: ausgerechnet aus der BRD in sie hereingetragen werden sollten, mit (gewissermaßen historischem) Recht von sich fernzuhalten suchte. Nur insoweit habe ich auch "Maßnahmen" des MfS gegen westdeutsche Organisationen für gerechtfertigt gehalten; der bei he. so bedrohlich klingende "Einsatz des MfS" gegen linke Westdeutsche bestand im zur Debatte stehenden Zeitraum (achtziger Jahre) aus - Einreiseverboten. Schwerwiegenderes hat auch he. trotz aller Empörung nicht benennen können. (Insofern Vorstellungen über grundlegende Veränderungen der DDR-Verhältnisse aus der DDR-Gesellschaft selbst erwuchsen, war es allein schon aus politischen Gründen kurzsichtig und falsch zu meinen, dem mit administrativen Maßnahmen begegnen zu können.)

Der Grat, auf dem sich die deutsche Linke in ihrem Verhältnis zur DDR und damit zwangsläufig zur SED verantwortungsbewußt bewegen konnte, war äußerst schmal. Die so begründete Situation ostdeutscher unabhängiger Linker erscheint mir dabei fast als tragisch, die Möglichkeiten westdeutscher Linker wenig aussichtsreich. Wenn man das absolute Stillhalten von DKP und SEW gegenüber der DDR als letztlich unrealistisch und der Situation nicht angemessen betrachtet hat, weil es entweder ein Verschließen der Augen vor der Realität oder ein (verschwiegenes, privates) Akzeptieren der eigenen Ohnmacht bedeutete; wenn man sich aber auch nicht mit naivem Optimismus den angenommenen demokratischen oder gar sozialistischen Talenten der Deutschen oder der deutschen Arbeiterklasse anvertrauen mochte, dann hatte man sich wohl oder übel mit der SED als der einzig relevanten gesellschaftlichen Kraft der DDR, die deren Existenz bejahte, in kritischer Solidarität auseinanderzusetzen. Fast zwangsläufig mußte man dann auch hoffen, daß die SED aus sich heraus die Kraft zu einer sozialistischen Erneuerung finden könne.

Die objektiven Voraussetzungen für eine in diese Richtung zielende Auseinandersetzung oder gar Zusammenarbeit mit der SED bzw. der DDR waren sicher denkbar schlecht, nicht zuletzt wegen der katastrophalen Borniertheit der SED. Klaus Croissant ist einer der wenigen unabhängigen Westlinken, dem sich ein Zugang für eine konkrete Auseinandersetzung (bei ihm eher in der Form des Austauschs)nun nicht direkt mit der SED, aber sicher indirekt eröffnet hat. Deshalb halte ich es nach wie vor für sinnvoll, an Hand seines Falles, die Auseinandersetzung über das damals "angemessene Verhältnis" der BRD-Linken zur DDR zu führen. Nicht aus Gründen der Nostalgie oder der Schwatzlust, sondern weil die Entstehung und vierzigjährige Existenz der DDR nicht zu begreifen ist ohne die noch immer sehr aktuelle Notwendigkeit, sich über die historischen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen des deutschen Imperialismus, seine Stärke, seine Möglichkeiten und Grenzen zu vergewissern. Insofern ist die Geschichte der DDR eben auch unsere Geschichte.

Erst wenn man dies als Ausgangsbasis akzeptiert hat, kann man meines Erachtens sinnvoll, weil im historischen Kontext, über die DDR oder die SED diskutieren. Dann kann und muß man beide auch rückhaltlos kritisieren, und dann läßt sich sicher auch der Maßstab des frühen KB anlegen, ohne daß man sogleich die Einschränkung machen muß, die he. sich selbst auferlegt, wenn er die Herangehensweise der Neuen Linken an die DDR aus heutiger Sicht wohl selber als "hochnäsig, unbeleckt von historischen Erkenntnissen, unpolitisch oder sonstwas" empfindet - und leider dabei stehen bleibt.

"Bündnispartnerin" DDR ist vielleicht tatsächlich ein nicht hinreichender Begriff, denn - so he. aber auch ganz ähnlich Js. - die DDR "war eben nur objektiv, nur gedacht ein Bündnispartner, nicht praktisch". Dieser Feststellung korrespondiert, daß mein Beitrag ausschließlich und ausdrücklich auf eine Selbstvergewisserung der westdeutschen Linken zielte, wozu aus meiner Sicht unabdingbar die Klärung unseres Verhältnisses zur DDR gehört - eben gerade auch nach ihrem Verschwinden. Nicht, weil die DDR so war, wie sie nun einmal war, sondern weil ein konsequenter Antifaschismus sich seiner historischen und politischen Bezüge zu vergewissern hat.

J./Westberlin

13. Was war der Unterschied zwischen SED und MfS?

Rubrik: Wiedervereinigung; Westdeutsche Linke allgemein; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:28

J. aus Westberlin hat im AK 350 anhand des "Falles Croissant" eine "grundsätzliche Positionsbestimmung von Vergangenheit und Gegenwart der westdeutschen Linken" gefordert. Das nahezu vollständige Schweigen der Linken zu dem Fall, die eiskalte oder träge Verweigerung von Solidarität, die sich gelegentlich zur schrillen Schadenfreude steigert (TAZ-Kommentare), nahm J. zum Ausgangspunkt, um grundsätzliche Überlegungen zur Funktion der DDR als "Bündnispartnerin" der Linken und über die legitimen Verteidigungsinteressen dieses Staates vorzutragen.

Diesen Ansatz von J., vom "Fall" im ganz engen und konkreten Sinn wegzukommen und die offensichtlich bestehenden Probleme in einem allgemeineren Kontext zu diskutieren, fand ich beim ersten Lesen sympathisch und politisch sinnvoll. Nach den Gegenstellungnahmen von he. und mehr noch von Claudia Gohde im AK 351 scheint mir das jedoch zweifelhaft. Real hat diese Verschiebung der Fragestellung offenbar dazu geführt, die Haltung zum konkreten "Fall Croissant" unklar werden zu lassen. Soll heißen, es ist jetzt nicht mehr davon die Rede, was Klaus Croissant selbst tatsächlich getan hat, sondern was er vielleicht getan haben könnte oder getan hätte, wenn er den Überlegungen von J. - so wie he. und Claudia sie interpretieren - gefolgt wäre.

Um sich für die Freilassung von Klaus Croissant einzusetzen und um darüber hinaus sein damaliges Handeln für legitim zu halten, bedarf es meiner Ansicht nach keiner "grundsätzlichen Positionsbestimmung", keiner Definition der DDR als "Bündnispartnerin" und nicht einmal eines speziellen linken Politikverständnisses. Das geht schon daraus hervor, daß das gleiche "Delikt", wegen dem jetzt Croissant angeklagt ist, auch von Gewerkschaftsfunktionären, Sozialdemokraten, von parteipolitisch desinteressierten Wissenschaftlern usw. begangen wurde. (Zur Veranschaulichung nebenstehend eine Fall-Liste, die ich für einen AK-Artikel im Jahr 1980 zusammengetragen hatte)

Der Straftatbestand der "Geheimdienstlichen Agententätigkeit" (§ 99 StGB) setzt im Gegensatz zu landläufigen Vorurteilen und Verdächtigungen (siehe wiederum die Berichterstattung und Kommentierung in der TAZ) absolut nicht voraus, daß Staats- oder sonstige Geheimnisse verraten wurden, daß Personen bespitzelt wurden o.ä. Bestraft werden kann, wer "für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, die auf die Mitteilung oder Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist", bzw. sogar schon, wer sich zu einer solchen Tätigkeit bereit erklärt. Welchen geheimdienstlichen Wert die übermittelten Fakten und Gegenstände haben, spielt überhaupt keine Rolle. Es kann sich um Telefonbücher, öffentlich verkaufte Zeitschriften oder theoretisch sogar um Wetterberichte handeln. Entscheidend ist nur, daß die Partner im Auftrag eines fremden Geheimdienstes stehen und daß der Betroffene in der Lage gewesen sein müßte, dies auch zu erkennen.

Das alles mag normalerweise keine großen Probleme aufwerfen, sofern nicht irgendeine Person aus unterschiedlichsten Gründen das spezielle Bedürfnis hat, sich im geheimdienstlichen Milieu zu betätigen. Anders war die Situation jedoch im Fall der DDR, deren Staatsapparat seinerseits allergrößten Wert darauf legte, jeden Kontakt zwischen Menschen der beiden deutschen Staaten genauestens und vollständig zu kontrollieren, und der selbst harmloseste Begegnungen zielstrebig auf die Pfade des MfS zu ziehen versuchte. Wer in irgendeiner politischen Funktion mit Leuten aus der DDR sprach, hatte deshalb vermutlich immer ganz schnell das MfS mit am Tisch sitzen. Sei es nun in der Form, daß Berichte über den Gesprächsverlauf geschrieben wurden, Persönlichkeitsprofile festgehalten, Anwerbemöglichkeiten untersucht wurden, oder sei es auch in der Form, daß mindestens einer der Gesprächspartner selbst IM oder ein Mensch mit engen Beziehungen zum MfS war.

Für Politiker aus der SPD, CDU/CSU oder FDP war das im allgemeinen nicht riskant. Daß beispielsweise Herr Stolpe, an den man sich immer wieder gern wandte, wahrscheinlich mehr in Stasi-Wohnungen als auf Kirchentagen anzutreffen war, werden seine Gesprächspartner aus dem Westen wohl mehr oder weniger "geahnt" haben. Selbstverständlich minderte das seinen Wert überhaupt nicht. Im Gegenteil: man wollte doch sicher sein, daß Botschaften und politische Signale, auf deren Übermittlung man großen Wert legte, auch wirklich präzis und zuverlässig bei den richtigen Stellen ankamen. Ähnlich lagen die Dinge, wenn Herr Strauß

sich mit Herrn Schalck austauschte - der eine lieferte dann seinen Rapport beim MfS ab, der andere beim BND. Das hatte nicht unbedingt mit der "Zusammenarbeit zwischen westlichen und östlichen Geheimdiensten" zu tun, von der sich heute mancher wohl doch etwas übertriebene Vorstellungen macht. Es war ganz einfach die Funktionsweise der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Ära des Kalten Krieges, wozu noch die spezifische Kompliziertheit der "deutsch-deutschen Beziehungen" hinzukam. (Beispielsweise, daß die BRD die DDR nie als gleichberechtigten fremden Staat akzeptierte, aber dennoch ein dichtes Netz von Beziehungen angestrebt wurde.)

Der § 99 StGB hat auf der anderen Seite aber die Kontakte "von unten" sehr erschwert, ja mit einem generellen Kriminalisierungsrisiko belastet, sie zumindest durch permanentes Mißtrauen und Verdächtigungen vergiftet. Insofern kann er in seinen Intentionen und Auswirkungen teilweise mit einem Kontaktverbot verglichen werden. Aus dem, was ich oben gesagt habe, ergibt sich bereits, daß ich für diese Situation keineswegs nur die Strafgesetzgebung der BRD verantwortlich mache. Der § 99 hätte ohne die vom MfS angestrebte Allgegenwart und Funktionalisierung aller Kontakte eben nicht in der beschriebenen Weise funktionieren können. Er könnte im "Fall Croissant" nicht so praktiziert werden, wie es der Genosse nun seit Monaten erlebt, wenn die SED ihm nicht die demütigende und riskante Hintertür über das MfS zugemutet hätte, sondern mit ihm so umgegangen wäre wie mit Besuchern aus der DKP.

Damit wären wir nun bei der schweren Mitverantwortung der SED-Spitze für Croissants Situation. Die SED hätte Westlinke nicht in derartige Situationen bringen dürfen, und es bestand dafür tatsächlich nicht die geringste objektive Notwendigkeit. Wenn die SED sich über die BRD-Linke, die Grünen usw. informieren wollte, hätte sie ihrer Abteilung für Beziehungen zu ausländischen Parteien einen entsprechenden Diskussionsauftrag geben sollen. Statt dessen die "Abteilung Terrorabwehr" des MfS als einzige Kontaktmöglichkeit anzubieten, war in jeder Hinsicht eine Unverschämtheit - zeigte es doch auch, daß man sich von der kriminalistischen Sicht auf die radikale Linke der BRD partout nicht trennen wollte, daß man sie insgesamt als tendenzielle Gefährdung der DDR-Gesellschaft und nicht als Dialogpartner sah.

Es wäre meiner Ansicht nach eine Pflicht der PDS gewesen, die ja in vielerlei Hinsicht die Nachfolge der SED angetreten hat, sich öffentlich bei Klaus Croissant zu entschuldigen. Auch etwas mehr politisches Engagement zugunsten des Angeklagten wäre sicher kein Fehler gewesen. Daß Klaus Croissant ein sehr kritisches und aus Sicht der Parteioberen vermutlich "nerviges" Mitglied der PDS ist, hätte eigentlich kein Gegenargument, sondern eher ein zusätzlicher Grund sein müssen, sich deutlicher für ihn einzusetzen.

Klaus Croissant hatte, wie er im "Spiegel"-Gespräch (29.10.92) erläuterte, politischen Kontakt zur SED, nicht etwa zum MfS, gesucht. Man war anfangs so taktvoll, dem Westlinken die Illusion zu lassen, mit jemandem vom Zentralkomitee zu sprechen. Als die Sachlage dann klarer wurde, gab sich Croissant damit zufrieden, daß es keinen Unterschied mache, ob er nun wirklich direkt mit der SED oder lediglich mit denen "Schild und Schwert", dem MfS, zu tun hatte. Ich unterstelle, daß der Genosse die Vorgänge wahrheitsgemäß schildert, weil der KB einmal Ende der siebziger Jahre beim Versuch, mit der SED ins Gespräch zu kommen, die gleichen Erfahrungen gemacht hat - mit dem alternativen Resultat jedoch, daß wir dann auf Fortsetzung verzichteten. Im Unterschied zum Tenor der Stellungnahmen von he. und Claudia meine ich jedoch, daß Fortsetzung oder Abbruch der Gespräche unter den gegebenen Bedingungen gleichermaßen legitime Handlungsmöglichkeiten darstellten. Das Argument, daß es - rein funktional betrachtet, Emotionen und Risikoabwägung einmal beiseite gelassen - zwischen Gesprächen mit der SED einerseits und dem MfS andererseits - keinen bedeutenden Unterschied gab, würde ich im wesentlichen auch unterschreiben.

He. billigt in seinem Diskussionsbeitrag der SED das Recht zu, sich über die westdeutschen Linken zu informieren, nur hätten sie das eben nicht auf geheimdienstlichen Wegen tun sollen und ja in Wirklichkeit auch gar nicht tun müssen. Denn "fast alle Linken der 70er Jahre" (abgesehen von Ausnahmen wie KBW und KPD/ML) "hätten politische Gespräche mit der SED nicht abgelehnt. Im Gegenteil gab es mit Gründung der neuen Linken vielfache Versuche, mit der SED in eine politische Auseinandersetzung zu treten." Das sei jedoch in erster Linie an der Haltung der SED gescheitert. Tatsächlich akzeptierte diese ja aus der radikalen Linken ausschließlich die DKP als Gesprächspartner, während sie ansonsten nach reinen Opportunitätserwägungen auswählte, also auch schon mal prominente Grüne empfing und für SPD-Politiker selbstverständlich jederzeit ansprechbar war.

Den Ausführungen von He. entnehme ich, daß er Gespräche mit der SED für legitim und politisch richtig gehalten hätte. Wer das aus der radikalen Linken ausprobierte, landete jedoch unfehlbar beim MfS, und sich darauf eingelassen zu haben, hält he. für einen "Irrtum". Warum? Weil sich damit das Risiko verband, einen Strafprozeß an den Hals zu kriegen und ein paar Jahre Knast absitzen zu müssen? Oder weil es aus politischen und/oder moralischen Gründen anrüchig war? Was machte, abgesehen vom persönlichen Risiko und von den postpubertären Versteckspielereien, den politisch und moralisch relevanten Unterschied zwischen den beiden Gesprächsebenen aus?

Einerseits: Wer als westdeutscher Linksradikaler mit MfS-Leuten sprach, hatte vor sich wahrscheinlich die kompetentesten und aufgeschlossensten Leute, die es in der SED überhaupt zu diesem Themenkreis gab. Die Sache war nun einmal so, daß für diesen Bereich nicht etwa eine Abteilung des ZK zuständig war, wie es sich zweifellos für eine sozialistische Partei "gehört" hätte. Selbstverständlich wäre es für "normale" SED-Mitglieder, selbst im höheren Funktionärsrang, schwierig gewesen, sich authentische Informationen über die Westlinke zu verschaffen. Auch der AK war in der DDR nicht zu beziehen und wurde anhand einer ellenlangen Schwarzen Liste beim Grenzübertritt konfisziert. Andererseits unternahm die zuständige Abteilung des MfS dann selbst groteske Anstrengungen, um solche Zeitschriften durch Kuriere - so eben beispielsweise auch Croissant - an den eigenen Grenzwächtern vorbeischmuggeln zu lassen, da man ja auf dem Laufenden bleiben wollte und mußte. Tatsächlich eben nicht nur mußte, sondern auch subjektiv wollte. Denn der Umstand, daß diese Leute ständig mit einer Menge fremder, ja "feindlicher" Informationen und Standpunkte konfrontiert waren, was den meisten Parteifunktionären ja weitgehend erspart blieb, ermöglichte anscheinend auch das Aufkommen von subjektiver Interessiertheit und einer gewissen Toleranz im Umgang, wenigstens bei einem Teil der mit diesen Kontakten Befaßten.

Jedenfalls wäre das Klischee völlig falsch, man hätte es bei Kontakten zum MfS nur mit subalternen Dummköpfen zu tun gehabt, die zum Verständnis politischer Inhalte gar nicht in der Lage waren. Im Gegenteil war eher die Annahme berechtigt, daß ein SEDler, der zu DDR-Zeiten oder auch in den Monaten nach der "Wende" vergleichsweise gut über das gesamte Spektrum der BRD-Linken informiert war und mehr im Blick hatte als bloß immer wieder die DKP, vermutlich in irgendeinem näheren Zusammenhang zum MfS stand. Andererseits: Wenn man etwa um 1980 mit einem SED-Funktionär "direkt" gesprochen hätte, so bedeutete das doch überhaupt nicht, daß man nicht gleichzeitig auch mit einem IM der Stasi sprach. Zumindest ist davon auszugehen, daß das Berichtswesen sehr verbindlich und ausführlich war. Was in solchen Gesprächen gesagt worden wäre, hätte also mit höchster Wahrscheinlichkeit ebenfalls in irgendeiner Form wieder beim MfS ankommen müssen.

Insofern halte ich den Gedanken für absurd, Gespräche mit MfS-Leuten wären per se schmuddelig und anrüchig gewesen, hingegen wären sie mit SED-Leuten - wenn es denn diese direkte Möglichkeit gegeben hätte, es gab sie jedoch nicht! - nicht nur moralisch einwandfrei, sondern sogar wünschenswert gewesen. Das ist die leidige künstliche Trennung zwischen den beiden Instanzen, für die es in der Realität der DDR keine Grundlage gab. Das MfS war wirklich "Schild und Schwert der Partei" in dem Sinne, daß es dieser unterstand und daß diese für das gesamte Treiben ihrer "Organe" voll verantwortlich gemacht werden muß. Deshalb überzeugt mich auch das Argument nicht, das MfS sei ein schlimmes Unterdrückungsinstrument im Inneren der DDR gewesen und hätte deswegen für Linke kein Gesprächspartner sein dürfen. Ja, es war ein Instrument der Repression, der Mundtotmachung jedweder Opposition, aus welcher politischen Richtung auch immer. Aber dann müßte man, konsequent weitergedacht, selbstverständlich auch Gespräche mit der SED generell für falsch halten, denn seit wann ist der Auftraggeber der Repression ehrenwerter als sein ausführendes Instrument?

Wenn wir aber übereinstimmen, daß es dennoch notwendig und sinnvoll war, das Gespräch mit der SED zu suchen - was aus völlig anderer Interessenlage nicht einmal die etablierten Parteien in Abrede stellen -, dann kommt es letzten Endes absolut nicht darauf an, mit wem beispielsweise Klaus Croissant damals sprach, sondern ausschließlich darauf, was er den Leuten mitgeteilt hat. Was man aus politischen und moralischen Erwägungen damals dem MfS nicht hätte erzählen dürfen, das hätte man auch "normalen" SED-Funktionären nicht sagen dürfen, da zumindest die Wahrscheinlichkeit bestand, daß es am Ende auf den gleichen Schreibtischen und in den gleichen Aktenordnern gelandet wäre. Gleiches gilt aber auch umgekehrt: was man guten Gewissens mit der SED hätte bereden können, das hätte auch im Gespräch mit dem MfS keinen Schaden anrichten können.

Fragt sich also, worum es im "Fall Croissant" konkret ging. Der angeklagte Genosse hat bei mehreren Gelegenheiten betont, daß er außer persönlichen Einschätzungen nur Informationen gegeben hat, die öffentlich und allgemein zugänglich waren oder die zumindest keinen speziellen Geheimniswert hatten. Ich meine, daß wir diese Aussagen, sofern nicht schlüssig das Gegenteil bewiesen wird, erst einmal als wahr unterstellen sollten. Das ist noch nicht einmal ein Gebot linker Solidarität, sondern schlichtes bürgerliches Rechtsempfinden. Deshalb halte ich es für unangebracht, wenn Claudia die Frage aufwirft, "ob J. es denn ebenso völlig normal und akzeptabel gefunden hätte, wenn jemand Berichte über Strukturen und Personen des damaligen KB bei der DKP ausgeplaudert hätte." Das suggeriert doch, vielleicht mißverständlich formuliert, daß Croissant etwas annähernd Vergleichbares getan haben könnte. Das wirft ihm jedoch meines Wissens nicht einmal die Anklage vor. Im übrigen war Croissant, der ja außerhalb größerer kollektiver Zusammenhänge stand, zweifelsfrei gar nicht in der Lage, Geheimnisse über die inneren Strukturen irgendeiner Organisation auszuplaudern, selbst wenn er dazu bereit gewesen wäre. Da mußte das MfS sich schon anderweitig informieren, durch Zuträger in den diversen Organisationen selbst, und hat es höchstwahrscheinlich auch getan.

Ebenso geht meiner Ansicht nach Claudias Argument fehl, man könne schließlich überhaupt nicht wissen, "welche politischen Kontakte wegen solcher Berichte (von Croissant beim MfS) nicht zustande kamen, welche Einreiseverbote erteilt wurden". Auch hier verlangt schon das bürgerliche Rechtsempfinden, im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten zu entscheiden. Das heißt, solange nicht einmal ein begründeter Verdacht besteht, daß speziell Croissants Berichte auch nur zu einer einzigen Kontaktverhinderung, zu einem einzigen Einreiseverbot geführt oder wenigstens beigetragen haben, sollten derartige öffentliche Spekulationen nicht angestellt werden.

Es ist überdies wirklich nicht anzunehmen, daß das MfS von Croissant irgendetwas Wesentliches über die "einschlägigen Personen" erfahren konnte, was es nicht eh schon wußte. Gerade die Grünen um Petra Kelly, vor deren Kontakten und Aktivitäten in der DDR die SED und das MfS offenbar die größte Angst hatten, agierten ja überhaupt nicht konspirativ, sondern im Gegenteil wie der Elefant im Porzellanladen, was auch in DDR-Oppositionskreisen kein Entzücken hervorrief. (Detailliert nachzulesen in alten AKs)

Für grundsätzlich falsch halte ich Claudias Ansicht, Croissants Mitteilungen an das MfS seien in jedem Fall "ein Verstoß gegen Vertrauen und gegen das auch von Linken mühselig erkämpfte Recht auf informationelle Selbstbestimmung" gewesen. Politisches Handeln ist natürlicherweise und von vornherein für eine breitere Öffentlichkeit bestimmt, es strebt diese von sich aus an. Gerade ein politisch agierender Mensch kann sich insofern nicht auf "informelle Selbstbestimmung" berufen, sondern muß damit rechnen, daß sein politisches Verhalten Gegenstand öffentlicher Darstellungen und Erörterungen werden kann, unter Umständen auch gegen seinen Willen.

Beispielsweise haben wir im AK niemals Bedenken gehabt, interne Papiere aus der Grünen Partei oder aus irgendeiner ML-Gruppierung zu publizieren, wenn uns diese als aussagekräftig erschienen. Vermutlich haben wir im AK sehr viel mehr beispielsweise über innergrüne Strukturen und Debatten "ausgeplaudert", als Croissant überhaupt vermocht hätte. Das beinhaltete immer auch die Möglichkeit, daß dies in irgendwelchen geheimdienstlichen Ordnern landete, und das mußte selbstverständlich stets mitbedacht werden.

Allgemein gesprochen gab und gibt es zwei Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Das ist zum einen der Bereich der persönlichen "Intimsphäre", wo es nicht um die politische Seite eines Menschen geht. Das ist zweitens die Rücksicht auf Gefährdungen von Personen: Was jemand juristisch angreifbar machen könnte, was zu beruflichen Nachteilen führen könnte, das darf selbstverständlich nicht publiziert oder in anderer Form weitergegeben werden. Alles andere jedoch unterliegt keiner "Geheimhaltungspflicht".

Soweit stimme ich Uwe Wesel zu, der im "Freitag" (23.10.92) schrieb: "Diese ‚nachrichtendienstlichen Tätigkeiten`, von denen sowohl unser Strafgesetzbuch als auch das der DDR spricht, sind im Zeitalter einer Massenkommunikation über Medien, denen nichts verborgen bleibt, vollkommen unsinnig. Nach unserem § 99 ist es ja schon strafbar, wenn man dem Nachrichtendienst eines fremden Landes ‚Tatsachen` mitteilt, und das hat Klaus Croissant allerdings getan, aber das Groteske an seiner Geschichte ist, daß diese ‚Tatsachen` nun überhaupt keine Staatsgeheimnisse waren - er hat, wie soll ich sagen, die westdeutsche Linke beschrieben. Das taten alle Zeitungen, da hätte das MfS sich besser über die taz informiert als über Herrn Croissant. Die westdeutsche Linke unterliegt nun wahrhaftig nicht der Geheimhaltung (...)." - Nicht nachvollziehbar ist für mich

gerade angesichts dieser deutlichen Darlegung, daß Wesel dennoch zum Urteil kommt, "Croissants Taten" seien "moralisch und politisch sehr verwerflich" gewesen.

Ganz ähnlich der Tenor eines TAZ-Kommentars (11.2.93) von Manfred Kriener: "Informationen aus der TAZ (wo Croissants ebenfalls zum MfS Kontakt haltende Freundin Brigitte Heinrich arbeitete) waren derart geheim, daß sie am nächsten Tag in allen Zeitungen standen. Die taz war und ist ein offenes Haus, Fraktionsströmungen und Positionen von Redakteuren sind stadtbekannt. Und auch die Grünen pflegten, wie die gesamte linke Szene, ihre Konflikte mit exhibitionistischer Inbrunst in der Öffentlichkeit auszutragen. Hier war nichts geheim, sondern alles bis zum Erbrechen öffentlich." - Das hält den Kommentator jedoch nicht davon ab, Croissant als "Stasi-Spitzel" zu titulieren, auf dem nun zurecht "das Stigma des Verräters" laste.

Aus der bisherigen Prozeßberichterstattung war meines Wissens nichts zu erkennen, das den Verdacht begründen würde, Croissant hätte Fakten weitergegeben, die nach Lage der Dinge nicht hätten weitergegeben werden dürfen. Formulierungen wie "Croissant bespitzelte Kelly und Vollmer" (TAZ, 12.2.93) sind Glanzleistungen der Infamie, da Croissant selbstverständlich von vornherein nicht in der Lage gewesen wäre, solche Leute zu bespitzeln, selbst wenn er es gewollt hätte, wofür es aber offenbar selbst in der Klageschrift keine Anhaltspunkte gibt. Croissant hat, anders als manche IMs, eben gerade nicht das Vertrauen von ihm scheinbar nahestehenden Menschen mißbraucht, indem er seine wirklichen Ansichten und Absichten verbarg. Es gibt daher - beim jetzigen Stand der Erkenntnisse - aus meiner Sicht keinen prinzipiellen Unterschied zwischen dem politischen Journalismus, wie wir ihn im AK praktiziert haben, und den Mitteilungen, die Croissant einem kleineren Publikum zukommen ließ. Beides waren Versuche, linke Positionen und Einschätzungen zu vermitteln. Beides gleichermaßen legitim, wahrscheinlich gelegentlich auch beides gleichermaßen problematisch.

Wie bereits oben dargestellt: Wer als radikaler Linker Ansichten und Informationen an die SED herantragen wollte, auch um zu einem differenzierteren Bild beizutragen, der hatte nicht die freie Auswahl, sondern wurde zum Lieferanteneingang gewiesen. Man konnte das ablehnen - und damit zwar auf einige bescheidene Darstellungsmöglichkeiten verzichten, aber die politische Würde wahren. Man konnte sich aber auch so entscheiden wie Croissant: daß das wichtige eben die Botschaft war, daß diese auch über das MfS weitervermittelt werden konnte, und daß der Unterschied zwischen den Instanzen des DDR-Systems wirklich nicht erheblich war. Für beide Optionen lassen sich plausible Argumente anführen. Keinesfalls steht es uns meiner Ansicht nach zu, den Genossen in irgendeiner Weise moralisch und/oder politisch zu verurteilen, auch nicht in der Weise, daß man ihm das "Recht auf Irrtum" zuspricht. Aber "Bündnispartnerin DDR"? Nein, wie eine solche hat sich die DDR uns gegenüber, im Verhältnis zur radikalen Linken der BRD insgesamt, nun wahrhaftig nicht verhalten. Und die Begrifflichkeit des "objektiven Bündnispartners" ist nicht weniger fragwürdig als die des "objektiven Gegners". Im AK war das Verhältnis vor sehr vielen Jahren einmal mit der Formulierung umschrieben worden, wir säßen unfreiwillig, aufgrund der gegebenen Situation, mit den Staaten und Parteien des "real existierenden Sozialismus" in einem Boot. Wohlgemerkt, selbstverständlich mit jenen als Steuermann. In einer solchen Lage muß man den Schicksalspartner nicht mögen, um doch zu akzeptieren, daß man aufs engste mit ihm verbunden ist und sich wünscht, daß er durchhält, daß er die "gemeinsame" Sache nicht durch vermeidbare Fehler und Uneinsichtigkeit aufs Spiel setzt.

Ja, wir waren sehr daran interessiert, daß die DDR nicht scheiterte, und ich beklage ihren Untergang nicht nur wegen seiner Form, sondern auch als solchen. Aber das in die Formulierung zu kleiden, die DDR sei "der bessere deutsche Staat" gewesen, würde ich nachträglich doch für eine überflüssige, inhaltlich zwiespältige und fragwürdige Überhöhung eines primär pragmatischen Problems halten. Sie war der "bessere" Staat unter manchen Gesichtspunkten, unter anderen jedoch wiederum nicht. Daß man unsere politischen Auffassungen im "schlechteren" deutschen Staat insgesamt relativ problemlos publizieren konnte, während im "besseren" der AK nur in wenigen exklusiven Archiven im Giftschrank lagerte, ja daß sogar unsere antifaschistischen Dokumentationen (z.B. "Russell-Reihe") an der Grenze stur nach Liste beschlagnahmt wurden, rechne ich beispielsweise nicht zu den Pluspunkten der DDR.

Die Frage, ob die DDR nun "Bündnispartnerin" war oder nicht, impliziert eine einfache Antwort auf eine Realität, die nur ein "Einerseits-Andererseits" zuläßt. Diese Frage ist aber für unsere Einstellung zum "Fall Croissant" meiner Ansicht nach überflüssig. Zwar legt der Genosse selbst in seinen Äußerungen großen Wert darauf, er halte die DDR auch rückblickend immer noch für den "besseren deutschen Staat". Dennoch mußte man nicht so unbedingt und gradlinig dieser Meinung sein, um hinsichtlich der Notwendigkeit von Gesprächs-

und Informationskontakten zur SED - auch unter Inkaufnahme von Umwegen - zu ähnlichen Schlußfolgerungen wie Klaus Croissant zu gelangen. Auch wenn ich, siehe oben, Croissants Entscheidung nicht für die einzig richtige halte, so war sie doch mehr als nur legitim, nämlich auch verdienstlich, indem sie unter persönlichem Risiko sich einem besonders schändlichen Paragraphen des Strafgesetzbuchs widersetzte.

Kt.

14. Das Urteil der Geschichte. Ein Buch von Roy Medwedew über "Stalin und Stalinismus"

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:07

Eigentlich sind es gleich drei Bände über Stalin und die Zeit, in der er lebte und die erste Stelle in der KPdSU und UdSSR einnahm. Es handelt sich nicht um eine Stalin-Biographie, sondern eher um einen Versuch, sich Stalin und dem "Phänomen Stalinismus" anzunähern.

Der erste Band geht Stalins Aufstieg in der Partei nach. Er umfaßt die Zeit vor 1917 bis zum Beginn der dreißiger Jahre. Dargestellt werden der Machtkampf in der KPdSU in der Zeit von Lenins Tod und danach, das Vorgehen Stalins gegen Trotzki, Kamenew, Sinowjew und die übrige Opposition Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre. Weitere Themen sind die Kollektivierungs- und Industriepolitik sowie die außenpolitische Situation der UdSSR Anfang der dreißiger Jahre.

Band zwei umfaßt die Zeit der "Großen Säuberungen" bis zum deutschen Überfall 1941. Auf über 200 Seiten wird unter dem Titel "Stalin usupiert die Macht im Lande und in der Partei" die Vernichtung der Altkader der Bolschewiki abgehandelt. Der Frage, warum Stalin die Partei und alle Bereiche von Staat und Gesellschaft von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern säubern ließ, wird nur vorsichtig nachgegangen.

Der erste Teil des dritten Bandes versucht sich der Person Stalins anzunähern, seiner Persönlichkeit, fragt aber auch nach den Ursachen für die Massenrepressalien und den Bedingungen für Stalins uneingeschränkte Machtausübung. Der zweite Teil geht den Folgen Stalin'scher Herrschaft nach. Medwedew fragt nach den Auswirkungen der "Großen Säuberungen" etwa auf die sowjetische Verteidigungsfähigkeit gegen den Angriff der deutschen Faschisten oder auf die Bedingungen des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg. Ebenso werden die langfristigen Folgen und Auswirkungen auf das sowjetische Gesellschaftssystem untersucht. Den Abschluß bilden der Versuch einer Gesamtbewertung Stalins - und Medwedews Probleme damit.

Der Autor Medwedew ist im Westen als "glühender Anhänger" - so Medwedew über sich - der Gorbatschow'schen Politik nach 1985 bekannt geworden. Er hat, oft mit anderen zusammen, Bücher und Aufsätze über Glasnost/Perestroika und die sich damit bietende Chance, den Sozialismus zu erneuern, geschrieben.

Nach eigenen Angaben hat Medwedew seit den fünfziger Jahren an dem Buch über die Stalin-Ära gearbeitet. Zuerst hat er versucht, es in der Sowjetunion zu veröffentlichen. Als aber auch nach der elften Diskussion mit Behörden und Institutionen noch kein Erscheinen in Sicht war, entschloß er sich, seine Arbeit im Westen herauszugeben. 1989 erschien in den USA die erste Ausgabe. Seitdem ist das Buch in vielen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, verlegt worden.

Die vorliegende Ausgabe des Buches stellt den neusten Forschungsstand von Medwedew dar. Der USA-Ausgabe von 1989 hat der Autor Ergebnisse von zahlreichen Untersuchungen zum Thema Stalinismus und zur Geschichte der KPdSU aus dem Westen hinzugefügt. Das ist einerseits im Rahmen wissenschaftlicher Forschungen nicht unüblich und andererseits löblich, doch es stellt sich die Frage, ob es die Qualität des Buches entscheidend verbessert hat.

Aus der Sicht von jemandem, der sich schon länger mit dem "Phänomen Stalin" auseinandergesetzt hat, ist das Buch ehrlich gesagt eine Enttäuschung. Mensch findet dort zwar detaillierte Informationen und manchmal auch Anekdoten und Geschichten, aber es mangelt aus meiner Sicht an einer eigenen analytischen Linie. Medwedew erzählt eine große, lange Geschichte mit vielen "Wer hat wann was gemacht" und "Was passierte dann". Doch leider enthält seine Arbeit wenig neue Informationen, insbesondere für LeserInnen, denen Autoren wie Robert Conquest, Leonard Schapiro, Moshe Lewin, aber auch Ginsburg, Mandelstamm, Ehrenburg und Anna Larina Bucharina keine Unbekannten sind. Obendrein ist die deutsche Übersetzung nicht gerade ein literarischer Genuß, sondern unterstützt durch ihre Sprache den Eindruck einer langatmigen Angelegenheit.

Aber auch für jemanden, der sich noch nicht intensiv mit diesem Teil sowjetischer Geschichte beschäftigt hat, ist das Buch nicht besonders hilfreich. Sicher, es bietet viele Fakten und manches an detailliertem

Hintergrundwissen über Stalin, Trotzki, Kamenew, Sinowjew und die anderen Bolschewiki, ihre politischen Positionen und Vorstellungen. Doch es fehlt ein Rahmen, ein Gerüst, mit dem Mensch diese Fülle von Informationen einordnen und sortieren kann. Was fehlt sind etwa Zusammenfassungen am Ende von größeren Kapiteln oder auch kleinere analytische Einheiten, die den LeserInnen das Verstehen und "Verdauen" der Fakten erleichtern. Da es diese nicht gibt, werden für jemand, der sich mit Hilfe des Buches von Medwedew dem Thema annähern will, viele Informationen verloren- oder durcheinandergehen. Zu groß ist die Fülle der Informationen und zu langatmig die Art der Darbietung.

Ein weiterer Punkt schmälert nach meiner Ansicht den Erkenntniswert des Buches: Medwedew sieht sich am Ende seiner Arbeit nicht in der Lage, eine abschließende Beurteilung des "Phänomens Stalin" zu geben. Das finde ich nicht weiter verwunderlich angesichts der Kompliziertheit des Themas. Doch es fällt negativ auf, daß Medwedew durch das ganze Buch hindurch versucht, ausgewogen zu sein. Sicherlich ist es nicht möglich, beim Versuch einer Analyse des Stalinismus, einfache, klare Antworten zu finden, doch etwas stärker als im vorliegenden Buch sollte ein Autor schon seine persönlichen Ansichten durchblicken lassen. Allein, um der Diskussion über dieses Thema einen neuen, vielleicht kontroversen Standpunkt hinzuzufügen. Doch nichts dergleichen passiert.

Ausnahmen sind zwei Personen: Stalin und Trotzki. Stalin wird als der Bösewicht, der Verbrecher im Politbüro dargestellt. Etwas besser kommt Trotzki weg, doch auch Medwedew kann sich von der traditionellen Beurteilung Trotzkis in der ehemaligen UdSSR nicht lösen. An manchen Stellen scheint es so, als wäre auch Medwedew der Ansicht, daß Stalin die Sowjetunion vor dem Übel Trotzki bewahrt hat. Diese Stellen sind alles andere als ausgewogen.

"Das Urteil der Geschichte" ist nicht nur das Ergebnis von über dreißig Jahren Arbeit, sondern auch der Versuch, sich einem äußerst komplexen und obendrein kontroversen Thema zu widmen. Eine Annäherung ist es sicherlich, doch wer im Buch von Medwedew Informationen erwartet, die in den Büchern von Robert Conquest oder Leonard Schapiro etwa nicht geboten werden, der/die sieht sich enttäuscht. Aber auch für EinsteigerInnen ist das Werk leider nicht besonders geeignet, da es die LeserInnen mit seinen massenhaften Einzelheiten und Fakten ohne analytische, zusammenfassende Hilfe oft allein läßt. Schade.

Andreas Skrypietz, Bristol

Roy Medwedew, Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus. Dietz Verlag Berlin, 1992. 3 Bände, 148,- DM

15. Grüne Gewaltphantasien. Hamburger Pickelhauben-Fraktion zurückgepfiffen

Rubrik: Militarismus; Grüne (und Vorläufer); Grüne Außenpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:25

Wieder einmal mußte sich der Bundesvorstand der Grünen mit Sonderwegen der Hamburger ParteifreundInnen befassen. Während es in der nun schon etwas zurückliegenden Vergangenheit linke Abweichungen von der Parteilinie zu tadeln galt, war die Rollenverteilung jetzt umgekehrt. Diesmal hatten sich einige Hamburger RepräsentantInnen der Grünen so weit auf rechte Abwege begeben, daß der Bundesvorstand sich zu einer Klarstellung veranlaßt sah: "Einige öffentliche Äußerungen einzelner Mitglieder der Grünen in der letzten Zeit haben den Eindruck erweckt, die Grünen setzten sich ein

- für eine generelle Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen unter ‚Federführung der UNO`

- für eine Militärintervention im ehemaligen Jugoslawien

- darüberhinaus für eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer solchen Aktion

- für Waffenlieferungen in das bosnische Kriegsgebiet."

Um diesem "Eindruck" entgegenzutreten, stellte der Bundesvorstand u.a. fest: "Wir lehnen Krieg und Waffenexporte als Mittel der Politik grundsätzlich ab. Wir sind dagegen, daß Einheiten der Bundeswehr zu Kampfeinsätzen im Ausland legitimiert werden, unter welchem Oberbefehl auch immer. Wir lehnen jede Militärintervention im ehemaligen Jugoslawien ab, da durch sie keines der dort vorhandenen Probleme gelöst würde, sondern sie statt dessen die Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges in sich birgt." (Beschluß vom 2.2.1993)

Ohne daß Namen genannt wurden, war allen Beteiligten klar, wer hier zur Ordnung gerufen werden sollte: allen voran die "Realpopulisten" (taz) von der Hamburger GAL, die auf einer Landesmitgliederversammlung am 11. Januar ein Votum für eine Militärintervention in Bosnien durchgeputscht hatten. Bei gerade mal 50 Anwesenden war mit knapper Mehrheit eine Tischvorlage beschlossen worden, die bisher gültige grüne Grundsätze kurzerhand außer Kraft setzte. (siehe nebenstehende Dokumentation) Besonders brisant wurde die Sache dadurch, daß zu den AntragstellerInnen auch die Bürgerschaftsabgeordneten Conny Jürgens, Krista Sager, Martin Schmidt und Peter Zamory gehörten.

Bundespolitische Bedeutung bekam das Lokalereignis erst durch das Eingreifen der Spiegel-Redaktion: Frau Jürgens wurde zusammen mit dem "Verteidigungsexperten" der Bonner SPD-Fraktion und ehemaligen Brigadegeneral Manfred Opel zum Streitgespräch geladen. (Spiegel 5/93) Die von der Redaktion gewählte Überschrift "Sie kneifen, Herr General!", ein Vorwurf der grünen Militaristin an den zur Mäßigung mahnenden Sozialdemokraten, gibt die Rollenverteilung in diesem Streitgespräch korrekt wieder. Jürgens will Soldaten marschieren sehen, Opel warnt davor, "die Welt (zu) militarisieren".

Die nüchternen Einwände und Machbarkeitserwägungen des Militärexperten wischt Frau Jürgens allesamt vom Tisch. Sie will die schlappe Bundesregierung dazu bewegen, "sich bei der UNO für eine Intervention einzusetzen... Nein, die UNO muß immer mehr in die Lage versetzt werden, mit militärischen Mitteln Menschenrechte zu schützen und in solche Konflikte einzugreifen." Wo es darum geht, "die Kategorie Moral wieder in die Politik einzuführen", sollen auch die Deutschen nicht länger abseits stehen: "Das Argument, aus der deutschen Geschichte leite sich ab, daß wir dort auf keinen Fall hingehen dürfen, ist falsch. Im Gegenteil: Gerade wegen ihrer alten Schuld haben die Deutschen eine besondere Verpflichtung, sich dort für die Menschenrechte einzusetzen."

Dieser bodenlose Zynismus wurde später stillschweigend zurückgenommen. Nach einem Sturm der Entrüstung in den Hamburger Bezirksverbänden der GAL legten die Interventionisten der Landesmitgliederversammlung am 13.2. einen Antrag vor, in dem eine deutsche Beteiligung am Balkankrieg für falsch erklärt wurde; ausnahmsweise und wegen der besonderen historischen Belastung: "Es ist nicht gerechtfertigt, daß die Bundesrepublik innerhalb der UNO auf Dauer eine privilegierte Stellung zu Lasten aller anderen Staaten einnimmt."

Bei der Formulierung der Kriegsziele und der zu ihrer Erreichung notwendigen Mittel entschieden sich die AntragstellerInnen für eine etwas diplomatischere Variante. Die "internationale Völkergemeinschaft" müsse den "Völkermord beenden", "die Gefangenen befreien" etc. - und wie? "Dazu ist die Intervention durch internationale Friedenstruppen notwendig, auch unter Einschluß militärischer Optionen..." Die vergleichsweise zurückhaltende Formulierung rettete den Antrag nicht. Bei einer durch den Putsch bewirkten Rekordbeteiligung von ca. 160 GAL-Mitgliedern konnten die Interventionisten nur zwei Handvoll Stimmen gegenüber der Versammlung vom 11. Januar dazugewinnen. Ganze 34 Stimmen bekam ihr Antrag, 117 GALierInnen entschieden sich für ein Paket von Anträgen "Wider die grüne Kanonenbootpolitik" und gegen den "humanitären Bellizismus".

Ein Antrag, der die Interventionisten in Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion zum Rücktritt aufforderte, kam nicht zur Abstimmung. Die Mehrheit zeigte sich generös und entschied sich für Nichtbefassung. Ob die Minderheit diese Geste honoriert und sich beim Repräsentieren der GAL nach außen an das Mehrheitsvotum hält, bleibt abzuwarten.

Einiges spricht dagegen. Ihr Putsch war keine Kurzschlußhandlung aus einer Emotion heraus, sondern, wie Auftreten und Abstimmungsverhalten des Minderheitsblocks auf der Mitgliederversammlung am 13.2. deutlich zeigten, logischer Zwischenschritt einer militaristischen Gesamtkonzeption, die Voraussetzung für grüne Koalitionsfähigkeit auf Bundesebene ist. Die Greuel des jugoslawischen Bürgerkrieges werden für diese Wende instrumentalisiert. Andere Kriege, die in den Medien nur alle paar Wochen vorkommen, empören auch die grünen "Moralisten" nicht weiter. In diesem Punkt hat Manfred Opel völlig recht, wenn er seiner Kontrahentin vorhält: "Ich wundere mich auch, daß Sie sich für Jugoslawien so echauffieren, aber an anderen Ecken lassen Sie das Verhungern und Morden geschehen. Es gibt mindestens 30 Krisenherde auf der Welt, wo es genauso bestialisch zugeht. Wie wollen Sie da überall mitmischen?" Unnötig zu erwähnen, daß Frau Jürgens die Antwort schuldig bleiben mußte.

Aber nicht einmal in der sehr wohl auch ohne Militärintervention möglichen (und stattfindenden) humanitären Hilfe für Opfer des jugoslawischen Bürgerkrieges haben sich die GAL-Interventionisten bisher hervorgetan. Mit derlei unscheinbaren Aktionen mögen sie sich gerade jetzt nicht belasten, wo sie "historische" Entscheidungen gefragt sehen und die Weichen für eine auch außenpolitisch staatstragende Politik der Grünen stellen wollen.

Heuchelei von Moral und Humanität gehört zum Geschäft, das von den derzeit Unterlegenen unverändert weiter betrieben wird. Als wäre nichts gewesen, unterschrieben sie einen Demonstrationsaufruf der "Gesellschaft für bedrohte Völker", in dem es u.a. heißt: "Nur eine entschlossene Aktion der internationalen Gemeinschaft, die keinen Weg des Handelns ausschließt, kann die Rückkehr zum Frieden in Bosnien-Herzegowina erzwingen." Jürgen Oetting (taz-Hamburg) hatte recht mit seiner Prognose nach der letzten GAL-MV: "Die grüne Kavallerie reitet weiter, Conny Jürgens voran."

Js.

Dokumentation

Beschluß der GAL Hamburg vom 11.1.93

Die GRÜNEN/GAL Hamburg fordern die Bundesregierung auf, sich international dafür einzusetzen, daß

1. entsprechend dem Entschluß der UNO-Vollversammlung das vom Sicherheitsrat der UNO verhängte Waffenembargo gegenüber Bosnien-Herzegowina aufgehoben wird,

2. entsprechend dem Appell der bosnisch-kroatischen Friedensbewegung so schnell wie möglich internationale Friedenstruppen im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien zur Durchsetzung folgender Ziele eingesetzt werden:

- UNO-Friedenstruppen müssen in den Gebieten Bosniens und der Herzegowina, in den besetzten Gebieten Kroatien und in den Gebieten Serbiens und Montenegros alle Konzentrationslager, Gefängnisse und Arbeitslager schließen und alle darin gefangengehaltenen Personen freilassen

- UNO-Friedenstruppen müssen die Belagerung aller besetzten Dörfer und Städte in Bosnien und der Herzegowina und in den besetzten Gebieten Kroatiens beenden

- UNO-Friedenstruppen müssen humanitäre Korridore für einen ununterbrochenen Zugang zu allen Dörfern und Städten Bosniens und der Herzegowina sichern

-UNO-Friedenstruppen müssen an den Grenzen Bosniens, der Herzegowina und Kroatiens mit Serbien und Montenegro stationiert werden

- UNO-Friedenstruppen müssen alle irregulären militärischen Gruppen und die irreguläre Polizei in Bosnien und in den besetzten Gebieten Kroatiens entwaffnen

- UNO-Friedenstruppen müssen kontinuierlich eine sichere Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Dörfer und Städte und ihren Schutz in Bosnien und der Herzegowina und in den besetzten Gebieten Kroatiens sicherstellen.

Antragsteller: Kurt Edler, Conny Jürgens, Sabine Boehlich, Renate Domnick, Norbert Georg, Jo Müller, Michael Rittendorf, Krista Sager, Martin Schmidt, Peter Schwanewilms, Peter Zamory

16. Schlapphüte im Wechselschritt. Neue Verfassungsschutz-Gesetze

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:05

Die Rechts- und Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes in der BRD ist im Grundgesetz verankert (1). Die herrschende Meinung in der Rechtswissenschaft leitet hiervon eine alles bestimmende Rolle des bundeseinheitlichen "Gesetzes über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BVerfSchG)" ab. Dem Landesgesetzgeber bleibt jedoch auch nach der herrschenden Rechtsauffassung ein zwar formal enger, politisch jedoch nicht zu unterschätzender Spielraum, mit seinen Gesetzen zu den Landesämtern für Verfassungsschutz eigene repressionspolitische Akzente zu setzen.

Die Rote Hilfe Berlin möchte an dieser Stelle das in Berlin zur Abstimmung stehende VS-Gesetz vorstellen (2). Damit versucht die amtierende Große Koalition das derzeit noch gültige - unter dem vorherigen rot-grünen Berliner Senat sanft modifizierte - LfVG wieder auf seine rechten Interessen zurückzustutzen. Als Kontrast soll dem Berliner Entwurf das Ende Oktober 1992 verabschiedete VS-Gesetz des Landes Niedersachsen (3) gegenübergestellt werden. Dieses Gesetz wird als Aushängeschild rot-grüner Repressionspolitik verkauft. Wo es uns sinnvoll erschien, wird auch auf das über allem schwebende Bundesverfassungsschutzgesetz sowie auf die Pläne zur Änderung des VS-Gesetzes des Landes Brandenburg hingewiesen.

Der VS hat die Aufgabe Informationen (sach- und personenbezogene Daten, Auskünfte, Nachrichten (Medien) und behördliche Unterlagen) zu sammeln und auszuwerten. Über seine Ergebnisse hat der VS die zuständigen Stellen zu unterrichten. (4)

Traditionell erhebt, speichert, verändert, wertet aus und übermittelt der VS in der BRD Informationen, sofern tatsächliche Anhaltspunkte für ziel- und zweckgerichtete Bestrebungen vorliegen, die gegen die FDGO gerichtet sind (politische Motivation).

Hiervon können u.a. feste "verfassungsfeindliche" Organisationen, unorganisierte Gruppen, aber auch Einzelpersonen betroffen sein (5)

Diese Begriffe sind natürlich nicht ohne Grund derartig vage gehalten. Der VS leitet hieraus eine möglichst weite Auslegung ab - ganz nach dem Motto: erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist. Mit Formulierungen aus dem Strafgesetzbuch und Zitaten aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD 1956 wird in den Gesetzesbegründungen zu erläutern versucht, was unter "verfassungsfeindlichen Bestrebungen" zu verstehen ist. Diese konventionelle Auslegung ermöglichte es auch bisher schon

- Bürgerinitiativen (z.B. im Umweltschutzbereich),

- Kampagnenbündnisse (z.B. anläßlich des WWG 1992 in München),

- politische Gruppen (wie z.B. die Rote Hilfe),

- "kommunistisch beeinflußte", sog. "Vorfeld-Bündnisorganisationen" (wie die "Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner") aber auch

- politische Parteien, wie die DKP/SEW, die "Alternative Liste" resp. "Grüne" und die PDS zu bespitzeln und, sofern es ins politische Konzept paßte, nachfolgend dann auch zu kriminalisieren.

Dies wird zumindest mit dem BlnLfVGE auch weiterhin uneingeschränkt möglich sein.

Der Kreis der ausgespähten Personen wird weder im BVerfSchG noch im BlnLfVGE z.B. auf FunktionsträgerInnen bzw. Führungspersönlichkeiten eingegrenzt. Das Erkenntnisinteresse erstreckt sich stets auf die gesamte Mitgliedschaft und - wie auch beim §129a StGB ("terroristische Vereinigung") - auf den "UnterstützerInnenkreis" (6).

Anzumerken ist, daß im niedersächsischem VS-Gesetz die Schwelle, nach deren Überschreiten die Schlapphüte loslaufen dürfen, höher gelegt worden ist, als in jedem anderen Bundesland: Eine

Geheimdienstoperation kann demzufolge erst dann beginnen, sofern mit "Gewalt" oder "in aktiver kämpferischer Weise" gegen die FDGO vorzugehen versucht wird. Ein Passus ähnlichen Inhalts wurde auf Druck des FDP-Koalitionsfraktion aus dem Entwurf des brandenburgischen VS-Gesetzes wieder gestrichen.

Das Handwerkszeug

der Schlapphüte

In diesem Punkt kam es in der niedersächsischen Novelle des VS-Gesetzes zu einer kleinen Palastrevolte: Erstmalig werden den Geheimdienstlern einzeln und abschließend ihre 11 "nachrichtendienstlichen Mittel" (nd-Mittel) aufgezählt. (7) Diese dürfen ausschließlich zu den in Abs. 2 aufgeführten Einsätzen angewandt werden: Was nicht erlaubt ist, ist verboten!

Brandenburg, wo durch das sog. "Vorschaltgesetz" der Einsatz von "nd-Mitteln" vollständig untersagt ist, wird sich voraussichtlich dem niedersächsischen Vorbild anschließen.

Davon ist mensch in Berlin wieder einmal weit entfernt. Ganz traditionell werden in §8(2) BlnLfVGE die "Mittel zur heimlichen Informationsgewinnung" nur beispielhaft aufgeführt. Eine Konkretisierung der technischen Geräte, Methoden und Einsatzlagen werden nur in eine Verwaltungsvorschrift hineingeschrieben. Diese wird aber von der Senatsinnenverwaltung abgefaßt und darf von der zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) nur zur Kenntnis genommen werden. Begründet wird diese Mauschelaktion mit der "Befürchtung" andernfalls wäre es unmöglich, sich schnell und unbemerkt geänderten Methoden, z.B. von "Terroristen" und "Extremisten", anzupassen.

Den beamteten und angeworbenen MitarbeiterInnen des LfV (sog. V-Leuten) ist es verboten, bei der Anwendung von nd-Mitteln Straftaten bzw. Ordnungswidrigkeiten zu begehen. Trotzdem dürfen VS-Spitzel Urkundenfälschungsdelikte und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begehen. Insbesondere dürfen sie aber in verbotene bzw. "terroristische Vereinigungen" als Mitglieder eingeschleust werden. Untersagt ist ihnen nach dem niedersächsischen VS-Gesetz lediglich die Gründung derartiger Organisationen bzw., daß ein "steuernder Einfluß" auf deren "illegale" Tätigkeiten ausgeübt wird. (8)

VS-MitarbeiterInnen haben jedoch schon immer strafbare Handlungen begangen, die erheblich über ihrem gesetzlichen "Auftrag" lagen. So ist der damalige V-Mann des Berliner LfV, Weingraber, der Mittäterschaft an der Ermordung Ulrich Schmückers dringend verdächtigt. Hinsichtlich des ähnlich skandalträchtigen niedersächsischen VS sei an das sog. "Celler Loch" und die Affären um den privaten Mitarbeiter des niedersächsischen LfV, Werner Mauss, erinnert.

Im niedersächsischen VS-Gesetz ist der sog. "große Lauschangriff" (damit ist die Bild- und Tonaufzeichnung innerhalb privater und geschäftlich genutzter Räume gemeint) grundsätzlich untersagt. In Berlin soll dieses nd-Mittel zunächst nur im Bereich der Spionage erlaubt sein (9).

Die Kundschaft des Verfassungsschutzes

In der BRD lebende AusländerInnen laufen Gefahr vom Bundesamt, aber auch von den LfV ausspioniert zu werden, wenn ihre politische Arbeit in der BRD "Gewaltanwendung" beinhaltet oder gewaltsame Handlungen vorbereitet werden, die sich gegen die politische Ordnung oder Einrichtungen eines anderen Staates richten und so die "auswärtigen Belange" der BRD gefährden könnten. (10)

Was die Übermittlung von personenbezogenen Daten über politisch aktive AusländerInnen an die Geheimdienste und Bullen ihrer Herkunftsländer anbelangt, so macht das BlnLfVGE eine einmalige Ausnahme zum ansonsten üblichen Übermittlungsmechanismus - zu Lasten der betroffenen AusländerInnen selbstverständlich: Informationsübermittlungen sind grundsätzlich immer und was Fülle und Qualität der Daten angeht, beinahe schrankenlos möglich. Ziel ist aber nicht, wie andernorts (11) die Aufgabenerfüllung des LfV (bzw. des BfV, das in auswärtigen Angelegenheiten primär zuständig ist), sondern die der ausländischen Repressionskollegen! Schluß soll erst dann sein, wenn "auswärtige Belange" der BRD entgegenstehen - ein fadenscheiniges Kriterium: Denn die "Pflege auswärtiger Belange" der BRD ist doch Sinn und Ausgangspunkt einer Informationsübermittlung seitens bundesdeutscher Geheimdienste.

Die Bekämpfung dessen, was der Staat als "Terrorismus" denunziert, genießt in der Arbeit von BRD-Geheimdiensten stets höchste Priorität - so auch im BlnLfVGE. "Besondere Eingriffsbefugnisse"

ermöglichen dem Berliner VS auch die "besondere Form der Datenerhebung". (12) Damit ist z.B. gemeint, daß das LfV auch das gesamte Umfeld des "Terrorismus" bzw. "gewaltbereiter extremistischer Gruppen" (das sog. "Nicht-Störer-Potential") ausforschen darf. (13)

Bundesdeutsche Geheimdienste dürfen die gewonnenen oder übermittelten Daten speichern, "solange es für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist". Daten über deutsche "Verfassungsfeinde" und ausländische "Extremisten" dürfen jedoch unabhängig davon ausdrücklich bis zu zehn Jahre nach der letzten Notierung relevanter Informationen gespeichert bleiben. (14)

Informationen über Staatsschutzangelegenheiten werden den Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft und Bullen) unaufgefordert immer dann übermittelt, wenn der VS meint, diese Daten könnten ihren Repressionskollegen dienlich sein. Demgegenüber verlangt das NVerfSchG immerhin "tatsächliche Anhaltspunkte" dafür, daß die überspielten Geheimdienstinformationen notwendig sind (Indikativ!), damit Bullen und StaatsanwältInnen ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können. Im Gegenzug sind die Strafverfolgungsbehörden auch ohne Ersuchen des LfV zu einer sog. "Spontanübermittlung" aller Daten verpflichtet, "die das LfV zur Beobachtung gewaltbereiter Extremisten sowie des Ausländerextremismus ... benötigt". (15)

In Sachen des "einfachen", des sog. "nicht gewaltbereiten Extremismus" besteht gemeinhin eine "Befugnis" zur Informationsübermittlung von Bullen und Staatsanwaltschaften zum VS (16). Diese Befugnis wird im Berliner Entwurf in eine "Pflicht" ausgeweitet, entsprechende Erkenntnisse an das Berliner LfV unaufgefordert weiterzuleiten. Als Begründung hierfür wird die Einsparung von personellen Ressourcen (sprich: VS-Spitzeln) angeführt: "Das LfV wäre andernfalls gehalten, in großem Umfang eigene Erhebungen in diesem Beobachtungsfeld durchzuführen, obwohl möglicherweise bereits einschlägige Informationen bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft vorliegen" (17)

Auskunftsersuchen -

ein Hindernisrennen

Auskunft über Daten, die in Berliner VS-Dateien über eineN schlummern, soll - im Gegensatz zum Grundrecht auf "informationelle Selbstbestimmung" - nicht generell erteilt werden, sondern nur "soweit eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt". (18) Die auskunftsuchende Person soll den Repressionsorganen bei der Antragstellung also auch noch mitteilen, wo bzw. womit sie sich vorstellen könnte, sich "verfassungsfeindlich" aufgeführt zu haben! Das niedersächsische VS-Gesetz hat auf eine derartige Einschränkung von Grundrechtsansprüchen verzichtet.

Wenn das LfV ein Auskunftsersuchen ablehnt, so muß es dies gem. §31(3) BlnLfVGE zumindest so begründen, daß die "Argumente" auf der einen Seite einer verwaltungsgerichtlichen Nach"prüfung" standhalten, daß aber auf der anderen Seite der Zweck der Geheimhaltung nicht gefährdet werden darf - eine von der Großen Koalition gepriesene Reform. Tatsächlich raten die CDU/SPD-Fraktionen in ihrer Begründung zum BlnLfVGE dem VS: "Die Darlegung der Geheimhaltungsgründe kann überwiegend nur allgemeiner Art sein, weil die nähere Konkretisierung auf eine Offenlegung der geheimzuhaltenen Tatsachen selbst hinausliefe". (19) Die "Reform" führt sich selbst ad absurdum.

Eine Ablehnungsbegründung wird somit in Berlin auch weiterhin mit dem lapidaren Hinweis möglich sein: "Die Auskunft gefährdet die öffentliche Sicherheit oder bereitet dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile" bzw. eine (auch nur abstrakte) "Gefährdung der Aufgabenerfüllung" des LfV würde entstehen. (20)

Unterschiede in der Parlamentarischen Kontrolle

In diesem Punkt hatte das Berliner VS-Gesetz von 1989 eine wirksame und bundesweit einzigartige Stärkung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) bewirkt. Die Skandalgeschichte des Berliner LfV machte die Verbesserung der demokratischen Kontrolle auch mehr als überfällig. Während sich Niedersachsens rot-grüne Koaltion bemüht hat, das Berliner Modell fortzuentwickeln, versucht die Große Koalition in Berlin das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen.

Die PKK soll in Berlin im Normalfall unter Ausschluß der Öffentlichkeit verbunden mit einer Verschwiegenheitspflicht für die Ausschußmitglieder tagen. Sie soll grundsätzlich nur einen Anspruch auf

Unterrichtung haben über die allgemeine Tätigkeit des LfV, sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung und über Verwaltungsvorschriften (so z.B. über die Liste der nd-Mittel). Darüber hinaus wird dem Ausschuß jedoch nicht mehr das Recht auf Dateieinsicht (nur noch "Akten und andere Unterlagen") sowie die Einholung von Stellungnahmen des LfV gewährt. Dem Senat werden im Berliner VS-Gesetzentwurf erneut generalklauselartige Kompetenzen eingeräumt, die Unterrichtung der PKK über einzelne Vorgänge zu verweigern und bestimmten Kontrollbegehren zu widersprechen. Begründen braucht der Senat dies nur mit dem Standard-Argument des Staatsschutzes, dem Bund oder einem Land entstünden andernfalls Nachteile. (§§33f BlnLfVGE)

Das niedersächsische VS-Gesetz geht bei der Geheimniskrämerei in der PKK andere Wege. Das Einsichts- und Befragungsrecht der niedersächsischen PKK entspricht, von hauchdünnen Verbesserungen abgesehen, in etwa dem Berliner Entwurf. Jedoch sind PKK-Sitzungen in Niedersachsen nur in Ausnahmefällen, nämlich nur bei bestimmten Fällen der Einsichtnahme und Befragungen und auf einen zusätzlichen Beschluß der Landesregierung hin, für "vertraulich" zu erklären. Darüber hinaus wurde der PKK die, wenn auch mit Haken und Ösen versehene, Möglichkeit eröffnet, mit einer 2/3-Mehrheit diese Vertraulichkeitsverfügung aufzuheben (§§25f NVerfSchG).

Trennungsgebot

ein Treppenwitz

Mit dem Abschluß des sog. "Zwei-Plus-Vier-Vertrags" zwischen der BRD und den Alliierten des 2. Weltkrieges vom 12.9.1990 hat auch der legendäre "Polizeibrief" vom 14.4.1949 seine Gültigkeit verloren. Darin war der BRD angesichts der Verbrechen der faschistischen "Geheimen Staatspolizei" (GeStaPo) untersagt worden, ihre im Aufbau befindlichen Geheimdienste den Polizeibehörden anzugliedern, ihnen Polizeiaufgaben bzw. -befugnisse zu übertragen. Das galt andersherum auch für die Polizeibehörden der BRD. Die BRD verankerte dieses Trennungsgebot von Geheimdiensten und der Polizei im Grundgesetz (Art. 87 (1) Satz 2 GG) sowie im einfachgesetzlichen BVerfSchG (§2(2)). In den Landesgesetzen zum Verfassungsschutz befinden sich entsprechende Verbotsnormen. (21)

Dieser Verfassungsartikel, der auch eine "funktionelle Zusammenarbeit" von Polizei und Geheimdiensten verbietet, wurde nicht erst durch die Neufassung des BVerfSchG (1990) und den Novellen der VS-Gesetze der Bundesländer zur Makulatur. Seit Jahren wird regelmäßig auf diesen brisanten Bruch geltenden Rechts hingewiesen. Beispiel ist die polizeiliche Staatsschutzdatei APIS (22): Hierbei handelt es sich eigentlich um eine Verbunddatei der Abteilung Staatsschutz des BKA. Alle möglichen, auch personenbezogene Daten der einzelnen LKA, werden in APIS zusammengefaßt. Nachfolgend wird allen APIS-Mitbesitzern der direkte Zugriff auf den APIS-Gesamtbestand ermöglicht. In APIS waren 1990 allein 34.556 Personen erfaßt. Das BfV hat mit seinem "Nachrichtlichen Informationssystem" (NADIS) ebenfalls direkten Zugriff auf die Datenbanken des BKA, so auch auf APIS. Eine Auswertung, die der Bundesdatenschutzbeauftragte 1989 vorlegte, ergab aber darüber hinaus, daß, während das BKA 1.290 Fälle in APIS eingegeben, es im gleichen Zeitraum 2.976 Fälle in NADIS eingefüttert hatte. Resumee der Prüfer: NADIS fungiert beim BKA als "Auffangdatei" für Fälle, die auch aus Sicht der Staatsschützer besser nicht in APIS gehören. Im Ergebnis sei der Informationsaustausch zwischen dem BKA und den VS-Behörden nicht geringer als der polizeiinterne Datenaustausch. (23)

Heute läuft die Aufgabenteilung zwischen Geheimdiensten und Polizei auf eine Verschmelzung ihrer Randbereiche hinaus.

Angefangen hatte diese Entwicklung bereits 1972, als dem Bundesamt für Verfassungsschutz mit der Novellierung des BVerfSchG die ihm eigentlich wesensfremde, nämlich polizeiliche Aufgabe der "Terrorismus"-Bekämpfung übertragen wurde. Auch bei sog. "Bekämpfung der Organisierten Kriminalität" geht es darum, der Polizei Geheimdienstfunktionen und -methoden zu übertragen - und umgekehrt. Aufgabenfeld, Zielobjekt und Arbeitsweisen vereinheitlichen sich und wirken arbeitsteilig zusammen.

Voraussetzung und Handwerkszeug jeder Arbeit ist der Besitz und Umgang mit Informationen. In diesem Bereich ist die Verquickung von Bullen und VS auch am weitesten fortgeschritten. Polizei und Staatsanwaltschaften auf der einen und der Berliner VS auf der anderen Seite sind zum gegenseitig unaufgeforderten kompletten Datenaustausch verpflichtet, "sofern es für deren Aufgabenerfüllung erforderlich

sein könnte". Nicht wahr, mensch muß sich schon gehörig anstrengen, damit einem Sachen einfallen, die auf dieser Grundlage nicht übermittelt werden können?

Anmerkungen:

(1) Art. 73 ("Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes") Nr. 10: "Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ... b) zum Schutz des Bundes der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Bestands und der Sicherung des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und c) zum Schutz gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden", ist allein Sache des Bundesgesetzgebers.

(2) "Gesetzentwurf über das Landesamt für Verfassungsschutz" samt Begründung, in: Abgeordnetenhaus-Drucksache 12/1824 (im folgenden: BlnLfVGE)

(3) Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Niedersachsen", in: GVBl 1992, S. 283ff (im folgenden: NVerfSchG. Dieses Gesetz ist allein schon deswegen beachtlich, da die niedersächsischen Koalitionsfraktionen erreichten, daß der Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung in einigen Punkten deutlich fortschrittlicher formuliert werden konnte! Zur Kritik des Gesetzentwurfes vgl. Gössner in: FR, 10.08.1991

(4) § 5(1) BlnLfVGE; §3(2) NVerfSchG versucht mit einer "umfassenden" Berichtspflicht sicherzustellen, daß die Landesregierung nicht dadurch hinters Licht geführt wird, indem der VS ihr Geheimdienstinformationen ganz oder teilweise vorenthält. Auf die VS-Arbeitsbereiche "Sicherheitsüberprüfung" (damit ist die "Überprüfung in sicherheitsempfindlichen Bereichen Beschäftigter" gemeint) sowie "Spionage" wird an dieser Stelle nicht eingegangen. Nur eines: Als einziges VS-Gesetz widmet sich das Berliner LfV dem Kampf gegen "frühere und fortwirkende Strukturen" des MfS der DDR (§5(2)Nr.5 BlnLfVGE). Begründet wird diese Maßnahme ausgerechnet mit der sozialen Marginalisierung von MfS-MitarbeiterInnen ("minimale Lebensgrundlage und weitgehend ohne Zukunftsperspektive")

(5) vgl. § 4(1) BVerfSchG bzw. § 6(1) BlnLfVGE. Das NVerfSchG vermeidet zwar den Ausdruck "unorganisierte Gruppen". Die in §4(1) verwandte Formulierung "Personenzusammenschluß" vermag aber nicht auszuschließen, daß lose Verbindungen z.B. der Autonomen auch weiterhin vom VS behelligt werden.

(6) vgl. §4(1) BVerfSchG und §6(1) BlnLfVGE. Das NVerfSchG fordert zumindest eine "nachdrückliche Unterstützung" verfassungsfeindlicher Verhaltensweisen.

(7) V-Leute, verdeckte Ermittler, Observation, Bildaufzeichnungen, verdeckte Ermittlungen und Befragungen, Abhören mit und ohne technische Geräte, Beobachtung des Funkverkehrs, Verwendung fingierter Legenden, Verwendung von Tarnpapieren, Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

(8) §6(3) NVerfSchG. Damit ist aber die sog. "Straftat-Provokation" nicht ausdrücklich untersagt, daß also VS-MitarbeiterInnen die von ihnen Bespitzelten zu Straftaten ermuntern können.

(9) §6(1) Nr. 7 NVerfSchG; §9(2) BlnLfVGE

(10) §3(3) BVerfSchG; §5(2) Nr.3 i.V.m. §6(4) BlnLfVGE; §3(3) i.V.m. §4(4) NVerfSchG

(11) vgl. auch §17(4) Nr.2 NVerfSchG

(12) §9(1) Nr.2 erste Alternative BlnLfVGE; vgl. auch: §8(1) Nr. 2 NVerfSchG

(13) AH-Drucksache 12/1824 (vgl. FN (2)), S.11

(14) §13(1) BlnLfVGE und §10 (3) NVerfSchG

(15) AH-Drucksache 12/1824 (vgl. FN 2)), S. 14 zu §27(1) Satz 1 BlnLfVGE. Erneut fordert Niedersachsen nach §15(2) NVerfSchG das Vorliegen irgendwelcher "tatsächlichen Anhaltspunkte".

(16) grundlegend: §18(2) BVerfSchG

(17) AH-Drucksache 12/1824 (vgl. FN 2), S. 15

(18) §31(1) BlnLfVGE vgl. auch §15(1) BVerfSchG

(19) AH-Drucksache 12/1824 (vgl. FN 2), S. 16

(20) §31(2) Nr. 3 und 1 BlnLfVGE; in Niedersachsen sind die Ablehnungsbegründungen nicht viel konkreter (vgl. §13(2) NVerfSchG)

(21) vgl. §2(2) i.V.m. §8(3) BlnLfVGE; §2(2) i.V.m. §5(4) NVerfSchG)

(22) "Arbeitsdatei PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) Innere Sicherheit"

(23) Spiegel 7/1989

Der Text ist redaktionell leicht gekürzt.

Bei dem Artikel handelt es sich um einen Vorabdruck aus einer Broschüre der Roten Hilfe Berlin. Sie kann bei folgender Kontaktadresse bestellt werden:

A. Lüers, Grüntalerstr. 30,

1000 Berlin 65.

17. Ralf und Knud freigesprochen! (Presseerklärung des "Bündnis gegen Staatsgewalt")

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:41

Ralf und Knud sind heute freigesprochen worden. Damit ist ein Prozeß beendet, der ein weiteres Schlaglicht auf die Praktiken der Hamburger Polizei, insbesondere der Hamburger Staatsschutzabteilung wirft.

Durch eine kontinuierliche und zähe Öffentlichkeitsarbeit konnte dieser Freispruch errungen werden. Im Prozeßverlauf entstand ein TrägerInnenkreis, um die Freispruchsforderung zu unterstützen. Das Bündnis setzte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren u. a. aus Pax Christi, der BAG Kritische PolizistInnen, Hochschulgruppen, der Kriminologischen Initiative, der Roten Flora, der Soligruppe Ralf und Knud und der Redaktion "spreng-sätze" zusammensetzte..

Bei dieser Arbeit gelangte das Bündnis zu der Ansicht, daß das "Strafregister " von Innensenator Hackmann und den Staatsschutzeinrichtungen lang genug ist bzw. zu lang, um es weiter ertragen zu können.

Als herausragende Ereignisse unter der Federführung Hackmanns, der seit Mai 1988 Innensenator ist, sind zu nennen:

- Gründung des Hamburger LKA

- Aufbau der E-Schichten

- Aufstockung der Bereitschaftspolizei

- Aufstellung von speziellen Festnahmetrupps bei Demonstrationen.

Zusätzlich ist seit dem 1.8.91 das Hamburger Polizeigesetz neu gefaßt worden, das die Polizei, insbesondere das LKA 3, mit besonderen Überwachungs"rechten" ausstattet.

Es kam immer wieder zu "spektakulären Übergriffen", bei der sich die E-Schicht der Revierwache 16 (Schanzenviertel) hervortat. So wurde bei einem Einsatz der E-Schicht vor der Roten Flora ein Mensch verhaftet, auf der Polizeiwache zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Daraufhin wurde Amnesty International auf die "Aktivitäten" der E-Schicht in der Lerchenstraße aufmerksam. Mittlerweile sind über 80 Anzeigen gegen Beamte dieser Schicht erstattet worden.

Beispielhaft für das Vorgehen des LKA 3 (Abteilung "Linksextremismus und Terrorismus") ist das Verfahren gegen Ralf und Knud. Weitere Beispiele sind die Überwachung von Gruppen, wie z.B. Amnesty International, Robin Wood und Greenpeace, die Einschleusung einer verdeckt arbeitenden Polizistin in das Stadtteilzentrum Rote Flora. Unter dem Pauschalvorwurf RAF-Umfeld, baute sich die Hamburger Staatsschutzabteilung eigene Dateien auf, in denen bereits 1988 die persönlichen Daten von 2.200 Menschen abgespeichert waren. Dies war auch der Ausgangspunkt für die rechtswidrige Observation von Ralf und Knud.

Der jüngste "Skandal" von Innensenator Hackmann und seinen Untergebenen war die Vorgehensweise der Polizeieinheiten gegen die Trauernden am Flughafen Fuhlsbüttel, die Abschied von den Toten von Mölln nehmen wollten. Hackmann hat anscheinend auch diese Schandtat glimpflich überstanden.

Beim Prozeß gegen Ralf und Knud in Itzehoe wurde von Anfang an das Vorgehen der Abteilung "Linksextremismus und Terrorismus" (LKA 3) von der Innenbehörde gedeckt. Eine Aufklärung der konkreten Vorgänge wird, wie in Fuhlsbüttel, auch im Itzehoer Prozeß versucht zu verhindern.

Wir sind der Ansicht, daß diesem staatlichen Vorgehen ein Riegel vorgeschoben werden muß und endlich Konsequenzen folgen müssen.

Wir fordern deshalb:

- Rücktritt von Innensenator Hackmann

- Auflösung der E-Schichten und der Festnahmezüge der Bereitschaftspolizei

- Auflösung der politischen Polizei LKA 3

- Uneingeschränktes persönliches Akteneinsichtsrecht

- Rücknahme des neuen Hamburger Polizeigesetzes SOG.

Wir unterstützen die Forderung der GAL nach der Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den jüngsten Polizeiskandalen.

Um die Forderungen zu unterstützen, werden wir in nächster Zeit Veranstaltungen und öffentliche Aktionen durchführen.

Bündnis gegen Staatsgewalt

Bis heute wird diese Presseerklärung unterstützt von:Soligruppe Ralf und Knud, Rote Flora, Komplizinnen, Redaktion spreng-sätze, BAG Kritische PolizistInnen, Pax Christi, Redaktion ak (analyse und kritik), Rote Hilfe OG HH, Hochschul-Antifa HH, Volkshaus, Landesvorstand GAL, Gruppe K HH, Koordinierungsausschuß der Solidarischen Kirche, Ex-KB-Mehrheit,Infoladen Schwarzmarkt, Antirassistisches Telefon, Alternative Liste, Antifa Dulsberg-Barmbek, Brigadenvorbereitungsgruppe Nicaragua, Gruppe Tegethoffstraße, Regula Bott, RA Christian Busold, RA Heinz-Jürgen Schneider, el rojito, Antifa Kassiopeia, Buchladen YOL...

Kontakt: Gisela Wiese,

Bebelallee 7a, 2 HH 60, Tel.: 040/470410

18. Wiesbadener Antifaschist in Haft

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:21

Am 6.1.1993 fand in Mainz ein Treffen der verbotenen rechtsextremistischen "Deutschen Alternative" (DA) statt. Dieses Treffen wurde am Abend in antifaschistischer Selbsthilfe angegriffen. Erst danach wurde die Polizei aktiv - gegen die AntifaschistInnen. Fast vier Stunden später wurde in einer Straßensperre ein Antifaschist wegen angeblicher Beteiligung an dem Angriff festgenommen und am nächsten Tag, nach Vorführung vor dem Haftrichter, in Untersuchungshaft genommen. Auch bei weiteren Haftprüfungsterminen verfügten die Richter das Fortdauern der Untersuchungshaft. Die Begründung war wie üblich fadenscheinig: "Flucht- und Verdunkelungsgefahr". Das Gunther seit Jahren sowohl einen festen Wohnsitz als auch feste Arbeit hat, spielt für den Richter keine Rolle.

Der Mainzer Justizminister Peter Caesar (FDP), offensichtlich etwas unter Druck geraten durch die vielen Protestschreiben aus dem ganzen Bundesgebiet, warnte vor "Selbstjustiz gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus", nicht mit "antifaschistischer Selbsthilfe" sondern mit "gewaltlosen politischen Mitteln" müsse man sich zur Wehr setzen. Offensichtlich heißt das für ihn in der Praxis, daß dem Treiben und Treffen - nicht nur verbotener - neonazistischer Gruppen von Seiten der Polizei friedlich - und freundlich gesonnen? - zugesehen wird.

ga.

19. Chronologie rassisistischer Anschläge (2.2.27.2.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Alltäglichkeit

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:20

In Hannover hat der Ring Christlich Demokratischer Studenten an der Universität seinen Wahlkampf für das Studentenparlament mit eindeutig antisemitischen und sexistischen "Witzen" geführt. So hatte der CDU-Studentenverband in seiner Wahlzeitung folgenden "Geschenktip": "Grüngefütterte Rübennase, Modell ‚Brian`. Für neun Schekel 50 bei Rosendahl Exports". Schekel ist die Währung des Staates Israel. Unter "Sport" ist zu lesen: "Volksfront für Judäa gegen judäische Volksfront. 2:0 nach Abbruch ... Überlebende: Keine." (FR, 3.2.93)

In Drüsewitz in Mecklenburg-Vorpommern hat eine Gruppe von zehn Personen die Unterkunft für Flüchtlinge angegriffen. Die Flüchtlinge konnten sie in die Flucht schlagen. (Neues Deutschland (ND), 4.2.93)

In Wittstock in Brandenburg haben Unbekannte insgesamt 19 Autos mit Hakenkreuzen und rechtsradikalen Parolen besprüht. (Berliner Zeitung (BZ), 4.2.93)

3.2.

In Berlin wurden ein 16jähriger Jugendlicher und ein 30jähriger Mann nach einer rassistischen Aktion in einem Wohnhaus in Alt-Glienicke festgenommen. Sie sollen vor der Wohnung eines Vietnamesen einen Silvesterknaller gezündet und anschließend zwei Flugblätter mit Naziparolen vor die Tür gelegt haben. (taz, 5.2.93)

In Solingen wurde ein Brandanschlag auf eine türkische Moschee verübt. Es entstand Sachschaden in Höhe von 20.000 DM. Verletzt wurde niemand. (FR, 5.2.93)

In Suhl wird der Antifaschist und Mitglied der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Olaf H., erhängt in seiner Wohnung aufgefunden. Polizei und Staatsanwaltschaft schlossen schnell ein Fremdverschulden aus und gingen von einem Freitod aus. Dies, obwohl Olaf eine Kopfverletzung hatte. Freunde von Olaf bezweifeln, daß er Selbstmord begangen haben soll. Sie wiesen darauf hin, daß Olaf wegen seines antifaschistischen Engagements in der Vergangenheit mehrfach von Neofaschisten bedroht worden ist und deshalb aus Furcht vor Überfällen nicht mehr in seiner Wohnung lebte. (taz, 13.2.93)

4.2.

In Köln wurden bei Brandanschlägen auf drei benachbarte Häuser drei Mitglieder einer türkischen Familie leicht verletzt. Die Täter hatten in den von Spätaussiedlern und Türken bewohnten Häusern Benzin angezündet. In zwei Häusern, in denen der Eingangsbereich völlig ausbrannte, hielten sich laut Polizei etwa 23 Menschen auf. Alle hätten die Gebäude rechtzeitig verlassen können. Den Sachschaden bezifferte die Polizei auf über 200.000 Mark. (FR, 5.2.93)

In Halle entdeckten Bauarbeiter eine Kiste mit 800 Gramm Sprengstoff in unmittelbarer Nähe der Unterkunft für AsylbewerberInnen. (Junge Welt, 6.2.93)

5.2.

In Berlin-Prenzlau haben unbekannte Täter die Gedenktafel für die jüdische Gemeinde gestohlen. Die Tafel war auf einem freistehenden Mauerstück vor der Nikolaikirche angebracht. Die Ermittlungen laufen. (BZ, 8.2.93)

In den Bundeswehrkasernen wurden laut Angaben des Wehrbeauftragten des Bundestages insgesamt 59 Vorfälle mit rechtsextremistischen Hintergrund bekannt. (ND, 6.2.93)

6.2.

In Bassum sind bei einer Massenschlägerei fünfzehn Personen verletzt worden. Die tätliche Auseinandersetzung in in einer Discothek wurden von Skinheads ausgelöst, die sich unter die Tanzenden gemischt hatten. (taz, 8.2.93)

In Frankfurt-Sachsenhausen haben fünf Männer, die zur rechtsextremen Skinhead-Szene gerechnet werden, randaliert und dabei auf offener Straße einen Mann, möglicherweise einen Ausländer, angegriffen. Die Gruppe wurde von einem Großaufgebot der Polizei festgenommen. Die Polizei beschlagnahmte bei den Skins einen Metalldorn, zwei Baseballschläger, einen Schlagstock mit Reizgaspatrone sowie Gürtelschnallen mit Hakenkreuz. (FR, 9.2.93)

In Schwerin randalierten mehrere neofaschistische Jugendliche am Rande einer Lichterkette gegen Fremdenfeindlichkeit. Sie hätten ausländerfeindliche Parolen gerufen, aber niemanden angegriffen. 17 Jugendliche seien vorübergehend festgenommen worden. (FR, 8.2.93)

7.2.

In Oebisfelde in Sachsen-Anhalt wurde eine Unterkunft für Flüchtlinge durch einen Brand vollständig zerstört. In der Baracke, in der 18 AsylbewerberInnen aus Rumänien und Algerien untergebracht waren, hielten sich zu diesem Zeitpunkt vier Personen auf. Nach Angaben der Polizei war die Ursache des Brandes noch ungeklärt. So könne auch ein Brandanschlag nicht ausgeschlossen werden. Das Innenministerium in Magdeburg hatte dagegen mitgeteilt, Brandursache sei eine achtlos weggeworfene Zigarette gewesen. (taz und FR, 9.2.93)

In Müllheim bei Freiburg ist bei einem Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus ein türkischer Familienvater leicht verletzt worden. In dem Haus hielten sich eine Familie aus der Türkei und der italienische Hausbesitzer auf. Von den Tätern fehlt jede Spur. (taz, 9.2.93)

Rund 40 deutsche rechte Jugendliche randalierten auf dem Fährschiff "Warnemünde" und warfen Rettungsgerät über Bord. Bundesgrenzschutz und Polizei nahmen in Rostock die Randalierer in Empfang. (FR, 8.2.93)

8.2.

In Waren in Mecklenburg-Vorpommern wurden drei rumänische Asylbewerber von neofaschistisch orientierten Jugendlichen überfallen. Die Flüchtlinge wurden mit einer Pistole bedroht und geschlagen. Etwa zur gleichen Zeit wurde ein weiterer Asylbewerber aus Rumänien von Jugendlichen bedroht. (ND, 10.2.93)

9.2.

In Stahlbrode in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein 42jähriger Inder von einer Gruppe von vier oder fünf Jugendlichen bewußtlos geschlagen, als er in sein Auto einsteigen wollte. Das Opfer habe einen Schädelbruch und Augenverletzungen erlitten. (FR, 12.2.93)

In Osnabrück wurde auf die Wohnung einer türkischen Familie einen Brandanschlag verübt. Die Täter hatten mit brennenden Zeitungspapier die Wohnungstür und den Vorhang dahinter angezündet. Eine türkische Mutter, die sich mit ihren beiden Kleinkindern in den Räumen befand, entdeckte das Feuer rechtzeitig und rief Hilfe herbei. Laut Polizei ist der Brandanschlag die Fortsetzung einer seit Wochen anhaltenden Terrorisierung der Familie. Die Menschen waren mehrfach beschimpft, die Türen der Wohnung eingetreten.

10.2.

In Staßfurt wurde, wie erst jetzt die Presse erfuhr, ein rumänischer Asylbewerber bereits am 22.1.93 von einem Polizeibeamten erschossen. Der unbewaffnete Mann war der Polizei "irgendwie aufgefallen" und mit einem weiteren Asylsuchenden zum Polizeirevier gebracht worden. Ein Polizeibeamter habe den Rumänen auf den Hof begleitet, wo das Toilettenhäuschen stehe. Auf dem Weg habe sich der junge Rumäne losgerissen und sei gelaufen. Der Polizist habe zwei Schüsse abgegeben. Ein Schuß sei durch den Rücken und durchs Herz des Asylbewerbers gegangen. Gegen den inzwischen vom Dienst suspendierten Schützen werde wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung ermittelt. (FR, 11.2.93)

In Wrangelsburg in Mecklenburg-Vorpommern verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Laut Polizei wurde niemand verletzt. Die BewohnerInnen des Heimes hatten das Feuer gelöscht. (FR, 12.2.93)

In Schwerte in Nordrhein-Westfalen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Es entstand Sachschaden. Von den etwa 50 HeimbewohnerInnen wurde laut Auskunft der Staatsanwaltschaft niemand verletzt. (FR, 12.2.93)

11.2.

In Berlin-Lichtenberg wurde ein Ausländer überfallen und lebensgefährlich verletzt. Zwei Täter griffen einen 28jährigen Mongolen auf offener Straße an und fügten ihm schwere Schnittwunden an Kopf und Hand zu. Das Opfer mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. (taz, 13.2.93)

12.2.

In Düsseldorf ist ein seit über 25 Jahren in Deutschland lebender Spanier nur knapp einem Anschlag entkommen. Unbekannte hatten versucht, den in einer Tiefgarage abgestellten Wagen des 56jährigen mit einem zwischen Motorraum und Tank verlegten Kupferkabel zur Explosion zu bringen. An der Wand der Tiefgarage wurden ein Hakenkreuz und der Spruch "Ausländer, du bist dran" geschmiert. (taz, 13.2.93)

In Wernigerode in Sachsen-Anhalt überfielen 10 bis 15 neofaschistisch orientierte Jugendliche einen Jugendclub. Zum Teil wurden schwere Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. Der Vize-Kreispräsident von Wernigerode, Ludwig Hoffmann, war zufällig Augenzeuge des Überfalls geworden und beschuldigte zwei Polizisten, im Streifenwagen gesessen und das Geschehen beobachtet zu haben. (Welt, 15.2.93)

In Wust in Sachsen richteten neofaschistisch beeinflußte Jugendliche bei einem Angriff auf eine Gaststätte erheblichen Sachschaden an. (FR, 15.2.93)

In Cottbus wurde ein sowjetischer Ehrenfriedhof geschändet. Unbekannte hatten mehrere Grabsteine umgeworfen. (taz, 15.2.93)

In Göttingen griffen fünf Skinheads einen Autofahrer an und beschädigten dessen PKW nach einer Verfolgungsjagd durch die gesamte Stadt erheblich. Die Täter konnten entkommen. (Göttinger Tageblatt, 15.2.93)

In Schlotheim im thüringischen Kreis Nordhausen wurde ein Punk - wie erst jetzt bekannt wurde - am 23. Januar von einem Heavy Metal im Verlauf einer Schlägerei mit einem Messer erstochen. Der zuständige Staatsanwalt leugnet die politische Motivation der Tat; er kennt Heavy Metal nur als "Musikrichtung" und Punks sind für ihn nicht im linken Spektrum angesiedelt. (taz, 13.2.93)

13.2.

In Calbe an der Saale attackierten rund 100 Hooligans eine Gaststätte mit Baseballschlägern und Eisenstangen. Ein 23jähriger Gast wurde schwer, ein 28jähriger leicht verletzt. Rund 20 Autos wurden demoliert. Drei der Angreifer wurden von der Polizei festgenommen. Der Überfall wurde von einem 23jährigen Beamten der Bereitschaftspolizei aus Magdeburg angeführt. Der Mann, der früher einem Sondereinsatzkommando angehört habe, sei sofort aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden. (FR, 15.2.93 und 22.2.93)

In Dessau stürmten rund 20 mit Schußwaffen und Baseballschlägern bewaffnete neofaschistisch orientierte Gewalttäter eine Discothek. Sie schossen mehrfach in die Luft, drei Gäste wurden durch Schläge verletzt. Die Täter flüchteten.

In Schwedt kam es zu einer Schlägerei zwischen Neofaschisten und antifaschistischen Jugendlichen. Drei Jugendliche sind dabei verletzt und drei weitere Personen vorübergehend festgenommen worden. (taz, 15.2.93)

In Mücheln im Kreis Merseburg mußte eine Unterkunft für Flüchtlinge nach einer Bombendrohung evakuiert werden. Es sei aber kein Sprengstoff gefunden worden. (BZ, 15.2.93)

14.2.

In Ludwigshafen wurden bei einem Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft zehn Personen verletzt. Die Menschen mußten zum Teil mit sogenannten Rettungshauben aus den über den Laden liegenden Wohnungen von der Feuerwehr gerettet werden. Die AusländerInnen befanden sich in unmittelbarer Todesgefahr, da der Fluchtweg bereits abgeschnitten war. Der Sachschaden betrug 500.000 DM. (taz und FR, 15.2.93)

In Frankfurt/Main wurde ein 22jähriger Asylbewerber aus Ägypten überfallen und zusammengeschlagen. Er wurde mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert. (FR, 17.2.93)

In Papenburg ist ein Brand in einer Unterkunft für AsylbewerberInnen und Obdachlose ausgebrochen. Die Polizei vermutet als Ursache einen Defekt; ein politisch motivierter Anschlag scheidet nach ihrer Ansicht aus. Verletzt wurde niemand. (Göttinger Tageblatt, 15.2.93)

Mitte Feb.

In Berlin ist die Freiwillige Polizei-Reserve (FPR) von Straftätern und Neofaschisten durchsetzt. Die NPD habe laut ihres Sprechers Salomon gezielt in die FPR Leute eingeschleust und in diese Polizeieinheit hineingearbeitet. Die REP waren in der internen Hitliste der Anzeigenkunden in der FPR-Zeitung führend; sie schalteten Anzeigen mit rassistischen Inhalten. Die neofaschistische Unterwanderung dieser Polizeitruppe wurde bekannt, nachdem die Berliner Polizei einen internationalen neofaschistischen Waffenhändlerring am Anfang des Monats ausgehoben hatte. Unter den 12 Festgenommenen befanden sich mehrere Angehörige der FPR. Mitglieder der FPR sollen auch an drei Morden beteiligt gewesen sein. (ND, 15.2.93 und FR, 4.2.93)

15.2.

In Essen sind in einem Heim für Flüchtlinge mehrere Räume ausgebrannt. Die 81 BewohnerInnen des Gebäudes blieben unverletzt. Die Polizei vermutet keinen Anschlag. (FR, 16.2.93)

In Märkisch-Buchholz bei Königs Wu-sterhausen wurde der jüdische Friedhof von unbekannten Tätern geschändet. Es wurden u.a. Grabsteine umgeworfen. Die Tatzeit wird in die Woche vom 7.2. bis 14.2 angesiedelt. (Junge Welt, 16.2.93)

17.2.

In Freiburg wurden zwei Asylbewerber aus Algerien von zwei Mofafahrern angegriffen. Einer der Asylbewerber wurde schwer verletzt, der andere erlitt leichte Verletzungen. Der Polizei zufolge war der Mofafahrer mit einem Knüppel und sein Beifahrer mit einem scharfkantigen Werkzeug bewaffnet. Passanten fanden den 22jährigen Algerier mit einer schweren Fleischwunde an der Schulter auf der Straße liegend. Der Mann wurde ins Krankenhaus gebracht. (FR, 19.2.93)

In Hardegsen im Kreis Northeim wurde ein Brandanschlag auf das Vorstandsmitglied der niedersächsischen Grünen, Heidi Lippmann-Kasten, verübt. Die Scheune neben ihrem Wohnhaus, in dem sie mit ihren drei Kindern lebt, wurde in Brand gesetzt. Durch einen Zufall wurde das Feuer frühzeitig entdeckt. Vor drei Wochen hatte die Grünen-Politikerin, die im Landesvorstand ihrer Partei für Asylpolitik zuständig ist, einen anonymen Drohbrief mit der Ankündigung erhalten, man werde sie "ausräuchern". (FR, 25.2.93)

18.2.

In Mannheim wird der amerikanischen Folk- und Protestsängerin Joan Baez und sechs ihrer Musiker der Zutritt in zwei Discotheken verwehrt. Begründet wird dies damit, daß dies "viel zu viele Ausländer auf einmal" wären. (FR, 19.2.93)

19.2.

In Hoyerswerda überfielen neofaschistische Jugendliche im Anschluß an einem Rockkonzert einen Jugendclub. Mehrere Gäste wurden mißhandelt. Dabei schlugen die Neofaschisten den Fahrer der Musiker bewußtlos und stürzten anschließend den Kleinbus auf ihn. Eine Woche später erlag er seinen schweren Verletzungen. Die Polizei konnte sechs der Täter festnehmen. Einer der Festgenommenen erhängte sich vor dem Haftprüfungstermin in seiner Zelle. (FR, 1.3.93)

20.2.

In Klötze kam es zwischen neofaschistischen und antifaschistischen Jugendlichen zu Auseinandersetzungen. (taz, 22.2.93)

In Apolda griffen ca. 25 neofaschistische Jugendliche 20 Asylbewerber an. Es kam zu einer Massenschlägerei. Beide Seiten seien mit Eisenstangen aufeinander losgegangen. Dabei wurde ein Ausländer im Gesicht verletzt. (FR, 22.2.93)

In Bad Hersfeld haben unbekannte Täter das Rathaus und das Haus des Bürgermeisters Walter Weiss (SPD) mit antijüdischen Parolen beschmiert. Auf das Rathaus schmierten die Unbekannten "Jude raus", auf das Haus des Bürgermeisters einen Davidstern. Auslöser der Aktion ist nach Weiss ein im Wahlkampf veröffentlichtes Flugblatt der örtlichen CDU, das in einer Karikatur den weißbärtigen Bürgermeister in einem kaftanähnlichen Gewand mit Geldsack und Knute zeigt. (FR, 22.2.93)

22.2.

In Frankfurt/Oder wurde ein 18jähriger Pole vor einem Kaufhaus von drei offenbar rechtsradikalen Männern überfallen. Dem Polen wurden 500 Mark und eine Armbanduhr gestohlen. (BZ 25.2.93)

Zwischen Fürstenwalde und Hangelsberg wurde an der Eisenbahnstrecke ein toter Farbiger gefunden. Die Polizei hat noch keine Erkenntnisse über die Herkunft des Farbigen und die Todesursache. Bei dem Toten könnte es sich um einen Asylbewerber aus Zaire handeln. Ob der Mann "durch einen Unfall ums Leben kam oder aus dem Zug gestoßen wurde, ist noch nicht geklärt". (BZ, 24.2.93)

23.2.

In Aschaffenburg kam es mitten im Faschingstreiben zu einer Schlägerei zwischen Deutschen und Ausländern. In dem Verlauf der Auseinandersetzung wurde ein 20jähriger Schüler erstochen. Nach der Tat seien sieben Beteiligte an der Schlägerei festgenommen worden. Die Ursache für die massiv mit Steinen und Holzknüppeln geführte Auseinandersetzung war nach Angaben der Polizei unklar. (FR, 24.2.93)

24.2.

In Taunusstein-Hahn haben zwei unbekannte Männer versucht, eine Unterkunft für AsylbewerberInnen in Brand zu setzen. Ein Flüchtling, der die Brandlegung zufällig beobachtete, konnte das Feuer löschen. Die Männer flüchteten unerkannt. (taz, 26.2.93)

25.2.

In Berlin wurde ein 22jähriger Pole hinterrücks von Vermummten niedergestochen. Der Täter gehörte zu einer Gruppe von etwa 20 vermummten Personen. Das Opfer erlitt zwei Stichverletzungen im Rücken und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

In Berlin wurde ein 31jähriger Ausländer von zehn Jugendlichen bedroht. Einer von ihnen zog ein Messer. Die Jugendlichen hatten den Ausländer vor seinem Wohnhaus umringt und mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Noch vor Eintreffen der Polizei, die von Passanten alarmiert wurde, flüchteten die Jugendlichen. (BZ, 27.2.93)

In Zeitz nahm die Polizei acht rechte Jugendliche fest, die in der Stadt randaliert hatten. Aus zwei PKW heraus hatten die Jugendlichen auch die herbeigerufenen Polizisten angegriffen. (SZ, 1.3.93)

26.2.

In Halle verhinderte die Polizei einen Angriff von 15 neofaschistisch orientierten Jugendlichen auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Zwölf Jugendliche wurden vorläufig festgenommen und wegen des Verdachts des Landfriedensbruch und wegen Tragens verfassungswidriger Kennzeichen angezeigt. Die Jugendlichen hatten sich mit Steinen bewaffnet. (FR, 1.3.93)

In Göttingen tauchten an der Universität gefälschte rassistische "Merkblätter" zum Umgang mit Asylbewerbern auf. (Göttinger Tageblatt, 1.3.93)

In Berlin kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Theaterbesuchern der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Die Skins störten eine Veranstaltung des Theaterstücks "Clockwork Orange" von Anthony Burgess. (ND, 1.3.93)

27.2.

In Wernigerode verhinderte die Polizei mit einem Großaufgebot Auseinandersetzungen zwischen Neofaschisten der FAP und AntifaschistInnen. Der FAP hatte sich zu einem Propagandaabend zusammengerottet. (FR, 1.3.93)

In Klötze wurde durch ein Großaufgebot der Polizei ein Überfall von Neofaschisten auf eine Gaststätte verhindert. Die Polizei nahm vier Personen vorübergehend fest, da sie sich mit dem Hitlergruß und dem Tragen von Hakenkreuzsymbolen strafbar gemacht hätten. Weitere zehn Jugendliche wurden in Gewahrsam genommen. (ND, 1.3.93)

In Kirchheim im Kreis Hersfeld-Rothenburg haben Unbekannte mit einer Farbmarkierungswaffe in das erleuchtete Fenster eines Heimes für Asylsuchende geschossen. Es wurde niemand verletzt. (BZ, 1.3.93)

In Göttingen wurde ein 35jähriger Ausländer von Rassisten geschlagen. Neben den Mann, der auf einen Gehweg ging, hielt plötzlich ein PKW. Der Beifahrer beleidigte den Mann aus dem Wagen heraus und schlug ihn dann auf den Kopf. Der Überfallene blutete bei Ankunft der Polizei stark und mußte in ein Krankenhaus eingeliefert. (Göttinger Tageblatt, 1.3.93)

In Dortmund starben ein deutschstämmiges Ehepaar und ihr 17jähriger Sohn bei einer Gasexplosion in einem AussiedlerInnenheim. Zwei weitere Personen wurden lebensgefährlich verletzt. Die Polizei schließt "jedwede politischen Hintergründe" aus. Ursache der Explosion soll angeblich ein technischer Defekt sein. (SZ, 1.3.93)

Büro Ulla Jelpke, PDS/Linke Liste

20. Gegen den doppelten Mißbrauch der Frauen. Zu den Massenvergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien

Rubrik: Frauen; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:36

In den letzten Monaten ist in der Öffentlichkeit - z.T. recht "medienwirksam" - über massenhafte Vergewaltigungen an Frauen im ehemaligen Jugoslawien berichtet worden. Das wirkliche Ausmaß der Vergewaltigungen ist aber nur schwer auszumachen. Zudem lassen viele "Hilfsaktionen" und Solidaritätsbekundungen mit den vergewaltigten Frauen einige Zweifel aufkommen, welchen Absichten sie tatsächlichen dienen. Der doppelte Mißbrauch der Frauen und deren Instrumentalisierung sind zu befürchten, wenn z.B. der militärische Einsatz im ehemaligen Jugoslawien gefordert wird. Mißtrauisch macht auch, daß die offiziellen praktischen "Hilfen" für die vergewaltigten Frauen nur schleppend laufen. Unbehagen löst das "Engagement" einiger hochkarätiger Politikerinnen hierzulande aus, wenn frau bedenkt, daß die weltweiten Vergewaltigungen bisher nie ein Thema waren (wie amnesty international bemerkt).

Ich werde versuchen, eine Übersicht über das bisher bekannte Ausmaß der Vergewaltigungen zu geben, sowie einige der bisherigen "Hilfen" und "Solidaritätsaktionen" in ihrem Gehalt untersuchen.

Der bisher ausführlichste Bericht über die Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien wurde Ende Januar von der Menschenrechtsorganisation amnesty international vorgelegt.

Amnesty dokumentiert eine Reihe von Fallberichten sexueller Übergriffe. Die Angaben beruhen auf Befragungen durch VertreterInnen von amnesty, Journalistinnen sowie durch vor Ort tätige Frauen- und Menschenrechtsgruppen. Die Namen der in ihrem Bericht erwähnten Opfer seien amnesty bekannt.

Amnesty glaubt, daß Übergriffe auf Frauen, einschließlich Vergewaltigung, im Zuge der Auseinandersetzung in Bosnien-Herzegowina weitverbreitet waren, daß sich alle an diesem Konflikt beteiligten Seiten solche Übergriffe haben zuschulden kommen lassen, daß jedoch hauptsächlich moslemische Frauen die Opfer und die Täter überwiegend in den Reihen der serbischen bewaffneten Kräfte zu finden waren. Außerdem würde das Beweismaterial darauf hindeuten, daß das Vorgehen bei den Vergewaltigungen in einigen Fällen organisiert und systematisch war, wobei Frauen vorsätzlich in Gewahrsam genommen wurden. Die Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe gegen Frauen gehörten offenbar zu einem umfassenden Muster einer Kriegsführung, die gekennzeichnet ist durch massive Einschüchterung und Übergriffe gegen Moslems und Kroaten und die Tausende in die Flucht trieb. Ob politische und militärische Führer die Vergewaltigungen explizit als Waffe gegen ihre Gegner eingesetzt haben, bleibt nach Meinung von amnesty eine offene Frage. Kein Zweifel bestehe allerdings, daß gegen solche Übergriffe bisher nur selten - wenn überhaupt - effektiv vorgegangen worden sei. So bestehe auch kein Zweifel, daß Politiker und Militäroffiziere auf lokaler Ebene von den Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen gewußt und diese im allgemeinen stillschweigend gebilligt hätten. Das gleiche gelte für die anderen schweren Übergriffe wie willkürliche Tötung von Zivilpersonen, Folterungen und Mißhandlungen an Häftlingen.

Amnesty betont allerdings ausdrücklich die extremen Schwierigkeiten bei der Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes sexueller Übergriffe. Aus Scham und Angst gelinge es vielen Frauen nicht, über das Erlittene zu sprechen. Außerdem haben die für die Opfer arbeitenden Menschen die Befürchtung geäußert, daß der auf die Opfer ausgeübte Druck, Erklärungen oder Presseinterviwes zu geben, die Belastung für die Frauen, die bereits unermeßliche Qualen überlebt haben, noch erhöht habe.

Mittlerweile seien auch Fälle bekannt, wo Frauen von ihren Familienangehörigen wegen der Vergewaltigung umgebracht wurden. (SZ, 11.2.93) Hinzu komme, so amnesty, daß die Verwaltungsstrukturen in Bosnien-Herzegowina nahezu völlig zerstört und systematische Recherchen fast unmöglich sind. So sei es sehr schwer gewesen, die Orte, an denen Frauen festgehalten wurden, zu überprüfen, da diese nur vorübergehend eingerichtet wurden. Darüberhinaus ist das Thema Vergewaltigung von Frauen sowie andere Greueltaten extensiv als Propagandawaffe eingesetzt worden, wobei alle Seiten die von ihren eigenen Kräften begangenen Übergriffe herunterspielten oder abstritten, die von ihren Gegnern jedoch übertrieben darstellten. Aus diesen Gründen ist amnesty international der Auffassung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt alle

Schätzungen hinsichtlich der Anzahl der vergewaltigten oder sexuell mißbrauchten Frauen mit Vorsicht zu behandeln sind.

Anfang November wurde von der Presse die Zahl von 60.000 Vergewaltigungen genannt. Mittlerweile wird z.B. im Bericht der EG "nur" noch von 20.000 Vergewaltigungen gesprochen. Die Frauengruppe "Tresnjevka" schätzt über 35.000 Vergewaltigungen und Folterungen. Wenn die Vergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina aber tatsächlich systematisch und massenhaft vorgenommen worden sind, scheinen die genannten Zahlen aber eher noch zu niedrig angesetzt zu sein (allein in der Bundesrepublik wird im Jahr eine Zahl von 200.000 Vergewaltigungen geschätzt). Aber die Höhe der Zahl ist, wenn auch nicht unwesentlich, ja nicht das Entscheidende.

Amnesty stellt fest, daß es in Bosnien-Herzegowina hauptsächlich unter bestimmten Bedingungen und an bestimmten Orten zu Vergewaltigungen, versuchten Vergewaltigungen oder sexuellem Mißbrauch gekommen ist bzw. kommt:

1. Militär- oder Polizeiangehörige, Paramilitärs oder sonstige Macht ausübende Einzelpersonen oder Personengruppen nutzen ihre Stärke und Machtpositionen, um Frauen zu mißbrauchen, die sich in dem von ihnen kurz- oder langfristig kontrolliertem Gebiet aufhalten. Die Täter nutzen die Wehrlosigkeit der Frauen aus, deren Ehemänner oder männliche Verwandte in vielen Fällen nicht zu Hause (und in einigen Fällen in Haft) sind. Manchmal werden die Frauen vorübergehend entführt, in anderen Fällen geschehen die Übergriffe an Ort und Stelle. Die Furcht der Frauen, den Vorfall zu melden, wird noch dadurch gesteigert, daß ihr Schicksal kein Einzelfall ist und daß die Polizeikräfte sich gewöhnlich aus Angehörigen der kontrollierenden Nationalität rekrutieren. (In vielen Berichten ist darum auch die Rede davon, daß Frauen durch ihre eigenen Nachbarn sexuell mißbraucht wurden.)

2. Zu Vergewaltigungen kommt es an Haftorten, wo Frauen festgehalten werden,

3. in speziellen Haftzentren, die offenbar zu dem hauptsächlichen Zweck eingerichtet worden sind, Frauen zu vergewaltigen oder sexuell zu mißbrauchen.

Nach fast allen Berichten gehören die Opfer einer anderen Nationalität an als die Täter. Das bedeutet, daß die Frauen aus nationalistischen Motiven und mit dem Ziel ihrer äußersten Erniedrigung zu Opfern solcher Übergriffe wurden.

Die erniedrigende Wirkung des Mißbrauchs wird häufig noch dadurch gesteigert, daß die Tat vor den Augen anderer ausgeführt wird, zuweilen vor männlichen Angehörigen des Opfers.

Aus verschiedenen Berichten geht hervor, daß Frauen von Gruppen von Männern vergewaltigt wurden, daß junge Mädchen und Kinder unter den Opfern waren, daß die Vergewaltigungen z.T. äußerst brutal mit Gegenständen begangen wurden (Gewehrläufe werden genannt), so daß die Frauen bei der Tat in Todesangst waren und furchtbare Verletzungen davontrugen. Frauen sollen nach der Tat auch getötet worden sein oder verschwanden für immer.

Neben den zahlreichen Berichten über Einzelfälle von Vergewaltigungen tauchen immer wieder Berichte über Vergewaltigungen während der Internierung auf, so z.B. in den Orten Tropolji und Omarska, oder Berichte über Bordellager. Von amnesty werden genannt:

- Caparde (Brezovo Polje): Systematische Vergewaltigung im Juni 1992 an 40 moslemischen Frauen durch serbische paramilitärische Einheiten unter der Kontrolle von Zeljko Raznatovic (Arkan). Ebenso gibt es Aussagen darüber, daß Anhänger der serbischen Radikalen Partei unter dem Anführer Vojislav Seselj zu zehn Männern eine Frau vergewaltigt hätten. (Zeugen: Ärzte sowie Zeugenaussagen gegenüber der Frauengruppe "Tresnjevka")

- Visegrad: In Interviews mit einer deutschen Journalistin berichteten vergewaltigte Frauen von der Existenz eines Bordells im Hotel Vilina Vlas im Juni 1992, in dem moslemische Frauen vergewaltigt worden sein sollen. Ebenso in der Feuerwache in Visegrad, wiederum durch Anhänger von Arkan und Seselj im Mai 1992 (nach Informationen der Baseler Zeitung vom 27. November 1992 sollen ca. 200 Frauen betroffen gewesen sein).

- Motel Sonja in Vogosca: Geständnis eines Gefangenen der serbischen Einheit, acht moslemische Frauen vergewaltigt und ermordet zu haben. Ein Journalist der New York Times berichtet darüber am 27. November

1992. Der Soldat habe ausgesagt, zusammen mit anderen serbischen Soldaten vom paramilitärischen Komandanten der Gegend ermutigt worden zu sein, sich moslemische Frauen aus dem Motel zu holen und nicht mehr zurückzubringen.

- Teslic in der Nähe von Prijedor: Eine moslemische Frau sagt gegenüber einem Arzt aus, daß rund 100 Frauen in Arbeiterhütten vergewaltigt wurden. Die Vergewaltigung fanden durch mehrere Männer statt (aus dem Bericht von amnesty international).

Die Frauengruppe "Tresnjevka" aus Zagreb spricht von 16 ihr bekannten Bordell-Konzentrationslagern, darunter Hotels, Restaurants und Schulzentren. Von der Frauengruppe werden u.a. genannt:

- Wie im Bericht von amnesty das Hotel "Vilina Vlas", daß schon Ende April errichtet worden sein soll (die Zahl der Frauen, die dort vergewaltigt wurden, ist nicht bekannt).

- Tropolje in der Nähe von Prijedor. Dieses Lager wird auch im "Stern" vom 26.11.92 erwähnt.

- Weiterhin wird ein Lager in Laktasi im Landkreis Banja Luka genannt, in dem Mädchen bis zu 25 Jahren festgehalten und mißbraucht werden sollen.

- Ebenso das Lager in Teslic (s. auch Bericht von ai), in der Nähe von Prijedor (Hauptzentrum für paramilitärische serbische Streitkräfte). Nach Aussagen der Frauengruppe sollen hier mehr als 1.000 Frauen und Kinder sein. Überlebende sollen bezeugen, daß auch Kinder, Mädchen im Alter von zehn Jahren, vergewaltigt wurden.

Das Dokumentationszentrum in Zenica (Bosnien) schätzt, daß es ungefähr 20-30 Vergewaltigungslager gibt, von denen man nicht weiß, wo sie sich befinden. Oft werden die Lager geräumt, sobald sie in der Öffentlichkeit bekannt werden. (Interview durch eine Schweizer Ärztin in der taz vom 18.2.93) Das Dokumentationszentrum erwähnt außerdem, daß das Restaurant "Sonja" in der Nähe von Sarajewo auch ein beliebter Aufenthaltsort des UNO-Generals McKenzie gewesen sein soll. Er soll fünf Mädchen mit sich genommen haben, die man nie wieder gesehen hat. Der General ist mittlerweile wieder nach Kanada zurückgekehrt. Er wurde ohne Angabe von Gründen frühzeitig pensioniert. Eine Erklärung der UNO zu diesen Vorwürfen gibt es bislang nicht.

Nach Informationen der Baseler Zeitung und des "Stern" sollen darüberhinaus im Schulzentrum der nordbosnischen Stadt Doboij ungefähr 2.000 Frauen und Kinder festgehalten und vergewaltigt worden sein, durch Soldaten der Armee und wiederum durch Angehörige der Tschetnik-Einheiten Arkan und Seselj sowie durch Polizisten und serbische Bekannte aus Doboj (diese Information läßt sich allerdings nicht durch den Bericht von amnesty oder der Frauengruppe "Tresnjevka" bestätigen).

Aus dem Bericht von amnesty und Recherchen von Heidi Hecht (Süddeutsche Zeitung) geht außerdem hervor, daß auch an Serbinnen Verbrechen verübt wurden, so z.B. in Privatbordellen in Sarajevo durch Angehörige der bosnisch-moslemischen Regierungseinheiten.

Ähnliches berichtet der "Spiegel" Ende Dezember. Der "Spiegel" beruft sich auf ein Interview mit dem Leiter der psychiatrischen Klinik in Belgrad.

Angemerkt werden muß, daß sich Informationen über die Lager hauptsächlich auf Geschehnisse im Frühjahr bzw. Sommer 1992 beziehen, die also schon mehrere Monate zurückliegen.

Aber der Krieg führt nicht nur zu Gewalt gegen Frauen anderer Nationalitäten. Nach Informationen des "SOS-Notrufs", einer Hilfsorganisation für Frauen und Kinder in Serbien, sind die Vergewaltigungen durch Ehemänner oder Verlobte seit Ausbruch des Krieges enorm angestiegen. Nach Aussagen der Frauengruppe um fast 30 Prozent. (FR 21.12.92)

Die Auswirkungen von Vergewaltigungen auf die Frauen

Es ist bekannt, daß Vergewaltigung neben den körperlichen Verletzungen bei den Opfern zu psychischen Störungen führen, die bis ans Lebensende andauern können. Nina Kadic von der Zagreber Frauengruppe "Tresnjevka" berichtet aus ihrer Arbeit, daß nur ein Drittel der Frauen noch in der Lage sei, emotional zu reagieren. Viele Frauen könnten nicht mehr über sich sprechen. Diese Frauen erzählen von dem, was ihnen geschehen ist, in der dritten Person. Manche Frauen seien zehn-, manche 40mal an einem Tag mißbraucht worden, manche von mehreren Männern gleichzeitig. Viele hätten Wirbelsäulenverletzungen, Knochenbrüche,

Wunden und Verbrennungen. Nach Zeuginnenaussagen haben sich Frauen nach den ihnen angetanen Vergewaltigungen das Leben genommen.

Eine weitere Folge der Vergewaltigungen sind die ungewollten Schwangerschaften. Die Geburtenrate steigt. Allein in Zagreb, wohin nur ein geringer Teil der vergewaltigten Frauen gelangt, soll die Geburtenrate nach Angaben eines Arztes um knapp 40 Prozent gestiegen sein, die Zahl der Abtreibungen ebenfalls um ein Drittel. Unter den Frauen, die zur Abtreibung kommen, seien immer mehr Bosnierinnen. (SZ, 9.2.93) Dabei wird die Abtreibung in Kroatien immer schwieriger. Abtreibung, die in Jugoslawien seit 45 Jahren legal war, ist in Kroatien kaum noch möglich. In den Schubladen der kroatischen Regierung liegt ein "Konzept zur geistigen Erneuerung Kroatiens", das kinderlose Frauen zu Nicht-Frauen erklärt und der Abtreibung als "Anti-Lebensmentalität" den Kampf angesagt hat. (taz, 7.12.92)

Zudem seien viele schwanger gewordene Frauen von ihren Vergewaltigern solange festgehalten worden, bis für sie eine Abtreibung zu spät gewesen sei. (SZ, 9.2.93) Und schon meldet sich "Hilfe" aus dem Westen. Das britische Gesundheitsministerium prüft, ob Babys vergewaltigter Bosnierinnen von britischen Familien adoptiert werden können. Rupert Neudeck von "Cap Anamur" schlägt Adoption auch für Deutschland vor. (SZ, 4.1.93)

Die "Hilfe" aus dem Westen

Schon am 23. August erschien in der Zeitung Newsday ein Bericht über massenhafte Vergewaltigungen von muslemischen Frauen durch serbische Soldaten und Tschetniks. Doch keine der internationalen Organisationen und politischen Parteien reagierte.

Erst Ende des Jahres, als die Möglichkeiten einer Intervention in Jugoslawien öffentlich diskutiert wurden, ging in den deutschen Medien der "Run" auf Interviews mit vergewaltigten Frauen los. Und die Öffentlichkeit überschlägt sich plötzlich in Protest- und Hilfsaktionen. Politikerinnen aller Parteien mit Rang und Namen richten Spendenkonten ein. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt anderthalb Millionen Mark für die Betreuung vergewaltigter Frauen in Bosnien und Kroatien zur Verfügung, Niedersachsen 300.000 Mark.

Wenn frau allerdings nach den konkreten Ergebnissen dieser Hilfsaktionen fragt, sieht die Sache schon ganz anders aus. Es ist nicht immer ganz klar, ob die großzügigen Spendenaufrufe nur propagandistischen Zwecken dienen. So beschweren sich kroatische Feministinnen auch schon, von den "reichen Männern aus dem Westen" überrannt zu werden. (SZ. 9.2.93)

Ein Beispiel dafür dürfte Cap Anamur sein. Rupert Neudeck hatte in Niedersachsen 300.000 Mark aus dem Landeshaushalt sowie 25.000 Mark Spendenmittel lockergemacht, womit er in der Nähe Zagrebs in zwei Hotels ein Rehabilitationszentrum für vergewaltigte Frauen einrichten wollte. Niedersachsens Minister Jürgen Trittin (Grüne) ordnete jetzt an, vorerst keine Gelder an Cap Anamur auszuzahlen. Die Praktiken von Cap Anamur sind nämlich durch folgenden Vorfall ins Zwielicht geraten. Anfang Februar war Bundestagspräsidentin Süßmuth nach Kroatien gereist, um der Organisation Cap Anamur einen Scheck von 185.000 Mark zu überreichen. Das Geld war von Frauen aus dem Emsland und aus der Region Osnabrück gesammelt worden. Doch das von Cap Anamur für vergewaltigte Frauen eingerichtete Heim war von 40 betrunkenen kroatischen Soldaten belegt. Ein Vertreter von Cap Anamur war nicht aufzufinden. (SZ, 8.2.93) Anfang Februar erklärten auch die Grünen Politikerinnen Bärbel Höhn und Marianne Hürten aus NRW, daß das von Cap Anamur angemietete Haus nach wie vor von kroatischen Soldaten besetzt sei. Außerdem hätten sie den Eindruck, daß "solche Neugründungen von dem warmen Regen der Geldspender etwas abbekommen wollen, indem sie Konzepte abschreiben". (Presseerklärung vom 9.2.93)

Die kroatische Regierung zeigt überdies wenig Interesse an der Einrichtung von Häusern für vergewaltigte Frauen. Zwar hat sie sich aufgrund des Drucks darauf eingelassen, ein Haus einzurichten. Doch auch dies steht wie die Häuser von Cap Anamur noch leer und soll zudem allen Kriegsopfern zur Verfügung gestellt werden. (Zeit, 9.2.93)

UNO und EG

In der Debatte darum, wie den Frauen in Bosnien-Herzegowina geholfen werden kann, setzten einige stark auf die UNO. Fakt ist allerdings, daß es die UNO lange versäumt hat, zu den Vergewaltigungen Stellung zu nehmen, geschweige denn, genügend zur Aufklärung beizutragen. Erst Anfang Dezember gab der UNO-Beaufragte zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im früheren Jugoslawien, Mazowiecki, in

Genf eine Stellungnahme ab. Der Bericht machte die serbische Seite in Bosnien-Herzegowina für die "ethnischen Säuberungen" als systematische Praxis in großem Umfang verantwortlich. Es zeige sich, so Mazowiecki, daß es sich bei den Vergewaltigungen um ein gezielt eingesetztes Mittel handle, die gegnerische Volksgruppe und deren Angehörige zu erniedrigen und zu vertreiben. Er mußte allerdings eingestehen, daß seine Delegation keine Möglichkeit zu einer ausführlichen Untersuchung der Vorwürfe, es handele sich um eine systematische und massenhafte Vergewaltigung, habe. So stützte er sich lediglich auf Berichte diverser Hilfsorganisationen. Aber auch Mazowiecki nahm keine eindeutige Schuldzuweisung vor. Er hielt fest, daß alle Seiten einander der Untaten gegen Frauen und Mädchen bezichtigen. Masowiecki fordert die Einrichtung von "Schutzzonen" für die Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina durch Blauhelme. (NZZ, 1.12.92)

Auch die UNHCR-Sprecherin Siolvana Foe erklärte, daß praktische Hilfe der UNO allerdings kaum möglich ist, angesichts völlig unzureichender finanzieller und personeller Ausstattung des UNO-Flüchtlingskommissariats und des Internationalen Roten Kreuzes. An die Entsendung ausreichend geschulten Personals, das recherchieren könnte, sowie von ÄrztInnen ist nicht zu denken. (taz, 2.12.92) Ebenso gestand der Referent des UNO-Beauftragten Mazowiecki, Roman Wieruszewski, bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag die Hilflosigkeit der UNO ein. Es gebe nicht genügend Angebote aus den europäischen Staaten, die Kriegsopfer unterzubringen.

Mitte Februar unterbreitete Mazowiecki dann seinen dritten Lagebericht - viel zu spät - und kündigte seinen Rücktritt an, sollten nicht bald konkrete Maßnahmen durchgesetzt werden.

Auch die EG ist bislang weitgehend untätig geblieben. Erst Anfang Februar ist der Presse zu entnehmen, daß die EG über Untersuchungen zu den Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien verfügt. Danach ist sicher, daß Frauen im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen von Männern aller Kriegsparteien vergewaltigt worden sind. Es müsse weiter davon ausgegangen werden, daß die massenhaften Vergewaltigungen an muslemischen Frauen in Bosnien-Herzegowina systematische und befohlene Aktionen im Zuge der serbischen Politik der "ethnischen Säuberung" waren. Die Kommission hält eine Zahl von mindestens 20.000 Vergewaltigungen für realistisch. Da sich die vergewaltigten Frauen aber oft nicht Dritten anvertrauen mögen, sei die Zahl der Opfer möglicherweise höher. (FR, 3.2.93)

Die EG-Beauftragte Anne Warburton beklagt, die EG habe alle nötigen Informationen über systematische Vergewaltigung in ihren Schubladen, schweige aber weiter. (SZ, 9.2.93)

Die Bundesregierung

Anfang Dezember fand im Deutschen Bundestag ein "Hearing" zu den "Systematischen Vergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina" statt. Während der Anhörung kam es zu Protesten, weil kaum Zeuginnenaussagen zugelassen wurden und keine Serbinnen eingeladen waren. Die Entschuldigung von Edith Niehus: Was auf der Tagesordnung zur Anhörung gestanden hätte, seien eben "spontane Vorschläge" gewesen. (SZ, 7.12.92) Die Süddeutsche Zeitung bemerkt hierzu richtig, dies sei nur ein Fehler in der Kette der Versäumnisse.

Obwohl die massenhaften Vergewaltigungen spätestens seit Juni 1992 bekannt gewesen sein sollen (nach Informationen von "Frauen helfen Frauen im Krieg"), erklärte die Bundesregierung erst am 3. Dezember 1992, sie wolle vergewaltigte Frauen aus Bosnien-Herzegowina aufnehmen, allerdings nur "soweit es möglich ist". (FR, 4.12.92) Der Heuchelei aber nicht müde, forderte Kinkel einige Tage später in einem Brief an seinen britischen Kollegen Douglas Hurd, im Rahmen der EG müsse "wirksam und schnell geholfen werden". Was für die Bundesregierung "wirksame Hilfe" heißt, bewies Kinkel, indem er einen (!) Arzt des Auswärtigen Amtes als Kundschafter nach Zagreb schickte. Aber ohnehin besteht nach Meinung der Bundesregierung "ohne militärischen Einsatz derzeit keine wirksame Möglichkeit, den Frauen und Mädchen im Kriegsgebiet zu helfen". (Antwort auf eine Anfrage von SPD-Abgeordneten im Bundestag, Ende Dezember)

Immer wieder werden vergewaltigte Frauen an deutschen Grenzen abgewiesen. Die Zirndorfer Anerkennungsstelle für Asylbewerber ordnet die Abschiebung vergewaltigter Frauen an, weil Vergewaltigungen nicht "politisch motiviert" seien und daher "asylunerheblich" (nach Informationen von Terre des Femmes, taz 24.2.93). Die Leiterin der Caritas-Asylberatung in Köln beschwert sich außerdem über hiesige Repressalien. Rehabilitation funktioniere nur, wenn nicht alle zwei Monate Behördenbesuch käme, der die Flüchtlinge umverteilen will. (FR 9.12.92) Auch in Berlin ist bisher, trotz eines Beschlusses des Senats,

vergewaltigten Frauen aus Bosnien-Herzegowina "unbürokratisch zu helfen", noch keine einzige Aufnahme erfolgt. (Freitag, 12.2.93)

"Richtiges und Falsches"

Die Vergewaltigungen haben bei Politikerinnen aller Parteien, Kirchenfrauen und innerhalb der Frauenbewegung zu spontanen Solidaritätsaktionen geführt. Internationale Frauengruppen sammeln Spendengelder und versuchen mit den Frauengruppen vor Ort Kontakt aufzunehmen und deren Arbeit zu unterstützen. Ende November 1992 wenden sich weibliche Abgeordnete des Europaparlaments in einer Resolution gegen die systematischen Vergewaltigungen in Bosnien-Herzegowina. Es wird eine Sonderkommission der UNO gefordert. Unterzeichnerinnen der Resolution sind die Vizepräsidentin Marianne Isler-Beguin und die Abgeordneten der Grünen, Eva Quistorp und Claudia Roth. Die Frauen aller Bundestagsfraktionen in Bonn fordern "eine wirksame internationale Bekämpfung der systematischen Vergewaltigungen". (SZ, 28.11.92) Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, finden dann in einer Reihe europäischer Großstädte Demonstrationen gegen die Vergewaltigungen statt, die größte mit 5.000 Frauen in der Schweiz.

Einige der Solidaritätsbekundungen und Aktionen lösen Unbehagen aus. Bestes Beispiel hierzu war das von Lea Rosh (NDR) initiierte Tribunal in Zagreb am 7. Februar. Zahlreiche renommierte Politikerinnen, u.a. Rita Süßmuth, Hanna-Renate Laurien (CDU), Jutta Limbach, Herta Däubler-Gmelin, Regine Hildebrandt (SPD), Waltraud Schoppe (Grüne) erklärten: "Wir, die Frauen in Freiheit, sind gefordert, die Opfer zu befreien, ihre Freilassung zu erzwingen." Schon auf dem Vorbereitungstreffen im Sendesaal des NDR-Funkhauses in Hannover kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Mehrere Serbinnen protestierten, weil ihre Interessen von den Organisatorinnen nicht berücksichtigt würden. Gleich zweimal drohte mehr als die Hälfte der 300 Besucherinnen, den Saal zu verlassen. Vor allem der vorgesehene Tagungsort Zagreb wurde kritisiert. Am 7. Februar fanden in Kroatien Kommunalwahlen statt, viele Frauen befürchteten eine Vereinnahmung des Tribunals durch die kroatische Regierung und schlugen statt dessen einen neutralen Ort vor. Außerdem, so wurde eingewendet, sei es bosnischen und serbischen Frauen so gut wie unmöglich, nach Zagreb zu kommen, da sie für die Einreise nach Kroatien ein Visum bräuchten. Kroatische Frauenverbände befürchteten zudem eine Bevormundung durch die deutschen Frauen. (taz, 25.1.93)

Statt auf die Einwände einzugehen, ging Lea Rosh in die Gegenoffensive. Die Kritik am Veranstaltungsort sei eine "Scheindiskussion" und "falsche linke Ideologie". Sie werde sich nicht von "serbischen Polittrupps verbieten lassen, jene Verbrechen, die auf das Konto von Serben gehen, Verbrechen von serbischen Verbrechern zu nennen". (taz, 28.1.93)

Warum diese vehemente Ablehnung vernünftiger Einwände, die im übrigen nicht nur von Serbinnen vorgebracht wurden? So erklärte z.B. auch Christina Schenk (Unabhängiger Frauenverband und Abgeordnete des Bündnis 90/Grüne), Zagreb sei ungeeignet, weil damit einer einseitigen Schuldzuweisung an Serbien Vorschub geleistet würde. Die Funktionalisierung des Tribunals für nationalistische Interessen könne nicht ausgeschlossen werden. Außerdem sei der Aufruf von Frauen unterzeichnet worden, die in Parteien engagiert sind, die gerade gemeinsam die Abschaffung des Asylrechts in Deutschland beschlossen haben und die mit Beginn des Krieges die Abschottung der BRD gegenüber Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien durch Einführung einer Visumpflicht verfügt haben. (Presseerklärung vom 25.2.93) Nach Informationen des Frauenfriedensarchivs sollen viele Frauen-Aktionsbündnisse die Teilnahme an dem Zagreber Tribunal abgelehnt haben. Sie wollen statt dessen zu einem späteren Zeitpunkt ein internationales Solidaritätstreffen an einem neutralen Ort organisieren. Geplant sind ein Treffen und eine Großdemonstration am 6. März in Amsterdam.

Auf der Veranstaltung in Zagreb, zu der rund 600 Frauen aus Europa angereist waren, vornehmlich die deutsche Riege mit hochkarätigen Politikerinnen, kam es wiederum zum Streit. Kritisiert wurde von den kroatischen Frauen, daß die deutschen Organisatorinnen sie von der Vorbereitung für das Tribunal so gut wie ausgeschlossen hatten. Da auch nicht der Versuch unternommen worden war, die Frauen aller Nationalitäten an einen Tisch zu holen, war der Eklat vorprogrammiert, als im letzten Augenblick entschieden wurde, daß auch eine Serbin mit amerikanischem Paß sprechen durfte. Daraufhin verließen einige Kroatinnen kurzzeitig den Saal, obwohl sich die Serbin explizit im Namen serbischer Frauengruppen (Frauen in Schwarz und Belgrader Frauenlobby) von der serbischen Politik der "ethnischen Säuberung" distanzierte.

Ob der Streit, der um das Tribunal entstanden war, nur der Ungeschicklichkeit der Organisatorinnen geschuldet war, muß bezweifelt werden, wird doch z.Zt. massiv einseitig Stimmung gegen Serbien gemacht. Auf dem Tribunal wurde dann zwar eine Erklärung verabschiedet, in der neben der Verurteilung der Massenvergewaltigungen als Teil der "serbischen Kriegsstrategie" auch die "Vergewaltigungen an Frauen und Männern aller am Krieg beteiligten Parteien" kritisiert wird. Die Art und Weise, wie weibliche, vornehmlich deutsche Prominenz, das Tribunal durchgezogen hat, nachdem monatelang nichts geschehen war, hinterläßt jedoch einen schalen Beigeschmack.

Was kann getan werden?

Auf dem Tribunal wurde eine Resolution verabschiedet, in der u.a. die "Befreiung der Frauen" und "die Auflösung der Vergewaltigungslager" gefordert wird. So richtig die Forderung für sich gesehen ist, bleibt jedoch unklar, wie denn die Frauen befreit werden sollen und durch wen. Weiterhin wird gefordert: Die Aufnahme der Vergewaltigung zur Begründung des Flüchtlingsstatus in der Genfer Konvention und die Einhaltung der vier Genfer Rotekreuzabkommen vom 12.8.1949 sowie der Zusatzprotokolle durch die Kriegsparteien und die Wertung von Vergewaltigung als Kriegsverbrechen. Zusätzlich wird eine Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverletzungen an Frauen bei der Menschenrechtskommission der UNO gefordert sowie die Einrichtung eines europäischen Tribunals zur Verurteilung der Kriegsverbrechen und die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes.

Neue Schritte allerdings wurden in dieser Resolution auch nicht entwickelt. Eine ähnliche Resolution war schon Mitte November auf einem Treffen des Frauenfriedensforum in Oberhausen verabschiedet und zur Unterstützung an die Europaabgeordneten gesandt worden. Und auch die Ankündigung von Waltraud Schoppe, einen "Marsch auf die Vergewaltigungslager" zu organisieren, kommt reichlich spät.

In der Frauenfriedensbewegung taucht mittlerweile nun, transportiert durch einige Grüne, die Interventionsforderung auf. Die Europaabgeordnete Eva Quistorp forderte schon im Dezember ein militärisches Eingreifen. Zwar stehe sie immer noch zu den Inhalten der Frauenfriedensbewegung, " ... doch angesichts der Situation in Bosnien ist zu überlegen, ob die Mittel des Pazifismus noch als Intervention für Menschenrechte ausreichen". (taz, 17.12.92)

Abgesehen davon, daß sich die BefürworterInnen einer militärischen Intervention keine Gedanken machen, welche Konsequenzen dies haben könnte (Friedensforscher rechnen mit einer Zahl von allein 100.000 toten Soldaten. Dabei ist über die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung noch nichts gesagt.), ist auch das plötzliche Vertrauen in die Herrschenden aus Politik und Militär hierzulande erstaunlich. Da hat mensch anscheinend alles vergessen. Nicht nur das, was Deutschland im zweiten Weltkrieg in Jugoslawien anrichtete. Auch was in den letzten Monaten in diesem Lande passierte, sollte doch eher vorsichtig machen. Denn daß es den Herrschenden hierzulande nicht um die Wahrung von Menschenrechten und schon gar nicht um den Schutz vergewaltigter Frauen geht, dürfte spätestens bei der Asylpolitik auch gegenüber jugoslawischen Flüchtlingen deutlich geworden sein.

Es ist die Frage, was von der Frauenbewegung getan werden kann. Auch wenn Hilfe für die Opfer zu spät kommt - was u.a. auch dem langen Schweigen der Regierungen der europäischen Länder liegt - könnten das Öffentlichmachen der Vergewaltigungen und die konkreten Hilfsmaßnahmen einzelner engagierter Personen und Gruppen immerhin dazu beigetragen haben, daß die Gewalttaten offenbar zurückgegangen sind. "Es gebe keine Berichte mehr über Gewalttaten, Todesfälle oder Verletzte, teilte der Sprecher des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge Anfang Februar 1993 mit". (SZ, 25.2.93)

Nach Ansicht der Hamburger Rechtsanwältin Helga Wullweber könnte außerdem die nachdrückliche Ankündigung, die Kriegsverbrecher vor einem internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen, geeignet sein, die Frauen in den serbisch besetzten Gebieten vor weiteren Vergewaltigungen zu bewahren. (taz, 25.2.93)

Ihrer Meinung nach ist bemerkenswert, "daß die Ächtung von Vergewaltigungen im Krieg als Kriegsverbrechen öffentlich nicht bekannt war, obgleich mit dieser Ächtung nach 1945 die Konsequenzen aus den den Frauen im Zweiten Weltkrieg angetanen Vergewaltigungen gezogen wurde". Außerdem verweist sie auf das von allen bosnischen Konfliktparteien am 22.5.92 anerkannte "Genfer Rotekreuzabkommen" von 1949, in dem Frauen vor Vergewaltigung geschützt werden. Die systematischen Vergewaltigungen der muslemischen Frauen durch

serbische Truppen sind zudem strafbare Kriegsverbrechen aufgrund der "Konvention über Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" von 1948. Auch Helga Wullweber fordert einen internationalen Strafgerichtshof und ruft dazu auf, Druck auf die Bundesregierung zu machen, indem Anzeigen wegen Kriegsverbrechen erstattet werden. (taz vom 25.2.93)

Gerechtigkeit

Auch wenn die Täter bestraft werden müssen, ist die Forderung nach einem "internationalen Strafgerichtshof", der mittlerweile auch von der UNO und der EG gefordert wird, nicht ganz unproblematisch. Es ist die Frage, ob es derzeit für die Frauen- und Friedensbewegung im Fall Jugoslawiens überhaupt die Möglichkeit gibt, im Bündnis mit "ihren" Regierungen und Organisationen wie UNO und EG für "Gerechtigkeit" zu sorgen. Auch die Verhandlung vor einem internationalen Gerichtshof könnte einseitig zu einem Propagandafeldzug gegen Serbien ausgeschlachtet werden, und das ist angesichts der Politik, die derzeit von allen Konfliktparteien betrieben wird, nicht zu befürworten.

Die Frauenbewegung hat m.E. im Augenblick leider keine andere Möglichkeit, als dafür zu sorgen, daß die Vergewaltigungen öffentlich gemacht und angeprangert werden. Es muß weiterhin gefordert werden, daß Frauen- und Friedensgruppen im ehemaligen Jugoslawien konkrete Unterstützung für ihre Arbeit bekommen und nicht irgendwelchen dubiosen deutschen "Hilfsorganisationen" Gelder in den Rachen geworfen werden. Darüberhinaus muß hierzulande der Kampf gegen die Asylpolitik geführt werden. Wobei die Forderung nach Anerkennung von sexueller Gewalt gegen Frauen als Asylgrund eigentlich auch noch zu kurz greift, da dies von den Frauen ja nicht "bewiesen" werden kann. Dies alles sind, wenn auch nur bescheidene, Möglichkeiten, etwas für die Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu tun, ohne in die Gefahr zu geraten, diejenigen zu unterstützen, die von "großdeutschen Aufgaben" träumen.

Sy.

21. Die Lage der Kurden im Kaukasus

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:26

Über die Lage der Kurden in Armenien, Aserbaidschan und anderen Republiken der Ex-Sowjetunion ist wenig berichtet worden. Sie haben in der Vergangenheit einerseits von den Vorzügen der sowjetischen Nationalitätenpolitik profitiert; andererseits wurden sie, wie manch andere kleine Nationalität auch, Opfer der Deportationen während des 2. Weltkrieges. Sie mußten auch zusehen, wie die sowjetische Außenpolitik mit den Staaten, zwischen denen Kurdistan aufgeteilt worden war und wo die Kurden unterdrückt wurden, mehr oder weniger freundschaftliche Beziehungen pflegte. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist die Zukunft gerade auch der kleinen nationalen Minderheiten ungewiß. Sie hängt von der Politik der Nachfolgestaaten der UdSSR ab. Vielfach sind dort extrem nationalistische Regierungen an die Macht gelangt, die von Autonomen Gebieten u.ä. nichts wissen wollen.

Nachdem die Bolschewiki 1920/21 die Macht in den transkaukasischen Republiken errungen hatten, standen sie vor der schwierigen Aufgabe einer gerechten Lösung der Grenzstreitigkeiten zwischen den dortigen Völkern. Vor allem zwischen Armeniern und Aserbaidschanern war es in den Jahren 1918-20 zu erbitterten Kämpfen um die Herrschaft in Berg-Karabach gekommen. Trotz aller vorherigen Zusicherungen seitens der Führung in Baku und Moskau wurde Berg-Karabach, dessen Bevölkerung damals zu über 90% aus Armeniern bestand, 1923 als Autonomes Gebiet an Sowjetaserbaidschan angegliedert, was bei den Armeniern Enttäuschung hervorrief.

Auch im Falle der Osseten kam es zu einer merkwürdigen Entscheidung, wonach der nördliche Teil ihrer Heimat als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik Nordossetien an Sowjetrußland und der südliche als Autonomes Gebiet Südossetien an Sowjetgeorgien angegliedert wurde. Die bei der Konstituierung der Sowjetunion getroffenen Grenzregelungen im Transkaukasus waren meist unter Mißachtung der Wünsche der betroffenen Völker zustande gekommen. Auch wenn man davon ausgeht, daß z.B. das Zusammengehörigkeitsgefühl der Osseten möglicherweise nicht besonders ausgeprägt gewesen war, so ist es doch trotzdem unwahrscheinlich, daß sie einer Teilung ihrer Heimat zugestimmt haben könnten. Offensichtlich hatten die Bolschewiki nicht erkannt, daß gerade bei Fragen der Grenzziehung äußerste Sensibilität notwendig war. Die oft absurden Grenzregelungen der Vergangenheit haben dazu geführt, daß heute in vielen Gebieten um eine Neufestlegung der Grenzen gekämpft wird, wobei wie so oft die kleineren Völker die Verlierer sind.

Auf dem Territorium des neuen Sowjetstaates lebten nur wenige Kurden. Nach offiziellen Quellen waren es 1926 54.600 und im Jahre 1939 nur noch 45.900. Nach der Volkszählung von 1989 wurden in der gesamten Sowjetunion 152.952 Kurden gezählt, die meisten in Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Der kurdische Autor Kendal schätzt ihre Zahl für das Jahr 1970 auf etwa 278.000 (Armenien 37.000; Aserbaidschan 150.000; Georgien 20.000; Turkmenien 50.000). Demnach müßte sie heute weit über 300.000 liegen. Auf einer kurdischen Versammlung in Eriwan im September 1992 bezifferte ein Redakteur der kurdischen Zeitung "Riya Teze" die Zahl der in Armenien lebenden Kurden mit 60.000.

In Aserbaidschan wurde 1923 in den überwiegend von Kurden bewohnten Gebieten von Laschin Kubatli und Kelbadzhar ein Autonomer Kurdischer Bezirk geschaffen. Dieses zwischen Berg-Karabach und Armenien liegende Gebilde wurde allerdings bereits 1930 aus bislang ungeklärten Gründen wieder aufgelöst. 1941 wurden viele Kurden zwangsweise in die zentralasiatischen Republiken ausgesiedelt, wo bis heute kurdische Gemeinden existieren.

Die meisten der in Armenien lebenden Kurden sind keine Moslems, sondern gehören der Religionsgemeinschaft der Jeziden an. Als ursprüngliches Siedlungsgebiet der jezidischen Kurden gilt das im irakischen Kurdistan gelegene Gebiet um Sinjar. Dort schuf zu Beginn des 12. Jahrhundert ein kurdischer Scheich namens Adi diese Religion, die damals unter den Kurden weit verbreitet war. Heute bilden die Jeziden nur eine Minderheit unter den Kurden. Vor allem in der angeblich laizistischen Türkei sind die Jeziden wegen ihres Glaubens zunehmender Verfolgung ausgesetzt.

Die Lage der kurdischen Minderheiten in den drei kaukasischen Republiken hat sich seit den 20er Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Obwohl die Beziehungen zwischen Armeniern und Kurden durch die Ereignisse in der Türkei, wo sich Kurden an Armeniermassakern beteiligt hatten, belastet waren, erging es den Kurden in

Armenien weitaus besser als in den sowjetischen Nachbarrepubliken: In den 30er Jahren wurden in den kurdischen Schulen in Sowjetarmenien fast alle Fächer in Kurdisch unterrichtet und jährlich erschienen etwa 30 kurdischsprachige Bücher. Seit 1930 erscheint die kurdische Zeitung "Riya Teze" (Neuer Weg), und 1955 nahm in Eriwan ein kurdischer Radiosender seine Arbeit auf. Außer am Institut für Kurdologie an der Universität von Eriwan, wo zehn kurdische Akademiker tätig sind, besteht auch an der Akademie der Wissenschaften Armeniens ein eigener Bereich für Kurdologie. Zweifellos sind nirgends sonst so viele kurdische intellektuelle Kader herangebildet worden, wie im ehemaligen Sowjetarmenien.

Obwohl die meisten Kurden in Aserbaidschan leben, wurden ihnen dort keine kulturellen oder sonstigen Rechte zugestanden. Sogar in dem kurzlebigen "Autonomen Kurdischen Gebiet" wurde kein einziges Buch veröffentlicht, keine einzige kurdische Schule gegründet. In den 30er Jahren erschienen in Aserbaidschan nur ein Dutzend kurdische Publikationen, nach 1938 überhaupt keine mehr.

Zwar ist in den Bereichen Sprache, Kultur und Kunst vieles geleistet worden, aber man darf nicht vergessen, daß z.B. erst ab 1960 auch Bücher über die Geschichte der Kurden erschienen. Bis dahin wurde die kurdische Geschichte meist nur beiläufig in den geschichtswissenschaftlichen Publikationen behandelt. Dieses Defizit dürfte kein Zufall sein, denn die Sowjetunion hat seit ihrer Gründung keine rühmliche Rolle in der jüngeren Geschichte Kurdistans gespielt. Die drei blutig niedergeschlagenen Kurdenaufstände in der kemalistischen Türkei wurden als reaktionär eingestuft. Das chauvinistische Baath-Regime im Irak, lange Zeit ein enger Verbündeter der Sowjetunion im Nahen Osten, konnte bei der Niederschlagung der Kurdenrebellionen unter Barzani auf die Unterstützung Moskaus zählen. Lediglich im Falle der kurzlebigen Kurdenrepublik von Mahabad auf iranischem Gebiet (1945/46) schien es zeitweilig so, als ob die Sowjetunion einen unabhängigen kurdischen Staat unterstützen würde. Doch am Ende ließ sie die Kurdenrepublik von Mahabad genauso im Stich, wie die in Täbriz ausgerufene Aserbaidschanische Republik.

Ein deutlicher Beweis für die kurdisch-armenische Solidarität ist der im Februar 1988 verfaßte offene Brief prominenter kurdischer Intellektueller aus Armenien. Darin appellieren sie an die Partei- und Staatsführung in Moskau und die Parteichefs in Baku und Eriwan, das zwischen Berg-Karabach gelegene, kurdisch besiedelten Gebiet an Armenien anzugliedern. Ferner beklagen sich die Verfasser über die von der aserbaidschanischen Regierung betriebene Assimilationspolitik gegenüber den Kurden in Aserbaidschan. Die Existenz der dortigen Kurden würde entweder geleugnet oder ihre Zahl in den offiziellen Statistiken falsch angegeben. Es gebe keine kurdischen Schriftsteller, Künstler oder Parteifunktionäre. Die Kurden wären gezwungen, ihre Nationalität zu verleugnen, wenn sie sich für eine gehobene Stellung bewerben würden. Seit 1929 betreibe die aserbaidschanische Regierung eine Politik, die vergleichbar sei mit der Politik der Türkei gegenüber den Kurden. Im Gegensatz zu den Assimilationsversuchen Aserbaidschans hätten die Kurden in Armenien, wie die übrigen dort lebenden nationalen Minderheiten auch, alle Möglichkeiten, ihre kulturelle und nationale Identität zu bewahren. Eriwan sei ein Zentrum der kurdischen Kultur. Nur durch eine Angliederung der kurdischen Bezirke an Armenien könne gewährleistet werden, daß die dort lebenden Kurden ihre nationale Identität bewahren könnten.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen der Kurden in Aserbaidschan und Armenien sagt der aus Armenien stammende kurdische Journalist Muradov Temüre Xelil: "In Bezug auf den armenisch-aserbaischanischen Konflikt kann jeder anders denken. Die Armenier sehen sich genauso im Recht wie die Aseris. Ich bin weder ein Armenier noch ein Aseri. Ich kann lediglich sagen, wie sich die Armenier und die Aseris gegenüber den Kurden verhalten haben. Zwischen 1923 und 1930 gab es in Aserbaidschan für die Kurden ein autonomes Gebilde. Später wurde es zerschlagen und man versuchte, die Kurden zu assimilieren. Die Armenier aber haben sich ganz anders verhalten. Sie haben uns die Möglichkeit gegeben, unsere Sprache zu entwickeln. Sie haben nicht versucht, uns zu assimilieren. Kurden und Armenier haben dieselben Fragen. Beide wurden in der Vergangenheit Opfer derselben Gewalt."

Im Mai 1992 nahmen armenischen Einheiten durch eine überraschende Offensive Laschin ein. Die kleine Stadt liegt an der einzigen Verbindungsstraße zwischen Berg-Karabach und Armenien. Für die Karabach-Armenier, deren Versorgung wegen der seit Anfang 1988 verhängten aserbaidschanischen Blockade gefährdet war, hatte die Kontrolle über diesen nur sieben Kilometer breiten Korridor strategische Bedeutung. Bei seiner Einnahme sollen Kurden auf armenischer Seite an den Kämpfen teilgenommen haben. Die aserbaidschanische Regierung hat diese Berichte zwar dementiert, doch vermutlich sind sie zutreffend, denn am 11. Juni wurde auf einer Versammlung, an der Kurden aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion

teilnahmen, die "Kurdische Republik von Laschin" proklamiert und ein 16-köpfiges Übergangsparlament gewählt. In den kurdischen Gebieten soll bereits eine Freiwilligenarmee aufgestellt worden sein. Kurden in anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion wurden von der provisorischen kurdischen Regierung aufgefordert, nach Laschin zu kommen.

Über die heutige Lage in der "Kurdischen Republik Laschin" gibt es kaum Informationen. Man kann aber davon ausgehen, daß die aserbaidschanische Regierung, die seit über vier Jahren einen Vernichtungskrieg gegen die Karabach-Armenier führt, kaum gewillt sein dürfte, den Kurden, die bereits deutliche Kritik an der türkistischen Politik der Regierung in Baku geäußert haben, irgendwelche nationalen Rechte zuzugestehen. Außerdem käme eine kurdische Autonomie in Laschin für die Türkei völlig ungelegen. In Ankara werden die Aktivitäten der Kurden in Armenien und Laschin argwöhnisch beobachtet.

Es ist nicht nur die kurdisch-armenische Solidarität, die für die Herrschenden in der Türkei eine potentielle Gefahr darstellt, sondern auch die Tatsache, daß es vor allem in Armenien eine beachtliche Zahl von kurdischen Intellektuellen gibt, von denen die meisten mit dem Befreiungskampf in Kurdistan, insbesondere in Türkei-Kurdistan, sympathisieren. Im Oktober 1992 fand in Eriwan eine kurdische Konferenz statt, an der auch eine aus führenden Funktionären der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bestehende Delegation teilnahm. Die Befürchtungen Ankaras, der kurdische Befreiungskampf könnte sich in Armenien und der kleinen Kurdenrepublik um Laschin eine neue politische und organisatorische Basis schaffen, scheinen nicht ohne Grund zu sein. Nach Aussage eines Redakteurs der in Eriwan erscheinenden kurdischen Zeitung "Riya Teze" sympathisieren die meisten der in Armenien lebenden Kurden mit der nationalen Befreiungsbewegung unter Führung der PKK. Und der aus Armenien stammende kurdische Journalist T. Xelil äußerte in einem Gespräch mit der linken türkischen Tageszeitung "Özgür Gündem" die Hoffnung, daß ein zukünftig unabhängiges Kurdistan sozialistisch sein werde.

Kamo

Quellen:

Kurdistan und die Kurden Bd.1, Göttingen 1984; Yalcin Kücük, Emperyalist Türkiye, Istanbul 1992; Kurdistan Press, 6.10.1988; Yeni Ülke, 21.-27.6.1992; Özgür Gündem, 22.9.1992; Özgür Gündem, 19.9.1992; Milliyet, 16.10.1992; Taz 20.5.1992

22. Die Hizbullah - Wessen Schwert ist das " Schwert des Islam"?

Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:13

"Als Beleg für die Vermutung, daß die ‚Hizbullah`-Mitglieder von offizieller Seite gedeckt werden, wird noch auf einen anderen Vorfall hingewiesen, der sich in Silvan ereignete. Zwei Personen wurden dort am 27. April 1992 überfallen und getötet. Die Mörder flohen vom Tatort in das Haus einer Person, die in dem Ruf steht, enge Beziehungen zur ‚Hizbullah`, möglicherweise sogar eine führende Rolle zu haben. Als die Menge das Haus umringte, wurden daraus Schüsse abgegeben. Kurz darauf erschien Polizei am Tatort und nahm die Mörder und den Hausbesitzer in Gewahrsam ..."

Dies schrieb der Journalist Hafiz Akdemir in seinem letzten Bericht für die Zeitung Özgür Gündem. Kurz darauf, am 8. Juni 92, wurde er in Diyarbakir auf der Straße erschossen. Auch die im Frühjahr 92 ermordeten Journalisten Cengiz Altun von "Yeni Ülke" und Halit Güngen von "2000'e Dogru" hatten auf den Spuren der Hizbullah recherchiert. Im Mittelpunkt ihrer Recherchen standen die Verbindungen zwischen der Hizbullah und dem Sicherheitsapparat.

Mittlerweile wird die Hizbullah für einen großen Teil der 881 Morde mit "unbekannten Tätern" (so die offizielle Umschreibung), die 1992 im kurdischen Teil der Türkei begangen wurden, verantwortlich gemacht bzw. hat sich dazu bekannt. Das Zentrum der Aktivitäten der Hizbullah ist die Stadt Batman, in der das Morden der Hizbullah Ende 1991 begann. 1992 wurden alleine in Batman 139 Menschen, meist von der Hizbullah, ermordet, in den ersten 40 Tagen dieses Jahres gab es weitere 25 Morde in Batman.

Die Wurzeln der Hizbullah sollen in der in den 60er Jahren als Dachverband gegründeten "Nationalen Türkischen Schülerunion" (MTTB) liegen, die der konservativen "Gerechtigkeitspartei" nahestand. Später gelangte sie unter den Einfluß radikaler religiöser Schüler. Nach dem Putsch von 1980, der die linken Gruppen geschwächt hatte, nahmen religiös fanatische Lehrer aus diesem Umfeld an drei Gymnasien in Batman die Tätigkeit auf.

Offiziellen türkischen Quellen zufolge wurde die Hizbullah 1987 in Batman mit dem Ziel gegründet, einen islamischen kurdischen Staat zu schaffen.

Nach Informationen der Zeitschrift "2000'e Dogru" soll der damalige türkische Innenminister Abdülkadir Aksu der Hizbullah den Weg bereitet haben, indem er den Sicherheitsapparat mit islamischen Fundamentalisten durchsetzte.

Die Ausstattung der Hizbullah mit Waffen und industriellem Sprengstoff deutet ebenfalls auf eine Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsapparat hin. Immer wieder tauchte auch die Behauptung auf, Hizbullah-Kämpfer würden von türkischen Spezialeinheiten ausgebildet.

Es gibt eine Reihe von Fällen, bei denen gegen bekannte Mörder aus Kreisen der Hizbullah nicht vorgegangen wurde bzw. sie zu sehr geringen Strafen verurteilt wurden. Noch weiter geht die Zusammenarbeit zwischen Hizbullah und staatlichen Stellen in Fällen wie dem folgenden, den die liberale Zeitung Cumhuriyet berichtet (26.2.-4.3.93): "Zu den letztes Jahr in Batman Getöteten gehörte auch Faik Ülkez. Nachdem sie ihn getötet hatten, liefen zwei Personen vom Tatort weg. Von hinten kam ein weißes Auto, ein Renault. Die Mörder stiegen in das Auto ein und entfernten sich. Einige Zeugen, die den Vorfall beobachteten, notierten das Nummernschild, das Kennzeichen 72 AT 321. Dies befand sich auch in der Mitteilung der Straftat an die Polizeidirektion. Es wird beharrlich behauptet, dieses Fahrzeug werde weiter von der Polizei benutzt."

In der öffentlichen Meinung Kurdistans und von Seiten der PKK wird daher wenig zwischen der Hizbullah und der staatlichen Kontraguerilla (Counter-Guerilla) unterschieden. Begriffe wie "Hizbulkontra" u.ä. wurden hierfür geprägt. Tatsächlich treffen die Anschläge der Hizbullah-Leute in erster Linie Menschen, die auch Opfer von mutmaßlich staatlichen Todesschwadronen und von legaler Repression werden.

Auskünfte, die von Leuten der Hizbullah selbst an die Presse gegeben wurden, vermitteln ein unklares und teilweise widersprüchliches Bild dieser Organisation. Diesen Angaben zufolge wendet sich die Hizbullah sowohl gegen die laizistische Türkische Republik als auch gegen die marxistische PKK. Die Hizbullah habe

sowohl Leute von der PKK (das ist jeder, der in den Augen der Hizbullah ihr nahezustehen scheint), wie den bekannten kurdischen Intellektuellen Musa Anter, als auch der Türkischen Republik Nahestehende ermordet ("bestraft"). Nur aus taktischen Gründen würden sie derzeit an manchen Orten vom Sicherheitsapparat verschont.

Die kurdische nationale Frage sei aus islamischer Sicht nicht wichtig, doch wird zugegeben, daß die Hizbullah nur in Kurdistan organisiert ist. Gleichzeitig sieht man sich als Teil einer weltweiten Formierung von "Glaubenskämpfern" (türk. "mücahit" von arab. "mudjahid", "Kämpfer in einem heiligen Krieg", djihad): "gegen Satan und gegen den Unglauben, gegen Zionismus und Imperialismus sind wir das Schwert des Islam." Diese weltweite Bewegung soll jedoch nicht organisatorisch verbunden sein. Dies sei auch nicht notwendig, da der Koran als Handlungsanweisung ausreiche, dazu brauche man nichts als "Buchstabenkunde".

Dementsprechend werden auch Verbindungen zur iranischen und zur libanesischen Hisbollah geleugnet. Die in letzter Zeit von offizieller Seite aufgestellte Behauptung, die Hizbullah stünde unter iranischem Einfluß, wird auch mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß sie Teil des sunnitischen und nicht des schiitischen Islam seien. Der Iran diene nur als Vorbild, da der Unglaube dort auf ewig besiegt sei.

Trotzdem wird zugegeben, daß jetzige Mitglieder der Hizbullah im Libanon militärische und religiöse Ausbildung erhielten und auch an Kämpfen gegen die von Syrien beeinflußte, schiitische Amal-Miliz teilnahmen (wohl auf Seiten der libanesischen Hisbollah).

Die Bezeichnung "Hizbullah" (arab. "hisbu-'llah", "Partei Gottes") sei ihnen von der Presse verliehen, die Gruppe nenne sich selbst "Islamische Befreiungsbewegung" ("Islami Kurtulus Hareketi"), könne aber eines Tages auch den Namen Hizbullah annehmen ...

Aus Sicht der Hizbullah teilt sich die Welt in "Gut" und "Böse", das "Dar-ül Islam" und das "Dar-ül Harb". Dahinter steht das arabische Begriffspaar vom "dar(u)-es-salam" "Haus des Friedens/Heils" und "dar(u)-el-harb", "Haus des Krieges" als Bezeichnung für die islamische und die nichtislamische Welt.

Von religiöser Begrifflichkeit und Wertkonservativismus ist auch ihre Kritik an der PKK geprägt. Ihr wird "Götzendienst" am Marxismus vorgeworfen. Ein weiterer Vorwurf bezieht sich auf die Teilnahme von Frauen am Guerillakampf: "In welchem Kriege des Propheten, unseres Herrn, in welchem heiligen Kriege der Kämpfer des Islam haben Frauen und Männer..." Neben diesen weltanschaulichen Begründungen steht etwas unvermittelt eine ökonomische, nämlich daß andere Staaten - durch angebliche Unterstützung der PKK - die Türkei daran hindern, ihre Ölreserven in Kurdistan voll auszubeuten.

Regional hat die Hizbullah vor allem in Batman, Silvan, Kiziltepe (bei Mardin) und Siirt Anhänger. Viele Hizbullah-Leute in Batman sollen zum kurdischen Stamm der Habizbin gehören. In Diyarbakir ist sie besonders in dem Stadtviertel "Baglar" organisiert, hat aber auch Treffpunkte in zwei anderen Vierteln. Neben speziellen Cafés und Moscheen dienen ihr insbesondere Buchläden mit dem Namen "Ilim", "Wissen", als Treffpunkte. In letzter Zeit wurden solche Treffpunkte von der PKK verstärkt angegriffen. Für das kommende Newroz-Fest (21. März) hat die Hizbullah eine Machtdemonstration gegen die PKK in Batman angekündigt. Auch von der nationalen kurdischen Bewegung soll in Batman verstärkt mobilisiert werden.

Es scheint, daß die Hizbullah mehr als nur ein Zweig des türkischen Geheimdienstes ist; in dem Sinne, daß sie über eine Basis in Teilen der Bevölkerung verfügt. Diese Basis dürfte allerdings weit geringer sein als die Anhängerschaft der PKK. Unübersehbar ist die Hizbullah genannte Organisation zumindest mit einem Teil des Staatsapparates zur Zeit gegen die PKK und potentiell gegen alle Linken und Liberalen im Bunde.

Sicher ist die "Hizbullah" nicht der verlängerte Arm Teherans, selbst falls es irgendwann einmal Verbindungen gegeben haben sollte. Denn, so bringt es ein Reporter von "Yeni Ülke" auf den Punkt, "die Ermordeten waren nicht gegen die iranische Regierung aktiv, sondern gegen die türkische", und das Verhältnis dieser Regierungen ist von der Konkurrenz um Einflußsphären geprägt.

Zu denken gibt auch das Aufkommen der Hizbullah gerade in Batman. Batman ist das einzige Erdölzentrum der Türkei und die einzige wirkliche Industriestadt Kurdistans. Gelänge es der PKK, sich unter den Arbeitern Batmans breit zu organisieren, so hätte der türkische Staat viel verloren.

jasa

23. "Bringt die Journalisten zum Schweigen." Oppositionelle Presse in der Türkei

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:12

Seit ungefähr einem Jahr bekämpfen staatliche Killerkommandos und islamische Fundamentalisten die oppositionelle, insbesondere die prokurdische Presse in der Türkei. Am 19. Februar 1993 wurde Kemal Kilic in der Nähe von Urfa ermordet, der für die Tageszeitung Özgür Gündem und das Wochenblatt Yeni Ülke arbeitete. Er war bereits das zweite Opfer in diesem Jahr: am 24. Januar wurde Ugur Mumcu von der Zeitung Cumhuriyet von einer Bombe getötet. Mittlerweile mußte Özgür Gündem wegen dieser Angriffe ihr Erscheinen einstellen. Der folgende Artikel beschreibt diese Form der Zensur und das Selbstverständnis von Özgür Gündem.

"Seit der Gründung der Türkischen Republik sind in der Türkei Zeitungen erschienen, die die offizielle staatliche Ideologie wiedergeben. Zweifellos wird sich Özgür Gündem zu ihnen unterscheiden. Die offizielle staatliche Ideologie, die Frucht des Kemalismus, vergeht und verliert an Kraft. Damit die öffentliche Meinung nicht auf die falsche Politik ausgerichtet wird, ist eine Zeitung notwendig".

So die Worte des Verlegers der Tageszeitung Özgür Gündem, Yasar Kaya, zum 30. Mai 1992, dem ersten Erscheinungstag von Özgür Gündem. In einem Interview in der Zeitung Yeni Ülke vom 24.-30. Mai 1992 hatte Yasar Kaya erklärt, daß seine Zeitung innerhalb der türkischen Presse einen neuen Platz einnehmen werde: "Gündem will eine Zeitung sein, die die Demokratie und die Menschenrechte achtet und diese verteidigt. Ohne daß die Menschen ihre Vorstellungen demokratisieren, ohne daß sie von freien Gedanken Besitz ergreifen, ist den Menschen eine Diskussion unmöglich". Özgür Gündem machte die Veröffentlichung unverfälschter Informationen über die Lage in Kurdistan zu einem ihrer Schwerpunkte, da "ohne die Lösung der kurdischen Frage eine Demokratie unmöglich" sei (Yasar Kaya).

Der Beginn der Herausgabe von Özgür Gündem fiel in ein Klima, in dem die türkische Regierung zwar am 3. November 1989 den Zeitungen erlaubte, das Wort "Kurden" zu schreiben, wo aber das Staatssicherheitsgericht von zehn Ausgaben kurdischer Zeitungen neun beschlagnahmen ließ. Teil des schmutzigen Krieges, den der türkische Staat gegen die kurdische Bevölkerung und deren Unabhängigkeitsbestrebungen führt, ist die - vielschichtig angelegte - Einschränkung der Pressefreiheit. Die staatliche Kontrolle von Informationen und Recherchen in den seit 70 Jahren unter Ausnahmerecht stehenden zehn kurdischen Provinzen ist ein Aspekt der "Antiterrorismusmaßnahmen", mit denen der türkische Staat seinen Terror vollzieht.

Am 14. April 1990 verabschiedete die türkische Regierung mehrere Dekrete, in denen u.a. dem ohnehin mit fast diktatorischen Vollmachten ausgestatteten "Supergouverneur" des Ausnahmegebietes Befugnisse erteilt wurden, Pressebüros ohne Nachfrage bei angeblich "unwahrheitsgemäßen Reportagen und Kommentaren" zu schließen. (Middle East Journal 44/1990) Eine schriftliche Mitteilung der türkischen Regierung an die Mitgliedsstaaten des Europarates im August 1990, in der sie für die kurdischen Provinzen die Aufhebung der Artikel 5, 6, 8, 9 (Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit), 10 (Recht auf freie Meinungsäußerung), 11 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention bekanntgab, blieb ohne Reaktionen seitens der westeuropäischen Staaten.

Als die ersten Ausgaben von Özgür Gündem erschienen, hatte eine Serie von Morden an Journalisten bereits begonnen. Am 18. Februar 1992 wurde Halit Güngen von der Zeitung 2000'e Dogru ermordet, am 24. Februar 1992 ein Journalist der Zeitung Yeni Ülke, Cengiz Altun. Beide recherchierten in Kurdistan über unaufgeklärte politische Morde. Bis Anfang Juni waren noch zwei weitere Journalisten, Izzet Keser und Mecit Akgün, Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Acht Tage nach ihrem ersten Erscheinen, am 8. Juni 1992, starb als erster Journalist von Özgür Gündem Hafiz Akdemir in Diyarbakir.

Hafiz Akdemir berichtete über Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten, über Verbrechen des türkischen Geheimdienstes (MIT) und des Militärs und über die Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Ähnlich wie die Mehrzahl der 14 im Jahr 1992 ermordeten Journalisten hatte er Morddrohungen erhalten und wurde ebenso hingerichtet: auf dem Weg vom oder zum Büro mit einer Pistole Smith & Wesson Kaliber .38 in den Nacken geschossen.

Fünf der ermordeten Journalisten hatten für Özgür Gündem gearbeitet, darunter der bekannte Kommentator und Intellektuelle Musa Anter. Der Yasar Kaya, der Verleger von Özgür Gündem: "Es spielt keine Rolle, ob wir die Morde der Hizbullah oder den Agenten der Konterguerilla zuschreiben; am Ende steht die Tatsache, daß der Staat hinter den Morden steht. Dieser unternahm keine Anstrengungen, die Morde aufzuklären, noch wurde einer der Mörder gefunden" (zit. nach einer Erklärung des türkischen "Zeitgenössischen Journalistenverbandes", 28.8.1992). Der türkische Ministerpräsident erklärte am 11. August 1992 zu den Attentaten: "Die Ermordeten waren keine wirklichen Journalisten. Sie waren als Journalisten getarnte Militante. Sie töten sich gegenseitig." (nach amnesty international, EUR/44/75/92, Nov. 1992)

Die JournalistInnen von Özgür Gündem berichteten weiter: über die Konterguerilla, die 1992 über 51 kurdische PolitikerInnen, Intellektuelle und Presseleute ermordete - wozu sich bisher die regierungstreuen türkischen Zeitungen zu keiner Stellungnahme veranlaßt sahen; über die Entvölkerung und Zerstörung von hunderten von kurdischen Dörfern und über die Angriffe der Sicherheitskräfte auf die Stadtbevölkerung, die in den letzten 1 1/2 Jahren mehr als 1 Million Menschen zur Flucht nötigten; über von der BRD gelieferte Waffen, die in den kurdischen Gebieten eingesetzt werden.

Der Bedarf an Informationen war (und ist) groß: die Zeitung hatte Auflagen von täglich bis zu 60.000 Exemplaren. Und Özgür Gündem wollte mehr sein: eine Vermittlungsplattform für "die in der Türkei lebenden Brudervölker" und "die unvergeßlich revolutionäre und demokratische Stimme des kurdischen und türkischen Volkes" (Yasar Kaya).

Die Antwort des türkischen Staates war schon lange formuliert. "Bringt die Journalisten zum Schweigen", soll sich ein Militär kurz nach dem Amtsantritt von Ministerpräsident Demirel im Oktober 1992 geäußert haben, "dann sind die Probleme im Südosten innerhalb von sechs Monaten gelöst" (p&k, Zeitschrift der IG Medien, 2/1993). Bereits im Jahre 1991 wurden 1392 Prozesse gegen JournalistInnen angestrengt, die Behörden haben 121 Zeitungen unter Zensur gestellt bzw. ganz verboten und 29 Bücher beschlagnahmt (Pressemitteilung des DJV, 18.01.1993). Im Herbst 1992 begann die sogenannte "innere Offensive" zur "Lösung der Kurdenfrage" (worunter u.a. die Verschleppung und Verhaftung von 20.000 Menschen und die staatlich begünstigte Ermordung von mehr als 800 Menschen aus der Zivilbevölkerung allein 1992 verstanden wurde - noch nicht einmal zehn von den letzteren fanden die regierungstreuen Zeitungen erwähnenswert). Zur Vorbereitung dieses in der internationalen Öffentlichkeit mit Schweigen bedachten Mordens soll eine unabhängige Berichterstattung verhindert werden. Oppositionelle Zeitungen werden mit militärischen, ökonomischen, juristischen und politischen Mitteln unter Druck gesetzt, ihre Berichterstattung zu ändern bzw. ihr Erscheinen ganz einzustellen.

Das betrifft Presseorgane wie 2000'e Dogru, Özgür Halk, Gercek, Azadi, die um ihr Überleben kämpft, nachdem Herausgeber, Chefredakteur und die Mehrzahl der MitarbeiterInnen unter Anklage stehen und von den letzten elf Ausgaben neun beschlagnahmt wurden, das Wochenblatt Yeni Ülke, das in kurdischem Besitz ist und gegen das allein 115 Verfahren laufen, und selbst die sozialdemokratisch-kemalistische, große türkische Tageszeitung Cumhuriyet.

Auch ausländische JournalistInnen sind betroffen: "Dieser Prozeß ist ein politisches Kalkül ...", erklärte der Journalist Stephan Waldberg, der für den deutschen Sender Radio Dreyeckland arbeitet, vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir, von dem er am 22.1.1993 zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft wegen angeblicher "Kuriertätigkeit für die PKK" verurteilt wurde. (S. ak 351) Daß auch die Arbeit ausländischer JournalistInnen, wenn auch mit anderen Methoden, be- bzw. verhindert werden soll, ist eine Notwendigkeit, die sich den Regierenden in Ankara stellt, damit ihr brutales Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung vor einer internationalen Öffentlichkeit auf angeblich erforderliche "Antiterrorismusmaßnahmen" reduziert werden kann. Für Pressereisen ist eine Anmeldung erforderlich, in der angegeben werden muß, wie lange man in einer Gegend zu sein und mit wem man zu sprechen gedenkt. Diese Formalität dauert mehrere Tage, da verschiedene türkische Behörden eingeschaltet sind. Die Akkreditierungsbedingungen werden laufend verschärft, um die Berichterstattung über Türkisch-Kurdistan zu erschweren. Auch ausländische JournalistInnen werden verhaftet, tagelang festgehalten, verhört und außer Landes gewiesen.

Daß die BRD-Regierung, die mit Militär-, Polizei- und Wirtschaftshilfe ihre guten Beziehungen zu dem türkischen NATO-Partner bekundet, auf die Einschränkung der Pressefreiheit und die Behinderung der Arbeit auch deutscher JournalistInnen nicht reagiert, ist nicht weiter verwunderlich.

228 Monate Gefängnis

Das Kalkül der türkischen Regierung ging, was die Tageszeitung Özgür Gündem betrifft, vorerst auf: am 15. Januar 1993 erschien ihre letzte Ausgabe. Der türkische Staat hatte seit November 1992 systematisch und mit allen Mitteln versuchte, die Verteilung der Zeitung zu unterbinden. So wurden zwei LKW der Vertriebsfirma in Brand gesteckt und sechs Kioske angezündet. Ein Kioskbesitzer wurde ermordet, andere wurden mit Morddrohungen eingeschüchtert und verprügelt. Daraufhin kündigte der Grossist Ende November 1992 den Vertrag, und Özgür Gündem versuchte, die Zeitung in ihrem eigenen Rahmen zu verteilen. Damit gerieten die Handverteiler in das Fadenkreuz der Repression. Razzien wurden angeordnet, zehn Personen wurden verletzt, und drei Handverteiler, Halil Adanir, Kemal Ekinci und Kokman Gündüz, wurden Opfer von Mordanschlägen.

Dieser Terror kalkulierte ebenso mit dem finanziellen Ruin der Tageszeitung. Ist die finanzielle Absicherung regierungskritischer Zeitungen schon deshalb ein Problem, weil sie nicht über Anzeigen und den Abdruck öffentlicher Verlautbarungen ihre ökonomische Basis sichern können, so tragen zahlreiche Prozesse gegen die MitarbeiterInnen der Zeitungen und die Verurteilung zu hohen Geldstrafen zur ökonomischen Schwächung bei.

Parallel zum Angriff auf das Vertriebsnetz von Özgür Gündem wurden 28 ihrer MitarbeiterInnen festgenommen, dem Verleger Yasar Kaya drohen Geldstrafen in Höhe von mehreren 100.000 DM. 1992 wurden 14 Eigentümer und Chefredakteure von Zeitungen und Zeitschriften zu insgesamt 228,5 Monaten Gefängnis und zu 5 Milliarden Lira Geldstrafe verurteilt. 341 Prozesse gegen 31 noch erscheinende Zeitungen dauern an. Verfahren gegen die Presse beruhen auf §6 des türkischen "Terrorbekämpfungsgesetzes", der mit "Veröffentlichung und Verbreitung", und auf § 7, der mit "Terrororganisation" überschrieben ist, sowie Anschuldigungen nach §8, "Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Staates". (Cumhuriyet, 24.01.1993)

Während des knapp achtmonatigen Erscheinens von Özgür Gündem wurden 39 Ausgaben beschlagnahmt. Infolge der Repressionen sank die Auflagenzahl der Zeitung in der Türkei auf täglich 20.000 Exemplare (wogegen sie in Europa auf 16.000 Exemplare anstieg). Mit der Einstellung von Özgür Gündem kann die kombinierte Terrorstrategie der türkischen Regierung einen vorläufigen Erfolg verbuchen.

Allerdings wird an einem neuen Projekt gearbeitet: eine Tageszeitung, gemeinsam getragen von Yeni Ülke und Özgür Gündem. Die Gründung einer eigenen Vertriebsfirma und die Suche nach breiter finanzieller Unterstützung sollen, als Reaktion auf die bisher gemachten bitteren Erfahrungen, dem neuen Projekt mehr Sicherheit geben. Nochmals Yasar Kaya: "Wir werden unsere Feinde nicht glücklich machen."

jasa

24. Somalia - ein Volk stirbt (Buchbesprechung)

Rubrik: Somalia; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:10

Schon im Vorwort stellt Walter Michler klar, worum es ihm mit seinem im Januar 1993 erschienenen Buch "Somalia - ein Volk stirbt. Der Bürgerkrieg und das Versagen des Auslands" geht: Da Somalia, so eine der Hauptthesen des Buches, sich nicht aus eigener Kraft retten konnte, hätte die "Weltgemeinschaft" früher intervenieren müssen, um das Sterben des somalischen Volkes zu beenden.

"Eine späte Kehrtwende ist immer noch besser als gar keine: Vor wenigen Tagen haben die ersten Einheiten einer internationalen Streitmacht somalischen Boden betreten. Mehr als 30.000 gutgerüstete Soldaten intervenieren, um ein sterbendes Volk vor seinem totalen Untergang zu retten. Ein richtiger Schritt, ohne Wenn und Aber. Ein Schritt auch, der eine Zeitwende markieren sollte: Die militärische Intervention als Dienerin der Humanität und Menschenrechte muß zu den Grundpfeilern einer neu zu etablierenden Weltordnung gehören." Daß die "Denkernation" Deutschland sich über die Entsendung von ein paar Bundeswehrsanitätern - "in kleinkariertem Dorfgeist befangen" - streitet, hält Michler für eine überflüssige Debatte. Er sähe es lieber, wenn die anscheinend in Somalia hoch angesehenen Deutschen beim Wiederaufbau des Landes eine führende Rolle übernähmen.

Diese im Vorwort umrissenen Positionen machen das Buch für LeserInnen, die dies so nicht teilen und eine militärische Intervention nicht für den richtigen Schritt halten, natürlich problematisch. Denn diese Argumentationslinie zieht sich als scheinbare Objektivität durch alle drei Kapitel.

Der erste Teil des Buches ist eine dokumentarische Reportage, die Michler schon Anfang 1992 zusammen mit Guenay Ulutuncok in Somalia für verschiedene Fernseh- und Rundfunksender verfaßte. Diese ist für das Buch nur stellenweise aktualisiert worden, da sich zum einen, so Michler, die Lage bis Ende 1992 kaum verändert hat. Zum anderen, weil damit belegt werden kann, daß die Katastrophe nicht nur schon lange absehbar war, sondern schon fast ein Jahr, bevor die Weltöffentlichkeit reagierte, stattfand. Die Reportage umfaßt nicht nur eine Beschreibung der Lage Mogadishus, sondern beschreibt auch die Reise in das Innere des Landes in verschiedene Lager und Krankenhäuser der Hilfsorganisationen. Die langjährige Arbeit in Schwarzafrika und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Hilfsorganisationen ermöglichten Michler sowohl Gespräche mit Ali Mahdi und General Aideed, den Generälen der sich bekämpfenden Bürgerkriegsparteien, wie auch mit dem ehemaligen Machthaber Siad Barre.

Auch Michler hat das Problem, das kaum vorstellbare Elend und Grauen in Worte zu fassen. Er neigt dabei zu einer Übersteigerung des Schreckens, die die Sprache zum Teil kraftlos werden läßt. Michler selbst: "Und diesen Schock, den ich nach Europa mit zurückgebracht habe, dieses unterdrückte Trauma im Innern, das wir Berichterstatter gar nicht haben sollen - eben weil es die angebliche Objektivität vereitelt -, diese psychische Hinterlassenschaft meiner Somalia-Reisen läßt unbändige Wut, Abscheu und Verachtung in mir hochsteigen ..." Und dieser "Schock" ist eben auch eine Qualität des Buches.

Relativ beiläufig gibt er eine Einführung in die historischen Hintergründe und die momentane Konstellation der sich bekämpfenden Parteien, leider an dieser Stelle recht oberflächlich. Eine objektivere Beobachtung und Annäherung an die Konfliktlinien wird oft durch eine sprachliche Brandmarkung der verschiedenen Konfliktparteien erschwert, so ist z.B. von durchgedrehten Guerilla-Kämpfern im Drogenrausch die Rede, oder die USC wird als "tödlicher Motor im somalischen Untergangsinferno" beschrieben.

Im zweiten Teil wird aber wieder einiges gerade gerückt. Hier wird ein leicht verständlicher und detaillierter Überblick über die für Europäer verworrene Geschichte und über die Hintergründe der neueren Entwicklung Somalias gegeben; wohl die aktuellste Darstellung, die zur Zeit verfügbar ist.

Neben der Bedeutung, die die umfangreichen Waffenlieferungen in der Vergangenheit in ein nach geostrategischen Gesichtspunkten für wichtig erachtetes Land gespielt haben, an denen auch die BRD beteiligt waren, wird hier auch die Rolle des Nordens (Staaten der "Ersten Welt") gegenüber den verarmten Ländern des Südens angesprochen und die Nichtberichterstattung über genau diese Zusammenhänge. "Das Sterben in Schwarzafrika gehört längst zur Tagesordnung, und das Verdrängen unserer vielfachen Mitverantwortung auch. Waffenlieferungen Hungerlöhne für die afrikanischen Kaffeebauern und

Baumwollpflücker - auch das ist ‚nicht aktuell`, weder für die Medien noch fürs weiße Bewußtsein. (...) Schwarze Tote zählen eben weniger als weiße Tote."

In den weiteren Abschnitten klagt Michler die "Weltgemeinschaft" (was für eine Gemeinschaft das auch immer sein soll) an, Somalia nicht früher geholfen zu haben. Frühere "Hilfe" hätte unzählige Menschenleben retten können. Nicht schlüssig sind allerdings meiner Meinung nach die Argumente Michlers, daß allein Interventionstruppen Somalia retten können. Diese These soll unter anderem durch eine Chronik der Ereignisse von Januar 1991 bis Dezember 1992, die den dritten Teil des Buches ausmacht, untermauert werden.

at

Walter Michler: Somalia - ein Volk stirbt. Der Bürgerkrieg und das Versagen des Auslands. Bonn, Dietz-Taschenbuch, 1993; 128 Seiten, DM 16.80

25. Arbeitslos? - Auswandern

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:08

Freitag, 19. Februar 1993: Großbritannien hat zum zweiten Male innerhalb der letzten zehn Jahre über drei Millionen Arbeitslose. Genau gesagt sind nach offizieller Zählung 3.062.000 Menschen ohne Arbeit, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent. Hinzukommen noch rund 1,4 Millionen Menschen, die derzeit von der britischen Arbeitslosenstatistik nicht erfaßt werden. Das sind überwiegend Frauen und einige Leute, die in staatlichen Bildungsmaßnahmen stecken. Über 1,5 Millionen Menschen zählen zu den sogenannten Langzeitarbeitslosen: Sie sind seit über einem Jahr arbeitslos und gelten als schwervermittelbar. Und es ist noch kein Ende der Wirtschaftskrise abzusehen. Sinkende Zinsen hin, geringe Inflationsrate her, die Regierung Major hat derzeit keine Strategie, um das Land aus der Krise zu führen.

In dieser Situation schrieb Charles Stratton, seit 18 Monaten arbeitslos, an Premier Major, was der ihm denn in seiner Situation empfehle. Und Charles Stratton ist nicht irgendein Arbeitsloser. Er hat vorher als Marketing Manager gearbeitet und rund 20.000 Pfund im Jahr verdient. Obendrein stammt er aus einer stramm konservativen Familie, die seit jeher die Tories unterstützt hat. Großvater wurde für sein Engagement für die Tories zum Ritter geschlagen und auch Charles Stratton hat nach eigenen Angaben bislang immer die Blauen gewählt.

Doch die Antwort aus Nr. 10 Downing Street hat diese traditionelle Unterstützung wohl beendet. "Ich bedauere es sehr, daß es hier im Moment keine offenen Stelle gibt, aber ich nehme doch an, daß Sie mit ihren Sprachkenntnissen Arbeit in Frankreich finden werden."

Diese Antwort des Premier hat Charles Stratton den Atem verschlagen: "Sie wollen ihre Hände in Unschuld waschen." Nach Ansicht von Stratton hat die Regierung nicht den Funken einer Idee, wie aus der Krise herauszukommen ist. "Diese Antwort zeigt das Niveau dieser Leute. Als ob die Franzosen nicht selber genug Probleme haben", fügt Mr. Stratton noch hinzu. Und das stimmt. Die Arbeitslosenquote in Frankreich ist ungefähr genauso hoch wie im UK.

Der Ratschlag, doch nach Frankreich zu gehen, hat vermutlich damit zu tun, daß Charles Stratton derzeit neben speziellen Managementkursen auch Französisch studiert. Doch für ihn selbst ist die Antwort auf seinen Brief nichts anderes als der Versuch, sich bequem aus der Affäre zu ziehen: "Gewöhnlich sagen sie (die Regierung, Erg.d.A.), daß du auf dein Rad steigen mußt, um im UK Arbeit zu finden. Jetzt aber scheint der Premierminister der Ansicht zu sein, daß wir alle das Land verlassen sollen. Das ist auch eine Methode, die Arbeitslosenstatistik zu bereinigen und obendrein noch sehr elegant."

Immerhin sah sich das Büro des Premierministers genötigt, dem Antwortschreiben noch eine Erklärung gegenüber der Presse nachzuschieben: "Mit dem gemeinsamen europäischen Markt gibt es größere Chancen und Möglichkeiten für Leute, ihre speziellen Fähigkeiten anderswo, in der übrigen EG, anzuwenden, aber der Premierminister hat auf keinen Fall den Versuch unternommen, Arbeitslosigkeit zu exportieren. Der Ausdruck, daß es hier zur Zeit keine freien Stellen gebe, war konkret auf die Verhältnisse im Amtssitz des Premier gemünzt."

Zugegeben, die wirtschaftliche Situation in ganz Europa ist beschissen und das UK gehört zu den Staaten der EG mit den höchsten Arbeitslosenzahlen neben Spanien und Irland. Aber was ist von einer Regierung zu halten, die ihren Leuten empfiehlt auszuwandern? Welches Vertrauen hat diese Regierung in ihre eigene Politik?

Offensichtlich wenig, könnte mensch jetzt antworten, doch Major, Lammont, Hesseltine und Co. werden sicherlich darauf insistieren, daß die derzeitige Situation nicht mit so einfachen Antworten und Sätzen zu lösen ist, insbesondere da die Opposition des Landes auch keine besseren Ideen auf Lager hat. Lassen wir mal den braven Schotten John Smith aus dem Spiel und stellen fest, die Regierung weiß nicht weiter.

Raus aus dem EWS, das ist gut für England; wieder zurück ins EWS, noch besser für England? Inflation runter, Zinsen rauf ist gut für den Aufschwung; Zinsen runter, Inflation weiterhin gering, ist andererseits ebenfalls gut für den Aufschwung. Und dann noch Maastricht: Mal heißt es, stimmt das Parlament für die Übernahme der Sozialcharta - John Major hat ausgehandelt, daß diese für das Vereinigte Königreich nicht gilt -

dann ist das Vertragswerk von Maastricht gestorben. Prompt setzten die Tory-Euro-Rebellen alles darauf, zusammen mit Labour für die Sozialcharta zu stimmen. Dann ließ die Regierung verlauten, daß sie das Abkommen auch ohne die Zustimmung des Parlaments ratifizieren könne, und schließlich überraschte der Außenminister das Parlament mit dem Hinweis, daß nach neuesten juristischen Erkenntnissen ein Votum des Parlaments für die Übernahme der Sozialcharta keinen Effekt auf die Ratifizierung der Verträge von Maastricht in der von John Major ausgehandelten Form habe. Welch klare Strategie! Hinzukommt, daß Major sich weigert, diese neuesten juristischen Erkenntnisse öffentlich bekanntzugeben, so jedenfalls in einem Brief an John Smith, Chef der Labour Party.

Sowohl dieses Vorgehen als auch die Antwort auf den Brief von Charles Stratton zeigen eine Regierungslinie, die sich durch den berüchtigten Londoner Nebel tastet. Mich erinnert das an eine Artikelkampagne der "Sun" im letzten Wahlkampf, als es dort hieß, falls Labour gewinnt, hätten die Brits nur noch eine Chance: Wir verlassen das Land und der/die Letzte macht das Licht aus. Offensichtlich bedurfte es dazu keiner Labour Regierung!

Andreas Skrypietz, Bristol

Quelle:

The Guardian, 19.02.1993

26. "Guatemala soll ein Profil wie ein Guipil bekommen" - Gespräch mit Rolando Morán (URNG-EGP)

Gespräch mit Rolando Morán (URNG-EGP) über die Zukunft Guatemalas

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:01

Rolando Morán, Jg. 1932, ist Chef des "Guerillaheeres der Armen" (EGP) und gehört der vierköpfigen Generalkommandantur der Befreiungsfront URNG an. Als Studentenführer mußte er 1954 ins Exil gehen. Schon damals lernte er Che Guevara kennen, mit dem ihn eine tiefe Freundschaft verband. Rolando Morán, dessen "Klarname" Ricardo Ramírez ist, hielt sich oft und lange im revolutionären Cuba auf. Er gehörte 1962 zu den Gründungsmitgliedern der ersten FAR-Guerillagruppen. Nach deren Zerschlagung kehrte er als einer der wenigen Überlebenden ins Land zurück und baute im Nordosten des Landes das EGP auf, das zu 60-80% von Guerillas indianischer Herkunft getragen wird.

Ich sprach mit Rolando Morán über den Stand der Friedensverhandlungen sowie über die Rolle, die Indianer in der Befreiungsbewegung spielen.

Warum sind Sie nach Oslo gekommen, Herr Morán?

Rolando Morán: Regierung und Armee, die nationale Versöhnungskommission (CNR) sowie wir, die URNG, wurden eingeladen, um an der Verleihung des Nobelpreises an eine guatemaltekische Indígena teilzunehmen. Unglücklicherweise waren bei der feierlichen Zeremonie weder die Regierung noch die Armee anwesend. Allein der Schlichter, Bischof Rodolfo Quezada Toruño und die Vertretung der URNG nahmen teil.

Welche Bedeutung hat für Sie die Nichtteilnahme des Chefunterhändlers der Regierung, Manuel Conde Orellana, sowie des Armeevertreters Mario René Enriquez, die beide von Rigoberta Menchú persönlich eingeladen worden waren?

Hier sind mehrere Aspekte zu betrachten: Regierung und Armee sahen es ohnehin nicht gerne, daß dieser Preis an eine guatemaltekische Indígena verliehen wurde. Zudem einer, die für Menschenrechte, Frieden und die nationale Aussöhnung eintritt. Es ist bekannt, daß sich die Regierung und besonders die Armee ablehnend äußerten, als die Entscheidung des Nobelkomitees bekannt wurde. Sie waren der Meinung, Rigoberta verdiene den Preis nicht, weil sie dem Ansehen des Landes geschadet habe. Dabei hat Rigoberta nie etwas anderes als die Wahrheit gesagt.

Dies steht im Gegensatz zu der positiven Aufnahme, welche die Nachricht in vielen Ländern fand. In Lateinamerika wurde sie als Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Ureinwohnern gefeiert.

Es scheint, daß mit der Abwesenheit von relevanten Repräsentanten des offiziellen Guatemalas auch eine diplomatische Initiative gescheitert ist: die norwegische Regierung lud alle Konfliktparteien ein, wollte sie ins SAS-Hotel bugsieren, in der Hoffnung, daß etwas Positives dabei herauskomme.

Diesen Versuch gab es in der Tat. Man wollte die Bedingungen für informelle Kontakte und Gespräche herstellen. Damit sollten die festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang gebracht werden. Deswegen bewerten wir die Nichtteilnahme von Herrn Conde Orellana und General Enriquez nicht nur als Akt der Ablehnung gegenüber Rigoberta Menchú sondern auch als Versuch, den Verhandlungsprozeß zu torpedieren und weitere Gespräche zu behindern.

Es waren trotz allem Vertreter des "offiziellen" Guatemala in Oslo: der Arbeitsminister Solórzano, der Minister für politische Angelegenheiten sowie der Botschafter Guatemalas in Schweden.

Mario Solórzano ist zwar Minister, er kam jedoch nicht in Vertretung der Regierung sondern der Sozialistischen Internationale (SI), der seine Partei PSD angehört. Die anderen beiden kamen nicht als politische Vertreter der Regierung sondern sollten lediglich ein diplomatisches Signal geben, daß die Regierung nicht ganz fehlte.

Kam es zwischen Ihnen zu Kontakten?

Wir begrüßten uns und stellten uns vor. Das war alles. Es kam zu keinerlei politischen Kontakten, denn dafür sind sie einfach nicht zuständig. Dafür gibt es eine Regierungskommission, der Herr Conde vorsteht und zu der auch hohe Armeevertreter gehören. Diese führt für die Regierungsseite die Friedensverhandlungen, genauso wie wir in der Generalkommandantur der URNG Zuständige designieren. Bischof Quezada Toruño wurde aufgrund seiner Funktion als Schlichter im Verhandlungsprozeß eingeladen. Er kam, um an den vorgesehenen informellen Treffen teilzunehmen, die schließlich leider aufgrund einer bewußten Entscheidung der Regierungsseite nicht zustandekamen.

Zu den Verhandlungspunkten: über die Tagesordnung der Friedensgespräche einigte man sich im April 1991. Im Juli 1991 gab es ein Rahmenabkommen zur notwendigen Demokratisierung und nach langem Ringen wurde schließlich im August 1992 ein Teilabkommen über die paramilitärischen Zivilpatrouillen (PAC) unterzeichnet. Im Unterschied zu ihrer früheren Position akzeptierte hier die URNG die weitere Existenz dieser paramilitärischen Verbände, wenngleich die Teilnahme nun freiwillig sein soll.

Was die Menschenrechte betrifft, gibt es insgesamt elf Problemfelder, die in einem Globalabkommen aufgegriffen werden müssen. Einer dieser elf Punkte bezieht sich auf die paramilitärischen Verbände (PAC). Um eins klarzustellen: Im August unterschrieben wir kein Abkommen, vielmehr näherten sich beide Seiten an. Wir akzeptierten dies als Basis für eine Vereinbarung, die erst noch formuliert werden muß. Die Regierung erklärt darin einseitig ihre Bereitschaft, keine weiteren Zivilpatrouillen mehr zu organisieren. Außerdem soll der freiwillige Charakter der bestehenden paramilitärischen Verbände von den zivilen Autoritäten überwacht werden und nicht wie bisher von den Militärs. Wir zeigten uns beim Punkt PAC sehr flexibel, um die Verhandlungen insgesamt wieder in Fahrt zu bringen.

Aber Sie wissen doch so gut wie ich, daß in der konkreten Praxis die zivilen Autoritäten Guatemalas sehr schwach sind. Es gibt doch gerade auf dem Land vielfältige versteckte aber sehr wirksame Mittel, um die Landbevölkerung soweit unter Druck zu setzen, daß sie sich weiterhin in Zivilpatrouillen pressen läßt.

Natürlich wissen wir das. Wir wollen mit den Abkommen die Basis für die Stärkung der zivilen Autoritäten schaffen.

Trotz aller Flexibilität bleibt die Guerilla in einem Punkt sehr unflexibel, Comandante. Sie beharren darauf, das umfassende Menschenrechtsabkommen müsse unverzüglich in Kraft treten. Hier liegt ein wesentlicher Dissens zur Regierung, welche dies erst zu einem späteren Zeitpunkt akzeptieren will.

Das ist kein Mangel an Flexibilität. Wir haben eine logische und kohärente Vorstellung von den Menschenrechten. Diese birgt wichtige moralische Werte in sich und ist auch juristisch valide. Wie will man denn weitere Menschenrechtsverletzungen im Land verhindern, wenn die entsprechenden Abkommen nicht sofortige Gültigkeit erlangen? Wenn sie erst zu einem unbestimmten Zeitpunkt in Kraft treten, kann man sicher sein, daß die Menschenrechte bis auf weiteres mit Füßen getreten werden. Das liegt doch auf der Hand. Deshalb insistieren wir auch so sehr auf der sofortigen Vollziehbarkeit. Das ist eine Frage unserer Prinzipien. Der Staat hat die Pflicht, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Darüber kann man auch nicht diskutieren, einfach weil die Menschenrechte für uns nicht zur Diskussion stehen. Wir fordern ein Abkommen, in dem dies ganz klar betont wird.

Die URNG fordert im Unterschied zur Regierungsseite auch, daß die Verifizierung des Abkommens unter Beteiligung der internationalen Gemeinschaft erfolgen soll.

Wir haben mehrfach deutlich gemacht, daß die Vereinten Nationen die Supervision übernehmen soll. Angesichts der Erosion und des Niedergangs aller Institutionen Guatemalas ist es weder aus organisatorischen, noch aus juristischen und moralischen Gründen möglich, daß guatemaltekische Einrichtungen diese Aufgabe übernehmen. Wir brauchen internationale Zeugen wie beispielsweise Prof. Tomuschat. Er forderte als UNO-Experte unter anderem die Auflösung der paramilitärischen PAC und verurteilte Armee und Staat als Verantwortliche für viele Menschenrechtsverletzungen.

Bezüglich der Aufklärung von bereits verübten Menschenrechtsverletzungen gibt es ebenfalls erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Es soll eine Kommission eingerichtet werden, die zur Aufgabe hat, alle Menschenrechtsverletzungen zu registrieren, die seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen vor dreißig Jahren begangen wurden.

Registrieren, nicht verurteilen! Das soll keine strafrechtliche Instanz sein. Sie soll auch nicht Verantwortliche für Einzeltaten aufspüren. Sie soll Taten ...

...die Taten, aber nicht die Täter?

...die Taten, aber nicht die Täter aufdecken. Damit soll die Grundlage dafür gelegt werden, daß so etwas in unserem Land nie wieder vorkommt. Damit die Bevölkerung überhaupt wieder Vertrauen fassen kann, schlagen wir die internationale Beteiligung vor. Letztlich würde das sogar die Regierung stärken, weil sie an Glaubwürdigkeit gewinnen könnte, die ihr jetzt im In- und Ausland fehlt. Wir verlangen, daß diese Kommission sofort eingerichtet wird. Ursprünglich forderten wir, daß sie auch sofort zu arbeiten beginnt. Aber nach vielerlei Hindernissen, die von der Regierungsseite in den Weg gelegt wurden, waren wir flexibel genug, einem Vorschlag des Vermittlers Quezada Toruño zuzustimmen, der die sofortige Benennung, jedoch einen späteren Arbeitsbeginn vorsieht. Wir stimmen aber auf keinem Fall der Regierungsforderung zu, welche die Untersuchungen erst ganz am Ende des Friedensprozesses beginnen will. Wir würden uns aber, was der Schlichter nahelegt, darauf einlassen, bis zum Abschluß des Globalabkommens über Menschenrechte zu warten.

Für unseren Vorschlag sprechen neben moralischen Gründen auch der völlige Vertrauensverlust der Bevölkerung. Viele gehen davon aus, daß Abkommen nicht eingehalten werden oder nur tote Buchstaben bleiben. Deshalb müssen wir etwas Konkretes vorweisen. Abstrakte und theoretische Positionen helfen uns nicht weiter.

Mit der Vergabe des Friedensnobelpreises drängt sich die Beteiligung der zivilen Gesellschaft am Verhandlungsprozeß fast schon automatisch auf die Tagesordnung. Wie steht die URNG dazu?

Die Preisverleihung bedeutet in dieser Frage einen großen Schritt nach vorne, wenngleich die zivilen Sektoren schon seit geraumer Zeit ihre Teilnahme am Verhandlungsprozeß einfordern. Wir unterstützen dies. In unserem Land greift der Wunsch, an der zukünftigen Gestaltung der Gesellschaft teilhaben zu können, immer weiter um sich. Immer größere Teile der Bevölkerung wollen, daß Guatemala sich verändert. Es kann nicht so bleiben wie es ist, auf dem Stand des letzten Jahrhunderts.

Trägt dieser Preis Ihrer Meinung nach zur Beschleunigung des Friedensprozesses bei?

Mit Sicherheit. Besonders wenn man die Haltung von Rigoberta in Betracht zieht. Sie hat in ihrer Dankesrede selbst gesagt, daß sie ihn nicht als persönliche Ehrung betrachtet, sondern als Kampfinstrument. In ihren Händen wird der Nobelpreis zugunsten der Menschenrechte, des Friedens und der nationalen Aussöhnung eingesetzt.

Was die Zeiträume für das Ende des Krieges betrifft: zeichnen sich denn in naher Zukunft - Monaten - wichtige Schritte ab, oder ist alles unsicher und unklar?

Es zeigt sich immer wieder, daß man in letzter Zeit für viele Teile der Erde keine Prognosen abgeben kann, die auch zutreffen. Viele Umwälzungen vollziehen sich in Tagen, Wochen oder Monaten. Wir leben in einem historischen Moment, in dem sich die Welt mit schwindelerregender Geschwindigkeit bewegt. Die Veränderungen verlaufen oft unglaublich schnell und sind kaum vorherzusehen.

Anderes stagniert, oder bewegt sich mit provozierender Langsamkeit!

Andere Prozesse bewegen sich kaum, das stimmt. Aber die Hauptcharakteristik stellen die schnellen internen Veränderungen dar.

Die Beteiligung der indianischen Gemeinschaften an der Guerilla

In ihrer Organisation, der "Guerillaarmee der Armen" (EGP), ist der Großteil der Mitglieder indianischer Herkunft. Welche Besonderheiten zeichnet denn das Indianer-Sein in der Guerilla aus?

In der gesamten Guerillabewegung und nicht nur im EGP ist die Mehrzahl der Mitglieder Indígenas. Sie kämpfen nicht nur in der Guerilla sondern stellen auch den Großteil unserer politischen Aktivisten. Sie sind das Rückgrat der "Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas" (URNG). Das hängt direkt mit dem Anteil von über 60% zusammen, den die Indianer an der Gesamtbevölkerung unseres Landes ausmachen. Sie gehören zudem zu denjenigen, die am meisten diskriminiert, ausgebeutet, unterdrückt und an den Rand der

Gesellschaft gedrängt werden. Sie sind unglaublich arm. Es liegt auf der Hand, daß aus ihrer Mitte die Rebellion in ihrer reinsten Form entstehen muß.

Für mich ist es eine logische Konsequenz, daß in Guatemala die Bewegungen, die sich gesellschaftliche Erneuerung und Transformation, Rebellion und Revolution auf ihre Fahnen geschrieben haben, aus den breiten Schichten der Indianer heraus entstehen. Aus diesem Grunde kommen auch die politisch-militärischen Organisationen, welche sich zur URNG zusammengeschlossen haben, aus ihrer Mitte.

Was ist das Besondere an der Beteiligung der Indígenas?

Die demokratische Revolution von 1944 bis 1954, die bekanntlich durch eine aus den USA gesteuerte Invasion beendet wurde, hatte die Transformation Guatemalas zum Ziel. Aber sie ging von den Mestizen aus. Die Ladinos, wie bei uns die Mestizen genannt werden, sind in der Minderheit. Die große Veränderung und Besonderheit, das Resultat jahrzehntelanger Kämpfe, ist, daß heute alle Veränderungsabsichten bei den Indígenas, der Bevölkerungsmehrheit ansetzen.

Welche Rolle spielen sie in der Praxis?

Eine außerordentlich wichtige. Gestern sagte eine Norwegerin, die Guatemala kennt, zu mir, daß Europa von den Indianern viel lernen könnte. Beispielsweise von ihrer Kosmovision; der Art, wie sie alles miteinander in Beziehung setzen. Sie haben keine hierarchischen und individualistischen gesellschaftlichen Strukturen, vielmehr sind sie auf die Gemeinschaft hin ausgerichtet. Aus diesem Grund sind ihre Strukturen auch zutiefst demokratisch.

Gesellschaften wie diejenigen in Europa, die fragmentiert und bis zum höchsten Grad individualisiert sind, können hiervon viel abschauen. Die Indígenas haben darüberhinaus eine reziproke Beziehung zur Natur; das heißt, sie sehen die Natur nicht als Waren und als Objekt, das man sich aneignet. Sie begreifen sich auch nicht als Herren sondern als Teil der Umwelt.

Ich weiß nicht, ob das ausgerechnet mit dem Indianer-Sein zusammenhängt. Mir scheint es eher so, daß Menschen, die vom Land leben - mit Ausnahme der Agroindustriellen - ein ganz anderes Verhältnis zur Natur haben als städtische Arbeiter oder Angestellte. Das liegt doch eher an ihrem alltäglichen, viel direkterem Bezug dazu, am Darauf-angewiesen-Sein.

Das glaube ich nicht. Denn auch die Indígenas, die als Arbeiter in urbanen Zentren leben, bewahrten ihre besondere Mentalität und Philosophie. Sie fühlen sich der Erde und der Natur verpflichtet. Diese Vision hat 500 Jahre Unterdrückung und kulturelle Einflüsse mit vielen auferlegten Verhaltensmustern überdauert. Das beweist, daß ihre Kosmovision wirklich außerordentlich tief verankert ist. Sie begreifen die Natur als etwas lebendiges und nicht als etwas totes, was man sich beliebig aneignen kann.

Wie groß ist der Anteil von Indianern in der URNG?

Zwischen 60 und 80%.

Wieviele der 22 Ethnien beteiligen sich aktiv in der URNG?

Am aktivsten sind acht, neun Ethnien. Andere sind ohnehin sehr klein oder leben in Zonen, in denen die URNG nicht präsent ist.

Zum Beispiel?

Da sind die Chortí im Westen des Landes zu nennen. Dort operiert die URNG noch nicht. Wir sind hingegen unter anderem im Siedlungsgebiet der Quiché, Mam, Ixil, Kaqchikel, Kekchí und Tzutuhil aktiv.

Beteiligen sich nur Männer oder auch Frauen?

Die Rolle der Frauen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Seit sich die Indígenas massiv am Kampf für die gesellschaftliche Umwälzung beteiligen, ist der Frauenanteil sehr groß. Man kann leicht beobachten, daß derzeit unter den wichtigsten politischen Führungspersönlichkeiten Guatemalas vier Frauen eine besonders wichtige Rolle spielen: Rigoberta Menchú, die dem "Komitee für Bauerneinheit" (CUC) angehört, und Rosalina Tuyuc von der Witwenvereinigung (CONAVIGUA). Beide sind Indígenas. Helen Mack

Chang, die asiatische Vorfahren hat, sowie Nineth Montenegro sind die beiden anderen. Viele Frauen werden aktiv und nehmen auch Führungsaufgaben wahr. Sie sind progressiv und stehen an der Spitze der Kämpfe.

Gilt das auch für die Guerilla?

Auch in der Guerilla. Dort nehmen sowohl Männer als auch Frauen gleichberechtigt am Kampf teil.

Wie groß ist der Frauenanteil?

In der Guerilla sind es weniger Frauen als Männer, etwa 30 bis 40%.

Haben sie auch Führungsaufgaben inne? Gibt es Kommandantinnen?

Kommandantinnen haben wir keine, aber weibliche Offiziere schon.

Von der URNG sind in der Öffentlichkeit nur acht, neun Personen zu sehen: Die vier Kommandanten und vier oder fünf Angehörige der politisch-diplomatischen Kommission. Unter ihnen ist eine Frau und kein einziger Indígena.

Was, wie man so schön sagt, die erste Reihe der URNG betrifft, stimmt das. Aber Du kannst sicher sein, daß hinter uns, gewissermaßen in der zweiten Reihe, andere Compañeros und Compañeras stehen. Unter ihnen, die uns eines Tages ersetzen werden, sind viele Indígenas.

Auch die Indígenas sind nicht alle gleich. Zwar ist die Mehrzahl bitterarm, aber es gibt auch eine dünne Schicht reicher Indígenas. Hat das Auswirkungen auf ihre Politik?

In einigen Fällen schon. Wir sind jedoch der Meinung, daß das Selbstverständnis zu einer bestimmten Ethnie zu gehören sehr stark ist und vielfach sogar die Klassenzugehörigkeit transzendiert. Ein ähnliches Phänomen zeigt sich übrigens auch in Europa.

Das ja, wenngleich unter anderen politischen Vorzeichen.

Auch wenn man es in Europa negativ bewerten muß, aber dennoch tritt das Phänomen auf.

Auf dem Emblem Ihrer Organisation, der "Guerillaarmee der Armen" (EGP), ist "Che" Guevara abgebildet. Wie kommen Sie dazu?

Das gilt für uns als EGP, jedoch nicht für den Zusammenschluß der Befreiungsbewegungen als ganzes. Für uns drückt der "Che" wichtige Werte aus, die für Revolutionäre von substantieller Bedeutung sind: Seine Selbstlosigkeit, mit der er sich dem Kampf widmete; seine Einfachheit und Entschiedenheit; sein Internationalismus und außerdem sein Verdienst, klar gemacht zu haben, daß es in bestimmten Momenten angesichts der Unterdrückung durch Diktaturen keine andere Möglichkeit, als den bewaffneten Kampf gibt.

Diese Bedeutung des "Che" oder auch die Tatsache, daß eine Front des EGP nach dem vietnamesischen Befreiungskämpfer Ho Tschi Minh benannt ist, drückt den internationalistischen Anspruch Ihrer Organisation aus. Wie paßt das mit der Basis des EGP zusammen, die sich nach Ihren eigenen Worten zum Großteil aus Indianern rekrutiert, die höchstwahrscheinlich in ihrer Mehrheit über ihr Dorf oder ihren Landkreis kaum jemals hinausgekommen sind?

Ihre Kosmovision ist von einer außerordentlichen Sensibilität gekennzeichnet. Dieser Internationalismus ist in gewisser Weise Teil ihrer Mentalität. Ich versuche es an einem anderen Beispiel zu verdeutlichen: Rigoberta Menchú ist nicht nur eine Quiché-Indianerin oder eine Indianerführerin Guatemalas, sondern ein Symbol für alle Indígenas in Lateinamerika und sogar für Ureinwohner in Europa und Asien. Bei den Indígenas existiert ein Gespür für die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit. Das wird durch ihre Diskriminierung und die unglaubliche Ausbeutung, die sie über Jahrhunderte hinweg erleiden mußten, bestärkt.

Für uns in Europa ist es immer schwer sich vorzustellen, daß so unterschiedliche Ideen wie die genannte indianische Kosmovision einerseits und marxistische oder leninistische Vorstellungen andererseits in einer Organisation koexistieren können.

Schau, das liegt daran, weil der Marxismus vielfach falsch verstanden wurde. Der Marxismus hat Platz für all diese unterschiedlichen Anschauungen. Er ist viel vielgestaltiger, als vielfach angenommen wurde. Im Zuge der Dogmatisierung des Marxismus und Leninismus schloß sich der Marxismus ab. Wir arbeiten daran, daß er

sich wieder öffnet. Die Marxsche Art Probleme zu analysieren gab es immer. Marx entdeckte bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Phänomene so wie andere die Elektrizität entdeckten. Ich will damit sagen, daß es die zugrundeliegenden Phänomene schon vor deren wissenschaftlicher Entschlüsselung gab. So verstehe ich Marxismus. In diesem Sinn war für mich auch Kopernikus ein Marxist. Die bloßen Begriffe sind bei all dem wenig bedeutsam. Es geht um den Bezug zur Wirklichkeit und um den Versuch, diese zu verändern. Wenn wir nur die Ebene der Philosophie diskutieren wollten, könnten wir feststellen, daß es auch in der Ideenwelt der Maya Elemente gab, die wir als marxistisch bezeichnen könnten.

Herr Morán, zur Zeit sind hier in Europa Indianer in Mode. Diskussionen in der 500-Jahr-Kampagne, die breite und sehr positive Reaktion gegenüber Rigoberta Menchú oder das UNO-Jahr der Ureinwohner sind Indizien dafür. Ich habe gemerkt, daß der Ethnizismus auch in Ihrem Land selbst stärker wird. Besteht die Gefahr, daß nun überschätzt wird, was so lange völlig unterschätzt wurde?

Es ist möglich, daß einige Aspekte übertrieben werden. Aber in Wirklichkeit ist diese Woge des Ethnizismus, wie Du es nennst, das Resultat einer Jahrhunderte währenden Repression. Jetzt schlägt das Pendel eben in die entgegengesetzte Richtung aus. Nach so langer Unterdrückung nimmt dies nun mehr Raum ein, als ihm vielleicht in Wirklichkeit zukommt. Aber das wird sich auf die reale Größenordnung einpendeln.

Meine letzte Frage: Die Regierung behauptet, die indianischen Organisationen und die Befreiungsbewegung wollten den Nationalstaat Guatemala zerstören und das Land in ethnische reine Bezirke aufspalten. Ist das Ihr Ziel?

Ganz deutlich: nein! Gestern hat Rigoberta Menchú dazu recht gut Stellung genommen. Es geht um die Einheit in Vielfalt. Sie sagte abschließend: "Guatemala soll ein Profil wie ein Guipil bekommen." Du weißt, wie bunt und reich bestickt die Guipiles, die farbenprächtigen Blusen der indianischen Frauen sind. Dazu benutzen sie alle Farben. Dennoch sind die Muster nie grotesk, schreiend oder antagonistisch. Das ist eine zutiefst dialektische und sehr bemerkenswerte Vision eines zukünftigen Guatemala.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Albert Sterr

(Oslo, 11.12.1992)

Der Autor führte zwei weitere Interviews mit Rolando Morán. Veröffentlicht in: Albert Sterr. Ches Erben - Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika, ca. 192 Seiten, mit 10 Photos, ca. DM 25.- Neuer ISP-Verlag Köln (erscheint voraussichtlich im März 1993)

27. Guatemala: Aufbruch ins Ungewisse

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:02

Nach zehnjährigem Exil kehren derzeit die ersten 5.000 von insgesamt über 45.000 guatemaltekischen Flüchtlingen zurück, die im Nachbarland Mexiko in Lagern lebten. Ihre Heimatdörfer liegen zum Teil in "konfliktiven Zonen", im Kriegsgebiet. Es ist noch unklar, was weiter mit ihnen passiert. Denn auf der einen Seite fand in der vierten Februarwoche in Mexiko-Stadt eine neue Dialogrunde zwischen Regierung und Guerilla statt. Gleichzeitig hat die Armee aber ihre Truppen stillschweigend für eine Großoffensive in Stellung gebracht, die, so ist zu vernehmen, alles bisher dagewesene in den Schatten stellen soll.

Wir berichten über die Lage in Guatemala und dokumentieren nebenstehend ein Interview mit dem Guerilla-Kommandanten Rolando Morán (URNG-EGP), der seit über dreißig Jahren im Untergrund lebt und neben Manuel Marulanda (FARC-EP, Kolumbien) wohl zu den erfahrensten aktiven Guerillaführern Lateinamerikas zählt.

In den zwei Monaten nach Verleihung des Friedensnobelpreises an die Quiché-Indianerin Rigoberta Menchú überschlagen sich in ihrer Heimat Guatemala die Ereignisse. Zunächst ist dabei von der Rückkehr der Flüchtlinge zu berichten, die im vergangenen Herbst von deren Vertretung, dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge sowie mexikanischen und guatemaltekischen Regierungsstellen vereinbart worden war. Das schriftliche Abkommen galt als großer Erfolg für die gut organisierten Exil-Guatemalteken. Die 45.000 leben seit über zehn Jahren in mexikanischen Lagern, die sich in der Grenzprovinz Chiapas sowie in den Bundesstaaten Campeche und Quintana Roo befinden. Ihnen war nach zähen Verhandlungen zugestanden worden, daß sie geschlossen, organisiert und in großen Gruppen in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren dürfen. Bis dahin hatte die Regierung darauf bestanden, daß sie individuell, und damit leicht kontrollierbar, zurückkämen. Nach vielfältigen Verzögerungen und einem ständigen Nervenkrieg, den Regierungsstellen und Armee weiter am kochen halten, überquerten am 20. Januar die ersten 2.500 Flüchtlinge die Grenze in La Mesilla (Departament Huehuetenango) und zogen in einer langen Karawane in die Hauptstadt, wo sie von der Bevölkerung sowie von der Friedensnobelpreisträgerin empfangen wurden. Von dort aus traten sie die mehrtägige und überaus beschwerliche Reise in ihre abgelegenen und verkehrsmäßig schwer zugänglichen Heimatdörfer an. Um die Reiserouten gibt es ständig Streit, weil Regierung und Armee daran gelegen ist, daß die Ankömmlinge mit möglichst wenig Aufsehen schnell in ihren Dörfern verschwinden. Indessen versuchen die Flüchtlinge, die Rückkehr mehr im Sinne einer regierungsfeindlichen Manifestation unter großer Beteiligung der Bevölkerung zu gestalten.

Zwischen dem UNO-Hochkommissariat und diversen Regierungsstellen wird die Verantwortung über ungenügende Versorgung der Zurückkehrenden, mangelnde Vorbereitung der Zielgebiete sowie hinsichtlich der Sicherheit der Flüchtlinge hin- und hergeschoben. Der Armee, welche die Heimatdörfer der dann Geflüchteten anfang der achtziger Jahre ausradierte und das Gebiet seither militärisch besetzt hält, gelten die Rückkehrer als Guerillasympathisanten. Aus diesem Grund besteht kein Grund zur Entwarnung. Weder ist das Landproblem der Flüchtlinge gelöst, die Besitztitel sind vielfach umstritten, noch stimmt die Armee der Entmilitarisierung der Orte zu, in denen sich die Flüchtlinge niederlassen. Die oppositionelle Nachrichtenagentur CERIGUA wies zurecht darauf hin, daß die Orte vielfach kaum zugänglich sind und es weder eine Gesundheitsversorgung noch andere infrastrukturelle Einrichtungen gibt. (1) So gesehen steht das Schwierigste, die Wiederansiedlung und wirtschaftliche Reintegration der außer Landes Getriebenen erst bevor. Dabei können sie vor allem auf ihre im Exil aufgebaute Selbstorganisation zurückgreifen. Sie flohen als versprengte Grüppchen und kehren nun gemeinsam und gut organisiert zurück.

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen

Obwohl die Menschenrechte nicht mehr so massiv mißachtet werden, wie zu Beginn der achtziger Jahre, als etwa 100.000 Personen ins Exil gingen und eine weitere Million (von insgesamt ca. 9 Mio. Einwohnern) innerhalb des Landes als Vertriebene herumirrten, wird weiterhin gemordet und gefoltert. CERIGUA faßte die Recherchen der diversen Institutionen, die sich die Verteidigung der Grundrechte auf die Fahnen geschrieben haben, zusammen. Demzufolge wurden laut CDHG, der Menschenrechtskommission Guatemalas, vom 1. Januar 1992 bis zum 30. Dezember 1992 insgesamt 1438 Personen Opfer von Übergriffen. 482 (1991: 550) Menschen fielen außergerichtlichen Hinrichtungen zum Opfer, 27 (1991: 143) Personen "verschwanden"

gewaltsam. Außerdem wurden 381 (1991: 80) Attentate gezählt, 104 Personen wurden Opfer von Folterungen, in 83 Fällen (1991: 11) wurde die Zivilbevölkerung bombardiert, 198 Mal wurden Todesdrohungen vermerkt und 335 willkürliche Festnahmen aufgelistet. (2) Der Vergleich zeigt, daß zwar die Zahlen in einigen Bereichen abnahmen, dafür in anderen jedoch deutlich zunahmen. Insgesamt ist festzustellen, daß die Menschenrechte auf einem quantitativ und qualitativ ähnlich hohem Niveau verletzt werden, wie im vorhergegangenen Jahr. Dazu kommt, daß die Repressionskräfte mittlerweile mit zunehmender Perfektion dazu übergehen, politische Verbrechen als gewöhnliche Kriminalität zu tarnen. Während in den vergangenen Jahren Überfälle verübt wurden, ohne daß Geld oder Wertsachen entwendet worden wären, was eine politische Natur der Attacken wahrscheinlich erscheinen läßt, werden mittlerweile die angeblichen Raubüberfälle auch der Form nach entsprechend durchgeführt. Dies erschwert die Erkennung der Übergriffe. Es ist anzunehmen, daß die wirkliche Anzahl der Übergriffe höher ist als hier angegeben. Außerdem wird sogar von Regierungsstellen wie dem staatlichen Menschenrechtsbeauftragten, Ramiro de León, bestätigt, daß die Straffreiheit für Täter fortbesteht.

Globalabkommen zum

Schutz der Menschenrechte

Regierung und Guerilla verhandeln nun schon seit knapp zwei Jahren um ein Abkommen, in dem der Schutz der Menschenrechte festgeschrieben werden soll. Die Themen "Menschenrechte" und "Demokratie" bilden zusammen den ersten von insgesamt elf Punkten, die laut einer Übereinkunft vom April 1991 als Tagesordnung in weiteren Gesprächen abgearbeitet werden sollen. Damals wurde auch die Verfahrensweise der Gespräche festgelegt: Direkt und unter Beteiligung entscheidungsbefugter Delegationen beider Seiten; Vertraulichkeit; Beobachtung durch einen UNO-Sonderbeauftragten; Schlichtung durch den Vorsitzenden der "Nationalen Versöhnungskommission" (CNR), Bischof Quezada Toruño.

Nachdem es gelungen war, ein formal gehaltenes Rahmenabkommen über die Notwendigkeit einer weiteren Demokratisierung zu unterzeichnen (Querétaro, Juni 1991), schlitterten die Gespräche im August 1991 an der Frage der "Menschenrechte" in den Sumpf. Seither wird nur um dieses Thema gestritten. Von den übrigen zehn Punkten stand noch keiner zur Debatte. Nach einem Jahr, im August 1991, stimmten beide Seiten über einen Teilaspekt des Komplexes Menschenrechte einer vorläufigen Übereinkunft zu. Es geht um die paramilitärischen Zivilpatrouillen (PAC). Darin heißt es, daß die Teilnahme an den gefürchteten und von der Armee kontrollierten Einheiten auf dem Lande nur noch freiwillig erfolgen soll. Bisher war der Dienst in den Bürgerwehren, zu dem vor allem arme indianische Campesinos herangezogen wurden, de facto unter Zwang erfolgt, wenngleich die Patroullien unter dem christdemokratischen Präsidenten Cerezo in "Freiwilligenkomitees" umbenannt worden waren. Die Guerilla hatte jahrelang die Auflösung dieser Verbände gefordert, die von der Armee flächendeckend als Unterdrückungsinstrument mißbraucht werden. Die Guerilla hatte es von Anfang an nach Möglichkeit vermieden, mit den bewaffneten Bürgerwehren in Konfrontation zu geraten, weil sie immer davon ausging, daß diese im Grunde gegen den Willen der Beteiligten gebildet wurden. Demzufolge seien sie auch als Unterdrückte anzusehen, wenngleich sie von der Armee zu repressiven Taten mißbraucht würden. Die Armee setzte diese Kräfte auch bei Militäroperationen immer wieder gezielt als Kugelfang ein. Sie tat ihrerseits alles, um die Zivilpatrouillen in Konfrontationen mit der Guerilla bzw. deren sozialer Basis zu treiben. Seit einigen Jahren gibt es die indianische Menschenrechtsorganisation CERJ, die sich als oberstes Ziel gesetzt hat, die Zivilpatroullien durch Verweigerungskampagnen zu schwächen. Hierbei hat sie beachtliche Erfolge erzielen können. Die Debatte um die Aufrechterhaltung bzw. Abschaffung der Zivilpatroullien (PAC) spielt für Guatemala eine zentrale Rolle. Die Armee würde ein weitgespanntes Kontrollnetz einbüßen, wenn die PACs in relevantem Umfang vermindert würden. Die Guerilla, darauf geht Rolando Morán im nebenstehenden Interview auch ausführlich ein, verzichtete auf ihre ursprüngliche Forderung der Auflösung der PACs und gab sich damit zufrieden, daß die Armee keine neuen aufstelle, sowie daß bei den bereits existierenden garantiert werde, daß sie wirklich von Freiwilligen gebildet würden. Dieses Nachgeben ist nur vor dem Hintergrund des Hauptinteresses zu verstehen, die blockierten Verhandlungen insgesamt wieder in Fahrt zu bringen. Außerdem setzt die URNG wohl - und mit realen Aussichten auf Erfolg - auf die weitere politische Zersetzung der existierenden Patrouillen.

Mit dieser Teilübereinkunft, die erst mit Unterzeichnung des Gesamtabkommens über den Punkt Menschenrechte in Kraft tritt, sind noch nicht alle umstrittenen Punkte zum Thema "Menschenrechte" geklärt.

Umstritten ist die Bildung einer "Kommission" der Wahrheit, die die von der Regierung und Armee zu verantwortenden Morde, Massaker und Folterungen aufklären soll. Die Guerilla besteht darauf, daß in dieser Kommission ein Vertreter der UNO mitwirkt, und daß sie sofort mit der Arbeit beginnt. Die Regierung will keinen UNO-Vertreter und einen wesentlich späteren Arbeitsbeginn. Die URNG fordert weiterhin ein zweiseitiges Abkommen über den Schutz der Zivilbevölkerung in den Kriegszonen, sowie das sofortige Inkrafttreten des Abkommens über Menschenrechte. Sofern die Regierung hier nicht zustimmt, das machten alle Guerillasprecher ein ums andere Mal deutlich, kann über die übrigen Punkte nicht weiter geredet werden.

Diplomatische Offensive

der Regierung

Durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Rigoberta Menchú, die zu allen genannten Fragen klar regierungskritische Positionen vertritt, kam die rechts-konservative Regierung unter Präsident Serrano Elías außenpolitisch ziemlich unter Druck. Via Rigoberta Menchú nahm die Weltöffentlichkeit wahr, daß in Guatemala seit vielen Jahren und in unglaublichem Umfang Menschenrechte mißachtet und Verantwortliche dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Nachdem die Aufmerksamkeit etwas abgeebbt war, sandte die Regierung zu Jahresbeginn eine Delegation in die wichtigsten westlichen Länder - auch in die Bundesrepublik -, um das ramponierte Image aufzupolieren. Dabei spielen wohl auch die Ende Januar beginnenden und bis Mitte März 1993 andauernden Beratungen der UNO-Menschenrechtsgremien eine Rolle. In Genf wird wie jedes Jahr darum gerungen, wer als besonders böser Bube auf extra Listen vermerkt wird und eine UNO-Sonderbeobachtung aufgebrummt bekommt. Die Regierungen versuchen in diesem Zeitraum in der Regel alles zu vermeiden, was ihnen in diesem Forum zum diplomatischen Nachteil gereichen könnte.

Präsident Serrano lancierte am 14. Januar in einer Rede vor dem Parlament Guatemalas eine spektakuläre Verhandlungsoffensive, die er am 19. Januar in New York durch deren Wiederholung in einer Ansprache vor der UNO noch verstärkte. Dabei ist jedoch festzuhalten, daß beide Versionen etwas voneinander abweichen. Ich fasse im folgenden die Kerngedanken zusammen, wie er sie der UNO vortrug. (Der spanische Originalbeitrag liegt mir vollständig vor.)

Darin heißt es, daß "der Konflikt, der tagtäglich weitere Opfer kostet, keine weitere Existenzberechtigung mehr hat". Deshalb solle er "ein für alle Mal beendet werden". Er, Serrano, habe deshalb am 14. Januar der Nation eine Alternative vorgestellt, die breite Unterstützung u.a. beim Ex-Präsidenten Cerezo, bei den Parteien, der Presse und den Gewerkschaften gefunden habe. Er betont darin im Angesicht der internationalen Gemeinschaft die ernsthafte Bereitschaft, zu einer Verhandlungslösung zu gelangen. Er akzeptiert erstmals die internationale Überwachung der Abkommen und stimmt, auch erstmals, dem unmittelbaren In-Kraft-Treten des Menschenrechtsabkommens zu. Serrano fordert die Guerilla zu 90 Tage lang dauernden und ununterbrochenen Verhandlungen auf, wobei alle elf Punkte abschließend geklärt werden sollen und ein Friedensabkommen unterzeichnet werden soll. Sofern es nicht möglich sei, in den 90 Tagen alle Fragen zu vereinheitlichen, solle danach ein Waffenstillstand eintreten und weiterverhandelt werden, die Guerilla in ihr von der Regierung zugewiesenen Zonen zusammengezogen werden und ihre Mobilisierung und Präsenz von der UNO überwacht werden.

Die Akzeptanz von UNO-Präsenz und UNO-Überwachung, die Bereitschaft einen Waffenstillstand einzugehen, wobei der Präsident nicht explizit sagte, ob es sich dabei um eine unilaterale oder eine bilaterale Verpflichtung handeln müsse, sowie die Bereitschaft, einem sofortigen In-Kraft-Treten des Globalabkommens über Menschenrechte zuzustimmen, sind ohne Zweifel neue Aspekte in der Regierungsposition. Dennoch blieben wichtige Fragen offen, beziehungsweise können aus Sicht der Guerilla nicht akzeptiert werden.

Die Position der Guerilla

Die Guerilla hatte schon einen Tag nach Serranos UNO-Rede eine von allen vier Mitgliedern der Generalkommandantur unterzeichnete Antwort parat. (3) In dem vierseitigen, sehr vorsichtig und diplomatisch formulierten Schreiben äußert sich die URNG anerkennend darüber, daß der Präsident überhaupt zu verhandeln bereit ist, kritisiert mit moderaten Worten dessen "Schwächen" und macht einen eigenen Vorschlag.

Die Guerilla kritisiert, daß der Präsident mit der 90-Tage-Frist, die von der URNG nur akzeptiert oder abgelehnt werden könne, ein Ultimatum formuliert habe. Das sei ganz prinzipiell inakzeptabel, da weder einseitige Vorleistungen gefordert, noch einseitig Fristen festgelegt werden könnten. Was den Punkt Menschenrechte betrifft, betont die URNG, daß entgegen dem von Serrano erweckten Eindruck noch kein unterschriftsreifes Dokument vorliege. Die URNG schlägt ihrerseits vor, den zivilen Sektoren des Landes die von ihnen geforderte Teilnahme an den Gesprächen zu ermöglichen, und sei unter dieser Bedingung bereit, 90 Tage lang über alle Punkte der Tagesordnung zu reden. Die URNG stimmt, obwohl die entsprechenden TOPs noch nicht diskutiert worden seien, einem Waffenstillstand mit Verpflichtungen für beide Seiten vor. Dazu sei eine Einstellung der Kampfhandlungen durch beide Seiten, die Konzentration der bewaffneten Kräfte an vereinbarten Punkten, der sofortige Beginn mit der Auflösung der Zivilpatrouillen, die Verringerung der Armee um 50% und die Säuberung ihres Offizierskorps gemäß den Anweisungen einer Ad-Hoc-Kommission unter internationaler Zusammensetzung erforderlich. "Nur auf diese Weise", heißt es in dem Dokument weiter, "und auf Grundlage dieser Punkte kann man in positive Richtung und schnell auf dem Weg zu einem festen und dauerhaften Frieden vorankommen".

Diese Antwort der Guerilla ist zwar sehr moderat formuliert, in der Sache jedoch hart. Vor allem die 50%ige Reduktion der Armee und die Säuberung des Offizierskorps dürften der Armeeführung schwer zu kauen gegeben haben. Armeesprecher Yon Rivera, der Verteidigungsminister José García Samayoa und schließlich auch Präsident Serrano wiesen die URNG-Forderungen zurück. Die Guerilla reagierte in einem Kommuniqué vom 27.1.1993. Dabei wählte sie einen um vieles härteren Tonfall als in ihrer Stellungnahme, die sie eine Woche zuvor abgegeben hatte. Sie warf Serrano darin vor, er wolle gar nicht wirklich verhandeln, sondern lediglich einseitige Festlegungen durchdrücken. Dies verletze die Abkommen von Oslo (1990) und Mexiko (1991) und leugne die Möglichkeit, zu politischen Lösungen zu gelangen. Sie betonte ihre weitere Gesprächsbereitschaft und wies den "Herolden des Todes", gemeint sind Armeesprecher und Präsident, die Verantwortung für alles zu, was passieren könne. Die Guerilla behauptet, daß sich eine harte Linie in der Führung der Streitkräfte durchgesetzt habe, die "für einen repressiven und militärischen Weg optiert". Sie fordert Serrano erneut auf, ohne Bedingungen ein Menschenrechtsabkommen zu unterzeichnen und ruft abschließend die internationale Gemeinschaft zu Unterstützung für das Volk Guatemalas auf, "das diese heute mehr als je zuvor benötigt."

Zwischenbilanz

Diese harte Kontroverse gewinnt durch eine im ganzen Land seit Dezember vorbereitete Militäroffensive, die jedoch noch nicht ausgelöst wurde, zusätzliche Bedeutung. Darüberhinaus sollen nach neuesten Meldungen 5.000 US-Soldaten von Anfang Februar bis Juni 1993 im Rahmen der Übung "Fuertes Caminos 93" nach Guatemala und Belize verlegt werden. Die Soldaten gehören der Luftwaffe und der Nationalgarde an und sind zum Teil im benachbarten Honduras stationiert. Laut offiziellen Stellungnahmen sollen sie der guatemaltekischen Armee medizinische Unterstützung geben und Hilfe beim Straßenbau leisten. Der Straßenbau ist für die Armee in dem teils sehr schwer zugänglichen Land bei der Guerillabekämpfung von strategischer Bedeutung. Beide Armeen hatten im Dezember 1992 ein Kooperationsabkommen geschlossen. (4) Schon in der Vergangenheit hatten US-Soldaten bei Infrastruktur- und Gesundheitskampagnen der Armee mitgewirkt bzw. in für einige in abgelegenen Landesteilen stationierten Truppenteilen brenzligen Momenten, den Hubschraubertransport von Nachschub organisiert.

Die Unterstützung des Serrano-Vorschlags durch den einflußreichen US-Abgeordneten Robert Torricelli (Demokraten), der für die Verschärfung des Handelsembargos gegen Cuba verantwortlich war, deutet auf die Entschlossenheit der USA hin, die Guerilla gegen die Wand zu drängen und ihr weitgehende Zugeständnisse abzupressen.

Die Guerilla ist in einer schwierigen Lage. Ohne größeres internationales Echo, einer schwach ausgebildeten internationalen Solidaritätsbewegung und einem Präsidenten, der im Land mit seinem Vorschlag die politische Initiative an sich gerissen hat, muß sie sich hauptsächlich auf die eigenen militärischen Kräfte verlassen. Die legale oppositionelle Bewegung spricht sich zwar auch für eine Friedenslösung aus, ist jedoch nicht stark genug, um die drohende Offensive, die sich auch gegen sie selbst zu richten droht, mit politischem Druck aufzuhalten.

Al., Nürnberg 2.3.1993

Anmerkungen:

1) Siehe: CERIGUA Nr. 268, Bonn 19.1.1993, S. 1f

2) Siehe: CERIGUA Nr. 266, Bonn 5.1.1993, S.5; Die Vergleichszahlen für 1991 beziehen sich nur auf den Zeitraum vom 1.1.1991 bis 21.11.1991 und stammen vom Menschenrechtsbüro der katholischen Kirche, das generell etwas niedrigere Zahlen angibt als CDHG (siehe ak Nr. 339, 10.2.1992, S.7).

3) URNG, Por una paz justa y democrática. Respuesta de la Comandancia General de la URNG a la iniciativa del Presidente Serrano, México D.F. 20.1.1993

4) CERIGUA Nr. 268, a.a.O. S. 3

28. Ökologischer Marshall-Plan und Weltzivilisation. Al Gore`s ökoimperialistische Visionen

Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:33

Im Herbst 1992 erschien in der BRD das politisch-programmatisch abgefaßte Buch "Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshall-Plan für die Erde" von Al Gore, dem im Januar 93 amtseingeführten Vizepräsidenten der USA. Al Gore gilt seitdem auch in der bundesrepublikanischen Presse als profilierter Umweltpolitiker. Und auch in der Umweltbewegung der BRD werden mit seiner Wahl zum Vizepräsidenten der USA Hoffnungen auf eine umweltpolitische Wende verbunden. Grund genug, sich einmal mit seinen Visionen zu beschäftigen.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert: 1) Bestandsaufnahme der globalen ökologischen Situation; 2) Ursachen-Diskussion; 3) Darstellung des politischen Programms zur Lösung der "Öko-Krise".

Im ersten Teil des Buches stellt Gore die bedrohliche globale ökologische Situation zusammen: Bodenerosion, Erwärmung der Erdatmosphäre, Zerstörung der Ozonschicht, Trinkwasser-Verknappung, Rückgang der Artenvielfalt, Meeresverschmutzung, Ausbreitung der Wüsten, unkontrollierbar wachsende Müllberge und - immer wieder dazwischengeschoben - das Bevölkerungswachstum als ein diesen stofflichen Problemen gleichgeordnetes.

Durchgängig wird - bei aller allgemeinen Zivilisationskritik - die Aufmerksamkeit auf den Trikont gelenkt, denn erst wenn dieser ein ebensolches metropolitanes Produktionssystem aufbauen würde, käme es zur "wirklichen" Katastrophe - so die unterschwellige Behauptung. Zu dieser Art der "Problemdefinition" paßt Gore's Schreibstil: Mehr augenzwinkernd und anekdotenhaft werden da die Umweltsünden in den kapitalistischen Metropolen dargelegt - meist mit dem Hinweis versehen, die Umweltprobleme würden bereits angegangen und seien auch zum Teil schon behoben -, während die Umweltsituation im Trikont und in den Staaten unter ehemaliger "kommunistischer Herrschaft" immer wieder in den düstersten Farben ausgemalt wird, wobei in diesen Staaten - im Gegensatz zu den kapitalistischen Metropolen - auch keinerlei Aussicht auf Besserung bestünde.

Im zweiten Teil des Buches versucht sich Gore an einer Ursachenbestimmung der globalen "ökologischen Krise". Gore trägt dabei politische, ökonomische, technologische, psychologische und geistige Aspekte zusammen. Dabei bleibt er jedoch beim reinen Aufzählen möglicher Ursachen stehen, die alle möglicherweise ihren Teil dazu beitragen mögen, daß die Welt sich heute in der Öko-"Krise" befindet. Wie wenig er wirklich an die Wurzel gehen will, zeigt sein beharrliches Schweigen zum Thema Atom- und Gentechnologie gerade in dem Teil des Buches, in dem er über technologische Ursachen der Öko-Katastrophe schreibt.

Wenn ein Mann in der Position Al Gore's, mit dessen Verbindung zur Macht und den Möglichkeiten der gewaltsamen Veränderung der Realitäten sich jedoch diesem Thema widmet, dann bleibt es nicht bei allgemeinem Zivilisationsgejammer. Wie jedoch die brennenden Fragen aus dem Blickwinkel eines menschlichen Gliedes der größten imperialistischen Macht beantwortet werden, ist denn auch wieder aufschlußreich: Die Krise sei nur durch die Anerkennung der USA als Führungsmacht zu bewältigen. Im Kapitel "Selbstverantwortung" stellt Gore fest, daß "die Vereinigten Staaten (...) lange der natürliche Führer der weltweiten Gemeinschaft der Nationen gewesen"(S.171) seien, und er fordert, daß die USA in Zukunft diese Rolle wieder einnehmen müßten, denn: "Mehr und mehr Menschen in aller Welt sind zu dem Glauben gelangt, daß die Vereinigten Staaten bei all ihren Fehlern und Exzessen den Schlüssel zu wichtigen Wahrheiten über die Zukunft der menschlichen Zivilisation in den Händen halten."(S.172) Die USA müßten "ihre Verpflichtung zur Übernahme der Führungsrolle in der Welt einlösen"(S.173), denn "ohne die USA sind die Aussichten auf eine Einführung der massiven Veränderungen, die zur Rettung der Umwelt erforderlich sind, minimal."(S.175) Und schließlich würden die USA damit "ein weiteres Mal ihr Versprechen einlösen, die letzte und beste Hoffnung der Menschheit auf Erden zu sein." (S.175)

Damit wirklich nichts mehr schief gehen kann, bringt Al Gore gleich noch die "höchste Instanz" mit ins Spiel. Es sei nämlich eine geistige Ursache der ökologischen "Krise", daß Gottes Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung keinen Eingang mehr in die praktische Politik gefunden habe. Ob dies nun eine Kritik an der ideologischen Religiosität Reagans ist, läßt sich nur schwerlich sagen. Sicher scheint jedoch zu sein, daß Gott Quartier im

Weißen Haus nehmen soll. Al Gore macht keinen Hehl daraus, politische Herrschaft wieder theologisch zu legitimieren. Gott führt die USA und die USA führen die Welt aus dem Tal der ökologischen "Krise"!

So wundert es denn auch gar nicht mehr, daß bei all der von Gore geübten Kritik an der amerikanischen Lebensweise das ökonomische und politische System der USA die Grundlage für die Lösung der ökologischen "Krise" bleibt, denn die Fülle von Umweltzerstörung in den Metropolen spricht "in keiner Weise gegen die Grundsätze von Privateigentum, Kapitalismus und Demokratie." (S.274)

Konsequent macht sich Gore sodann im dritten Teil - streng nach dem "amerikanischen Erfolgsrezept", daß der, der etwas wirklich erreichen will, dies auch erreichen wird - an die Formulierung seines "ökologischen globalen Marshall-Plans", wobei er die "Rettung der Umwelt zum zentralen Organisationsprinzip unserer (Welt-) Zivilisation" erklärt.

Die "Staaten der freien Welt" hätten vor 1945 den militärischen Kampf gegen den nach Weltherrschaft strebenden Faschismus und nach 1945 die "Niederlage des kommunistischen Systems" zum zentralen Organisationsprinzip nicht nur der Regierungspolitik, sondern der ganzen Gesellschaft gemacht. Dabei seien unter Einsatz "militärischer, politischer und wirtschaftlicher Mittel (...) immer mehr Lenindenkmäler zum Einsturz" gebracht worden "von Nicaragua über Angola bis Äthiopien (und) schließlich die Sowjetunion" (S.268/269). Jetzt sei es an der Zeit - so Gore "jedes Mittel zu nutzen, um die Umweltzerstörung zu stoppen und das ökologische System zu erhalten und zu pflegen." (S.272/273)

Die Anwendung jedes Mittels sei gerechtfertigt, denn "wenn wir die Erhaltung der Erde nicht als unser neues Organisationsprinzip begreifen können, ist das nackte Überleben unserer Zivilisation in Frage gestellt." (S.296) Und da "die Krise, der wir gegenüberstehen (...) letztlich ein globales Problem" sei, könne es auch "nur global gelöst" werden (S.296) - unter Führung der USA, versteht sich, unter der Führung Gottes, versteht sich.

Gore kommt dann zu den Programmpunkten für seinen globalen Marshallplan. Strategische Ziele sind (in dieser Reihenfolge): Stabilisierung der Weltbevölkerung; schnelle Schaffung und Entwicklung ökologisch angepaßter Technologien, die schnell an alle Länder weitergegeben werden, insbesondere an die Länder der "Dritten Welt", die mit der Einhaltung "ökologischer Pflichten" bezahlt werden soll; Monetarisierung der Umwelt, d.h. ökologische Folgen sollen in die Produktpreise aufgenommen werden (einfach ausgedrückt: alles wird teurer; politisch formuliert: die ökologische Frage wirft die soziale Frage neu auf); Internationale Abkommen mit eingebauten Sanktionsmechanismen; globaler Bildungsplan zur Aufklärung der Weltbevölkerung. (S.308/309)

All dies solle, so Gore, umgesetzt werden, ohne daß die nationale Souveränität einzelner Staaten verletzt werde. (S.303)

Warum und wieso das? Gore antwortet: Die Vorstellung, die USA müßten nationale Rechte an eine übernationale Behörde abgeben, würde zuviel Widerspruch in den USA hervorrufen. (S.303)

Fazit: Ein Buch, das zeigt, daß die herrschenden ökonomischen und politischen Klassen begriffen haben, daß es im Umgang mit den Ressourcen, der Natur und der Umwelt nicht mehr so weitergehen kann wie bisher, daß die Lösungsmöglichkeiten jedoch keinen Schritt weiter sind als die imperialistische Kanonenbootpolitik zu Beginn des Jahrhunderts.

(Nach einer Besprechung der autonomen Ökologie Arbeitsgruppe Wuppertal)

29. Zur Aktualität von Malcolm X

Von Günther Jacob

Autor: Günther Jacob · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:31

Der Hollywood Film "Malcolm X" von Spike Lee führt derzeit zu einem schier grenzenlosen Medien- und Vermarktungsrummel der Person Malcolm X'. Mützen, T-Shirts, Buttons und Kleidung müssen als Werbeträger herhalten. Das X steht für die Ideen des schwarzen Theoretikers, so scheint es zumindest. Was von der Werbetrommel für den Film nicht vermittelt wird, sind die Widersprüche, die Malcolm X auch heute noch in der Diskussion um Rassismus auslöst.

"Malcolm X ist all die Jahre, seit er von der Allianz aus Kräften des US-amerikanischen Staatsschutzes und Mitgliedern der vom FBI unterwanderten Nation of Islam ermordet worden ist, in den Basisbewegungen ein lebendiger Kristallisationspunkt gewesen, an dem sich die Geister scheiden.", schreibt einer der Herausgeber treffend in den editorischen Notizen in dem Buch - Malcolm X. Die Autobiographie. -, das jetzt vom Agipa-Verlag herausgegeben worden ist.

In verschiedenen Vor- und Nachworten wird versucht die Widersprüchlichkeit der Person Malcolm X und die Diskussionen um seine Person näher zu beleuchten. Die Neuherausgabe der 1965 erstmalig ins Deutsche übertragenen Autobiographie war dann auch zwangsläufig mit kontroversen Diskussionen unter den - ausschließlich männlichen - Herausgebern verbunden.

Kontroversen entspannen sich darüber, ob das in der 1965ger Übersetzung benutzte Wort Neger für Negro so übernommen werden sollte, weil es authentisch ist, oder ob es durch das Wort Schwarze ersetzt werden kann, ohne die Authentizität der Übersetzung zu beeinflussen. Ein weiterer wesentlicher Punkt war die Frage, ob sich die Herausgeber von den sexistischen Positionen, die Malcolm X vertrat, distanzieren. Der Autor des Vorwortes, Yonas Endrias, machte die Veröffentlichung seines Textes davon abhängig, daß darauf hingewiesen würde, daß er die Darstellung der Schwarzenbewe- gung im Nachwort von Günter Jacob nicht teilt. Das sei fairerweise erwähnt, da wir im folgenden dieses Nachwort aus dem Buch - leicht gekürzt - abdrucken.

Neben diesem Text und der fast 400 Seiten langen Autobiographie finden sich in dem Buch das oben erwähnte Vorwort, ein Epilog von Alex Haley, ein Nachwort zur Kontroverse unter den Herausgebern und eine Liste der politischen Gefangenen in den USA.

ga.

Die Neuherausgabe der deutschsprachigen Ausgabe der Autobiographie von Malcolm X nach fast 30 Jahren trifft unverhofft auf ein öffentliches Interesse, das sich mit den Intentionen der Herausgeber nicht unbedingt deckt. Es kommt selten vor, daß ein Projekt, das sozusagen im linken politischen "Underground" heranreifte, derart unverhofft die Begehrlichkeiten der Mainstreamkultur weckt wie in diesem Falle. Der Entschluß des Verlages, die deutschen Rechte an dieser Autobiographie zu erwerben, liegt bereits einige Jahre zurück und entstand im Kontext einer politischen Arbeit, die sich die Verbreitung unterdrückter Nachrichten über radikale politische und kulturelle Strömungen und nicht zuletzt über die politischen Gefangenen in den USA zum Ziel gesetzt hat, von denen die Mehrheit dem afro-amerikanischen Widerstand angehört. Texte, die in einem solchen Zusammenhang entstehen, erreichen normalerweise kein großes Publikum. Daß das bei diesem Buch anders sein wird, signalisierte bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung das nachdrückliche Interesse großer Verlage, die verwundert - und angesichts einer unterstellten "Cleverness" auch bewundernd - feststellen mußten, daß ihnen ein linker Kleinverlag "zuvorgekommen" war. Doch diese deutsche Übersetzung war schon geplant, als an einen Film über Malcolm X noch nicht zu denken war. Weil es nie darum ging, ein temporäres Interesse an einem "angesagten Thema" zu befriedigen, ist dies auch nicht das "Buch zum Film". Wenn schon, dann ist es ein Schritt zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit über die Lage der Black Community und der politischen Gefangenen.

Mit Malcolm X soll eine Person vorgestellt werden, die zur selben Zeit wirkte wie Martin Luther King, zu dessen politischen Vorstellungen jedoch im Gegensatz stand und später zum Bezugspunkt der Black-Power-Bewegung wurde. Malcolm X ist die historische Figur, in der sich schon früh die Skepsis

gegenüber der begrenzten Zielsetzung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung verkörperte. Die Frage der "Gewalt" spielte dabei eine viel geringere Rolle, als es die gängigen Stereotypen vermuten lassen. Die bewaffnete Selbstverteidigung gegen rassistische Übergriffe, die Malcolm X befürwortete, blieb reine Rhetorik, nicht zuletzt weil die Moralgesetze der Muslims jede Auflehnung gegen staatliche Behörden, soweit es nicht um religiöse Grundfragen ging, strikt untersagten. Das berühmte und heute gerne auf T-Shirts und Plattenhüllen kolportierte Foto, das ihn mit einem Gewehr am Fenster zeigt und wie eine Vorwegnahme späterer Aufnahmen von den Black Panthers wirkt, steht mit einem Anschlag auf seine Wohnung in Verbindung, hinter dem er die Black Muslims vermutete. Zu dem heuchlerischen Vorwurf von seiten der Gewaltinhaber und solcher, die sich mit der strukturellen und institutionellen Gewalt arrangiert hatten (und haben), Malcolm X habe "Gewalt gepredigt", finden sich in diesem Buch die passenden Antworten, denen nichts mehr hinzugefügt werden muß.

Was Malcolm X von den Sprechern der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unterschied, war vor allem seine Polemik gegen die "bourgeoisen Schwarzen" und sein durchgehender Bezug auf die, die auf "die unterste Stufe der Gesellschaft des weißen Mannes gesunken" waren. Bevor Malcolm X zum Prediger der Black Muslims wurde, war er ein Ghetto-Hustler. Diese soziale Figur charakterisiert er so: "Der Hustler aus dem Dschungel des Ghettos hat weniger Respekt vor den weißen Machtstrukturen als irgendein anderer Schwarzer in den USA. Ihn schränkt innerlich nichts ein, er hat keine Religion, keinen Begriff von Moral, keine soziale Verantwortung, noch nicht mal Angst - nichts! (...) Egal was er anstellt, er schmeißt sich mit ganzer Seele hinein." Malcolm X hat zeit seines Lebens viele dieser Merkmale beibehalten, und er betont das auch wiederholt, zum Beispiel wenn er auf seinen Ausschluß von den Black Muslims mit den Worten reagiert: "Als Dummkopf dazustehen setzte Gefühle in mir frei, die ich seit meiner Zeit als Hustler in Harlem nicht mehr empfunden hatte. Unter Hustlern galt es als das Schlimmste, wenn man öffentlich als Angeschmierter vorgeführt wurde." Malcolm X hatte tatsächlich keinen Respekt vor Machtstrukturen, er hatte keine Angst, und ihn schränkten bei der Beschreibung des Ist-Zustandes nur der Moralkodex der Black Muslims, nicht aber politische Rücksichten ein. Seine unsentimentalen Worte über den Tod Kennedys (die besagten, daß die Gewalt dieser Gesellschaft nun auch einen ihrer Vertreter getroffen hat) versetzten die strikt legalistischen Black Muslims in Panik und leiteten seinen Rauswurf ein. Malcolm X war, im Gegensatz zum beschriebenen Hustler, nach seinem Übertritt zum Islam einer Moral verpflichtet, die seine weitere Aktivität wesentlich strukturierte und kanalisierte.

Seine Skepsis gegenüber der Bürgerrechtsbewegung mündete zunächst in religiöses Sektierertum und nicht in ein alternatives politisches Programm. Das änderte sich erst einige Jahre vor seinem Tod, wie er 1965 rückblickend selbst feststellte: "Möglicherweise ist es ja jemandem aufgefallen, daß ich seit ungefähr 1963 immer weniger über die Religion sprach. Ich vermittelte den Muslims soziale Prinzipien, sprach über aktuelle Ereignisse und Politik. Ich hielt mich vom Thema der Moral völlig fern."

Der Kampf der Afro-Amerikaner (die heute übliche Selbstbezeichnung lautet "African Americans") gegen ihre rassistisch begründete soziale Ausgrenzung hat viele politisch und theoretisch profilierte Persönlichkeiten hervorgebracht, die äußerst unterschiedliche, häufig sogar sich gegenseitig ausschließende Zielsetzungen verfolgten. (...)

Malcolm X war nur einer von vielen, die bisher auf die eine oder andere Weise gegen die rassistische Marginalisierung der schwarzen Amerikaner angingen oder angehen. Die momentane Popularität von Malcolm X in den USA und auch in Europa übertrifft dabei erheblich den Einfluß, den er zu seinen Lebzeiten hatte, der insbesondere im Vergleich zur Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King relativ unbedeutend war - praktisch wie theoretisch.

Um so mehr muß es erstaunen, daß ausgerechnet ein politisch weitgehend abstinenter muslimischer Prediger posthum mehr Aufmerksamkeit erhält als führende schwarze Theoretiker wie W.E.B. DuBois oder eine politische Kampforganisation wie die Black Panther Party.

Der vorläufige Höhepunkt des aktuellen Malcolm-X-Kultes ist natürlich der Hollywood-Film "Malcolm X" des Regisseurs Spike Lee. Als Spike Lee für seinen 34-Millionen-Dollar-Streifen in Mekka mit persönlicher Erlaubnis des saudiarabischen Feudalherren Fahd die ersten Szenen zu Malcolm X' historischer Pilgerfahrt drehte, demonstrierten in New York zweihundert aufgebrachte Malcolm X-Anhänger gegen das Projekt. Sie warfen Spike Lee vor, die Positionen des militanten Predigers zugunsten eines einträglichen

Hollywood-Spektakels zu trivialisieren und ihn in eine beliebig besetzbare Integrationsfigur, vergleichbar Martin Luther King, verwandeln zu wollen. Ähnlich äußerten sich auch Malcolms Bruder Robert Little, seine Frau Betty Shabazz und seine Tochter Attillah, die selbst Regisseurin ist und Lees Angebot, als Assistentin mitzuwirken, dankend ablehnte. Robert Little meinte in einem Zeitungsinterview: "Malcolm ist heute populärer als zu seinen Lebzeiten. Die Menschen beschäftigen sich mit seinem Buch und beziehen daraus ihre Vorstellungen. Der Film wird diese Art von Zugang schlagartig überflüssig machen und nur noch Stereotypen übriglassen." Spike Lee, dessen Merchandising-Maschine inzwischen alle Arten von "X-Waren" ausspuckt, ließ sich auf solche Kritiken nicht ein, sicherte sich aber gegenüber den Black Muslims dadurch ab, daß er ihnen versprach, Malcolms späteren Widersacher und Verfolger Elijah Muhammad nicht in einem schlechten Licht darzustellen.

Der Protest der vielen Kritiker kam so oder so zu spät: Malcolm X ist seit 1987, als er durch die HipHop-Platten "By All Means Necessary" von Boogie Down Productions (in Gestalt eines dem oben erwähnten Foto nachgestellten Covers und des Zitats im Plattentitel) und "Bring The Noise" von Public Enemy (durch ein Sample aus einer Rede) in den Pop-Diskurs eingebracht wurde, die zentrale Figur einer neuen Welle des "black cultural nationalism".

Im Unterschied zum politischen Nationalismus (Panafrikanismus, Garveyismus etc.), der, mal als sozialistisch, mal als religiös begründeter Separatismus, ausdrücklich gesellschaftspolitische Ziele anstrebt, beschränkt sich der kulturelle Nationalismus auf die spirituelle Seite. Es geht um die Hervorhebung des eigenen Andersseins. Der "Stolz" auf die afrikanischen "Roots" - die afrikanischen Wurzeln - ist meist schon der ganze Inhalt dieses Nationalismus, wobei es um einen kulturellen Bezug auf Afrika ("Afrocentric") und letztlich um das Anderssein in den USA geht. Diese Variante der "African identity" wurde nicht zuletzt Ende der 70er Jahre durch Alex Haleys Werk "Roots", insbesondere durch die TV-Fassung, massiv befördert. Haley mystifizierte die "African heritage" ganz im Stil eines amerikanischen Schulbuch-Patriotismus. Indem er u.a. das Bild eines ursprünglich paradiesischen, klassenlosen Afrikas voller mannesstolzer und edler kriegerischer Helden (deren Existenz selbstredend ein Hinweis auf soziale Spaltungen ist) ausmalte, machte er die Vorstellung von Afrika mit amerikanischen Wertmaßstäben kompatibel. (...)

Daß Malcolm X in den USA heute zu einer beliebig besetzbaren Pop-Ikone wurde, hängt nicht zuletzt mit der gewaltsamen Zerschlagung der Black Panther Party zusammen. Mit der Niederlage der Panthers, insbesondere mit dem mörderischen Rachefeldzug des US-Staates gegen die Organisation, waren zunächst alle militanten Ansätze tabuisiert. Andere als reformistische Versuche scheinen seither ins Reich schlechter Utopien zu gehören. Bis heute gibt es praktisch keine wissenschaftliche Forschung und auch nur wenig Literatur zu diesem wichtigen Abschnitt der Black-Power-Bewegung. Die führenden Kader der Panthers landeten entweder, soweit sie nicht ermordet wurden, im Knast, oder sie wechselten die Seite, wie Eldridge Cleaver, der seit Jahren ein Loblied auf Demokratie und Freie Marktwirtschaft singt. Nachdem auch die Führer der alten Bürgerrechtsbewegung mehrheitlich ihren Marsch durch die Institutionen absolviert hatten, gab es kaum noch ernstzunehmende "leaders", die für die marginalisierten Massen in den Ghettos hätten sprechen können. (...)

Über weitaus mehr Einfluß als die unzähligen Wanderprediger und Wunderheiler - Malcolm X nennt sie "clevere Predigerzuhälter" - verfügt die von dem ehemaligen Calypso-Sänger Louis Farrakhan straff geführte, heute antisemitische und rassistische Sekte Nation of Islam. Farrakhan ist der Mann, der in "Muhammad Speaks", dem Zentralorgan dieser Organisation, 1965 mehrfach den Tod von Malcolm X gefordert hatte. Die NOI hält u.a. gegen Bezahlung ausgewählte Wohnblocks und Geschäftsviertel von Crack-Dealern frei und leistet, mittlerweile mit staatlicher Unterstützung, immer noch die in diesem Buch geschilderte Rekrutierungsarbeit unter schwarzen Süchtigen, die man nur "erfolgreich" nennen kann, wenn man davon absieht, daß diese Junkies in eine neue Abhängigkeit geraten.

Seit also viele Bürgerrechtler Karriere gemacht haben, viele Militante entweder resignierten oder obskure Sekten gründeten oder aber ohne größere Resonanz (wie die Reste der Linken hier) in zersplitterten Grassroots-Zirkeln tätig sind, hat die amerikanische Black Community keine allseits anerkannten "charismatischen" Sprecher mehr hervorgebracht. Da die schwarze Mittelklasse einerseits durchaus noch gewisse ökonomische Perspektiven im Geschäftsleben oder in den politischen, sozialen, kulturellen und juristischen Apparaten sieht, andererseits sich eine alle Schichten einschließende politische Perspektive nicht abzeichnet, schlagen sich theoretische Betrachtungen zur Lage der marginalisierten "lower class Blacks" weniger in Strategiepapieren nieder als in zahllosen soziologischen Forschungsprojekten, die letztlich nur dazu

beitragen, die Afro-Amerikaner zum bestuntersuchten Bevölkerungsteil der USA zu machen, wobei die Botschaft klar ist - sie sind das "Problem".

Vor diesem Hintergrund gerieten die jungen Rapper, die auf ihre Weise versuchen, das Ghetto wieder sichtbar zu machen und zum Sprechen zu bringen, immer stärker in den Einflußbereich der Nation of Islam (NOI). HipHop ist eine schwarze Jugendsubkultur, die, wie Jalal von der muslimischen Agitprop-Gruppe Last Poets feststellte, nicht die ganze Black Community anspricht, sondern vor allem Jugendliche, die auch einen Generationenkonflikt mit den Älteren ausfechten wollen. Gerade in seiner Anfangszeit war HipHop in erster Linie unpolitisches Pop-Entertainment, eine Antwort der New Yorker Street Kids auf die Tristesse des Ghettos und der Versuch, jenseits des Rock- und Disco-Mainstreams etwas eigenes auf die Beine zu stellen. Die ersten sozialkritischen Rap-Titel, etwa "The Message" von Grandmaster Flash, kannten noch keine Muslim-Parolen. Die Mehrzahl der Rapper war entweder christlich orientiert oder an religiösen Dingen überhaupt nicht interessiert. Mit der Radikalisierung der Texte, die für sich genommen ja keineswegs den Pop-Rahmen sprengt, stellte sich irgendwann auch die Frage nach dem Inhalt einer symbolischen Dissidenz. Die Rapper und Funk-Musiker recycleten zunächst recht unbefangen beliebige Parolen der Vergangenheit der Bürgerrechtsbewegung und der BlackPower-Bewegung. Die einen rappten für Jesse Jackson ("Run Jesse Run" von Face 2000 und "Jesse" von Melle Mel), andere sangen für Martin Luther King ("Martin Luther" von der SC Band) und wieder andere sampleten Malcolm X ("No Sell Out" von Keith LeBlanc). Mit der Zeit erkor man jedoch Malcolm X zum wichtigsten Helden. Er wurde für die Rapper ungefähr das, was Che Guevara in den 60er Jahren wurde, als sein Bild auch in unpolitischen Wohngemeinschaften nicht neben dem von Frank Zappa fehlen durfte. Malcolm X galt als cool, weil er kein Spießer war, die Sprache der Straße sprechen konnte und als ehemaliger Hipster und Hustler ohnehin das Zeug zu einem Jugendidol hatte. Die Ghettojugendlichen, das wußte schon Malcolm X, die erleben, wie sich ihre Eltern abstrampeln, ohne etwas zu erreichen, "nehmen sich lieber die Hustler zum Vorbild, die scharf angezogen herumlaufen und mit Geld nur so um sich werfen und die vor nichts und niemandem Respekt haben."

Aus dem Vorbild Malcolm X wurde schon bald, entsprechend den Gesetzen der Pop-Welt, ein ausgewachsener Malcolm-X-Kult. Im Mittelpunkt standen dabei das Zitat aus einem Brief an den Ku Klux Klan "By Any Means Necessary" (1) und natürlich das Symbol "X", das nicht nur überall als Logo auftauchte, sondern häufig auch in die Künstlernamen der Rapper einging.

Dieser Kult war keineswegs im Interesse der Nation of Islam, die bereits dazu übergegangen war, führende Kader ins Management von Rap-Gruppen einzuschleusen und um einzelne Rapper massiv zu werben. Die NOI mußte aber zunächst mit dem Malcolm-X-Kult der Rapper auskommen, wenn sie diese für sich gewinnen wollte. Sie war geschickt genug, das Unvereinbare vereinbar zu machen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die unter ihrem Einfluß stehenden Rap-Gruppen fortan Farrakhan-Reden sampleten statt Malcolm X. Farrakhan ("I'm to black people as the Pope is to white people" (2) sah sich 1991 trotzdem gezwungen, zu seinen Todesdrohungen gegen Malcolm X Stellung zu nehmen. In "Muhammad Speaks" hatte er 1965 zum Beispiel geschrieben: "Nur die, die zur Hölle fahren wollen, folgen Malcolm X. Der Tod ist nahe und Malcolm sollte nicht versuchen, zu fliehen ..." In einem Kongreßzentrum in Los Angeles entschuldigte Farrakhan diese Drohungen vor Tausenden Anhängern mit dem Schock, den Malcolms Ausstieg seinerzeit bei ihm ausgelöst hätte. Mit dem Mord an Malcolm X hätten sie aber nichts zu tun, und der "verrückte weiße Teufel" wolle schließlich nur Malcolms Popularität gegen die NOI wenden, obwohl doch beider gemeinsame Quelle die Lehren von Elijah Muhammad seien.

Der X-Kult hat sich mittlerweile derart von dem tatsächlichen Lebenswerk von Omowale Malik Shabazz (Malcolms eigentlicher Muslim-Name, den er ab 1964 bevorzugte) emanzipiert, daß er der NOI nicht mehr allzuviel Sorgen macht. Wie die oben erwähnte Warnung an Spike Lee zeigt, sich vor Angriffen auf den NOI-Gründer Elijah Muhammad zu hüten, bleibt man aber vorsichtig. Spike Lee war vorher schon wegen seiner Darstellung einer schwarz-weißen Liebesbeziehung ("Interracial relationship") in dem Film "Jungle Fever" heftig von der NOI kritisiert worden. (...)

Dieses Buch ist, das sei hier noch einmal betont, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, von der ersten bis zur letzten Seite von einem überzeugten Muslim geschrieben.

Malcolm X trat im Alter von 21 Jahren einer muslimischen Sekte bei, deren Ziel die Umkehrung der "Rassenherrschaft" zugunsten der "schwarzen Rasse" war: Ihr diente er 15 Jahre lang als zweithöchster

Funktionär. Als er sie im Streit verließ, gründete er neben der Organization of Afro-American Unity eine weitere muslimische Gemeinde. Entgegen weit verbreiteten Unterstellungen war Malcolm X auch in seinen letzten Jahren nicht auf dem Weg zu irgendeiner "linken" Position. Seine sozialkritischen Aussagen blieben bis zum Schluß im Rahmen des Islam, dem die Sozialkritik ja genausowenig fremd ist wie dem Christentum.

Obwohl Malcolm X später davon abrückte, vom "weißen Teufel" zu sprechen, blieb er vollständig der Vorstellung verhaftet, daß auf dieser Erde verschiedene "Rassen" um die Vorherrschaft kämpfen. Auch wenn er später das Ideal einer friedlichen Koexistenz der "Rassen" anvisierte und über seine frühere Zurückweisung der "aufgeschlossenen, wohlmeinenden, guten Weißen" nachträglich erschrak, so spricht er sich doch gegen jede "Rassenvermischung", insbesondere gegen "Mischehen" aus: "Integration würde letztlich die weiße Rasse genauso auflösen wie die schwarze." Malcolm X konnte die Falle nicht erkennen, die die weißen Rassisten aufgestellt hatten, als sie zwecks sozialer Ausgrenzung die Existenz von "Rassen" erfanden.

Es ist wichtig, all das deutlich auszusprechen. Wenn man etwas von Malcolm X lernen kann, dann vor allem dies: "Ich sag es, wie es ist! Niemand braucht zu befürchten, daß ich mit der Wahrheit hinterm Berg halte, wenn ich etwas als wahr erkannt habe. Was wir in diesem Land brauchen, ist eine viel härtere Auseinandersetzung zwischen Schwarz und Weiß über die nackte Wahrheit - die Luft muß gereinigt werden von Rassenwahn, den Klischees und den Lügen, die die Atmosphäre dieses Landes seit vierhundert Jahren vergiften."

Man möchte mit Horkheimer und Adorno hinzufügen, daß es dabei, unter Vermeidung jeden Rückgriffes auf Kollektivformeln, vor allem um die Wahrheit über die Individuen geht. So wie man sich in diesem Buch über jede Stelle freut, an der Malcolm X einzelne Weiße positiv von der rassistischen Mehrheit abhebt, so sollten sich weiße Antirassisten jede - auch jede positiv gemeinte - Rede von "den" Schwarzen verbieten und daran festhalten, daß es auch "Fremde" gibt, die autoritär, rassistisch, sexistisch und sonstwie mit Fehlern behaftet sind. In jedem anderen Fall wird es zum "diplomatischen" Problem, wenn man zum Beispiel feststellt, daß Malcolm X ein ziemlich rabiater Sexist war. Für jene, die Malcolm X nur ertragen können, wenn sie sich mit ihm uneingeschränkt identifizieren können, erscheint eine solche Feststellung als Generalangriff auf seinen Helden. Ihnen sei versichert, daß gerade Malcolm X auch dort, wo ihn seine Ideologie dazu anhielt, die schlechten Seiten seiner "Brüder" unter den Teppich zu kehren, immer unkonventionell genug war, um ein Arschloch auch ein Arschloch zu nennen. Über die bourgeoisen Schwarzen, die von Cocktailpartys von Weißen nach Hause zurückkehren, berichtet Malcolm X: "Kaum haben sie die Schuhe in die Ecke geschmissen, da ziehen sie schon her über diese weißen Liberalen, mit denen sie gerade noch geplaudert haben, als wären sie der letzte Dreck. Und die weißen Liberalen machen wahrscheinlich genau dasselbe."

Auch in der deutschen antirassistischen Bewegung ist Heuchelei keineswegs selten. Weiße Antirassisten, die internationale Kontakte zu Initiativen in anderen Ländern pflegen oder hier mit politischen Immigrantengruppen zu tun haben, schweigen sich - unter dem grandiosen Vorwand, sich nicht in anderer Leute Kämpfe einmischen zu wollen - gerne über negative Erfahrungen aus. So wagt es zum Beispiel kaum jemand, jenen, die Zielscheibe des weißen Rassismus sind, zu widersprechen, wenn sie sich selbst positiv zum "Rassenstolz" äußern. Am Ende weiß dann niemand mehr, ob dieses Schweigen schlechten "bündnistaktischen" Erwägungen, einer herablassenden Einstellung ("verständnisvolle" Gleichgültigkeit) oder sogar eigenen Überzeugungen entspricht. Denn gerade jene, die einen "multikulturellen" Ansatz verfolgen, bleiben den rassistischen Grundüberzeugungen ja insofern treu, als sie auch nicht viel mehr wollen als das friedliche Zusammenleben angeblich existierender "Rassen", wobei dieser "belastete" Begriff dann durch einen biologistisch aufgeladenen "Kultur"-Begriff ersetzt wird (Kultur einer "Ethnie" und genetische Grundlagen hängen angeblich irgendwie zusammen). Um es mit Malcolm X zu sagen: "... die gemeinsam mit Weißen getrunkene Tasse Kaffee kann keine Wiedergutmachung sein."

Die Rede von der die Menschen zwangsläufig prägenden "Kultur" ist nur eine weitere Technik des Fernhaltens, die Bewahrung eines "exotischen Blicks" auf die "Fremden", die sich gefälligst den Vorstellungen zu fügen haben, die man sich von ihrer "Kultur" macht. Es muß zudem befürchtet werden, daß das "Verständnis" für einen auswärtigen Nationalismus oder eine auswärtige Folklore nur der Auftakt zum Versuch ist, ein eigenes Recht auf Nationalismus anzumelden. Wenn alle anderen vom "Stolz" auf ihre "Rasse" oder "Nation" sprechen dürfen und sogar sollen, dann liegt es ja irgendwie in der Luft, daß Deutsche das auch schon bald "ohne schlechtes Gewissen" dürfen. Hinter der "Toleranz" gegenüber einem fremdem "Rassenstolz" verbirgt sich also unter Umständen der heimliche Wunsch nach einem eigenen. (...)

Es ist die Absicht dieses Beitrages, ganz bestimmte Weisen des Zugriffs auf Malcolm X zu erschweren. Die Geschichte der Rezeption schwarzer Literatur und auch schwarzer Musik ist über weite Strecken eine Geschichte von Mißverständnissen, die auf einem fragwürdigen Haben-wollen beruhen, und eine Geschichte der Verdrängung dessen, was nicht unmittelbar verstanden werden kann. Viele, die sich für das fremdartige Aroma dieses Buches interessieren, weil es heute als "fashionable street poetry" und "authentische Ghettostory" gilt, möchten auch Bedingungen diktieren. Daß gerade sie sich jemals für die heute in den USA eingekerkerten politischen Gefangenen einsetzen werden, ist äußerst unwahrscheinlich. Für die unermüdlichen Schrittmacher des schönen Scheins, die in den Zeitgeistblättern und sonstwo auf der Suche nach "interessanten und unverbrauchten Positionen" sind, paßt statt dessen ein toter und daher freihändig interpretierbarer Malcolm X besser in den gängigen Bilderrausch. Er selbst bietet dafür auch ideale Anknüpfungspunkte, weil er als ehemaliger Hipster bereits jene Attitüden kennt, die heute bei Popstars selbstverständlich sind, und weil er gerade als gelernter Hipster das damals in den USA bereits übliche Massendenken in den Kategorien von Merchandising, Public Relations und Corporate Identity vollkommen beherrschte.

Das Problem an diesem Buch ist, daß es einen deutschen Leser keineswegs automatisch dazu nötigt, sich von eingefahrenen Denkvorstellungen zu befreien. Wer will, kann es einfach als spannende Story über die Verwandlung eines Ghetto-Hustlers zum berühmten Prediger lesen, wer will, kann es - zumal vor dem Hintergrund der South Central-Riots (3) - als Beweis dafür lesen, daß sich seither nichts geändert habe, und wer will, kann es auch als die Geschichte einer Läuterung vom spontanen und verständlichen Haß auf die Weißen hin zu den altehrwürdigen Idealen des bürgerlichen Humanismus lesen. Problematischer als all dies ist jedoch, daß diese Autobiographie, nicht zuletzt, weil sie nun mal rund 30 Jahre alt ist, an den rassistischen Implikationen des modernen "Multikulturalismus" nicht rührt. Man kann somit Malcolm X gelesen haben und anschließend genauso über die Koexistenz von "Rassen" denken wie vorher. Alle Artikel, die in letzter Zeit in Zeitungen und Zeitschriften zu Malcolm X erschienen sind, enden mit der zustimmenden Feststellung, Malcolm X habe sich in seinen letzten Jahren korrigiert und das friedliche Nebeneinander der Rassen (ohne Anführungszeichen) gefordert, und damit sei ja alles in Ordnung. Dieser weiße Separatismus, vorgetragen im Zeichen von Toleranz und positiv bewerteter Differenz, ist dem Nationalismus so symmetrisch wie jeder beliebige Regionalismus oder Lokalpatriotismus. Hier wie da wird das Individuum im Rahmen einer "rassischen", "ethnischen" oder "regionalistischen" kollektiven Identität homogenisiert.

Weil der Autor dieses Buches einer politisch abstinenten religiösen Sekte angehörte, die sich vom Kampf der Bürgerrechtsbewegung fernhielt, wird man hier auch nur wenige theoretische Erörterungen über mögliche Strategien im gegenwärtigen antirassistischen Kampf finden. Malcolm X beschreibt viele Erscheinungsformen in seiner ihm eigenen, gegenüber jedem politischen Taktieren rücksichtslosen, unkonformistischen und exakten Sprache, aber er bietet weder ein 10-Punkte-Programm wie später die Black Panther Party noch eine Definition des Rassismus. Malcolm X hat diesen Mangel selbst erkannt und darunter gelitten, wenn er in den schwarzen Communities hören mußte: "Die Muslims reden zwar radikal daher, aber sie tun nichts." Aber Malcolm stand zur NOI in einem Verhältnis von Konsens und Zwang. Er wollte Politik machen, aber er sollte letztlich religiöse Agitation betreiben. Weil er in und mit der NOI Politik machen wollte, mußte er auch deren mythischen Überbau weitgehend akzeptieren, wodurch seinen intellektuellen und kritischen Potenzen erhebliche Fesseln angelegt wurden. Als er schließlich, nach seiner Trennung von den Muslims, politische Forderungen aufstellte, fielen diese überraschenderweise reformistisch aus: "Die Wahllokale könnten ein Ort sein, an dem jeder Schwarze würdevoll für die Sache der Schwarzen kämpfen kann." Die Schwarzen bräuchten, wie die Gewerkschaften, Farmer, Ölkonzerne und Mediziner, eine Lobby im Parlament, um dort ihre "Sonderinteressen" zu vertreten. Schließlich fordert er ein eigenes "Ministerium für Schwarze", vergleichbar dem Gesundheits- oder Verteidigungsministerium. Wenn Malcolm X also die Ebene der Beschreibung verläßt - und diese Ebene ist ja sozusagen die Minimalplattform, auf die sich auch der unpolitischste Leser seiner Autobiographie einlassen kann -, dann bleibt von der Radikalität nicht allzuviel übrig. In der Formulierung der Interessen "der" Schwarzen als Sonderinteressen, die jenen der Farmer strukturell vergleichbar sein sollen, kommt nicht nur eine Ignoranz gegenüber der damals bereits existierenden sozialen Spaltung der Black Community zum Ausdruck, sondern auch die Bereitschaft, diese angeblich homogenen Interessen am Allgemeininteresse der Nation zu relativieren. Mit dem Begriff "Sonderinteressen" wird gleichzeitig ein Wissen dementiert, das Malcolm X an anderer Stelle durchaus zu formulieren weiß: Diese Sonderinteressen werden von der weißen rassistischen Gesellschaft erst geschaffen, indem sie tagtäglich für eine "künstlich gesteigerte

Sichtbarkeit" (Horkheimer/Adorno) jener sorgt, die sie ausschließen will und die nur deshalb zu einer Sondergruppierung werden. So wie "der Jude" eine Erfindung der Nazis ist, so ist "der Schwarze" eine Erfindung weißer Rassisten. Daß Juden als eine "Rasse" angesehen werden, und das tut auch Malcolm X (in diesem Kontext sind seine verstreuten negativen Bemerkungen über Juden zu sehen), wenn er den Juden den Fehler vorhält, sich mit den Deutschen "vermischt" zu haben, ist dies nichts anderes als eine falsche Doktrin, die von den Nazis zuerst aufgestellt und dann auf barbarische Weise "wahr gemacht" wurde. Indem sie Individuen mit dem Stempel "Jude" in die Gaskammer schickten, schufen sie das, was sie sich vorher ausgedacht hatten, "die Juden".

Im Vorwort zu der Dokumentation "Malcolm X - The F.B.I. File" und auch in seinen jüngsten Interviews versucht Spike Lee, die Aktualität von Malcolm X damit zu erklären, daß sich seit seinem Tod an der Situation der Afro-Amerikaner nichts geändert habe. Die Schläge auf Rodney King, die Riots in South Central und die Situation in den Ghettos würden das beweisen. Spike Lee wird immerhin eine Veränderung zugeben müssen: Zu Lebzeiten von Malcolm X kam es selten vor, daß Hollywood Filme über schwarze Radikale finanzierte. Tatsächlich hat sich natürlich sehr viel geändert, und es steht meines Erachtens gerade mit diesen Veränderungen in einem Zusammenhang, daß man heute auf eine eher beschreibende als analysierende Schrift von Malcolm X zurückgreift, weil ein Malcolm X der 90er Jahre weit und breit nicht zu sehen ist. Als Malcolm X noch lebte, konnte sich die Black Community noch leicht auf ein einheitliches Kampfziel einigen, das die Frau auf den Baumwollfeldern im Süden genauso ergreifen mußte wie den schwarzen Geschäftsmann in Harlem: Es ging um die Herstellung allgemeiner Bürgerrechte auch für Schwarze, ein Ziel also, daß alle sozialen Schichten einigen konnte. Erst als dieses Ziel - zumindest auf dem Papier - erreicht war, trat die Bedeutung einer zunehmenden sozialen Ausdifferenzierung innerhalb der schwarzen Gemeinschaft in den Vordergrund. Davon, daß diese Ausdifferenzierung bereits unter den Bedingungen brutalster rassistischer Repressionen einsetzte, zeugen ja gerade die Schilderungen von Malcolm X. Die Black-Power-Bewegung und insbesondere die Black Panther Party mit ihrem klassenanalytischen Ansatz reagierten genau auf dieses Problem, aber auch Malcolm X beschreibt ja bereits das Phänomen der "bourgeoisen Schwarzen". Nach wie vor ist die Black Community eine Selbstverteidigungsgemeinschaft "rassifizierter" Menschen. Nach wie vor machen "Rassifizierte" den Fehler, ihre Notgemeinschaft in das umzuinterpretieren, was weiße Rassisten ihr unterstellen zu sein - eine Gemeinschaft von Blutsverwandten. Aber heute, wo sich ein breiter schwarzer Mittelstand etabliert hat, der sich mit der Situation in den Ghettos der Marginalisierten nur ungern identifizieren möchte, würde ein "neuer Malcolm X" möglicherweise zur Hälfte lateinamerikanischer Abstammung sein, denn in solchen Ghettos liegt der Anteil der Afro-Amerikaner teilweise nur noch bei fünfzig Prozent. Heute verteidigen halbwegs etablierte Afro-Amerikaner ihre Position gegen nachrückende "Latinos" und andere Neueinwanderer. Die Situation hat sich also erheblich geändert. Übrigens auch in bezug auf den Islam: Die Mehrheit der heute in den USA lebenden Muslime (etwa zwei Millionen) rekrutiert sich inzwischen aus Einwanderern aus Afghanistan, Iran, Irak, Pakistan, Indien, Saudiarabien, Kuwait, Sudan, Nigeria, Albanien und Jugoslawien. Diese Muslime, die ganz unterschiedlichen Strömungen des Islam angehören und sich deshalb teilweise gegenseitig bekämpfen (pro/contra Saddam Hussein bzw. Khomeini), konkurrieren längst mit Farrakhans Nation of Islam, dessen rassistischer Islam-Auslegung sie schon deshalb nicht folgen können, weil sie selbst meist "hellhäutig" sind. Der Islam als spezielle Geschichtsideologie schwarzer Amerikaner ist in den USA letztlich unmöglich geworden. Malcolm X, der sich kurz vor seinem Tod zum sunnitischen Islam bekannte und deshalb auch nach seiner Ermordung nach dessen Riten vom sunnitischen Scheich Ahmed Hassoun zur Beisetzung vorbereitet wurde, hatte diese Entwicklung unter dem Eindruck seiner Mekka-Reise bereits antizipiert. Man kann in den USA heute schwarzer Muslim sein, ohne deshalb der NOI folgen zu müssen. Der schwarze Mittelstand macht von dieser Möglichkeit regen Gebrauch. Im Krieg gegen den Irak konnte man somit als Muslim getrost auf der Seite des mit den USA verbündeten Saudi-Arabien stehen, so daß Patriotismus und Glaube an Allah wieder zusammenpaßten. (...)

Malcolms Dramaturgie zielt darauf, sein Leben vor den Black Muslims möglichst drastisch darzustellen. Dabei bedient er sich einer Erzählweise, die in Deutschland erst im Zuge der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre massenhaft wurde und seither in jeder Illustrierten Standard ist: Die ersten Kapitel dieses Buches gleichen bereits jener, bei sozial engagierten Journalisten beliebten "Problemliteratur", deren populärste Fassung vielleicht die Geschichte der "Kinder vom Bahnhof Zoo" wurde, jenen "victims of society" (Opfern der Gesellschaft), die in ihren Erzählungen das übliche soziologisierende Denken schon so perfekt auf sich selber anwenden, daß Journalisten, Sozialarbeitern und Richtern kaum noch etwas zu tun bleibt.

Bei Malcolm X prägt die Umwelt schon den Menschen, als man in der deutschen Pädagogik "Charakter" noch für vererblich hielt. Amerika war damals auch auf diesem Gebiet erheblich aufgeklärter als Europa - vom faschistischen Deutschland erst gar nicht zu reden. In Amerika war das soziologische und psychologische Denken bereits in den 40er Jahren in den öffentlichen Diskurs eingegangen. Malcolm X beschreibt mehrfach Erziehungsheime und Gefängnisse, die schon nach den Grundsätzen der Verhaltensforschung und der Resozialisierungspädagogik eingerichtet waren und in denen Gefangene von Universitätsdozenten zu problemorientierten Gruppendiskussionen über die "Identität Shakespeares" oder Themen wie "Allgemeine Wehrpflicht - ja oder nein?" ermutigt wurden. Zu den Paradigmen dieser Zeit zählte allerdings auch eine rationalistische und pragmatistische Kausalitätsphilosophie, ein auf strikte kausale Erklärung zielendes Denken also, das den Unterschied zwischen Wirkursachen und Motivationen systematisch übersieht. Malcolm X ist in dieser Hinsicht ein Kind seiner Zeit. In seiner Rhetorik werden die Handlungen von Personen meist unmittelbar aus wirkenden Ursachen abgeleitet, so als bestünde zwischen Ausgangslage und Handlung eine Beziehung von stimulus und respons und als käme da nicht in Wirklichkeit jene sinnhafte Interpretation dazwischen, die gerade bei Malcolm X eine große Rolle spielt. Daß man die erlebte Welt in Wirklichkeit, wenn man sie "sinnhaft" durch die Brille einer besonderen "Weltanschauung" sieht, völlig neu interpretieren kann und daß ein solcher Wertewandel dann die konkreten Handlungen neu strukturiert, führt Malcolm X mit seinem Übertritt zu den Black Muslims anschaulich vor. Auf der anderen Seite belegen die ganz unterschiedlichen Lebenswege seiner Geschwister, die in den gleichen Verhältnissen aufwuchsen, daß auch eine Kindheit in krasser Armut und unter der Bedingung einer tödlichen rassistischen Verfolgung eine Person nicht zum zweiten Mann der Black Muslim determinieren. Erfahrung wird immer unterschiedlich interpretiert. Malcolm hatte viele Erlebnisse, die er mit seinen Brüdern teilte, anders interpretiert als diese - Bruder Robert studierte z.B. Psychologie an der Michigan University, als Malcolm im Knast saß -, und vor allem anders als seine Schwester Ella, die ihre Erfahrungen auch vor dem Hintergrund einer weiblichen Sozialisation verarbeitete.

Am Ende des 9. Kapitels spricht Malcolm X den dramaturgischen Aufbau seines Buches selbst an: "Ich würde keine Stunde an die Herstellung eines Buches verschwenden, das nur die Absicht hätte, einigen Lesern Nervenkitzel zu verschaffen. Aber ich wende viele Stunden für dieses Buch auf, weil nur die vollständige Geschichte zeigt und verständlich macht, daß ich auf die unterste Stufe der Gesellschaft des amerikanischen weißen Mannes gesunken war, bis ich dann, bald schon im Gefängnis, Allah und die islamische Religion gefunden habe, wodurch mein gesamtes Leben verwandelt wurde."

Dieser von einem professionellen Publizisten ausformulierte "Nervenkitzel" in den ersten neun Kapiteln zielt also darauf, seine wunderbare "Errettung" durch die Black Muslims in ein noch helleres Licht zu tauchen. Es ist das Muster christlicher und islamischer Prediger. In Wirklichkeit war Malcolm ein äußerst entscheidungsfreudiger Mensch, der seine "Errettung" von Anfang an selbst aktiv in die Hand nahm. Der junge Malcolm fand religiöse Zeremonien schon als Schüler langweilig. Daß er sich schließlich von den Muslims angezogen fühlte und nicht von einem christlichen Gefängnispfarrer auf den "rechten Weg" gebracht wurde, hatte zunächst weniger mit dem spirituellen Überbau zu tun als mit ihren religiös überhöhten und selbst rassistisch argumentierenden Anklagen gegen eine rassistische Gesellschaft.

Malcolm trat den Muslims nicht bei, weil ihm zum Beten zumute war, sondern weil sie ihm einfach gestrickte "Erklärungen" lieferten, die sein Scheitern in einem neuen Licht erscheinen ließen. Daß er gescheitert war und im Gefängnis landete, hatte damit zu tun, daß eine rassistische Gesellschaft schwarze Amerikaner systematisch demütigte und am Boden hielt (und dies bis heute tut). Die Art und Weise, wie er scheiterte, hatte jedoch mit seiner Persönlichkeitsstruktur zu tun, mit seinem Charakter bzw. Habitus. Der Habitus eines Menschen "bestimmt" - man verstehe das auch als einen Hinweis auf die Verhärtung sozialer Beziehungen in der Psyche des Individuums -, welche "Haltung" und welche Ideologie ein Individuum favorisiert und welche Orientierung es dauerhaft verfolgt. Als sich Malcolm bereits als frischgebackener Muslim über deren Passivität aufregte, notierte er: "Ich machte also meine abweichende Meinung klar ... Es ist bekannt, daß ich mein ganzes Leben lang Aktivist gewesen war, ich war immer voller Ungeduld." "Immer, wenn ich von etwas überzeugt war, hat es mich danach gedrängt, es in die Tat umzusetzen. " Und bereits nach seiner ersten Begegnung mit Elijah Muhammad bekräftigte er: "Ich habe nie mit meiner Meinung hinterm Berg halten können." Der konkrete Lebensweg von Malcolm X ist mit der Darstellung dessen, was er als junger Schwarzer erlebt und erlitten hat, nicht hinreichend erklärt. Dieser Weg war wesentlich davon geprägt, daß Unterordnung nie seine Sache war. Malcolm X war "born to be wild", war einer, der aneckt, ein Rebell auch gegen den schwarzen Konformismus. Aber als schwarzer jugendlicher Rebell hatte er auch mit anderen Problemen zu

kämpfen als weiße Rock'n'Roller bzw. - später Beatniks und Hippies. Mit dem Beitritt zu den Black Muslims bekam diese teilweise selbstzerstörerische Rebellion erstmals eine Richtung, bis sie sich schließlich auch gegen die Muslims selbst richtete. Robert Poole alias Elijah Muhammad war sich von Anfang an darüber klar, daß sein bester Mann die Muslims nicht zum Gottesdienst, sondern in den Kampf gegen das "System" führen wollte.

Als sich Malcolm, angeregt von seinem Bruder Reginald (der kurze Zeit später ausgeschlossen wurde und in der Psychiatrie endete), für die Muslims entschied, war das eine völlig unbedeutende und kuriose Sekte mit wenigen hundert Anhängern. Im Rückblick bezeichnet Malcolm X den Sektengründer als einen "Scharlatan", der seine Leute "in die Irre führte" und dessen rassistische Geschichten vom Gentechniker Jakub, der vor 6.600 Jahren eine "weiße Rasse von Teufeln" erzeugt habe, "die Muslime des Orients wütend machte".

An Muhammads Lehre faszinierte den Strafgefangenen Detroit Red vor allem eine Botschaft - "Der weiße Mann ist der Teufel." In seinen späteren Reden interpretierte Malcolm X den Begriff "Teufel" jedoch meist in einem sehr weltlichen Sinne, im Sinne einer provokatorischen politischen Rhetorik, die mit drastischen Worten herausfordern will. Denn Malcolm X hatte im Gefängnis den Beschluß gefaßt, sein Leben "der Aufgabe zu widmen, den Weißen die Wahrheit über sich selbst zu sagen." Im Unterschied zu Muhammad legte er auf die Rückanbindung des Terminus "Teufel" an eine phantastische Schöpfungsgeschichte keinen gesteigerten Wert. Schon im Gefängnis dachte er, als er sich Literatur über die Grausamkeiten des "kollektiven Weißen" besorgte, nicht nur an die weißen Verbrechen an den Afrikanern, sondern auch an die imperialistische Eroberung und Zerstörung Indiens und Chinas. Seine spätere Orientierung auf den Zusammenschluß der gesamten "Dritten Welt" gegen den Imperialismus, die zu verfolgen ihm im Rahmen der Black Muslims nicht erlaubt war, ist hier schon angelegt.

Hundertprozentig von Elijah Muhammad übernommen hat Malcolm X allerdings dessen "Rassen"-Reduktionismus. Reduktionistische Weltsichten arbeiten damit, daß sie die Fülle der tagtäglich erlebten Widersprüche nach einem dichotomischen Schema einteilen und dabei alle unpassenden Phänomene als "Nebenwidersprüche" mehr oder weniger ignorieren. Diese Verfahren findet man auch bei vulgären Varianten des Marxismus, des Feminismus und bei den politischen Ökologen (deren Vertreter zwar ihr jeweils spezielles "Thema" in diesem Buch häufig vermissen werden, dafür aber manche strukturelle Parallele zur eigenen Denkweise finden können). Ob man nun Schwarz und Weiß, Proletarier und Bourgeois, Mann und Frau oder "Natur" und "Industrie" in dieser ausschließlichen Weise gegenüberstellt - am Ende bleibt von den nicht in den Mittelpunkt gerückten sozialen Tatsachen nicht mehr viel übrig. Weil aber Rassismus, Kapitalismus, Patriarchat und ein Mensch und äußere Natur vernutzender "Industrialismus" real existieren, könnenauch reduktionistische Ansätze eine gewisse Trefferquote erreichen. Gleichzeitig kommen solche Theorien aber massiv mit jener Realität in Konflikt, die sie absichtlich ausblenden:

die Existenz nichtrassistischer Weißer und die Unterdrückung schwarzer Frauen durch schwarze Männer ebenso wie den rassistischen und sexistischen weißen Proletarier oder die weiße Upper-Class-Frau, die über anderen weißen Frauen, weißen proletarischen Männern und über allen Schwarzen steht (der angeführte ökologische Reduktionismus sei nur an vergleich-bare Phänomene in vorindustriellen Gesellschaften erinnert, die auch ohne Industrie ihren Lebensraum zerstörten).

Wenn reduktionistische Weltbilder historisch fundiert werden, entsteht eine sogenannte Geschichtsphilosophie. Die Menschheitsgeschichte erscheint dann als eine, in der - je nach Ge-

schmack - Rassenkämpfe, Klassenkämpfe oder Geschlechterkämpfe zum Hauptmotor aller Entwicklung werden. Im Falle der religiös formulierten Geschichtsphilosophie der Black Muslims läßt sich der Weltenlauf als ein ewiger Machtkampf zwischen den großen "Rassen" verstehen. Wenn dann zufällig die USA nicht auf die Volksrepublik China gegen die Sowjetunion, sondern auf Rußland gegen Nordkorea setzen, dann stellt sich ein "Aha"-Effekt ein: Zwei "weiße Mächte" verbünden sich gegen eine nichtweiße Macht! Diese Sichtweise steht auch hinter der von Malcolm X anvisierten "Dritte Welt"-Politik, und das spricht er so auch aus, wenn er die erhoffte neue Weltordnung als "Allianz der nichtweißen Staaten" - dazu würde heute z.B. Japan zählen - definiert.

Entsprechend der reduktionistischen Logik spart auch Malcolm X manches aus. Auf der einen Seite wird seine Wahrnehmung der Formen des Rassismus, bedingt durch die absolute Konzentration auf diese Sache, immer

genauer, plastischer und scharfsinniger. Er erkennt plötzlich das ganze Ausmaß der Unterdrückung schwarzer Hoffnungen, kann innere Zusammenhänge populär darstellen, die so vorher selten dargestellt wurden, zum einen, weil schwarze Intellektuelle oder Geistliche so niemals zu denken wagten, und zum anderen, weil selbst "wohlwollende" weiße Schriftsteller das ganze Ausmaß der rassistischen Unterdrückung und Verletzung wohl nicht erfassen können. (Hier liegt das Terrain, wo Weiße von Malcolm X lernen können - ohne deshalb all seine Schlußfolgerungen übernehmen zu müssen).

Während Malcolm X den Rassismus immer pointierter und offensiver in die Zange nimmt, entgehen ihm viele der aus dieser Sicht "nebensächlichen" sozialen Tatsachen. Die sich ausbreitenden Differenzierungen der schwarzen Lebens- und Berufswelten nimmt er lange Zeit nur als politisches Phänomen wahr. Wenn er von "bourgeoisen Schwarzen" spricht, so denkt er dabei mehr an deren politischen "Verrat", an ihren Opportunismus im "Rassenkampf'. Daß sie, obwohl selbst noch immer Zielscheibe jener weißen Rassisten, für die auch ein schwarzer Arzt oder Philosoph einfach ein "Nigger mit Doktortitel" bleibt, möglicherweise bereits andere Interessen haben als die einfachen Leute und deshalb andere politische Strategien verfolgen - Integration vor allem -, will er nicht wahrhaben. Im Programm seiner Nation of Islam waren "klassenanalytische" Fragen auch nicht vorgesehen. Malcolm X spricht durchweg aus der Perspektive des schwarzen Ghettos, auch dann noch, als er auf Grund seines Ansehens mit Repräsentanten anderer Schichten in Berührung kommt. Aber weder die soziale Spaltung der Black Community noch die soziale Spaltung unter den Weißen spielte in seinem Denken eine Rolle. Zur Situation schwarzer Lohnarbeiter, zu ihren Arbeitsbedingungen und ihrem fast vollständigen Ausschluß aus den weißen Gewerkschaften hat Malcolm X als ehemaliger Hustler keine Beziehung. Wahrscheinlich hat es damit zu tun, daß er die Wirkung der kapitalistischen Konkurrenzgesetze auf die Reproduktion rassistisch begründeter

Ausschlußmechanismen nicht weiter untersucht. Erst 1965, wenige Monate vor seiner Ermordung, kommt er zu Schlußfolgerungen, die mit dieser Frage zusammenhängen und die auch gemessen am heutigen Stand der Rassismusforschung ungewöhnlich modern klingen: Er spricht von einem "politischen, wirtschaftlichen und sozialen Klima in den USA, was geradezu automatisch die rassistische Psyche des Weißen erzeugt und am Leben erhält." Damit ist gesagt, daß überall dort, wo die Teilnahme am gesellschaftlichen Reichtum als Konkurrenzkampf organisiert ist, alle wirklichen und eingebildeten Unterschiede zwischen den Menschen unter negativen Vorzeichen relevant gemacht und als "Argument" gegen andere eingesetzt werden. Die Verlierer dieser

"rassifizierten" Konkurrenzkämpfe werden dabei marginalisiert und ghettoisiert. Der Zwang zur ökonomischen Konkurrenz erzeugt tatsächlich den Willen zur Aussonderung und hält ihn am Leben.

Eine andere soziale Tatsache, die Malcolm X wenig beachtet, ist die der patriarchalen Dominanz. Wenn er, auch im Rückblick, völlig arglos erzählt, daß sein Freund Sammy am Gesichtsausdruck einer Frau eine eventuelle innere Disposition zur Prostitution erkenne, oder wenn er berichtet, wie unverständlich er die Wut eines guten Freundes fand, dessen Frau er verprügelte (...) oder wenn er Frauen als ewig gackernde Hennen und von Natur aus schwache Wesen bezeichnet, so würde man doch nur die Oberfläche des Problems ankratzen, wenn man ihn als abscheulichen Sexisten bloßstellen wollte.

Daß etwas im Verhältnis zwischen Frauen und Männern nicht stimmt, ist Malcolm X keineswegs entgangen. Das, was er als Hustler und Hilfszuhälter in dieser Hinsicht mitbekam, ließ ihn später immer wieder von der Würde der Black-Muslim-Frauen schwärmen, allerdings ohne deren prinzipiell zurückgesetzte und festgelegte Position in Frage zu stellen. Wenn er als Muslim-Prediger auf den Straßen von Harlem gegen schwarze Machos argumentierte, dann deshalb, weil er davon ausging, daß die Beleidigung schwarzer Frauen durch schwarze Männer ihnen selbst schaden muß: "Der schwarze Mann (!) wird so lange von niemandem respektiert werden, bis er gelernt hat, zuallererst die Frauen seines Volkes zu respektieren! " "Respektieren" heißt hier in erster Linie "beschützen". Der Mann bleibt selbstredend "Familienvorstand". Malcolm X möchte dem "ethnisch" reglementierten Heiratsverhalten des weißen Amerikaners (die "rassistische" Gemeinschaft bzw. Nation verwirklicht sich über "Verwandtschaft" und "Familie") ein ebensolches gegenüberstellen, um darüber das homogenisierte "Volk" der Afro-Amerikaner zu schaffen. Er strebt daher eine einschließende Unterordnung, d.h. eine Assimilation von Frauen in eine - in diesem Fall selbst unterdrückte - "rassische" Gemeinschaft von Männern an.

Daran ändert auch sein Respekt vor "starken Frauen" nichts, etwa vor seiner Schwester Ella, über die er sagt, sie habe "drei Ehemänner geschafft" und sei "aktiver und dynamischer als alle drei zusammen." Die Bewunderung gilt hier der Ausnahme von einer unterstellten Naturregel, wie in seiner zweifelhaften Lobrede auf seine Frau Betty deutlich wird: "Ich hätte nie gedacht, daß die Stärke einer Frau mich einmal wieder aufrichten wird."

Es fällt Malcolm X nicht weiter auf, daß er auf Frauen eine ganz ähnlich abwertende Überlegenheitsstrategie anwendet, wie sie Weiße auf Schwarze projizieren. Das unterstellte hierarchische Naturverhältnis zwischen den Geschlechtern konstituiert die Gesellschaft genauso als heterosexuelle Gemeinschaft wie rassistische Zuschreibungen die weiße Vorherrschaft konstituieren. "Geschlecht" und "Rasse" werden nach den gleichen Mustern erzeugt - über den Zwischenschritt einer "Naturalisierung" sozialer Verhältnisse.

Malcolm X beschäftigt sich in diesem Buch wiederholt mit rassistisch motivierten Sexismen. Seine Beobachtungen decken sich, ohne selbst je analytisch zu werden, weitgehend mit dem Modell, das Eldridge Cleaver etliche Jahre später in seinem Buch "Seele auf Eis" entwickelt hat, um dieses unübersichtliche gegenseitige Begehren besser verstehen zu können. Cleaver entwickelt ein komplexes Viereckverhältnis zwischen schwarzen und weißen Männern und Frauen, das sowohl die rassistischen als auch die klassenmäßigen Momente erfaßt. Er unterstellt zunächst, daß die Vorstellungen, daß ein "richtiger" Mann sich als effizienter Erzeuger, Beschützer und Versorger hervortun muß, unter den aus Afrika verschleppten Sklaven genauso üblich waren wie überall auf der Welt. Vor diesem Hintergrund führt die Versklavung des Afrikaners zu einem völligen Zusammenbruch seines Selbstwertgefühls. Vor den Augen seiner Frau wurde er zum Knecht, machtlos und den weißen Mann über sich. Die schwarze Frau war dem weißen Mann hilflos ausgeliefert, aber der schwarze Mann wußte auch nie, ob sie den weißen, mächtigen Mann nicht heimlich begehrte. An der Seite des weißen Mannes steht - unerreichbar - die weiße Frau. Sie ist nicht von der Qual der Arbeit gezeichnet wie die schwarze Frau, und als Herrschende verkörpert sie ohnehin das Schönheitsideal. Ohne es zu dürfen, begehrt der schwarze Mann die weiße Frau mehr als seine eigene, weil er sich das nicht eingestehen darf, diskriminiert er die weiße Frau. Aber der weiße Herrscher, der alle körperliche Arbeit an den schwarzen Mann delegiert und sich auf administrative Arbeit beschränkt, verliert dadurch auch die Erotik des Körpers. Als Reaktion darauf muß er auch die weiße Frau um ihre Erotik und Stärke bringen und sie zur zarten, emotional zurückgenommenen Frau formen. Nachdem er das vollbracht hat, begehrt er jedoch die proletarische schwarze Frau, so wie seine Frau in ihren Träumen den schwarzen Knecht begehrt. Jede dieser Begierden ist jedoch mit einem rassistischen und klassenmäßigen Tabu belegt, dessen Bruch massiv bestraft wird, insofern nur mit schlechtem Gewissen heimlich durchbrochen werden kann und deshalb häufig die Form der "Perversion" annimmt.

Wie gesagt, es ist dies nur ein Modell, das die ganze komplexe Realität nicht erfassen kann. Als Annäherung an diese verstanden, erlaubt es jedoch, die von Malcolm X zusammengetragenen Phänomene einzuordnen. Da er selber keine Anstrengungen unternimmt, um die vielen Geschichten von schwarzen Männern, die "verrückt nach weißer Haut" sind, von den weißen Prominenten, die im Bordell nach den schwärzesten Frauen suchen, und von Blondinen, die hinter schwarzen Tänzern her sind (die diesbezüglichen Phantasien schwarzer Frauen kommen kaum zur Sprache) systematisch zu interpretieren, müssen diese Geschichten gerade von Lesern, die Malcolm X zunächst als neuen Popstar kennenlernten, als jener "Nervenkitzel" von Sex & Crime verstanden werden, von dem Malcolm X sagt, er habe ihn nicht erzeugen wollen. (...)

Damit ist schon deswegen zu rechnen, weil seit einigen Jahren im Zuge einer Renaissance "männlicher" Werte und einer ebenso propagierten "neuen Weiblichkeit" nicht nur der unwiderstehliche Charme des Zuhälters wieder allpräsent ist, sondern auch die weibliche Prostitution der " pretty woman" inzwischen als eine ganz pragmatisch kalkulierbare Berufsalternative im Gespräch ist - im Film, in der Literatur und in der Popmusik. Insbesondere im HipHop und im sogenannten Pimp-Style (Pimp = Zuhälter) geht es nicht einfach um Sex, sondern um eine Glorifizierung des rücksichtslosen Überlebenskampfes einer verrohten Schicht männlicher Hoodlums. Es geht um Trade-Mark-Fetischismus, Körperkult und die Bereitschaft zum Erstschlag im sozialen Konkurrenzkampf. Für den von vielen männlichen Rappern idealisierten Pimp gilt, was Malcolm X allgemein über den Hustler sagt: "Er beutet andere aus, um zu überleben, und nutzt dabei jede menschliche Schwäche aus." Der Pimp dreht, wenn er Frauen ausbeutet und Gegner ausschaltet, mit an der Spirale der Repression, der er jederzeit selbst zum Opfer fallen kann. Auch der schwarze Zuhälter reproduziert die Logik des Systems, das ihn ins Ghetto abdrängte.

Bei der Faszination, die heute Malcolm X und Gangsta Rap auch auf die heterogenen westdeutschen Jugendszenen ausüben, geht es nicht nur um einen trendgeilen Bilderrausch. Heute können nicht wenige Kids im kulturellen Hintergrund des HipHop, des neuen schwarzen Films und des Malcolm-X-Booms eine mögliche soziale Zukunft für sich selbst erkennen und ästhetisch antizipieren. Die Chance, daß diese Autobiographie in diesem und im oben genannten Sinn selektiv gelesen und in der Presse entsprechend rezipiert wird, ist ziemlich groß, zumal Spike Lees Film einer solchen Gewichtung zuarbeitet.

Wenn man das so will, lassen sich die ersten 150 Seiten dieses Buches in den Mittelpunkt stellen, und dann lassen sie sich wie eine verschärfte Ausgabe eines Bukowski-Romans lesen, d.h. in jene Tradition westlicher Voyeur-Literatur einfügen, in der eine frühe Existenz in der Halbwelt als erste Karrierevoraussetzung eines späteren erfolgreichen Schriftstellerdaseins gilt, weil das langweilige Leben des Normalverbrauchers mit Surrogaten aus zweiter Hand nicht mehr anzutörnen ist. Die Kapitel 2 bis 8 dieser Autobiographie lassen sich problemlos als ein Stück moderner Ghetto-Literatur verstehen, und sie sind es natürlich auch. Sie sind ein Krimi, der in die Halbwelt der Hustler und Pimps hinabführt, wo weiße Prostituierte die besseren Geschäfte machen und schwarze "bitches" den tabuisierten Gelüsten fetter weißer Rassisten zu Dienste sein müssen, wo Killer und Diebe an der Spritze hängen und Sektenprediger das Jüngste Gericht verkünden. Es ist eine Geschichte aus Armut, Rassismus und Sex, eine Geschichte der gegenseitigen Benutzung und Übervorteilung und somit ein literarischer Einblick in die Abgründe der menschlichen Existenz.

Linke und Antirassisten, die die Bedeutung dieses Buches ohne die Kapitel 16-19 möglicherweise zu gering veranschlagen würden, mögen dazu neigen, gerade jene ersten Kapitel nur als "Hintergrund" aufzufassen, die Malcolm X erst für den Mainstream anschlußfähig machen. Eine solche Haltung wäre fatal, weil in den ersten Kapiteln die wichtigsten Informationen über die Funktionsweise des Rassismus im entwickelten "hedonistischen" Kapitalismus enthalten sind.

Wenn Malcolm X von seiner Karriere als Lindy-Hop-Tänzer berichtet - Lindy-Hop ist ein dem Charleston verwandter Paartanz -, dann geht es um die Frage, wie ein solcher Hedonismus mit dem allgegenwärtigen Rassismus koexistieren konnte. Deshalb ist es auch für Antirassisten unbedingt wichtig zu verstehen, was ein Hipster ist, weil dieser vielen Linken wenig vertraute Sozialcharakter den Anbruch einer neuen Zeit ankündigt, die es immer noch zu begreifen gilt: Es ist die Zeit einer kapitalistisch strukturierten Individualisierung, in der der spezifische Habitus des Einzelnen an die Stelle tradierter Sozialstrukturen tritt. Mit der Ausdifferenzierung der Sozialstruktur werden kollektive Schicksale zunehmend als individuelle interpretiert, vollzieht sich ein Prozeß der Herauslösung des Einzelnen aus den traditionellen Bindungen und damit ein Verlust an kollektivem Handlungswissen. Der Weg aus dem Ghetto scheint dann nur noch als individuell denkbar zu sein. Diese Entwicklung geht einher mit einer Pluralität der Lebensstile und Orientierungen, mit ganz neuen Gefühlslagen sowie materiellen und symbolischen Aneignungsweisen. Im hedonistischen Kapitalismus gehen auch die Individuen der unteren Klassen auf die Suche nach sich selbst. Sie vollenden damit auf der individuellen Ebene den historischen Prozeß der Konstitution bürgerlich-kapitalistischer " nationaler Identität" - heute in allen Spielarten wichtigstes Exportgut in den Osten. Dabei geht es um Dinge wie Tanz, Kleidung, Sprache, Akzent, Manieren, Geschmack, Bildung, individuelle Sinngebung, Bedürfnisse, Gefühle, Charakter, Habitus, um die symbolische Seite der Ware und somit also um Themen, die die Linke traditionell unterschätzt und deshalb bisher auch kaum mit dem antirassistischen Diskurs verbinden kann.

Malcolm X war als Hipster cool, und er war es im Grunde bis an sein Ende. Hier liegt der wichtigste Schlüssel, sowohl zu seinem Erfolg als Agitator der Black Muslims als auch zu seinem Aufstieg zum Pop-Idol unserer Tage. Die bedeutendsten Hipster Harlems waren damals die Bebop- und Swing-Musiker. Ihre Hipness bezog sich nicht nur auf Musik und Tanz, sondern galt vor allem dem Spaß am coolen Ritual. Die richtige Kleidung ("zoot-suited"), die richtigen Schuhe, die richtige (ge-conkte) Frisur, die richtigen Gesten und die richtige Sprache - darauf kam es an, wenn man dabeisein wollte. Die Hipsters sind die historischen Vorläufer der gesamten westlichen Jugend- und Popkultur. Kult und Schick waren bei ihnen wichtiger als soziale Herkunft. Woher man auch kam, man konnte dabeisein, wenn man richtig dabei, also cool war.

Deshalb kam es auch genau hier zu neuen (und auf neue Weise problematischen) schwarz-weiß-Begegnungen, denn Hip-sein kennt im Prinzip weder Klassen- noch Rassenschranken. Die Subkultur der schwarzen Hipsters faszinierte auch weiße Jugendliche. Ihnen wurde vielleicht der erste halbwegs ernstgemeinte weiße Respekt entgegengebracht, weil sie Grenzen überschritten, die Spießer niemals überschreiten, weil sie den skandalösen und erotischen Lindy-Hop tanzten, scharfe Klamotten trugen

und freizügiger mit Sexualität umgingen. Malcolm X schildert daher auch wahrheitsgemäß, wie die Haltung der Weißen gegenüber den Schwarzen anfing sich auszudifferenzieren. Was diese Hipster zum Fetisch machten, wollten bald auch weiße Kids besitzen. Doch Hipness läßt sich nicht einfach kaufen. Hier kommt es aufs Detail an, auf die Kombination der Accessoirs. Der Winkel, in dem die Mütze auf dem Kopf sitzt, entscheidet ebenso über die "street credibility" wie die Geste, mit der der Drink bezahlt wird.

Man muß sich vor Augen halten, daß Malcolm X hier von einer Zeit spricht, wo Lynchmorde an Schwarzen und schwarzer hedonistischer Konsumerismus nebeneinander existierten. Damals war Deutschland faschistisch und führte einen Krieg gegen die Welt. Dadurch, daß die USA an diesem Krieg beteiligt waren und alle Hände gebraucht wurden, öffnete die Kriegswirtschaft einer größeren Zahl von Schwarzen den Zugang zu Industriejobs oder auch zu solchen Jobs, wie sie Malcolm Little bei der Eisenbahn ausübte. Das war nicht viel, aber mehr als vorher. Man kann erst auf einem bestimmten Niveau der Produktivkräfte cool sein, nämlich dann, wenn Arbeitslosigkeit und Niedriglohnjobs, bedingt durch die Existenz gewisser sozialstaatlicher Standards, nicht mehr zwangsläufig den Hungertod bedeuten. Amerika leistete es sich damals, Schwarze, die nicht mal volle Bürgerrechte besaßen, brutal zu erniedrigen und sie zugleich mit Almosen an den American Dream heranzuführen.

In den USA, wo man bereits die Rush Hour und große Kühlschränke kannte, hatten New Deal und das fordistische Produktions- und Konsumtionsmodell einen gesellschaftlichen Reichtum geschaffen, von dem Europa weit entfernt war und den man in Europa auch erst nach dem Krieg richtig begriff. Die USA waren gut und gerne zehn Jahre voraus - ökonomisch wie kulturell. Die standardisierte Massenproduktion erlaubte die Herstellung preiswerter Konsumartikel, und der kriegswirtschaftliche Deal zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaftern garantierte eine hohe Arbeitsproduktivität im Tausch gegen gewisse soziale Standards. Auch wo die schwarzen Arbeiter davon weiterhin ausgeschlossen waren, fiel doch etwas für sie ab. Auf der Ebene des Konsums zählte der Hundertdollarschein eines Schwarzen schon fast soviel wie der eines Weißen. Mit etwas Geld in der Tasche konnten sich Schwarze im Laden als "König Kunde" fühlen, während es ihnen nachts gleichzeitig verboten war, weiße Viertel zu betreten. Der Vater von Malcolm X besaß bereits ein eigenes Auto, und Autos oder auch Telefone galten auch in der Clique des Hipsters Malcolm Little nicht als unerreichbares Konsumgut. Der junge Malcolm bewegte sich somit in Verhältnissen, in denen der Möglichkeit nach längst alle Amerikaner hätten gut leben können. Die aufgezwungene Versagung, zu der auch gehörte, daß den Schwarzen die Handarbeit zugeordnet wurde, so daß Intellektuelle zu sein für sie ein beneidetes Privileg bleiben mußte - Malcolm X schildert ja anschaulich die Rückeroberung der intellektuellen Potenzen -, war historisch längst überflüssig geworden. In der Realität aber wurde der gesellschaftliche Reichtum über den Mechanismus einer reaktionären "Ethnisierung" verteilt. Dadurch jedoch, daß die ganze Gesellschaft mitsamt ihrer pyramidenförmigen Sozialstruktur wie in einem Aufzug ein Stück höher gefahren war, wurden auch die in den Sog der kapitalistischen Individualisierung und der damit verbundenen hedonistischen Orientierung hineingezogen, die am Boden dieser Pyramide angesiedelt waren und die dort gewaltsam festgehalten wurden.

Anmerkungen:

(1) Malcolm X bezog sich mit diesem Ausspruch auf Beschlüsse der Vereinigten Nationen, die besagen, daß jedes Volk das Recht hat, sich "by any means necessary" - also auch mit Gewaltanwendung - vom Joch kolonialer Unterdrückung zu befreien.

(2) "Ich bin für die Schwarzen das, was der Papst für die Weißen ist."

(3) In diesem Schwarzen- und Latinoghetto von Los Angeles kam es Anfang Mai '92 zu Straßenschlachten und Plünderungen, nachdem vier Polizisten, die den Schwarzen Rodney King brutal mißhandelt hatten, vor Gericht freigesprochen worden waren.

Malcolm X. Die Autobiographie. Herausgegeben von Alex Haley. Erschienen bei Agipa-Press, c/o Jürgen Heiser, Eichenbergstr. 9, 2800 Bremen 1. 525 Seiten, Hardcover, DM 39,80.

Wie einige inzwischen festgestellt haben werden, gibt es das Buch auch als Taschenbuchausgabe beim Heyne-Verlag für DM 16,80. Das Taschenbuch ist tatsächlich identisch mit der Agipa-Ausgabe, es enthält sowohl die Auseinandersetzung der Herausgeber, als auch die Liste der politischen Gefangenen, die in der Originalausgabe abgedruckt sind. Dazu konnte der Heyne-Verlag verpflichtet werden. Keinen Einfluß hatte

Agipa-Press, die auf Grund einer "Vertragslücke" in dem Copyright Vertrag - keiner dachte bei den Verhandlungen 1990 daran, daß bei Erscheinen des Buches ein gerade produzierter Film von Spike Lee den gesamten Medienmarkt in Aufruhr versetzt - die Taschenbuchrechte verkaufen mußte (Heyne machte dann das Rennen) auf die Aufmachung und den Klappentext der Taschenbuchausgabe, die dann auch entsprechend ausgefallen ist.

ga.

30. Kuba: Die Insel des Sozialismus kämpft ums wirtschaftliche Überleben

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:14

"Kuba bietet einzigartige

Kapitalverwertungschancen" (Castro)

Die Insel des Sozialismus kämpft ums wirtschaftliche Überleben

Zäher als erwartet erweist sich das kubanische Sozialismus-Modell. Alle Prognosen über einen schnellen Sturz Castros haben sich blamiert. Doch auch im vierten Jahr unter bis dahin nicht gekannten Weltmarktbedingungen steht die Insel in einem harten Überlebenskampf. Fieberhaft arbeiten die politisch Verantwortlichen daran, neue Handelspartner zu finden und ausländisches Kapital ins Land zu holen. Dabei werden bemerkenswerte Erfolge erzielt. Andererseits verändert sich mit den wirtschaftlichen Reformen das Gesicht des kubanischen Sozialismus zunehmend.

Seit 1990 veröffentlicht das kubanische Wirtschaftsministerium keine Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ab und zu werden einzelne Daten bekanntgegeben, aus denen sich nur ein unvollständiges Bild der ökonomischen Situation erstellen läßt. So ist es z.B. gegenwärtig nicht möglich, Aussagen über das Bruttosozialprodukt (BSP) von 1992 zu treffen. So unscharf diese Größe auch sein mag, sie könnte Aufschluß darüber geben, ob der Niedergang der Produktion (Schätzungen gehen für den Zeitraum 1990-92 von einem Rückgang des BSP um 35% aus) inzwischen gestoppt werden konnte.

Wohin führt der neue Wirtschaftskurs?

Joint-ventures, ausländisches Kapital, Exportdiversifikation, neue Märkte - dies sind einige der Zauberwörter, mit denen Kuba die Weltmarktintegration erreichen will. Gleichzeitig sollen wesentliche sozialistische Prinzipien Gültigkeit behalten. Castro beschreibt den künftigen Kurs folgendermaßen: "Ich möchte eines ganz deutlich sagen. Ich glaube, daß es ein großer Fehler ist, den Sozialismus mit Hilfe marktwirtschaftlicher Strukturen verbessern zu wollen. Der Vorrang von Gemeinschaftseigentum über Privateigentum muß beibehalten, die Notwendigkeit von Planung anstelle des Marktes darf nicht in Frage gestellt werden." (Euromoney, London, Juli 1992, S.41) Der Kapitalismus habe bewiesen, daß er unfähig sei, Entwicklungsprozesse in Drittweltländern in Gang zu setzen. Kubas Entwicklungsmodell beruht dagegen auf drei Säulen:

- eine Planung, die Schwerpunkte setzt und Ressourcen rational verteilt,

- ein effizientes Management der Ressourcen,

- eine redliche Verwaltung.

Darüber hinaus brauche Kuba Kapital, Technologie und Märkte. Die könnten aber nicht von einheimischen Privateigentümern oder selbständigen Unternehmern, sondern ausschließlich durch ausländische Investitionen erschlossen werden. (1)

Gesetzesänderungen, die Investoren ins Land locken sollen, werden vom sympathisierenden ausländischen Kapital so kommentiert: "Tatsache ist, daß Kuba mit den jüngsten Verfassungsreformen das staatliche Handelsmonopol aufgebrochen, seine staatliche Politik flexibilisiert und die Türen für das Privateigentum geöffnet hat; sogar in Bereichen, die bislang als strategisch angesehen wurden."(El Financiero, Mexiko, 21.9.1992) Gemeint sind damit Zuckerindustrie, Erdölvorkommen, Nickel, Biotechnologie, Transportwesen und Zitrusfrüchte.

Die strikte staatliche Kontrolle kubanischer Firmen wird zugunsten größerer Eigenständigkeit zurückgenommen. Bisher sind 68 Staatsbetriebe und 88 selbständige Unternehmen aus der Verantwortung des Außenhandelsministeriums entlassen worden. Sie müssen sich eigenständig um Handelspartner bemühen und ihren Devisenbedarf aus den eigenen Einnahmen decken.

Effizienzsteigerungen verspricht man sich durch die Einführung westlicher Managementmethoden. Seit 1988 gibt es ein Nationales Management-Training-Programm (SUTCER), bei dem westliche und japanische Methoden vermittelt werden. Kosten-Effektivität, Effizienz, Qualitätskontrollen und Mitbestimmung sind neu zu lernende Kategorien für kubanische Betriebsleiter. Über 1.000 Verwaltungskräfte sind inzwischen geschult worden, einige Manager haben Erfahrung in multinationalen Konzernen und ausländischen business schools sammeln können. Es sollen in einigen Betrieben bemerkenswerte Qualitäts- und Produktivitätszuwächse erzielt worden sein, vor allem dann, wenn auf eine rigide Mengenplanung verzichtet wurde. (A. Zimbalist, Teetering on the Brink, in: Latin American Studies 24/1992, S.415)

Joint-Ventures

Ausländische Investitionen sind seit Juli 1992 verfassungsrechtlich abgesichert. Gemeinschaftsunternehmen erhalten nach Paragraph 50 der Verfassung den Status einer selbständigen Rechtspersönlichkeit und gründen sich als Aktiengesellschaften mit genau definierten Zielsetzungen. Geschäftssitz und nationale Herkunft ist Kuba. Sie sind vom Staat vollkommen unabhängig, dürfen Büros, Vertretungen und Filialen im Ausland unterhalten und sich an übernationalen Konzernen beteiligen. (El Financiero, 21.9.1992) In der Regel hält der ausländische Partner 49% der Anteile, seit 1991 sind Mehrheitsbeteiligungen bei folgenden Voraussetzungen möglich:

- wenn es sich um eine Technologie handelt, die von Kuba selbst nicht erworben werden kann,

- wenn es sich um die Herstellung eines Produkts handelt, daß bisher für teure Devisen eingeführt werden mußte,

- wenn kubanische Rohstoffe, die bisher im Ausland weiterverarbeitet wurden, jetzt auf der Insel veredelt werden. (Euromoney, S.41)

Warum sollten ausländische Kapitalanleger ausgerechnet nach Kuba gehen? Castro wirbt mit einzigartigen Kapitalverwertungsaussichten. Am Beispiel des Tourismus zählt er die Vorteile des kubanischen joint-venture-Modells auf:

- Steuerbefreiung für einen langen Zeitraum,

- die Möglichkeit, daß investierte Kapital innerhalb von zwei bis drei Jahren wieder 'raus zu haben,

- automatischer und jederzeitiger Gewinntransfer ohne Papierkrieg,

- sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte ,

- gesicherte Treibstoffversorgung für ausländische Geschäftspartner,

- Ausschluß störender Effekte durch konkurrierende ausländische Investoren (Protektionismus),

- Ausbezahlung in konvertibler Währung, wenn der ausländische Partner aus einem joint-venture aussteigen will.

Castro weist darauf hin, daß es eine umfangreiche Arbeitsgesetzgebung gibt, die Effizienz und Disziplin in joint-ventures garantiert. Es gebe ein spezielles Arbeitsregime, das höhere Standards und größere Disziplin gewährleiste. Den Beschäftigten wird dafür ein höherer Lohn garantiert. Alle Fragen, die mit der Beschäftigung zusammenhängen, werden von Kuba geregelt. (Euromoney, S.41 ff.) Selbst davon sind offenbar Ausnahmen möglich: In mindestens einem Fall ist spanischen Hotelpartnern die Verantwortung über Einstellungen und Entlassungen übertragen worden. (Kaufmann-Purcell, America & the world, 1991/92, S.135)

Da Kuba sich stärker in die benachbarten Märkte verankern möchte, erhalten lateinamerikanische Investoren Vorzugsbehandlung. So sind debt-for-equity-swaps (Schuldenstreichung im Tausch gegen Vermögensanteile) im Zusammenhang mit der Gründung von joint-ventures möglich, wenn ein gewisser zusätzlicher Netto-Investitionsbetrag gewährleistet ist. Einige Vereinbarungen in dieser Hinsicht sind bereits abgeschlossen worden, andere werden gerade verhandelt. Weitere Reformen, z.B. die Einrichtung einer Freihandelszone, sind nicht ausgeschlossen. Als Ergebnis all dieser Bemühungen sind 1991 500 Mio. Dollar durch ausländische Investoren in die kubanische Wirtschaft geflossen. (Zimbalist, Latin American Studies 24, S.412)

Run auf Kuba?

Kubas Wirtschaft liegt in vielen Sektoren am Boden. Daraus machen auch staatliche Stellen keinen Hehl. Dennoch zeigt das ausländische Kapital Interesse. "Nach Auskunft der Industrie-und Handelskammer Kuba hat noch niemals zuvor eine so große Zahl ausländischer Geschäftsleute die Insel besucht, wie in den vergangenen Monaten. Die Geschäftsleute kommen aus aller Welt, von der Karibik bis nach Afrika, mit einem überraschend hohen Anteil aus der EG und nicht wenigen `Aufklärern' aus den Vereinigten Staaten." (El Financiero, 21.9.1992) Die mexikanische Zeitung El Economista (30.10.91) zitiert mexikanische Geschäftsleute, die von einer vielversprechenden Investitionslage sprechen, da Kuba sich mit sehr günstigen Konditionen dem lateinamerikanischen Markt öffne. Andere sprechen - vielleicht ein bißchen übertreibend - von einem Run ausländischer Geschäftsleute auf gewinnträchtige Projekte.

Vorteile des Investitionsstandorts Kuba sind billige und qualifizierte Arbeitskräfte sowie eine halbwegs leistungsfähige Bürokratie. Offensichtlich wird die politische Stabilität des castristischen Kubas in Lateinamerika ungleich höher eingeschätzt als in den imperialistischen Staaten. Blödsinn ist die Annahme Rita Neubauers (FR, 12.2.1993), ausländische Investoren würden sich einen Startvorteil gegenüber der US-Konkurrenz für die Zeit nach Castros Sturz verschaffen wollen und auf einen Markt von 10 Mio. Käufern spekulieren. Neubauer überschätzt die Risikobereitschaft der Kapitalisten. Ein politischer Umsturz könnte nämlich auch mit dem Verlust der Investitionen verbunden sein. Zweitens zielen die Investitionen gerade nicht auf die kubanischen Konsumenten, sondern auf devisenerwirtschaftende Wirtschaftszweige. Im Dezember nannte Carlos Lage, verantwortlich für den kubanischen Wirtschaftskurs, die Zahl von 76 joint-ventures (davon 62 Abschlüsse seit 1990). Die Mehrzahl arbeitet im Tourismussektor, es gibt aber auch Zusammenarbeit in der Rohstoff-, Bau- und Agrarindustrie. Über 200 weitere mögliche Gemeinschaftsunternehmen werde gerade verhandelt. Im Register über ausländische Firmenniederlassungen sind gegenwärtig 249 Betriebe aus 38 Staaten (Europa 14 Länder, Amerika 20, Asien 2, Afrika 1) verzeichnet, die auf die eine oder andere Weise auf der Insel aktiv sind. (El Financiero, 21.9.1992)

Neue Geschäftspartner gesucht

Wurde 1989 noch 85% des Außenhandels mit den RGW-Staaten abgewickelt, so ist dieser Anteil 1992 auf 7% gesunken. (ND, 11.2.1993) Da sich die Tauschverhältnisse im Handel mit Rußland verschlechtert haben, muß Kuba einen Kaufkraftverlust seiner Produkte um 70% hinnehmen. Er resultiert aus niedrigeren Zuckerpreisen (-2,5 Mrd. Dollar) und dem Ausbleiben günstiger Kreditlinien (-1,5 Mrd. Dollar). Wurden 1989 noch Waren im Wert von 8,1 Mrd. Dollar importiert, so stehen für 1992 nur noch 2,2 Mrd. Dollar (andere Quellen sprechen von 4 Mrd. Dollar) zu Buche.

Da ungewiß ist, welche Rolle die ehemaligen RGW-Staaten als zukünftige Handelspartner spielen können, muß Kuba weltweit neue Märkte erschließen. Welche Erfolge sind dabei bisher erzielt worden?

Rußland, China

und andere asiatische Länder

Wichtigster Handelspartner wird Rußland bleiben. Leider waren die Handelsvereinbarungen der vergangenen Jahre das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Die tatsächlichen Lieferungen blieben bei weitem unter den vereinbarten Quoten. Erdölimporte wurden vor allem durch Tauschgeschäfte ermöglicht. In der ersten Jahreshälfte 1992 lieferte Kuba jeweils 1 Mio. Tonnen Zucker nach Rußland und Kasachstan und erhielt jeweils 1,4 Mio. Tonnen Rohöl (1989: 1t Zucker = 4,5t Öl).

Im November 1992 wurde ein Handelsvertrag für 1993 abgeschlossen. Es handelt sich um einen weiteren Zucker-für-Öl-Swap (1,6 Mio. Tonnen/3,3 Mio. Tonnen). (1a) Der Wert von einer Tonne Zucker beläuft sich demnach auf 288 Dollar. Der Weltmarktpreis schwankt gegenwärtig um 200 Dollar. (2)

Zum zweitwichtigsten Handelspartner Kubas hat sich China entwickelt. Ein auf fünf Jahre (1991-95) terminierter Handelsvertrag sieht ein jährliches Handelsvolumen von 500 Mio. Dollar vor. Dies ist 1992 realisiert worden. Neben den schon hinlänglich bekannten Fahrrädern (1,2 Mio. Stück) importierte Kuba Ventilatoren, Lebensmittel, Ersatzteile und vor allem Getreide. (ND, 7.1.93) Vereinbart wurde die Errichtung einer Fahrradfabrik mit eine Kapazität von jährlich 150.000 Rädern. Kuba liefert Zucker, Zitrusfrüchte, Eisen, biotechnologische und pharmazeutische Produkte sowie medizinisches Gerät.

Über die Beziehungen zu Vietnam war wenig konkretes zu erfahren. Beide Seiten suchen nach Möglichkeiten einer größeren Zusammenarbeit. Vietnam wird Reisanbauexperten nach Kuba entsenden, die die Möglichkeiten des Anbaus neuer Reissorten überprüfen sollen. Kubanische Spezialisten haben beim Bau einer Zuckerfabrik in der Provinz Tay Nhinh geholfen.

Eine jüngst gegründete kubanisch-indonesische Handelsgesellschaft soll den Warenfluß zwischen beiden Staaten in Gang bringen. Zunächst soll genauestens studiert werden, in welchen Bereichen Handel sinnvoll ist.

Über den Umfang des Handels mit Japan war leider nichts herauszubekommen. Es besteht offensichtlich ein gewisses Interesse japanischer Wirtschaftskreise, denn mehr als 10 Firmen unterhalten Büros auf der Insel. Die den Touristen als Leihwagen zur Verfügung gestellten PKWs stammen aus Japan.

Mit Nordkorea sind Kreditvereinbarungen über Investitionen in die kubanische Zucker- und Stahlindustrie abgeschlossen worden. Nordkorea beteiligt sich am Bau des Wasserkraftwerks Toa-Duaba.

Mexiko

Die Handelsbeziehungen zu Mexiko waren lange Zeit belastet, weil Kuba nicht imstande war, die im bilateralen Verkehr aufgelaufenen Schulden (320 Mio. Dollar) zu tilgen. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern erreichte 1991 und 1992 immerhin jeweils 150 Mio. Dollar. Dabei erzielte Mexico im vergangenen Jahr einen Exportüberschuß von 100 Mio. Dollar. 1992 konnte eine Schuldenvereinbarung erzielt werden, die deutliche Impulse auslöste.

Kaum war in den USA im Herbst 1992 der Torricelli-Act verabschiedet (s. dazu den Artikel "Die Wirtschaftsblockade durch die USA"), kam die erste Antwort aus Mexiko. Die in Monterrey ansässigen Textilfabrikanten Mauricio Fernández und Danny Tafich gaben die Gründung der International Textile Corporation (ITC) bekannt. Mit einem Volumen von 1,1 Mrd. Dollar handelt es sich um das größte bisher abgeschlossene joint-venture. In 15 kubanischen Fabriken soll mexikanische Baumwolle zu Textilstoffen verarbeitet werden. Als Abnehmer sind Argentinien, Kanada, Japan, Mexico, Panama und Venezuela vorgesehen. Vorgesehen ist eine jährliche Kapazität von 376 Mio. qm textiler Stoffe. Der kubanische Anteil besteht aus Fabrikanlagen im Wert von 500 Mio. Dollar. Die Mexikaner wollen insgesamt 611 Mio. Dollar investieren. Damit halten sie 55% der Besitzanteile. Die Anfangsinvestition für Rohbaumwolle und Marketing in Höhe von 50 Mio. Dollar kommt aus Monterrey. Im weiteren Verlauf werden die Mexikaner für die notwendige Modernisierung des Maschinenparks sorgen.

Vorläufig beruht die Wettbewerbsfähigkeit der ITC auf den niedrigen kubanischen Arbeitslöhnen und günstigen Zollvereinbarungen. Kuba verpflichtet sich, mit einem Teil der zu erwartenden Gewinne die Rückzahlung der 320 Mio. Dollar-Schuld gegenüber Mexiko zu beginnen. Möglicherweise wird die ITC-Vereinbarung auf andere Länder ausgeweitet. Firmen aus Japan, Kanada, Südkorea und Panama sollen Interesse gezeigt haben. (LA Weekly Report, 12.11.92) (3)

Der Handel mit Mexiko wird dadurch erleichtert, daß die mexikanische Banco Nacional de Comercio Exterior (Bancomext) seit 1991 großzügige Kreditlinien für nationale Exporteure bereitstellt. (4) Ein Kooperationsvertrag zwischen der mexikanischen Canacintra (Cámara Nacional de la Industria de la Transformacion) und der kubanischen Industrie- und Handelskammer (Cámara de Comercio de Kuba) schafft die Grundlage für Investitionen mexikanischer Unternehmer.

Neben Tourismusinvestitionen (5) gibt es Vereinbarungen im Bereich der Kommunikationsmittel. Das Unternehmen Iusacel plant die Produktion von Telefonkabeln und den Aufbau eines mobilen Telefonnetzes. (6) Öffentlichkeitsscheu ist die mexikanische Zementindustrie: Sie verweigert konkrete Angaben, will aber auf dem karibischen Markt stärker Fuß fassen, der von Kuba aus schnell zu bedienen wäre. Insider berichten von Überlegungen, sich an kubanischen Zementfabriken zu beteiligen bzw. eine Neugründung vorzunehmen. Regierungsstellen bestätigen Sondierungsgespräche über gemeinsame Farbenherstellung, Tabakvertrieb, Raffinierung und Vermarktung von Erdölprodukten sowie Mineralienverarbeitung. (El Financiero, Mexiko, 24.8.1992)

Der Handel zwischen beiden Ländern ist allerdings bisher noch sehr ungleichgewichtig und beschert Kuba saftige Handelsbilanzdefizite. Mexiko importiert vor allem Zucker (1992: 44 Mio. Dollar), Zement (180.000 t)

und in ungleich geringerem Umfang ungegerbtes Leder, Liköre, Lebensmittel, Impfstoffe, Interferone, Anticholesterole sowie Stahlerzeugnisse. Geordert wurden auch Zuckerrohr-Erntemaschinen des Typs KTP2.

Brasilien, Venezuela

und weitere Staaten

Zum wichtigsten Handelspartner Kubas in Südamerika könnte sich Brasilien entwickeln. Für 1990 wurde ein Handelsvolumen von 200 Mio. Dollar erwartet. Kuba lieferte große Mengen des Meningitis-B-Impfstoffes im Wert von 80 Mio. Dollar. (Kaufmann-Purcell, S.135)

Venezuela ist offensichtlich entschlossen, seine guten Beziehungen zu Kuba auszubauen. Im November unterzeichneten die Außenminister beider Staaten mehrere Verträge, die eine engere Zusammenarbeit in technischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht vorbereiten. Vorgesehen sind gemeinsame Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsprojekte, technologischer und wissenschaftlicher Informationsaustausch sowie gemeinsame Seminare und Konferenzen. Genauere Einzelheiten über die Handelsbeziehungen liegen mir leider nicht vor.

Sehr gut entwickeln sich die Beziehungen mit Kanada. Im ersten Halbjahr 1990 hat sich das Handelsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 34% vergrößert (kubanische Exporte um 75,9%, kanadische Exporte um 15,9%). Im genannten Zeitraum belief sich das Handelsvolumen auf 140 Mio. Dollar.

Mit folgenden Ländern der Gruppe der 77 sind Handelsvereinbarungen im beiderseitigen Interesse getroffen worden: Iran, Libyen, Algerien, Kongo, Äthiopien, Uganda, Guinea, Simbabwe, Seychellen, Mosambik, Angola, Ghana.

Ohne Frage ist es ermutigend, daß Kuba in vielen Teilen der Erde ein gefragter Handelspartner ist. Hier wirkt sich aus, daß Castro in den vergangenen Jahrzehnten konsequent für die Interessen der Drittweltstaaten eingetreten ist. Andererseits ist Kuba heute nicht mehr so wählerisch bei der Partnersuche. Bei Staaten wie Iran, Indonesien oder Marokko bekommen Linke mit gutem Grund Bauchschmerzen. In ideologischer und politischer Hinsicht dürfte Kuba mit diesen Staaten nicht viel verbinden.

Die kubanische Isolation in Lateinamerika konnte vor allem dank des Abtretens der dortigen Militärdiktaturen aufgehoben werden. Dennoch überrascht es, wie viele Regierungen bereit sind, wegen guter Kontakte zu Kuba Ärger mit den USA zu riskieren. Zwei Gründe lassen sich anführen: Die Nähe Kubas zur nordamerikanischen Freihandelszone läßt eine Integration früher oder später (ohne Castro?) wahrscheinlich erscheinen. Wer dann einen Fuß auf der Insel hat, mag sich davon Vorteile versprechen. Etwas romantischer dagegen der zweite Grund: Vielleicht gibt es ja tatsächlich bei manchen lateinamerikanischen Regierungen ein Interesse am Fortbestehen eines sozialistischen Kubas, weil es ein gewisses Gegengewicht gegen die dominierende Supermacht darstellt. Ein einpolariger Kontinent wäre nicht im Interesse der anderen Staaten und der dort herrschenden Klassen, weil die Systemkonkurrenz die USA in mancher Hinsicht spendabel gemacht hat.

Tourismus

Kurzfristig werden die größten Hoffnungen in den Tourismus gesetzt. 1992 wurden 600.000 BesucherInnen erwartet. Schätzungen gehen von einem Netto-Gewinn von 200 Mio. Dollar (1991: 100-120 Mio. Dollar) für Kuba aus. Damit wäre dieser Sektor nach dem Zucker zur zweitwichtigsten Deviseneinnahmequelle geworden. Geplant ist, die Bettenzahl bis 1995 um jährlich 3-4.000 auf insgesamt 30.000 zu vergrößern. Dann sollen über eine Mio. Besucher empfangen (1991: 380.000) und Brutto-Einnahmen in Höhe von 1 Mrd. Dollar realisiert werden.

Um für dieses Vorhaben ausländische Partner zu gewinnen, wirbt Kuba mit einer dreijährigen Rekapitalisierung der eingesetzten Gelder. 20% der Hotelbetten werden gegenwärtig durch joint-ventures vermarktet. Kuba verfügt bereits über 20% aller in der Karibik angebotenen Hotelbetten. (Conflict Studies 256, S.15)

Um den Tourismussektor herum blüht die Prostitution: Vor den Hotels stehen die Prostituierten neben der Tourismuspolizei. Die Freier ermöglichen ihnen Zugriff auf die Waren in den Intourläden, die für Kubanerinnen derzeit nicht erhältlich sind: Schmuck, Shampoo, Parfüm, westliche Kleidung ... Junge Leute auf der Suche

nach Dollar verdienen sich die bucks mit Schwarztausch, Verkauf von Zigarren oder Rum. Es entsteht eine soziale Schicht, die sich aus der kubanischen Gesellschaft desintegriert, die dem Castrismus tendenziell feindlich gegenüber steht, da er zwar die Prostitution zuläßt, den Besitz von Dollar aber unter Strafe stellt und den Zugang zu Intour-Läden und -Restaurants verbietet.

Wie nehmen es die KubanerInnen auf, daß der Tourismus eine Zweiklassengesellschaft konstituiert? Der Dollarbesitzer hat Zugang zu den besten Hotels, den feinsten Restaurants, er bekommt die erlesensten Köstlichkeiten. Wie wirkt das auf eine Gesellschaft, in der krasse Unterschiede zwischen arm und reich seit gut dreißig Jahren nahezu unbekannt sind? Der Dollar erscheint als Schlüssel zum Konsumparadies. Was für eine Werbung für ein System, das diese Währung hervorbringt. Angesichts dieser Begleiterscheinungen zahlt Kuba für die Tourismus-Devisen einen hohen sozialen und politischen Preis. Er wird, weil das Wasser bis zum Hals steht, in Kauf genommen.

Erdöl: Achillesferse

und Hoffnungsträger

1992 konnte Kuba nur etwa 6 Mio. t der benötigten 13 Mio. t Rohöl importieren. Energiemangel lähmte weite Teile der Wirtschaft. Nahezu die gesamte Zuckerernte ging im Tausch gegen Rohöl außer Landes. Berichte über umfangreiche Ölvorkommen auf kubanischem Hoheitsgebiet haben Hoffnung aufkommen lassen, die extreme Abhängigkeit in dieser Hinsicht zu verringern.

Im Dezember 1990 unterzeichnete Kuba einen Sechs-Jahres-Vertrag mit einem französischen Konsortium (Total Petroleum und Compagnie Européene des Pétroles). Im März 1991 begann die gemeinsame Ölsuche. Mit der staatlichen brasilianischen Petrobras wurde im April 1991 eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine gemeinsame Exploration kubanischer off-shore-Felder vorsieht. Shell, British Petroleum und Taurus Petroleum (Schweden) sollen Interesse an sogenannten "risk-contracts" gezeigt haben. Die Ölfirmen übernehmen dabei die Explorationskosten und erhalten - wenn Vorkommen entdeckt werden - das Recht auf die Hälfte der Fördermenge.

Die heimische Erdölproduktion erbrachte 1992 etwas mehr als die geplanten 850.000 t. Damit wurden etwa 12% des Gesamtverbrauchs gedeckt. Aus den bereits niedergebrachten 1.600 alten Bohrungen will CUPET (Cuba Petroleo) ab 1995 2,5 Mio. t Rohöl herausholen.

Mitte Februar hat Kuba in Calgary und London acht Land- und drei Schelfgebiete zur Ölförderung feilgeboten. Es gibt Interessenten aus Mexiko, Frankreich, Schweden und Kanada. Die Rede ist von einem mehrere hundert km langen und 60 bis 80 km breiten Strang, der aufgeschlossen werden kann. (ND 26.1.93)

Das Problem ist, daß meßbare Ergebnisse wahrscheinlich erst in einigen Jahren verzeichnet werden können. Erdölförderung ist ein langwieriges Unternehmen. Vom Auffinden bis zur Förderung vergehen vier bis sechs Jahre. Kubanisches Erdöl gilt zudem als minderwertig. Es wird schwer zu exportieren sein, kann aber zur heimischen Energieerzeugung genutzt werden.

Zucker

Am 5. September, dem Jahrestag der kubanischen Revolution, verkündete Castro das Ergebnis der Zuckerernte 1991/92. 7 Mio. t bedeuten trotz eines Rückgangs um 6,7% (7,5 Mio. t 1990/91) einen großen Erfolg. Starke Regenfälle und auf Erdölmangel zurückzuführende Probleme bei der Zuckerverarbeitung ließen ein noch schlechteres Ergebnis befürchten. Castro betonte, daß nur 30% der sonst üblichen Ressourcen (Treibstoffersparnis durch vermehrte Handarbeit) eingesetzt wurden. (LA Weekly Report, 17.9.92)

700.000 t gingen in den heimischen Verbrauch. Die übrigen 6,3 Mio. t waren bis Mitte September ins Ausland verkauft. Obwohl dies einen Rückgang gegenüber 1991 von nur 6% bedeutet, werden aufgrund gesunkener Weltmarktpreise die Zuckererlöse um 2,7 Mrd. Dollar niedriger liegen. Neue Märkte konnten mit dem Iran, Südkorea und Marokko erschlossen werden. Cubazúcar erklärte, daß mit Kanada, Japan, Finnland, Algerien, Tunesien und Ägypten die gleichen Quoten wie 1991 vereinbart wurden. (LA Weekly Report, 1.10.92)

Kubanische Offizielle erwarten für 1993 einen Ertragsrückgang im Vergleich zu 1992. Transportprobleme, fehlende Düngemittel und Pestizide, Treibstoffmangel bei Traktoren, Energie-und Ersatzteilprobleme in den über 100 Zuckerrohrmühlen seien auch dieses Jahr unerwünschte Begleiterscheinungen der "zafra". (FR,

3.2.93) Allerdings wird die Ernteperiode wegen der enormen Bedeutung des Zuckers als Devisenbringer Jahr für Jahr von Spekulationen begleitet. Regierungsstellen haben im vergangenen Jahr niedrige Erträge vorausgesagt und das höher liegende, tatsächliche Ergebnis als großen Erfolg herausgestellt. Verbindliche Zahlen sind erst im Spätsommer zu erwarten.

Andere Exportgüter

Es ist keineswegs so, daß Kuba nur Zucker exportiert. Allein zwischen 1980 und 1985 sind 111 neue Produkte in den Export aufgenommen worden. Zu den wichtigsten Gütern zählen Zitrusfrüchte, Fischprodukte, Stahlerzeugnisse, recycelte Rohstoffe, Altmetall, Gasöfen, Papierprodukte, Lötkolben und Elektroden, Radios, Batterien. Nicht-Zucker-Exporte erreichten 1985 eine Höhe von über einer Mrd. Pesos (offizieller Kurs: 1 Peso = 1 US-Dollar). Davon konnten Waren für knapp 500 Mio. gegen konvertible Währung verkauft werden, der Rest wurde in Tauschgeschäften abgesetzt. Ein verstärkter Export von verarbeiteten Produkten scheiterte an planungsbedingten Versorgungsmängeln, ungenügender Qualitätskontrolle, ungeeigneten Verpackungs- und Transportmöglichkeiten, fehlender Markterfahrung und Devisenmangel. (Zimbalist, in: transformation and struggle, Halebsky 1990, S.136 f.)

Kuba besitzt mehr als ein Drittel der weltweiten Nickelvorkommen. Geschätzte 20 Mio. t sichern den Abbau für die nächsten 200 Jahre. 1990 konnte Kuba 450 Mio. Dollar aus Nickelexporten (46.000 t) erwirtschaften. Nach einem drastischen Produktionseinbruch 1991 (unter 30.000 t, die Moa-Produktionsstätte war wegen Energiemangels zeitweise stillgelegt) sollten im vergangenen Jahr 50.000 t produziert werden. Bis 1996 ist eine Steigerung auf 80.000 t vorgesehen. CUBANIQUEL unterhält Handelsbeziehungen mit 50 Firmen aus 25 Ländern. (Political Affairs, 8/1992 und Conflict Studies 256, S.15)

Es gibt Meldungen, wonach der kanadische Sheritt Gordon Konzern 1,2 Mrd. Dollar in die kubanische Nickelproduktion investieren möchte. Modernisierungen der Werke Punta Gorda, Moa und Nicaro sowie die für 1993 erhoffte Inbetriebnahme des Camarioca-Werkes könnten - nach optimistischen Schätzungen - ab 1994 zusätzliche Erlöse in Höhe von 400 Mio. Dollar jährlich erzielen. (Zimbalist, Latin American Studies 24, S.413) Ein Zustandekommen einer entsprechenden Vereinbarung wäre auch unter ökologischen Gesichtspunkten wünschenswert, da die gegenwärtigen Anlagen üble Umweltverschmutzer sind.

Pharmazeutische Industrie

Kuba hat mehr als 300 Mio. Dollar in die pharmazeutische Industrie investiert. Obwohl noch nicht alle Betriebe ihre Arbeit aufgenommen haben, ist die Investitionssumme durch Medikamentenverkäufe ins Ausland bereits wieder hereingekommen. Die Anzahl der verschiedenen auf Kuba hergestellten Medikamente ist von 327 auf über 900 gesteigert worden. (Granma Int., 15.11.1992)

Kuba ist das erste Land der Erde, das einen Meningitis-B-Impfstoff (gegen Hirnhautentzündung) entwickelt hat. Der Meningitis-B Erreger befällt vor allem Kleinkinder unter 2 Jahren. Brasilien hat mit dem kubanischen Serum in den Jahren 1989 bis 1991 eine Impfkampagne in der Umgebung von Sao Paulo durchgeführt. Eine Wirkstoffkontrolle des Kontrollzentrums für Infektionskrankheiten Atlanta (USA) ergab eine 92,5%ige Wirksamkeit bei Kindern über 4 Jahren. Die Untersuchung der jüngeren Alterstufe ist noch nicht abgeschlossen; Kontrollen in Kuba ergaben ebenfalls eine 92,5%ige Wirksamkeit. Diese Werte sind überdurchschnittlich hoch. Eine hohe Wirksamkeit wurde auch in Kolumbien bestätigt, wo über 16.000 Kinder im Alter von 3 Monaten bis 6 Jahren in besonders gefährdeten Regionen geimpft worden waren. (Granma Int., 1.11.1992)

Stolz ist Kuba auf die Entwicklung des cholesterinsenkenden PPG-5. Anders als die gegenwärtig gebräuchlichen Medikamente weist es keine negativen Nebenwirkungen auf. (7) In den Medien der Industriestaaten herrscht eine Art Nachrichtensperre über das neue Medikament. (Granma Int., 22.11.1992)

Kuba plant, die gesamte sexuell aktive Bevölkerung auf AIDS hin untersuchen zu lassen. (8) Dazu hat es das Testverfahren SUMA 321 entwickelt. Im Januar 1990 ist mit der Massenproduktion dieses Stoffes begonnen worden, da Bestellungen aus Brasilien, Italien, Spanien, der UdSSR und Venezuela vorlagen. (Gunn, Foreign Policy 79/1990, S.147)

Sich auf dem Weltmarkt neu zu etablieren, ist angesichts der Dominanz der internationalen Pharmakonzerne nahezu ausgeschlossen. Wettbewerbsnachteile entstehen durch unterlegene Testverfahren, Marketing-,

Präsentations- und Finanzierungsmethoden. Chancen ergeben sich möglicherweise in einigen lateinamerikanischen Ländern (Brasilien) und in den ehemaligen RGW-Staaten. Bedeutende Erlöse sind nur dann zu erwarten, wenn der osteuropäische Markt erschlossen werden kann. Im Juli 1992 soll es diesbezügliche joint-venture-Verhandlungen mit Spanien, Holland und Ungarn gegeben haben. (Conflict Studies 256, S.19)

Probleme der industriellen Entwicklung

So wichtig der Zucker als Exportprodukt auch ist, zum Bruttosozialprodukt trägt er nur mit 4% bei. Die gesamte Landwirtschaft erwirtschaftet 15% des BSP und absorbiert 21% der Beschäftigten. Die Industrie trägt dagegen 44,2% zum BSP bei, sie beschäftigt 21,8% der Berufstätigen. In 836 Betrieben arbeiten 767.500 Menschen. Es gibt 140 Großbetriebe mit jeweils über 2.000 Beschäftigten. Dem Industriesektor angegliedert sind 40 Forschungs- und Entwicklungszentren, in denen 8.000 Beschäftigte, darunter 3.000 WissenschaftlerInnen, tätig sind. In diese Zentren wurden zwischen 1977 und 1989 über 500 Mio. Pesos investiert. (Comercio Exterior 42, Mexiko 1992, S.1149 ff.)

Ziel der industriellen Entwicklung ist die Importsubstitution. Auf Kuba verhält es sich aber leider so, daß die importsubstituierenden Betriebe ihrerseits extrem abhängig von der Einfuhr industrieller Zwischenprodukte (z.B. Walzwerkerzeugnisse, mechanische, elektrische und elektronische Komponenten, Energiezufuhr) sind. Dies war bis 1989 kein Problem, da die Sowjetunion bis zu diesem Zeitpunkt die benötigten Güter preisgünstig zur Verfügung stellte. 1989 wurden Industriegüter im Wert von 555 Mio. Pesos hergestellt. Exporten in Höhe von 46 Mio. Dollar standen allerdings Importe in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar gegenüber. Solange mit den RGW-Staaten sichere Angebotsmärkte zur Verfügung standen, war dies auch kein Problem. Jetzt aber fehlt es an allen Ecken und Enden. Investitionen in Fertigungsbereiche, die die bestehenden Industriebetriebe mit den benötigten Zwischenprodukten versorgen, werden schwer aufzubringen sein.

Die Außenhandelsprobleme beeinträchtigen die Industrieproduktion erheblich. Für Mitte 1990 gab z.B. das Ministerium für Leichtindustrie bekannt, daß 321 Betriebe ihre wöchentliche Laufzeit auf 24 Stunden reduziert hatten; 26 hatten ihren Betrieb gänzlich eingestellt. (Perez-Lopez, Cambridge Journal of Economics 16,1992, S.122) Im November 1992 berichtete LA Economy & Business, daß nach Schätzungen nicht näher genannter Experten 80% der kubanischen Industrie zur Zeit stillgelegt seien.

Die Demoralisierungseffekte (Fehlzeiten, sinkende Arbeitsmoral) bei unterbeschäftigten Arbeitern dürfen nicht unterschätzt werden. Wer nicht bereit ist, in der Landwirtschaft zu arbeiten, sitzt mit 60% seines Lohns zu Hause.

Geld- und Währungspolitik

Die im Umlauf befindliche Geldmenge steigt beständig, da sie nicht durch Konsumtion abgeschöpft wird. Der Wert des und das Vertrauen in den Peso schwinden ständig. Die Folgen sind Schwarzmarkt und Parallelwährung (trotz Verbot des Dollarbesitzes). Kuba weist die gängigen Inflationsbekämpfungsmaßnahmen zurecht als unsozial zurück, kann aber keine Alternativen anbieten. Das Gleichgewicht zwischen Löhnen, Preisen und Produktion ist auf der Produktionsebene nachhaltig gestört. Kuba verneint eine Binnenmarkstimulation durch Einführung marktorientierter Reformen und hofft statt dessen, über Exportsteigerungen die Überschüsse zu erzielen, mit denen die heimische Konsumtion (via Importe oder Produktion von Konsumgütern) befriedigt werden kann. Das dürfte sehr schwierig werden.

Einschneidende währungspolitische Reformen sind laut Castro vorläufig nicht zu erwarten, einiges sei aber bereits in Bewegung geraten:

- Bestimmte kubanische Unternehmen müssen sich ihren Devisenbedarf selbständig erwirtschaften (Basisindustrien, Stahlverarbeitung, Biotechnologie, Fischerei).

- Das Außenhandelssystem soll reformiert werden. Auch kubanischen Firmen sollen direkte Verhandlungen erlaubt werden.

- Der Wechselkurs des Pesos soll an den anderer Währungen angeglichen werden. Nicht vorgesehen ist, den Wert der kubanischen Währung auf den internationalen Devisenmärkten frei bestimmen zu lassen.

- Das Bankensystem soll vorerst nicht verändert werden. Castro geht davon aus, daß der Produktionssektor höchste Priorität genießt und der Finanzsektor dem untergeordnet sein müsse.

- Maßnahmen zur Beseitigung des Geldüberhang, zur Reduzierung des Budgetdefizits oder die Durchführung einer Preisreform werden erst dann ergriffen, wenn es die ökonomischen Umstände erlauben.

- Ausländische Banken werden auf Kuba zugelassen, wenn dies notwendig und für das Land vorteilhaft ist. (Euromoney, Juli 1992)

Verschuldung

In der ersten Hälfte der 80er Jahre konnte Kuba zwar bemerkenswerte Exportsteigerungen erzielen (9,7% p.a.), außer Kontrolle gerieten aber die Importsteigerungen (11,5% p.a.), was zu einem chronischen Handelsbilanzdefizit beitrug. Auch im Zeitraum 1985-89 betrug das Defizit etwa 2 Mrd. Pesos jährlich. Die Finanzierung erfolgte durch Kredite seitens der UdSSR und der anderen RGW-Partner.

Gegenwärtig beläuft sich die Außenschuld auf 7 Mrd. Dollar gegenüber westlichen Schuldnern und etwa 20 Mrd. Dollar gegenüber der Ex-UdSSR. 1985 scheiterten Umschuldungsverhandlungen mit westlichen Banken. Seitdem hat Kuba den Schuldendienst eingestellt. Dadurch ist der Zugang zu neuerlichen Krediten nahezu ausgeschlossen.

Castro ist zu Vereinbarungen über die Rückzahlung der Außenschuld bereit, wenn auf Eingriffe in die nationale Wirt-

schaftspolitik verzichtet wird. IWF-Programme werden als Angriff auf die nationale Souveränität betrachtet. (Euromoney, Juli 1992)

Strukturelle Schwachstellen

Die positiven Entwicklungen bei der Suche nach neuen Handels- und Geschäftspartnern dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage der für den heimischen Markt produzierenden Betriebe nach wie vor katastrophal ist. Ausländisches Kapital hat an diesem Sektor kein Interesse, da keine Devisen erwirtschaftet werden können und der kubanische Peso nahezu wertlos ist. Hier liegt das größte Zukunftsproblem der kubanischen Wirtschaft. Wie kann vermieden werden, daß sich der Exportsektor von der übrigen Produktion abkoppelt?

Nehmen wir an, es gelingt mit Hilfe ausländischen Kapitals und unter Anwendung kapitalistischer Produktionsbedingungen einen weltmarktfähigen Exportsektor zu entwickeln. Dann wird es Arbeitsplätze erster und zweiter Klasse geben. Bereits jetzt gilt als Glückspilz, wer einen Job in der Tourismusbranche ergattern konnte. In dem Maß, in dem die Zahl besser verdienender KubanerInnen steigt (Prostitution, hohe Löhne in joint-venture-Betrieben, Schwarzhandel im Tourismusumfeld), stellt sich in wachsendem Maße das Problem eines adäquaten Angebots an Konsumgütern. Kann die steigende Kaufkraft nicht in höherwertige Güter umgesetzt werden, steigt die politische Unzufriedenheit. Wird dem Druck aber durch teure Importgüter nachgegeben, ergibt sich eine Aufteilung in Zahlungsfähige und weniger Zahlungskräftige - Gift für ein sozialistisches Gesellschaftsmodell.

Wie kann eine gleichgewichtige Entwicklung erreicht werden? Wie können Einkommens- und Konsumunterschiede in akzeptablen Grenzen gehalten werden? Die kubanische Regierung hofft wohl, mit Exporterlösen und Tourismuseinnahmen später auch die Binnenmarktproduktion wieder in Schwung zu bekommen. Daß dies ausreicht, wird von nahezu allen (sympathisierenden) ausländischen Beobachtern bezweifelt. Sie weisen auf eine ganze Reihe von Schwachstellen der kubanischen Ökonomie hin, die unter Weltmarktbedingungen nicht länger toleriert werden können.

So beklagt Andrew Zimbalist das Fehlen einer ökonomischen Produzentenkultur, eines sozialen Bewußtseins gegenüber der Qualität und einer Bevölkerung, die sich mit den Vorgaben der Politik identifiziert. Für einen nicht genau zu bestimmenden Teil der Bevölkerung sei in der gegenwärtigen Krise die Orientierung an bisher gültigen Werten verloren gegangen. Die zahlreichen Handelsvereinbarungen sind ökonomisch und moralisch ermutigend. In der Regel werden barter-Geschäfte (Tauschhandel) vereinbart. Dies hat für beide Seiten den Vorteil, daß ein Produktentausch zustande kommt, ohne daß ein einziger Dollar das Konto wechselt. Dadurch werden zahlreiche Geschäfte überhaupt erst ermöglicht, die ansonsten am Devisenmangels der Beteiligten

gescheitert wären. Andererseits ist eine moderne Gesellschaft auf Devisen als "Schmiermittel des universellen Tausches" unbedingt angewiesen. Will sagen, Devisenbesitz erlaubt das schnelle Reagieren, wenn irgendwo etwas hakt, klemmt oder fehlt. Barter-Geschäfte bedeuten eben immer die Beschränkung auf das, was der Partner gerade zu bieten hat. Sie können daher eine Ergänzung sein, bieten aber niemals die Vorteile eines über Geld vermittelten Tauschgeschäftes.

Immer wieder wird die Frage nach einer Stimulierung der Binnenökonomie gestellt. Viele halten die Privatisierung kleiner und mittlerer Unternehmen für notwendig, um dort Effizienzzuwächse zu erzielen. Weiter wird betont, daß frühere Investitionen keine große Effizienz aufwiesen, d.h. vergleichsweise niedrige Wachstumsraten hervorriefen.

Wie lange werden moralische Appelle und Verweise auf die ungünstige politische Konstellation die Kubaner bei der Stange halten? Wer heute Kuba besucht, wird junge Menschen treffen, die dem Sozialismusmodell vollkommen entfremdet sind. Er wird andere treffen, die voll und ganz dahinter stehen. Und er muß auch diejenigen anhören, die sagen: "So geht es nicht weiter. Castro muß weg. Was danach kommt, ist mir egal." Welche Stimmung sich durchsetzen wird, hängt m.E. entscheidend von einem zufriedenstellenden Warenangebot ab. Zwar ertragen die KubanerInnen die Versorgungsmängel seit zwei Jahren mit einer bewundernswerten Geduld - dennoch erodiert die Legitimation des Sozialismus auch von dieser Seite.

Ungebrochen optimistisch sieht dagegen Außenminister Ricardo Alarcón in die Zukunft: "Zunächst einmal - Kuba wird überleben. Das verleiht unserer Bedeutung für Lateinamerika und für die gesamte Dritte Welt eine neue Dimension. Wir werden die Machbarkeit eines sozialistischen Weges unter den gegenwärtigen Bedingungen unter Beweis stellen. Wir werden beweisen, daß es einen legitimen, authentischen, autonomen Sozialismus gibt und daß wir trotz aller Blockaden in der Lage sind, eine unabhängige sozialistische Gesellschaft zu entwickeln." (Zit. nach Political Affairs, 8/1992)

KUK, Berlin

Anmerkungen:

1) Es gibt nach wie vor einen kleinen Privatsektor. Eine Zählung ergab, daß 1988 28.600 Menschen (1,1% der Beschäftigten) in Kleinbetrieben selbständig wirtschafteten. Keine Angaben gibt es über den bereits damals existierenden "informellen Sektor" und den heute bestehenden Schwarzmarkt. (A.R.M. Ritter, Perspectivas para el cambio economico y politico en Cuba durante los noventa, in: Sinthesis 15/91)

(1a) Zucker-für-Öl-Swaps sind auch mit dem Iran (200.000 t/280.000 t) sowie mit Algerien und Libanon abgeschlossen worden (450.000 t / 630.000 t).

2) Tatsächlich werden nur 20% der Weltzuckerproduktion (113 Mio. t) zu Weltmarktpreisen gehandelt. Zuckerpreise sind in der Regel politische Preise, d.h. die großen Importeure (v.a. USA) zahlen ihren karibischen Lieferanten deutlich über dem Weltmarktwert liegende Beträge. Daher kann in den russischen Vorzugspreisen keine Subventionierung oder versteckte Entwicklungshilfe gesehen werden. Es handelt sich dabei um weltweit übliche Gepflogenheiten.

3) ND berichtet am 2.2.1993, daß das italienische Unternehmen Benneton einige Verträge mit der kubanischen GmbH Tubanatan abgeschlossen habe. Acht Geschäfte sollen für Touristen Benneton-Chic bereit halten. Geplant ist außerdem eine Designerschule. Ab 1994 will der Mode-Konzern Konfektionswaren aus Wolle und Baumwolle auf der Insel fertigen lassen. Ein Teil davon soll in den heimischen Konsum gehen.

4) Offensichtlich beteiligen sich zahlreiche andere mexikanische Kreditinstitute am Handel mit Kuba. Die Staatskanzlei hat die Banken um äußerste Diskretion in dieser Hinsicht gebeten, um den diplomatischen Druck der USA möglichst gering zu halten.

5) Mexikanische Hotelketten investieren in großem Stil. DSC wird 20 Mio. Dollar in ein Tourismus-Projekt in Santiago stecken. Posadas und Camino Real geben keine Auskünfte über ihre Vorhaben. Andere ausländische Interessenten sind Ramada, InterContinental, Lonhro Metropole Group sowie Club Mediterranee. (El Financiero, 24.8.1992) Jedes Jahr besuchen etwa 50.000 mexikanische Touristen Kuba; 1993 sollen es 70.000 werden.

6) Der US-Kommunikationskonzern AT&T ist nach verschiedenen Quellen ebenfalls sehr an Geschäftsvereinbarungen mit Kuba interessiert. Die Bush-Regierung blockierte allerdings Ansätze einer Zusammenarbeit. 1989 legte AT&T mit Regierungszustimmung ein leistungsfähiges Unterwasser-Kabel, das nie in Betrieb genommen wurde, weil dieselbe Regierung Gebührenzahlungen an Kuba verhinderte.

7) PPG reduziert den Überschuß an unerwünschten LDL-Blutfetttransporteuren. Im Gegensatz zu allen anderen blutfettsenkenden Medikamenten greift es die erwünschten HDL-Cholesterine nicht an. Das Präparat basiert auf Grundlage primärer aliphatischer Alkohole und seine Grundstoffe werden aus Zuckerrohr gewonnen.

8) 1986 wurde auf Kuba die erste AIDS-Erkrankung festgestellt. Bis heute sind 899 Infizierte registriert worden. 50% aller Infizierten sind zwischen 15 und 20 Jahre alt. Alle Erkrankten werden in speziellen Sanatorien untergebracht. Leo Burghardt hat mit einigen von ihnen gesprochen (ND, 20./21.2.93): "Fühlen sie sich von der Gesellschaft ausgestoßen? Die Antwort war überwiegend nein. Sie haben das Gefühl, daß die unauffällige, jedoch zugleich ständige ärztliche Kontrolle und Behandlung in einer angenehmen Umgebung mit dutzenden Möglichkeiten nützlicher Betätigung ihren seelischen Zustand eher stabilisiert." Für Lateinamerika und die Karibik wird die Zahl der HIV-Infizierten inzwischen auf knapp 2 Mio. geschätzt.

Energieversorgung

Tägliche Stromabschaltungen gehören auch 1993 zum Alltag der KubanerInnen. Mit Ausnahme von Krankenhäusern, Schulen und Hotels werden alle Haushalte vorläufig für acht Stunden auf Strom verzichten. Dasselbe gilt für die meisten Fabriken (Ausnahme Nahrungsmittel- und Tiefkühlindustrie). Die Verschärfung gegenüber Dezember (3 Stunden Abschaltung täglich) hat seinen Grund in der Zuckerernte, die höchste Priorität bei der Energiezuteilung genießt. Erntemaschinen und Zuckermühlen sollen auf vollen Touren arbeiten können. (LA Economy & Business, 1.1.1993)

Ölkraftwerke erzeugen den überwiegenden Teil der benötigten Energie Kubas. Allerdings sollen 1992 30% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen worden sein. Abfallstoffe der Zuckerindustrie, Wasser- und Windenergie sowie Biogas sollen - so die Planung - irgendwann 60% des Energiebedarfs decken. (Political Affairs, 8/1992, S.16)

Seit 1982 bauen Kuba und Rußland in Ciénfuegos das Juraguá-Atomkraftwerk. Nach der geplanten Fertigstellung der vier Reaktoren 1994 soll es den Rohölbedarf um 1 Mio. t jährlich senken. Am 5. September verkündete Castro den Baustopp, weil die russische Regierung neue Bedingungen (Kreditaufnahme bei einer internationalen Finanzorganisation) für den Weiterbau gestellt habe. Im November zeichnete sich dann eine Wende ab. Offensichtlich ist mit Rußland eine Vereinbarung über die Fortsetzung des Juraguá-Projekts erzielt worden. Im Gespräch ist die Beteiligung eines französischen Partners.

Gesundheitstourismus

Kuba wirbt mit preisgünstigen Operationen verstärkt um ausländische Patienten. Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft SERVIMED gegründet worden. Für eine Knochenmarktransplantation z.B. sind auf Kuba 80.000 Dollar zu bezahlen. Der gleiche Eingriff kostet in den USA 200.000 Dollar. Seit 1988 sind über 10.000 Patienten incl. Begleitpersonen gezählt worden. Für 1992 wurde eine Zahl von etwa 4.000 erwartet. Die häufigsten Behandlungen betrafen Pigmentstörungen der Netzhaut (retinosis pigmentaria), Pigmentmangel der Haut und Neurotransplantationen (Nervenverpflanzungen). Die meisten Patienten kommen aus Mexiko, Venezuela, Argentinien, Panama und Ecuador. (LA Economy & Business, 7.7.1992)

Die Wirtschafts-Blockade durch die USA

Mit dem "Torricelli-Act" vom Oktober 1992 drohen die USA allen Ländern, die wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba unterhalten, mit dem Entzug amerikanischer Hilfe. Zugelassen sind Lebensmittelspenden über internationale Organisationen und Arzneimittelverkäufe. Unternehmen, die über Tochterfirmen Handel mit Kuba treiben, dürfen keine Steuerabzüge für diese Einnahmen geltend machen. Schiffen, die einen kubanischen Hafen angelaufen haben, wird für die Dauer von 6 Monaten das Anlegen in amerikanischen Häfen untersagt.

Aber auch ohne Torricelli-Gesetz hat die Bush-Regierung dritte Staaten mit Erpressung zum Verzicht auf Handelsbeziehungen mit Kuba gedrängt. Als das State Departement im Winter 1991 von der Absicht Kubas erfuhr, Reis in Indien zu kaufen, drohte es der Regierung in Delhi mit einem Stopp amerikanischer Weizenlieferungen. Nach einer Parlamentsdebatte beschloß die Regierung die geplante Lieferung von 10.000 t Reis bei zwölfmonatiger Ratenzahlung.

Mehr Erfolg mit ihrem Erpressungsversuch hatten die Amerikaner bei der brasilianischen Fluggesellschaft VASP. Die hatte mit Kuba über die Einrichtung einer direkten Flugverbindung verhandelt. Die US-Botschaft gab ihr zu verstehen, daß Geschäftsbeziehungen mit Kuba das Ende von Ersatzteillieferungen und Flugzeugkäufen bedeuten würde. VASP gab auf.

Andererseits duldet die US-Regierung inoffiziell Geschäftsbeziehungen bestimmter amerikanischer Konzerne. Dow Chemicals, Dupont, Ford, General Electrics, IBM und Union Carbide sind über Tochterfirmen und Holdings auf Kuba engagiert. Die Bush-Administration begründete ihre Duldung mit den speziellen wirtschaftlichen Interessen des Landes und der Regierung. Dieser indirekte us-kubanische Handel ließ 1991 718 Mio. Dollar auf die Konten der Konzerne fließen (1981: 350 Mio. Dollar). Bei einer Beendigung der Blockade könnte sich nach Schätzungen von Experten das jährliche Handelsvolumen auf 1,3 bis 2 Mrd. Dollar belaufen.(LA Economy & Business, 9.9.1992) Andere Schätzungen halten langfristig ein us-kubanisches Handelsvolumen von 6,5 Mrd. Dollar für möglich. Profitieren würden vor allem die amerikanischen Landwirte (Getreide, Baumwolle), Düngemittelhersteller und Pharmakonzerne.

Bei Geld hört bekanntermaßen die Freundschaft auf. Proteste gegen das Torricelli-Gesetz hagelte es auch von Verbündeten: Die EG forderte Präsident Bush auf, das Gesetz durch sein Veto zu stoppen. Sie kritisierte den zunehmenden Drang der USA, die Souveränität unabhängiger Staaten zu beschneiden und den offensichtlichen Verstoß gegen Gatt-Bestimmungen (Kuba ist Mitglied der Gatt-Runde). Im September 1992 erklärte der britische Handelsbeauftragte: "Es ist Sache der britischen Regierung - und nicht des US-Kongresses - die Handelspolitik mit Kuba zu bestimmen. Wir werden den Versuch, amerikanische Gesetze auf britische Betriebe anzuwenden, nicht dulden." (zit. nach Mary Murray, Blockade against Cuba, in: Political Affairs 8/92, S.14)

Protest auch in Venezuela. Außenminister Calderon beschwerte sich über den Druck Washingtons auf sein Land, die Kontakte zu Kuba abzubrechen. Gleichzeitig betonte er, daß die Handelsbeziehungen beiden Seiten nützten und nicht angetastet würden.

Programa alimentario

Die mangelhafte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ließ kurzzeitig die Diskussion um eine Wiederzulassung "freier Bauernmärkte" aufflammen. Anfang der 80er Jahre war damit ein bemerkenswerter Anstieg der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion erreicht worden. Doch 1986 wurden die "freien Bauernmärkte" wieder verboten. Negative Begleiterscheinungen wie das Entstehen wohlhabender Zwischenhändler und weniger Steuerungsmöglichkeiten (Preise, Mengen) des Staates wurden als unvereinbar mit einem sozialistischen Gesellschaftsmodell angesehen. Auf dem 4. Parteitag im Oktober 1991 verwarf Castro daher einen neuerlichen Versuch.

Statt dessen hofft man auf Fortschritte beim programa alimentario (pa), das im Dezember 1989 ins Leben gerufen wurde, um die Nahrungsmittelselbstversorgung des Landes zu verbessern. Das pa macht die Verschiebung von Arbeitskräften aufs Land nötig. Betroffen sind diejenigen, deren Betriebe aufgrund von Versorgungsengpässen stillgelegt sind. Zehntausende verlassen zeitweise zu Ernteeinsätzen die Städte. Da die Nahrungsmittelselbstversorgung ein langfristiges Ziel ist, gibt es Pläne, neue Wohngebiete in ländlichen Gebieten zu errichten, die einen Anreiz für einen permanenten Wohnortwechsel bieten. Allerdings ist es schwer vorstellbar, daß in den nächsten Jahren Mittel zur Verfügung stehen, eine gegenüber den Städten attraktivere ländliche Alternative zu realisieren.

Ähnlich sieht es mit den ehrgeizigen Bewässerungsplänen aus. Große Flächen sollen mit Leitungssystemen versehen werden. Da die benötigten Bauteile nur zum Teil im Land selber gefertigt werden, sind Importe notwendig.

Im ersten Halbjahr 1992 ist die Produktion von Gemüse und anderen Lebensmitteln im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20% gestiegen. (El Financiero, 21.9.1992) Dieser positiven Meldung folgte jedoch im November die Ernüchterung. Carlos Lage teilte mit, daß sich die Erwartungen in das pa nicht im gewünschten und benötigten Umfang verwirklicht hätten. Genaue Angaben machte er nicht, die Milch- und Fleischproduktion seien aber rückläufig. Ursächlich für das bisherige Scheitern der ergeizigen Selbstversorgungspläne seien Importrückgänge bei Düngemitteln, Viehfutter, Getreide und Pflanzenschutzmitteln.

Spendenaufruf

Medikamente für Cuba

Durch die Verschärfung der Wirtschaftsblockade wird die Versorgung der cubanischen Bevölkerung zunehmend gefährdet. Ein Gesundheitssystem, das beispielhaft für die Länder der 3. Welt ist, soll gezielt zerstört werden.

Wir möchten nicht wieder tatenlos zusehen, wie einem Land die existentiellen Grundlagen genommen werden.

Das Recht auf medizinische Versorgung muß für alle Menschen der Welt gewährleistet sein.

Unterstützen Sie die Sammlung lebensnotwendiger Medikamente, medizinischer Materialien und Geräte sowie medizinischer Fachliteratur (Zeitschriften und Bücher in spanisch, englisch und deutsch) für Cuba durch Sach- und Geldspenden.

* Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.,

Theodor Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1

Spendenkonto: Stichwort "Medikamente für Cuba"

Postgiro Köln, BLZ 37010050, Konto 307984/507

* Taller de la Solidaridad

c/o B. Mühlfeld, Ludwigshöhstr. 42, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/64066 (ausschließlich medizinische Fachliteratur)

31. "Bewegungen aus dem Urgrund". Peter Scholl-Latours Buch "Aufruhr in der Kasbah. Krisenherd Algerien"

Peter Scholl-Latours Buch "Aufruhr in der Kasbah. Krisenherd Algerien" - Von Sabine Kebir

Autor: Sabine Kebir · Rubrik: Algerien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:40

Zwar mag noch mancher Hund von Gerhard Konzelmann einen Knochen nehmen, als "Nahost-Experte" ist der Mann jedoch völlig blamiert, seit er von dem Professor für gegenwartsbezogene Orientkunde, Gernot Rotter, als "Allahs Plagiator" enttarnt und überdies nachgewiesen worden ist, daß der Eigentanteil in Konzelmanns "Sachbüchern" vorwiegend ein Gebräu aus Legende, Sexismus und Rassismus ist. (1) Nach Konzelmann ist nun Peter Scholl-Latour, der zweite prominente "Nahost-Experte" dieser Republik, der Kritik einer Publikation des Heidelberger Palmyra-Verlages ausgesetzt. In dem von Karin Hörner und Verena Klemm herausgegebenen Buch Das Schwert des "Experten" wird erstmals umfassend die Berichterstattung Scholl-Latours über die Araber und den Islam analysiert. Die insgesamt zwölf AutorInnen des Bandes, zum größten Teil IslamwissenschaftlerInnen, kommen zu dem Ergebnis, daß Scholl-Latour mit seinen teils tendenziösen, teils verfälschenden Darstellungen und mit seiner Manier, wesentliche politische und historische Zusammenhänge zu ignorieren, Ängste und Mißverständnisse gegenüber der arabisch-islamischen Welt schürt und somit zu einer Wiederbelegung des Feindbilds "Islam" beiträgt.

Als Vorabdruck aus dem Ende März erscheinenden Schwert des "Experten" publizieren wir leicht gekürzt den Beitrag von Sabine Kebir über Scholl-Latours im Herbst 1992 erschienenes Algerienbuch. Die Autorin unterrichtete nach ihrem Sprachenstudium in Berlin von 1977 bis 1988 an den Instituten für Politische Wissenschaft und Journalismus in Algier und gilt als eine der besten westlichen Kennerinnen Algeriens.

Und nicht sind diejenigen Gläubigen, welche (daheim) ohne Bedrängnis sitzen, gleich denen, die in Allahs Weg streiten, mit Gut und Blut. Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche (daheim) sitzen, erhöht. Allen hat Allah das Gute versprochen; aber den Eifernden hat er vor den (daheim) Sitzenden hohen Lohn verheißen.

Diesen aus der vierten Koransure stammenden Vers stellt Peter Scholl-Latour seinem neuesten Buch voran, das eine Analyse der Krise in Algerien verspricht. Der Vers dient als Leitmotiv, als erste und auch letzte Erklärung für diese Krise, die das Maghrebland seit einigen Jahren schüttelt. Aber - so fragt sich mancher Leser hoffentlich - war da nicht noch mehr?

Außer der Industrie hat sich in Deutschland fast drei Jahrzehnte lang niemand mehr so recht für Algerien interessiert. Algerien war kein Reiseland. Und daher war die Vorstellung, die man sich machte, noch immer vom Mythos des zwischen 1954 und 1962 geführten Unabhängigkeitskampfes geprägt, der seinerzeit nicht nur bei deutschen Kofferträgern (2) Sympathie und Solidarität ausgelöst hatte. Algerien gehörte nach seiner Unabhängigkeit zu denjenigen Ländern der Dritten Welt, die nach außen den Eindruck beachtlichen Fortschritts erweckten. Sozialismus und Islam schienen eine Verbindung eingegangen zu sein, mit der sich leben ließ. Das Land machte nicht durch Hungersnöte, sondern durch eine geschickte Außenpolitik hin und wieder von sich reden: Es vereitelte das schlimme Ende mehrerer von moslemischen Brüdern aus anderen Teilen der Welt angezettelter Flugzeugentführungen. Es vermittelte - unter anderem - beim Kidnapping der OPEC-Minister in Wien 1974 sowie im amerikanisch-iranischen Geiseldrama (1979/ 80).

Im Jahre 1988 jedoch gingen Bilder um die Welt, die den Aufstand einer hoffnungslosen Jugend zeigten, den die Staatsmacht tagelang nicht unter Kontrolle bekam und der das Land in eine bis heute immer weiter eskalierende Krise mit Konfrontationen politischer und physischer Gewalt gestürzt hat, deren Ende und Lösung für niemanden absehbar ist.

Unhistorische Sicht

der moslemischen Kultur

Auch Peter Scholl-Latour, deutscher Experte für politische Flächenbrände in der Dritten Welt - in den letzten Jahren spezialisiert auf den moslemischen Raum -, hatte das Land vor und während des Unabhängigkeitskampfes oft bereist und von ihm berichtet. Wie die Deutschen im allgemeinen, hatte er es lange Zeit danach keines Interesses für würdig befunden. Schließlich sind Krisen seine Spezialität, nicht aber die Analyse von Evolutionen. Jetzt aber, da sich das Land in einen Bürgerkrieg zu manövrieren scheint, schreitet er wieder über die Treppen der Kasbah, findet dieses und jenes Café wieder, in dem er auch schon zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges gesessen hatte.

"Aufruhr" herrscht nun wieder "in der Kasbah". Scholl-Latours neues Buch soll die "Tragödie, die sich in Algerien vorbereitet", begreiflich machen, weil sie "Europa nicht unberührt lassen" wird (S. 9). Grund für die Tragödie ist diesmal nicht die Auflehnung gegen eine Fremdherrschaft, sondern gegen eine eigene, nationale Kaste von Profiteuren, denen vorgeworfen wird, die vom Koran gesetzten Regeln des Regierens verletzt zu haben. Bei der Interpretation dieser Vorgänge schließt sich Scholl-Latour - scheinbar unschuldsvoll - einem Erklärungsmuster an, das aus der moslemischen Welt selbst stammt. Ein alter libanesischer Freund, den er in einem Hotel in Algier trifft, verweist resignierend auf die Aussagen eines (ebenfalls libanesischen?) Soziologen namens Benaoun: "Alle vierzig oder fünfzig Jahre stelle sich diese Gesellschaft immer wieder selbst in Frage, zerstöre ihre eigenen, fest etablierten Referenzen. Sie sei dann zu einer Hierarchisierung der Werte unfähig. In diesen ‚dementiellen` Augenblicken tauchten jene Bewegungen aus dem Urgrund auf, die das Politische und das Religiöse zu verschmelzen suchten. Dabei würden die ärmsten Bevölkerungsschichten mobilisiert, die jeder geistigen Orientierungsmöglichkeit beraubt schienen. Die ideologische Leere würde dann durch chiliastische Prophezeiungen ausgefüllt, und am Ende stände stets ein Blutbad und eine unerbittliche Konfrontation zwischen Aufruhr und Staat" (S. 57). Auf das aus dem Französischen entlehnte Wort dementiell und die vermutlichen Gründe, weshalb es hier unübersetzt geblieben ist, will ich später eingehen.

Im Grunde folgt Benaoun - und mit ihm Scholl-Latour - der schon vom Altmeister der maghrebinischen Soziologie Ibn Chaldoun (1342-1406) begründeten zyklischen Geschichtstheorie, wonach in der islamischen Welt mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder politische Krisen aufkommen, weil Stämme, die noch dem originären Islam anhängen, die verweichlichten und dekadenten Herrscher stürzen. Wenn sie selbst einmal an Macht und Reichtum gewöhnt seien, würden auch sie schließlich abtrünnig und ihrerseits von "frischen" Stämmen gestürzt.

Nach dem Zitat aus dem Koran und der Aufnahme einer modernen Version dieser altgedienten Zyklentheorie zu urteilen, hält Scholl-Latour den Ausbruch von Gewalt in Algerien offenbar für eine fast unausweichliche Katastrophe, die einem Naturereignis gleichkommt.

Zwar kann man der Theorie Ibn Chaldouns in der älteren Geschichte des Maghreb eine gewisse Relevanz nicht absprechen. Und in der Tat muten auch die neuen, den ganzen moslemischen Raum erschütternden islamistischen Bewegungen - äußerlich gesehen - wie die Wiederkehr der Verfechter des Heiligen Krieges an. Aber läuft man mit dem Blick auf diese Äußerlichkeiten nicht Gefahr, Form und Inhalt zu verwechseln? Umschreibt nicht letztlich auch die Zyklentheorie des - im übrigen äußerst verdienstvollen - Ibn Chaldoun nur äußere, oberflächliche Formen von real ganz verschiedenen geschichtlichen Identitäten? Genügt eine solche Theorie unserem heutigen Bedürfnis nach exakter Analyse? Ich behaupte, daß man in der Analyse nicht sehr weit kommt, wenn man die immer wiederkehrende Form stillschweigend mit dem Inhalt gleichsetzt. Man wird auf diese Weise nur Symptome und Stimmungen der Krise erfassen können. Und genau hier bleibt Scholl-Latour auch stehen.

Der wiederholte und hartnäckige Gebrauch der Zyklentheorie weist auf einen Grundfehler, den Scholl-Latour allerdings mit einer Vielzahl von selbsternannten, aber auch als ausgewiesen geltenden Spezialisten für den moslemischen Raum gemeinsam hat: ein völlig unhistorisches Bild vom Islam. Dieses starre Bild wird zwar von den konservativen Hütern des Islam unter den Moslems ebenfalls verkündet und gepflegt. Es hat aber zu keinem Zeitpunkt der Geschichte wirklich der Glaubens- und Lebensrealität der moslemischen Gesellschaften entsprochen, die - wie alle anderen Religionsgemeinschaften auch - stets in mehr oder weniger virulenten Interpretationskämpfen gelebt haben. Und zwar auch dann, wenn diese strikt verboten waren. Auch die ideologische Seite der aktuellen gesellschaftlichen Kämpfe in den islamischen Ländern spiegelt in Wirklichkeit Interpretationskämpfe innerhalb eines sich enorm dynamisierenden Islam. Denn es ist vollkommen abwegig, die Gegner der Islamisten als Atheisten anzusehen. Mit der Übernahme des starren, unhistorischen Bildes vom Islam - wobei der Koran, die Scharia (3) und die Sunna (4) als hauptsächliche Bezugspunkte für die

Interpretation einer Vielzahl soziologischer Phänomene dienen - spielt Scholl-Latour, aber bei weitem nicht nur er allein, unbewußt oder gar bewußt das Spiel der Konservativen in den moslemischen Kulturen mit.

Auf die Aktualität angewandt, verbirgt die unhistorische Sicht des Islam einschließlich der famosen Zyklentheorie mehr als sie offenbart, ganz abgesehen von den Konsequenzen hinsichtlich der Methode Scholl-Latours, mit denen ich mich Schritt für Schritt befassen werde.

Meine Auseinandersetzung mit Scholl-Latours Buch basiert nicht auf dem zur Zeit häufig betriebenen linken Spiel, die bis heute im Namen des Islam ausgeübte Gewalt einfach zu leugnen. Auch neige ich nicht zu dem ebenfalls linken Spiel, die islamistischen Bewegungen hoffähig machen zu wollen, weil hinter ihnen große Volksmassen stehen. Ich sehe sie allerdings nicht - wie Peter Scholl-Latour - als direkte Gefahr für Europa an, sondern vielmehr als furchtbare Gefahr innerhalb der moslemischen Welt selbst. Deshalb wende ich mich nicht gegen die Deutlichkeit, mit der Scholl-Latour die Gefahr der Gewalt im Namen des Islam aufzeigt. Ich halte aber die Art der Interpretation dieser Gefahr nicht nur für unzureichend, sondern ebenfalls für gefährlich.

Es ist durchaus richtig, daß die moslemische Welt von einer Krise erfaßt wird, die sich in vielen Ländern und Regionen als militantes religiöses Erwachen manifestiert. Und es ist auch richtig, daß diese Bewegungen unter dem Banner der Forderung nach einer radikalen Rückkehr zum Buch, d.h. zum Koran, zur Scharia und zur Sunna, stehen. Bei der Analyse dieser Bewegungen sind Koran, Scharia und Sunna dann tatsächlich auch wichtige Referenzpunkte. Aber sind sie die einzigen? Sind die Ursachen für das Entstehen dieser Bewegungen überall die gleichen? Und sind sie nur in ihrem eigenen System zu suchen, sind es wirklich nur "Bewegungen aus dem Urgrund"? Selbst wenn man davon ausgeht, daß die islamistischen Erneuerungsbewegungen gewisse gemeinsame Züge und internationale Vernetzungen aufweisen - sind sie wirklich überall gleich? Und vor allem: Treffen sie überall auf dieselben bereits vorhandenen Grundformen des Islam - Schia (5) und Sunna (6) -, die sich im Islamismus, wie Scholl-Latour richtig anmerkt, sogar wieder näher zu kommen scheinen?

Ich frage: Genügt es, über ein Grundwissen über den Islam zu verfügen, um so große geographische Räume wirklich erfassen und beurteilen zu können? Scholl-Latour kennt keine regionalen Ausprägungen des Islam, er kennt nicht die Macht des Gewohnheitsrechts - das gerade in den berberischen Regionen des Maghreb zum offiziellen Recht bis heute teilweise quer steht. Er weigert sich auch, eine eventuelle Mitschuld des Westens an der ökonomischen Katastrophe zu analysieren, welche die arabische Welt erfaßt hat. Es mutet lediglich wie eine Art Minimaltaktik des Anstands an, wenn Scholl-Latour im Eröffnungssatz seines Buches konstatiert, daß Bushs neue "Weltfriedensordnung" bislang nur eine Schimäre sei. Die Mitte der achtziger Jahre erfolgte Halbierung der Erdölpreise, die gerade für die Auslösung der algerischen Krise große Bedeutung hat, wird nur einmal im Nebensatz erwähnt - und dann auch noch mit falscher, um zwei Jahrzehnte vorverschobener Zeitangabe (S. 288).

Mit dem Bild vom monolithischen Islam sowie der Ignorierung von Geschichtlichkeit schlechthin stellt Scholl-Latours Philosophie die mechanische Kehrseite der Philosophie der Islamisten dar. Auch sie erwecken gerne den Eindruck, daß das islamische Pneuma der Wiedergeburt des Gottesstaates den ganzen moslemischen Raum erfaßt habe. Mit ihrem Kampf um die alleinige Interpretationsgewalt über den Koran, der eher der schiitischen als der sunnitischen Tradition zu entspringen scheint, bekämpfen sie regionale Kulturen und Gewohnheitsrecht, weil diese eine Quelle des Widerstands sein können und in Zukunft mehr und mehr auch eine Quelle der Demokratie.

Obwohl Scholl-Latour nicht zu Unrecht die Apokalypse einer islamistischen Machtergreifung in Algerien an die Wand malt, spielt er auf eigenartige Weise also ihr Spiel mit. Dahinter kann nichts anderes als das Bestreben stehen, im Westen das Gefühl zu entwickeln, der "Vom Atlas bis zum Hindukusch" (so eine Kapitelüberschrift bei Scholl-Latour) heraufziehenden islamistischen Gefahr könne von unserer Seite nur mit einer Festungs- oder gar Kreuzzugsmentalität begegnet werden. Die Möglichkeit, daß friedfertige und demokratische Kräfte aus beiden Kulturen einander kennenlernen und näherrücken könnten, wird gar nicht anvisiert. Wer eine tiefschürfende soziologische und ökonomische Analyse jenes Entwicklungsweges erwartet, der das Land in die Krise geführt hat, wird enttäuscht.

Reportagen zu Stimmungen und Symptomen

Scholl-Latours Algerienbuch gliedert sich in drei Teile. In den Reportagen des ersten Teils schildert der Autor sein Wiedersehen mit dem Maghrebland. In der Kasbah, in diversen Cafés und Hotels trifft er Menschen, die ihn über die Symptome der jetzigen Krise informieren, beziehungsweise die Theorie des zyklischen Weltbildes bestätigen. Symptome der jetzigen Krise sind die hohen Preise, die chronische Wirtschaftsschwäche, die zunehmende Verschleierung der Frauen, der islamistische Widerstand. Die mechanische - selbst im Detail - zyklische Geschichtsperspektive Scholl-Latours äußert sich auch darin, daß er mehrmals die islamistische Behauptung einer Parallele oder Quasi-Identität zwischen der Kolonialmacht und der Macht der FLN (Front de Libération Nationale) suggeriert. Schon bei der Ankunft am Flugplatz habe man ihn gewarnt, daß eine blau uniformierte Sonderpolizei "den französischen CRS zum Verwechseln ähnlich sieht (...)", "Verhaftungen vornehmen und ihren Verhören mit Folterungen Nachdruck verleihen" werde "wie zur Zeit der französischen Repression" (S. 19). Einen Protestmarsch von Anhängern der Islamischen Heilsfront (FIS) will er vom Hotel Aletti - heute Hotel Safir - aus beobachten, weil es ihm als "idealer Schnittpunkt" in Erinnerung war, "um sowohl das Brodeln in der algerischen Altstadt (gemeint war Altstadt von Algier; S.K.) als auch die Einschüchterungsmaßnahmen der französischen Terroristen der OAS (...) zu beobachten (...). Die Situation kam mir seltsam vertraut vor". Allerdings fällt der Marsch dann aus irgendeinem Grunde aus. Aber Scholl-Latour spinnt seine Erinnerungen weiter fort, vermischt sie mit Bildern von heute und erzeugt so den unabweisbaren Eindruck einer Parallele zwischen der französischen und der heutigen Repression (S. 51 ff.). Eine solche Reportagetechnik ist nicht eigentlich illegitim zumal ja zumindest der Teil der Islamisten, der die OAS (Organisation de l'Armée Secrète) nicht mehr erlebt hat, selbst so empfinden mag. Zu kritisieren ist an dieser Technik lediglich, daß sie ineffizient ist, nur eine Stimmung wiedergibt, keinesfalls aber den vollkommen unterschiedlichen Ursachenkomplex, der zu dieser Situation geführt hat. Der einzige Versuch, diesen anderen Ursachenkomplex zu analysieren, ist das Kapitel "Das sowjetische Modell zerplatzt". Es umfaßt nur dreieinhalb Seiten und enthält so gut wie keine stichhaltige Information. Daß die FLN-Herrschaft mit der synchronen Parallele zur Sowjetunion - mit der man befreundet, von der man aber nicht abhängig war - ebenso wenig analysiert ist wie mit der historischen Parallele zum französischen Kolonialismus, soll weiter unten noch ausgeführt werden.

Symptomatisch für die Oberflächlichkeit des Reporters ist auch sein Bericht über die Kabylei und die dort bei der Mehrheit der Bevölkerung verankerte, eine moderne Demokratie fordernde Front der Sozialistischen Kräfte (FFS). Man spürt, daß er sich in kulturell relativ eigenständigen Gebieten auf unsicherem Boden wähnt - hier kann er nicht so einfach vom Grundmodell Islam ausgehen und danach urteilen. Am interessantesten ist im ersten Teil des Buches noch das quasi konspirative Gespräch, das Scholl-Latour mit einem Offizier der Armee geführt hat, der mit der FIS sympathisiert oder ihr sogar angehört. Die Tatsache, daß wachsende Teile der Armee und der Polizei mit den Islamisten sympathisieren oder ihrem terroristischen Druck nachgeben, ist ein wichtiger Sachverhalt, der für Algeriens Schicksal in der kommenden Zeit von entscheidender Bedeutung sein wird.

Dieser erste Teil des Buches, dessen Inhalt mit der Fotokollage auf dem Glanzumschlag korrespondiert - darauf ist unter anderem ein eifernder junger Islamist mit dem Koran in der Hand vor einer Kasbah-Moschee abgebildet - geht allerdings schon nach siebzig Seiten zuende. Scholl-Latours neuerliche Algerienreise ist also nicht allzu ergiebig gewesen.

Im zweiten Teil bietet Scholl-Latour dem erstaunten Leser über fast 220 Seiten hinweg Texte, die er "bereits in vergangenen Dekaden - beginnend im Jahr 1953 - veröffentlichte (...). Aber welchem Chronisten ist es schon vergönnt, auf eine so lange Serie von Analysen und Erlebnisberichten zurückgreifen zu können, ohne daran irgendwelche Abstriche oder nachträgliche Berichtigungen vornehmen zu müssen?", so die Ankündigung des umfangreichsten Teilstücks des Buches im Vorwort (S. 9 f). Scholl-Latour muß sich der relativen Ärmlichkeit seiner aktuellen Algerien-Anaylse halbwegs bewußt gewesen sein, jedenfalls erweist sich die Einspeisung seiner alten Arbeiten in das Buch als geschickter Schachzug. Nicht nur, daß den historisch Interessierten das beeindruckende Bild der algerischen Revolution heraufbeschworen wird; sieht man von einigen prokolonialistischen Entgleisungen ab - Scholl-Latour spricht aus der damaligen französischen Perspektive immer wieder von Rebellen und Fellaghas - war er in der Tat damals in besserer Form als heute. Besonders gut herausgearbeitet ist die Rolle von Charles de Gaulle in der widersprüchlichen Entkolonisierungsphase. Heute zweifeln die Historiker nicht mehr daran, daß de Gaulle den Krieg von Beginn seiner Machtübernahme an beenden wollte. Vielen Nostalgikern des algerischen Unabhängigkeitskampfes ist bis heute nicht bewußt,

daß dieser Kolonialkrieg von der französischen Linken begonnen, aber von der Rechten beendet worden ist - ein Faktum, das der historischen Aufarbeitung durch die Linke bedarf.

Freilich wüßte man gerne, wo Scholl-Latour die alten Artikel seinerzeit veröffentlicht hat. Man möchte diesen oder jenen doch ganz gerne mit dem Original vergleichen. Denn ganz unbearbeitet sind sie wohl doch nicht übernommen worden, wie hier und da angestellte Vergleiche zwischen gestern und heute zeigen: "Die roten Lehmmauern und Zinnen von Ouarzazate hallten damals noch nicht vom Freizeit-Trubel des ‚Club Méditerrannée`, wider. In einer eremiten-ähnlichen Abgeschiedenheit hätte ich dort (...) das Stammesleben der Berber in den Felsschluchten des Draa und des Dades studieren können" (S. 224 f.). Es ging dabei um einen Verwaltungsposten, der dem jungen Peter Scholl-Latour kurz nach Marokkos Unabhängigkeit einmal angeboten worden ist, den er schließlich aber nicht antreten konnte. Wie wir noch sehen werden, wäre ein solcher Aufenthalt in einem Berbergebiet seiner späteren Laufbahn als Experte für islamische Völker von Nutzen gewesen.

Der Mittelteil des Buches enthält aber nicht nur ältere Texte über Algerien, sondern auch frühere Reportagen aus der Westsahara, Marokko, Tunesien und sogar aus Libyen, deren Zusammenhang mit Titel und Untertitel des Buches - die sich ja allein auf Algerien beziehen - nicht immer deutlich wird. Der dem Buch eher entsprechende Untertitel Krisenherd Maghreb wäre aber wohl weniger publikumswirksam gewesen, da eben Algerien derzeit die größten Schlagzeilen macht. Wollte oder mußte Scholl-Latour ein Seiten-Soll erfüllen, oder wollte er einfach zeigen, mit wie vielen bedeutenden Maghrebinern - von denen einige mittlerweile auf mehr oder weniger geheimnisvolle Weise umgekommen sind - er persönlichen Umgang hatte? Gerade auch dieser Aspekt des Buches scheint mir ein Hinweis darauf, daß Scholl-Latours Methode veraltet ist: Weniger denn je kann man auch im Maghreb heute noch aus den Aussagen der Großen - d.h. von der Königsebene her - das politische Geschehen beurteilen. Ob nun als Islamisten oder als Demokraten, auch die Völker des Maghreb sind in Bewegung geraten und für ihre eigenen Regierungen ziemlich unberechenbar geworden.

Auf jeden Fall wollte Scholl-Latour verdeutlichen, daß in dieser Region wieder einmal "Die Schraube der Gewalt" am Werke ist - so der Titel der Reportagen des dritten Teils, der uns wieder kurz ins heutige Algerien führt (in einem Tableau über die Katastrophe der postkolonialen Landwirtschaft ohne genaue Angaben und Hintergründe), vor allem aber nach Frankreich. Das Schreckensbild vom überfremdeten Frankreich - welches insbesondere die Region um Marseille ("Brückenkopf des Islam", S. 265), aber auch Paris ("Eine Kasbah an der Seine", S. 276) betrifft - greift Scholl-Latour auch schon einmal kurz im ersten Teil auf. Die Aufgabe der kolonialen Ansprüche Frankreichs in Algerien vor dreißig Jahren wird angesichts der heutigen Situation als großes Glück dargestellt: "(...) was wäre denn aus Gallien geworden, wenn man alle Muselmanen Algeriens zu vollgültigen Bürgern der Fünften Republik, zu ‚Français à part entière` (7) travestiert hätte? Die Zahl dieser arabischen Franzosen wäre heute auf dreißig Millionen angeschwollen. Das Mutterland wäre mit dieser multikulturellen, unverdaulichen, durch den Islam radikalisierten Aufblähung niemals zurechtgekommen. Durch seinen Verzicht hat de Gaulle die Identität, ja die Existenz der französischen Nation gerettet" (S. 22). Die von den Moslems ausgehende Gefahr, vor der sich der gesamte Westen offenbar hüten muß, sei für Frankreich trotz Abstoßung der Kolonie aber bereits Realität geworden: "Angst hatte sich der alten phönizischen Stadt (d.h. Marseille; S.K.) bemächtigt. Mit den Maghrebinern war das Gefühl alltäglicher Unsicherheit und die ferne, aber unentrinnbare Perspektive zivilisatorischen Untergangs über die ganze Mittelmeerküste gekommen". In den Maghrebinervierteln von Paris empfindet Scholl-Latour zwar selbst "niemals das Gefühl irgendeiner Bedrohung oder auch nur latenter Feindseligkeit", aber die "orientalische Suq-Atmosphäre" wirkt doch "ebenso authentisch wie am Cours Belsunce von Marseille" (S. 277). Auf das geschickte Lavieren Scholl-Latours zwischen plakativ aufgesetztem Antirassismus und deutlichen Hinweisen auf die multikulturellen Gefahren werde ich später noch eingehen.

Unter den aktuellen Texten des letzten Teils befindet sich auch ein Bericht über das Treffen Scholl-Latours mit dem deutschen Botschafter in Rabat, Murad Hoffmann, der zum Islam konvertiert ist und kürzlich mit einem Buch über den Islam als Alternative in Deutschland für einiges Erstaunen gesorgt hat. Obwohl Hoffmann offen von seinem Ideal einer moslemischen Gesellschaft schrieb, in der Staat und Religion wieder verschmelzen, waren bislang verfassungsrechtliche Bedenken gegen einen solchen Botschafter offenbar seinem diplomatischen Nutzen für das Bonner Auswärtige Amt unterlegen. Es ist bezeichnend, daß Peter Scholl-Latour gegenüber Hofmann und seinem Buch - das ebenfalls eine hermetische Sicht des Islam verbreitet und jegliche Geschichtlichkeit als bedauernswerte Abweichung vom idealen Gottesstaat interpretiert

- einige Sympathie empfunden hat. Allerdings läßt er auch hier wieder Vorsicht walten: Man hatte "vorsorglich vermieden (...) einen Konsens anzustreben" (S. 304).

Peter Scholl-Latours Buch über Algerien endet seltsamerweise in Rabat, wo er sich über den immer weiter eskalierenden Bürgerkrieg nur noch per Zeitung informiert. Fazit: "Vom Atlas bis zum Hindukusch" drehte sich die "Spirale der Gewalt unerbittlich hoch".

Kleine Fehler eines großen Experten

Das monolithische Bild vom Islam, das von vornherein den Blick für die reale Vielfalt der Kulturen und politischen Strömungen des moslemischen Raums verstellt, ist wohl auch der Grund, weshalb sich Scholl-Latour als Spezialist für einen riesigen geographischen Raum ausgibt, der ja sogar weiter als "Vom Atlas bis zum Hindukusch" reicht. Würden wir einem Moslem, der sich einige Grundbegriffe des Christentums angeeignet hat, zutrauen, daß er gleichermaßen zuverlässig über Polen und Portugal oder gar über Norwegen und Italien berichtet? Ich denke, daß diese Art von Expertentum im Aussterben begriffen ist, denn das Publikum nimmt sie glücklicherweise immer weniger an. Es ist heute den meisten Menschen klar, daß auch das fähigste Gehirn weder die inneren Strukturen noch gar die vielen Einzeldaten eines so großen geographischen Raumes wirklich beherrschen kann. (...) (8)

Es ist nicht unwichtig, daran zu erinnern, daß es sich bei dem genannten Buch um das bislang letzte handelt, das Scholl-Latour veröffentlicht hat. Dem Recherchieren und Schreiben ist eine Zeit vorausgegangen, in der sich dieser deutsche Medienspezialist für den moslemischen Raum - ebenso wie sein Kollege und Konkurrent Gerhard Konzelmann - einer wachsenden Kritik seitens der Öffentlichkeit ausgesetzt sah. Das Dilettantentum, das Gernot Rotters Buch Allahs Plagiator Gerhard Konzelmann nachweist, läßt sich Peter Scholl-Latour meiner Meinung nach nicht im selben Ausmaße anhängen. Er baut etwaigen Plagiatsvorwürfen, wie sie Rotter gegenüber Konzelmann erhebt, unter anderem dadurch vor, daß er mehrmals betont, das Buch sei "ausschließlich auf persönliche Untersuchungen, Begegnungen und Erfahrungen gestützt" (S. 9). Darin sehe ich nun wieder keineswegs einen Pluspunkt. Nicht abzuschreiben bedeutet ja nicht, daß man fremde Dokumentationen nicht benutzen darf, sondern daß man sie dort, wo man sie benutzt, ordnungsgemäß zitiert. Aufbau, Argumentation und Konklusion des Buches lassen meines Erachtens aber keinen Zweifel daran, daß Scholl-Latour kaum etwas aus der ausgesprochen umfangreichen französischen wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Literatur über den Maghreb, und speziell über Algerien, kennt. In einem Land wie Frankreich - dem er seiner Herkunft und Kultur nach doch eng verbunden ist - könnte er sich niemals als Nordafrikaspezialist aufspielen.

Maskierter Rassismus

Nicht erst seit dem Golfkrieg - wenn auch seitdem in verstärktem Maße - ist das Informationsbedürfnis der deutschen Öffentlichkeit hinsichtlich des islamischen Raums enorm gewachsen. Pauschalisierenden, über große geographische Räume mit wenigen Sätzen urteilenden Darstellungen, wie sie Konzelmann und Scholl-Latour seit mehreren Jahrzehnten zu liefern pflegen, steht man heute mit mehr Skepsis gegenüber als früher. Außerdem können beträchtliche Teile der Gesellschaft nicht mehr ohne weiteres glauben, daß die Härte der Auseinandersetzungen innerhalb der islamischen Völker und zwischen ihnen vor allem mit deren Temperament oder dem gewalttätigen Geist ihrer Religion zusammenhängen soll. Seitdem der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien tobt, in dem vor allem Menschen mit moslemischer Kultur von Menschen mit christlicher Kultur gequält werden, fällt es noch schwerer, dem Schwert des Islam grundsätzlich ein größeres Gewaltpotential zuzutrauen als sich im alten Europa unter der dünnen Decke der "Friedensordnung" des Kalten Krieges verborgen hatte.

Durch seine Art der Darstellung hat sich Scholl-Latour gelegentlich den Ruf eines Rassisten zugezogen. Eine schwere Beschuldigung, die - will man sie aufrechterhalten - belegt werden muß. Zweifellos hat er in dem vorliegenden Algerienbuch versucht, gegen diesen Vorwurf anzuarbeiten. Das ist ihm jedoch nur teilweise gelungen, und die Anstrengungen, die es gekostet hat, bleiben sichtbar. Das an der eingangs zitierten Textstelle von Scholl-Latour als Fremdwort belassene "dementiell" scheint ein unbewußter Versuch zu sein, hier und da - und das selbst bei frei wiedergegebenen Zitaten - allzu forsche Behauptungen über die Irrationalität der Moslems irgendwie abzuschwächen. Dementiell ist in meinem Fremdwörterbuch nicht aufgeführt, scheint aber vom französischen Adjektiv dément abgeleitet zu sein und bedeutet übersetzt

wahnsinnig, verrückt, toll, übergeschnappt. Drastische Formulierungen, die eine gewisse Primitivität der Maghrebiner umschreiben sollen, kann sich Scholl-Latour immer noch nicht ganz verkneifen, aber er relativiert sie gerne: So schlimm, wie es aussieht, ist es dann im einzelnen oft gar nicht. So geht beispielsweise von den Leuten der Altstadt Constatines zwar der Eindruck von "exotischer Wildheit" aus, "die aber zu keinem Zeitpunkt in Feindseligkeit gegenüber dem Fremden umschlug" (S. 64). Immer wieder wird betont, daß Moslems in europäischer Kleidung vertraut wirken: Ein Übergang von "exotischer Wildheit" zur Zivilisation ist für Scholl-Latour offensichtlich denkbar.

Einen nazistischen Rassismusbegriff kann man ihm also keinesfalls anhängen. Ende 1992 hat er in einer Talkshow ausdrücklich gefordert, den Skinheads, die das Bild unserer Demokratie beschmutzen, einfach "in die Fresse" zu hauen. Mit dem Rassismus von Peter Scholl-Latour hat es eine kompliziertere Bewandtnis. Rassismus im eigentlichen Wortsinn ist ihm nicht so ohne weiteres nachzuweisen - wohl aber bedient er häufig rassistische Vorurteile. Hier lohnt es sich, kurz auf seine Geschichte als Reporter zu blicken. Genaugenommen schien er mit dem Herzen meistens auf Seiten der von der europäischen Zivilisation angegriffenen Drittweltler gestanden zu haben. Obwohl - oder gerade weil - er im französischen Indochinakrieg auf der Seite der Kolonialmacht gekämpft hatte, besaß er später genug Empfinden für weltgeschichtliche Entwicklungstendenzen, im Vietnamkrieg der Amerikaner auch "objektiv" aus der Sicht der möglicherweise siegenden Vietnamesen zu berichten. Während des Algerienkrieges erkannte er früh, daß die alte Kolonialmacht ausgespielt hatte, und er versuchte, auch den Standpunkt der Algerier darzustellen. Wie er im neuen Buch schreibt, hatte ihm ein junger Oberleutnant der Befreiungsarmee klargemacht, daß das Wort Fellagha einer "gewissen französischen Propaganda" entsprungen war, und ihm empfohlen, auf die Bezeichnung Mudschahidin, beziehungsweise "Befreiungskämpfer" umzusteigen (S. 171). Wie wir uns erinnern, hat er das bei seiner Berichterstattung aus Afghanistan stets beherzigt. Vielleicht fiel es ihm in diesem Fall auch leichter, von "Befreiungskämpfern" zu sprechen, weil es sich dort um einen Kampf gegen die kommunistische Variante der europäischen Zivilisation handelte. Im Falle des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern konnte er sich freilich bis heute nicht zu einer kritischen Haltung gegenüber den Vertretern der europäischen Zivilisation entschließen. Schlimmer: Juden, die öffentlich für einen Ausgleich zwischen beiden Völkern einstehen, hält er einfach für "nicht anständig" - wie er vor einem überraschten Fernsehpublikum während des Golfkrieges gegenüber der israelischen Anwältin Felicia Langer behauptete.

In seinem neuen Algerienbuch bemüht sich Scholl-Latour immer wieder, darauf hinzuweisen, daß es sich um ein "durchaus liebenswertes Land" handele. Da er - offenbar die Sitte des Maghreb respektierend - Frauen so gut wie gar nicht begegnet ist, kann er nur Männerschönheiten besingen, eine Freude, die er sich offensichtlich gerne gönnt. Für Sayed El Wali - einen Führer der um ihre Unabhängigkeit von Marokko kämpfenden Polisario-Front aus der Westsahara - empfand er "eine spontane Sympathie (...). Die Haare wuchsen buschig und zerzaust. Der kurze Backenbart umrahmte ein hageres, kühnes Gesicht" (S. 215). Sogar Libyens Staatschef Qadhafi beeindruckte nicht nur ein "paar italienische und französische Journalistinnen", die beim Anblick "dieses schönen Mannes mit dem ausdrucksvollen Beduinenkopf in Verzückung" gerieten. Auch er mußte zugeben: "Qadhafi wirkte in der Tat wie ein strahlender Filmschauspieler. Eine sympathische Jungenhaftigkeit ging von ihm aus (...)". Da Aussehen und Allüren eines Filmschauspielers in der westlichen Welt bei Politikern ebenfalls im Bereich des Möglichen liegen - wie es bei Qadhafis Erzgegner Ronald Reagan der Fall war -, wird man in derartigen Formulierungen durchaus einen gewissen philoarabischen Zug bei Scholl-Latour erkennen können. Würde er aber von Reagan sagen, daß er sich "mit der Geschmeidigkeit einer Katze" bewege - wie er es wenige Sätze später von Qadhafi behauptet (S. 194 f.)? Würde er einem westlichen Politiker etwas wie ein "Widderprofil" mit "grauer Lockenmähne" (S. 36) nachsagen, wie dem Kabylenführer Ait Ahmed? "Widderähnlich" erschienen Scholl-Latour kabylische Profile übrigens schon in älteren Reportagen. Per Kapitelüberschrift wird den an sich recht edlen Sahrawis die Metapher "Skorpione im Wüstensand" (S. 203) zugeordnet. Ein paar Seiten später fallen sie aber plötzlich "wie Wüstenfüchse" über einen marokkanischen Konvoi her.

Wenn dann auch noch der Führer in der Kasbah "behende wie eine Bergziege die steilen Treppen" (S. 13) vorausklettert, braucht man schon viel Toleranz, um Scholl-Latour die omnipräsente Tiermetaphorik durchgehen zu lassen. Das tierische Element bei den Maghrebinern bringt er auch zum Ausdruck, wenn er die reale sexuelle Krise, in welche die algerische Jugend - wie auch die Jugend im ganzen Maghreb und im Nahen Osten - geworfen ist, und die auch meiner Meinung nach "das wirksamste Ferment des Revolutions- und Umsturzwillens darstellt", auf Seite 35 als "kollektiven ‚Samenkoller`" bezeichnet.

Scholl-Latours eigentlicher Rassismus liegt jedoch tiefer. Er liegt in dem fortlaufenden Hinweis auf den Virus der Gewalt, den die Menschen mit moslemischer Kultur offensichtlich in sich tragen und der sich in fatalistisch wiederkehrenden Geschichtszyklen immer wieder explosiv Bahn bricht. Zur Zeit ist dieser Virus wieder virulent: Das "Schwert des Islam" ist vom "Atlas bis zum Hindukusch" in Aktion und hat längst auch die moslemischen Teile der Sowjetunion erfaßt. An seiner Zyklentheorie berauscht sich Scholl-Latour zyklisch im ganzen Buch. Er bringt sie immer wieder vor, immer irrationaler und unpassender in Zusammenhängen, in denen sie auch zur Erklärung von Symptomen und Stimmungen nichts zu suchen hat: "Die ehemals Spanische West-Sahara war zum Schauplatz eines verworrenen Machtspiels geworden. Die arabischen Chronisten des Mittelalters hätten hier alle Elemente ihrer Berichterstattung wiedergefunden: dynastische, mörderische Rivalitäten an der Spitze, den ewigen Widerstreit der Stämme und im Hintergrund - urgewaltig, alles beherrschend - das feierliche Postulat des Islam, die obligate Ausrichtung der Politik auf den Traum von einem utopischen Gottesstaat" (S. 219). Der ursächliche Hintergrund, der hinter dem Westsahara-Konflikt steht, ist keineswegs ein Wiederaufleben "dynastischer mörderischer Rivalitäten". Wenn die Sahrawis gegen die Einverleibung in das despotische Königreich Marokko kämpfen, so haben sie nicht vor, Hassan II. durch einen eigenen Monarchen zu ersetzen oder sich auch nur Teile des heute völkerrechtlich anerkannten marokkanischen Territoriums anzueignen. Bislang ist auch kein sahrawisches Programm bekannt, in dem von der Errichtung eines "utopischen Gottesstaates" die Rede wäre. Im Gegenteil - das letzte mir vorliegende Programm von 1991 strebt eine marktwirtschaftliche Republik an. Scholl-Latour schreibt nichts über die Probleme der militärisch in die Enge getrieben Sahrawis, die ständigen Bombardements durch die Marokkaner ausgesetzt sind. Wir hören nichts über das gegenwärtige unwürdige Gerangel zwischen der UNO und Hassan II. hinsichtlich des in der Westsahara längst überfälligen Referendums. Statt informiert zu werden, erfahren wir ständig etwas über Stimmungen: So erinnert sich Scholl-Latour lieber daran, wie er sich in dem umstrittenen Gebiet "dem Zauber der Wüstennacht, der totalen Einsamkeit des Menschen zwischen Erde und Firmament" hingab. "Wo anders als in der Wüste hatte der Glaube an den Einzigen Gott seinen Ursprung nehmen können?" (S. 220).

Auch in Marokko selbst wüte der Virus der zyklischen Gewalt immer wieder. Im Jahre 1971 zum Beispiel gebärdeten sich die "jungen fanatischen Berber (...) wie ihre Vorväter, die im Gefolge der eifernden islamischen Erneuerungsbewegung der ‚Almohaden - Al Mowahhidun` im zwölften Jahrhundert aus den rauhen Höhen des Atlas in die Ebene der Verweichlichung vorgestoßen waren, um im Namen der Einzigkeit Gottes den lasterhaften und abtrünnigen Epigonen der Almoraviden-Dynastie ein Ende zu setzen" (S. 243). Auch damals ging es keineswegs um die Errichtung eines Gottesstaates in Marokko. Die Gründe, weshalb junge marokkanische Soldaten damals in Skirha ein furchtbares Massaker unter den Geburtstagsgästen von Hassan II. anrichteten - bei dem dieser selbst wie durch ein Wunder entkam -, werden nicht ausgeführt. Hat nur - wie Scholl-Latour suggeriert - die Anstiftung durch den zwar gutaussehenden, aber im Grunde schrecklich blutrünstigen Qadhafi zu der Revolte geführt? Lägen mit den skandalösen politischen und sozialen Verhältnissen im scherifitischen Königreich nicht etwa genügend Gründe vor? Das Kritischste, was bei Scholl-Latour über das Regime Hassan II. zu lesen ist, ist die Behauptung, daß dieser "Befehlshaber der Gläubigen" "zwar ein kluger, tatkräftiger und überaus couragierter Herrscher war, als Vorbild koranischer Tugenden jedoch schwerlich empfohlen werden" könne (S. 304). Mit diesem Satz wäre ich sogar einverstanden, wenn er irgendwie ausgeführt würde. Bei Amnesty International wären einige Informationen mehr erhältlich gewesen, außerdem natürlich auch in neueren französischen Büchern wie dem Bestseller des Reporterkollegen Gilles Perrault über Notre ami le roi.

Stimmungen und Symptome verdecken Fakten

Ich kann nicht umhin, ein zu Recht immer mehr aus der Mode gekommenes textkritisches Verfahren in Anwendung zu bringen. Bei Scholl-Latours Büchern genügt es nicht, zu kritisieren, was er schreibt. Das Publikum muß auch auf das aufmerksam gemacht werden, was er alles nicht schreibt. Denn es handelt sich um so wesentliche und im Grunde leicht zugängliche Informationen, daß die - hinter Stimmungen und Symptomen versteckten - Auslassungen nicht immer als Informationslücken des Autors, sondern zumindest teilweise als bewußte Desinformation erscheinen.

Wieso erfährt man bei Peter Scholl-Latour so wenig über die realen Ursachen und Zusammenhänge, die die moslemische Welt - wie andere Kulturräume - auch immer wieder in blutige Auseinandersetzungen treiben? Ist das religiöse Erwachen der Moslems nicht nur die kulturelle Form, unter deren Deckmantel genauer

definierbare Interessen- und Verteilungskämpfe stattfinden, welche die moslemischen Völker gegen innere und äußere Feinde führen? Im Falle Algeriens wäre es erforderlich, zu analysieren, was mit den Erdöleinnahmen des Landes geschah, welche Art der Industrialisierung zu der Entfremdung der Menschen von sich selbst geführt hat. Nach Scholl-Latour ist in Algerien ein sozialistisches Experiment sowjetischen Typs gescheitert. Das algerische Scheitern weist aber nichtsdestoweniger zahlreiche Gemeinsamkeiten mit dem gegenwärtigen Scheitern fast aller afrikanischen Regimes auf, das völlig unabhängig ist von dem jeweiligen politischen Vorbild. Es gibt auch Gemeinsamkeiten, die Algerien mit fast allen Ländern der Welt verbindet - beispielsweise die Korruption der Führungsschicht, ein Phänomen, mit dem insofern nicht allzu viel zu erklären ist. Zwar war das politische System Algeriens in der Tat eine Kopie aus dem Ostblock, das Land hat jedoch seit Beginn der achtziger Jahre Wirtschaftsreformen unternommen, zu denen sich kein Ostblockland je durchgerungen hatte: Die übergroßen Staatsbetriebe wurden in kleinere Einheiten zerlegt, die Kollektivierung der Landwirtschaft rückgängig gemacht, vor allem aber fiel das Staatsmonopol im Binnenhandel. Daß die im Grunde vernünftigen Wirtschaftsreformen nicht greifen konnten, hing mit der Halbierung der Erdölpreise in der Mitte der achtziger Jahre zusammen, die Algerien innerhalb kürzester Zeit zum Schuldnerland machte. Das Land hat seine ursprünglichen Schulden in der Realität jedoch schon dreifach zurückgezahlt, ist aber wegen der Zinslast höher denn je verschuldet. Früher hat der Westen am Verkauf der hochmodernen Technologie verdient, die Algerien mit seinen Petrodollars erwarb, heute saugt er das Land über die Zinsen aus.

Zu diesen äußeren Gründen für die Krise kommen Fragen der Innenpolitik hinzu, die zu diskutieren von größter allgemeiner Wichtigkeit wären. Das vom sowjetischen völlig verschiedene Modell der Industrialisierung auf der Basis neuester westlicher Hochtechnologie führte nicht zum schnellen Anwachsen der Produktivität, sondern stellte sich nach wenigen Jahren als totale Fehlinvestition heraus - und das nicht nur, weil bald das Geld für westliche Ersatzteile zu fehlen begann. Grundverschieden vom sowjetischen Modell oder auch von der sozialistischen Idee war die Beschäftigungspolitik des Landes. Etwas wie Vollbeschäftigung ist in Algerien nie realisiert oder auch nur angestrebt worden. Die Ineffizienz der dortigen Industrie kann nicht darauf zurückgeführt werden, daß die Betriebe administrativ gezwungen worden wären, die Arbeitskräfte der jeweiligen Regionen aufzusaugen.

Einem deutschen Buch über Algerien stünde es gut an, zu erwähnen, daß Deutschland das wichtigste Partnerland bei der Industrialisierung gewesen ist. Es gab nur wenige unter den ehrgeizigen Industrieprojekten, die nicht hauptsächlich von bundesdeutschen Firmen errichtet wurden. Zwar kann die Hauptverantwortung für die Einfuhr von Hochtechnologie der algerischen Nomenklatura nicht abgenommen werden. Die deutschen Firmen wußten aber teilweise selbst im voraus schon besser, daß das, was sie errichteten, nicht funktionieren konnte. Aber man schwieg natürlich, denn es gab viele Petrodollars zu verdienen.

Weitere innenpolitische Faktoren für die Entwicklung der Krise waren die kulturellen Wege, welche die Regierungen Boumediene und Bendschedid dem Land vorschrieben, und die in paradoxem Gegensatz zu der ebenfalls von oben entschiedenen Industrialisierungspolitik standen. Während in Schulen und Universitäten das Französische immer mehr abgebaut und durch das Hocharabische ersetzt wurde, bot die moderne, aus westlichen Ländern importierte Industrie nur Frankophonen überhaupt Ausbildungs- und Arbeitsplätze an. Die aus den ärmeren arabophonen Schichten stammenden Jugendlichen, die in der Schule kaum noch Französisch, sondern nur noch Hocharabisch lernen konnten, mußten und müssen sich - falls sie nicht arbeitslos bleiben - mit niedrigsten Posten in der Verwaltung zufriedengeben, die keinerlei Entscheidungskompetenz beinhalten. Dieser Widerspruch zwischen Industrialisierungs- und Sprachenpolitik ist in hohem Maße mitverantwortlich dafür, daß sich im heutigen Algerien zwei Spracheliten wie Todfeinde gegenüberstehen. Er ist auch mitverantwortlich dafür, daß große Volksmassen sich dem Islamismus geöffnet haben. Anstatt aber über die Explosivität des Sprachenproblems in Algerien zu informieren, fühlt sich Scholl-Latour lediglich verpflichtet, uns mitzuteilen, daß er selbst recht gut Arabisch spreche. Wie er auf S. 244 erwähnt, hat er es im Libanon gelernt, hat aber in Algerien offensichtlich nicht gemerkt, daß sein Hocharabisch kaum verstanden werden konnte - denn das Maghrebarabische ist stark durch Grammatik und Wörter aus dem Berberischen geprägt, aber auch durch verballhorntes Französisch.

So gut wie nichts ist bei Scholl-Latour über die Frauenfrage in Algerien zu lesen, die immerhin die Kernfrage im Kampf um die neue Zivilisation darstellt und die auch zum Kern des Wahlkampfes von 1991 geworden war. Die von den Islamisten geplante weitere Entrechtung der Frauen ist das Paradigma für die geplante totale

Entrechtung der Gesellschaft: Statt Rechten der Individuen soll es nur noch hierarchisierte Rechte für patriarchal strukturierte Familien geben.

Von Scholl-Latour als einem Spezialisten für den großen islamischen Raum hätte man erwarten können, daß er die internationalen Vernetzungen des Islamismus aufzeigt. Mt ein paar saloppen Bemerkungen über die guten Beziehungen dieser oder jener Persönlichkeit zu den Saudis oder nach Kuweit ist es nicht getan. Die algerischen Massen hätten sich niemals wieder so stark an die Moscheen gebunden, wenn diese nach dem Quasi-Zusammenbruch der gesellschaftlichen Solidarsysteme - zum Beispiel des Gesundheitswesens - im Gefolge des Preisverfalls beim Erdöl nicht zu sozialen Zentren geworden wären, in denen die Armen mit dem Notwendigsten versorgt wurden. Das Geld dafür kam von denen, die die Instrumente des vom Westen dirigierten Ölpreisverfalls gewesen sind - den Golfstaaten. Freilich wäre die Konkurrenz, die sich die sunnitischen Saudis und die schiitischen Iraner gerade bei der Konditionierung der algerischen Islamisten geliefert haben, einer kriminalistischen Analyse würdig gewesen. Schließlich darf auch das Mitmischen des fundamentalistisch regierten Sudan nicht vergessen werden.

Es ist jedoch weder bei den islamistischen Führern noch bei Scholl-Latour die Rede davon, woher zum Beispiel das Geld für die algerischen Fundamentalisten kommt: für ihr auf wertvollstem Papier gedrucktes Propagandamaterial, für ihre gratis verteilten Tonbandkassetten und Videofilme, schließlich auch für die Waffen, die dieser Tage möglicherweise den algerischen Bürgerkrieg eröffnen.

Schließlich wäre sicher auch eine genauere Analyse jener Volksmassen wichtig gewesen, die für den Wahlsieg der FIS gesorgt haben. Dabei würde sich rasch herausstellen, daß es gar nicht so große Massen gewesen sind, wie allgemein angenommen wird und wie auch Scholl-Latour unterstellt. Den überwältigenden Wahlsieg bei den Kommunalwahlen des Jahres 1990 konnte die FIS bei den Parlamentswahlen anno 1991 jedenfalls nicht wiederholen. Weil die FLN - obwohl sie sich selbst demokratisch gab - eigentlich eine große Koalition mit der FIS anstrebte, wurde nicht nach Verhältnis-, sondern nach Mehrheitswahlrecht gewählt, und folglich spielten bei der Auszählung nur jeweils die Spitzenkandidaten eine Rolle. Von 13 Millionen Wählern haben letztlich nur drei Millionen die FIS gewählt, das übrige große Interessenspektrum der Algerier blieb aufgrund des Wahlrechts außen vor. Da das katastrophale Wahlergebnis der FLN eine große Koalition ausschloß, kam es zum Putsch der Militärs.

Wer aber sind die übrigen zehn Millionen Wähler? Was wollen sie? Keine Antwort bei Scholl-Latour. Das "Absonderungsprojekt" der Kabylen, bei denen sich nirgends ein FIS-Kandidat durchsetzen konnte, hält er keiner tieferen Analyse für würdig. Er weiß nicht, oder es interessiert ihn nicht, daß ausgerechnet die Mozabiten - ein Volksstamm in der Sahara, der genau den Lebensregeln folgt, welche die Islamisten im ganzen Land einführen wollen, - nicht FIS gewählt haben. Ein solches Phänomen könnte Scholl-Latour nicht erklären, weil er die Realität und die Widerstandskraft der lokalen Kulturen negiert. Selbst eine hinterwäldlerische lokale Kultur - als solche kann man die der Mozabiten ansehen - hat die Chance erkannt, welche die bislang nur embryonal zu nennende Demokratisierung des Jahres 1988 dem Land gebracht hat - nämlich endlich das Recht auf Differenz einfordern zu können.

Dem Buch von Scholl-Latour zufolge sind die Islamisten die erste ernstzunehmende Oppositionsbewegung im postkolonialen Algerien. Wenn er auch wahrscheinlich recht mit seiner Prognose hat, daß sie über kurz oder lang die Macht übernehmen werden, so scheint es mir doch unverzeihlich, daß er über die demokratischen Gegenkräfte kein Wort verliert. Wir erfahren nichts über die studentischen und gewerkschaftlichen Oppositionsbewegungen, gegen welche die FLN die Islamisten bereits in den siebziger Jahren hetzte, um ihre eigene Machtposition halten zu können. Und wer waren die 700.000 Menschen, die am 2. Januar 1992, eine Woche nach den Schicksalswahlen vom 26. Dezember 1991, in Algier für Demokratie, aber gegen Islamismus und auch gegen das schon absehbare Militärregime demonstriert haben? Es war sicher nicht die korrupte FLN-Clique, die das Land bis heute nicht aus ihren Fingern gelassen hat.

Anmerkungen der ak-Redaktion

1) Gernot Rotter: Allahs Plagiator. Die publizistischem Raubzüge des "Nahostexperten" Gerhard Konzelmann. Heidelberg (Palmyra) 1992. - Eine Rezension dieses Buches erschien in ak 344 (1.7.92), S. 46.

2) Als "Kofferträger" wurden Gruppen bezeichnet, die konkrete Solidarität mit dem algerischen Freiheitskampf übten.

3) Islamisches Recht, das ursprünglich alle Bereiche des Lebens regelte. Die Scharia fußt im wesentlichen auf dem Koran und der Sunna.

4) Arabisch für "Brauch, Gewohnheit". Gemeint ist vor allem die vorbildliche Handlungsweise von Muhammad und seinen Gefährten, die überliefert und aufgeschrieben wurde und den Koran ergänzt.

5) Arabisch für "Gruppe, Partei". Hiermit sind die Anhänger Alis, des Schwiegersohns Muhammads gemeint, die ihn bei seinem Anspruch, das Khalifat stehe einem Mitglied der Familie des Propheten zu, unterstützten. - Die Anhänger dieser Richtung machen heute etwa zehn Prozent aller Muslime aus; rund die Hälfte von ihnen lebt im Iran, dem einzigen schiitischen Staat in der islamischen Welt.

6) Mit "Sunna", den Anhängern der Gewohnheit (s. Anm. 4) sind in diesem Zusammenhang die Sunniten gemeint, die (unterteilt in viele Gruppen und Untergruppen) rund neunzig Prozent der Muslime stellen.

7) "fast vollgültige Bürger"

8) Dieser Beitrag ist redaktionell um den Teil gekürzt worden, in dem Sabine Kabir detailliert Sachfehler Scholl-Latours aufführt und widerlegt.

Verena Klemm / Karin Hörner (Hg.): Das Schwert des "Experten". Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild. Mit Beiträgen von Chérifa Magdi, Gernot Rotter, Petra Kappert u.a. Heidelberg (Palmyra) 1993. Broschur, 290 Seiten, DM 29.80

32. "Das haben wir Euch übel genommen!" Beitrag zur Diskussion um den Artikel "Bündnispartnerin DDR" (ak 350)

Beitrag zur Diskussion um "Bündnispartnerin DDR" und zum Verhältnis DKP/DDR versus KB

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; DKP - SEW; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:03

Beitrag zur Diskussion um "Bündnispartnerin DDR"

und zum Verhältnis DKP/DDR versus KB

"Zeige uns den Weg, den wir gehen sollen,

und wir

Werden ihn gehen wie du, aber

Gehe nicht ohne uns den richtigen Weg

Ohne uns ist er

Der falscheste"

(B. Brecht, aus dem Gedicht "Wer aber ist die Partei?"

im Stück "Die Maßnahme")

Als langjähriges DKP-Mitglied und Kind kommunistischer Eltern und Großeltern aus West und Ost möchte ich zu der Diskussion um das nicht zustande gekommene Bündnis zwischen der "Neuen Linken" einerseits und der kommunistischen Bewegung einschl. der sozialistischen Staaten andererseits Stellung nehmen. Und zwar so, wie ich es in persönlichen Gesprächen immer gemacht habe, wie man es jetzt aber erst aufschreiben kann - damit Ihr seht, daß der Untergang des Realsozialismus auch seine gute Seite hatte. Er ermöglicht eine Offenheit zwischen uns, die es bisher nicht geben konnte.

he. und Claudia Gohde kritisieren im ak die fehlende Bereitschaft der SED und DKP, offen z.B. mit dem KB oder anderen nichtkommunistischen Linksgruppen zu diskutieren. Statt dessen wurde administrativ ausgegrenzt und über ZuträgerInnen Infos über diese Gruppen gesammelt, zu einer Diskussion kam es nicht.

Selbstkritisch wird Euer eigener Anteil an der Diskussionsverhinderung teilweise gesehen - nicht selbstkritisch genug allerdings. Z.B. der Vorwurf des Revisionismus und ähnliche unsinnige Verbalschmankerl. Sie wurden von KommunistInnen, die doch im Gegensatz zu Euch fast alle unter Adenauer und Hitler eingesessen hatten, als extrem beleidigend empfunden. Pseudorevolutionäre KleinbürgerInnen allerdings, die den Realsozialismus haßten, aber mit Euch zu den RevolutionsgewinnerInnen gehören wollten, die konntet Ihr damals in Massen gewinnen für Euren Verein mit romantischen Revolutionsvorstellungen und "Revisionismuskritik". Jetzt sind die zwar alle bei den Grünen oder sonstwo, aber Ihr wart mal fast "die stärkste der Partei'n" damit. Die waren Euch viel wichtiger als wir, nicht die habt ihr mit Dreck beworfen, sondern uns! Das haben wir Euch übel genommen!! Da waren wir nachtragend! Es war für uns natürlich viel verletzender, von Euch beleidigt zu werden, als von Sozialdemokraten!

Aber das war nicht das entscheidende. Wir hatten an uns ja den Anspruch, stahlhart und gefühllos zu uns selbst zu sein. Der entscheidende Grund liegt tiefer.

Von 1917 bis 1986 mußten KommunistInnen in vielen Fragen die Fresse halten. Das war erforderlich, weil uns viel mehr Macht zugefallen war, als wir KommunistInnen allein hätten verteidigen können. Wir mußten Kompromisse machen mit "dem Volk" oder Teilen davon, mußten teilweise Haltungen und Absichten verschweigen und trotzdem behalten und deswegen brauchten wir Disziplin, Einheitlichkeit. Das ist der tiefere Grund für das Fraktionsverbot in der KPR(B) noch zu Lenins Zeiten gewesen, und die Gründe dafür sind bis

1989 nicht weggefallen. Es war natürlich die ganze Zeit nicht möglich, mit Gruppen öffentlich zu diskutieren, die offen forderten, was wir zwar wollten, aber für uns behielten. Was hätten wir da sagen sollen?

Beispiel Nr. 1:

Die Konsumscheiße

Meine Eltern und die meisten älteren KommunistInnen, die ich kannte (und das waren viele) haben materiell sehr anspruchslos gelebt und haßten z.B. Privatautos und Fernseher. Meine Eltern haben sich erst einen Fernseher gekauft, als wirklich alle anderen einen hatten und sie das Genöle von meinem Bruder und mir nicht mehr aushielten. Als KommunistIn besitzt man allenfalls Bücher und ansonsten spendet man für Befreiungskämpfe. Daß es in der DDR Autos und Fernseher gab, hielten sie für eine notwendige taktische Anpassung. Das Volk ist so bescheuert. Wenn sie das nicht kriegen, dann arbeiten sie gar nicht mehr, dann können wir unseren Staat drüben dicht machen, dann kommen auch da die Kapitalisten wieder an die Macht. Dann gibt es wieder Hunger und Krieg. Diese Überlegungen waren unter den KommunistInnen normal. Deshalb haben wir zum Fernsehen der DDR, zum Trabi und zum Spießerschrott nichts gesagt.

Wenn man die "eigentliche" Argumentation (wir sind gegen Fernsehen, aber das ist eine notwendige Konzession) in der DDR offen diskutiert hätte in der SED, dann hätte die SED nicht mehr Mitglieder gehabt als hier die DKP. Denkt mal daran (falls Ihr alt genug seid), wie fernsehgeil das Volk damals war! Eine terroristische Diktatur einer winzigen proletarischen Elite wäre nicht zu halten gewesen. Man mußte die Fresse halten. Was hätte man in einer öffentlichen Diskussion mit Euch, blöd wie Ihr damals wart, sagen sollen? Ihr habt Euch doch dann hingestellt und gesagt, "so dumm sind die Massen aber gar nicht, im Gegenteil, die wahren Helden sind die Massen usw." Und dann hätten die GenossInnen aus der DDR ihr eigenes Volk beschimpfen müssen, um vor Euch Recht zu behalten. Sie konnten aber leider die Wahrheit nur mit leiser Ironie unter vier Augen sagen: "Wir schaffen es fast genauso wenig, unsere Leute zu überzeugen, wie Ihr Eure!"

Beispiel Nr. 2:

Ehe und Familie

Ich kannte bzw. kenne viele GenossInnen, die schon vor 1933 oder vor 1948 für Wohngemeinschaften und Kommunen und gegen Kleinfamilien waren, und für die die völlige Anerkennung von Homosexuellen eine Selbstverständlicheit war. Aber nachdem die KommunistInnen in der DDR an die Macht kamen, haben viele von ihnen gesagt: Das können wir dem Volk nicht auch noch zumuten! Wir sind für die Russen, das Volk haßt sie, wir sind für die Reparationen, gegen den Marshallplan, für die Bestrafung der Naziverbrecher. Damit müssen wir uns gegen den Widerstand des Volkes durchsetzen und sind doch auf seine Mitarbeit und Zustimmung angewiesen. Da sollten wir nicht noch mit "Formalismus", mit "abstrakten Fragen" provozieren an Stellen, wo es nicht unbedingt nötig ist. Wir provozieren auch so schon bis zur Grenze der Rebellion, siehe 17. Juni!

Viele KommunistInnen hatten auch rückschrittliche Positionen, mit denen sich niemand auseinandersetzte. Weil man meinte, "die Fresse halten" zu müssen. Wahrscheinlich zu Recht, weil mit solchen Diskussionen der ganze Staat hätte gefährdet werden können.

Was man natürlich an beiden Beispielen auch sieht, ist die Schattenseite: Verspießerte Positionen galten jahrzehntelang als richtig, haben sich in den Köpfen in diesen Ländern als "sozialistische Politik" durchgesetzt. Gerade in den Generationen in der DDR, die den Kapitalismus nicht erlebt haben. Es war eben "nicht vorgesehen", daß man über so lange Zeit mit dem Kapitalismus im Wettstreit der Dummheit und Verblödung stehen muß! Daß man 70 Jahre lang die Fresse halten muß! Damit hatte Lenin nicht gerechnet.

Beispiel Nr. 3:

Nationalismus

Ich brauche das wohl kaum noch auszuführen. Sehr viele KommunistInnen der Welt, von den Deutschen alle die ich kannte, wollten nach 1945 keine sozialistischen Vaterländer. Den deutschen ging schon die UdSSR mit ihren Unionsrepubliken zu weit, die hätten am liebsten einen supranationalen Einheitsstaat gehabt - logisch, nach den Erfahrungen. Das wäre damals als internationale Strategie der UdSSR und der "Kommunistischen

Weltbewegung" einfach Amoklauf gewesen. Man hätte so knapp die UdSSR halten können, wenn überhaupt. In Polen hätte es dann vielleicht insgesamt 100 KommunistInnen gegeben. Viele mußten in den sauren Apfel beißen, mußten französische, deutsche, tschechische, polnische KommunistInnen sein statt internationale, was ihren Gefühlen viel besser entsprochen hätte.

Beispiel Nr. 4:

Quotierung

Fast alle Kommunistinnen im Westen waren natürlich für Quotierung von Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen für Frauen. Auch für Quotierung im Sozialismus. Aber: selbst die linken und oppositionellen unter den Ostfrauen haben das ja bis heute z.T. nicht eingesehen. Aus ihrer Sicht schien es so, als hätten sie enormes erreicht und könnten noch viel mehr erreichen nur durch ihre Leistung. Welche Frau möchte da eine Quotenfrau sein? Du hattest in der DDR das Problem, das absolut keiner die Forderung verstanden hat. Weder Mann noch Frau. Und wir waren ja gegenüber den GenossInnen dort nicht weisungsberechtigt.

Wenn wir nun in Westdeutschland Quotierung forderten, entstand das Problem der "inneren Schlüssigkeit". Wie willst Du erklären, daß Quotierung im Kapitalismus richtig ist, aber im Sozialismus verkehrt? Das geht nicht! Für die GenossInnen von drüben erschien das als überzogene Politik von "bürgerlichen Frauen", die an die Fleischtöpfe der bürgerlichen Politik wollten.

Das reicht. Ich denke, Ihr könntet jetzt kapiert haben, warum man von 1917 bis 1986 im Grunde nur disziplinarisch, aber nicht inhaltlich mit linken Abweichlern umgehen konnte. Das war keine Willkür, sondern eine historische Gesetzmäßigkeit, da steckte Logik hinter. Wir wollten ja prinzipiell nichts gegen Euch einwenden, sondern meinten einfach, daß solche Leute wie ihr in unsere Partei gehören. Wir wollten natürlich die "Linksabweichler" bei uns organisieren, bei uns mit Euch diskutieren, aber nicht vor den Massenmedien, vor dem Volk der DDR. Wir hätten (gemeinsam mit Euch) dieselben Massen organisieren wollen, die damals Ihr organisiertet, um so viel rauszuholen wie möglich, um den Sozialismus zu schützen und zu verbessern. Statt dessen habt Ihr (in unseren Augen damals) potentielle revolutionäre Kraft gespalten und zerstreut.

Zu Klaus Croissant

Viel konnte er an alledem nicht ändern. Aber immerhin, im Fall der Quotierung, oder bei ähnlichen Fragen, konnten er und andere sicher durch Diskussionen erreichen, daß bei den GenossInnen drüben mehr Verständnis aufkam für "unsere Kampfbedingungen" und dadurch eine "korrekte Einschätzung" z.B. von Alice Schwarzer und der Zeitschrift "Emma". Vielleicht hat er sogar die eine oder andere Änderung in den Schulungsprogrammen für DKP-Kader in der DDR oder in der direkten Anleitung der DKP erreicht. Vielleicht sogar eine größere Offenheit, wenn Quotierungsdiskussionen auch in der DDR aufkamen und eine "operative Einschätzung" des MfS gefragt war. Wer weiß.

Was er getan hat, war auf jeden Fall nicht viel unsinniger als die Politik des KB oder die der DKP. Die Zeit von 1917 bis 1986 war für KommunistInnen eine Zeit absolut grauenhafter Alternativen, zwischen denen frau und mann sich wohl oder übel entscheiden mußte. In der DDR aufgewachsen, wäre ich sicher Oppositioneller geworden. Hier wäre ich KBler gewesen, wenn ich nicht zufällig von KommunistInnen abstammen würde. Erfreuen wir uns an der Möglichkeit, jetzt klarer zu sehen und offener zu reden.

E.R.

33. Sozialismus als Attrappe. Texte der Rätekommunisten über den Bolschewismus

Autor: Martin Rheinlaender · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:11

"Marxistischer Antileninismus" lautete der etwas reißerische Titel eines im "ça ira"-Verlag erschienenen Buches mit Texten der sogenannten Rätekommunisten, die sich kritisch mit der leninistisch-bolschewistischen Tradition auseinandersetzen. (1) Die Publikation dieser Texte im Jahre 1991 begründen die Herausgeber so: "Daß die soziale Revolution weder Parteisache noch Staatsaktion sein kann, das war der Ausgangspunkt der rätekommunistischen Kritik an Sozialdemokraten und Parteikommunisten seit 1920. Gegen Pannekoek und Gorter schrieb Lenin sein Pamphlet: ‚Linksradikalismus. Die Kinderkrankheit des Kommunismus`, das zur Bibel des Stalinismus wurde. Seitdem die staatskapitalistischen Systeme des Ostens an Altersschwäche zugrunde gehen, liegt die ungebrochene Aktualität der Rätekommunisten auf der Hand." (2)

Tatsächlich enthalten die Texte, die überwiegend aus den dreißiger und vierziger Jahren stammen, wichtige Fragestellungen und Thesen, die vielleicht noch vor einigen Jahren als nur noch historisches Material vergangener Kontroversen angesehen worden wären. Ob aber dadurch die Aktualität der rätekommunistischen Positionen so "ungebrochen" ist, bleibt zu erörtern.

Der Band enthält einen der programmatischen Texte der Gruppe Internationaler Kommunisten (GIC), die "Thesen über den Bolschewismus", deren erste Fassung noch im Zusammenhang der "Rote Kämpfer"-Gruppe in Deutschland erstellt wurde und dann von der GIC 1934 in den Grundzügen übernommen wurde. Neben den "Thesen über den Bolschewismus" faßt der Aufsatz von Paul Mattick "Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens" die rätekommunistischen Positionen vor dem Hintergrund der Nachkriegsentwicklung zusammen. Dieser Aufsatz erschien bereits 1970 in dem Sammelband "Lenin. Revolution und Politik". Anton Pannekoeks Manuskript über "Lenin als Philosoph" und Karl Korschs "Zur Philosophie Lenins" enthalten gründliche Kritiken der Leninschen Materialismus-Konzeption, die Pannekoek und Korsch aus der besonderen Klassenkonstellation in Rußland erklären. Über Anton Pannekoek, einen der bedeutendsten Theoretiker der Rätekommunisten, haben Paul Mattick und Albert Flachmann Texte geschrieben, die ebenfalls in diesem Band veröffentlicht wurden. Der Beitrag zur aktuellen Diskussion "Auf der Suche nach dem ‚Wahren Sozialismus`" von Diethard Behrens und Kornelia Haffner schließt die Textsammlung ab. Mit dieser Zusammenstellung ergänzt dieses Buch die frühere Veröffentlichung von Schriften der GIC, die 1971 von Gottfried Mergner herausgegeben wurde. (3)

Linkskommunistische Tradition

Die Strömung der Rätekommunisten ging aus dem westeuropäischen Linkskommunismus der Revolutionsjahre 1918-1920 hervor, reicht aber noch weiter zurück in die Jahre vor dem ersten Weltkrieg. Damals kam es über die Frage des Massen- und Generalstreiks zu einer Spaltung der niederländischen Sozialdemokratie. Der linksradikale Teil, zu dem auch Anton Pannekoek gehörte, konstituierte sich als SDP zur selbständigen Partei. Insbesondere nach Deutschland, vor allem zur Bremer Linken, gab es enge Verbindungen. Im Unterschied zu Linken in der SPD, wie Rosa Luxemburg, konzentrierten die deutschen und niederländischen Linksradikalen ihre Kritik sehr früh auf die Politik des "marxistischen Zentrums" der SPD um Karl Kautsky und nicht nur auf den "revisionistischen" Flügel um Eduard Bernstein. Dabei stand die Frage des Massenstreiks im Vordergrund, und bereits damals wurden die Grundzüge der späteren links- und rätekommunistischen Position deutlich: Gegen den Vorrang der Partei stellten sie die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse, das Element der spontanen Aktion und der Selbstorganisation; der Partei selber billigten sie lediglich eine aufklärende und unterstützende Aufgabe zu.

Waren sie zwar mit diesen Inhalten der Position von Rosa Luxemburg sehr nahe, so wurden schon während des Krieges die organisatorischen Differenzen deutlich. So wie die niederländischen Linksradikalen schon 1907 forcierten die Linksradikalen in Deutschland nach 1914 die organisatorische Trennung von der Sozialdemokratie, und zwar auch von der USPD und ihren Vorläufern. Daraus entstanden die "Internationalen Sozialisten Deutschlands", die sich später in "Internationale Kommunisten Deutschlands" umbenannten und neben der Spartakusgruppe zu den einflußreichsten Begründern der KPD gehörten. Nicht in den Personen,

wohl aber in den politischen Grundzügen teilten sich innerhalb der KPD beide Richtungen auf gegensätzliche Strömungen auf.

Aus der linkskommunistischen Richtung ging 1920 die KAPD hervor, die sich dann nach 1922 in verschiedene Fraktionen spaltete und in verschiedenen Gruppen weiterexistierte. In den Niederlanden vollzog sich ein ähnlicher Prozeß mit der Spaltung der KAPN. Die heute bekanntesten Nachfolgegruppen in dieser Tradition waren die GIC und in Deutschland die "Roten Kämpfer", eine Gruppe, die sich unter rätekommunistischem Einfluß innerhalb der SPD-Jugend gebildet hatte. Entsprechend ihrer eigenen Auffassungen von Klassenkampf und Klassenorganisation formierten sich die rätekommunistischen Richtungen nicht in Parteiformen, sondern in Gruppen, die durch Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Kritik der traditionellen Arbeiterorganisationen aufklärend wirken sollten, wobei als entscheidende Grundlage für eine politische Perspektive die selbständigen Kämpfe der Arbeiterklasse angesehen wurden. Ihnen konnte, so das Selbstverständnis der Rätekommunisten, nicht vorgegriffen werden. Nach den Niederlagen der Bewegung Anfang der zwanziger Jahre blieb zu untersuchen, in welchen neuen Formen sich die Arbeiterklasse organisieren würde.

Wie bei anderen Gruppen, die in Opposition zu den offiziellen Arbeiterorganisationen standen, war die theoretische Wirksamkeit wesentlich größer als der Umfang der Gruppe oder ihr engeres Umfeld. "Die GIC blieb ein Schulungszirkel, der sich auf Aufklärungs- und Bewußtwerdungsarbeit unter den Arbeitern beschränkte. Ihre theoretischen Arbeiten waren als Diskussionsbeiträge in der Auseinandersetzung mit anderen linken Gruppen gedacht. Praktische Führung des Proletariats wollte und konnte man nicht leisten." (4) Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte die rätekommunistische Strömung in verschiedenen Gruppen und Publikationen fort und gab linksradikalen Bewegungen und Gruppierungen nach 1968 neue Impulse. (5) Besondere Bedeutung hatten dabei die Beiträge von Paul Mattick, aber auch die Analysen zur chinesischen Revolution und kommunistischen Politik in China von Charles Reeve und Cajo Brendel, in denen die Bolschewismuskritik fortgesetzt und aktualisiert wurde. (6)

Linksradikale Zusammenbruchstheorie

Diese knappen Bemerkungen zur Geschichte und zum Selbstverständnis der Rätekommunisten sollen dazu dienen, den Hintergrund ihrer Bolschewismuskritik zu benennen: Es war die feste Überzeugung, daß nur eine kapitalistisch hochentwickelte Arbeiterklasse in der Lage sei, eine sozialistische Revolution zu vollziehen, und daß nur der entwickelte Kapitalismus die objektiven wie subjektiven Voraussetzungen des Kommunismus herstellen konnte.

Obwohl sie auf der einen Seite schonungslos und mit einem damals nicht gerade sehr verbreiteten Realismus die zunehmende Integration der Arbeiterklasse feststellten, hielten sie dennoch weiter fest an einer beinahe katastrophischen Vorstellung des revolutionären Zusammenbruchs des Kapitals: "Die fortschreitende Verarmung und die wachsende Unsicherheit der bloßen Existenz zwingen (!) die Arbeiterklasse, für die kommunistische Produktionsweise zu kämpfen. Die Gruppen Internationaler Kommunisten fordern die Arbeiter in diesem Kampfe auf, Verwaltung und Leitung von Produktion und Distribution nach allgemein geltenden, gesellschaftlichen Regeln selbst in die Hand zu nehmen, um so die ‚Assoziation der freien und gleichen Produzenten` zu verwirklichen." (7) So hieß es in ihrer Selbstverständniserklärung.

Dieselbe marxistische Orthodoxie, die ihnen einen äußerst scharfen Blick für die Entwicklung der Sowjetunion möglich machte, zeigt ihre Leerstellen genau dort, wo auch für die Rätekommunisten das zentrale Problem der sozialistischen Revolution lag: in den Klassenauseinandersetzungen in den kapitalistischen Metropolen Westeuropas. Aus einer theoretischen Konzeption, die sich zwar auf Marx berufen konnte, aber nicht auf den historischen Verlauf der Klassenauseinandersetzungen, entwickelten die Rätekommunisten die allgemeinen Maßstäbe ihrer Bolschewismuskritik. Genau dies macht ihre Aktualität durchaus "gebrochen". Es ist eine historische, zeitgenössische Kritik des Bolschewismus, und darin liegt auch der besondere Wert der Texte. Sie zeigen, wie eine marxistische Kritik am Bolschewismus bis an die Grenzen der marxistischen Orthodoxie gehen kann, so daß nun auch diese Grenzen benannt werden können.

Jakobinismus und Bolschewismus

Antonio Gramsci hatte 1917 von der russischen Revolution emphatisch als einer "Revolution gegen das ‚Kapital`" gesprochen und mit "Kapital" im doppelten Sinne den Kapitalismus und das Buch von Karl Marx

gemeint. Die Rätekommunisten drehten dies in gewisser Weise einfach um in eine Revolution ‚für das Kapital`, auch hier im doppelten Sinne des Wortes. In Rußland sei aufgrund der "Rückständigkeit" des Landes keine proletarisch-sozialistische Revolution möglich gewesen. Dem Proletariat sei angesichts der politischen Schwäche der russischen Bourgeoisie die Rolle zugefallen, die zaristische Herrschaft zu stürzen, aber unter der erdrückenden Klassenmacht der Bauern sei der Arbeiterklasse nur ein besonderer Weg kapitalistischer Entwicklung, der Staatssozialismus als Staatskapitalismus, aufgezwungen worden. Hier setzt die Rolle der Bolschewiki ein, die als einzige Partei - vor allem dank der frühen Analysen und Interventionen Lenins - ein solches Konzept durchsetzen konnten: Gestützt auf Teile der Arbeiterklasse - und dennoch über sie herrschend - hätten die Bolschewiki die Interessen der staatskapitalistischen Entwicklung geltend gemacht und diesen Interessen wie notwendigen Zwängen die politische Durchsetzungsform gesichert.

Lenins Vergleich der Bolschewiki mit den Jakobinern der französischen Revolution greifen die Rätekommunisten in ihrer Kritik so auf, daß sie den verräterischen Sinn des Vergleichs aufdecken: Es handele sich nicht nur um eine formale Analogie, sondern um eine sehr weitgehende Übereinstimmung zwischen dem revolutionär-bürgerlichen und zentralistisch-diktatorischen Element der jakobinischen Politik mit dem Bolschewismus-Leninismus. Die ideologische Formel von dem "Hineintragen des wissenschaftlichen Sozialismus" entpuppt sich so gesehen als Hineintragen des staatskapitalistischen Standpunktes ins Proletariat; was unter den Bedingungen der NEP nur heißen konnte: Durchsetzung des Bauernstandpunktes in der Arbeiterklasse, was gleichsam die unfreundliche Seite der "proletarischen Hegemonie" ist.

Der von Trotzki analysierte "bonapartistische" Charakter der stalinistischen Herrschaft - die staatliche und parteimäßige Diktatur als Klammer über gegeneinanderstehenden Klassen - liegt also nach Auffassung der Rätekommunisten schon in der Konzeption des Bolschewismus selber begründet. Kein böser oder guter Wille der "Führenden" entscheidet demnach über das Schicksal der Klassen, sondern die objektiven Notwendigkeiten einer nachholenden Industrialisierung, die sich praktisch geltend machen durch die Klassengegensätze der damaligen Entwicklungsphasen - sei es die NEP oder der große Sprung der Industrialisierung und das damit erfolgende "Bauernlegen".

Auf internationaler Ebene, so die Analyse der Rätekommunisten, wurden die inneren Klassengegensätze verlängert: nach Westen hin in einer zunehmend reformistisch orientierten Politik der Kommunistischen Parteien, die sich zwar auf Fraktionen der Arbeiterklassen stützten, aber wesentlich das Bündnis zwischen der UdSSR und Teilen der Bourgeoisien herstellen sollten (wie in der Volksfrontpolitik); nach Osten - in die Kolonialgebiete hinein - mit den wechselnden Konzeptionen nationaler Befreiungen, die sich jeweils auf dasselbe widersprüchliche Verhältnis von Industriearbeitern und Bauern stützten wie in der UdSSR selber. Diese bereits in den "Thesen über den Bolschewismus" formulierten Standpunkte zum Bolschewismus als politischem Modell einer nachholenden staats-kapitalistischen Industrialisierung werden in dem Aufsatz von Paul Mattick über "Lenin und die westeuropäische Arbeiterbewegung" noch für die Nachkriegszeit weiter ausgeführt, so am Beispiel der nationalen Befreiungsbewegungen: "Die national-revolutionären Bewegungen der Dritten Welt sind nicht Zeichen einer herannahenden weltweiten sozialistischen Revolution, sondern aus der Not geborene Versuche der eigenen Kapitalisation, deren erste Voraussetzung der Kampf gegen den alten Imperialismus ist." (S. 202)

Marxistische Orthodoxie und Fortschrittsphilosophie der Arbeiterklasse

Die Aktualität dieser Thesen scheint auf der Hand zu liegen, und tatsächlich verblaßt angesichts ihres Entstehungszeitraums auch die Originalität einiger heute vorgelegter Analysen, die letzten Endes nur das damals schon ausformulierte Thema der nachholenden kapitalistischen Industrialisierung wiederaufnehmen.

Allerdings sind hier einige Fragezeichen zu setzen. Bis zuletzt halten nämlich die Rätekommunisten in ihren Texten an dem klassischen Marxschen Entwicklungsschema, letztlich auch an der Fortschrittsphilosophie der Produktivkraftentwicklung fest. Das wird deutlich an der zweifelhaften Eindeutigkeit, mit der der Gesamtheit der Bauernklassen (in Rußland wie China und der Dritten Welt insgesamt) einzig ein kleinbürgerlich-kapitalistischer Standpunkt zugeschrieben wird, was zumindest in dieser Allgemeinheit und Abstraktheit anzuzweifeln ist. Ferner wird diese historische Fortschrittsvorstellung festgemacht an einer ebenso abstrakten Konzeption von Arbeiterklasse, die insbesondere in der katastrophischen Vorstellung von der westeuropäischen Revolution deutlich wird. Hier schlägt sich ein Schematismus nieder, den die linksradikale Marx-Orthodoxie oft mit der sozialdemokratischen teilte.

Die Rätekommunisten sind den Ideologien des "wahren Sozialismus" oft näher gewesen, als es die Herausgeber - insbesondere im letzten Aufsatz des Bandes - zugestehen. In direktem Zusammenhang mit ihrer Bolschewismuskritik haben sie nämlich ein ausgefeiltes System einer kommunistischen Produktionsweise entwickelt, dessen Kernpunkt die rätedemokratische Verwaltung und Planung der Produktion ist. Dieses System wurde in den "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" (8) im Jahre 1930 entwickelt. Es zeigt die Grenzen der rätekommunistischen Position: Gegen den Staatssozialismus-Staatskapitalismus stellen sie ein ausgedachtes System von Produktion und Reproduktion, das auf der Ebene der reinen Ökonomie beweisen soll, daß eine rätedemokratische Planung ohne Wertgesetz möglich ist. Gleichzeitig ist dieses System aber derart losgelöst von den lebendigen Klassenverhältnissen und inneren Zusammensetzungsprozessen der Arbeiterklasse, daß in diesem System nichts lebendig ist außer der gedanklichen Konstruktion von Verwaltungs- und Planungsorganen.

Darin drückt sich letztlich der Facharbeiterstandpunkt der historischen "Avantgarden" der Arbeiterbewegung aus, für den der Kommunismus eine Organisationsfrage der Ökonomie ist und der deshalb die eigene Kompetenz in Organisations- und Verwaltungsfragen gegen den Kapitalismus der Manager herauskehren muß. (9) Weit davon entfernt, eine kommunistische Kritik der Arbeit zu entfalten, ist die rätekommunistische Konzeption - die ja als Alternative zum Bolschewismus formuliert wurde - nur ein weiterer Streit um die ökonomisch-technische Effektivität von Planungssystemen. Ähnlich wie die reformistische Politik, aber keineswegs auf einer ähnlich soliden materiellen Basis, ist die rätekommunistische Konzeption der kommunistischen "Produktionsweise" nichts anderes als die Einführung der politischen Demokratie in den Arbeitsprozeß, der selber nicht hinterfragt wird. Dieser Facharbeiterstandpunkt ist in seiner klassischen sozialistischen Form mit der kapitalistischen Entwicklung untergegangen. Er wird allerdings immer wieder aktualisiert in den diversen Spielarten der "Produktionsdemokratie" und "Selbstverwaltung", deren Träger zumeist dem qualifizierten Steuerungspersonal der kapitalistischen Produktion entstammen.

Die Verknüpfung von Klassenkampf, Produktivkraftentwicklung und Revolution, wie sie in der rätekommunistischen Variante marxistischer Orthodoxie vorliegt, kann sich am historischen Verlauf der Klassenbewegungen und Klassenkämpfe in den westeuropäischen Metropolen nicht bewähren. In verschiedenen Versionen geistert die Zusammenbruchsvision durch die rätekommunistischen Texte. Sie wäre nur im schlechten Sinne aktuell, wenn sie den heute so gern verbreiteten katastrophischen Prognosen von Linken neue Nahrung gäbe. Die Herausgeber haben leider darauf verzichtet, dieses kritische Moment ausführlicher herauszuarbeiten. Es muß aber mitbedacht werden, um die historischen und theoretischen Grenzen der rätekommunistischen Bolschewismuskritik zu berücksichtigen. Das schmälert ihren Beitrag nicht, macht aber vielleicht deutlicher, woran weiter zu arbeiten ist.

Martin Rheinlaender

Quellen

1) Anton Pannekoek, Paul Mattick u.a.: "Marxistischer Antileninismus". Eingeleitet von Diethard Behrens. Freiburg 1991

2) Aus dem Klappentext

3) Gottfried Mergner (Hg.): Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands. Reinbek 1971

4) Gottfried Mergner, a.a.O., S.15

5) Literatur zur Geschichte des Rätekommunismus: Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Meisenheim am Glan 1969; ders.: Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/Main 1976; Olaf Ihlau: Die roten Kämpfer. Meisenheim am Glan 1969; Mathijs C. Wiessing: Die Holländische Schule des Marxismus. Hamburg 1980;

6) Cajo Brendel: Thesen zur chinesischen Revolution. Hamburg 1977; Charles Reeve: Papiertiger. Hamburg 1975

7) Gottfried Mergner, a.a.O., S. 10

8) Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland): Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung. In: Gottfried Mergner, a.a.O., S. 16 ff.

9) Eine sehr weitgehende Darstellung dieser Problematik, insbesondere des engen Zusammenhanges "leninistischer" wie linkskommunistischer Konzeptionen, findet sich in Sergio Bologna/Massimo Cacciari: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage. Berlin 1973

Anton Pannekoek, Paul Mattick u.a.: Marxistischer Anti-Leninismus. Eingeleitet von Diethard Behrens. Freiburg (ça ira-Verlag) 1991. 237 S., 25 DM

34. Berlinale 93

Autor: Olaf Berg · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:19

Die 43. Internationalen Filmfestspiele Berlin im Jahre 1993, das sind Filmfestspiele in einem Land der alltäglichen rassistischen Gewalt bis hin zum Mord, der Sommernächte von Beifall klatschenden Bürgern und der besinnlichen Winterabende im Kerzenschein der Lichterketten. Von alldem war im Festivalprogramm nur wenig zu spüren. Im Rahmen der Festivalssektion "internationales forum" gab es am ersten Tag im kleinsten Kino des Festivals (zu dem Akkreditierte keinen Zutritt haben) quasi inoffiziell drei Programme mit Filmen zur, wie es hieß, "Rassismus-Debatte".

Immer wenn im Programm ein Film lief, der etwas mit Gewalt oder Rassismus zu tun hatte, meldete sich nach dem Film mindestens eine Person zu Wort, um dem Regisseur oder der Regisseurin zu danken und die "besondere Bedeutung des Films gerade jetzt in Deutschland" zu bekunden. Ein seltsames Ritual: Von der konkreten rassistischen Gewalt in Deutschland mit all ihren gesellschaftlichen Bedingungen und Bezügen wird abstrahiert, bis es nur noch eine Gewalt irgendwo im Niemandsland jenseits der eigenen Zivilität gibt. In derselben Weise werden Filme wie Spike Lees Malcolm X-Biografie oder Nina Rosenblums und William Miles' Porträt schwarzer US-Soldaten im zweiten Weltkrieg betrachtet. Jeder abgebildete Schwarze wird zur Ikone des Antirassismus und als solche in die Einheitsfront der Zivilgesellschaft eingereiht. Einem solchen Film Beifall zu spenden, wird von dieser Warte aus schon zur antirassistischen Aktion.

Nach demselben Prinzip, der Abstraktion von jeglichen geschichtlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, verfährt der als Sondervorstellung im Rahmen des offiziellen Programms gelaufene französische Film Un Jour dans la Mort de Sarajevo (Ein Tag im Tod von Sarajevo). An Bildmaterial bietet er nicht mehr als die übliche Fernsehberichterstattung: Bilder der Zerstörung, Tote, verzweifelte Menschen, die versuchen, ihr Überleben zu organisieren, Statements von Menschen verschiedener Nationalität gegen den Krieg. Bilder, die nicht mehr zeigen als was wir alle wissen: Krieg ist schrecklich. Dazu der übliche Kommentar: Dort die kulturlosen Barbaren, die feige morden und brandschatzen, hier die untergehende Zivilisation, die versucht, die letzten Kulturschätze zu retten und dann der ständige Aufruf zur Gewalt gegen Serbien, die westliche Zivilisation soll die Barbaren endlich in Schutt und Asche bomben. Die Kasseneinnahmen der Vorstellung gehen an die Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen" - so beweist das Festival zivilisatorische Reife.

Deutsche Geschichtsbearbeitung

Auch dieses Jahr gab es eine Reihe weitaus unspektakulärerer Filme, die einzelne Facetten deutscher Geschichte beleuchten und dabei einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Begreifen dieses Deutschland leisten.

Als deutscher Wettbewerbsbeitrag zum Beispiel lief Die Denunziantin von Thomas Mitscherlich. Es ist die Geschichte von Helene Schwärzel, der Frau, die Carl Goerdeler, den zivilen Kopf der Verschwörung gegen Hitler, denunzierte und 1946 selber denunziert wird. Gegen sie wird der erste Prozeß wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit vor einem deutschen Gericht geführt; sie wird in der ersten Instanz zu 15 Jahren, in der zweiten zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Außer ihr wird kein anderer Beteiligter an dem Justizmord verurteilt.

Es gelingt Thomas Mitscherlich, die Denunziation aus einer Verkettung von persönlichen nachvollziehbaren Motiven heraus zu erklären, ohne sie damit zu entschuldigen. Er zeigt die Denunziation als eine alltägliche Tat, die keines faschistischen Fanatismus bedarf, ohne ihre Niedertracht damit zu relativieren; aber auch als einen Grundpfeiler der Gesellschaft der fortbesteht: "Eine Gesellschaft ohne Denunziation ist Anarchie" sagt ihr Anwalt an einer Stelle. Es gelingt Thomas Mitscherlich leider nicht, dem Film jenen Impuls zu geben, der aus einem guten Fernsehspiel ein Kinoerlebnis macht, aber vielleicht wollte er - so bescheiden wie der ganze Film angelegt ist - auch gar nicht mehr.

Eine herausragende Leistung ist der Film Pimpf war jeder von Erwin Leiser. Anhand der Erinnerungen seiner Mitschüler an ihre Zeit an einem Berliner Elitegymnasium in den dreißiger Jahren arbeitet er die Grundhaltung heraus, die als Basis des Faschismus diente. "Man erwarte von mir keinen objektiven Bericht. Ich war zwar in

dieser Klasse, aber als Jude hatte ich ein anderes Schicksal als die meisten meiner Mitschüler." Mit diesen Worten bestimmt Leiser zu Beginn des Films seinen Standort.

Seine Mitschüler betrachten sich selbst allesamt als "unpolitisch", "sehr starken Verführungskünsten ausgesetzt und unterlegen". Bis auf den Filmautor, einen weiteren jüdischen Mitschüler und den halbjüdischen Sohn eines SPD-Abgeordneten erinnert sich niemand an die Übergriffe auf die jüdischen Mitschüler. Erinnern können sie sich an die Reichspogromnacht, die ein unangenehmes Gefühl hinterließ, weil soviel kaputtgemacht wurde; die rohe faschistische Gewalt ist für die feinfühlige bürgerliche Elite halt zu viel. Kein Problem hingegen bereitete es ihnen, sich freiwillig zum Militär zu melden und eine Offizierslaufbahn zu beginnen - dieselbe Trennung von Form und Inhalt, mit der es heutzutage möglich ist, gleichzeitig gegen rassistische Gewalttäter zu demonstrieren und für eine Verschärfung der Asylgesetzgebung zu sein.

Leiser läßt den Erinnerungen seiner Mitschüler viel Raum, verzichtet fast ganz auf einen Kommentar, bringt seine eigenen Erinnerungen aus der Position eines Interviewten gleichgewichtig ein. Die Bewertung der Aussagen bleibt den ZuschauerInnen überlassen und kann sehr unterschiedlich ausfallen; während im Verlaufe des Films in mir die Wut auf diese sich als Opfer sehenden Mittäter wuchs, erklärte Leiser, im Laufe der Arbeit am Film habe sich sein Groll gelegt. Vielleicht hat gerade diese Haltung des Autors den Film erst möglich gemacht.

Kritik der US-Gesellschaft

Mit unterschiedlichen Aspekten der US-Gesellschaft setzten sich eine Reihe nordamerikanischer FilmemacherInnen auseinander. Jon Jost sieht ein zentrales Problem der US-Gesellschaft in der Unfähigkeit der Menschen, miteinander zu kommunizieren. Sein Film The Bed You Sleep in (Wie man sich bettet) soll eine Parabel sein. In der bergigen Waldlandschaft Oregons angesiedelt, entwickelt er ein Familiendrama mit tödlichem Ende.

Die Filmemacherin Deborah Magocsi thematisiert "die Leere eines Frauenlebens im von Männern dominierten Kapitalismus" mit ihrem Film New! Improved! Real-Life American Fairy Tale. Sie will auf einen der Punkte aufmerksam machen, "von denen das Leben der Frauen heutzutage beeinträchtigt wird: die Überbleibsel ihrer angestammten Rolle als Eigentum und Fortpflanzungsapparat. In der Phase des entstehenden Bürgertums wurde diese Rolle mit Hilfe der Idee der romantischen Liebe sublimiert, aber die Einstellung blieb die selbe: Frauen sollen ihren Lebenssinn in der Beziehung zu einem überlegenen Mann finden. Mein Film ermutigt Frauen, diese Vorstellung neu zu überdenken."

Magocsi bedient sich der Vision einer Zukunftsgesellschaft in der privater Sex verboten ist, an öffentlichen "Sex spots" hingegen darf sich eine Frau einem Mann nicht verweigern. Die Filmheldin Mia macht sich auf die Suche nach der Bedeutung von Liebe, etwas ihr unbekanntem. Sie begegnet aber nur den Wundern der Konsumgesellschaft, amerikanischen Helden und den zweifelhaften Freuden der Ehe. In die vergnügliche Spielhandlung eingewoben sind Interviews, in denen verschiedenste Personen "Liebe" zu erklären suchen.

Ebenfalls einer fiktiven Gesellschaft der Zukunft bedient sich Stephen Tolkin in seinem Film Daybreak, um auf Tendenzen in der heutigen US-Gesellschaft aufmerksam zu machen. Menschen, die eine AIDS-ähnliche Krankheit haben, werden mit einem P gebrandmarkt und in Isolationslager abtransportiert.

Die Funktionsweise und Rolle von Massenmedien in einer demokratischen Gesellschaft steht im Mittelpunkt des kanadischen Films von Peter Wintonick und Mark Achbar über Noam Chomsky Manufacturing Consent (Die Konsensfabrik). Über mehrere Jahre hinweg haben die beiden Filmemacher den Linguisten und Philosophen Chomsky bei Vorträgen und Interviews begleitet und aus diesem Material zusammen mit Archivaufnahmen und einigen Spielszenen ein Porträt gezeichnet.

Chomsky bezeichnet die Bedeutung der Medienpropaganda in einer Demokratie als Denkkontrolle, vergleichbar mit der Rolle der Gewalt in einer Diktatur. Die Medien dienen der Konsensbildung innerhalb der intellektuellen, politischen und industriellen Elite und der Zerstreuung jeden Denkens beim Rest der Gesellschaft. Unter anderem am Beispiel des Vergleichs der Berichterstattung in US-Medien zu Kambodscha und Ost-Timor versucht er die These zu belegen. Chomsky will seine These nicht als Verschwörungstheorie verstanden wissen, glaubt aber auch nicht an eine Kette von Zufällen, er betrachtet seine Arbeit als Institutionenanalyse.

Im zweiten Teil des Films entwickelt er seine Vorstellung einer Gegenstrategie. Er ist der Meinung, daß jede Person, wenn sie ihren eigenen Kopf nutzt, in der Lage ist, die Informationen zu erlangen, die ihr vorenthalten werden sollen. Menschen zu ermutigen, diese Fähigkeit zu nutzen, ist sein Ziel. Die übliche Programmstruktur des Fernsehen ermöglicht nur kurze Statements zwischen zwei Werbeblöcken, für Argumente bleibt keine Zeit. Chomsky baut deshalb auf alternative Zeitungen und Verlage, Radio- und Fernsehstationen, ein alternatives Mediennetzwerk.

Trotz Chomskys Brillanz und der alles in allem gelungenen filmischen Umsetzung dieses doch eher drögen Themas, hinterließ der Film bei mir eine Unzufriedenheit. Die Medienkritik ist nicht wirklich neu und da, wo es für einen linken Diskurs beginnt spannend zu werden, hört der Film auf. Wenn es zum Beispiel keine Verschwörung gibt und dennoch ein Konsens im Interesse der Herrschenden hergestellt wird, stellt sich die Frage nach den inneren Mechanismen, die dazu führen; bis auf den bereits erwähnten Hinweis auf die Fernsehprogrammstruktur gibt der Film dazu nichts her. Wenn der Aufbau alternativer Medien, das Herstellen von Gegenöffentlichkeit wichtiger Teil einer Gegenstrategie ist, stellt sich die Frage wie dies aussehen kann, ohne die gesellschaftlichen Strukturen nur erneut zu reproduzieren. Erfahrungen in diesem Bereich werden im Film nicht reflektiert. Immerhin lassen sich durch den Film solche Fragestellungen entwickeln, ob nach fast drei Stunden Laufzeit noch eine Debatte darum zustandekommt, ist allerdings fraglich.

Die Situation von schwarzen US-Soldaten im 2. Weltkrieg behandelt Liberators: fighting on two fronts in World War II (Liberators: Sie kämpften an zwei Fronten) von William Miles und Nina Rosenblum. Sie mußten nicht nur gegen die deutsche faschistische Armee kämpfen, sie kämpften auch gegen die "Rassen"trennung in der Armee. Erst gegen Ende des Krieges wurde es Afroamerikanern erlaubt, für ihr Land zu kämpfen. Die erste, ausschließlich aus Schwarzen rekrutierte Panzereinheit, die ins Kriegsgeschehen verwickelt wurde, nahm dreißig europäische Großstädte ein. Und dennoch wurde die Einheit in Kriegsberichten übergangen und aus der Kriegsgeschichtsschreibung gestrichen. Zurückgekehrt, sahen sie sich zu Hause verschärfter Diskriminierung ausgesetzt.

Der Film begleitet einige Männer dieser Panzerdivision bei einer Reise durch Europa, auf der Spur ihrer einstigen Route, läßt sie ihre Geschichte selbst erzählen. In Frankreich und Belgien werden sie in so manchem Ort freudig empfangen von Menschen, die sich noch an die Befreiung erinnern. Auch ein Zusammentreffen mit Überlebenden der KZs Buchenwald und Dachau, an deren Befreiung die Panzerdivision beteiligt war, wird dokumentiert, gemeinsam reisen sie nach Buchenwald.

Mit einem Aspekt von Rassismus innerhalb der black community in den USA beschäftigt sich Kathe Sandler in ihrem Film a question of color. In der schwarzen Gemeinschaft besteht eine Art Kastenwesen entlang der Helligkeit der Haut, der Glätte des Haars, der Form der Nase. In einer Montage aus Interviews und historischen Aufnahmen geht die Regisseurin dem "Farbenproblem" nach. Von den Ursprüngen in der Sklaverei, über die "Black-is-beautiful"-Bewegung der 60er bis zur heutigen Situation. Ein besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die Situation der Frauen, die in besonderem Maße unter dem europäischen Schönheitsideal leiden.

Schwerpunkt

afrikanische Filme

Auffällig viele Filme aus Afrika waren dieses Jahr auf der Berlinale vertreten. Zwei internationale Koproduktionen mit afrikanischer Beteiligung (Burkina Faso und Ghana) liefen im Wettbewerbsprogramm. Sankofa von Haile Gerima berichtet von der Geschichte der schwarzen Sklaven in Amerika. Samba Traore erzählt die Liebesgeschichte von Samba und Saratou, die beide versuchen ihrer Vergangenheit zu entfliehen.

Im Rahmen des Forumprogramms lief Sababu (Die Ursache) von Nissi Joanny Traore aus Burkina Faso, eine Geschichte, die vom kulturellen und sprachlichen Konflikt und Mißverständnis zwischen traditioneller Dorfgemeinschaft und staatlicher Verwaltung handelt. Contes et comptes de la cour (Geschichten und Geschäfte im Hof) der Französin Eliane de Latour dokumentiert das Leben der vier Frauen des Leiters eines Distrikts in Niger. Sie dürfen den Hof nicht verlassen, betreiben aber über Mittelspersonen rege Geschäfte. Jean Rouchs Madame L'eau ist Spielfilm und Dokumentation zugleich. Drei Männer aus Niger reisen in die Niederlande, um nach Lösungen für die Bewässerungsprobleme ihres Landes zu suchen. Sie konstruieren

eine Windmühle, die sie selber bauen können. Das von Jean Rouch initiierte Projekt wurde tatsächlich in Angriff genommen.

Ein ganz besonders schöner Film ist Guelwaar von Ousmane Sembene aus dem Senegal. In Form einer brillanten bissigen Komödie liefert er eine messerscharfe Analyse der Verhältnisse in seinem Land. Es ist die Geschichte einer Verwechslung. Guelwaar ist tot und soll, seinem Wunsch entsprechend, katholisch begraben werden. Am Tag des Begräbnisses stellt sich heraus, daß er bereits begraben wurde. Aufgrund eines "administrativen Mißverständnisses", Schlamperei also, hat ihn ein muslimischer Clan, der ebenfalls einen Toten zu betrauern hat, aus der Leichenhalle abgeholt und auf einem islamischen Friedhof bestattet. Die örtliche Behörde will das Grab öffnen lassen, aber der im Dorf einflußreiche Clan will das verhinden, aus Angst das Gesicht zu verlieren. Es kommt zur Auseinandersetzung zwischen den beiden Familien am Rande des Friedhofs, in die sich zunächst nur die Polizei, dann der regionale Abgeordnete und sein Präfekt einmischen.

Mehr noch als die eigentliche Handlung sind die Zwischentöne im Film entscheidend, die Sprache (Wolof oder Französisch), Gestik und Blicke, Anspielungen. Hinter dem Agieren der einzelnen Funktionsträger, vom Polizisten bis zum Abgeordneten, werden die jeweils unterschiedlichen Machtinteressen und Abhängigkeiten deutlich: die angestrebte Wiederwahl, die Meinung im Ausland, die Angst vor Aufdeckung von Korruption, die religiösen Rivalitäten, die von den eigentlichen Konfliktlinien ablenken. Die Familien erweisen sich als zerrissen. Die in die Stadt abgewanderte Tochter verdingt sich dort als Hure, um die Zurückgebliebenen zu ernähren. Der exilierte Sohn kehrt mit französischem Paß zur Beerdigung zurück und meint, er sei nun als Franzose etwas besseres.

In Rückblenden erfahren wir nach und nach etwas über Guelwaar. Er kämpfte gegen die bürokratische Elite, die er der Kollaboration mit den alten Kolonialherren bezichtigte. Um ihre Machtposition zu erhalten, machte sie die Bevölkerung von den Lebensmittelspenden der ersten Welt abhängig. Bei einer öffentlichen Spendenübergabe hielt er eine flammende Rede gegen die Würdelosigkeit des passiven Wartens auf Spenden und rief zu deren Vernichtung auf, um sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Anläßlich dieser Rede wurde auf der Regierungstribüne sein Tod beschlossen. Doch er ist kein ungebrochener Held, seine Frau beklagt sich über ein Leben voll Vernachlässigung und Untreue, seinen Kindern blieb er unnahbar, interessierte sich nicht für ihre Probleme.

Die Situation von jungen Menschen in Algerien versucht Malik Lakhdar-Hamina mit seinem Film Automne - Octobre à Alger (Herbst - Oktober in Algier) zu beschreiben. Der Film spielt im Herbst 1988, als es in Algier zu tagelangen Revolten von Jugendlichen kommt, und rankt sich um das Leben einer Familie. Djihad, der älteste, ist Musiker und mit Amel verheiratet, einer Rundfunkmoderatorin, die sich für die Verbesserung der Lage der Frauen einsetzt. Sein Bruder Hakim ist Islamist, seine Frau Saida lebt gehorsam und unterwürfig zu Hause, auch der Schwester Nawel will er ständig Vorschriften machen. Zwischen den Brüdern kommt es darum immer wieder zu Konflikten. Auf offener Straße wird Djihad von Islamisten zusammengeschlagen, weil er angetrunken Walkman hört, die dazukommenden Polizisten nehmen ihn und nicht die Schläger fest. Die Repräsentanten des korrupten Systems sind es auch, mit denen Djihad und Amel am meisten Probleme haben. Eine nächtliche Spritztour ans Meer endet im Gefängnis, einfach nur so. Ein Videoclip von Djihad und seiner Band wird von den Zensurbehörden als pornographisch bewertet. Eine eigene Wohnung bekämen die beiden nur, wenn Amel mit dem zuständigen Funktionär ins Bett ginge.

Aus diesen ständig erfahrenen Ungerechtigkeiten und Frustrationen heraus wird der Islamismus stark, obwohl er mit seiner restriktiven Moral in vielem dem Freiheitsdrang der Jugendlichen entgegen steht. Die Spannung in den Straßen steigt immer mehr an, bis sie sich am 5. Oktober in wilden Streiks und Demonstrationen entläd. Der Aufstand dauert mehrere Tage, bis die Armee das Feuer auf die Menge eröffnet.

Und Lateinamerika?

Aus ganz Lateinamerika war diesmal nur ein Film im Programm der Berlinale. Das liegt weniger an der Auswahlkommission als an dem Niedergang der lateinamerikanischen Filmindustrie im Zuge der allgemeinen Wirtschaftskrise. In vielen Ländern wurde in den letzten Jahren die Filmförderung eingestellt, in manchen gar das gesamte Kulturministerium aufgelöst. Im Rahmen der 500-Jahr-Feier wurden noch eine Reihe von Filmen mit europäischen Geldern produziert, nun reduziert sich auch dies.

Dafür ist die argentinisch-kanadische Produktion El lado oscuro del corazon (Die dunkle Seite des Herzens) von Eliseo Subiela einer der schönsten Filme des Festivals. Subiela gelingt es mit Bild und Ton das Gegenstück zu den verwendeten Gedichten von Benedetti, Gelman und Girondo zu schaffen, eine poetische, surrealistische, zuweilen kitschige Stimmung, tiefsinnig und humorvoll zugleich. Oliverio, ein junger Dichter, führt zusammen mit zwei befreundeten Künstlern ein Bohemienleben. Er verdingt sich hin und wieder als Werbetexter, tauscht Liebesgedichte gegen Steaks, rezitiert vor Ampeln wartenden Autofahrern Verse, um sich etwas Kleingeld zu verdienen. Und er ist auf der irrealen Suche nach der Frau, die mit ihm zu fliegen versteht. Kann eine Frau das nicht, läßt er sie gnadenlos durch eine Klappe im Bett ins Bodenlose fallen. Auf seiner Suche bändelt er mit den unterschiedlichsten Frauen an, und immer wieder begegnet er einer Frau, die den Tod verkörpert. Auf der anderen Seite des Rio de la Plata, in Montevideo, lernt er in einem Cabaret die Prostituierte Ana kennen. Er verliebt sich hoffnungslos, sie ist aber nur bereit, eine rein geschäftliche Beziehung einzugehen. Immer wieder zieht es ihn nach Montevideo, um sich Anas Gegenwart zu erkaufen.

Es ist ein Film aus eindeutig männlicher Sicht. Die Männer sind reichliche Machos, behandeln die Frauen meist nur als Versatzstück in ihrer Männerwelt. Im Grunde jedoch verhalten sie sich kindisch, die eigentlich starken Personen sind die Frauen, sie greifen selbstbewußt in das Geschehen ein. Am Ende wird Oliverio mit Ana fliegen können und sie ihn durch die Klappe im Bett fallen lassen.

Olaf Berg

Foto: Sandra Ballesteros in: El lado oscuro del corazon

35. Sieg über die Barbarei. 50 Jahre Stalingrad. (Teil 2)

Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:16

"Damals konnte sich noch niemand von uns das Ausmaß und die Ergebnisse des an der Wolga errungenen Sieges vollständig vorstellen, in seiner ganzen Größe erfassen, was der Wendepunkt von Stalingrad im Großen Vaterländischen Krieg für unsere Heimat und für die ganze Menschheit bedeuten würde. Solche Dinge lassen sich nicht auf einmal begreifen. Daß aber der Krieg jetzt einen anderen Verlauf nehmen würde und schon genommen hatte, war allen klar." (1)

Stalingrad bedeutete nicht das Ende des Krieges, aber das endgültige Scheitern der "Blitzkrieg"-Strategie der Deutschen und den Beginn einer siegenden Roten Armee, die in den nächsten zwei Jahren die Sowjetunion befreite und im Mai 1945 die Hauptstadt des faschistischen Deutschland eroberte. Stalingrad, das war der Wendepunkt, schreiben alle sowjetischen Autoren, die Militärs in ihren Memoiren, die Soldaten in ihren Erzählungen und Briefen, die Schriftsteller in ihren Romanen.

Heute, nach 50 Jahren, so meinen die Autoren des vom Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegebenen Werkes "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", sei deutlich, daß nicht Stalingrad der Wendepunkt gewesen sei, sondern daß das Dritte Reich den Krieg gegen die Sowjetunion schon Ende 1941 vor Moskau verloren habe.

Zwar sei das Unternehmen "Blau" (der gleichzeitige Angriff auf Stalingrad und den Kaukasus im Sommer 42) wiederum als Blitzkrieg geplant gewesen, jedoch sei diese Offensive auf einen mittlerweile sehr wohl vorbereiteten Gegner getroffen. So richtig diese Überlegung aus militärhistorischer Sicht sein mag, so wenig trägt sie dem Rechnung, was die Kämpfer von Stalingrad, die Völker der Sowjetunion und die Menschen unter dem mörderischen Joch des Faschismus in den überfallenen Ländern Europas mit Stalingrad verbanden: ein mit unzähligen Opfern und unter unvorstellbaren Anstrengungen errungener Sieg über Nazi-Deutschland. Die Offensive war erstmals in die Hände der Roten Armee übergegangen. Für alle, die nach dem Sieg von Stalingrad aufatmeten, Hoffnung schöpften, jubelten und diejenigen beweinten, die ihn mit dem Leben bezahlt hatten, war die Schlacht bei Stalingrad keine Katastrophe und keine Tragödie - eine Wortwahl, die die Autoren des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes bevorzugen -, sondern der Anfang vom Ende des Faschismus, dessen Niederschlagung und der Befreiung. Das zu sehen und zu formulieren, ist offensichtlich von Angehörigen der genannten Bundeswehr-Einrichtung zu viel verlangt.

Die Schlacht und der Sieg bei Stalingrad wurde begleitet und weitergeführt: Vom 1. Januar bis 18. Februar dauerte die Befreiung von Rostow und vom 3. Januar bis 4. Februar der Kampf und die Befreiung von Naltschik-Stavropol im Süden der Sowjetunion, der Angriff auf Krasnodar-Noworissisk (Kaukasus) begann am 11. Januar und endete im Mai mit der Befreiung fast des ganzen Kubangebietes. Westlich von Stalingrad wurde im Februar 1943 das Woronescher Gebiet befreit und der Gegner aus dem Raum Charkow vertrieben. Im Norden der Sowjetunion gelang das Durchbrechen der Blockade von Leningrad im Januar und die Einnahme des Brückenkopfes von Demjansk von Mitte Februar bis Anfang März.

Die internationalen Auswirkungen

Die Schlacht bei Stalingrad und die Erfolge der sowjetischen Offensiven blieben nicht ohne Folgen auf das Bündnis der Achsenmächte(das Nazireich und seine Verbündeten) und auf das der Alliierten.

"Die völlig unzureichende Kooperation" (2) der Verbündeten des Hitlerreiches oder anders ausgedrückt, deren immer mehr abnehmende Bereitschaft, für die Ziele der Nazis in der Sowjetunion zu verbluten, verstärkte sich nach Stalingrad mehr und mehr. Vor dem Überfall auf die Sowjetunion war die deutsche Führung, da sie einen "Blitzkrieg" erwartete und politische Zugeständnisse an Bündnispartner zu vermeiden suchte, zunächst an der Beteiligung anderer Staaten nur bedingt interessiert. Aus militärstrategischen und aus kriegswirtschaftlichen Gründen bildeten jedoch Finnland und Rumänien eine Ausnahme. Beide Staaten strebten eine Rückgewinnung ihrer 1940 an die Sowjetunion verlorenen Gebiete an und verfolgten darüberhinaus zum Teil auch "großfinnische" bzw. "großrumänische" Ziele. Die Beteiligung Italiens, Ungarns, der Slowakei und Kroatiens resultierte dagegen in erster Linie aus dem Wunsch, bei der von ihnen erwarteten Neuaufteilung Kontinentaleuropas nicht zu kurz zu kommen. Nach dem Scheitern der "Blitzkrieg"-Konzeption begann das Dritte Reich, politischen Druck auf die Verbündeten auszuüben und sie zu einem größeren militärischen

Engagement zu verpflichten, so daß im Herbst 1942 schon mehr als 1 Million verbündeter Soldaten im Einsatz waren. Durch die Schlacht bei Stalingrad verloren Rumänien, Ungarn und Italien erhebliche Teile ihrer nationalen Streitkräfte. Diplomatische Vertreter des Reiches konstatierten "eine zunehmende Kriegsmüdigkeit sowohl in Teilen der rumänischen Armee wie auch in der Bevölkerung" und "eine labile Haltung einflußreicher ungarischer Kreise mit bezug auf ihren Kriegs- und Durchhaltewillen". (3) In Finnland war ein dramatischer Verfall der Siegeszuverzicht zu verzeichnen und in Italien erschütterten Streiks das faschistische Regime. Am 25. Juli 1943 wurde Mussolini gestürzt, im Oktober erklärte Italien Deutschland den Krieg.

Auch die Türkei und Japan, von Hitler mehrfach gedrängt ihrerseits die UdSSR anzugreifen, verloren angesichts der Stärke der Roten Armee dazu die Lust, obwohl sie vorher, in der Hoffnung auf einen leichten Sieg, durchaus nicht abgeneigt gewesen waren.

Das Jahr 1943 wird zum Jahr des zunehmenden und organisierten Widerstandes im besetzten Europa gegen die deutschen Okkupanten. Dieses ist einerseits auf die Erfolge der Roten Armee zurückzuführen und die andererseits auf die verstärkt einsetzende Pression zur Zwangsarbeit im Reich auf die Menschen in den besetzten Ländern.

In Griechenland muß wegen Generalstreiks und Massendemonstrationen die Zwangsrekrutierung zurückgenommen werden. Die Befreiung eines Drittels des griechischen Festlandes bis Mitte 1943 durch die griechische kommunistisch geführte Volksbefreiungsarmee erschüttert das Okkupationsregime und die Position der hitlerfreundlichen Regierung.

Im April und Mai streiken fast eine Million Niederländer, die deutschen Besatzungstruppen verhängen den Ausnahmezustand und schlagen den Streik nieder. Die befreiten Gebiete in Jugoslawien werden durch zunehmende Erfolge der Partisanen vergrößert, eine provisorische Regierung wird gebildet.

Im August 1943 wird Dänemark von einer antifaschistischen Streikwelle erfaßt. Die Kollaborationsregierung muß zurücktreten. Die Deutschen errichten ein offenes Besatzungsregime.

In Frankreich wird der Nationalrat der Resistance gegründet, der die verschiedenen Bewegungen des Widerstands vereint. De Gaulle schreibt aus dem Exil an das im Untergrund operierende Zentralkomitee der KP: "Die Stunde der größten Anstrengungen naht. Im Augenblick, da unter den Schlägen der mutigen russischen Armeen die deutsche Militärmacht schwankt, ist es wichtig, daß die französischen Patrioten an der Seite unserer russischen und angloamerikanischen Alliierten Anteil nehmen an der Befreiung des nationalen Territoriums: Ich weiß, daß das kämpfende Frankreich auf die französische kommunistische Partei zählen kann." (4)

Selbst die vom Faschismus am meisten Gequälten und am meisten Geknechteten beginnen sich zu organisieren. Im Sommer wird das internationale Lagerkomitee im Konzentrationslager Buchenwald gegründet, im gleichen Jahr auch die in Auschwitz, Dachau, Mauthausen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen. Und schon seit Anfang März besteht die illegale Organisation der sowjetischen Kriegsgefangenen "Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" im Lager Perlach in München und dehnt sich auf fast alle Kriegsgefangenenlager Süddeutschlands aus. 1944 wird diese Organisation von den Nazis zerschlagen.

Der Aufstand im Warschauer Getto vom 19. April bis 18. Mai 1943 soll hier auch Erwähnung finden, wenn über den Widerstand der versklavten Völker Europas im Jahr 1943 berichtet wird (nicht, weil ein Zusammenhang zu Stalingrad bestünde). Über den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion kann nicht berichtet werden, ohne den systematischen Mord der deutschen Einsatzgruppen an der jüdischen Bevölkerung zu benennen und über der Beschreibung der unvorstellbaren Barbarei, die mit dem deutschen Überfall über die Sowjetunion hereinbrach, darf die Vernichtung der europäischen Juden nicht vergessen werden.

Mit dem Sieg bei Stalingrad und der nachfolgenden erfolgreichen Offensive nahm das Gewicht der UdSSR gegenüber seinen alliierten Partnern USA und Großbritannien entscheidend zu. "Eine `Pax Americana', wie sie in der Atlantikcharta im August 1941 ohne Berücksichtigung der Sowjetunion entworfen worden war, ließ sich unter diesen Umständen nicht mehr realisieren. Dieses um so weniger, als die Sowjetunion mit ihrem eigenständigen militärischen Abwehrerfolg politisch vom Westen unabhängig geblieben war (...) In dem Maße, wie sich die Rote Armee anschickte, die Entwicklung auf dem für die Zukunft Europas wichtigsten

Kriegsschauplatz zu diktieren, begann die Sowjetunion jetzt auch ein politisches Gewicht `sui generis' zu gewinnen, welches sie angesichts der akuten Bedrohtheit ihrer staatlichen Existenz während der vergangenen eineinhalb Jahre nur wenig hatte ins Spiel bringen können."(5)

US-Präsident Roosevelt überreichte der Stadt Stalingrad eine Ehrenurkunde mit dem Wortlaut "Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika überreiche ich der Stadt Stalingrad diese Urkunde, um unserer Bewunderung für deren tapfere Verteidiger Ausdruck zu geben, deren Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft während der Belagerung vom 13. September 1942 bis zum 31. Januar 1943 für immer die Herzen aller freien Menschen höher schlagen lassen werden. Ihr ruhmreicher Sieg brachte die Welle der Aggression zum Stehen und wurde zum Wendepunkt des Krieges der Alliierten Nationen gegen die Kräfte der Aggression." (6)

Seit Dezember 1942 (also nach der erfolgreichen Einkesselung der 6. Armee bei Stalingrad), mehrten sich die Anstrengungen Roosevelts, aber auch Churchills zu einer gemeinsamen Konferenz mit Stalin zusammenzutreffen. In mehreren Botschaften der Westalliierten wurde eine Konferenz im Januar 1943 vorgeschlagen, dann für den Sommer. Sie fand schließlich ab 28. November 1943 in Teheran statt. Frühere Treffen hatte Stalin mit dem Hinweis auf die schwierige militärische Lage in der Sowjetunion abgelehnt: "(...) Bekanntlich haben die Sowjetarmeen die Julioffensive der Hitlerfaschisten zurückgeschlagen. Sie wissen sicher auch, daß unsere Armee selbst zur Offensive übergegangen ist (...) Es ist leicht zu verstehen, daß bei der gegenwärtigen angespannten Situation an der sowjetisch-deutschen Front vom Kommando der sowjetischen Truppen der Einsatz aller Kräfte und außerordentliche Wachsamkeit gegenüber den Aktionen des Feindes verlangt werden (...) Ich hoffe, daß sie unter diesen Umständen volles Verständnis dafür haben werden, daß ich mich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf eine weite Reise begeben kann (...) Ich bedaure dies sehr, aber die Umstände sind, wie sie wissen, stärker als die Menschen und man muß sich ihnen beugen." (Aus der Botschaft J.W. Stalins an F. Roosevelt vom 8. August 1943) (7) Und: "Ich verstehe völlig, daß Sie die Front in dieser entscheidenden Zeit, da Sie den siegreichen Vormarsch Ihrer Armeen leiten, nicht verlassen können." (Aus der Botschaft W.J. Churchills an J.W. Stalin vom 12. August 1943) (8)

Inwieweit die Enttäuschung der Sowjetunion darüber, daß die Alliierten ihre Zusage, die zweite Front in Nordfrankreich im Jahr 1943 zu eröffnen, nicht einhielten und damit den größten Teil der Kriegslast weiterhin der Sowjetunion aufbürdeten, Stalin davon abgehalten hat, sich bereits im Spätsommer mit Roosevelt und Churchill zu treffen, ist aus dem offiziellen Schriftverkehr nicht ersichtlich.

Daß jedoch beginnend mit dem Sieg bei Stalingrad und den weiteren Siegen im Sommer 1943 die Sowjetunion auf der internationalen Bühne mehr und mehr Bedeutung erlangte und in die Konferenz von Teheran als starker Verhandlungspartner ging, ist eine historische Tatsache.

Der Befehl 227:

Keinen Schritt zurück

Als die Deutschen Mitte Juli 1942 die Zugänge nach Stalingrad zum erstenmal massiv angriffen, wurde am 28. Juli 1942 der Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 227 erlassen, der in der politischen Arbeit eine entscheidende Rolle spielte. Ungeschminkt wurde in dem von Timoschenko und Stalin unterschriebenen Befehl gesagt, wie gefährlich sich die Lage entwickelt hatte und was zu tun war, um die Gefahr abzuwenden:

"Der Feind wirft immer neue Kräfte an die Front und geht, ohne auf seine großen Verluste Rücksicht zu nehmen, vor, dringt in die Tiefe der Sowjetunion ein, erobert neue Gebiete, verwüstet und zerstört unsere Städte und Dörfer, vergewaltigt, beraubt und mordet die sowjetische Bevölkerung.

Gekämpft wird im Raum Woronesch, am Don im Süden, an den Toren des Nordkaukasus. Die deutschen Okkupanten drängen nach Stalingrad zur Wolga und wollen um jeden Preis den Kuban und den Nordkaukasus mit ihren Reichtümern an Erdöl und Getreide erobern.

Der Feind hat bereits Woroschilowgrad, Starobelsk, Rossosch, Kupjansk, Waluiki, Nowotscherkassk, Rostow am Don, halb Woronesch genommen. Einige Leute an der Front trösten sich damit, daß wir noch weiter nach Osten ausweichen könnten, da wir genügend Territorium, genügend Boden und genug Menschen besitzen und Getreide im Überfluß haben werden (...) Derartige Äußerungen sind durch und durch falsch und nützen nur unseren Feinden (...)

Jeder Kommandeur, Rotarmist und Politarbeiter muß begreifen, daß unsere Mittel nicht unbegrenzt sind, daß das Territorium des Sowjetstaates keine Wüste ist und daß seine Menschen Arbeiter, Bauern, Angehörige der Intelligenz unsere Väter, Mütter, Frauen, Brüder und Kinder sind (...) Mit dem Verlust der Ukraine, Belorußlands, des Baltikums, des Donezbeckens und anderer Gebiete ist unser Territorium um vieles kleiner geworden, haben wir weniger Menschen, Getreide, Metallwerke und Fabriken. Wir haben über 70 Millionen der Bevölkerung, über 800 Millionen Pud Getreide und über 10 Millionen Tonnen metallische Grundstoffe im Jahr verloren. Schon jetzt verfügen wir über weniger Menschenreserven und Getreidevorräte als die Deutschen. Weiter zurückzugehen würde bedeuten, uns und damit unsere Heimat ins Verderben zu stürzen.

Aus diesem Grund muß ein für allemal mit jeglicher Rederei Schluß gemacht werden, daß wir die Möglichkeit hätten, ohne Ende zurückzugehen, daß wir viel Territorium hätten, daß unser Land groß und reich sei, die Bevölkerung groß und Brot immer im Überfluß vorhanden wäre.

Solches Geschwätz ist lügnerisch und schädlich, es schwächt uns und stärkt den Feind, da wir, wenn wir mit dem Rückzug nicht aufhören, ohne Brot, ohne Brennstoff, ohne Metalle, ohne Rohstoffe, ohne Fabriken und Werke und ohne Eisenbahnen sein werden.

Daraus folgt, daß es an der Zeit ist, mit dem Rückzug Schluß zu machen!

Keinen Schritt zurück! Das muß jetzt unsere Hauptlosung sein.

Jede Stellung, jeder Meter sowjetischen Territoriums muß hartnäckig bis zum letzten Blutstropfen verteidigt werden, es ist notwendig, sich an jeden Fußbreit sowjetischen Bodens zu klammern und ihn bis zum letzten zu halten.

Unsere Heimat durchlebt schwere Tage. Wir müssen den Feind zum Stehen bringen und danach zurückwerfen und zerschlagen, gleich um welchen Preis. Die Deutschen sind nicht so stark, wie das den Panikmachern erscheint. Sie spannen die letzten Kräfte an. Ihrem Schlag jetzt in den nächsten Monaten standzuhalten bedeutet, für uns den Sieg zu sichern.

Können wir dem Schlag standhalten und danach auch den Feind nach Westen zurückwerfen? Ja, wir können das, da unsere Fabriken und Werke im Hinterland jetzt ausgezeichnet arbeiten und unsere Front immer mehr Flugzeuge, Panzer, Artillerie und Granatwerfer erhält.

Woran mangelt es uns?

Es mangelt an Ordnung und Disziplin in den Kompanien, in den Bataillionen, Regimentern und Divisionen, in den Panzertruppenteilen, in den Fliegerstaffeln. Hier liegt jetzt unser Hauptmangel. Wir müssen in unserer Armee strengste Ordnung und eiserne Disziplin schaffen, wenn wir die Lage meistern und unsere Heimat verteidigen wollen (...)

Eisernes Gesetz der Disziplin muß ab jetzt die Forderung für jeden Kommandeur, jeden Rotarmisten und jeden Politarbeiter sein: `Keinen Schritt zurück ohne Befehl der höchsten Führung`." (9)

Weiterhin war in der Weisung davon die Rede, daß Armeeoberbefehlshaber, Korps- und Disvisionskommandeure abgelöst werden, die ihre Truppen von sich aus zurückführen. Das betraf auch Kommandeure und Kommissare von Regimentern und Bataillionen, deren Untergebene Stellungen ohne Befehl aufgaben. "Panikmacher und Feiglinge müssen auf der Stelle vernichtet werden." (10) Strafbataillione wurden eingeführt.

Ohne Ausnahme nehmen alle sowjetischen Autoren zur Schlacht von Stalingrad auf den Befehl 227 positiv Bezug, sie stellen die politische Offenheit und die ungeschminkte Analyse der Situation in den Vordergrund, halten die angedrohten Zwangsmaßnahmen zwar für überzogen, jedoch durch die harten und schweren Zeiten gerechtfertigt (so z.B. die beiden späteren Marschälle der Sowjetunion Shukow und Wassilewski in ihren Memoiren). Das Wichtigste ist für sie, daß durch diesen Befehl jedem Armeeangehörigen die Verantwortung für das Schicksal seines sozialistischen Vaterlandes übertragen wurde. Wassilewski: "Bereits vor der Gegenoffensive unserer Truppen bei Stalingrad waren die Disziplinarmaßnahmen keine dringend gebotene Notwendigkeit mehr." (11)

Welche Wirkung der Befehl 227 auf die Stalingradkämpfer hatte, beschreibt eindrucksvoll der sowjetische Schriftsteller Konstantin Simonow, während des Krieges Korrespondent der sowjetischen Soldatenzeitung "Krasnaja Swesda" in seinem Kriegstagebuch: "Nachdem wir den Befehl gelesen hatten, saßen Utkin und ich wie betäubt auf der Einfassung des Dorfbrunnens und schwiegen eine geschlagene Stunde. Erst nach Tagen, in Moskau, kam ich wieder zu mir. An all diesen Tagen war mir, als stünde die Zeit still. Bis dahin war das Kriegsgeschehen eine Art Knäuel gewesen - anfangs ein Knäuel von Mißgeschick, daß sich später im Dezember 1941 scheinbar wieder entwirrte. Doch dann begann es sich wieder zu verwirren zu einem Knäuel neuerlicher Mißerfolge. Nachdem ich nun diesen Befehl gelesen hatte, schien plötzlich alles still zu stehen. Unser Leben schien jetzt vor dem Sprung über einem Abgrund zu stehen - entweder springen oder sterben. "(12) Simonow zitiert weiterhin den Brief eines seiner Leser: "Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß nicht der Buchstabe, sondern Geist und Inhalt dieses Dokuments sehr stark zu dem moralisch-psychischen inneren Umbruch, wenn man sich so ausdrücken darf, in den Hirnen und Herzen jener beitrugen, denen es damals vorgelesen wurde und die in jenen Tagen die Waffen und damit auch das Schicksal der Heimat und nicht nur der Heimat, sondern der Menschheit, in den Händen hielten (...) Meiner Meinung nach war es das Wichtigste, daß den Menschen, dem Volk (der Befehl wurde in allen Truppenteilen verlesen) mutig die ganze schreckliche und bittere Wahrheit über jenen Abgrund ins Gesicht gesagt wurde, an dessen Rand wir damals angelangt waren." (13)

Die Verteidiger der Stadt

Die Beschreibungen des Kampfes in Stalingrad selber, insbesondere von Tschuikow und Krylow (Befehlshaber und Stabschef der 62. Armee), sind voll von Beispielen großer Tapferkeit der in der 62. Armee kämpfenden Frauen und Männer, die in der Hölle von Stalingrad und angesichts eines lange Zeit technisch hoch überlegenen Gegners ihre Stadt nicht aufgaben. Erzählt wird die Geschichte des 16jährigen Rewold Timofejewitsch Sidorin, der seinen Vater überredet hatte, ihn mit an die Front zu nehmen. Der Vater, ein Oberst, fiel. "An der Beisetzung konnte ich (Tschuikow, Anm. AK) nicht teilnehmen. Als ich am nächsten Morgen zu meinem Beobachtungsstand fahren wollte, sah ich Sidorin wieder. Er lag schluchzend auf der Erde. Ich rief, ohne lange zu überlegen _Soldat Sidorin, setz Dich sofort zu mir in den Wagen, Du kommst mit. Laß Dir eine Maschinenpistole und reichlich Munition geben.` Er sprang auf, schüttelte den Staub ab, brachte seine Feldbluse in Ordnung und schoß wie ein Pfeil los (...) Ich fragte ihn behutsam, ob er zu seiner Mutter fahren wolle. Seine Augen füllten sich mit Tränen (...) Er antwortete entschieden: `Nein, auch wenn Sie mich nicht mehr haben wollen, ich bleibe an der Front, um meinen Vater und die anderen zu rächen'. Seit dieser Zeit trennte sich Sidorin nicht eine Minute von mir. Er war ruhig, ja sogar fröhlich im Gefecht und fürchtete nichts. Nur abends weinte er mitunter heimlich um seinen Vater." (14)

Während ein Sturmtrupp, in einem Haus von den Deutschen eingekesselt, sich in einer völlig aussichtslosen Situation befindet, wird der Panzerjäger Berdyschew vom Feind gefangengenommen. Er erzählt den Deutschen, von welcher Seite sie gefahrlos angreifen können und nennt dabei genau die Richtung, in die das einzige Maschinengewehr der Sturmtruppe gerichtet ist. Der Bericht von Anton Kusmitsch: "Die Faschisten rechneten damit, daß uns die Munition ganz ausgegangen sei. Frech verließen sie, laut randalierend, aufrecht ihre Deckung und zogen in dichter Kolonne die Straße entlang. Da führte ich sorgsam den letzten Gurt ein. Alle 250 Schuß jagte ich in den gröhlend schmutzig-grauen Haufen. Ich wurde am Arm verwundet, blieb aber an meinem MG. Die Erde war von Gefallenen übersät. Die überlebenden Faschisten stürzten zu ihren Deckungen.

Eine Stunde später führten sie Berdyschew auf einen Trümmerhaufen und erschossen ihn vor unseren Augen, weil er sie in das Schußfeld meines Maschinengewehrs geführt hatte." (15)

Erzählt wird von dem Matrosen und Komsomolzen Michael Panikacha, auf dessen Graben Panzer zurollten, und der, weil er keine Handgranaten mehr hatte, mit Brandflaschen zwei Panzer zerstörte, bevor er selbst dabei verbrannte. Erzählt wird von der Sturmtruppe unter dem in der gesamten Sowjetunion bekannten Sergeanten Jakow Pawlow, der zusammen mit seiner kleinen Gruppe über 50 Tage lang ein wichtiges Gebäude verteidigte, das später in Pawlow-Haus umbenannt wurde. "Es wurde von einfachen Sowjetmenschen verteidigt, treuen Söhnen unserer Völkerfamilie: den Russen Pawlow (...), Alexandrow und Afanasjew, den Ukrainern Sabgaida und Gluschtschenko, den Grusiniern Mossiaschwili und Stepanaschwili, dem Usbeken Turgunow, dem Kasachen Morsajew, dem Abchasier Sukba, dem Tadchiken Turdyjew, dem Tataren Ramasanow und anderen Kampfgefährten". (16)

Und erzählt wird über die vielen Mädchen und Frauen, die in Stalingrad gekämpft haben und gefallen sind. Sie waren Nachtfliegerinnen, in den Flakabteilungen, sie waren in den Nachrichteneinheiten und Aufklärerinnen. Neben vielen anderen Frauen schreibt Tschuikow über die ehemalige Telefonistin der 62. Armee, Genossin Rasumejewa, die er in den 50er Jahren wiedertraf und die bei dieser Begegnung stets über ihre Kampfgefährtinnen, nicht aber über sich selbst sprach: "`Meine eigenen Erlebnisse', fragte sie erstaunt, `das tue ich doch. Mit mir auf dem Mamajew-Hügel (= Mamai-Hügel, siehe AK Nr.351) war Maria Uljajewa, so eine Kleine aus Kamyschin, mit der ich am 12. September 1942 bei pausenlosem Bombenangriff einen Unterstand grub. Zwar legten wir den Ausgang fälschlicherweise dem Gegner zugekehrt an, doch das machte nichts; unsere Nachrichtenstelle befand sich vom 1. bis 14. September an diesem Platz. Ich bediente mit ihr und später mit Schura Scheschenja, den Klappenschrank. In Stalingrad, aber an anderer Stelle, waren auch Taja Wdowina, Juba Stukalowa, Klawdija Stonda, Lena Peretoltschina und andere eingesetzt Am 31. August lagen wir in der Jablonewaja Balka. Die kleine, sonnenverbrannte Fanja Resnik (...) saß mit ihrer Freundin in einem Zelt am Funkgerät. Man hörte bereits das Dröhnen anfliegender Bomber. Aber es war noch eine wichtige Meldung über einen deutschen Angriff und den Einbruch von Panzern in den Rücken eines unserer Truppenteile durchzugeben. Weder Fanja noch ihre Freundin verließen ihre Posten. Es war bei uns weiblichen Nachrichtensoldaten Ehrensache, die Genossinnen selbst bei höchster Gefahr nicht in Stich zu lassen. Die beiden Mädchen beobachteten die Flugzeuge, horchten auf das Heulen der Bomben und berechneten die Einschlagstellen. Die Maschinen flogen ein zweites Mal an und die Mädchen funkten weiter. Doch nach dem dritten Anflug gähnte an der Stelle, wo das Zelt gestanden hatte, ein Bombentrichter.'" (17)

Die wichtigste Triebfeder für die Verteidigerinnen und Verteidiger von Stalingrad, in diesem mörderischen und fast immer ungleichen Kampf zu bestehen, war ein unbändiger Haß auf die Faschisten, war die durch keinen noch so verheerenden Angriff und auch nicht durch die reichlichen Propaganda-Flugblätter, die Goebbels über der Stadt abwerfen ließ, zu erschütternde Überzeugung, daß sie einen gerechten Kampf führten, war das Wissen, daß es auf jeden einzelnen von ihnen ankommt, war ihr Zusammenhalt untereinander, war die Liebe zu dem von den Faschisten verwüsteten Land und zu den Menschen, die gefoltert, vergewaltigt, erschossen, erhängt und zu Zwangsarbeit verschleppt wurden. Aus all dem erwuchs der unbändige Wille, nicht nur widerstehen, sondern auch siegen zu wollen.

In dem 1992 beim Fischer Taschenbuch Verlag erschienenen Band von Wette/Überschär, "Stalingrad, Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht", kommen zwei Autorinnen aus der ehemaligen UdSSR zu Wort. Nadeshda B. Krylowa, geboren 1960, und Lehrerin für Geschichte am pädagogischen Institut in Wolgograd, kommentiert an einigen, dort veröffentlichten Ausschnitten aus Feldpostbriefen sowjetischer Soldaten deren Empfinden und kommt zu dem Ergebnis, daß in den Gräben von Stalingrad auf der sowjetischen Seite keine "Schräubchen" gekämpft haben oder gar nur militärische Einheiten, sondern Söhne des Vaterlandes mit verwundeter Seele und dem Streben nach Sieg. Die Briefe spiegeln Haß wider ("Ich habe mich für die in Brest gefallene Frusa und die Kinder gerächt, ich habe auch die geschändete Heimat gerächt"), beschreiben die Hölle in Stalingrad, die Gewißheit über die Gerechtigkeit des Kampfes und zwar nicht des schnellen, jedoch des sicher kommenden Sieges ("Wie auch immer, der Feind wird vernichtet, daran besteht kein Zweifel"), enthalten Berichte über die Heldentaten der Kampfgefährten und das Wissen, daß sie in Stalingrad für ihre liebsten Menschen kämpfen ("Bringt meiner Tochter bei, daß ihr keine Gefahr droht, solange ich und meine Kameraden die Front halten"). (20)

Daß die Herausgeber des Buches mitten zwischen die Briefe von Rotarmisten ausgerechnet in einen Kasten einen Feldpostbrief eines deutschen Unteroffiziers setzen, der über das eiserne Muß, bis zum Äußersten durchzuhalten, schwadroniert, ist schlicht eine Geschmacklosigkeit.

Der Band enthält weiterhin unter dem Titel "Zur Motivation der Verteidiger von Stalingrad, eine Analyse offizieller sowjetischer Publikationen" einen Aufsatz von Jindra Matejkowa, geboren 1951, zur Zeit Studentin der Geschichte an der Universität Freiburg. Die "Analyse" zeichnet sich schon auf den ersten Blick dadurch aus, daß das Wort "heldenhaft" in bezug auf den Kampf der Stalingrader Verteidiger in Anführungsstriche gesetzt ist, daß von dem Befehl 227 inhaltlich fast nichts, dafür aber ausführlicher die Disziplinarmaßnahmen hervorgehoben werden. Nur negativ gewertet wird, daß in der sowjetischen Propaganda die Liebe zu der Geburtsstadt Stalingrad hervorgehoben und an die Kampftradition der Verteidiger der Stadt im Jahr 1920 gegen die Weißen angeknüpft wurde.

Die unumstrittene Tatsache, daß an Stalingrads äußerster Front tausende vom Kommunisten und Komsomolzen kämpften, die gerade wegen ihrer Überzeugung sowohl im Kampf als auch bei dem Zusammenhalt der Soldaten untereinander eine wichtige Rolle spielten, kommentiert Frau Matejkowa: "Als drittes Motiv wurde den Verteidigern von Stalingrad die Verbundenheit mit der kommunistischen Partei vor Augen geführt. Das ZK der KPdSU schickte neue Parteifunktionäre nach Stalingrad, die dieses Motiv besonders herauszustellen hatten, um die Soldaten siegesgewiß zu stimmen." (21) Daß viele Frauen in Stalingrad kämpften und als den Männern ebenbürtig dargestellt wurden, kann sie nur abfällig und als propagandistisches Ausnutzen der Frauen werten. Das zweifellos richtig Faktum, daß der Bezug auf die Verteidigung der Heimat und die Vaterlandsliebe bei der sowjetischen Kriegspropaganda eine wichtige Rolle spielte, Begriffe, die der sozialistischen Terminologie fremd sind, und daß verstärkt Politoffiziere eingesetzt wurden, die die Muttersprachen der vielen Völker der Sowjetunion beherrschten, kommentiert die Autorin: "Obwohl der Patriotismus von der marxistisch-leninistischen Lehre anrüchig als ein ‚bürgerliches Überbleibsel` verspottet wurde, bediente man sich seiner in höchster Not." (22) Frau Matjekowa ist offensichtlich der Gedanke völlig fern, daß es sich bei dem Vernichtungskrieg des Dritten Reiches gegen die Sowjetunion erklärtermaßen nicht nur darum drehte, den Sozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten und die sowjetischen Juden vollständig zu vernichten, sondern erklärtes Ziel war, die Völker der UdSSR lediglich als Untermenschen und Sklaven für die deutsche Wirtschaft im Reich selbst und zur Ausbeutung der Bodenschätze und Ressourcen der Sowjetunion zu mißbrauchen.

Die deutschen Aggressoren

Die 6. Armee vor Stalingrad und ihre Offiziere unterschieden sich nicht von anderen deutschen Armeen und deren Offizierkorps. So kann das, was über deutsche Generäle und Offiziere, ihre Motivation und ihr Kriegsbild von der Sowjetunion und das Verhalten deutscher Soldaten an der Ostfront gesagt wird, auch für die Deutschen vor Stalingrad gelten und umgekehrt.

Der Krieg gegen die Sowjetunion, von Hitler seit langer Zeit propagiert und von den Militärs bis ins Einzelne ausgeklügelt, wurde auch von diesen von Beginn an als Vernichtungsfeldzug und Weltanschauungskrieg akzeptiert. Zwar konnte vor dem Überfall am 22. Juni 1941 die goebbelssche Propaganda nicht in voller Breite anlaufen, sie wurde jedoch schon Monate vorher intensiv vorbereitet. Wehrgeographische Atlanten, in denen die günstigsten Optionen gegeneinander abgewogen wurden, hatten Hochkonjunktur. Es wurden sogar Spezialkarten zur Verteilung der jüdischen Bevölkerung auf die einzelnen Orte im jeweiligen Vormarschgebiet bei den Zeichenstellen in Auftrag gegeben und zwar nicht von den Einsatzgruppen-Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, sondern von den höheren Kommandobehörden der Wehrmacht.

Die deutschen Militärs, die weder den Aufstand der Kieler und Wilhelmshavener Matrosen noch die Revolution 1918 und die Münchner Räterepublik vergessen hatten, waren nur allzu bereit, bei einer Kriegsführung gegen die Sowjetunion zu dulden, daß das Reichssicherheitshauptamt und die Feldgendarmerie mit ihren Hilfsorganen im Hinterland mit eiserner Hand dafür sorgten, daß jeder Auflehnungsversuch gegen das NS-Regime zum Scheitern verurteilt blieb bzw. dieses Vorgehen sogar nach Kräften zu unterstützten. Jeder nationalsozialistisch erzogene Offizier der jüngeren Generation, geprägt durch Hitlerjugend, Arbeitsdienst und die vom Nationalsozialismus beherrschten Schulen, hielt den verbrecherischen Charakter der Politik Lenins und Stalins für längst erwiesen. Es gehörte 1941 nicht viel dazu, ihnen einzureden, nur Verbrecher wie die Kommunisten könnten zu den Volkskriegsmethoden greifen, mit denen die Rote Armee sich gegen die Deutschen zur Wehr setzte. Inwieweit sie davon überzeugt waren, daß alle Kommissare und der größte Teil der Parteifunktionäre Juden oder "judenfreundlich" seien, ist dahingestellt. Bei den Massenerschießungen der jüdischen Bevölkerung und der strikten Einhaltung des "Kommissarbefehls" konnten die Faschisten in jedem Fall auf die Hilfe der Militärs zählen.

Die deutsche Generalität rechnete von Anfang an mit einem Krieg, der nicht nach der Haager Landkriegsordnung geführt werden würde und selbst auf einen entsprechenden Versuch verzichteten sie von vornherein. Sie waren einverstanden und befahlen den Einsatz von Flammenwerfern zur Flankensicherung an den Vormarschstraßen und Bombenangriffe gegen Flüchtlingskolonnen. Sie waren einverstanden damit, ganze Großstädte dem Erdboden gleich zu machen und niemand fragte danach, was aus den sowjetischen Kriegsgefangenen werden sollte, die bei den in Serie erwarteten Kesselschlachten gefangengenommen werden würden. In den erst kürzlich im Staatsarchiv in Riga aufgetauchten "Richtlinien für die militärische Sicherung und für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Ostland" heißt es, daß alle Kommandeure

und Führer sich ständig mit der Befriedung des Landes zu befassen hätten und daß alle Ruhe und Ordnung gefährdenden Faktoren wie bolschewistische Soldaten und Agenten, kommunistische und sonstige radikale Elemente, Juden und "judenfreundliche" Kreise unschädlich gemacht werden müßten. Daran hätten neben Wehrmacht und Polizei alle im besetzten Gebiet befindlichen deutschen Organisationen und Einzelpersonen mitzuwirken.

Die Interessenidentität zwischen Hitler und seinen Generälen war groß. Das kann auch der seit 50 Jahren in der Geschichtsschreibung der BRD gemachte Versuch, wider besseres Wissen die deutsche Generalität nur als Militärs darzustellen, die mit den Verbrechen des Naziregimes nicht zu tun hatten, nicht wegreden.

Der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Friedrich Paulus und der Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, Generaloberst Hoth, also die höchsten Militärs der beiden Armeen, die Stalingrad einzukesseln suchten, waren typische Vertreter der deutschen Generalität. Paulus vollendete während des Sturms auf Stalingrad sein 52. Lebensjahr, 33 Jahre davon als Militär. An der Vorbereitung des "Unternehmens Barbarossa" (der Überfall auf die Sowjetunion, Anm. AK) war er direkt als Stabschef der Panzertruppen beteiligt. Er war beim Überfall auf Polen und Frankreich dabei, wurde 1941 zum General der Panzertruppen befördert und noch in Stalingrad - kurz vor dem Sieg der Roten Armee - zum Generalfeldmarschall ernannt. Seit dem 18. Januar 1942 leitete Paulus als Oberbefehlshaber die 6. Armee.

Generaloberst Hoth formulierte in einem Armeebefehl von 1941: "Dieser Kampf kann nur mit der Vernichtung des einen oder des anderen enden. Einen Ausgleich gibt es nicht." (23) Im gleichen Monat hieß es in einem Armeebefehl des Generals und späteren Feldmarschalls von Manstein, der im Dezember 1942 vergeblich versuchte, die Einkesselung der 6. Armee zu durchbrechen: "Der deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen. Er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt wurden, auf (...) Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis aufbringen." (24) So ist es auch nicht verwunderlich, daß weder Paulus noch Manstein als sein direkter Vorgesetzter das Kapitulationsangebot der Roten Armee im Januar 1943 auch nur ernsthaft in Erwägung zogen, geschweige denn, gegen den ausdrücklichen Befehl Hitlers zu handeln.

In dem Kapitulationsangebot hieß es u.a.: "Die Lage Ihrer eingekesselten Truppen ist schwer; sie leiden unter Hunger, Krankheiten und Kälte, obwohl der rauhe russische Winter erst begonnen hat. Die grimmigen Fröste, die eisigen Steppenwinde und Schneestürme stehen erst noch bevor. Ihren Soldaten fehlt es an Winterausrüstung; sie leiden unter unhygienischen, ihre Gesundheit zerstörenden Verhältnissen. Sie als Befehlshaber, ebenso die Offiziere der eingekesselten Truppen wissen sehr wohl, daß es keine realen Möglichkeiten mehr gibt, den Kessel zu durchbrechen. Ihre Lage ist hoffnungslos und jeder weitere Widerstand sinnlos. Angesichts der für die deutschen Truppen aussichtslosen Lage schlagen wir Ihnen zur Vermeidung unnützen Blutvergießens vor, folgende Kapitulationsbedingungen anzunehmen:

1. Alle eingekesselten deutschen Truppen, mit Ihnen und Ihrem Stab an der Spitze, haben den Widerstand einzustellen.

2. Alle Wehrmachtsangehörigen haben sich organisiert zu ergeben. Alle Waffen, die gesamte technische Ausrüstung und das Heeresgut sind in unbeschädigtem Zustand zu übergeben.

Wir garantieren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die den Widerstand aufgeben, Leben und Sicherheit sowie bei Kriegsende die Rückkehr nach Deutschland oder auf Wunsch der Kriegsgefangenen in ein beliebiges anderes Land (...)

Den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die sich gefangengeben, wird sofort normale Verpflegung verabreicht. Allen Verwundeten, Kranken und Frostbeschädigten wird ärztliche Hilfe zuteil (...)

Sollte unsere Aufforderung zur Kapitulation von Ihnen abgelehnt werden, so künden wir an, daß die Truppen der Roten Armee und der Roten Luftwaffe gezwungen sein werden, zur Vernichtung der eingekesselten deutschen Truppen zu schreiten. Die Verantwortung für deren Vernichtung tragen Sie (...)" (25)

Paulus und seine Offiziere zogen es lieber vor, die Verantwortung zu übernehmen, um sie sofort an Hitler weiterzureichen. Paulus dazu in seinen Mitte der 50er Jahre geschriebenen Memoiren: "Allgemein ist zu sagen, daß die gesamte höhere Führung,darunter auch ich, unter dem lähmenden Einfluß eines im Oktober

erschienenen Befehls Hitlers stand, der etwa lautete: `Kein Leiter einer Heeresgruppe, geschweige denn der Befehlshaber einer Armee, hat das Recht, ohne meine Genehmigung eine Ortschaft oder auch nur ein zusammenhängendes Grabenstück aufzugeben (...)'"(26)

Die deutschen Soldaten nun, von ihrer Überlegenheit über die Armeen anderer Völker durch die "erfolgreichen Blitzkriege", sprich Überfälle auf andere Länder überzeugt, meinten offenbar - so neuere Forschungen - in ihrer großen Mehrheit (noch mehr als die deutsche Bevölkerung), in der Sowjetunion für eine gute Sache zu kämpfen, den Bolschewismus in die Knie zu zwingen und zwar mit allen Methoden, da es sich um einen Gegner handele, der nicht nur eminent gefährlich, sondern auch äußerst minderwertig sei. Dieser Hochmut der Aggressoren hielt auch an, als sich die Niederlagen häuften. Während das Naziideal der "Volksgemeinschaft" niemals erreicht wurde, haben viele Deutsche, insbesondere Soldaten, im Krieg ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer herausgehobenen nationalen kulturellen und "rassischen" Gemeinschaft empfunden. Zusammengehalten wurde die Armee durch Disziplin, eine äußerst aktive Militärgerichtsbarkeit (ca. 15.000 Hinrichtungen) und eine unbekannte, aber zweifellos sehr hohe Zahl von Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren und durch eine tiefgehende Brutalisierung nicht nur durch die befohlene Beteiligung an sämtlichen bestialischen Übergriffen gegen die sowjetische Bevölkerung, bei der Ermordung der Juden, der Behandlung der Kriegsgefangenen und Partisanen, sondern durch die Akzeptanz und Zustimmung zu diesem Vorgehen, ja darüber hinaus durch Plünderung, Vergewaltigung und Mord auf eigene Initiative. Diese unvorstellbare Brutalität, von den Generälen und Offizieren befohlen, beabsichtigt und geduldet, machte es diesen um so leichter, eine strikte Kampfdisziplin durchzusetzen und erklärt, warum die deutschen Soldaten unter für sie hoffnungslosesten Umständen und in aussichtsloser Lage weiterkämpften.

Denn die Furcht, von der Roten Armee so behandelt zu werden, wie sie die Bevölkerung, die Kriegsgefangenen und die Partisanen behandelt hatten, wirkte noch stärker als die Nazipropaganda. Dagegen waren die Versuche von sowjetischer Seite, deutsche Soldaten zum Überlaufen und zur Kapitulation zu bewegen, bis auf wenige Ausnahmen völlig machtlos. So berichtet Erich Weinert, der seit Dezember 1942 vor Stalingrad zusammen mit Bredel, Ulbricht und anderen versuchte, über Radio und Lautsprecher die eingeschlossenen Soldaten zum Überlaufen und zur Kapitulation zu bewegen, in seiner Tagebuchnotiz vom 25. Januar 1943 über einen grausigen Fund im befreiten Gumrak: "Früh ein Gang durch Gumrak. Einige Häuser rauchen noch, die gestern von deutschen Bombern getroffen wurden. Die ganze Landschaft nichts als Trümmer und Leichen. Der Schnee über Nacht hat die gräßlichen Bilder halb zugeweht. Hier und da starren noch kahle Schädel, Füße oder Hände aus dem Schnee. In einer Schlucht finden wir einen Berg von Leichen sowjetischer Kriegsgefangener, fast entkleidet, mager wie Skelette, die Haut schon schwarzbraun, alle auf einen Haufen geworfen. Sie müssen schon längere Zeit hier liegen, verhungert oder zu Tode gequält."(27)

Durch das Frontnotizbuch von Weinert, während seines Aufenthaltes vor Stalingrad geführt, zieht sich wie ein roter Faden das Entsetzen, die Trauer und die Fassungslosigkeit über die deutschen Soldaten. Konfrontiert war er mit ihnen bei den Verhören und bei der Lektüre von Tausenden von Briefen und Tagebüchern, der Roten Armee vor Moskau in die Hände gefallen, die Weinert intensiv las, um einen propagandistischen Zugang zu den deutschen Soldaten zu finden. Er zitiert z.B. den Soldat Erich Petschan: "Lieber Vater, es eilt ja nicht so mit dem, was Du mir schicken willst. Ich warte gern (...) denn an Brot habe ich fast keine Not, denn ich habe mir eineinhalb Zentner Roggen von den Russen besorgt, denn das eine sage ich Dir: ehe ich hungern tue, können lieber zehn Russen verhungern, denn man wird hier gemein bis zum letzten."(28) Der Gefreite Drutzel: "Du kannst Dir gar nicht denken, wenn hier Heckenschützen gefaßt werden, mit welcher Kaltblütigkeit man die am nächsten Tage erschießt. Das sind keine Menschen, nur Bestien! Und da bin ich immer bei denen, die sich freiwillig melden." (29) Oder den Soldat Paul Kunze: "Einmal ist es uns gelungen, zwei Partisanen zu fangen und der Dritte ist uns wieder weggekommen. Wir hatten da so eine Wut im Bauch, daß wir gleich eine Reitpeitsche nahmen und diese Gauner so durch die Fresse schlugen, daß sie Blutstriemen bekamen. Dann haben wir sie verhört, aber meinst Du, daß sie ein Wort nachgesagt haben (...) Da sind wir beigegangen und haben sie beide aufgehängt. Was sollte man sonst mit ihnen machen, Besseres sind sie ja doch nicht wert. Und so geht es den ganzen Tag und ganze Wochen. Da geht auch nicht ein Tag vorüber, wo wir sie nicht gefangennehmen. Das ganze Dach hängt voller Partisanen." (30)

Die Briefe aus dem Kessel von Stalingrad in dem von Wette und Überschär herausgegebenen Band stammen ausnahmslos von Dezember 42 bis Januar 43 und klingen selbstverständlich anders. Sie sind voller Angst und Verzweiflung über die eigene Situation, enthalten Durchhalteappelle an sich selbst und die Familie, aber der

Herrenmenschenjargon findet sich auch jetzt noch oft genug: "Vorläufig halten wir noch aus und tun unsere Pflicht bis zum letzten. Wehe aber dem Russen, wenn seine Operationen schiefgehen. Wehe ihm!" (31)

Was ist aber auch zu erwarten von einer 6. Armee, die gut genährt 1941 als Teil des Ostheeres in die Ukraine einmarschierte, Kiew und Charkow eroberte, Großstädte, in denen die Bevölkerung nach dem Willen der deutschen Führung verhungern sollte. Die Soldaten wurden deshalb in besonderen Stadtgebieten oder auf dem Lande einquartiert, um zu verhindern, daß die hungernde Stadtbevölkerung in die Dörfer zog und den deutschen Erfassungskommandos Schwierigkeiten bereitete. In Babi Jar bei Kiew wurden am 29. und 30. September 1941 etwa 34.000 fast ausschließlich jüdischen Menschen ermordet und auf direkten Befehl der 6. Armee wurden von der SS in der Umgebung von Kiew Mordzüge durchgeführt. In Charkow ordnete die 6. Armee an, Juden und sonstige Geiseln in die öffentlichen Gebäude zu bringen, da man den Verdacht hegte, daß diese vermint seien. Von einer Einheit wurde sogar der Befehl ausgegeben, uniformierte oder ziviltragende Rotarmisten, Judenkommissare, bewaffnete Personen sowie der Partisanenaktivität verdächtigte Elemente auf der Stelle zu erschießen. Hunderttausende von Kriegsgefangenen, die sich der Gnade der 6. Armee ausgeliefert hatten, wurden in Elendszügen durch das Land getrieben und die Mehrzahl von ihnen kam ums Leben.

Weiterer Erklärungen bedarf es nicht, weshalb die 6. Armee von ihrer Führung bis zu den Soldaten vor Stalingrad wider jede bessere Einsicht so lange und so verbissen kämpfte.

Daß auf deutscher Seite nicht nur Mörder und Verbrecher und auf der sowjetischen Seite nicht nur Helden kämpften, steht sicherlich außer Frage. Das jedoch ist völlig unerheblich. Bei einer Berichterstattung über die Schlacht von Stalingrad, deren Bedeutung für die Rote Armee und die sowjetische Bevölkerung sowie die internationalen Folgen, bei dem Versuch einer Analyse der Motivation der Verteidiger und der "Eroberer" spielt auch keine Rolle, daß die Rote Armee durch die Massenverhaftungen in den Jahren 1938 und 1939 fast 80% ihrer Offiziere verlor und daß die deutsche "Blitzkrieg-Strategie" deshalb in einem derartigen Maße erfolgreich sein konnte und zudem Stalin und auch die sowjetischen Militärs die vielen konkreten Hinweise auf den bevorstehenden deutschen Überfall für Lügen und gezielte Falschmeldungen hielten.

Der unter größten Opfern und unvorstellbaren Anstrengungen von der Roten Armee und der sowjetischen Bevölkerung in Stalingrad und in der Kriegsproduktion im Hinterland errungene Sieg über die deutschen Faschisten war der erste große Schritt zur Befreiung vom Faschismus. Das gilt heute ebenso wie vor 50 Jahren.

B./ Westberlin

Anmerkungen:

(1) N. Krylow, Stalingrad. Die entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkriegs, Köln 1981, S. 420 (Pahl-Rugenstein)

(2) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 1112 (Deutsche Verlagsanstalt)

(3) ebenda

(4) Jacques Duclos, Memoiren II. 1940 -1945, Berlin 1973, S. 242 (Dietz)

(5) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, S. 1103

(6) A.M. Wassilewski, Sache des ganzen Lebens, Berlin 1977, S. 259 (Militärverlag der DDR)

(7) Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.), Die Teheraner Konferenz 1943, Köln 1986, S. 44 (Pahl-Rugenstein)

(8) ebenda, S. 46

(9) Wassilewski, S. 205ff und W.I. Tschuikow, Die Schlacht des Jahrhunderts, Berlin 1980, S. 50f (Militärverlag der DDR)

(10) Wolfram Wette, Gerd B. Überschär (Hrsg.), Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht, Frankfurt 1992, S. 221 (Fischer Taschenbuch Verlag)

(11) Wassilewski, S. 207

(12) Konstantin Simonow, Kriegstagebücher 1942-1945, Berlin 1979, S. 165 (Verlag Volk und Welt)

(13) Simonow, S. 166f

(14) Tschuikow, S. 105f

(15) ebenda, S. 161f

(16) ebenda, S. 193

(17) ebenda, S. 316

(18) entfällt

(19) entfällt

(20) Wette/Überschär, s.o., S. 102

(21) ebenda, S. 223

(22) ebenda, S. 224

(23) Der Krieg gegen die Sowjetunion. Dokumentation zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 1991, S. 7 (Argon Verlag)

(24) ebenda

(25) Erich Weinert, Memento Stalingrad, Berlin 1953, S. 136ff (Verlag Volk und Welt)

(26) W.I. Tschuikow (Hrsg.), Stalingrad. Lehren der Geschichte, Frankfurt/Main 1979, S. 324 (Röderberg)

(27) Wette/Überschär, S. 325

(28) Weinert, S. 24f

(29) Weinert, S. 34

(30) Weinert, S. 35f

(31) Wette/Überschär, S. 133

Unvollendetes Gedicht

über Stalingrad

Nicht weinen, wenn die verzehrende Glut

über der Steppe steht,

wenn die endlose Flüchtlingsflut

an Dir vorüberweht.

Nicht weinen, wenn sie totmüde gehen,

die kleinen Kinder auf dem Rücken,

von Stalingrad her, ohne aufzusehen -

such nicht nach ihren Blicken.

Geh, sie wollen sie nicht sehen,

Deine Tränen, die mitleidsvollen.

Woher sie kommen, dorthin sollst Du gehen -

das ist alles, was sie wollen (...)

Konstantin Simonow

36. Menschlichkeit und sekundäre Untugenden. Jonathan Steinbergs Buch über den italienischen Widerstand gegen den Holocaust

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:09

Jonathan Steinberg, geboren 1934 in New York, hat, wie er selbst sagt, sein Leben ab 1956, als er als GI nach Deutschland kam, einer Frage gewidmet: "Wie hatten der Nationalsozialismus und der Massenmord an den Juden geschehen können?" Heute lehrt er Geschichte an der Universität Cambridge, und immer noch "quält mich die gleiche Frage".

Mit seinem 1990 im englischen Original veröffentlichten, im November 1992 auch auf Deutsch erschienenen Buch "Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust" hat er Antworten zu geben versucht. In einer großen Fleißarbeit hat er unveröffentlichte Dokumente studiert, private Briefe deutscher und italienischer Soldaten gesichtet und Gespräche mit noch lebenden Offizieren und Diplomaten geführt. Das daraus entstandene Buch ist meines Wissens die detaillierteste deutschsprachige Darstellung des Widerstands italienischer Militärs gegen die Vernichtung der Juden. Nicht thematisiert wird der Widerstand der Zivilbevölkerung, die ab Herbst 1943 italienische und ausländische Juden in Klöstern und Privathäusern vor den Nazi-Besatzern versteckte.

Der erste Teil des Buches, "Die Ereignisse", macht etwa zwei Drittel des Gesamtumfanges aus. Aus Platzgründen soll an dieser Stelle auf die Verschwörung italienischer Militärs bis hinauf zum Oberbefehlshaber in Jugoslawien, General Roatta, den offenen Verstoß gegen einen ausdrücklichen Befehl Mussolinis und die Standhaftigkeit gegenüber deutschem Druck, nur kurz eingegangen werden.

Beispiel Kroatien: Am 21. August 1942, dem Tag, an dem die Juden von Sarajewo zur Deportation zusammengetrieben wurden, forderte ein Gesandter der deutschen Botschaft in Rom die Übergabe auch der in den italienisch besetzten Gebieten Kroatiens lebenden Juden an die Kroaten, die sich in einem Abkommen verpflichtet hatten, die Juden an die Deutschen auszuliefern; pro Person hatte der kroatische Vertragspartner eine "Gebühr" von 30 Mark zu zahlen. Mussolini hatte keine Einwände, und das Unheil hätte seinen Lauf nehmen können, wenn nicht eine "stumme Meuterei der Mächtigen und Einflußreichen" das verhindert hätte. Die von den Saboteuren des Massenmords bevorzugte Taktik bestand darin, "nichts zu tun, und das auf möglichst offiziöse Weise". So konnte wertvolle Zeit gewonnen werden. Unter dem Eindruck der Niederlagen der Achsenmächte in El Alamein und Stalingrad revidierte auch Mussolini seine Haltung und ordnete die Internierung der in den besetzten Gebieten lebenden Juden an. Diese Maßnahme entzog sie dem Zugriff ihrer Verfolger. Von ca. 3.000 ausländischen und kroatischen Juden unter italienischem Schutz konnten sich später die meisten in die von den Partisanen kontrollierten Gebiete Jugoslawiens oder nach Italien retten. 400 ältere Juden, die auf der Insel Rab geblieben waren, wurden im Januar 1944 von den Deutschen deportiert und ermordet. (1)

Erklärungen

Im Mittelpunkt dieser Buchvorstellung soll die Frage stehen, auf die sich Steinbergs Erkenntnisinteresse konzentriert: "Warum haben einige italienische Diplomaten zu einer bestimmten Zeit und an bestimmten Orten Juden zu retten versucht, während ihre deutschen Kollegen sie zu ermorden halfen?" Im zweiten Teil des Buches, überschrieben "Erklärungen", stellt der Autor politisch-kulturelle Grundzüge Deutschlands und Italiens gegenüber. Aus dem Vergleich "der zwei Kulturen, der zwei Diktatoren, der zwei Armeen und der Stellung der Juden in der italienischen und der deutschen Geschichte" versucht er, Antworten auf die zentrale Frage abzuleiten.

Fragwürdiger "Nationalcharakter"

Steinbergs These lautet: "Die Untugenden des italienischen öffentlichen Lebens (erleichterten) die Ausübung der Tugend der Menschlichkeit." Unter sekundären Untugenden versteht er als "typisch südländisch" betrachtete Eigenschaften wie Unordnung, Ungehorsam und menefreghismo (von der Übersetzerin mit "Wurstigkeit" umschrieben) auch im Beamtenapparat, die es wohlhabenden Juden erleichterten, "Wächter zu

bestechen, die richtigen falschen Papiere zu bekommen und zum entscheidenden Beamten vorzudringen." Demgegenüber war "die deutsche Unmenschlichkeit tief eingebunden in das System sekundärer Tugenden": Fleiß, Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit.

Gegen den von Steinberg angenommenen deutschen bzw. italienischen "Nationalcharakter" ließe sich manches einwenden. Horkheimer und Adorno bezeichnen ihn als "fragwürdige Entität" und als "armseligen Abhub dessen, was einmal Volksgeist hieß." (Vorwort zu Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus) In Italien müßten wohl, wenn überhaupt, mindestens zwei Nationalcharaktere angenommen werden: der des Südens und der des Nordens. Letzterer hätte - aus der Sicht der SüditalienerInnen - spezifisch "deutsche" Züge.

Ob Nationalcharaktere nun existieren oder nicht - Tatsache ist, daß die spezielle Arbeitsweise der italienischen Bürokratie wie auch des Militärapparates Sabotage aller Art erleichterte. Steinberg schreibt: "Das soll den Wert dessen, was die Verschwörer taten, nicht mindern, es verkleinerte nur ihr Risiko". Die sich Ende 1942 abzeichnende Niederlage der Achsenmächte habe, so der Autor, den Widerstand der italienischen Diplomaten und Militärs noch verstärkt: "Die Italiener mochten frivol sein und sich Illusionen hingeben, aber verrückt waren sie nicht. Der NS-Staat war vollkommen, unausweichlich und verheerend verrückt."

Zwei Diktatoren

Um Verrücktheiten, Psychosen, geht es auch im folgenden Kapitel, das die Persönlichkeitsstruktur der beiden Diktatoren vergleicht. Mussolini, "eine rätselhafte Mischung von abwechselnd Genie und Gewöhnlichkeit" (der ehemalige Ministerpräsident Salandra) oder ein "kleiner Geist und Scharlatan" (die Meinung des Königs, wiedergegeben von Marschall Caviglia), erscheint als Mensch ohne tiefe Überzeugungen, der heute dies, morgen jenes vertrat: "Was Mussolini wollte, war Macht." Demgegenüber "veränderte sich Hitler überhaupt nie. Er sagte 1920 dasselbe wie 1945." Und: "Als Mussolini im Juli 1943 stürzte, war er bei gesundem Verstand. Viel weniger klar ist, ob Hitler je geistig ganz gesund war." Hitlers Überzeugung, es bleibe "also den modernen Völkern nichts anderes übrig, als die Juden auszurotten", kommentiert Steinberg: "Es ist verrückt, aber wie bei Paranoia so oft, innerhalb ihrer verrückten Welt völlig logisch." Andere, "rationalere" Motive für den Mord an den europäischen Juden nennt Steinberg nicht. Auch die Frage, wie in Deutschland ein "Paranoiker" und in Italien ein "Scharlatan" zu absoluten Herrschern aufsteigen konnten, scheint ihn nicht weiter zu interessieren.

Daß Hitlers Sympathie für Mussolini - "die größte politische Liebe seines Lebens" (SS-Obersturmbannführer Eugen Dollmann) - dazu beitrug, daß der italienischen Armee von deutscher Seite gewisse Freiräume gewährt wurden, ist immerhin denkbar. Unbestreitbar ist: "Die italienische Armee konnte zum Teil deshalb Juden retten, weil Hitler sie gewähren ließ, genauso wie er sie andere Sachen tun ließ, die er mißbilligte."

Zwei Armeen

Der deutschen Wehrmacht mit "reicher Geschichte" und einem "außerordentlichen Register militärischer Erfolge" stellt Steinberg die königlich italienische Armee gegenüber, die "keins von beiden" aufzuweisen gehabt habe. Diese Bewertung muß relativiert werden. Im Ersten Weltkrieg hatten die italienischen Truppen zwar keine glanzvollen Siege erfochten; immerhin nahm Italien an den Versailler Verhandlungen auf Seiten der Sieger teil. Die häufigen Zusammenstöße und Meinungsverschiedenheiten zwischen deutschen und italienischen Offizieren, die von den Deutschen gern mit dem angeblichen italienischen "Minderwertigkeitskomplex" erklärt wurden, könnten zumindest teilweise auf das genaue Gegenteil zurückzuführen sein.

Weltanschaulich war die italienische Armee einigermaßen heterogen. Säuberungen hatten die Faschisten nicht vorgenommen; ein Bericht aus dem Jahre 1938 nennt eine vermutetet Zahl von 375 Antifaschisten im Offizierskorps. Allein im Heer wurden 25 Generäle und 33 Oberste zu den Gegnern des Regimes gezählt. Einer (ziemlich zweifelhaften) Zählung aus dem Jahre 1938 zu Folge waren sechs Generäle und 14 Oberste Juden - "nirgends sonst in Europa waren so viele Juden in der höheren Führung der Armee."

Während sich die deutschen Armeeführer an die Direktive von Goebbels hielten - "Der Offizier muß eine eindeutige, völlig kompromißlose Haltung in der Judenfrage haben" - und sich an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik beteiligten, gingen italienische Generäle eigene Wege. Steinberg: "Die traditionsgebundene, liberale, freimaurerische, philosemitische Kultur der königlich italienischen Armee sorgte

für einen Rahmen, innerhalb dessen eine Verschwörung zur Rettung der Juden vor den Deutschen, Franzosen oder Kroaten Beifall ernten mußte." Anzuzweifeln wären wohl die Attribute "liberal" und "philosemitisch" - der Tendenz nach scheint mir Steinbergs Bewertung richtig.

Zwei Kulturen

Die Ende 1938 in Italien erlassenen antisemitischen Rassengesetze "waren die Nürnberger Gesetze, aber im italienischen Stil, nämlich durchlöchert von Widersprüchen und Ausnahmen". Seit dem Risorgimento, der nationalen Einigungsbewegung, die 1861 den italienischen Nationalstaat hervorbrachte, und nicht zuletzt durch die starke jüdische Beteiligung an dieser Bewegung war die Integration der Juden in die italienische Gesellschaft weit vorangeschritten. Die italienischen Juden waren durchweg Patrioten, 10% von ihnen waren Mitte der zwanziger Jahre Mitglieder der faschistischen Partei.

Neben ihrer "Unauffälligkeit" trug nach Steinbergs Ansicht vor allem ihre geringe Zahl (ca. 50.000) dazu bei, daß sie auch im Faschismus zunächst weitgehend unbehelligt blieben. Den entscheidenden Unterschied zwischen Deutschland und anderen Ländern sieht er im Bereich der politischen Kultur: "Es gab keine radikal republikanische Tradition wie in Frankreich, nicht die Risorgimento-Version des Liberalismus wie in Italien oder die Tradition der Whigs in England oder das Erbe des Naturrechts wie in den amerikanischen Kolonien." Kennzeichnend für die Situation in Deutschland sei die "allgemeine Schwäche des Liberalismus" gewesen: "Der Liberalismus war schwach; die Stellung der Juden war von der Stärke des Liberalismus abhängig."

Man muß dem Autor seine Sympathie für den Liberalismus nicht vorwerfen. Zu fragen wäre allerdings, ob seine Gleichung - starker Liberalismus bedeutet eine starke Position der Juden - wirklich aufgeht. Die Liberalen, die seit der Aufklärung öffentlich für die völlige rechtliche Gleichstellung der Juden eintraten, verbanden ihre Forderung fast immer mit der Erwartung schneller und umfassender Assimilation der jüdischen Minderheit an die (christlich geprägte) Gesellschaft. Der Graf Clermont-Tonnerre brachte diese Auffassung 1789 in der französischen Nationalversammlung auf den Punkt: "Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber ist alles zu gewähren."

Steinbergs liberales Vorurteil wird am sichtbarsten, wo er eine durchgängige Linie deutscher (Geistes-)Geschichte unterstellt: Hegel - Marx - Hitler. Mitschuldig am größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte wäre demnach das dialektische Denken: "Hegel machte es für die Deutschen unmöglich, ‚einige`, ‚manche`, ‚vielleicht nicht alle` zu sagen. Die Sprache der Endlösung ist in diesem Sinne hegelianisch, denn sie wirft alle Juden in ‚das Judentum` und stellt ihm ‚das Germanentum` gegenüber... Die dualistische Form des Denkens fand ihren beständigen Ausdruck in Hitlers alles oder nichts, in der Unerbittlichkeit des Unterscheidens bei der SS, in den Befehlen von Generälen oder Obersten und in den Köpfen der Menschen."

Marx wird als Hegels Erbe auf gerade mal einer Seite abgehandelt. Seinem - in der Tat höchst problematischen - Aufsatz "Zur Judenfrage" aus dem Jahre 1843 wird das in keiner Weise gerecht. Für Steinberg steht das Urteil fest: Hier handelt es sich um "einen der antisemitischsten Essays des 19. Jahrhunderts"; "Hitler hätte es nicht besser sagen können als der junge jüdische Doktor der Philosophie aus Trier". (2)

Steinbergs leichtfertiger Umgang mit Marx sollte von der Lektüre des Buches ebensowenig abhalten wie andere Fragwürdigkeiten in den "Erklärungen". Dem Autor ist im übrigen zuzustimmen, wenn er zur Gliederung des Buches einschränkend schreibt: "Es liegt eine gewisse Künstlichkeit in der scharfen Trennung zwischen der Schilderung der Ereignisse und ihrer Erklärung, denn Schilderungen erklären auch." Sie erklären, "warum ein paar gute Männer in einer bösen Zeit willens und in der Lage waren, etwas Gutes zu tun. Und wenn meine Erklärungen nicht überzeugen, so kann ich wenigstens geltend machen, daß ich ihre Geschichte erzählt habe." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Js.

Anmerkungen:

1) Zum Widerstand italienischer Militärs in Frankreich und Griechenland vergleiche ak 346.

2) Eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Aufsatz von Marx bietet Detlev Claussens Essay "Vom Judenhaß zum Antisemitismus" in dem gleichnamigen von Claussen herausgegebenen Materialienband; Darmstadt (Luchterhand) 1988.

Jonathan Steinberg: Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust. Aus dem Englischen von Ilse Strasmann. Göttingen (Steidl) 1992, 373 Seiten, DM 38,-

37. "Eine kurze Geschichte der Zeit" (Filmbesprechung)

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak352/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:06

"Einstein hat mal gesagt, daß Gott nicht würfelt. Es scheint, als habe er in doppelter Hinsicht nicht recht gehabt. Nicht nur, daß Gott würfelt; manchmal wirft er die Würfel auch an Stellen, wo sie nicht zu sehen sind." (Stephen Hawking)

Realität ist ein System, die stoffliche Welt zu erfassen und in einen Zusammenhang zu bringen; es gibt nicht nur eine Realität, es gibt Realitäten zuhauf, je nach dem, in welcher Zeit und in welcher Kultur man lebt. Die Realitätsauffassung der westlichen Welt des 20. Jahrhunderts ist der wissenschaftliche Materialismus: Man kann die Welt ausrechnen, durch genormte Methoden erforschen.

Bis zu einem gewissen Punkt. Der menschliche Geist ist an seinen Körper gebunden, daher kann er auch nur bis zu einem gewissen Grad abstrakt denken. Der britische Physiker Stephen Hawking befaßt sich in seiner Arbeit mit jenem Grenzbereich der Wissenschaft, an dem die menschlichen Denksysteme: Verfahren zur Erfassung der Welt, an ihren Endpunkt gelangt sind. Hawking beschäftigt sich mit dem Ende der Zeit, d.h. mit dem Ende unseres Lebens und seiner Darstellung in Wissenschaft wie Kunst; Hawking hat es geschafft, die Zeit zu Ende zu denken, er hat einen Ausdruck und eine mathematische Darstellungsform dafür gefunden.

Dieser Mann also, der ausdrücken kann, was die meisten Menschen sich gar nicht zu denken trauen, dieser Mensch also ist ein Krüppel. Hawking leidet an amyotrophischer Lateralsklerose, ist an den Rollstuhl gefesselt, kann sich nur noch über einen Computer mit den Menschen verständigen.

Der Filmemacher Errol Morris liebt Themen am Rande von Leben und Tod, von faktischer Realität und Simulation. Er hat 'mal einen Film (Gates of Heaven, 1982) gemacht über einen Tierfriedhof, und wie die Menschen hoffen, so nicht nur den Tod ihrer kleinen Lieblinge zu überwinden, sondern auch den eigenen Tod in den Irrealis zu verdrängen. Berühmt wurde er durch "The Thin Blue Line - Der Fall Randall Adams" (1988): Ein Mann sitzt in der Todeszelle, Morris ist nicht von seiner Schuld überzeugt; er beginnt, die Aussagen zu rekonstruieren. In dem Film sieht man dann neben dem Interview mehrere Male denselben Vorgang, dessen verschiedene Darstellungen nicht zu demselben Ergebnis führen, noch nicht einmal zu dem gleichen.

Morris' Filme haben immer etwas mit Simulationen zu tun: Schließlich sind auch Träume Simulationen eines anderen Lebens. Deshalb stellt sich für Morris auch nicht die Frage: Dokumentation oder Spielfilm. Wie bei den meisten modernen Filmemachern inszeniert er seine Filme jenseits solch' simpler Genrebegriffe. "Eine kurze Geschichte der Zeit" ist prinzipiell ein Dokumentarfilm, ganz banal schon deshalb, weil er keine Spielhandlung im einfachsten Sinne hat, und weil er ein Thema hat, das er nicht essayistisch abhandelt.

Das Thema ist Stephen Hawking und seine Theorien. Morris befragt dazu Verwandte, Freunde, Bekannte, Mitarbeiter, und Kollegen; deren Aussagen bilden den ersten Kreis des Films. Diese Aussagen sind auch der stärkste dokumentarische Bereich des Films: Die Aussagen werden genau in dem Augenblick, wo die Kamera läuft, von der betreffenden Person gemacht; Einheit von Wort und Bild in einem nicht-fiktionalen Kontext. Daneben stehen vergleichbare Sequenzen mit Hawking - wobei Hawking nicht normal sprechen kann. Durch seine Krankheit ist Hawking zu einer Sprachsimulation mit Hilfe seines Computers gezwungen. Die abstrakteste Ebene des Dokumentarischen sind die von Hawking selbst gesprochenen off-Kommentare, die aus Passagen seines Buches "Eine kurze Geschichte der Zeit" bestehen: Sie dokumentieren einfach diese Textstellen.

Von hier ab verläßt Morris die rein dokumentarische Ebene. So sind die Räume, in denen sich die Personen befinden, nur scheinbar ihre Privaträume: Sie sind 1:1-Nachbauten der Originale in einem Studio in England; nur so konnte man dem Film ein einheitliches Design geben, eine einheitliche Ausleuchtung, eine einheitliche Farbgebung. Der Film tritt hier in die Ebene der reinen Simulation. Und wenn man schon einmal die Ebene der simplen Faktizität verlassen hat, kann man auch direkt Versuche und Computersimulationen einbauen, die Hawkings Theorien veranschaulichen. Wobei das auch alles nicht todernst gemeint ist: Bei der fundamentalen Frage "Was war zuerst? Die Henne oder das Ei" erscheint plötzlich eine Henne im Weltraum. Das sieht grotesk aus, ist auch so gemeint - aber was soll man da sonst zeigen; oder anders: Wie sollte man es anders zeigen.

An so einem simplen Beispiel zeigt einem Morris schon die Beschränktheit des menschlichen Geistes, bzw. auch die Beschränktheit technischer Apparate, die eben auch nicht besser sind als ihre Erbauer. Andersrum aber auch: Die Teetasse. Nach Hawking kann die Zeit auch rückwärts laufen; der vielleicht simpelste Beweis dafür ist eine Teetasse, die zu Boden fällt, zerbricht, und im Rücklauf sich wieder zusammensetzt. Denn was ist Film: Licht, das sich in Zeit bewegt; und Zeit ist auch der Abstand zwischen zwei Gegenständen oder die Dynamik, die Gegenstände sich bewegen und verändern läßt. Und das ist genau das, was Film tut, auf einer sehr theoretischen Ebene gedacht, die ihre Umsetzung auch bestenfalls in Experimentalfilmen findet.

Morris' Film ist alles auf einmal, und schließlich geht es auch um alles: Hawking ist ein Experte für Schwarze Löcher; und Schwarze Löcher sind das Ende der Zeit, bezeichnet man doch so eine Masse unendlicher Dichte auf unendlich minimalem Raum. Das heißt, es gibt keinen Raum mehr zwischen den Teilen, sie sind eins, und, da es keinen Abstand mehr gibt, kann es keine Zeit mehr geben. Hawking entdeckte nun, daß die Schwarzen Löcher gar nicht so schwarz sind: Es gibt immer wieder Partikel und radioaktive Strahlen, die einem Schwarzen Loch entweichen können. Das alles konnte Hawking nachweisen, aber warum das nun alles so ist, das weiß er auch nicht; er weiß nur, daß es so ist. (Mit den Beweisen theoretischer Physik ist es ja so eine Sache. Wenn man bedenkt, daß man erst seit etwa zehn Jahren in der Lage ist, Beweise für Plancks Quantentheorie, Heisenbergs Unschärferelation und Einsteins Allgemeiner Relativitätstheorie beizubringen, wobei diese Theorien vor über 60 Jahren gedacht und formuliert wurden.) Dabei ist Hawking auf dem besten Wege, Einsteins Traum von der "Allgemeinen Feldtheorie" zu verwirklichen: Eine Theorie, die alle Phänomene des Universums erfaßt und vereinheitlicht; die ultimative Theorie und das Ende aller Theorien.

Klingt alles unglaublich kompliziert, ist es aber nicht, schließlich ist die Allgemeinverständlichkeit seiner Theorien einer der Träume Hawkings. So ist denn auch Morris' Film: Von Philip Glass' Musik geleitet, gleitet man durch das Universum des Stephen Hawking. Im Endeffekt ist alles ganz einfach, und die Unendlichkeit darstellen kann jeder: Eine um 90 Grad gekippte 8. Gibt es Gott? Zumindest ist dieses Wort für Hawking der Ausdruck für jenes Moment in der Physik, das er selbst noch nicht versteht, jenseits aller theologischen Bedeutungen. Und Gott schmeißt immer wieder 'mal die Würfel, todernst, und die fliegen durch die Galaxis, und ab und zu verschwinden sie.

LG und Om aus Köln

Eine kurze Geschichte der Zeit (A brief History of Time). GB 91. R/B: Errol Morris. K: John Bailey. Schn.: Brad Fuller. M: Philip Glass. Ausstattung: Ted Bafaloukos. 80 Minuten

Stephen Hawking: Eine kurze Geschichte der Zeit. rororo Sachbuch Nr. 8850. 238 S. 12,80 DM

38. Quelldatei 17.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:17

<B>P18B>Norwegische Linke

nicht vergessen!

Betr.: Linke Europadebatte in der Schweiz (ak 351)

Liebe(r) J. aus Westberlin,

In der Einleitung Deines informativen Beitrags zur linken Europadebatte in der Schweiz (ak 351) behauptest Du, daß außer der ausführlichen Diskussion innerhalb der Schweizer Linken "europaweit die antikapitalistische Linke das kapitalistische Europa-Projekt zwar ablehnt, aber politisch und argumentativ sehr schwach agiert".

Ich gehe wohl recht in der Annahme, daß Du die diesbezüglichen Aktivitäten der norwegischen Linken bisher nicht zur Kenntnis genommen hast. Seit etwa eineinhalb Jahren bemüht sich Norwegens Linke erneut (erinnert sei an das erfolgreiche Nein der Volksabstimmung vom 25.9.1972) den von der sozialistischen Regierung geplanten EG-Beitritt abzuwehren. Die Organisation "Nei til EF" zählte bereits im Juni 1972 (kurz nach dem Nein der Dänen) über 107.000 Mitglieder. In den Medien findet der "Kampf um die Köpfe" statt; einige sozialdemokratische Stortingsabgeordnete wollen in der EG-Frage ihrer Parteiführung die Gefolgschaft verweigern.

Mit diesem kurzen Schreiben möchte ich Dich und die Redaktion des ak dazu ermutigen, den weißen Fleck in der Berichterstattung über den Widerstand gegen Deutschropa mit Farbe auszufüllen. Ausführliche Informationen sind über die unabhängige linke Tageszeitung KLASSEKAMPEN erhältlich, deren Anschrift ich beigelegt habe.

Mit freundlichem Gruß

P./Flensburg

Fehlende

Themenvielfalt

Ich muß Euch leider mitteilen, daß ich hiermit mein Abo kündige. Das Geld für die beiden Nummern, die ich noch nicht bezahlt habe, liegt bei. Ich tue das nur ungerne, da ich mich vor Jahren auf Kosten von TAZ und KONKRET für den AK als Hauptinformationsquelle entschieden habe und dort tatsächlich beinahe alles fand, was ich zur Information benötigte. Der AK war immer mein wichtigstes Abo - und auch jetzt kündige ich Euch als letztes. Ein Blick auf mein Konto genügt, um festzustellen, daß ich sparen muß.

Sicherlich würde ich aber ein Abo des AK verkraften - nur, ich habe bemerkt, daß ich ihn höchstens noch flüchtig durchblättere, ganz selten etwas lese.

Das liegt meines Erachtens an einer fehlenden Themenvielfalt Eurer Zeitung nach der Spaltung. Gerade die unterschiedlichen Meinungen und Sichtweisen - und nicht selten radikalere Aufmacher haben mich an Eure Zeitung gefesselt - und obwohl ich wohl eher die Meinungen der "Minderheit" teilte, war der AK doch immer motivierend, sich auch mit der anderen Meinung auseinanderzusetzen. Mensch konnte reflektieren, zu bestimmten Thematiken eine differenzierende Haltung einnehmen etc. Der neue AK kann diese Vielfalt nicht bringen. Auch die abgerundete Informationsvielfalt ist nicht mehr so vorhanden, wie es war: Es fehlen einfach große aktuelle Artikel über Aktionen, Kampagnen, Vorfälle, Diskussionen aus der autonomen Szene, von radikalen Linken, aus dem anarchistischen Spektrum usw., diese gehören aber unbedingt dazu, will mensch eine Zeitung betreiben, die neben Kommentaren analysiert und informiert. Und diese All-round-Information war halt für mich das große Plus des AK, was nirgends sonst zu finden war.

Eure jetzigen Artikel und Analysen sind sicherlich nicht schlecht, aber dem AK fehlt etwas. Sicherlich werde ich dem AK insofern treu bleiben, als daß ich ihn manchmal im Laden kaufe.

Hoffentlich bis dann

Wolf

Primo Levi

Betr.: Buchvorstellung "Die Dritte Seite" (ak 351)

Erlaubt bitte, daß ich zu dieser Besprechung einige Korrekturen anbringe, die vielleicht nicht ganz unwesentlich sind.

Primo Levi wurde nicht "als jüdischer Partisan ... nach Auschwitz deportiert", sondern als kommunistischer Partisan von Italienern verhaftet und als Jude nach Auschwitz deportiert.

Primo Levi gehörte nicht "der in Deutschland fast nicht vorhandenen demokratischen ‚Mitte`" an - er war Mitglied des Partito Comunista d'Italia (PCI) und blieb das auch.

Nichts für ungut und freundliche Grüße

Verlag STROEMFELD/ROTER STERN

KD Wolff

Vertreibung des

Islam aus Europa

Betr.: Bürgerkrieg in Jugoslawien - wie lange noch? (ak 351)

Ist es eigentlich selbstverständlich, daß die jugoslawischen Muslime kriegerisch und gewalttätig vertrieben werden (die Reconquista des Islam von europäischem Boden) unter Aufsicht und Hinzusehen der UNO, einer Weltfriedens-(UN-)Ordnung unter Vorherrschaft westlicher kapitalistischer Mächte? Ist das eigentlich selbstverständlich?

Was wird aus dem Verdrängungspotential, gebildet durch die Vergewaltigung von 60.000 muslimischer Frauen? Wird es nicht zu neuem Widerstand kommen?

Wolfgang, Rickling

Deutsche Soldaten

im Ausland?

Es läßt aufhorchen, wenn ein deutscher Generalleutnant, Hansen, am Rapport der Felddivision 6 der Schweizer Armee ausführt: "Die Landesverteidigung ist, mehr noch als früher, erweiterte Landesverteidigung innerhalb und außerhalb von Europa." ("Regionale Kriegsrisiken haben zugenommen" von (pw), Tages Anzeiger 11.1.93)

Mir macht es Angst, wenn jetzt wieder deutsche Soldaten in- und außerhalb Europas "Landesverteidigung" betreiben wollen. Schon während des Golfkrieges waren deutsche Piloten im türkischen Kurdistan stationiert. Ein Deutschland ohne Armee wäre mir sympathischer. Deutschland könnte seine große Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion umstellen. Daimler Benz, Siemens usw. müssen nicht in Kooperation mit britischen und französischen Todesfabriken Kriegsmaterial herstellen. Viele Kriege, die heute stattfinden, wurden erst durch Waffenexporte möglich.

Saddam Hussein wurde erst so gefährlich, nachdem über 50 Industriestaaten aus Ost und West, maßgeblich auch die BRD, skrupellos, auch noch während des achtjährigen Krieges gegen den Iran, den Irak mit Rüstungsgütern vollgepumpt hatten. Heute exportiert Rußland Kriegsmaterial in den Iran, und die Amerikaner, die Deutschen und leider auch die Schweizer riesige Mengen Waffen in die Türkei, nach Saudiarabien und den Emiraten am Golf. So wird ein neuer Krieg vorbereitet.

Die BRD hätte im eigenen Land genug Probleme: Arbeitslosigkeit, Aufbau der ehemaligen DDR, soziales Elend, Obdachlosigkeit, Anschläge gegen Flüchtlinge usw., ohne daß die deutsche Bundeswehr sich im Ausland einmischen müßte. Viele Konflikte werden auch verursacht durch den reichen Norden, zu dem auch die BRD gehört. Diese Probleme können nicht militärisch gelöst werden, im Gegenteil, die Aufrüstung der Armeen in den armen Ländern verhindert eine Verbesserung der Lage.

Gerade der Fall Jugoslawien zeigt, daß Staaten, die so stark aufgerüstet, militarisiert sind, Gefahr laufen, daß die Armee und Kriminelle in einem Krisenfall gegen die eigene Bevölkerung losschlagen. Die meisten Kriege waren ja in den letzten Jahren Bürgerkriege - von Somalia, Angola, Afghanistan, Libanon bis zu Jugoslawien. Die Lektion, die daraus gezogen werden kann: Die Abschaffung von Armeen ist aktueller denn je. Probleme sind in Zukunft ohne Gewalt zu lösen, die militärische Lösung führt ins Desaster, ins Unglück.

H. Frei, Zürich

Deutsche Soldaten

im Ausland?

Es läßt aufhorchen, wenn ein deutscher Generalleutnant, Hansen, am Rapport der Felddivision 6 der Schweizer Armee ausführt: "Die Landesverteidigung ist, mehr noch als früher, erweiterte Landesverteidigung innerhalb und außerhalb von Europa." ("Regionale Kriegsrisiken haben zugenommen" von (pw), Tages Anzeiger 11.1.93)

Mir macht es Angst, wenn jetzt wieder deutsche Soldaten in- und außerhalb Europas "Landesverteidigung" betreiben wollen. Schon während des Golfkrieges waren deutsche Piloten im türkischen Kurdistan stationiert. Ein Deutschland ohne Armee wäre mir sympathischer. Deutschland könnte seine große Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion umstellen. Daimler Benz, Siemens usw. müssen nicht in Kooperation mit britischen und französischen Todesfabriken Kriegsmaterial herstellen. Viele Kriege, die heute stattfinden, wurden erst durch Waffenexporte möglich.

Saddam Hussein wurde erst so gefährlich, nachdem über 50 Industriestaaten aus Ost und West, maßgeblich auch die BRD, skrupellos, auch noch während des achtjährigen Krieges gegen den Iran, den Irak mit Rüstungsgütern vollgepumpt hatten. Heute exportiert Rußland Kriegsmaterial in den Iran, und die Amerikaner, die Deutschen und leider auch die Schweizer riesige Mengen Waffen in die Türkei, nach Saudiarabien und den Emiraten am Golf. So wird ein neuer Krieg vorbereitet.

Die BRD hätte im eigenen Land genug Probleme: Arbeitslosigkeit, Aufbau der ehemaligen DDR, soziales Elend, Obdachlosigkeit, Anschläge gegen Flüchtlinge usw., ohne daß die deutsche Bundeswehr sich im Ausland einmischen müßte. Viele Konflikte werden auch verursacht durch den reichen Norden, zu dem auch die BRD gehört. Diese Probleme können nicht militärisch gelöst werden, im Gegenteil, die Aufrüstung der Armeen in den armen Ländern verhindert eine Verbesserung der Lage.

Gerade der Fall Jugoslawien zeigt, daß Staaten, die so stark aufgerüstet, militarisiert sind, Gefahr laufen, daß die Armee und Kriminelle in einem Krisenfall gegen die eigene Bevölkerung losschlagen. Die meisten Kriege waren ja in den letzten Jahren Bürgerkriege - von Somalia, Angola, Afghanistan, Libanon bis zu Jugoslawien. Die Lektion, die daraus gezogen werden kann: Die Abschaffung von Armeen ist aktueller denn je. Probleme sind in Zukunft ohne Gewalt zu lösen, die militärische Lösung führt ins Desaster, ins Unglück.

H. Frei, Zürich

39. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:22

Malcolm X

Malcolm X ist bisher, und daran wird Spike Lees gerade anlaufender Film nicht viel ändern, vor allem Gegenstand einer kaum rational begründeten Faszination. Das Wissen um seine Aussagen und Ziele ist häufig mit der Kenntnisnahme eindrucksvoller Fotos und eingängiger Zitate erschöpft. Die Veranstaltung Zur Aktualität von Malcolm X hat das Ziel, mit Vorträgen von Günther Jacob und Jürgen Heiser das Wissen über Malcolm X, die afroamerikanische Bewegung und die politischen Gefangenen in den USA zu vertiefen. Eingeleitet werden die Vorträge mit einem Dokumentarfilm über Malcolm X aus dem Jahre 1972; dem eher intellektuellen Teil folgt eine Black Beat Party mit der Gruppe "Rulin' Sound".

13.3.93, ab 16 Uhr. Rote Flora, Schulterblatt, Hamburg.

Kurdische Kunst

Kurdische Kunst im Widerstand zeigen das Kurdistan Informationszentrum (München) und die Vereinigung der Künstler Kurdistans Sulaimani in Zusammenarbeit mit AIDA, der Association Internationale de Défense des Artistes.

AIDA - Internationale Vereinigung zur Verteidigung verfolgter Künstler, Krayenkamp 10 (am Michel), Hamburg. Die Ausstellung ist bis zum 21.3.93 von dienstags bis sonntags von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

Exil 1933 - Asyl 1993

Vor 60 Jahren ging die Büchergilde Gutenberg ins Schweizer Exil. Professor Hans-Albert Walter, Autor des maßgeblichen Standardwerks über Exil und Exilliteratur, Herausgeber von u.a. der "Bibliothek Exilliteratur" in der Büchergilde, wird aus diesem Anlaß in mehreren Städten der Ex-DDR sprechen. Wer den Mann kennt, kann sicher sein, daß er nicht nur kundig über die Vergangenheit informieren, sondern auch mit gebotener Schärfe zur Gegenwart Stellung nehmen wird.

24.3.93, 19 Uhr, Büchergilden-Treffpunkt, Augustusburgerstr. 33, Chemnitz (Tel. 64 12 21) - Vortrag über Arnold Zweig

23.3.93 Dresden, 25.3.93 Leipzig (Ort und Zeit sind über Treffpunkt Chemnitz zu erfragen).

Migration und Entwicklung

Solange die Länder der "Dritten Welt" nicht einen deutlichen Teil ihres eigenen Konsums und vor allem des Investitionsgüterkonsums selber produzieren, solange werde es keine andere Verteilung des Reichtums geben, heißt es in einem Beitrag in ak 351. Aus dieser Auffassung folgt, daß es innerhalb der kapitalistischen Logik keine Möglichkeit für die Entwicklung dieser Länder gibt und ihren Bewohnern als Ausweg nur noch die Flucht in die Metropolen bliebe. Welche Folgen würde eine so gerichtete Fluchtbewegung nach sich ziehen? Würde allein das "Recht des Stärkeren" zur Geltung kommen, oder gibt es die Möglichkeit, den Gedanken des Klassenkampfs wieder wachzurufen? Diese Fragen sollen bei einer Veranstaltung der Ex-KB-Mehrheit erörtert werden.

24.3.93, 19.30. Haus für Alle, Amandastr. 58, Hamburg.

Triple Oppression

"Triple Oppression" meint die Mechanismen patriarchaler, kapitalistischer und rassistischer Unterdrückung und deren wechselseitige Beziehungen. Dieser theoretische Ansatz soll auf einem von der Initiative für eine Vereinigte Linke organisierten Kongreß "kritisch betrachtet, erweitert und hinsichtlich seiner Tragfähigkeit für die politische Praxis erörtert werden. (...) Der Kongreß ist als zweites bundesweites Treffen basisdemokratischer, antikapitalistischer, feministischer, antirassistischer, radikalökologischer und antistaatlicher Gruppen, Initiativen sowie Einzelpersonen und damit als Nachfolgeveranstaltung des Kongresses im März 1992 in Berlin gedacht." (Aus der Kongreßeinladung)

26.3., 19 Uhr bis 28.3. gegen 14 Uhr. Anlaufstelle ist das Büro für eine Vereinigte Linke, Große Klausstraße 11, O - 4020 Halle (Tel. 25537). Über diese Anschrift sind auch nähere Informationen erhältlich.

Libertäre Tage

Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft sollen bei den den Libertären Tagen 1993 gefunden werden. Es solle "nicht nur um die Kritik an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen gehen", vielmehr sollen praktische Ansätze benannt werden, "die Herrschaft abbauen und zu einer anarchistischen (herrschaftsfreien) Gesellschaft führen."

8.-12.4.93, Universität Frankfurt/Main. Nähere Informationen und Anmeldungen über: Libertäre Tage '93, Pressegruppe, c/o Dezentral, Sandweg 131a, W 6000 Frankfurt 1.

Verkehrschaos

Der 9. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß steht unter dem Motto Mit Aufschwung in's Verkehrschaos. In den rund 30 Arbeitsgruppen werden u.a. die Themen Fußgänger, Frauen, Behinderte, Stadt und Umwelt, Fahrrad, Verkehrskonzepte, Raumplanung, Straßenbau, Bahn, BI-Arbeit behandelt werden. Daneben werden Vorträge und Podiumsdiskussion sowie ein "breites (hä? - der Kalender-Redakteur) Kulturprogramm mit einem literarisch- verkehrlichen Abend" geboten.

20.-23.5.93, Halle. Programm und Anmeldungsunterlagen über: Umkehr e.V., Exerzierstr. 20, 1000 Berlin 65.

Russisches Schtetl

Wie Juden in Rußland um die Jahrhundertwende gelebt haben, wird in der Sonderausstellung Leben im russischen Schtetl in Köln gezeigt. Zwischen 1912 und 1914 hatte eine Expedition der Jüdischen Historisch-Ethnographischen Gesellschaft Rußlands in über siebzig kleinen Ortschaften Zeugnisse jüdischen Lebens gesammelt. In dem Bewußtsein, daß es diese spezifische Lebenswelt bald nicht mehr geben würde - bis zum Ersten Weltkrieg emigrierten etwa zwei Millionen Juden, um Pogromen und Armut zu entgehen -, trugen die Expeditionsteilnehmer über 700 Objekte, 2000 Fotografien, Berichte über jüdische Tradition und Tondokumente zusammen. Die lange Zeit verschollen geglaubten Exponate wurden erst jüngst in den Archiven des Staatlichen Ethnographischen Museums in St. Petersburg aufgefunden. Neben ihrer historischen Bedeutung wird aus der Sammlung auch deutlich, wie wenig die hierzulande gängigen verkitschten Bilder vom "jüdischen Schtetl" mit der Realität des Lebens im seinerzeitigen jüdischen Ansiedlungsrayon (Teile des heutigen Polen und der Ukraine) gemein haben.

Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde, Köln. Die Ausstellung ist noch bis zum 25.7.93 zu besichtigen.

Video-Forum

Das Freiburger Video-Forum, ein "Forum für dokumentarische und experimentelle Videos und Treffpunkt von VideomacherInnen", lädt zur Teilnahme an seinem diesjährigen, dem siebten Treffen ein. Bis zum 15. Juni können sich "VideoaktivistInnen, ExperimentalistInnen, Spurensucher wie Visionäre mit deutschsprachigen Videoproduktionen aus den Jahren 92/93 bewerben."

Siebtes Freiburger Video-Forum, 2.-5.9.93. Informationen und Anmeldungen: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, W 7800 Freiburg.

NACHTRAG zu "Kalender" -- bitte in die Chronologie einordnen

Malcolm X

Malcolm X ist bisher, und daran wird Spike Lees gerade anlaufender Film nicht viel ändern, vor allem Gegenstand einer kaum rational begründeten Faszination. Das Wissen um seine Aussagen und Ziele ist häufig mit der Kenntnisnahme eindrucksvoller Fotos und eingängiger Zitate erschöpft. Die Veranstaltung Zur Aktualität von Malcolm X hat das Ziel, mit Vorträgen von Günther Jacob und Jürgen Heiser das Wissen über Malcolm X, die afroamerikanische Bewegung und die politischen Gefangenen in den USA zu vertiefen. Eingeleitet werden die Vorträge mit einem Dokumentarfilm über Malcolm X aus dem Jahre 1972; dem eher intellektuellen Teil folgt eine Black Beat Party mit der Gruppe "Rulin' Sound".

13.3.93, ab 16 Uhr. Rote Flora, Schulterblatt, Hamburg.

Migration und Entwicklung

Solange die Länder der "Dritten Welt" nicht einen deutlichen Teil ihres eigenen Konsums und vor allem des Investitionsgüterkonsums selber produzieren, solange werde es keine andere Verteilung des Reichtums geben, heißt es in einem Beitrag in ak 351. Aus dieser Auffassung folgt, daß es innerhalb der kapitalistischen Logik keine Möglichkeit für die Entwicklung dieser Länder gibt und ihren Bewohnern als Ausweg nur noch die Flucht in die Metropolen bliebe. Welche Folgen würde eine so gerichtete Fluchtbewegung nach sich ziehen? Würde allein das "Recht des Stärkeren" zur Geltung kommen, oder gibt es die Möglichkeit, den Gedanken des Klassenkampfs wieder wachzurufen? Diese Fragen sollen bei einer Veranstaltung der Ex-KB-Mehrheit erörtert werden.

24.3.93, 19.30. Haus für Alle, Amandastr. 58, Hamburg.

40. § 99 in den 70er Jahren - ein Rückblick

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:29

Der "Fall Grunert"

Rolf Grunert (damals 51) wurde 1977 unter Spionage-Verdacht verhaftet. Der Hamburger Kriminalkommissar war seit 1972 Vorsitzender des rechten Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), bekannt als Befürworter einer zentralisierten Bundespolizei nach FBI-Vorbild und 1971 zu einem gewissen Bekanntheitsgrad gekommen durch seine Äußerung, die Gewerkschaften seien die "Todfeinde der Demokratie".

"Bild" mutmaßte (21.5.77): "Grunert könnte dem Osten Top-Informationen geliefert haben: Er kannte alle geplanten Maßnahmen gegen Kommunisten und Terroristen, er kannte auch die bundesweiten Fahndungsmaßnahmen und Fahndungslisten. Er war auch über alle wichtigen Entscheidungen der Innenminister informiert." Konträr jedoch die Aussage der wichtigsten Zeugen der Anklage, BKA-Chef Herold, im Prozeß: "Grunert habe nur Papiere einsehen können, die allgemein zugänglich waren. Die Leitlinien der BKA-Arbeit habe ‚der Gegner viel billiger und einfacher in meinen veröffentlichten Aufsätzen nachlesen können`." ("Neue Presse" Frankfurt, 22.12.78)

Im Prozeß reduzierten sich die beweisbaren Vorwürfe schließlich auf folgendes:

1. Grunert habe zwischen 1973 und 1977 ungefähr 30mal Kontakt zu einem MfS-Agenten gehabt. Nach Grunerts Angaben handelte es sich um einen Bekannten seiner in Ostberlin lebenden Schwester, der Funktionär des FDGB war. Seine Absicht sei es gewesen, durch persönliche Anbahnung von Kontakten zur DDR-Gewerkschaft, seinem im Schatten der DGB-Polizeigewerkschaft stehenden BDK mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

2. Drei Telefonnummern in Grunerts Notizbuch, wobei es sich um MfS-Nummern gehandelt haben soll.

Selbst das Gericht urteilte, Grunert sei lediglich eine "schillernde Persönlichkeit", die ihrem "Tatendrang" erlegen sei. Keinesfalls habe Grunert "um des Verrats willen verraten". Daß er überhaupt irgendetwas verraten hatte, wurde lediglich in allgemeinster Form unterstellt. Der Prozeß endete mit der Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Haft.

Der "Fall Burger"

Heinrich Burger war Sprecher des SPD-Landesvorstands Westberlin. Gemeinsam mit seiner von ihm inzwischen geschiedenen Frau Kathryn, Pressereferentin der ÖTV, soll er von Ende 1968 bis zur Verhaftung im Juni 1976 "geheimdienstliche Tätigkeit" für die DDR geleistet haben. Einzige Zeugin der Anklage war die Ehefrau, die das Verfahren durch einen Gang zur Polizei auch ins Rollen brachte.

Burger wurde vorgeworfen, er habe dem MfS Material aus der SPD-Fraktion und dem SPD-Landesvorstand Westberlin geliefert. Im Prozeß bestritt er alle Anklagepunkte. Trotzdem wurde er im Mai 1977 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Für Frau Burger als angebliche Tatbeteiligte gab es anderthalb Jahre Haft und sofortige Entlassung aus der U-Haft.

Der "Fall Fahrig"

Rudolf Fahrig war an einem Institut in Freiburg beschäftigt. Im August 1979 wurde er wegen "geheimdienstlicher Tätigkeit" für die DDR zu 10 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Sein Arbeitsplatz wurde ihm gekündigt.

Die Verurteilung beruhte darauf, daß Fahrig einem Schwager in der DDR - ebenfalls Wissenschaftler - in der Zeit von 1974 bis 1978 rund 30 in der BRD öffentlich zugängliche Publikationen über das Gebiet der Krebs- und Genforschung gegeben bzw. geschickt hatte. Im März 1980 wurde das Urteil wegen Mängeln in der Beweisführung aufgehoben; diese Entscheidung berührte aber nicht die Substanz des Urteils.

Die Verurteilung Fahrigs löste damals auch in der liberalen Presse Unverständnis und Kritik aus, da sie deutlich machte, daß die geltende Rechtsprechung in der Tendenz jeden wissenschaftlichen Austausch zwischen Ost und West - zu dem sich die BRD in den KSZE-Vereinbarungen explizit bekannt hatte - kriminalisierte.

Der "Fall Skottke"

Robert Skottke, damals 53, stand Ende 1978 in Celle vor Gericht. Er war Meister in der Forschungsabteilung einer Firma in Wedemark bei Hannover gewesen. Als solcher soll er - so lautete jedenfalls die ursprüngliche Anklage - zwischen 1963 und 1977 "fortlaufend Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Elektronik" an die DDR verraten haben. Diese Anklage mußte jedoch vollständig fallengelassen werden, da die Beweise fehlten und Skottke die Vorwürfe bestritt.

Verurteilt wurde er aber trotzdem - zu 15 Monaten Haft. Er sei nämlich, so hieß es im Urteil, von 1963 bis 1977 "ein sogenannter Warteagent gewesen, der für einen Einsatz im Spannungsfall zur Verfügung gestanden habe. (...) Nach Überzeugung des Gerichts spionierte der Angeklagte in der Bundesrepublik nichts aus; sein eigentlicher Auftrag wäre vielmehr erst im Krisenfall gekommen." ("Tagesspiegel" Westberlin, 6.12.78)

Der "Fall Maja Z."

Ein ähnliches Verfahren wurde gegen Maja Z. praktiziert. Sie hatte in einem Hamburger Reisebüro gearbeitet, das als DKP-nahe galt und in dem überwiegend Parteimitglieder beschäftigt waren. Verhaftet wegen "Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit" wurde Maja Z. am 9.März 1979 unter dem Vorwurf, sie habe einen Auftrag des MfS gehabt, in Hamburg "einen Stützpunkt aufzubauen und Nachrichten anderer Agenten in Hamburg umzusetzen." ("Bild", 10.3.79)

Einziger Belastungszeuge in diesem Fall, wie in manchen ähnlichen, war der BND-Agent Stiller. Als MfS-Mitarbeiter hatte er jahrelang für den westdeutschen Geheimdienst gearbeitet, bevor er sich im Januar 1979 in die BRD absetzte und scharenweise alle Leute denunzierte, die mit ihm einmal in Kontakt gekommen waren. Maja Z. wurde festgenommen, weil ihr Name in Stillers Notizbuch stand. Und das kam so: "Stiller hat sich mal mit ihr getroffen. Aber sein Versuch, sie als Agentin anzuwerben, scheiterte. Erst ein zweiter Versuch habe dann geklappt." ("Bild", 10.3.79)

Der einzige Belastungszeuge war also der Mann, der sie angeblich angeworben hatte. Worin konkret die "geheimdienstliche Tätigkeit" der Frau bestanden haben soll, blieb ungeklärt, spielte selbstverständlich auch keine Rolle.

Der "Fall Dürbeck"

Heinz Dürbeck, damals 67, war Vorstandsmitglied der IG Metall. Am 2.September 1975 wurde er verhaftet, am 6.Oktober wieder freigelassen. Im Juni 1978 wurde der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben; der Beginn des Prozesses wurde mehrmals hinausgezögert.

Die Anklage warf Dürbeck vor, er habe von März 1957 bis zu seiner Verhaftung 1975 "Erkenntnisse aus dem Bereich der IG Metall an Mitarbeiter des MfS geliefert." Auch gegen ihn lag kein einziges konkretes Beweisstück vor, was er verraten haben sollte; es ging lediglich um das Bestehen eines Kontakts. Dürbeck hatte nämlich seit 1957 Kontakt zu Gewerkschaftsfunktionären der DDR gehabt, über die die Anklage behauptete, sie seien zugleich MfS-Agenten gewesen. Dies hätte Dürbeck wissen müssen, meinte der Staatsanwalt. Daß die betreffenden FDGB-Funktionäre tatsächlich für das MfS gearbeitet hatten, wurde allerdings nicht bewiesen, sondern lediglich unterstellt.

Unter ähnlichen Vorwürfen wurde 1976 Hans Faltermeier vom Vorstand der ÖTV wegen "geheimdienstlicher Tätigkeit" für die DDR zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der 1974 unter Verdacht gestellte DGB-Funktionär Walter Böhm hatte mehr Glück: er wurde 1975 voll rehabilitiert.

Der "Fall Cremer"

Friedrich Cremer, damals 60 Jahre alt, Arzt, Bürgermeister in einem unterfränkischen Dorf und bayerischer Landtagsabgeordneter der SPD, wurde Ende Januar 1979 verhaftet, 20 Tage später gegen 300.000 DM Kaution aus der U-Haft entlassen. Sein Prozeß begann im Februar 1980 in München.

Cremer, so die Anklage, sei "hinreichend verdächtig, spätestens seit 1975 bis Ende 1978 Beziehungen zu Mitarbeitern des MfS unterhalten zu haben." - Die Fakten: Cremer hatte seit 1975 Verbindung zu einem Dr. Richter vom Aufbau-Verlag der DDR. Man traf sich gelegentlich und debattierte, vorwiegend über Medizinisches. Insgesamt sollen 10-16 Treffen stattgefunden haben. Das vorletzte dieser Treffen, im Juni 1978

in Stockholm, wurde bereits von BRD-Agenten observiert und fotographiert. Dr. Richter aus der DDR hatte einen "Bekannten" mitgebracht, dessen allzu penetranter Diskussionsstil Cremer dazu veranlaßte, das Gespräch vorzeitig abzubrechen. Es half ihm aber nichts: die BRD-Geheimdienstleute hatten ihre Fotos und entdeckten, daß der "Bekannte" kein Geringerer als Markus Wolf, Leiter der HVA im MfS, gewesen sei. Wolf, so schlußfolgerte der Staatsanwalt, treffe sich nur mit "hochkarätigen Agenten", also müsse Cremer einer gewesen sein.

Die Anklageschrift enthielt keine Konkretisierung, was Cremer verraten haben könnte. Es reichte der Kontakt, da der Angeklagte hätte wissen müssen, daß Dr. Richter selbstverständlich ein MfS-Agent war. Cremers Verteidiger, der berüchtigte CSU-Politiker Hermann Höcherl, beschränkte sich auf den Versuch, auf verminderte Zurechnungsfähigkeit zu plädieren: Infolge eines Autounfalls sei sein Mandant verhaltensgestört und zu naiv gewesen, um die Situation zu erkennen.

Der "Fall Porst"

Der Foto-Großhändler Hannsheinz Porst , aktives Mitglied der FDP, wurde im Juli 1969 zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. "Nicht, weil er Staatsgeheimnisse verraten hat, sondern weil seine Beziehung zum MfS in der Zukunft einmal den Tatbestand des Verrats von Staatsgeheimnissen hätte erfüllen können", wie G. Mauz im "Spiegel" schrieb (14.4.80).

Porst hatte in bieder-liberaler Weise private Kontakte in die DDR gepflegt. Irgendein Verrat wurde ihm von der Justiz von vornherein nicht unterstellt. Die Konstruktion, die zur Verurteilung führte, war lediglich: Porst hätte nach den Plänen des MfS vielleicht irgendwann einmal ein "Spitzenagent" werden sollen, falls er - was in der Tat damals möglich schien - Karriere in seiner Partei gemacht hätte.

41. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:32

Anti-WWG

Einer guten linken Tradition folgend, großen Aktionen eine Dokumentation eben dieser Aktivitäten folgen zu lassen, liegt nun - entgegen linker Tradition: gut gestaltet, reich bebildert - eine 160 Seiten starke Broschüre vor, in der die Entwicklung von der Bildung des Münchner Bündnisses gegen den WWG über die zahlreichen Vorbereitungstreffen bis zum WWG-Gegenkongreß nachgezeichnet ist. Gut zwei Drittel der Publikation werden von Positionspapieren aus der Vorbereitungszeit und der Dokumentation der Kongreßbeiträge eingenommen.

Anti-WWG-Doku. Dokumentation zur Mobilisierung gegen den WWG '92 in München. A4-Format, 160 S., 10 DM plus Porto. Bezug über: Doku-Gruppe, c/o Stadtratte, Postfach 221114, 8000 München 80.

Lateinamerika

Ein wunderschöner, in den Hochländern Südmexikos und Guatemalas beheimateter Vogel hat dem ersten Lateinamerika-Magazin aus der Ex-DDR den Namen gegeben: Quetzal. Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift wird jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben (in der ersten Ausgabe sind es die "500 Jahre"), einen Dokumententeil enthalten sowie Nachrichten, Pressespiegel, Rezensionen und einen spanischsprachigen Teil. Um eine authentische Darstellung zu gewährleisten, machen lateinamerikanische Studenten und Wissenschaftler einen gewichtigen Teil der Redaktion aus. Quetzal sei, heißt es in einer Vorstellung des Magazins, "von der Entstehung und lokalen Verortung zunächst ostdeutsch", wolle aber "auch Interessierte in den alten Bundesländern erreichen".

Quetzal. Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika. Jahresabo (sechs Ausgaben) für Privatpersonen 30 DM. Bezug über: Dritte-Welt-Zentrum Leipzig e.V., Industriestr. 42, O-7031 Leipzig.

Die - im Vergleich mit Quetzal - etablierte Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika ila informiert in ihrer Ausgabe vom Februar 93 ausgehend von dem Gerangel in der EG über die zukünftigen Einfuhrregelungen für Bananen über die Bedeutung des Bananenexports der Anbauländer, die Folgen einer Bananen-Monokultur in der Landwirtschaft und über Ansätze alternativer Bananen-Vermarktung. Wer noch aus einer Zeit von vor zwanzig, dreißig Jahren eine ferne Erinnerung daran hat, wie Bananen schmecken, die nicht als hochgezüchtetes übergroßes und giftgelbes Produkt auf den Markt kommen, den wird der Artikel über die kanarischen Bananen interessieren - denn die Bananen von den Kanaren, die schmecken eben, wie Bananen schmecken sollten.

ila. Nr. 162, Februar 1993. 69 S., 7 DM.

Arabische Wochen

Die Dokumentation der Arabischen Wochen, die im Dezember 91 in der Zürcher Roten Fabrik stattfanden, war ursprünglich nur in der Schweiz zu erhalten. Der Hamburger "Schwarzmarkt" verbreitet nun einen Reprint dieser Dokumentation, in der die Vorträge europäischer und arabischer AutorInnen und politischer AktivistInnen über u.a. Islamismus, Feminismus und Islam sowie über die arabische Linke enthalten sind.

Keine Ruhe nach dem Sturm! Eine Dokumentation der Arabischen Wochen in der Roten Fabrik, Dezember 1991. A4-Format, 48 S., Einzelpreis 5 DM plus Porto. Bezug über: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36.

VR China

Mit einem recht ungewöhnlichen Mittel, nämlich dem der publizistikwissenschaftlich orientierten Analyse informiert Erbil Kurt über die Demonstrationen 1989 in der VR China. Ausgehend von einer Einführung in das chinesische Mediensystem stellt Kurt die staatliche gelenkte Informationspolitik über die Demonstrationen und das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens dar.

Erbil Kurt: Das Jahr der Lüge. Prinzipien und Methoden staatlicher Medienbeeinflussung in der VR China während der Demonstrationen 1989. Göttingen (Verlag Rainer Pinkau) 1992. VI + 39 S., 9.80 DM.

Italien

Eine schmale Broschüre zu Wandlungsprozessen in der parlamentarischen Linken Italiens ist in der von der PDS/Linke Liste Rheinland-Pfalz herausgegebenen Reihe Podium Progressiv erschienen. Im Mittelpunkt der Arbeit steht ein Vergleich der Programmatik und Politik von PCI/PDS und PSI. Diese sehr enge Themensetzung ist nicht gerade einleuchtend, zumal aus der Behandlung des Themas zu schließen ist, daß der offensichtlich sehr gut informierte Autor auch in der Lage gewesen wäre, tatsächlich eine Arbeit zu dem Thema vorzulegen, wie es im Untertitel der Publikation - Die Linke in Italien - versprochen wird, und nicht verengt auf deren reformistischen Flügel.

Jens Renner: Rückkehr zur europäischen Normalität. Die Linke in Italien. Bonn (Pahl-Rubelstein) 1992. 44 S., 7.80 DM.

Rassismus

Eine tatsächliche Handreichung "for beginners" in Sachen antirassistischem Engagements hat der Kölner Appell vorgelegt - sehr geeignet zur Empfehlung (oder auch zum Verschenken) an all jene (Jugendliche, politisch Nachgewachsene), die hier und jetzt gegen den Rassismus vorgehen wollen, aber nicht so recht wissen, womit beginnen. Einer Einführung über Geschichte und Begriff des Rassismus folgen knappe Angaben zur Rechtslage, eine ganze Anzahl von Beispielen antirassistischer Aktionen und ein Abschnitt guter Tips zur Gründung und Finanzierung einer Initiative.

Aktionshandbuch. Gegen Rassismus. Für eine BürgerInnen- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Hg. vom Kölner Appell. Köln (Der Andere Buchladen) 1993. Einzelexemplar 8 DM + 2 DM Versand, Initiativen erhalten Rabatt ab Bestellung von 10 Ex. Bezug über: Kölner Appell e.V., Wahlenstr. 1, 5000 Köln 30. - Lieferung nur gegen Vorkasse: Briefmarken, Schein oder Scheck ausgestellt auf das Konto 7042000 bei der Bank für Sozialwirtschaft, Köln, BLZ 370 205 00.

PDS-Parteitag

Parteitage haben zweifellos etwas, aber sie haben gemeinhin auch zu wenig Raum (abgesehen von der Frage geforderter Parteimitgliedschaft), alle potentiellen Interessenten teilnehmen zu lassen. Zwar nicht die Stimmung, wohl aber die Reden, Dokumente und Beschlüsse der ersten Tagung des 3. Parteitages der PDS (29.-31.1.93) können anhand der Sonderausgabe von Disput, der Mitgliederzeitschrift der PDS, nachvollzogen werden.

Disput. H. 3/4, 1993. 60 S., 3 DM. Vertrieb: Adressen- und Aboservice GmbH, Körnerstr. 26a, O-1110 Berlin.

Fußball

Im September veröffentlichte der ak (Nr. 346) einen Aufsatz von Dietrich Schulze-Marmeling zum Thema "linker und rechter Fußball" als Vorabdruck aus dem Buch "Der gezähmte Fußball. Zur Geschichte eines subversiven Sports". Inzwischen hat der Autor dem runden Leder ein weiteres Buch gewidmet. Unter dem einprägsamen Titel "Für Fußball hättest du mich nachts wecken können" wird die Geschichte von Sport und Arbeit in der Region Hamm am östlichen Rand des Ruhrgebiets untersucht. Glanzzeiten von "Lackschuhclubs" und Proletenvereinen werden wiederbelebt, bekannte ebenso wie in Vergessenheit geratene Spielerpersönlichkeiten porträtiert. Über das daraus entstandene Buch schreibt der Verlag: "Fußballbücher, die sich nicht in der puren Wiedergabe von Spielzügen, Toren, Tabellenständen und Trainerkommentaren erschöpfen, sind hierzulande noch immer eher eine Ausnahme. Das vorliegende Buch, das zugleich ein Stück Hammer Sozialgeschichte erzählt, dürfte daher nicht nur für Fußballfreunde aus der Region Hamm von Interesse sein."

Dietrich Schulze-Marmeling: "Für Fußball hättest du mich nachts wecken können". Zur Geschichte von Sport und Arbeit in der Region Hamm. Herausgegeben vom Projekt "Sozialgeschichte des Sports" der Bildungsgemeinschaft SOAG. Göttingen (Verlag Die Werkstatt) Oktober 1992. 379 Seiten, DM 39,- (plus DM 3,- für Verpackung/Porto bei Bezug über Bildungsgemeinschaft SOAG e.V., Nassauerstr. 37, 4700 Hamm. Nur gegen Vorauskasse)

42. SPENDEN-ERGEBNIS

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:35

Seit Spendenveröffentlichung im letzten ak (ak 351) sind folgende Spenden eingegangen:

Summe bis ak 351 21599,50

M.H., Berlin 50,00

Mehrheit, Berlin 1350,00

W.B., Hamburg 80,00

KB-Nürnberg 3400,00

E+K.C., Braunschweig 500,00

S.D., Osnabrück 100,00

Chr.W., Geisenheim 100,00

R.H., Celle 50,00

Ue.Beraschung, Hamb. 497,00

W.P., Rickling 5312,04

B.W., Frankfurt 100,00

H.R., Salzgitter 300,00

G.P., Marburg 100,00

J.P., Berlin 500,00

R.M., Hamburg 200,00

L.G., Köln 35,00

D.H., Hannover 28,00

U.J., Bonn 1000,00

A.B., Neuulm 12,00

Summe seit ak 350 13714,04

Summe insgesamt 35313,54

Das sieht schon ganz gut aus! Wir danken allen SpenderInnen und hoffen, daß ein "kleiner" Spendenendspurt bis zum nächsten ak uns über das erhoffte Spendenziel von 40.000,- DM hinaustragen wird.

ak-Redaktion

43. Quelldatei albert.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/albert.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:albert

Comandante Rolando Morán lebt seit über dreißig Jahren im Untergrund. Er gilt als einer der erfahrensten Guerillaführer Lateinamerikas und ist Chef des "Guerillaheeres der Armen" (EGP) sowie Mitglied der vierköpfigen Führung der Befreiungsfront URNG. Unser ak-Gespräch vermittelt einen Eindruck von der politischen Stärke und der gesellschaftlichen Verankerung der guatemaltekischen Guerilla. Das Rückgrat der URNG sind die Indianer; in der Praxis des Befreiungskampfes gehen indianisches Denken und Marxismus eine lebendige Einheit ein. Zugleich ist der Anteil der Frauen am bewaffneten Kampf außerordentlich hoch.

Neben dem Gespräch informieren wir in einem Artikel über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen der URNG und der von den faschistischen Militärs abhängigen Regierung.

Seite 21

44. Quelldatei alg.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/alg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:alg

Gerhard Konzelmann und Peter Scholl-Latour galten jahrelang und unangefochten als die bundesdeutschen "Nahostexperten" schlechthin. Konzelmann hat diese Reputation mittlerweile eingebüßt: Seine sog. Sachbücher erwiesen sich als ein Gebräu von Plagiaten und rassistischen und sexistischen Legenden. Scholl-Latour, der sich gerne als intimer Kenner so ziemlich aller Krisenregionen dieser Welt darstellt, muß nun ebenfalls um seinen Ruf fürchten. Zwölf AutorInnen, größtenteils IslamwissenschaftlerInnen, unterzogen seine Nahost-Berichterstattung einer genauen Prüfung. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß das von Scholl-Latour verbreitete Schreckensbild einer Bedrohung der westlichen Welt durch den Islam vor allem der Panikmache dient und die tatsächlichen Entwicklungen in der arabisch-islamischen Welt grob verzerrt.

Als Vorabdruck aus dem Ende März erscheinenden Buch Das Schwert des "Experten" publizieren wir den Beitrag von Sabine Kebir über Scholl-Latours Darstellung der Krise in Algerien.

Seite 30

45. Quelldatei bowtxt3.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/bowtxt3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:bowtxt3

Millicent Dillon

JANE BOWLES -

LAUTER KLEINE SÜNDEN

Leben und Werk von Jane Bowles sind voller Widersprüche und Geheimnisse und sind schon immer Gegenstand von wilden Gerüchten und Vermutungen gewesen. Diese Biographie ist die Aufzeichnung der komplizierten Verflechtungen zwischen Jane Bowles' Leben und ihrer Arbeit - in beiden spiegelt sich das Schicksal einer Künstlerin in der Mitte des 20.Jahrhunderts, wie es exemplarischer nicht sein könnte.

«Es steht zu hoffen, daß Jane Bowles als das erkannt wird, was sie ist: eine der besten Prosaschriftstellerinnen der Moderne, egal in welcher Sprache.« John Ashbery, New York Times

46. "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein"

Fidel Castro nach den kubanischen Wahlen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/cuba.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:cuba

Bibelfest, wie er nun einmal ist, kommentierte Genosse Fidel Castro mit dieser These die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen auf Kuba. Zur allgemeinen Enttäuschung der Imperialisten wurden die geheimen Wahlen von den Kubanerinnen und Kubanern keinesfalls zu einer Abrechnung mit der Herrschaft der kommunistischen Partei genutzt. Insgesamt 7,2 Prozent unausgefüllte oder ungültige Stimmen bei einer folgsamen Wahlbeteiligung von über 99 Prozent geben einfach nicht den Stoff her, um den in Washington und Miami inzwischen schon etwas zu lange herausposaunten Behauptungen vom unmittelbar bevorstehenden politischen Zusammenbruch des kubanischen Sozialismus wieder ein wenig mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Freilich: Vergleicht man den von Castro zitierten Jesus mit Bertolt Brecht ("erst kommt das Fressen und dann die Moral"), war letzterer vermutlich der bessere Marxist. Das Schicksal Kubas wird sich darum wahrscheinlich an der Frage entscheiden, inwieweit es den Kubanern nach dem Wegfall der Hilfe aus der Sowjetunion gelingen wird, die sozialistische Planwirtschaft aus eigener Kraft sowie mit Hilfe begrenzter ausländischer Investitionen wieder auf die Beine zu bekommen.

Ein detaillierter Überblick über die gegenwärtige ökonomische Lage Kubas auf

Seite 27

47. Klaus ist raus

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/mfsklaus.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:mfsklaus

Klaus Croissant, der Spion, der Geheimnisse verriet, die keine waren, ist frei. Verurteilt wurde er zu 21 Monaten Haft mit Bewährung, weil das Gericht seinen Beschützerinstinkt für die westdeutsche Linke entdeckte, auch wenn die gar nicht geschädigt wurde. Der zugrundeliegende §99 StGB verlangt das auch nicht. "Geheimdienstliche Agententätigkeit" kann auch in der schlichten Übergabe eines Telefonbuchs oder einer Zeitschrift bestehen. In einem Rückblick in die 70er Jahre werden einige besonders spektakuläre Anwendungen dieses skandalösen Paragraphen in Erinnerung gerufen.

Daß die Haßtiraden der taz gegen den "Stasi-Spitzel" in der ak-Redaktion allgemeine Übelkeit hervorrufen, ist die eine Seite. Weniger Einigkeit besteht in der Frage, welche Lehren aus dem "Fall Croissant" zu ziehen sind. Die vor zwei ak-Nummern durch einen "Bündnispartnerin DDR" überschriebenen Artikel ausgelöste Diskussion wird in dieser Ausgabe fortgesetzt. Die Mitverantwortung der SED für Croissants gegenwärtige Lage erfordere zumindest eine öffentliche Entschuldigung ihrer Nachfolgepartei, der PDS, findet ein ak-Redakteur. Moralisch könne Croissant nichts vorgeworfen werden. Seine Handlungsweise sei genauso legitim wie die, für die sich Ende der 70er Jahre der Kommunistische Bund entschieden hatte: Keine Fortsetzung der gerade begonnenen Gespräche mit der SED, als klar wurde, daß die Gesprächspartner aus der DDR nicht am Meinungsaustausch, sondern allein an der Lieferung von Informationen interessiert waren.

Seite 8

48. Quelldatei schweine.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/schweine.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:schweine

Ein Beitrag zur Identitätsfindung in Deutschland, +

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

,

Papieraufkleber, 10 Stück 1,50

10,0 x 7,6 cm

schwarz/weiß, 100 Stück 12,00

zuzügl. Porto

, +

Zu beziehen über: Antifa AG c/oHamburger Satz- u. Verlagskooperative,, Schulterblatt 58,, 2 HH 36

, +

49. Demonstration

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/stephan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:stephan

in Stuttgart

27. März, 11 Uhr Schloßplatz

für die Freilassung des linken Journalisten Stephan Waldberg, der im Januar vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir (Türkei) wegen angeblicher Kurierdienste für die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt worden ist.

-Sofortige Freilassung

von Stephan Waldberg

-Keine Wirtschafts-

und Militärhilfe an die Türkei

-Freie Berichterstattung

in der Türkei und Kurdistan

-Keine Abschiebungen

in die Türkei

Eine weitere Demonstration für die Freilassung Stephan Waldbergs findet am 27. März in Mainz statt; Treffpunkt 11 Uhr Gutenbergplatz

50. Massenvergewaltigungen

als Kriegs- und Propagandawaffe

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/sylvia.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:sylvia

Vorsicht ist geboten, wenn die deutsche Massenpresse ihr Herz für die Menschenrechte entdeckt. Quer durch den Blätterwald werden die Greuel des jugoslawischen Bürgerkrieges zur psychologischen Kriegsführung an der Heimatfront instrumentalisiert. In verschiedenen Variationen wird Heiner Geißlers seinerzeit noch heftig umstrittene These, der Pazifismus habe "Auschwitz erst möglich gemacht", unters Volk getragen. Selbst grüne Friedenspolitikerinnen von einst fordern heute eine militärische Intervention. Einseitig werden die Verbrechen auf ausschließlich serbischer Seite geortet.

Seit Ende letzten Jahres, als die Debatte über eine militärische Intervention in Bosnien-Hercegovina einen ersten Höhepunkt erreichte, wird auch den Opfern öffentliches Mitgefühl zuteil. Auf allen Kanälen werden Interviews mit vergewaltigten Frauen gesendet, Resolutionen werden verfaßt und Spendenkonten eingerichtet. An den deutschen Grenzen dagegen ist Humanität weiterhin ein Fremdwort. Auf Anweisung der Zirndorfer Anerkennungsstelle für Asylbewerber werden vergewaltigte Frauen immer wieder abgewiesen: Vergewaltigungen seien nicht "politisch motiviert" und daher "asylunerheblich".

Angesichts diverser politischer Interessen ist es nicht einfach, Kriegspropaganda von gesicherten Tatsachenberichten über Massaker, Folter und Vergewaltigung zu unterscheiden. Unser Beitrag gibt eine Übersicht über das tatsächliche Ausmaß der Vergewaltigungen und versucht eine Bewertung der verschiedenen Hilfsaktionen. S. 16

51. Quelldatei themen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/themen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:themen

Weitere Themen

in diesem ak:

Jagdeinheit Seiters:

Legalisierte Privatjagd auf "Illegale"

Malcolm X: (K)eine Buchvorstellung von Günter Jacobs

Gab es einen Unterschied zwischen SED und MfS?

GAL/HH: Pickelhaubenfraktion zurückgepfiffen

Klaus ist raus!

Zum Prozeß gegen Klaus Croissant

Einstürzende Nahostexperten: Nach Konzelmann jetzt Scholl-Latour

Cap Anamur: Radikaler Humanismus?

Sozialismus als Attrappe: Rätekommunisten zum Bolschewismus

52. Rechtsentwicklung ohne linke Alternative

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/wahl1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:352:wahl1

Immer mehr Menschen sehen im Kreuzemachen keinen Sinn und sparen sich den Weg ins Wahllokal. Die "Partei der Nichtwähler", die schon seit der Bundestagswahl von 1990 vieldiskutiertes Thema war, hat prozentual inzwischen alle Konkurrenten überrundet. So ergab beispielsweise eine "Spiegel"-Umfrage im Februar 1993 für die SPD 15,7 Prozent und für die CDU/CSU 14,8 Prozent aller Wahlberechtigten, während der Anteil der entschiedenen Nicht-Wähler bei 18,1 Prozent lag. (Spiegel, Nr. 9/1993)

Noch weit größer, als es sich im Rückgang der Wahlbeteiligung ausdrückt, ist der Anteil derjenigen, die zwischen den Hauptparteien keine bedeutenden Unterschiede mehr wahrnehmen und sich folglich auch von einem "Machtwechsel" in Bonn weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung der Gesamtsituation erwarten. Bei der "Spiegel"-Umfrage meinten 54 Prozent der Befragten, eine SPD-Regierung würde es im Wesentlichen genauso machen wie die regierende Koalition. Nur 19 Prozent meinten, die SPD würde es schlechter machen, aber auch nur 25 Prozent erwarteten eine Verbesserung.

Der Unwille, sich zwischen den Hauptparteien zu entscheiden, drückt in erster Linie aus, daß diese gleichermaßen Gegenstand der Unzufriedenheit und der Kritik sind. Vorgaben wie "Die da oben machen ja doch, was sie wollen", "Die Politiker reden viel, aber tun nichts" und "Die wirtschaften alle ja doch nur in die eigene Tasche" finden bei Umfragen in zunehmendem Maß Zustimmung. Soziologen und Politiker machen sich über die sich ausbreitende "Parteienverdrossenheit" Gedanken.

Seit der Bundestagswahl von 1990 gibt es Wahlergebnisse, bei denen insbesondere die CDU/CSU und die SPD gleichzeitig massive Stimmenverluste hinnehmen müssen. Zumindest kann, anders als in den ersten Jahrzehnten der BRD, nicht mehr davon ausgegangen werden, daß Einbußen der einen Partei der anderen zugute kommen. Damit funktioniert nun auch das alte Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition nicht mehr, wo die eine einfach die andere ablöst, wenn jene sich in der praktischen politischen Verantwortung "verbraucht" hat, die Regierungspartei von gestern sich in der Opposition wieder "erholt" und irgendwann das Spiel mit neu verteilten Rollen fortgesetzt werden kann.

Wenn heute mehr als die Hälfte aller Befragten sagen, sie seien mit der Politik der Regierung Kohl "nicht einverstanden" und 65 Prozent der Meinung sind, "daß die Verhältnisse in Deutschland Anlaß zur Beunruhigung bieten", dann kann als Resultat trotzdem nicht ohne weiteres angenommen werden, daß nach der nächsten Bundestagswahl wieder die SPD in irgendeiner Form von Koalition in Bonn regieren wird. Zumindest hätte sie, anders als bei Bildung der sozialliberalen Koalition 1969, keinen Vertrauensbonus und würde keine großen Reformerwartungen mobilisieren.

Viele der Erscheinungsformen von "Parteienverdrossenheit" könnten von Linken und radikalen Linken bei vordergründiger Betrachtung als positive Signale interpretiert werden. Daß Wahlen eigentlich wenig verändern und daß das Ankreuzen von Stimmzetteln kein demokratischer Akt, sondern eine Farce ist, gehört zu den traditionellen Botschaften linksradikaler Politik. Gar nicht so selten wurde in diesem Zusammenhang ja auch zum "Wahlboykott" aufgerufen, oder es wurden Parolen wie "Keine Stimme den etablierten Parteien" in den Vordergrund gestellt, ohne selbst eine wählbare Alternative präsentieren zu können.

Daß die Unterschiede zwischen den etablierten Hauptparteien in Wirklichkeit weniger groß seien als die Gemeinsamkeiten, daß viele wortradikal ausgetragene Kontroversen eigentlich nur ein "Spiel mit verteilten Rollen" seien, haben wir oft gesagt und geschrieben. Auch daß die Politiker aller Hauptparteien in erster Linie darauf bedacht seien, sich in die eigenen Taschen zu wirtschaften und sich eine lebenslängliche gute Versorgung zu sichern, würde bei radikalen Linken vermutlich weithin für eine zutreffende Aussage gehalten werden.

Und doch sind die tatsächlichen wahlpolitischen und stimmungsmäßigen Ergebnisse der "Parteienverdrossenheit" aus linker Sicht äußerst unangenehm. Alle kommunalen und regionalen Wahlen seit der Bundestagswahl haben zur Vertretung der Rechtsextremen in den Parlamenten geführt. Es ist wahrscheinlich, daß das auch bei der nächsten Bundestagstagswahl der Fall sein würde.

Weitere Umstände kommen hinzu: Das Wählerpotential der Rechtsextremen speist sich zu einem erheblichen Anteil aus der "Partei der Nichtwähler" sowie auch aus ehemaligen Wählern der SPD. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Nichtwähler in der Tendenz für faschistoide Demagogien ansprechbar ist und hier noch Reserven für Republikaner und andere Rechtsparteien liegen.

In welchem Ausmaß heute gerade auch sozial und kulturell benachteiligte Bevölkerungsschichten ein rechtsextremes Potential bilden, wird an Ergebnissen aus zwei Frankfurter Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus deutlich. In beiden lag die Wahlbeteiligung noch weit unter dem Landesdurchschnitt, zwischen 55 und 58 Prozent (Durchschnitt: 71,3 Prozent). Rechtsextreme Parteien zusammengerechnet kamen in beiden Fällen auf etwa ein Drittel der Wählerstimmen, also ungefähr dreimal soviel wie im Frankfurter Gesamtdurchschnitt.

Insgesamt ist zu konstatieren, daß Ansichten und Stimmungen, die von radikalen Linken "im Prinzip" nicht für falsch gehalten werden, die vielfach sogar unseren eigenen politischen Aussagen nahekommen, heute dem Rechtsextremismus und darüber hinaus der allgemeinen Rechtsbewegung deutscher Politik Auftrieb geben, während andererseits absolut kein Vorankommen für eine radikal linke Politik zu verzeichnen ist. Das wird auch von den niederschmetternden Ergebnissen der wenigen radikal links profilierten Kandidaturen in Hessen bestätigt. Darüber hinaus ist festzustellen, daß soziale Schichten, die "eigentlich" zur traditionellen Klientel von linkssozialdemokratischer und sozialistischer Politik gehören müßten, sich absolut nicht nach links hin radikalisieren, aber zu einem wachsenden Anteil rechtsextremen Parolen und Erklärungsmustern folgen. Auch die Grünen als gemäßigt linksoppositionelle Partei kriegen in diesen sozialen und Wählerschichten kein Bein an den Boden.

Das alles kennzeichnet das derzeitige völlige Fiasko sozialrevolutionärer und sozialistischer Politikansätze im größer gewordenen Deutschland. Als Kraft, die die realen Verhältnisse analysiert, politische Strategien entwirft, sich im weitesten Sinn der praktischen "sozialen Fragen" annimmt und zugleich einen Gesamt-Gegenentwurf gegen die herrschenden Verhältnisse propagiert, ist eine Linke in der BRD nicht mehr existent.

Die ehemalige SPD-Linke, in den sechziger und siebziger Jahren zeitweise vor allem durch die Jusos repräsentiert, hat als eigenständige Kraft aufgehört zu bestehen. Die SPD insgesamt verzichtet auf Polarisierung der Verhältnisse mit einem reformerischen Alternativprogramm und konzentriert sich statt dessen auf den Konkurrenzkampf um das Wechselwählerpotential der "rechten Mitte". Die Grünen haben von Anfang an die "sozialen Fragen" als Domäne der SPD begriffen und sie außer Betracht gelassen -- mit dem Ergebnis, daß die Diskreditierung und Konzeptionslosigkeit der SPD gerade auch auf diesem Gebiet die Basis für sogenannte "grün-rote" Politik insgesamt schwächt.

Die PDS als nach wie vor primäre "ostdeutsche Interessenvertretung" vermag nicht glaubhaft zu machen, daß sie auch zu den sozialen Problemen der alten Bundesländer Sinnvolles zu sagen hätte und leistet tatsächlich auf diesem Gebiet nicht viel. Die PDS wird aber auch vom Potential, das "eigentlich" für eine linksreformerische Alternative vorhanden wäre, nicht als Option akzeptiert. In dieser Hinsicht bedeutet das Bestehen auf dem Charakter der "Ostpartei" auch das Verharren in einem Teufelskreis.

Die radikale Linke, und das schließt bei selbstkritischer Sicht auch uns ein, hat es überhaupt aufgegeben, Sozialpolitik und Jugendpolitik noch als wesentliche, wenn nicht sogar zentrale Bestandteile jeder auf Gesellschaftsveränderung gerichteten Tätigkeit zu begreifen und zu pflegen. Der Anspruch an die eigene politische Arbeit, überhaupt noch praktisch etwas bewirken zu wollen, ist weitgehend abhanden gekommen und tiefer Resignation gewichen. Faktisch, wenn auch oft unausgesprochen, herrscht die durchaus nachvollziehbare, aber perspektivlose Ansicht vor, in diesem Land könne man von links her ohnedies nichts bewegen.

Es sieht nicht danach aus, als gäbe es aus dieser Situation kurz- und mittelfristig einen Ausweg oder wenigstens eine Richtungsänderung des politischen Denkens und Handelns. Dennoch wird die Linke sich dieser Fragen annehmen müssen, wenn sie nicht folgenlos zusehen will, wie die Zustände in diesem Land sich immer weiter nach rechts entwickeln.

53. Quelldatei malx.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak352/malx.htm · Quell-ID: akarchiv3:ak:352:malx

Zur Aktualität von Malcolm X

von Günther Jacob

Die Neuherausgabe der deutschsprachigen Ausgabe der Autobiographie von Malcolm X nach fast 30 Jahren trifft unverhofft auf ein öffentliches Interesse, das sich mit den Intentionen der Herausgeber nicht unbedingt deckt. Es kommt selten vor, daß ein Projekt, das sozusagen im linken politischen "Underground" heranreifte, derart unverhofft die Begehrlichkeiten der Mainstreamkultur weckt wie in diesem Falle. Der Entschluß des Verlages, die deutschen Rechte an dieser Autobiographie zu erwerben, liegt bereits einige Jahre zurück und entstand im Kontext einer politischen Arbeit, die sich die Verbreitung unterdrückter Nachrichten über radikale politische und kulturelle Strömungen und nicht zuletzt über die politischen Gefangenen in den USA zum Ziel gesetzt hat, von denen die Mehrheit dem afro-amerikanischen Widerstand angehört. Texte, die in einem solchen Zusammenhang entstehen, erreichen normalerweise kein großes Publikum. Daß das bei diesem Buch anders sein wird, signalisierte bereits im Vorfeld seiner Veröffentlichung das nachdrückliche Interesse großer Verlage, die verwunden - und angesichts einer unterstellten "Clevemess" auch bewundemd - feststellen mußten, daß ihnen ein linker Kleinverlag "zuvorgekommen" war. Doch diese deutsche Übersetzung war schon geplant, als an einen Film über Malcolm X noch nicht zu denken war. Weil es nie darum ging, ein temporäres Interesse an einem "angesagtenMema" zu befriedigen, ist dies auch nicht das "Buch zum Film". Wenn schon, dann ist es ein Schritt zur Herstellung von Gegenöffentlichkeit über die Lage der Black Community und der politischen Gefangenen (siehe Anhang).

Mit Malcolm X soll eine Person vorgestellt werden, die zur selben Zeit wirkte wie Martin Luther King, zu dessen politischen Vorstellungenjedoch im Gegensatz stand und später zum Bezugspunkt der Black Power-Bewegung wurde. Malcolm X ist die historische Figur, in der sich schon früh die Skepsis gegenüber der begrenzten Zielsetzung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung verkörperte. Die Frage der "Gewalt" spielte dabei eine viel geringere Rolle, als es die gängigen Stereotypen vermuten lassen. Die bewaffnete Selbstverteidigung gegen rassistische Übergriffe, die Malcolm X befürwortete, blieb reine Rhetorik, nicht zuletzt weil die Moralgesetze der Muslims jede Auflehnung gegen staatliche Behörden, soweit es nicht um religiöse Grundfragen ging, strikt untersagten. Das berühmte und heute gerne auf T-Shirts und Plattenhüllen kolportierte Foto, das ihn mit einem Gewehr am Fenster zeigt und wie eine Vorwegnahme späterer Aufnahmen von den Black Panthers wirkt, steht mit

einem Anschlag auf seine Wohnung in Verbindung, hinter dem er die Black Muslims vermutete. Zu dem heuchlerischen Vorwurf von seiten der Gewaltinhaber und solcher, die sich mit der strukturellen und institutionellen Gewalt arrangiert hatten (und haben), Malcolm X habe "Gewalt gepredigt", finden sich in diesem Buch die passenden Antworten, denen nichts mehr hüizugefügt werden muß.

Was Malcolm X von den Sprechem der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unterschied, war vor allem seine Polemik gegen die "bourgeoisen Schwarzen" und sein durchgehender Bezug auf die, die auf "die unterste Stufe der Gesellschaft des weißen Mannes gesunken" waren. Bevor Malcolm X zum Prediger der Black Muslims wurde, war er ein Ghetto-Hustler. Diese soziale Figur charakterisiert er so: "Der Hustler aus dem Dschungel des Ghettos hat weniger Respekt vor den weißen Machtstrukturen als irgendein anderer Schwarzer in den USA. Ihn schränkt innerlich nichts ein, er hat keine Religion, keinen Begriff von Moral, keine soziale Verantwortung, noch nicht mal Angst - nichts! (...) Egal was er anstellt, er schmeißt sich mit ganzer Seele hinein." Malcolm X hat zeit seines Lebens viele dieser Merkmale beibehalten, und er betont das auch wiederholt, zum Beispiel wenn er auf seinen Ausschluß von den Black Muslims mit den Worten reagiert: "Als Dummkopf dazustehen setzte Gefühle in mir frei, die ich seit meiner Zeit als Hustler in Harlem nicht mehr empfunden hatte. Unter Hustlem galt es als das Schlimmste, wenn man öffentlich als Angeschmierter vorgeführt wurde." Malcolm X hatte tatsächlich keinen Respekt vor Machtstrukturen, er hatte keine Angst, und ihn schränkten bei der Beschreibung des Ist-Zustandes nur der Moralkodex der Black Muslims, nicht aber politische Rücksichten ein. Seine unsentimentalen Worte über den Tod Kennedys (die besagten, daß die Gewalt dieser Gesellschaft nun auch einen ihrer Vertreter getroffen hat) versetzten die strikt legalistischen Black Muslims in Panik und leiteten seinen Rauswurf ein. Malcolm X war, im Gegensatz zum beschriebenen

Hustler, nach seinem Übertritt zum Islam einer Moral verpflichtet, die seine weitere Aktivität wesentlich strukturierte und kanalisierte.

Seine Skepsis gegenüber der Bürgerrechtsbewegung mündete zunächst in religiöses Sektierertum und nicht in ein altemätives politisches Programm. Das änderte sich erst einige Jahre vor seinem Tod, wie er 1965 rückblickend selbst feststellte: "Möglicherweise ist es ja jemandem aufgefallen, daß ich seit ungefähr 1963 immer wenigerüber die Religion sprach. Ich vermittelte den Muslims soziale Prinzipien, sprach über aktuelle Ereignisse und Politik. Ich hielt mich vom Thema der Moral völlig fem."

Der Kampf der Afro-Amerikaner (die heute übliche Selbstbezeichnung lautet "African Americans") gegen ihre rassistisch begründete soziale Ausgrenzung hat viele politisch und theoretisch profilierte Persönlichkeiten hervorgebracht, die äußerst unterschiedliche, häufig sogar sich gegenseitig ausschließende Zielsetzungen verfolgten. Einige dieser Persönlichkeiten seien in Erinnerung

gerufen: Benjamin Banneker (1 731-1806; Naturforscher und Aktivist gegen die Sklaverei), Sojoumer Truth (1 797-1883; organisierte als entflohene Sklavin den Widerstand), Harriet Tubman (1826-1913; organisierte als erste die Fluchtbewegung in den Norden, genannt "Underground Railroad"), Mary McLeod (1875-1955; Gründerin des National Council Of Negro Woman), Fanny M. Coppin (1836-1913; Aktivistin gegen den Analphabetismus freigelassener Sklaven), Frederick Douglass (1817-1895; Redner gegen die Sklaverei und Gründer der Zeitung "North Star"), Edmonia Lewis (1 845-1890; Bildhauerin und Aktivistin der "Underground Railroad"-Bewegung), William E.B. DuBois (1 868-1963; Mitbegründer der NAACP und später Mitglied der KP der USA; Malcolm X las sein Buch "Souls Of Black Folk" im Gefängnis), Ida B. Wells (1869-1931; dokumentierte in ihrem Buch "Me Red Record" die Lynch-Morde an Schwarzen), Booker T. Washington (1 856-1915; verstand die handwerklichtechnische Ausbildung ehemaliger Sklaven als Beitrag zu ihrer Emanzipation), Marcus Garvey (1887-1940; Begründer der "Back To Africa"-Bewegung), Langston Hughes (1902-1967, Poet der "Harlem Renaissance" in den 20er Jahren), Martin Luther King (1929-1968; Führer der Bürgerrechtsbewegung), Benjamin Quarles (1904; Historiker) und Huey P. Newton (1942-1989; mit Bobby Seale Gründer der Black Panther Party). Viele wären hier noch zu nennen, CLR James und Richard Wright, Angela Davis und Eldrigde Cleaver sowie George Jackson und Assata Shakur, über deren Leben und Auffassungen zwei bei Agipa-Press erschienene Bücher berichten.

Malcolm X war also nur einer von vielen, die bisher auf die eine oder andere Weise gegen die rassistische Marginalisierung der schwarzen Amerikaner angingen oder angehen. Die momentane Popularität von Malcom X in den USA und auch in Europa übeilrifft dabei erheblich den Einfluß, den er zu seinen Lebzeiten hatte, der insbesondere im Vergleich zur Bürgerrechtsbewegung von Martin Luther King relativ unbedeutend war - praktisch wie theoretisch.

Um so mehr muß es erstaunen, daß ausgerechnet ein politisch weitgehend abstinenter muslimischer Prediger posthum mehr Aufmerksamkeit erhält als führende schwarze Theoretiker wie W.E.B. DuBois oder eine politische Kampforganisation wie die Black Panther Party.

Der vorläufige Höhepunkt des aktuellen Malcom X-Kultes ist natürlich der Hollywood-Film "Malcolm X" des Regisseurs Spike Lee. Als Spike Lee für seinen 34-Millionen-Dollar-Streifen in Mekka mit persönlicher Erlaubnis des saudiarabischen Feudalherren Fahd die ersten Szenen zu Malcolm X' historischer Pilgerfahrt drehte, demonstrierten in New York zweihundert aufgebrachte Malcolm X-Anhänger gegen das Projekt. Sie warfen Spike Lee vor, die Positionen des militanten Predigers zugunsten eines einträglichen Hollywood-Spektakels zu trivialisieren und ihn in eine beliebig besetzbare Integrationsfigur, vergleichbar Martin Luther King, verwandeln zu wollen. Ähnlich äußerten sich

auch Malcolms Bruder Robert Little, seine Frau Betty Shabazz und seine Tochter Attillah, die selbst Regisseurin ist und Lees Angebot, als Assistentin mitzuwirken, dankend ablehnte. Robert Little meinte in einem Zeitungsinterview: "Malcolm ist heute populärer als zu seinen Lebzeiten. Die Menschen beschäftigen sich mit seinem Buch und beziehen daraus ihre Vorstellungen. Der Film wird diese Art von Zugang schlagartig überflüssig machen und nur noch Stereotypen übriglassen." Spike Lee, dessen Merchandising-Maschine inzwischen alle Arten von "X-Waren" ausspuckt, ließ sich auf solche Kritiken nicht ein, sicherte sich aber gegenüber den Black Muslims dadurch ab, daß er ihnen versprach, Malcolms späteren Widersacher und Verfolger Elijah Muhammad nicht in einem schlechten Licht darzustellen.

Der Protest der vielen Kritiker kam so oder so zu spät: Malcolm X ist seit 1987, als er durch die HipHop-Platten "By All Means Necessary" von Boogie Down Productions (in Gestalt eines dem oben erwähnten Foto nachgestellten Covers und des Zitats im Plattentitel) und "Bring The Noise" von Public Enemy (durch ein Sample aus einer Rede) in den Pop-Diskurs eingebracht wurde, die zentrale Figur einer neuen Welle des "black cultural nationalism".

Im Unterschied zum politischen Nationalismus (Panafrikanismus, Garveyismus etc.), der, mal als sozialistisch, mal als religiös begründeter Separatismus, ausdrücklich gesellschaftspolitische Ziele anstrebt, beschränkt sich der kulturelle Nationalismus auf die spirituelle Seite. Es geht um die Hervorhebung des eigenen Andersseins. Der "Stolz" auf die afrikanischen "Roots" - die afrikanischen Wurzeln - ist meist schon der ganze Inhalt dieses Nationalismus, wobei es um einen kulturellen Bezug auf Afrika ("Afrocentric") und letztlich um das Anderssein in den USA geht. Diese Variante der "African identity" wurde nicht zuletzt Ende der 70er Jahre durch Alex Haleys Werk "Roots", insbesondere durch die TV-Fassung, massiv befördert. Haley mystifizierte die "African heritage" ganz im Stil eines amerikanischen Schulbuch-Patriotismus. Indem er u.a. das Bild eines ursprünglich paradiesischen, klassenlosen Afrikas voller mannesstolzer und edler kriegerischer Helden (deren Existenz selbstredend ein Hinweis auf soziale Spaltungen ist) ausmalte, machte er die Vorstellung von Afrika mit amerikanischen Wertmaßstäben kompatibel.

Haley inkorporierte mit "roots" den "cultural black nationalism" in den "American Dream". Bei der afro-amerikanischen Parade in Harlem geht es seither kaum anders zu als bei der deutschen Steubenparade am Labour Day: Prunkvoll kostümierte Herrscher aus dem vorkolonialen Afrika - mit halbnackten "Wilden" als Fußvolk - marschieren neben der "National Black Police Association" und der "369. Schwarzen Verteranen-Vereinigung", die stolz auf ihre Beiträge zu den letzten Kriegen der USA verweist.

Daß Malcolm X in den USA heute zu einer beliebig besetzbaren Pop-lkone wurde, hängt nicht zuletzt mit der gewaltsamen Zerschlagung der Black Panther

Party zusammen. Mit der Niederlage der Panthers, insbesondere mit dem mörderischen Rachefeldzug des US-Staates gegen die Organisation, waren zunächst alle militanten Ansätze tabuisiert. Andere als reformistische Versuche scheinen seither ins Reich schlechter Utopien zu gehören. Bis heute gibt es praktisch keine wissenschaftliche Forschung und auch nur wenig Literatur zu diesem wichtigen Abschnitt der Black Power-Bewegung. Die führenden Kader der Panthers landeten entweder, soweit sie nicht ermordet wurden, im Knast, oder sie wechselten die Seite, wie Eldridge Cleaver, der seit Jahren ein Loblied auf Demokratie und Freie Marktwirtschaft singt. Nachdem auch die Führer der alten Bürgerrechtsbewegung mehrheitlich ihren Marsch durch die Institutionen absolviert hatten, gab es kaum noch emstzunehmende "leaders", die für die marginalisieiien Massen in den Ghettos hätten sprechen können.

Damit war die Zeit windiger und vor allem gegen andere "minority groups" rassistisch agierender Demagogen angebrochen, von Leuten wie dem Reverend Al Sharpton und dem Ex-Black Panther Sony Carson. Carson ist unter anderem der Manager der Rap-Gruppe X-Clan, die sich aus Bezügen auf die altägyptische Hochkultur und aus einer astrologischen Alchemie der Lettem und Zahlen (eine doppelte 7 bedeutet zum Beispiel Unglück) ein phantastisches, nationalistisches und verschwörungstheoretisches Weltbild gestrickt hat.

Über weitaus mehr Einfluß als die unzähligen Wanderprediger und Wunderheiler - Malcolm X nennt sie "clevere Predigerzuhälter" - verfügt die von dem ehemaligen Calypso-Sänger Louis Farrakhan straff geführte, heute antisemitische und rassistische Sekte Nation Of Islam. Farrakhan ist der Mann, der in "Muhammad Speaks", dem Zentralorgan dieser Organisation, 1965 mehrfach den Tod von Malcolm X gefordert hatte. Die NOI hält u.a. gegen Bezahlung ausgewählte Wohnblocks und Geschäftsviertel von Crack-Dealem frei und leistet, mittlerweile mit staatlicher Unterstützung, immer noch die in diesem Buch geschilderte Rekrutierungsarbeit unter schwarzen Süchtigen, die man nur " erfolgreich" nennen kann, wenn man davon absieht, daß diese Junkies in eine neue Abhängigkeit geraten.

Seit also viele Bürgerrechtler Karriere gemacht haben, viele Militante entweder resignierten oder obskure Sekten gründeten oder aber ohne größere Resonanz (wie die Reste der Linken hier) in zersplitterten Grassroots-Zirkeln tätig sind, hat die amerikanische Black Community keine allseits anerkannten "charismatischen" Sprecher mehr hervorgebracht. Da die schwarze Mittelklasse einerseits durchaus noch gewisse ökonomische Perspektiven im Geschäftsleben oder in den politischen, sozialen, kulturellen und

juristischen Apparaten sieht, andererseits sich eine alle Schichten einschließende politische Perspektive nicht abzeichnet, schlagen sich theoretische Betrachtungen zur Lage der marginalisiezten "lower class Blacks" weniger in Strategiepapieren nieder als in zahllosen soziologischen Forschungsprojekten, die letztlich nur dazu beitragen, die Afro-

Amerikaner zum bestuntersuchten Bevölkerungsteil der USA zu machen, wobei die Botschaft klar ist - sie sind das "Problem".

Vor diesem Hintergrund gerieten die jungen Rapper, die auf ihre Weise versuchen das Ghetto wieder sichtbar zu machen und zum Sprechen zu bringen, immer stärker in den Einflußbereich der Nation of Islam (NOI). HipHop ist eine schwarze Jugendsubkultur, die, wie Jalal von der muslimischen Agitprop-Gruppe Last Poets feststellte, nicht die ganze Black Community anspricht, sondem vor allem Jugendliche, die auch einen Generationenkonflikt mit den Älteren ausfechten wollen. Gerade in seiner Anfangszeit war HipHop in erster Linie unpolitisches Pop-Entertainment, eine Antwoil der New Yorker Street Kids auf die Tristesse des Ghettos und der Versuch, jenseits des Rock- und Disco-Mainstreams etwas eigenes auf die Beine zu stellen. Die ersten sozialkritischen Rap-Titel, etwa "The Massage" von Grandmaster Flash, kannten noch keine Muslim-Parolen. Die Mehrzahl der Rapper war entweder christlich orientiert oder an religiösen Dingen überhaupt nicht interessiert. Mit der Radikalisierung der Texte, die für sich genommen ja keineswegs den Pop-Rahmen sprengt, stellte sich irgendwann auch die Frage nach dem Inhalt einer symbolischen Dissidenz. Die Rapper und Funk-Musiker recycleten zunächst recht unbefangen beliebige Parolen der Vergangenheit der Bürgerrechtsbewegung und der BlackPower-Bewegung. Die einen rappten f@ Jesse Jackson ("Run Jesse Run" von Face 2000 und "Jesse" von Melle Mel), andere sangen für Martin Luther King ("Martin Luther" von der SC Band) und wieder andere sampleten Malcolm X ("No Sell Out" von Keith LeBlanc). Mit der Zeit erkor man jedoch Malcolm X zum wichtigsten Helden. Er wurde für die Rapper ungefähr das, was Che Guevara in den 60er Jahren wurde, als sein Bild auch in unpolitischen Wohngemeinschaften nicht neben dem von Frank Zappa fehlen durfte. Malcolm X galt als cool, weil er kein Spießer war, die Sprache der Straße sprechen konnte und als ehemaliger Hipster und Hustler ohnehin das Zeug zu einem Jugendidol hatte. Die Ghettojugendlichen, das wußte schon Malcolm X, die erleben, wie sich ihre Eltem abstrampeln, ohne etwas zu erreichen, " nehmen sich lieber die Hustler zum Vorbild, die scharf angezogen herumlaufen und mit Geld nur so um sich werfen und die vor nichts und niemandem Respekt haben."

Aus dem Vorbild Malcolm X wurde schon bald, entsprechend den Gesetzen der Pop-Welt, ein ausgewachsener Malcolm X-Kult. Im Mittelpunkt standen dabei 1 das Zitat aus einem Brief an den Ku Klux Klan "By Any Means Necessary" undnatürlichdasSymbol"X",dasnichtnurüberallalsLogoauftauchte, sondem häufig auch in die Künstlemamen der Rapper einging.

-

1 Malcolm X bezogsichmitdiesemausspruchauf Beschlüsse der Vereinten Nationen, diebesagen, daß jedes Volk das Recht hat, sich "by any means necessary" - also auch mit Gewaltanwendung vom Joch kolonialer Unterdrückung zu befreien. (Anm. d. Hg.)

Dieser Kult war keineswegs im Interesse der Nation of Islam, die bereits dazu übergegangen war, führende Kader ins Management von Rap-Gruppen einzuschleusen und um einzelne Rapper massiv zu werben. Die NOI mußte aber zunächst mit dem Malcolm X-Kult der Rapper auskommen, wenn sie diese für sich gewinnen wollte. Sie war geschickt genug, das Unvereinbare vereinbar zu machen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die unter ihrem Einfluß stehenden Rap-Gruppen fortan Farrakhan-Reden sampleten statt Malcolm X. Farrakhan ("I'm to black people as the Pope is to white people"2) sah sich 1991 trotzdem gezwungen, zu seinen Todesdrohungen gegen Malcolm X Stellung zu nehmen. In "Muhammad Speaks" hatte er 1965 zum Beispiel geschrieben: "Nur die, die zur Hölle fahren wollen, folgen Malcolm X. Der Tod ist nahe und Malcolm sollte nicht versuchen, zu fliehen..." In einem Kongreßzentrum in Los Angeles entschuldigte Farrakhan diese Drohungen vor Tausenden Anhängern mit dem Schock, den Malcolms Ausstieg seinerzeit bei ihm ausgelöst hätte. Mit dem Mord an Malcolm X hätten sie aber nichts zu tun, und der "verrückte weiße Teufel" wolle schließlich nur Malcolms Popularität gegen die NOI wenden, obwohl doch beider gemeinsame Quelle die Lehren von Elijah Muhammad seien.

Der X-Kult hat sich mittlerweile derart von dem tatsächlichen Lebenswerk von Omowale Malik Shabazz (Malcolms eigentlicher Muslim-Name, den er ab 1964 bevorzugte) emanzipiert, daß er der NOI nicht mehr allzuviel Sorgen macht. Wie die oben erwähnte Warnung an Spike Lee zeigt, sich vor Angriffen auf den NOI-Gründer Elijah Muhammad zu hüten, bleibt man aber vorsichtig. Spike Lee war vorher schon wegen seiner Darstellung einer schwarz-weißen Liebesbeziehung ("Interracial relationship") in dem Film "Jungle Fever" heftig von der NOI kritisiert worden.

Die Vereinnahmung von Malcolm X ist umfassend und macht ihn einerseits auch in deutschen Lifestyleblättem (die nie auf die Idee kommen würden, daß die ganz non-nalen deutschen "Ausländergesetze" mit ihrer gewollten Schlechterstellung, Entrechtung und Ausgrenzung von Arbeitsimmigranten genaujene Diskriminierung zur Folge haben, die Malcolm X in diesem Buch anprangeil) zum Idol eines urbanen "radical chic", andererseits zum Kronzeugen eines radikalen Durchsetzungswillens, dessen sozialer Inhalt entweder nebulös bleibt oder gleich in den Dienst kapitalistischer Alltagskonkurrenz gestellt wird. Auf diese Weise erhält sein berühmter Satz "by any means necessary" plötzlich einen ganz neuen Sinn.

2 "Ich bin für die Schwarzen das, was der Papst für die Weißen ist."

An Malcolm X hat sich das "macho street hood" - Klischee der jüngsten Rap-Filme aus Hollywood geheftet, die systematisch die Verfilmung der vielen Werke s,chwarzer Autorinnen blockieren. Die bewaffneten Verteidiger von Korea Town in Los Angeles trugen T-Shirts, die einen bewaffneten Malcolm X zeigten, und selbst der neue amerikanische Präsident Clinton trägt ein "X" auf seiner Jciggingmütze. Schließlich zeigen Pressephotos, daß das "X" inzwischen auch bei jenen Kids beliebt ist, die in Rostock das Asylantenwohnheim angriffen. So wird der Kämpfer gegen den weißen Rassismus schließlich noch zum Zeugen für das neofaschistische "Recht auf ethnische Differenz", ein Recht, das er zwar auch gefordert hat und das m. E. auf einer unproduktiven Gegenüberstellung von Integration und Separation beruht, das aber immer noch gedacht war als Recht auf Absonderung von Unterdrückem und nicht umgekehrt.

Dieses Buch ist, das sei hier noch einmal betont, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, von der ersten bis zur letzten Seite von einem überzeugten Muslim geschrieben.

Malccolm X trat im Alter von 21 Jahren einer muslimischen Sekte bei, deren Ziel die Umkehrung der "Rassenherrschaft" zugunsten der "schwarzen Rasse" war: Ihr diente er 15 Jahre lang als zweithöchster Funktionär. Als er sie im Streit verließ, gründete er neben der Organization of Afro-American Unity eine weitere rnuslimische Gemeinde. Entgegen weit verbreiteten Unterstellungen war Malcolm X auch in seinen letzten Jahren nicht auf dem Weg zu irgendeiner "linken" Position. Seine sozialkritischen Aussagen blieben bis zum Schluß im Rahmen des Islam, dem die Sozialkritik ja genausowenig fremd ist wie dem Christentum.

Obwohl Malcolm X später davon abrückte, vom "weißen Teufel" zu sprechen, blieb er vollständig der Vorstellung verhaftet, daß auf dieser Erde verschiedene "Rassen" um die Vorherrschaft kämpfen. Auch wenn er später das Ideal einer friedlichen Koexistenz der "Rassen" anvisierte und über seine frühere Zurückweisung der "aufgeschlossenen, wohlmeinenden, guten Weißen" nachträglich erschrak, so spricht er sich doch gegenjede "Rassenvermischung", insbesondere gegen "Mischehen" aus: "Integration würde letztlich die weiße Rasse ge:nauso auflösen wie die schwarze." Malcolm X konnte die Falle nicht erkennen, die die weißen Rassisten aufgestellt hatten, als sie zwecks sozialer Ausgrenzung die Existenz von "Rassen" erfanden.

Es ist wichtig, all das deutlich auszusprechen. Wenn man etwas von Malcolm X lemen kann, dann vor allem dies: "Ich sag es, wie es ist! Niemand braucht zu befürchten, daß ich mit der Wahrheit hinteren Berg halte, wenn ich etwas als wahr erkannt habe. Was wir in diesem Land brauchen, ist eine viel härtere Auseinandersetzung zwischen Schwarz und Weiß über die nackte Wahrheit die Luft muß gereinigt werden von Rassenwahn, den Klischees und den Lügen, die die Atmosphäre dieses Landes seit vierhundert Jahren vergiften."

Man möchte mit Horkheimer und Adomo hinzufügen, daß es dabei, unter Vermeidungjedes Rückgriffes auf Kollektivformeln, vorallem um die Wahrheit über die Individuen geht. So wie man sich in diesem Buch überjede Stelle freut, an der Malcolm X einzelne Weiße positiv von der rassistischen Mehrheit abhebt, so sollten sich weiße Antirassisten jede - auchjede positiv gemeinte - Rede von "den" Schwarzen verbieten und daran festhalten, daß es auch "Fremde" gibt, die autoritär, rassistisch, sexistisch und sonstwie mit Fehlem behaftet sind. Injedem anderen Fall wird es zum "diplomatischen" Problem, wenn man zum Beispiel feststellt, daß

Malcolm X ein ziemlich rabiater Sexist war. Für jenen, der Malcolm X nur ertragen kann, wenn er sich mit ihm uneingeschränkt identifizieren kann, erscheint eine solche Feststellung als Generalangriff auf seinen Helden. Ihm sei versichert, daß gerade Malcolm X auch dort, wo ihn seine Ideologie dazu anhielt, die schlechten Seiten seiner "Brüder" unter den Teppich zu kehren, immer unkonventionell genug war, um ein Arschloch auch ein Arschloch zu nennen. Über die bourgeoisen Schwarzen, die von Cocktailpartys von Weißen nach Hause zurijckkehren, beachtet Malcolm X: "Kaum haben sie die Schuhe in die Ecke geschmissen, da ziehen sie schon her über diese weißen Liberalen, mit denen sie gerade noch geplaudert haben, als wären sie der letzte Dreck. Und die weißen Liberalen machen wahrscheinlich genau dasselbe."

Auch in der deutschen antirassistischen Bewegung ist Heuchelei keineswegs selten. Weiße Antirassisten, die intemationale Kontakte zu Initiativen in anderen Ländern pflegen oder hier mit politischen Immigrantengruppen zu tun haben, schweigen sich - unter dem grandiosen Vorwand, sich nicht in anderer Leute Kämpfe einmischen zu wollen - geme über negative Erfahrungen aus. So wagt es zum Beispiel kaum jemand, jenen, die Zielscheibe des weißen Rassismus sind, zu widersprechen, wenn sie sich selbst positiv zum "Rassenstolz" äußern. Am Ende weiß dann niemand mehr, ob dieses Schweigen schlechten "bündnistaktischen" Erwägungen, einerherablassenden Einstellung ("verständnisvolle" Gleichgültigkeit) oder sogar eigenen Überzeugungen entspricht. Denn gerade jene, die einen "multikulturellen" Ansatz verfolgen, bleiben den rassistischen Grundüberzeugungen ja insofem treu, als sie auch nicht viel mehr wollen als das friedliche Zusammenleben angeblich existierender "Rassen", wobei dieser "belastete" Begriff dann durch einen biologistisch aufgeladenen "Kultur"-Begriff ersetzt wird (Kultur einer "Ethnie" und genetische Grundlagen hängen angeblich irgendwie zusammen). Um es mit Malcolm X zu sagen: "...die gemeinsam mit Weißen getrunkene Tasse Kaffee kann keine Wiedergutmachung sein."

Die Rede von der die Menschen zwangsläufig prägenden "Kultur" ist nur eine weitere Technik des Femhaltens, die Bewahrung eines "exotischen Blicks" auf die "Fremden", die sich gefälligst den Vorstellungen zu fügen haben, die man sich von ihrer "Kultur" macht. Es muß zudem befürchtet werden, daß das

"Verständnis" für einen auswärtigen Nationalismus oder eine auswärtige Folklore nur der Auftakt zum Versuch ist, ein eigenes Recht auf Nationalismus anzumelden. Wenn alle anderen vom "Stolz" auf ihre "Rasse" oder "Nation" sprechen dürfen und sogar sollen, dann liegt es ja irgendwie in der Luft, daß Deutsche das auch schon bald "ohne schlechtes Gewissen" dürfen. Hinter der "Toleranz" gegenüber einem fremdem "Rassenstolz" verbirgt sich also unter Umständen der heimliche Wunsch nach einem eigenen. Auch hier gilt Malcolm X' Forderung, daß die Luft dringend von Rassenwahn und Klischees gereinigt werden muß. Wohin das führen kann, hat beispielsweise Huey P. Newton in seinem Buch "Revolutionary Suicide" geschildert: Als er einen Funktionär als Redner zu der linksradikalen japanischen Studentengruppe Zengakuren schickte, schockierte der seine Zuhörer mit einer nationalistischen Rede, die nicht dem Programm der Black Panther entsprach. Newton, der davon hörte, enthob diesen schwarzen Nationalisten aller Funktionen. In Deutschland hätte man mit Sicherheit schweigend zugehört und die nationalistische Rede als Folklore abgebucht, als etwas, worauf es letztendlich nicht ankommt, weil es ja ausreicht, daß irgendwo irgendwie gekämpft wird und man seine Solidarität k-undtun kann.

Es ist die Absicht dieses Beitrages, ganz bestimmte Weisen des Zugriffs auf Malcolm X zu erschweren. Die Geschichte der Rezeption schwarzer Literatur und auch schwarzer Musik ist über weite Strecken eine Geschichte von Mißverständnissen, die auf einem fragwürdigen Haben-wollen beruhen, und eine Geschichte der Verdrängung dessen, was nicht unmittelbar verstanden werden kann. Viele, die sich für das fremdartige Aroma dieses Buches interessieren, weil es heute als "fashionable street poetry" und "authentische Ghettostory" gilt, möchten auch Bedingungen diktieren. Daß gerade sie sich jemals für die heute in den USA eingekerkerten politischen Gefangenen einsetzen werden, ist äußerst unwahrscheinlich. Für die unermüdlichen Schrittmacher des schönen Scheins, die in den Zeitgeistblättern und sonstwo auf der Suche nach "interessanten und unverbrauchten Positionen" sind, paßt stattdessen ein toter und daher freihändig interpretierbarer Malcolm X besser in den gängigen Bilderrausch. Er selbst bietet dafür auch ideale Anknüpfungspunkte, weil er als ehemaliger Hipster bereits jene Attitüden kennt, die heute bei Popstars selbstverständlich sind, und weil er gerade als gelernter Hipster das damals in den USA bereits übliche Massendenken in den Kategorien von Merchandising, Public Relations und Corporate Identity vollkommen beherrschte.

Das Problem an diesem Buch ist, daß es einen deutschen Leser keineswegs automatisch dazu nötigt, sich von eingefahrenen Denkvorstellungen zu befreien. Wer will, kann es einfach als spannende Story über die Verwandlung eines Ghetto-Hustlers zum berühmten Prediger lesen, wer will kann es - zumal vor dem Hintergrund der South Central-Riots -3 _ als Beweis dafür lesen. daß sich seither nichts geändert habe, und wer will kann es auch als die Geschichte einer

Läuterung vom spontanen und verständlichen Haß auf die Weißen hin zu den altehrwürdigen Idealen des bürgerlichen Humanismus lesen. Problematischer als all dies ist jedoch, daß diese Autobiographie, nicht zuletzt weil sie nun mal rund 30 Jahre alt ist, an den rassistischen Implikationen des modemen "Multikulturalismus" nicht rührt. Man kann somit Malcolm X gelesen haben und anschließend genauso über die Koexistenz von "Rassen" denken wie vorher. Alle Artikel, die in letzter Zeit in Zeitungen und Zeitschriften zu Malcolm X erschienen sind, enden mit der zustimmenden Feststellung, Malcolm X habe sich in seinen letzten Jahren korrigiert und das friedliche Nebeneinander der Rassen (ohne Anführungszeichen) gefordert, und damit sei ja alles in Ordnung. Dieser weiße Separatismus, vorgetragen im Zeichen von Toleranz und positiv bewerteter Differenz, ist dem Nationalismus so symmetrisch wiejeder beliebige Regionalismus oder Lokalpatriotismus. Hier wie da wird das Individuum im Rahmen einer "rassischen", "ethnischen" oder "regionalistischen" kollektiven Identität homogenisiert.

Weil der Autor dieses Buches einer politisch abstinenten religiösen Sekte angehörte, die sich vom Kampf der Bürgerrechtsbewegung fernhielt, wird man hier auch nur wenige theoretische Erörterungen über mögliche Strategien im gegenwärtigen antirassistischen Kampf finden. Malcolm X beschreibt viele Erscheinungsformen in seiner ihm eigenen, gegenüberjedem politischen Taktieren rücksichtslosen, unkonfortnistischen und exakten Sprache, aber er bietet weder ein 10-Punkte-Programm wie später die Black Panther Party noch eine Definition des Rassismus. Malcolm X hat diesen Mangel selbst erkannt und darunter gelitten, wenn er in den schwarzen Communities hören mußte: "Die Muslims reden zwar radikal daher, aber sie tun nichts." AberMalcolm stand zur NOI in einem Verhältnis von Konsens und Zwang. Er wollte Politik machen, aber er sollte letztlich religiöse Agitation betreiben. Weil er in und mit der NOI Politik machen wollte, mußte er auch deren mythischen Überbau weitgehend akzeptieren, wodurch seinen intellektuellen und kritischen Potenzen erhebliche Fesseln angelegt wurden. Als er schließlich, nach seiner Trennung von den Muslims, politische Forderungen aufstellte, fielen diese überraschenderweise reformistisch aus: "Die Wahllokale könnten ein Ort sein, an dem jeder Schwarze würdevoll für die Sache der Schwarzen kämpfen kann." Die Schwarzen bräuchten, wie die Gewerkschaften, Farrner, Ölkonzeme und Mediziner eine Lobby im Parlament um dort ihre "Sonderinteressen" zu vertreten. Schließlich fordert er ein eigenes "Ministerium für Schwarze", vergleichbar dem Gesundheits- oder

3 In diesem Schwarzen- und Latinoghetto von Los Angeles kam es Anfang Mai '92 zu Straßenschlachten und Plünderungen, nachdem vier Polizisten, die den Schwarzen Rodney King brutal mißhandelt hatten, vor Gericht freigesprochen worden waren.

Veileidigungsministerium. Wetin Malcolm X also die Ebene der Beschreibung verläßt - und diese Ebene ist ja sozusagen die Minimalplattfonn, auf die sich auch der unpolitischste Leser seiner Autobiographie einlassen kann -, dann bleibt von der Radikalität nicht allzuviel übrig. In der Formulierung der Interessen "der" Schwarzen als Sonderinteressen, die jenen der Farmer strukturell vergleichbar sein sollen, kommt nicht nur eine Ignoranz gegenüber der damals bereits existierenden sozialen Spaltung der Black Community zum Ausdruck, sondem auch die Bereitschaft diese angeblich homogenen Interessen ain Allgemeininteresse der Nation zu reiativieren. Mit dem Begriff "Sonderinteressen" wird gleichzeitig ein Wissen dementiert, das Malcolm X an anderer Stelle durchaus zu formulieren weiß: Diese Sonderinteressen werden von der weißen rassistischen Gesellschaft erst geschaffen, indem sie tagtäglich für eine "künstlich gesteigerte Sichtbarkeit" (Horkheimer/Adomo) jener sorgt, die sie ausschließen will und die nur deshalb zu einer Sondergruppierung werden. So wie "der Jude" eine Erfindung der Nazis ist, so ist "der Schwarze" eine Erfindung weißer Rassisten. Daß Juden als eine "Rasse" angesehen werden, und das tut auch Malcolm X (in diesem Kontext sind seine verstreuten negativen Bemerkungen über Juden zu sehen), wenn er den Juden den Fehler vorhält, sich mit den Deutschen "vermischt" zu haben, ist dies nichts anderes als eine falsche Doktrin, die von den Nazis zuerst aufgestellt und dann auf barbarische Weise "wahr gemacht" wurde. Indem sie Individuen mit dem Stempel "Jude" in die Gaskammer schickten, schufen sie das, was sie sich vorher ausgedacht hatten "die Juden".

im Vorwort zu der Dokumentation "Malcolm X - The F.B.I. File" und auch in seinen jüngsten Interviews versucht Spike Lee die Aktualität von Malcolm X damit zu erklären, daß sich seit seinem Tod an der Situation der Afro-Amerikaner nichts geändert habe. Die Schläge auf Rodney King, die Riots in South Central und die Situation in den Ghettos würden das beweisen. Spike Lee wird immerhin eine Veränderung zugeben müssen: Zu Lebzeiten von Malcolm X kam es selten vor, daß Hollywood Filme über schwarze Radikale finanzielle. Tatsächlich hat sich natürlich sehr viel geändert, und es steht meines Erachtens gerade mit diesen Veränderungen in einem Zusammenhang, daß man heute auf eine eher beschreibende als analysierende Schrift von Malcolm X zurückgreift, weil ein Malcolm X der 90er Jahre weit und breit nicht zu sehen ist. Als Malcolm X noch lebte, konnte sich die Black Community noch leicht auf ein einheitliches Kampfziel einigen, das die Frau auf den Baumwollfeldern im Süden genauso ergreifen mußte wie den schwarzen Geschäftsmann in Harlem: Es ging um die Herstellung allgemeiner Bürgerrechte auch für Schwarze, ein Ziel also, daß alle sozialen Schichten einigen konnte. Erst als dieses Ziel - zumindest auf dem Papier - erreicht war, trat die Bedeutung einer zunehmenden sozialen Ausdiffe-

renzierung innerhalb der schwarzen Gemeinschaft in den Vordergrund. Davon, daß diese Ausdifferenzierung bereits unter den Bedingungen brutalster rassistischer Repressionen einsetzte, zeugen ja gerade die Schilderungen von Malcolm X. Die Black-Power-Bewegung und insbesondere die Black Panther Party mit ihrem klassenanalytischen Ansatz reagierten genau auf dieses Problem, aber auch Malcolm X beschreibt ja bereits das Phänomen der "bourgeoisen Schwarzen". Nach wie vor ist die Black Community eine Selbstverteidigungsgemeinschaft "rassifizierter" Menschen. Nach wie vor machen "Rassifizierte" den Fehler, ihre Notgemeinschaft in das umzuinterpretieren, was weiße Rassisten ihr unterstellen zu sein - eine Gemeinschaft von Blutsverwandten. Aber heute, wo sich ein breiter schwarzer Mittelstand etabliert hat, der sich mit der Situation in den Ghettos der Marginalisierten nur ungem identifizieren möchte, würde ein "neuer Malcolm X" möglicherweise zur Hälfte lateinamerikanischer Abstammung sein, denn in solchen Ghettos liegt der Anteil der Afro-Amerikaner teilweise nur noch bei fünfzig Prozent. Heute verteidigen halbwegs etablierte Afro-Amerikaner ihre Position gegen nachrückende "Latinos" und andere Neueinwanderer. Die Situation hat sich also erheblich geändert. Übrigens auch in bezug auf den Islam: Die Mehrheit der heute in den USA lebenden Muslime (etwa zwei Millionen) rekrutiert sich inzwischen aus Einwanderem aus Afghanistan, Iran, Irak, Pakistan, Indien, Saudiarabien, Kuwait, Sudan, Nigeiia, Albanien und Jugoslawien. Diese Muslime, die ganz unterschiedlichen Strömungen des Islam angehören und sich deshalb teilweise gegenseitig bekämpfen (pro/contra Saddam Hussein bzw. Khomeni), konkurrieren längst mit Farrakhans Nation of Islam, dessen rassistischer Islam-Auslegung sie schon deshalb nicht folgen können, weil sie selbst meist "hellhäutig" sind. Der Islam als spezielle Geschichtsideologie schwarzer Amerikaner ist in den USA letztlich unmöglich geworden. Malcolm X, der sich kurz vor seinem Tod zum sunnitischen Islam bekannte und deshalb auch nach seiner Ermordung nach dessen Riten vom sunnitischen Scheich Ahmed Hassoun zur Beisetzung vorbereitet wurde, hatte diese Entwicklung unter dem Eindruck seiner Mekka-Reise bereits antizipieti. Man kann in den USA heute schwarzer Muslim sein, ohne deshalb der NOI folgen zu müssen. Der schwarze Mittelstand macht von dieser Möglichkeit regen Gebrauch. Im Krieg gegen den Irak konnte man somit als Muslim getrost auf der Seite des mit den USA verbündeten Saudi-Arabien stehen, so daß Patriotismus und Glaube an Allah wieder zusammenpaßten.

Die Autobiographie, die Malcolm X seinem Chronisten Alex Haley diktierte, folgt in ihrem dramaturgischen Aufbau unübersehbar dem seiner Reden. Die ersten Teile, also die Schilderung seiner Jugend bis hin zum Leben als Hustler in Harlem, gibt in einer bewußt "authentisch" gehaltenen Sprache seine damalige Lebenseinstellung wieder. Dabei wird nicht immer deutlich, wie weit er

sich zum Zeitpunkt der Niederschrift wirklich von diesen Einstellungen distanziert hat. Nicht selten gewinnt man den Eindruck, daß Malcolm X auch im nachhinein von seiner Zeit vor den Black Muslims sehr fasziniert ist, und nicht selten kann man bemerken, daß sein recht gut entwickeltes Selbstbewußtsein auch später gerne mit ihm durchgeht und er vor kleineren Angebereien nicht zurückschreckt. Das ist keineswegs unsympathisch, sondem gewissermaßen ein unvermeidliches Nebenprodukt dessen, was ihn von bürgerlichen Politikem und Pfaffen, auch jenen in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, positiv abhebt: Er bemüht sich nicht allzusehr um diplomatische Wendungen und Rücksichtnahmen nach allen Seiten. So wie er sich als bester Tänzer von Nebraska und gerissenster Kartenspieler von Harlem vorstellt, so wie er es später nicht unterlassen kann, alle größeren und kleineren Prominenten aufzuzählen, denen er je begegnet ist, so fällt er auch als führender Muslim-Prediger immer wieder hinter die Restriktionen der offiziellen Lesart zurück, indem er die Personen

individuell sieht, wo sie eigentlich subsumierend gesehen werden sollen. Auf seine Erfahrungen als Hustler, das betont er immer wieder, hat er auch als führender Gottesmann geme zurückgegriffen, und seinen Lesem gibt er geme im Vorbeigehen noch ein paar Tips aus der Ganoven-Praxis: Brennendes Licht im Badezimmer hält Einbrecher fem!

Malcolms Dramaturgie zielt darauf,@ sein Leben vor den Black Muslims möglichst drastisch darzustellen. Dabei bedient er sich einer Erzählweise, die in Deutschland erst im Zuge der Studentenrevolte Ende der 60er Jahre massenhaft wurde und seither in jeder Illustrierten Standard ist: Die ersten Kapitel dieses Buches gleichen bereits jener, bei sozial engagierten Joumalisten beliebten "Problemliteratur", deren populärste Fassung vielleicht die Geschichte der "Kinder vom Bahnhof Zoo" wurde, jenen "victims of society" (Opfem der Gesellschaft), die in ihren Erzählungen das übliche soziologisierende Denken schon so perfekt auf sich selber anwenden, daß Journalisten, Sozialarbeitem und Richtern kaum noch etwas zu tun bleibt.

Bei Malcolm X prägt die Umwelt schon den Menschen, als man in der deutschen Pädagogik "Charakter" noch für vererblich hielt. Amerika war damals auch auf diesem Gebiet erheblich aufgeklärter als Europa - um vom faschistischen Deutschland erst gar nicht zu reden. In Amerika war das soziologische und psychologische Denken bereits in den 40er Jahren in den öffentlichen Diskurs eingegangen. Malcolm X beschreibt mehrfach Erziehungsheime und Gefängnisse, die schon nach den Grundsätzen der Verhaltensforschung und der Resozialisierungspädagogik eingerichtet waren und in denen Gefangene von Universitätsdozenten zu problemorientierten Gruppendiskussionen über die "Identität Shakespeares" oder Themen wie "Allgemeine Wehrpflicht - ja oder nein?" ermutigt wurden. Zu den Paradigmen dieser Zeit zählte allerdings auch eine rationalistische und pragmatistische Kausalitätsphilosophie, ein auf

strikte kausale Erklärung zielendes Denken also, das den Unterschied zwischen Wirkursachen und Motivationen systematisch übersieht. Malcolm X ist in dieser Hinsicht ein Kind seiner Zeit. In seiner Rhetorik werden die Handlungen von Personen meist unmittelbar aus wirkenden Ursachen abgeleitet, so als bestünde zwischen Ausgangslage und Handlung eine Beziehung von stimulus und respons und als käme da nicht in Wirklichkeit jene sinnhafte Interpretation dazwischen, die gerade bei Malcolm X eine große Rolle spielt. Daß man die erlebte Welt in Wirklichkeit, wenn man sie "sinnhaft" durch die Brille einer besonderen "Weltanschauung" sieht, völlig neu interpretieren kann und daß ein solcher Wertewandel dann die konkreten Handlungen neu strukturiert, führt Malcolm X mit seinem Übertritt zu den Black Muslims anschaulich vor. Auf der anderen Seite belegen die ganz unterschiedlichen Lebenswege seiner Geschwister, die in den gleichen Verhältnissen aufwuchsen, daß auch eine Kindheit in krasser Armut und unter der Bedingung einer tödlichen rassistischen Verfolgung eine Person nicht zum zweiten Mann der Black Muslim determiiüeren. Erfahrung wird immer unterschiedlich interpretiert. Malcolm hatte viele Erlebnisse, die er mit seinen Brüdern teilte, anders interpretiert als diese - Bruder Robert studierte z.B. Psychologie an der Michigan University, als Malcolm im Knast saß -, und vor allem anders als seine Schwester Ella, die ihre Erfahrungen auch vor dem Hintergrund einer weiblichen Sozialisation verarbeitete.

Am Ende des 9. Kapitels spricht Malcolm X den dramaturgischen Aufbau seines Buches selbst an: "Ich würde keine Stunde an die Herstellung eines Buches verschwenden, das nur die Absicht hätte, einigen Lesern Nervenkitzel zu verschaffen. Aber ich wende viele Stunden für dieses Buch auf, weil nur die vollständige Geschichte zeigt und verständlich macht, daß ich auf die unterste Stufe der Gesellschaft des amerikanischen weißen Mannes gesunken war, bis ich dann, bald schon im Gefängnis, Allah und die islamische Religion gefunden habe, wodurch mein gesamtes Leben verwandelt wurde."

Dieser von einem professionellen Publizisten ausformulierte "Nervenkitzel" in den ersten neun Kapiteln zielt also darauf, seine wunderbare "Errettung" durch die Black Muslims in ein noch helleres Licht zu tauchen. Es ist das Muster christlicher und islamischer Prediger. In Wirklichkeit war Malcolm ein äußerst entscheidungsfreudiger Mensch, der seine "Errettung" von Anfang an selbst aktiv in die Hand nahm. Der junge Malcolm fand religiöse Zeremonien schon als Schüler langweilig. Daß er sich schließlich von den Muslims angezogen fühlte und nicht von einem christlichen Gefängnispfarrer auf den "rechten Weg" gebracht wurde, hatte zunächst weniger mit dem spirituellen Überbau zu tun als mit ihren religiös überhöhten und selbst rassistisch argumentierenden Anklagen gegen eine rassistische Gesellschaft.

Malcolm trat den Muslims nicht bei, weil ihm zum Beten zumute war, sondem weil sie ihm einfach gestrickte "Erklärungen" lieferten, die sein Schei-

tem in einem neuen Licht erscheinen ließen. Daß er gescheitert war und im Gefängnis landete, hatte damit zu tun, daß eine rassistische Gesellschaft schwarze Amerikaner systematisch demütigte und am Boden hielt (und dies bis heute tut). Die Art und Weise wie er scheiterte, hatte jedoch mit seiner Persönlichkeitsstruktur zu tun, mit seinem Charakter bzw. Habitus. Der Habitus eines Menschen "bestimmt" - man verstehe das auch als einen Hinweis auf die Verhärtung sozialer Beziehungen in der Psyche des Individuums -, welche "Haltung" und welche Ideologie ein Individuum favorisiert und welche Orientierung es dauerhaft verfolgt. Als sich Malcolm bereits als frischgebackener Muslim über deren Passivität aufregte, notierte er: "Ich machte also meine abweichende Meinung klar... Es ist bekannt, daß ich mein ganzes Leben lang Aktivist gewesen war, ich war immer voller Ungeduld." "Immer, wenn ich von etwas überzeugt war, hat es mich danach gedrängt, es in die Tat umzusetzen. " Und bereits nach seiner ersten Begegnung mit Elijah Muhammad bekräftigte er: "Ich habe nie mit meiner Meinung hinteren Berg halten können." Der konkrete Lebensweg von Malcolm X ist mit der Darstellung dessen, was er als junger Schwarzer erlebt und erlitten hat, nicht hinreichend erklärt. Dieser Weg war wesentlich davon geprägt, daß Unterordnung nie seine Sache war. Malcolm X war "born to be wild", war einer der aneckt, ein Rebell auch gegen den schwarzen Konformismus. Aber als schwarzerjugendlicherrebell hatte er auch mit anderen Problemen zu kämpfen als weiße Rock'n'Roller bzw. - später Beatniks und Hippies. Mit dem Beitritt zu den Black Muslims bekam diese teilweise selbstzerstörerische Rebellion erstmals eine Richtung, bis sie sich schließlich auch gegen die Muslims selbst richtete. Robert Poole alias Elijah Muhammad war sich von Anfang an darüber klar, daß sein bester Mann die Muslims nicht zum Gottesdienst, sondem in den Kampf gegen das "System" führen wollte.

Als sich Malcolm, angeregt von seinem Bruder Reginald (der kurze Zeit später ausgeschlossen wurde und in der Psychiatrie endete), für die Muslims entschied, war das eine völlig unbedeutende und kuriose Sekte mit wenigen hundert Anhängem. Im Rückblick bezeichnet Malcolm X den Sektengründer als einen "Scharlatan", der seine Leute "in die Irre führte" und dessen rassistische Geschichten vom Gentechniker Jakub, der vor 6.600 Jahren eine "weiße Rasse von Teufeln" erzeugt habe, "die Muslime des Orients wütend machte".

An Muhammads Lehre faszinierte den Strafgefangenen Detroit Red vor allem eine Botschaft - "Der weiße Mann ist der Teufel." In seinen späteren Reden interpretierte Malcolm X den Begriff "Teufel" jedoch meist in einem sehr weltlichen Sinne, im Sinne einer provokatorischen politischen Rhetorik, die mit drastischen Worten herausfordem will. Denn Malcolm X hatte im Gefängnis den Beschluß gefaßt, sein Leben "der Aufgabe zu widmen, den Weißen die Wahrheit über sich selbst zu sagen." Im Unterschied zu Muhammad legte er auf

die Rückanbindung des Terminus "Teufel" an eine phantastische Schöpfungsgeschichte keinen gesteigerten Wert. Schon im Gefängnis dachte er, als er sich Literatur über die Grausamkeiten des "kollektiven Weißen" besorgte, nicht nur an die weißen Verbrechen an den Afrikanem, sondem auch an die imperialistische Eroberung und Zerstörung Indiens und Chinas. Seine spätere Orientierung auf den Zusammenschluß der gesamten "Dritten Welt" gegen den Imperialismus, die zu verfolgen ihm im Rahmen der Black Muslims nicht erlaubt war, ist hier schon angelegt.

Hundertprozentig von Elijah Muhammad übemommen hat Malcolm X allerdings dessen "Rassen"-Reduktionismus. Reduktionistische Weltsichten arbeiten damit, daß sie die Fülle der tagtäglich erlebten Widersprüche nach einem dichotomischen Schema einteilen und dabei alle unpassenden Phänomene als "Nebenwidersprüche" mehr oder weniger ignorieren. Diese Verfahren findet man auch bei vulgären Varianten des Marxismus, des Feminismus und bei den politischen Ökologen (deren Vertreter zwar ihr jeweils spezielles "Thema" in diesem Buch häufig vermissen werden, dafür aber manche strukturelle Parallele zur eigenen Denkweise finden können). Ob man nun Schwarz und Weiß, Proletarier und Bourgeois, Mann und Frau oder "Natur" und "Industrie" in dieser ausschließlichen Weise gegenüberstellt - am Ende bleibt von den nii@ht in den Mittelpunkt gerückten sozialen Tatsachen nicht mehr viel übrig. Weil aber Rassismus, Kapitalismus, Patriarchat und ein Mensch und äußere Natur vernutzender "Industrialismus" real existieren, können auch reduktionistische Ansätze eine gewisse Trefferquote erreichen. Gleichzeitig kommen solche Theorien aber massiv mit jener Realität in Konflikt, die sie absichtlich ausblenden: die Existenz nichtrassistischer Weißer und die Unterdrückung schwarzer Frauen durch schwarze Männer ebenso wie den rassistischen und sexistischen weißen Proletaiier oder die weiße Upper Class Frau, die über anderen weißen Frauen, weißen proletarischen Männern und über allen Schwarzen steht (der angeführte ökologische Reduktionismus sei nur an vergleichbare Phänomene in vorindustriellen Gesellschaften erinnert, die auch ohne Industrie ihren Lebensraum zerstörten).

Wenn reduktionistische Weltbilder historisch fundiert werden, entsteht eine sogenannte Geschichtsphilosophie. Die Menschheitsgeschichte erscheint dann als eine, in der - je nach Geschmack - Rassenkämpfe, Klassenkämpfe oder Geschlechterkämpfe zum Hauptmotor aller Entwicklung werden. Im Falle der religiös formulierten Geschichtsphilosophie der Black Muslims läßt sich der Weltenlauf als ein ewiger Machtkampf zwischen den großen "Rassen" verstehen. Wenn dann zufällig die USA nicht auf die Volksrepublik China gegen die Sowjetunion, sondem auf Rußland gegen Nordkorea setzen, dann stellt sich ein "Aha"-Effekt ein: Zwei "weiße Mächte" verbünden sich gegen eine nichtweiße Macht! Diese Sichtweise steht auch hinter der von Malcolm X anvisierten

"Dritte Welt"-Politik, und das spricht er so auch aus, wenn er die erhoffte neue Weltordnung als "Allianz der nichtweißen Staaten" - dazu würde heute z.B. Japan zählen - definiert.

Entsprechend der reduktionistischen Logik spart auch Malcolm X manches aus. Auf der einen Seite wird seine Wahrnehmung der Formen des Rassismus, bedingt durch die absolute Konzentration auf diese Sache, immer genauer, plastischer und scharfsinniger. Er erkennt plötzlich das ganze Ausmaß der Unterdrückung schwarzer Hoffnungen, kann innere Zusammenhänge populär darstellen, die so vorher selten dargestellt wurden, zum einen weil schwarze Intellektuelle oder Geistliche so niemals zu denken wagten und zum anderen, weil selbst "wohlwollende" weiße Schriftsteller das ganze Ausmaß der rassistischen Unterdrückung und Verletzung wohl nicht erfassen können. (Hier liegt das Terrain, wo Weiße von Malcolm X lemen können - ohne deshalb all seine Schlußfolgerungen übemehmen zu müssen).

Während Malcolm X den Rassismus immer pointierter und offensiver in die Zange nimmt, entgehen ihm viele der aus dieser Sicht "nebensächlichen" sozialen Tatsachen. Die sich ausbreitenden Differenzierungen der schwarzen Lebens- und Berufswelten nimmt er lange Zeit nur als politisches Phänomen wahr. Wenn er von "bourgeoisen Schwarzen" spricht, so denkt er dabei mehr an deren politischen "Verrat", an ihren Opportunismus im "Rassenkampf'. Daß sie, obwohl selbst noch immer Zielscheibe jener weißen Rassisten, für die auch ein schwarzer Arzt oder Philosoph einfach ein "Nigger mit Doktortitel" bleibt, möglicherweise bereits andere Interessen haben als die einfachen Leute und deshalb andere politische Strategien verfolgen - Integration vor allem -, will er nicht wahrhaben. Im Programm seiner Nation Of Islam waren "klassenanalytische" Fragen auch nicht vorgesehen. Malcolm X spricht durchweg aus der Perspektive des schwarzen Ghettos, auch dann noch, als er auf Grund seines Ansehens mit Repräsentanten anderer Schichten in Berührung kommt. Aber weder die soziale Spaltung der Black Community noch die soziale Spaltung unter den Weißen spielte in seinem Denken eine Rolle. Zur Situation schwarzer Lohnarbeiter, zu ihren Arbeitsbedingungen und ihrem fast vollständigen Ausschluß aus den weißen Gewerkschaften hat Malcolm X als ehemaliger Hustler keine Beziehung. Wahrscheinlich hat es damit zu tun, daß er die Wirkung der kapitalistischen Konkurrenzgesetze auf die Reproduktion rassistisch begründeter Ausschlußmechanismen nicht weiter untersucht. Erst 1965, wenige Monate vor seiner Ermordung, kommt er zu Schlußfolgerungen, die mit dieser Frage zusammenhängen und die auch gemessen am heutigen Stand der Rassismusforschung ungewöhnlich rnodem klingen: Er spricht von einem "politischen, wirtschaftlichen und sozialen Klima in den USA, was geradezu automatisch die rassistische Psyche des Weißen erzeugt und arn Leben erhält." Damit ist gesagt, daß überall dort, wo die Teilnahme arn gesellschaftlichen Reichtum als Kon-

kLirrenzkampf organisiert ist, alle wirklichen und eingebildeten Unterschiede zwischen den Menschen unter negativen Vorzeichen relevant gemacht und als "Argument" gegen andere eingesetzt werden. Die Verlierer dieser "rassifizierten" Konkurrenzkämpfe werden dabei marginalisiert und ghettoisiert. Der Zwang zur ökonomischen Konkurrenz erzeugt tatsäcwich den Willen zur Aussonderung und hält ihn am Leben.

Eine andere soziale Tatsache, die Malcolm X wenig beachtet, ist die der patriarchalen Dominanz. Wenn er, auch im Rückblick, völlig arglos erzählt, daß sein Freund Sammy am Gesichtsausdruck einer Frau eine eventuelle innere Disposition zur Prostitution erkenne, oder wenn er berichtet, wie unverständlich er die Wut eines guten Freundes fand, dessen Frau er verprügelte (und damit möglicherweise auch seinem Fan und Muslim Rapper von Public Enemy, Flavor Flay, ein gutes Vorbild war: Der wurde Anfang 1992 verhaftet, weil er seine Freundin Karren Ross zusammengeschlagen hatte), oder wenn er Frauen als ewig gackernde Hennen und von Natur aus schwache Wesen bezeichnet, so würde man doch nur die Oberfläche des Problems ankratzen, wenn man ihn als abscheulichen Sexisten bloßstellen wollte.

Daß etwas im Verhältnis zwischen Frauen und Männern nicht stimmt, ist Malcolm X keineswegs entgangen. Das, was er als Hustler und Hilfszuhälter in dieser Hinsicht mitbekam, ließ ihn später immer wieder von der Würde der Black Muslim-Frauen schwärmen, allerdings ohne deren prinzipiell zurückgesetzte und festgelegte Position in Frage zu stellen. Wenn er als Muslim Prediger auf den Straßen von Harlem gegen schwarze Machos argumentierte, dann deshalb, weil er davon ausging, daß die Beleidigung schwarzer Frauen durch schwarze Männer ihnen selbst schaden muß: "Der schwarze Mann (!) wird so lange von niemanden respektiert werden, bis er gelernt hat, zuallererst die Frauen seines Volkes zu respektieren! " "Respektieren" heißt hier in erster Linie "beschützen". Der Mann bleibt selbstredend "Familienvorstand". Malcolm X möchte dem "ethnisch" reglementierten Heiratsverhalten des weißen Amerikaners (die "rassistische" Gemeinschaft bzw. Nation verwirklicht sich über "Verwandschaft" und "Familie") ein ebensolches gegenüberstellen, um darüber das homogenisierte "Volk" der Afro-Amerikaner zu schaffen. Er strebt daher eine einschließende Unterordnung, d.h. eine Assimilation von Frauen in eine - in diesem Fall selbst unterdrückte - "russische" Gemeinschaft von Männern an.

Daran ändert auch sein Respekt vor "starken Frauen" nichts, etwa vor seiner Schwester Ella, über die er sagt, sie habe "drei Ehemänner geschafft" und sei "aktiver und dynamischer als alle drei zusammen." Die Bewunderung gilt hier der Ausnahme von einer unterstellten Naturregel, wie in seiner zweifelhaften Lobrede auf seine Frau Betty deutlich wird: "Ich hätte nie gedacht, daß die Stärke einer Frau mich einmal wieder aufrichten wird."

Es fällt Malcolm X nicht weiter auf, daß er auf Frauen eine ganz ähnlich abwertende Überlegenheitsstrategie anwendet, wie sie Weiße auf Schwarze projezieren. Das unterstellte hierarchische Naturverhältnis zwischen den Geschlechtern konstituiert die Gesellschaft genauso als heterosexuelle Gemeinschaft wie rassistische Zuschreibungen die weiße Vorherrschaft konstituieren. "Geschlecht" und "Rasse" werden nach den gleichen Mustern erzeugt - über den Zwischenschritt einer "Naturalisierung" sozialer Verhältnisse.

Malcolm X beschäftigt sich in diesem Buch wiederholt mit rassistisch motivierten Sexismen. Seine Beobachtungen decken sich, ohne selbst je analytisch zu werden, weitgehend mit dem Modell, das Eldridge Cleaver etliche Jahre später in seinem Buch "Seele auf Eis" entwickelt hat, um dieses unübersichtliche gegenseitige Begehren besser verstehen zu können. Cleaver entwickelt ein komplexes Viereckverhältnis zwischen schwarzen und weißen Männern und Frauen, das sowohl die rassistischen als auch die klassenmäßigen Momente erfaßt. Er unterstellt zunächst, daß die Vorstellungen, daß ein "richtiger" Mann sich als effizienter Erzeuger, Beschützer und Versorger hervortun muß, unter den aus Afrika verschleppten Sklaven genauso üblich war wie überall auf der Welt. Vor diesem Hintergrund führt die Versklavung des Afrikaners zu einem völligen Zusammenbruch seines Selbstwertgefühls. Vor den Augen seiner Frau wurde er zum Knecht, machtlos und den-weißen Mann über sich. Die schwarze Frau war dem weißen Mann hilflos ausgeliefert, aber der schwarze Mann wußte auch nie, ob sie den weißen, mächtigen Mann nicht heimlich begehrte. An der Seite des weißen Mannes steht - unerreichbar - die weiße Frau. Sie ist nicht von der Qual der Arbeit gezeichnet wie die schwarze Frau, und als Herrschende verkörpert sie ohnehin das Schönheitsideal. Ohne es zu dürfen, begehrt der schwarze Mann die weiße Frau mehr als seine eigene, weil er sich das nicht eingestehen darf, diskriminiert er die weiße Frau. Aber der weiße Herrscher, der alle körperliche Arbeit an den schwarzen Mann delegiert und sich auf administrative Arbeit beschränkt, verliert dadurch auch die Erotik des Körpers. Als Reaktion darauf muß er auch die weiße Frau um ihre Erotik und Stärke bringen und sie zur zarten, emotional zurückgenommenen Frau fon-nen. Nachdem er das vollbracht hat, begehrt er jedoch die proletarische schwarze Frau, so wie seine Frau in ihren Träumen den schwarzen Knecht begehrt. Jede dieser Begierden ist jedoch mit einem rassistischen und klassenmäßigen Tabu belegt, dessen Bruch massiv bestraft wird, insofern nur mit schlechtem Gewissen heimlich durchbrechen werden kann und deshalb häufig die Form der "Perversion" annimmt.

Wie gesagt, es ist dies nur ein Modell, das die ganze komplexe Realität nicht erfassen kann. Als Annäherung an diese verstanden, erlaubt es jedoch, die von Malcolm X zusammengetragenen Phänomene einzuordnen. Da er selber keine Anstrengungen unternimmt, um die vielen Geschichten von schwarzen Männem, die "verrückt nach weißer Haut" sind, von den weißen Prominenten, die im Bordell nach den schwärzesten Frauen suchen, und von Blondinen, die hinter schwarzen Tänzem her sind (die diesbezüglichen Phantasien schwarzer Frauen kommen kaum zur Sprache) systematisch zu interpretieren, müssen diese Geschichten gerade von Lesem, die Malcolm X zunächst als neuen Popstar kennenlemten, als jener

"Nervenkitzel" von Sex & Crime verstanden werden, von dem Malcolm X sagt, er habe ihn nicht erzeugen wollen. Madonna hat ihn in ihrem Buch "Sex" inzwischen erzeugt, indem sie mit dem schwarzen Rapper Big Daddy Kane, der gleichzeitig für seinen Muslim-Hintergrund und seine Zuhälter-Thematik bekannt und insofem zu dem Hustler Malcolm X kongruent ist, eine pseudo-pomographische Situation inszenierte. Heute, wo Zeitschriften wie "Max" unter der Headline "Black Power" schwarze weibliche Modells abbilden, wo es jede Werbeagentur "trendy" findet, die Photos von schwarzen Männem und Frauen dort hinzurücken, wo die Prinzipien des modernen Grafikdesigns nach Farbe verlangen, ist es nicht auszuschließen, daß all das, was eigentlich ein rassistisches Tollhaus erst perfekt macht, nämlich das entfremdete und nur scheinbar individuelle sexuelle Verlangen nach einem rassistisch tabuisiezten Körper, auch auf den Inhalt dieses Buches ausgedehnt wird.

Damit ist schon deswegen zu rechnen, weil seit einigen Jahren im Zuge einer Renaissance "männlicher" Werte und einer ebenso propagierten "neuen Weiblichkeit" nicht nur der unwiderstehliche Charme des Zuhälters wieder allpräsent ist, sondem auch die weibliche Prostitution der " preity woman" inzwischen als eine ganz pragmatisch kalkulierbare Berufsaltemative im Gespräch ist - im Film, in der Literatur und in der Popmusik. Insbesondere im HipHop und im sogenannten Pimp-Style (Pimp = Zuhälter) geht es nicht einfach um Sex, sondem um eine Glorifizierung des rücksichtslosen Überlebenskampfes einer verrohten Schicht männlicher Hoodlums. Es geht um Trade-Mark-Fetischismus, Körperkult und die Bereitschaft zum Erstschlag im sozialen Konkurrenzkampf. Für den von vielen männlichen Rappem idealisierten Pimp gilt, was Malcolm X allgemein über die Hustler sagt: "Er beutet andere aus, um zu überleben, und nutzt dabei jede menschliche Schwäche aus." Der Pimp dreht, wenn er Frauen ausbeutet und Gegner ausschaltet, mit an der Spirale der Repression, der erjederzeit selbst zum Opfer fallen kann. Auch der schwarze Zuhälter reproduziert die Logik des Systems, das ihn ins Ghetto abdrängte.

Bei der Faszination, die heute Malcolm X und Gangsta Rap auch auf die heterogenen westdeutschen Jugendszenen ausüben, geht es nicht nur um einen trendgeilen Bilderrausch. Heute können nicht wenige Kids im kulturellen Hintergrund des HipHop, des neuen schwarzen Films und des Malcolm X Booms eine mögliche soziale Zukunft für sich selbst erkennen und ästhetisch antizipieren. Die Chance, daß diese Autobiographie in diesem und im oben

genannten Sinn selektiv gelesen und in der Presse entsprechend rezipiert wird, ist ziemlich groß, zumal Spike Lees Film einer solchen Gewichtung zuarbeitet.

Wenn man das so will, lassen sich die ersten 150 Seiten dieses Buches in den Mittelpunkt stellen, und dann lassen sie sich wie eine verschärfte Ausgabe eines Bukowski-Romans lesen, d.h. in jene Tradition westlicher Voyeur-Literatur einfügen, in der eine frühe Existenz in der Halbwelt als erste Karrierevoraussetzung eines späteren erfolgreichen Schriftstellerdaseins gilt, weil das langweilige Leben des Normalverbrauchers mit Surrogaten aus zweiter Hand nicht mehr anzutömen ist. Die Kapitel 2 bis 8 dieser Autobiographie lassen sich problemlos als ein Stück moderner Ghetto-Literatur verstehen, und sie sind es natürlich auch. Sie sind ein Krimi, der in die Halbwelt der Hustler und Pimps hinabführt, wo weiße Prostituierte die besseren Geschäfte machen und schwarze "bitches" den tabuisierten Gerüsten fetter weißer Rassisten zu Dienste sein müssen, wo Killer und Diebe an der Spritze hängen und Sektenprediger das Jüngste Gericht verkünden. Es ist eine Geschichte aus Armut, Rassismus und Sex, eine Geschichte der gegenseitigen Benutzung und Übervorteilung und somit ein literarischer Einblick in die Abgründe der menschlichen Existenz.

Linke und Antirassisten, die die Bedeutung dieses Buches ohne die Kapitel 16-19 möglicherweise zu gering veranschlagen wurden, mögen dazu neigen, gerade jene ersten Kapitel nur als "Hintergrund" aufzufassen, die Malcolm X erst für den Mainstream anschlußfähig machen. Eine solche Haltung wäre fatal, weil in den ersten Kapiteln die wichtigsten Informationen über die Funktionsweise des Rassismus im entwickelten "hedonistischen" Kapitalismus enthalten sind.

Wenn Malcolm X von seiner Karriere als Lindy-Hop-Tänzer berichtet Lindy-Hop ist ein dem Charleston verwandter Paartanz -, dann geht es um die Frage, wie ein solcher Hedonismus mit dem allgegenwärtigen Rassismus koexistieren konnte. Deshalb ist es auch für Antirassisten unbedingt wichtig zu verstehen, was ein Hipster ist, weil dieser vielen Linken wenig vertraute Sozialcharakter den Anbruch einer neuen Zeit ankündigt, die es immer noch zu begreifen gilt: Es ist die Zeit einer kapitalistisch strukturierten Individualisierung, in der der spezifische Habitus des Einzelnen an die Stelle tradierter Sozialstrukturen tritt. Mit der Ausdifferenzierung

der Sozialstruktur werden kollektive Schicksale zunehmend als individuelle interpretiert, vollzieht sich ein Prozeß der Herauslösung des Einzelnen aus den traditionellen Bindungen und damit ein Verlust an kollektivem Handlungswissen. Der Weg aus dem Ghetto scheint dann nur noch als individuell denkbar zu sein. Diese Entwicklung geht einher mit einer Pluralität der Lebensstile und Orientierungen, mit ganz neuen Gefühlslagen sowie materiellen und symbolischen Aneignungsweisen. Im hedonistischen Kapitalismus gehen auch die Individuen der unteren Klassen auf die Suche nach sich selbst. Sie vollenden damit auf der individuel-

len Ebene den historischen Prozeß der Konstitution bürgerlich-kapitalistischer " nationaler Identität" - heute in allen Spielarten wichtigstes Exportgut in den Osten. Dabei geht es um Dinge wie Tanz, Kleidung, Sprache, Akzent, Manieren, Geschmack, Bildung, individuelle Sinngebung, Bedürfnisse, Gefühle, Charakter, Habitus, um die symbolische Seite der Ware und somit also um Themen, die die Linke traditionell unterschätzt und deshalb bisher auch kaum mit dem antirassistischen Diskurs verbinden kann.

Malcolm X war als Hipster cool, und er war es im Grunde bis an sein Ende. Hier liegt der wichtigste Schlüssel, sowohl zu seinem Erfolg als Agitator der Black Muslims als auch zu seinem Aufstieg zum Pop-Idol unserer Tage. Die bedeutendsten Hipster Harlems waren damals die Bebop- und Swing-Musiker. Ihre Hipness bezog sich nicht nur auf Musik und Tanz, sondem galt vor allem dem Spaß am coolen Ritual. Die richtige Kleidung ("zoot-suited"), die richtigen Schuhe, die richtige (ge-conkte) Frisur, die richtigen Gesten und die richtige Sprache - darauf kam es an, wenn man dabeisein wollte. Die Hipsters sind die historischen Vorläufer der gesamten westlichen Jugend- und Popkultur. Kult und Schick waren bei ihnen wichtiger als soziale Herkunft. Woher man auch kam, man konnte dabeisein, wenn man richtig dabei, also cool war.

Deshalb kam es auch genau hier zu neuen (und auf neue Weise problematischen) schwarz-weiß Begegnungen, denn Hip-sein kennt im Prinzip weder Klassen- noch Rassenschranken. Die Subkultur der schwarzen Hipsters faszinierte auch weiße Jugendliche. Ihnen wurde vielleicht der erste halbwegs emstgemeinte weiße Respekt entgegengebracht, weil sie Grenzen überschritten, die Spießer niemals überschreiten, weil sie den skandalösen und erotischen Lindy-Hop tanzten, scharfe Klamotten trugen und freizügiger mit Sexualität umgingen. Malcolm X schildert daher auch wahrheitsgemäß, wie die Haltung der Weißen gegenüber den Schwarzen anfing sich auszudifferenzieren. Was diese Hipster zum Fetisch machten, wollten bald auch weiße Kids besitzen. Doch Hipness läßt sich nicht einfach kaufen. Hier kommt es aufs Detail an, auf die Kombination der Accessoirs. Der Winkel, in dem die Mütze auf dem Kopf sitzt, entscheidet ebenso über die "street credibility" wie die Geste, mit der der Drink bezahlt wird.

Man muß sich vor Augen halten, daß Malcolm X hier von einer Zeit spricht, wo Lynchmorde an Schwarzen und schwarzer hedonistischer Konsumerismus nebeneinander existierten. Damals war DeutscWand faschistisch und führte einen Krieg gegen die Welt. Dadurch, daß die USA an diesem Krieg beteiligt waren und alle Hände gebraucht wurden, öffnete die Kriegswirtschaft einer größeren Zahl von Schwarzen den Zugang zu Industriejobs oder auch zu solchen Jobs, wie sie Malcolm Little bei der Eisenbahn ausübte. Das war nicht viel, aber mehr als vorher. Man kann erst auf einem bestimmten Niveau der Produktivkräfte cool sein, nämlich dann, wenn Arbeitslosigkeit und Niedriglohnjobs,

bedingt durch die Existenz gewisser sozialstaatlicher Standards, nicht mehr zwangsläufig den Hungertod bedeuten. Amerika leistete es sich damals, Schwarze, die nicht mal volle Bürgerrechte besaßen, brutal zu emiedrigen und sie zugleich mit Almosen an den American Dream heranzuführen.

In den USA, wo man bereits die Rush Hour und große Kühlschränke kannte, hatten New Deal und das fordistische Produktions- und Konsumtionsmodell einen gesellschaftlichen Reichtum geschaffen, von dem Europa weit entfernt war und den man in Europa auch erst nach dem Krieg richtig begriff. Die USA waren gut und gerne zehn Jahre voraus - ökonomisch wie kulturell. Die standardisierte Massenproduktion erlaubte die Herstellung preiswerter Konsumartikel, und der kriegswirtschaftliche Deal zwischen Staat, Untemehmem und Gewerkschaftern garantierte eine hohe Arbeitsproduktivität im Tausch gegen gewisse soziale Standards. Auch wo die schwarzen Arbeiter davon weiterhin ausgeschlossen waren, fiel doch etwas für sie ab. Auf der Ebene des Konsums zählte der Hundertdollarschein eines Schwarzen schon fast soviel wie der eines Weißen. Mit etwas Geld in der Tasche konnten sich Schwarze im Laden als "König Kunde" fühlen, während es ihnen nachts gleichzeitig verboten war, weiße Viertel zu betreten. Der Vater von Malcolm X besaß bereits ein eigenes Auto, und Autos oder auch Telefone galten auch in der Clique des Hipsters Malcolm Little nicht als unerreichbares Konsumgut. Derjunge Malcolm bewegte sich somit in Verhältnissen, in denen der Möglichkeit

nach längst alle Amerikaner hätten gut leben können. Die aufgezwungene Versagung, zu der auch gehörte, daß den Schwarzen die Handarbeit zugeordnet wurde, so daß Intellektuelle zu sein für sie ein beneidetes Privileg bleiben mußte - Malcolm X schildert ja anschaulich die Rückeroberung der intellektuellen Potenzen -, war historisch längst überflüssig geworden. In der Realität aber wurde der gesellschaftliche Reichtum über den Mechanismus einer reaktionären "Ethnisierung" verteilt. Dadurch jedoch, daß die ganze Gesellschaft mitsamt ihrer pyrainidenfönnigen Sozialstruktur wie in einem Aufzug ein Stück höher gefahren war, wurden auch die in den Sog der kapitalistischen Individualisierung und der damit verbundenen hedonistischen Orientierung hineingezogen, die am Boden dieser Pyramide angesiedelt waren und die dort gewaltsam festgehalten wurden.